

**Migration und Integration in ländlichen Räumen
am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig.**

Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der
Philosophie der Philosophischen Fakultät III
der Universität des Saarlandes

vorgelegt von

Ursula Maria Roos

aus Homburg

Saarbrücken, 2016

Der Dekan: Prof. Dr. Roland Brünken

Erstberichterstatlerin: Prof. Dr. Birte Nienaber, Universität Luxemburg

Zweitberichterstatler: Prof. Dr. H. Peter Dörrenbächer, Universität des Saarlandes

Drittberichterstatler: Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

Tag der Disputation: 14.12.2015

Danksagung

Besonderer Dank gilt meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Birte Nienaber, die mich zur Durchführung dieses Dissertationsverfahrens anregte, mich zu diesem Thema inspirierte und die mich während der Bearbeitung permanent unter anderem in Form kritischer Anmerkungen und wertvoller Diskussionen unterstützte.

Ebenso bin ich Herrn Prof. Dr. Peter Dörrenbächer für die Übernahme der Funktion des Koreferenten dankbar.

Herzlich danken möchte ich darüber hinaus Herrn Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Meyer für stets offene Ohren, sehr gewinnbringende und fruchtbare Diskussionen über theoretische und empirische Aspekte sowie sehr hilfreiche Rückmeldungen zu Teilen der quantitativen Empiriekapitel.

Ein Dank gilt ebenfalls Herrn Dipl. Psychologe Anton Klesen-Nebendorf für den Austausch über verschiedene Fragen zur Auswertung der problemzentrierten Interviews.

Des Weiteren vielen Dank an die Stadtverwaltung der Kreisstadt Merzig, die Kreisverwaltung Merzig-Wadern sowie die unterschiedlichen öffentlichen und sozialen Einrichtungen in der Kreisstadt Merzig, die mich durch die Bereitstellung von Datenmaterial und Informationen in besonderer Weise unterstützt haben. Stellvertretend für alle Personen möchte ich mich persönlich bei Frau M. A. Heike Wagner (Integrationsbeauftragte der Kreisstadt Merzig) und bei Frau Dipl. Geographin Caroline Gisch (IQ Netzwerk Merzig) für die gute Kooperation und Zusammenarbeit bedanken.

Danken möchte ich ebenfalls der Bundesagentur für Arbeit, dem saarländischen Ministerium für Inneres und Sport, dem Statistischen Amt Saarland sowie der Zentralen Ausländerbehörde für die Zusammenstellung von Statistiken. Diese waren grundlegend für den Aufbau einer umfassenden Datenbasis, die erst eine tiefgehende Analyse ermöglichte.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Teilnehmern der schriftlich standardisierten Befragung sowie den Interviewpartnern der problemzentrierten Interviews sowohl für ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Untersuchung als auch für ihre Offenheit. Ohne diese Form der Unterstützung wäre diese Arbeit so nicht zustande gekommen.

Ein herzliches Dankeschön auch an meine Freundinnen Simone Betz, Christina Juen, Saskia Paulus und Sarah Reuter für die kritische Durchsicht der Arbeit, die hilfreichen Anmerkungen und Hinweise.

Danke sagen möchte ich ebenso meinem Bruder Johannes Roos für die Unterstützung bei der abschließenden Formatierung der Arbeit.

Last but not least ganz besonders herzlichen Dank an meine Eltern Mechthild und Dr. Hermann Roos, die mich während Durststrecken wieder aufgebaut haben. Andererseits haben sie sowohl durch ihre kritische Durchsicht als auch durch die vielen, wert-

vollen Diskussionen sowie die sich daraus ergebenden Anmerkungen die Entstehung dieser Arbeit gefördert.

Ursula Roos im Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

DANKSAGUNG	II
INHALTSVERZEICHNIS	IV
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	VIII
TABELLENVERZEICHNIS	XII
1 EINLEITUNG.....	1
1.1 Einführung.....	1
1.2 Forschungsstand	4
1.3 Zielsetzung und Fragestellungen	11
2 METHODIK.....	13
2.1 Begründung der Untersuchungsregion	13
2.2 Datengrundlage und -problematik.....	18
2.2.1 Datengrundlage.....	18
2.2.2 Datenproblematik	19
2.3 Schriftlich standardisierte Befragung.....	21
2.3.1 Vor- und Nachteile von schriftlich standardisierten Befragungen	21
2.3.2 Vorbereitung der schriftlich standardisierten Befragung.....	23
2.3.3 Durchführung der schriftlich standardisierten Befragung	30
2.3.4 Quantitative Analyse der schriftlich standardisierten Befragung.....	31
2.4 Problemzentrierte Interviews	35
2.4.1 Zielsetzung und zentrale Prinzipien qualitativer Sozialforschung.....	35
2.4.2 Zielsetzung und zentrale Prinzipien problemzentrierter Interviews.....	36
2.4.3 Vorbereitung der problemzentrierten Interviews	37
2.4.4 Durchführung der problemzentrierten Interviews.....	43
2.4.5 Qualitative Analyse problemzentrierter Interviews.....	46
3 MIGRATION UND INTEGRATION: THEORIE	48
3.1 Migration	48
3.1.1 Migrationstheorien.....	48

3.1.2	Idealtypischer Ablauf individueller Migrationsentscheidungsprozesse	57
3.1.3	Auswirkungen von Migration	59
3.1.4	Migration – Versuch einer Definition	63
3.2	Integration	68
3.2.1	Integrationstheorien.....	68
3.2.2	Theorien der Grenzüberwindung.....	83
3.2.3	Integration – Versuch einer Definition	85
4	MIGRATION UND INTEGRATION: DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DAS BUNDESLAND SAARLAND	91
4.1	Migration	91
4.1.1	Kurzer historischer Abriss der Zuwanderung nach 1945	91
4.1.2	Gesamtüberblick über das aktuelle Zuwanderungsgeschehen	117
4.1.3	Zuwanderung in ländliche Räume	122
4.1.4	Entwicklung der deutschen Migrations- und Integrationspolitik	126
4.2	Integration	134
4.2.1	Bewertung der deutschen Integrationspolitik im internationalen Vergleich.....	134
4.2.2	Integrationsklima und Miteinander in einer Einwanderungsgesellschaft	136
4.2.3	Integrationssituation differenziert nach unterschiedlichen Herkunftsgruppen und Bundesländern	140
4.2.4	Integration in ländlichen Räumen.....	144
5	MIGRATION UND INTEGRATION: DIE KREISSTADT MERZIG.....	151
5.1	Charakterisierung der Kreisstadt Merzig	151
5.1.1	Geographie.....	151
5.1.2	Geschichte	154
5.1.3	Ökonomische Infrastruktur	155
5.1.4	Bildungsinfrastruktur	163
5.1.5	Soziale Infrastruktur	167
5.1.6	Beratungsstellen für allgemeine Sozialberatung	168
5.1.7	Medizinische und Pflegeinfrastruktur	169
5.1.8	Bevölkerungsstruktur	170
5.1.9	Bevölkerungsentwicklung	176
5.2	Migration in der Kreisstadt Merzig.....	195

5.2.1	Kurzer historischer Abriss der Zuwanderung nach 1945	195
5.2.2	Entwicklung des Ausländeranteils und der Bevölkerung differenziert nach ausländischen Staatsangehörigkeiten	195
5.2.3	Migrationsfachdienste	214
5.3	Integration in der Kreisstadt Merzig	220
5.3.1	Ort der Vielfalt	220
5.3.2	Integrationskonzept	220
5.3.3	Funktionale Integration	222
5.3.4	Strukturelle Integration	227
5.3.5	Soziale Integration	234
6	MIGRATION UND INTEGRATION: UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	241
6.1	Ergebnisse der schriftlich standardisierten Befragung	241
6.1.1	Soziodemographische Aspekte und Migrationsbiographie	242
6.1.2	Funktionale Integration	246
6.1.3	Strukturelle Integration	248
6.1.4	Soziale Integration	254
6.1.5	Identifikatorische Integration	260
6.1.6	Hilfen beim Integrationsprozess	265
6.1.7	Sicht der Autochthonen auf Zuwanderungs- und Integrationsprozesse	269
6.1.8	Zusammenfassung	274
6.2	Ergebnisse der problemzentrierten Interviews	284
6.2.1	Migrationsbiographien und individuelle Wege der Integration	287
6.2.2	Zusammenfassung	360
7	VERGLEICHENDE BETRACHTUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	368
7.1	Vergleichende Betrachtung der Ergebnisse der schriftlich standardisierten Befragung	368
7.2	Vergleichende Betrachtung der Ergebnisse der problemzentrierten Interviews	373
7.2.1	Integrationsverständnis	373
7.2.2	Funktionale Integration	379
7.2.3	Strukturelle Integration	386
7.2.4	Soziale Integration	391

7.2.5	Identifikatorische Integration	403
7.2.6	Dimensionsübergreifende Aspekte	412
8	MIGRATION UND INTEGRATION: ANALYSE	417
9	FAZIT UND AUSBLICK.....	426
10	LITERATURVERZEICHNIS	435

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Methodische Vorgehensweise	13
Abbildung 2: Unterschiedliche Raumkategorien im Saarland	15
Abbildung 3: Lage der Kreisstadt Merzig im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg	16
Abbildung 4: Methodische Vorgehensweise im Zuge der schriftlichen Befragung.....	30
Abbildung 5: Methodische Vorgehensweise im Zuge der problemzentrierten Interviews.....	40
Abbildung 6: Idealtypischer Ablauf individueller Migrationsentscheidungsprozesse.....	57
Abbildung 7: Entwicklung der Zahl der Zustimmungen zur Tätigkeit in weiteren akademischen Berufen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2006 bis 2013	97
Abbildung 8: Entwicklung der Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2013/2014	100
Abbildung 9: Anzahl der gestellten Asylanträge in Deutschland 1972-2013 (ausgewählte Jahre)	103
Abbildung 10: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2013.....	104
Abbildung 11: Anzahl der gestellten Asylerstanträge im Saarland 2000-2015 (bis April 2015)	105
Abbildung 12: (Spät-)Aussiedlerzuzug nach Deutschland von 1986-2013.....	108
Abbildung 13: (Spät-)Aussiedlerzuzug nach Herkunftsgebieten im Jahr 2013.....	109
Abbildung 14: Entwicklung der Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland zwischen 1998 und 2013	112
Abbildung 15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2013	113
Abbildung 16: Zuzüge von Unionsbürgern (TOP-10) nach Deutschland im Jahr 2013.....	115
Abbildung 17: Entwicklung der Bevölkerung ausgewählter ausländischer Staatsangehörigkeit im Saarland zwischen 2001 und 2013	116
Abbildung 18: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 1991-2013.....	118
Abbildung 19: Zuzüge nach den häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2013.....	119
Abbildung 20: Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2013	119
Abbildung 21: Wanderungen über die Landesgrenzen des Saarlandes 1990-2013.....	121
Abbildung 22: Anteil der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund differenziert nach Raumtypen im Jahr 2012.....	124
Abbildung 23: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund differenziert nach Gemeindegrößenklassen im Jahr 2014	125
Abbildung 24: Die Lage der Kreisstadt Merzig im Saarland	151
Abbildung 25: Die Kreisstadt Merzig mit ihren 17 Stadtteilen.....	152

Abbildung 26: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig nach Wirtschaftssektoren im Jahr 2007	160
Abbildung 27: Kindertagesstätten und Schulen in der Kreisstadt Merzig	166
Abbildung 28: Ausländeranteil in der Kreisstadt Merzig	172
Abbildung 29: Altersstruktur der Gesamtbevölkerung nach Stadtteilen (Stand 29.02.2012)	175
Abbildung 30: Altersstruktur der Bevölkerung mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit (Stand 29.02.2012)	176
Abbildung 31: Geburten- und Sterbezahl auf Stadtteilebene zum 31.12.2007 (absolute Zahlen)	179
Abbildung 32: Zu- und Fortzüge auf Stadtteilebene zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (absolute Zahlen)	182
Abbildung 33: Differenzierung der Zuzüge über die kreis-, landes- oder nationale Grenze zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (Stadtteile mit Zuzugsraten ≥ 4 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerungszahl)	183
Abbildung 34: Differenzierung der Fortzüge über die kreis-, landes- oder nationale Grenze zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (Stadtteile mit Wegzugsraten ≥ 9 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerungszahl)	183
Abbildung 35: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig von 1990-2010 (1990 = 100)	185
Abbildung 36: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig von 1990-2010 differenziert nach Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit (1990 = 100)	187
Abbildung 37: Bevölkerungsentwicklung von 1990-2010 in Stadtteilen mit rückläufigen Einwohnerzahlen (1990 = 100)	188
Abbildung 38: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in dem Stadtteil Menningen (1990 = 100)	190
Abbildung 39: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in den Stadtteilen mit einem Ausländeranteil ≥ 5 Prozent (Stand 29.02.2012) (1990 = 100)	191
Abbildung 40: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in den Stadtteilen mit einem Ausländeranteil < 5 Prozent (Stand 29.02.2012) (ohne den Stadtteil Menningen) (1990 = 100)	192
Abbildung 41: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig zwischen 1990 und 2012 (29.02.2012) (1990 = 100)	196
Abbildung 42: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in der Kreisstadt Merzig zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)	197
Abbildung 43: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig sowie den Stadtteilen mit Ausländeranteilen $\geq 5,0$ Prozent (Stand 29.02.2012)	203
Abbildung 44: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig sowie den Stadtteilen mit Ausländeranteilen $< 5,0$ Prozent (Stand 29.02.2012)	204

Abbildung 45: Zehn größte Bevölkerungsgruppen ausländischer Staatsangehörigkeit differenziert nach dem Ausländeranteil in den Stadtteilen der Kreisstadt Merzig (Stand 30.06.2012)	206
Abbildung 46: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Fitten zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100).....	211
Abbildung 47: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Besseringen zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)....	212
Abbildung 48: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Merzig zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)	214
Abbildung 49: Klienten der Landesintegrationsberatung des Caritasverbands Saar-Hochwald nach Herkunftsländern im Jahr 2007	216
Abbildung 50: Klienten der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH nach Herkunftsländern zwischen April 2007 und April 2008	218
Abbildung 51: Klienten des Jugendmigrationsdienstes des Internationalen Bundes nach Herkunftsländern im Jahr 2008	219
Abbildung 52: Zusammensetzung des Rücklaufs, differenziert nach dem Migrationshintergrund der befragten Personen	241
Abbildung 53: Zusammensetzung des Rücklaufs, differenziert nach dem Migrationshintergrund der befragten Personen und Stadtteilen	242
Abbildung 54: Staatsangehörigkeit der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=365)	243
Abbildung 55: Aufenthaltsdauer der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund in Deutschland (N=320).....	244
Abbildung 56: Gründe für die Wohnortwahl in der Kreisstadt Merzig (Mehrfachnennungen)	245
Abbildung 57: Art des Spracherwerbs der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) (Mehrfachnennungen)	247
Abbildung 58: Sprachpraxis der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund	248
Abbildung 59: Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund in Deutschland (N=228)	250
Abbildung 60: Derzeitiges Beschäftigungsverhältnis der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=357)	251
Abbildung 61: Teilnahme an Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen	252
Abbildung 62: Teilnahme an Veranstaltungen in Schulen.....	252
Abbildung 63: Wohnform	253
Abbildung 64: Anzahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit im individuellen nachbarschaftlichen Netzwerk	255
Abbildung 65: Intensität privater interkultureller Kontakte	256
Abbildung 66: Grad des Wohlbefindens im Wohnumfeld	260

Abbildung 67: Regelmäßigkeit der Kontakte und Beziehungen der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=333) in das Herkunftsland	262
Abbildung 68: Art der Kontakte und Beziehungen der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) in das Herkunftsland (Mehrfachnennungen)	263
Abbildung 69: Zugehörigkeitsgefühl der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=356)	263
Abbildung 70: Bereitschaft der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=359) zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit.....	265
Abbildung 71: Erfahrene Unterstützung der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) beim Integrationsprozess (Mehrfachnennungen)	266
Abbildung 72: Ansprechpartner der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) bei Problemen in Deutschland (Mehrfachnennungen).....	267
Abbildung 73: Art der von Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) genutzten Integrationsangebote (Mehrfachnennungen)	268
Abbildung 74: Zufriedenheit der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=263) mit den Integrationsangeboten.....	269
Abbildung 75: Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland und der Kreisstadt Merzig aus Sicht der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund	271
Abbildung 76: Gründe für das Empfinden der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (N=487) hinsichtlich der Anwesenheit von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (Mehrfachnennungen).....	273
Abbildung 77: Einschätzung des Integrationsgrads durch Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (N=367)	274
Abbildung 78: Kanonische Korrespondenzanalyse 1	276
Abbildung 79: Kanonische Korrespondenzanalyse 2	279
Abbildung 80: Kanonische Korrespondenzanalyse 3	282
Abbildung 81: Integrationsförderliche internale und externale Faktoren	430

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Relevante Auswahlmerkmale der Interviewpartner	38
Tabelle 2: Typologie der Migrationen	66
Tabelle 3: Entwicklung der Zahl der Werksvertragsarbeitnehmer in Deutschland zwischen 1991 und 2013 (Jahresdurchschnitt)	98
Tabelle 4: Unterschiede der Integration in Städten und ländlichen Gemeinden	148
Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Sektoren - Saarland, Landkreis Merzig-Wadern und Kreisstadt Merzig in Prozent (Stand 2012)	157
Tabelle 6: Gesamtbevölkerungszahl, Einwohnerzahl mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Ausländeranteil in den einzelnen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig (Stand: 29.02.2012)	171
Tabelle 7: Saldo aus Geburten und Sterbefälle (31.12.2007) und mittlerer-Jahressaldo pro 1.000 Einwohner (2004-2007)	180
Tabelle 8: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten Stadtteilen zwischen 1990 und 2010 (absolute Zahlen)	190
Tabelle 9: Zusammenfassender Vergleich demographischer Faktoren auf Stadtteilebene.....	193
Tabelle 10: Die zehn größten Bevölkerungsgruppen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig (Stand 30.06.2012)	199
Tabelle 11: Merkmalsausprägungen der Interviewpartner.....	285
Tabelle 12: Integrationsfördernde Faktoren	361
Tabelle 13: Integrationshindernde Faktoren	367
Tabelle 14: Konfirmatorische Faktorenanalyse	418
Tabelle 15: Kaiser-Meyer-Olkin- und Bartlett-Test.....	419

1 Einleitung

1.1 Einführung

„Migration gehört zur *Conditio humana* wie Geburt, Vermehrung, Krankheit und Tod; denn der *Homo sapiens* hat sich als *Homo migrans* über die Welt ausgebreitet.“ (Bade et al. 2008: 19) Somit ist die Geschichte der Menschheit auch eine Geschichte ihrer Wanderungen. Seit jeher verließen Menschen aus ökologischen, politischen, sozio-kulturellen oder ökonomischen Gründen ihre angestammte Heimat in der Hoffnung, in anderen Regionen bessere Lebensbedingungen vorzufinden. Früher wie heute ist die Migrationsentscheidung einerseits ein weitreichender Einschnitt in das Leben des Individuums, andererseits hatte und hat die Migration aber auch bedeutende Veränderungen sowohl für die Gesellschaft des Herkunftslandes als auch für die des Ankunftslandes zur Folge. Jedes Land hat heute als Quellland, Transitland oder Zielland mit dem Phänomen der Migration zu tun.

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen zählte 2013 rund 232 Millionen Menschen, die ihre ursprüngliche Heimat verlassen und ihren Wohnsitz in ein anderes Land verlegt hatten. Dies entspricht mehr als 3 Prozent der Weltbevölkerung (vgl. United Nations 2013). In Deutschland lebten 2014 laut Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 16,4 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, das sind rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 38). Zu dieser äußerst heterogenen Gruppe gehören „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten [...] sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ (Statistisches Bundesamt 2015: 5)

Die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte ist von Zuwanderung geprägt. Waren es zunächst Flüchtlinge und Vertriebene, die aus den ehemals deutschen Gebieten östlich des Oder-Neiße-Gebietes in den Westen zogen, kamen in den 1960er- und 1970er-Jahren die sogenannten „Gastarbeiter“ nach Deutschland. Darüber hinaus reisten zwischen 1950 bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik ein (vgl. Bade & Oltmer 2008: 166). Kriege innerhalb und außerhalb Europas führten seit den 1980er-Jahren immer mehr Asylbewerber nach Deutschland, eine Tendenz, die sich bis heute noch deutlich verstärkt hat. So wurden 2014 insgesamt 202.834 Asylanträge gestellt, ein Anstieg um etwa 60 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015). Bereits im ersten Halbjahr 2015 lag die Zahl der Asylanträge bei 179.037, und das Bundesministerium des Innern prognostizierte im August 2015, dass bis zum Jahresende insgesamt bis zu 800.000 Asylbewerber und Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015; Bundesministerium des Innern 2015a).

Einwanderung kann dabei von der Ankunftsgesellschaft durchaus ambivalent gesehen werden. Das Spektrum kann von einer Gefährdung der Identität bis hin zur Chance der Weiterentwicklung reichen. Damit wird bereits deutlich, dass Integration mehr ist als die „vollständige Angleichung [an] oder Verschmelzung bis zur Unkenntnis“ (Hans 2010: 45) mit den Gegebenheiten im Zielland. Integration betrifft nicht nur die allochthone, sondern auch die autochthone Bevölkerung, die unter anderem für die Schaffung integrationsförderlicher Rahmenbedingungen verantwortlich ist. Dementsprechend stellt die Einwanderung nicht nur die Zugezogenen, sondern auch die Ankunftsgesellschaften vor große Herausforderungen hinsichtlich der Integration. „Diese Situation stellt die einheimische, die eingewanderte und einwandernde Bevölkerung vor die Herausforderung, Mittel und Wege zu finden auf friedliche und für alle Beteiligten positive Weise zusammenzuleben.“ (Bünger 2001: 16) Auch Uslucan (2012a: 19-20) sieht die oben erwähnte Ambivalenz, wenn er feststellt, dass sich „Prozesse wie Migration, Zuwanderung und Integration [...] in den letzten Jahren [allerdings] zu einem wissenschaftlich wie sozialpolitisch äußerst furcht- und fruchtbaren Thema entwickelt“ haben. Dass häufig ein „problemorientierter Zugang“ (Nuissl & Schmiz 2013: 182) zu den Themen Migration und Integration dominiert, mag zum Teil auch dem Umgang der Politik mit diesen Themen geschuldet sein.

So wurde lange Zeit die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, von der Politik negiert. Noch 1998 erklärte der damalige Bundesminister des Innern: „Es besteht Einigkeit darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und nicht werden soll.“ (Manfred Kanter, zitiert nach Geißler 2014: 43) Deshalb fehlten auch entsprechende Konzepte zur Integration. Erst unter Bundeskanzler Schröder wurde eine aktive Integrationspolitik Teil der Innenpolitik und Angela Merkel erklärte 2005 zu ihrem Amtsantritt: „Integration ist eine Schlüsselaufgabe dieser Zeit“ (Angela Merkel, zitiert nach Geißler 2014: 43). Auch Bade und Oltmer (2008: 169) datieren mit dem Hinweis auf das Zuwanderungsgesetz den Übergang der Bundesrepublik Deutschland „von einem informellen zu einem formellen modernen Einwanderungsland mit den entsprechenden gesetzlichen und administrativen Instrumentarien“ auf das Jahr 2005.

Da sich die Zuwanderung in der Vergangenheit im Wesentlichen in Form von Landflucht und Zuwanderung von Arbeitsmigranten auf Industriestädte und industrielle Ballungsräume konzentrierte, lag auch „(d)er Schwerpunkt der Integrationsforschung in Deutschland [...] bislang auf den Integrationsbedingungen in Großstädten und Ballungsräumen als zentralen ‚Orten der Integration‘.“ (Schader-Stiftung 2011a: 11) Auch zeigen sich auf den ersten Blick die Herausforderungen der Integration aufgrund der Vielzahl von Zuwanderern und der Multinationalität in den Großstädten eher als auf dem Land (vgl. Schader-Stiftung 2011b: 8). Während einerseits die städtischen Gebiete oft mit einem größeren Angebot an Integrationsmaßnahmen aufwarten können, bieten andererseits die ruralen Räume beispielsweise aufgrund ihrer Übersichtlichkeit,

ihrer kurzen Wege und nicht zuletzt wegen der geringeren Anonymität ebenfalls Chancen und Möglichkeiten zur Integration.

Nach „einer eklatanten Unterbelichtung in der Forschung über mögliche Fragen, Probleme und Chancen in kleineren, ländlich geprägten Regionen und Gemeinden“ (Güngör 2008: 135) erkennt mittlerweile auch die Integrationsforschung die Integrationschancen und –möglichkeiten in ruralen Räumen und beginnt sich allmählich auch für die Erforschung der Integrationsbedingungen außerhalb der Großstädte zu interessieren. Boos-Krüger (2005: 441) kommt am Ende ihrer Untersuchung über die Eingliederung von Migranten in ländlichen Räumen gar zu der Erkenntnis, dass „(d)er ländliche Raum [...] sich als ein Lernfeld erweisen [könnte] für die sozialräumliche Integration von Zuwanderern.“

In diesem Zusammenhang wendet sich auch die vorliegende Untersuchung den ländlichen Räumen zu und versucht am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig der Frage nachzugehen, wie ein interkulturelles Miteinander in ländlichen Räumen aussehen kann und wie individuelle Wege der Integration in ruralen Regionen verlaufen. Auf Basis der Integrationsprozesse sollen für die Integration förderliche und hinderliche Faktoren identifiziert und analysiert werden. Dabei stehen sowohl Allochthone als auch Autochthone, ihre jeweiligen Einstellungen, ihr Handeln sowie persönlichkeitsimmanente Aspekte im Zentrum der Betrachtung. Besonderer Wert wird dabei auf die individuellen Migrations- und Integrationserfahrungen von Vertretern unterschiedlicher Zuwanderergruppen gelegt, weil deren Erfahrungen und Sichtweisen „help to re-evaluate the norms and interests associated with the receiving society’s concept of integration, which is usually dominant.“ (Jentsch & Simard 2009b: 191)

Grundlage der Untersuchung bilden folgende Thesen:

- Migrations- und Integrationsprozesse spielen auch in ländlichen Räumen eine wichtige Rolle.
- Der in ländlichen Räumen hohe Bekanntheitsgrad und die damit verbundene geringere Anonymität wirken sich positiv auf den Integrationsprozess aus.
- Persönlichkeitsimmanente Merkmale Allochthoner und Autochthoner beeinflussen in besonderem Maße den Integrationsprozess.
- Im Zuge der Globalisierung verlieren die vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Dimension) für den individuellen Integrationsprozess an Bedeutung.

Anhand dieser Thesen wird deutlich, dass in der vorliegenden Arbeit zwar auch psychologische und soziologische Aspekte anklingen, die Untersuchung insgesamt gesehen jedoch im Bereich geographischer Migrationsforschung anzusiedeln ist.

Im Folgenden werden zunächst der Forschungsstand sowie die Zielsetzung und die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit dargelegt. In Kapitel 2 schließt sich die Erläuterung der methodischen Vorgehensweise an, die neben Begründungen zur Auswahl der Untersuchungsregion auch Hinweise zur Datenlage und –problematik sowie Infor-

mationen zu den verwendeten quantitativen und qualitativen Methoden umfasst. Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit den Themen „Migration“ und „Integration“ aus theoretischer Perspektive. Darunter fallen beispielsweise die kritische Betrachtung von Migrations- und Integrationstheorien, die Darstellung des idealtypischen Ablaufs individueller Migrationsentscheidungsprozesse sowie der Versuch einer Definitionsfindung für die Begrifflichkeiten „Migration“ und „Integration“. Die Kapitel 4 und 5 widmen sich hingegen den Themen „Migration“ und „Integration“ aus räumlicher Perspektive. Während im 4. Kapitel ein Überblick über das Migrations- und Integrationsgeschehen in Deutschland und dem Saarland gegeben wird, was grundlegend für die spätere Einordnung der für die Kreisstadt Merzig gewonnenen Daten ist, steht im 5. Kapitel die Charakterisierung der Kreisstadt Merzig unter Berücksichtigung ökonomischer, gesellschaftlicher und demographischer Gesichtspunkte im Fokus. Dies bildet eine wesentliche Grundlage, um zu einer differenzierten Bestandsanalyse zu gelangen, die wiederum für das Verständnis migrations- und integrationsrelevanter Abläufe und Strukturen von besonderer Bedeutung ist. Die Analyse und Interpretation migrations- und integrationsrelevanter Abläufe und Strukturen bildet das Zentrum des empiriegeleiteten 6. Kapitels. Eine vergleichende Betrachtung der quantitativen und qualitativen Forschungsergebnisse schließt sich an. In Kapitel 8 werden die Themen Migration und Integration aus analytischer Perspektive beleuchtet. Dazu werden sowohl empirische Befunde der quantitativen und qualitativen Erhebung als auch konzeptionelle Überlegungen zusammengeführt. Im folgenden Kapitel findet die vorliegende Arbeit mit einem Fazit und einem Ausblick ihren Abschluss.

Zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Formen verzichtet. Die grundsätzlich genutzte männliche Form schließt jedoch, wenn nicht explizit vermerkt, gleichermaßen beide Geschlechter ein.

1.2 Forschungsstand

Während erste Forschungen zum Thema Migration (u.a. Smith 1776; Ravenstein 1885/1889) bereits auf das 18. und 19. Jahrhundert zurückgehen, wurden die Folgen der Migration für die Ankunftsländer sowie individuelle Eingliederungsprozesse (u.a. Eisenstadt 1954; Gordon 1964; Park & Burgess 1921; Taft 1953/1957) erstmals im 20. Jahrhundert wissenschaftlich aufgearbeitet. Seit diesem Zeitpunkt stehen die Themenbereiche „Migration“ und „Integration“ im Fokus unzähliger Veröffentlichungen, deren Autoren sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit der Thematik beschäftigen.

Eine Gemeinsamkeit bildet oftmals jedoch der räumliche Bezug. So stellt beispielsweise Beetz (2005: 174) im „Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland“ fest, dass internationale Migration in erster Linie in Agglomerationsräumen erforscht wird. Fischer-Krapohl (2009: 107) führt dies darauf zurück, dass „Migration [...] vor allem ein großstädtisches Phänomen“ sei. Dementsprechend gibt es viele Publikationen (u.a. Dangschat 2011; Dangschat 2013; Fischer-Krapohl 2009; Fischer-

Kraphol & Waltz 2007; Gestring et al. 2001; Glorius 2007; Göschel 2001; Häußermann & Oswald 1997; Hanley et al. 2008; Hillmann & Windzio 2008; Kraas & Bork 2012; Krummacher & Waltz 2000; Luft & Schimany 2010a; Münch 2007; Penninx et al. 2004; Schader-Stiftung 2005; Schnur et al. 2013; Schmals 2000; Straßburger 2001; Yildiz & Mattausch 2009; Yildiz 2014), die sich den beiden Themenfeldern in städtischen Kontexten widmen. Darüber hinaus fokussieren viele Veröffentlichungen auf spezifische Zuwanderergruppen. Dazu zählen beispielsweise Arbeitsmigranten (u.a. Geiger & Hanewinkel 2014; Pfeffer-Hoffmann 2014; Richter & Richter 2012; Wagner 2014), Asylbewerber (u.a. Lillig & Strasser 2004; Robert Bosch Stiftung 2014), (Spät-)Aussiedler (u.a. Hofmann et al. 1992; Nienaber 1995; Schmitz 2013), aber auch Italienstämmige (u.a. Haug 2000b; Haug & Diehl 2005; Soom Ammann 2011), Türkei-stämmige (u.a. Gestring et al. 2006; Hanhörster & Barwick 2013; Haug & Diehl 2005), Transmigranten (u.a. Ruokonen-Engler 2012; Siouti 2013) oder Muslime (u.a. Bundesministerium des Innern 2008; Gesemann 2006).

Obwohl der Schwerpunkt der Migrations- und Integrationsforschung auf städtischen Räumen liegt, spielt „[d]ie internationale Migration [...] in ländlichen Räumen [nach Einschätzung von Beetz (2005: 175)] trotzdem keine geringe Rolle.“ Auch Micksch (2000: 5) betont die Bedeutung der Zuwanderung für rurale Regionen und die dadurch bedingte zunehmende Multikulturalität, die jedoch aus seiner Sicht bisher nur selten zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht wurde. Mit Blick auf den signifikanten und stetig steigenden Einfluss internationaler Migrationsprozesse auf ländliche Räume sprechen ebenso Simard und Jentsch (2009: 1) von „a relatively new feature in European migration“. Gerade wegen dieses vergleichsweise jungen Forschungsfeldes stellte Beetz (2005: 175) im Jahr 2005 die Notwendigkeit für eine weitere Erforschung des Themenbereichs heraus, da „[d]ie Spannung zwischen sozialer und politischer Aufnahmebereitschaft für Migranten und der Abhängigkeit ländlicher Entwicklungen von Migrationen [...] zukünftig eine wichtige Herausforderung für Forschung und Politik dar[stellt].“

Jentsch und Simard (2009a) nahmen sich beispielsweise mit ihrem Sammelband „International Migration and Rural Areas. Cross-National Comparative Perspectives“ dieser Forschungslücke an und kamen auf Basis von Fallstudien in Irland, Kanada, Russland, Schottland, Südeuropa und den Vereinigten Staaten zu dem Ergebnis, dass sich die derzeitigen Migrationsbewegungen durch eine besondere Komplexität auszeichnen. Sie führen dies in erster Linie auf den saisonalen, temporären und zirkulären Charakter der Migrationsprozesse zurück, wovon gerade in den ländlichen Räumen der Agrarsektor profitieren könne (vgl. Jentsch & Simard 2009b: 179). Unabhängig von den einzelnen Fallstudien war darüber hinaus auffallend, dass „the immigrants have made significant contributions to addressing important challenges in rural areas.“ (Jentsch & Simard 2009b: 179) Darunter fallen beispielsweise sowohl ökonomische als auch soziale Herausforderungen (vgl. Jentsch & Simard 2009b: 179). Auch Nadler et al. (2012) thematisieren die Zuwanderung internationaler Migranten in den demographisch

schrumpfenden ländlichen Räumen Ostsachsen und Saarland sowie die sich daraus ergebenden Chancen und Potenziale sowohl für das Individuum als auch für die Räume. Bieten die ruralen Regionen einerseits neue berufliche Möglichkeiten und tragen zur Steigerung der beruflichen Qualifikationen bei, kann andererseits durch den ländlichen Lebensstil die Lebensqualität gesteigert werden. Darüber hinaus stellen der Import von Wissen und die globale Vernetzung sowie die zunehmende Pluralisierung der Bevölkerung Beispiele dar, wie die ländlichen Räume von internationaler Zuwanderung profitieren können (vgl. Nadler et al. 2012: 117).

Des Weiteren existieren, ähnlich wie im städtischen Kontext, Forschungen zu bestimmten Zuzugsgruppen, so unter anderem zur Situation der Arbeitsmigranten, die zum Beispiel in den Veröffentlichungen von Danson und Jentsch (2009), Jentsch et al. (2007) sowie Nienaber und Frys (2012) näher analysiert wird. Anhand qualitativer Untersuchungen kommen Nienaber und Frys (2012: 73) zu dem Ergebnis, dass sich die im saarländischen Landkreis Merzig-Wadern lebenden internationalen Arbeitsmigranten unter anderem im Hinblick auf ihre berufliche, persönliche und soziale Lebenssituation unterscheiden, wobei auch Unterschiede zu in städtischen Räumen lebenden Zuwanderern identifiziert werden konnten. Ihrer Einschätzung zu Folge kann diese Zuzugsgruppe für die ruralen Regionen „einen Mehrwert“ (Nienaber & Frys 2012: 73) bieten, was allerdings deren Integration voraussetze (vgl. Nienaber & Frys 2012: 73).

Andere Autoren (u.a. Becker 2010; Mannon et al. 2011) gehen auf Saisonarbeiter, und insbesondere auf diejenigen ein, die im agrarischen Sektor Beschäftigung gefunden haben. Auch ein Teil der sogenannten „Gastarbeiter“ kam im Zuge der Anwerbeverträge in die industriell geprägten ruralen Regionen. Sie stehen unter anderem bei Geiger (1975) im Zentrum der Betrachtung, der sich mit ihrer „Konzentration [...] in alten Dorfkernen“ befasst.

Bedingt durch die dreimonatige Residenzpflicht und die sich unter anderem auch in ländlichen Räumen befindenden Erstaufnahmestellen zählen ebenfalls Asylbewerber und Flüchtlinge zu wichtigen Zuwanderergruppen in rurale Regionen. Oftmals ist der Bau oder die Einrichtung neuer Aufnahmestellen jedoch mit Problemen und Schwierigkeiten verbunden. Dieser Thematik nehmen sich speziell mit Blick auf ländliche Räume beispielsweise Hubbard (2005) und Findlay et al. (2007) an.

Auch die Niederlassung von (Spät-)Aussiedlern ist auf die Zuweisungspolitik sowie Prozesse der Kettenmigration zurückzuführen, was Wenzel und Hermeling (1997) am Beispiel des Emslands untersuchen. Dabei liegt der Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf der Zuwanderung und den Eingliederungsschwierigkeiten von (Spät-)Aussiedlern.

Mit der Gruppe der grenzüberschreitenden Wohnmigranten, die gerade in den letzten Jahren verstärkt zur Internationalisierung ländlicher Grenzräume beigetragen haben, beschäftigen sich, was europäische Grenzregionen betrifft, unterschiedliche Forscher. Während unter anderem in den Untersuchungen van Houtum und Gielis (2006) sowie Gielis und van Houtum (2012) der belgisch-niederländische sowie deutsch-

niederländische Grenzraum Berücksichtigung findet, widmen sich zum Beispiel Boesen et al. (angenommen), Boesen et al. (2015), Frys und Nienaber (2011) sowie Roos et al. (2015) dem deutsch-luxemburgischen, Balogh (2013) sowie Nienaber und Kriszan (2013) dem deutsch-polnischen und Jagodic (2012) dem italienisch-slowenischen Grenzraum sowie den damit verbundenen Effekten der grenzüberschreitenden Wohnmigration.

Eine weitere Zuwanderergruppe in rurale Regionen sind die sogenannten „Wohlstandsmigranten“ oder „amenity migrants“. Dabei handelt es sich um Personen, die unter anderem aufgrund attraktiverer klimatischer, landschaftlicher oder ökologischer Kriterien ihren Wohnsitz verlagern. Berücksichtigung findet diese Gruppe beispielsweise in der Veröffentlichung von King und Patterson (1998) mit dem Titel „Diverse Paths. The Elderly British in Tuscany“, der den Schwerpunkt gezielt auf ältere Zugezogene legt. Nähern sich Cai et al. (2014) dem Thema aus der Perspektive des subjektiven Wohlbefindens, spielt in den Untersuchungen von Lampič und Mrak (2012) hingegen das ländliche Idyll eine wichtige Rolle. Danach suchen vor allem Wohlstandsmigranten aus Großbritannien, wenn sie ihren Wohnsitz in die Region Pomurska in Slovenien verlegen (vgl. Lampič und Mrak 2012).

Oliva (2010) fasst die zunehmende Pluralisierung ländlicher Räume unter dem Begriff des „rural melting-pots“ zusammen: „We use the idea of rural melting-pot to refer to at least three things. Firstly, we suggest there is a process of constant social diversification as a result of the mobilities that have arisen in recent decades (like returning pensioners, retirement migrants, neo-liberal inhabitants, ex-urban professional classes, holidaymakers and amenity migrants). [...] Secondly, this concept indicates uncertainty over processes of change and social diversification. [...] Finally, the concept refers to the idea of a structure or container that is both physical and social – the rural areas where these processes can be seen and the sociological environments in which those involved draw up different social strategies.“ (Oliva 2010: 279) Damit gewinnen neben den eigentlichen Migrationsprozessen zunehmend auch deren Auswirkungen und Folgen für die Ankunftsregionen an Bedeutung. So rückt zunehmend auch die Integration der Zuwanderer in den Blick, wobei Fischer-Krapohl (2009: 121) darauf hinweist, dass in den Kommunen „ein Perspektivwechsel vollzogen werden [muss] von den ‚Migranten als Bürde‘ zu ‚Migranten als Potenzial‘“.

Als eine der ersten veröffentlichten Micksch und Schwier (2000a) im Jahr 2000 einen Sammelband mit dem Titel „Fremde auf dem Lande“, in dem es um das Zusammenleben der allochthonen und autochthonen Bevölkerung in kleinen Gemeinden und Städten geht. Anhand unterschiedlicher Fallstudien kommen die Herausgeber zu der Erkenntnis, dass die Situation der internationalen Zugezogenen in den Wohnorten von ihrer „Zuwanderungsgruppe, [...] [ihrem] rechtlichen Status und der Dauer des Aufenthaltes“ (Micksch & Schwier 2000c: 148) abhängig ist. Das interkulturelle Miteinander wird hingegen von der Wirtschaftslage der Gemeinde oder Stadt, deren Erfahrungen im Umgang mit Allochthonen sowie der interkulturellen Offenheit von Autoritäten

bestimmt (vgl. Micksch & Schwier 2000c: 148). Im Jahr 2002 folgte die Veröffentlichung „Islam in europäischen Dörfern“, die ebenfalls von Micksch und Schwier (2002a) herausgegeben wurde und erstmalig versuchte, „das Leben von Menschen muslimischen Glaubens in europäischen Dörfern zu umreißen.“ (Micksch & Lipsch 2002: 5)

Nienaber und Roos (2012b, c) legen bei ihren Untersuchungen den räumlichen Schwerpunkt auf rurale Regionen des Saarlandes. Basierend auf quantitativen Befragungen allochthoner und autochthoner Bewohner der Gemeinden Perl und Schmelz erstellen sie Bestandsanalysen zur Integrationssituation. Diese umfassen unter anderem funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Aspekte der Integration.

Auch Fassmann (2008) beschäftigt sich in einem Aufsatz mit dem Thema der Integration von internationalen Migranten in ländlichen Räumen, wobei der Fokus allerdings auf zirkulären Migrationsprozessen innerhalb Europas liegt.

Boos-Krüger (2005) setzt sich im Rahmen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ mit der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten ländlicher Räume auseinander. Sie (2005: 409) kritisiert die zu starke Fokussierung politischer und wissenschaftlicher Diskurse auf urbane Regionen, obwohl gerade auch „Unter-, Klein- und Mittelzentren mit wachsenden sozial-kulturellen, ökonomischen und baulich-räumlichen Integrationsanforderungen konfrontiert“ (Boos-Krüger 2005: 409) werden. Auf Basis der durchgeführten qualitativen Interviews mit Kommunalpolitikern diagnostiziert sie „in den verschiedenen Politikfeldern ein[en] zumeist progressiven Umgang mit der Integration von Zuwanderern“ (Boos-Krüger 2005: 440).

Die Integration in ruralen Regionen Österreichs macht Güngör (2008) zum Thema seiner Veröffentlichung, die in dem Sammelband von Leibetseder und Weidenholzer mit dem Titel „Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen“ abgedruckt wurde. Darin setzt sich Güngör (2008: 137) vor allem mit Handlungsansätzen für eine gelingende Integrationspolitik auseinander. Gerade hinsichtlich des Grads der Anonymität in ländlichen im Vergleich zu städtischen Gemeinden und Städten bestehen seiner Meinung nach Unterschiede. So kann der in ruralen Regionen hohe Bekanntheitsgrad die Integration sowohl positiv als auch negativ beeinflussen, weshalb dem interkulturellen Miteinander große Bedeutung zukommt (vgl. Güngör 2008: 146). Darüber hinaus empfiehlt Güngör (2008: 146) „Integrationsmaßnahmen [...] an den vitalen Alltagsinteressen der zugewanderten Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft [zu] orientier[en] [...] und bei den konkreten Lebenssituationen an[zu]setzen“, da dies in besonderem Maße erfolgversprechend sei.

Der Themenbereich „Migration und Integration im ländlichen Raum“ stellt auch einen Schwerpunkt der Schader-Stiftung dar. So entstanden unter anderem auf Basis von Fachtagungen sowie Forschungs-Praxis-Projekten diverse Publikationen zu dem Themenfeld. Während sich zum Beispiel die Dokumentation einer Fachtagung mit dem Titel „Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum“ (Schader-Stiftung

2010) vor allem mit dem interkulturellen Miteinander, möglichen Schwierigkeiten und der kommunalen Integrationspolitik befasst, stellt die Veröffentlichung „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts“ (Schader-Stiftung 2011a) das Forschungs-Praxis-Projekt vor. Im Zuge des Projekts wurde erstmalig „die Situation von [...] Migranten in den kleineren Städten der ländlich geprägten Räume bundesweit vergleichend untersucht.“ (Schader-Stiftung 2011a: 7) Insgesamt waren zwölf Städte und acht Landkreise in das Projekt eingebunden (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 7). Werden in der Publikation zunächst die Besonderheiten ruraler Gemeinden und Städte im Hinblick auf die Integration dargelegt, folgen Handlungsempfehlungen sowie die Untersuchungsergebnisse. Dabei liegt der Fokus auf der kommunalen Integrationspolitik, der interkulturellen Öffnung, Partizipationsmöglichkeiten sowie der Integration in strukturellen und sozialen Bereichen. 2014 veröffentlichte die Schader-Stiftung den Abschlussbericht des Forschungs-Praxis-Projekts. Während der Projektlaufzeit wurden von den Projektmitarbeitern weitere Artikel veröffentlicht. Stellvertretend werden der Aufsatz von Kirchhoff und Zimmer-Hegmann (2011) „Migration und Integration in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes“ sowie der Artikel von Kirchhoff (2012) „Zuwanderung im ländlichen Raum“ genannt, in denen die Autoren Teilergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts behandeln.

Auf die Integrationspotenziale in kleinen Städten ist beispielsweise auch der von Alisch und May (2011a) herausgegebene Sammelband ausgerichtet. Neben den Perspektiven der Integration setzen sich die verschiedenen Autoren auch mit Integrationsleistungen der allochthonen Bevölkerung sowie mit lokalen Aspekten der Eingliederung auseinander. Dies geschieht teilweise anhand von lokalen Fallstudien in Deutschland.

Ähnlich der Schader-Stiftung (2011a) identifiziert Gruber (2014: 38) vor dem österreichischen Kontext neun „[i]ntegrationsrelevante Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Gemeinden“. Darunter fallen zum Beispiel die Kriterien „Vielfalt“, „Anonymität“, „Fremdheit“, „Migrantische Netzwerke“ und „Rolle Vereine“ (vgl. Gruber 2014: 39-40). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die organisatorische Verankerung der Integrationsarbeit in ruralen Regionen, weshalb sie für unterschiedliche Handlungsfelder Good-Practice-Beispiele anführt. Im Resümee stellt Gruber (2014: 44) die Notwendigkeit der Sensibilisierung lokaler Akteure für die bestehenden integrationsrelevanten Unterschiede zwischen urbanen und ruralen Räumen heraus. Neben der Sensibilisierung spielen aber auch die „Planungs- und Umsetzungskompetenz für die Initiierung und Durchführung integrationsfördernder Aktivitäten“ (Gruber 2014: 44) eine bedeutende Rolle. Da vor Ort teilweise jedoch noch die Erfahrung fehlt, rät sie zu Kooperationen mit anderen Gemeinden (vgl. Gruber 2014: 44). Vor diesem Hintergrund veröffentlichte Gruber (2013) zur konkreten Unterstützung der Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit eine Publikation mit dem Titel „Integration im ländlichen Raum. Ein Praxishandbuch“.

Mit Blick auf den methodischen Zugang der zur Operationalisierung der Themenfelder „Migration“ und „Integration“ gewählt wird, kritisiert Schramkowski (2004: 299), „dass das Thema [...] kaum aus der Sichtweise von Personen mit Migrationshintergrund unter Einbezug ihrer individuellen Erfahrungen diskutiert wird.“ Dieses Forschungsdefizit erschwere „die Analyse von Sichtweisen und Orientierungsmustern von Personen mit Migrationshintergrund unter Bezugnahme auf gesellschaftliche Kontextstrukturen sowie die Heterogenität ihrer Lebensbezüge und –situationen.“ (Schramkowski 2007: 383-384)

Dennoch existieren im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung einige Ansätze, die sich qualitativ, aus Sicht der Zuwanderer der Thematik nähern. So stellt beispielsweise Aпитzsch (2003: 65) in ihrem Aufsatz „Migrationsbiographien selbst mit ihren aufgeschichteten Erfahrungsspuren von Grenzüberschreitungen als Orte transnationaler Räume vor“. Lange und Polat (2009a) beleuchten unter anderem in ihrem Sammelband „Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag“ Innenperspektiven, die anhand von „Lebensgeschichten und Lebenswelten von Menschen mit Mehrfachzugehörigkeiten“ (Lange & Polat 2009b: 13) aufgezeigt werden. Mit Schwierigkeiten der Eingliederung befasst sich hingegen Lummer (1994). Er untersucht dies beispielhaft aus der Sicht von Vietnamflüchtlings in Deutschland. Auch Salehzadeh (2010) widmet sich im Rahmen seines Dissertationsprojekts „Integration – Ein unmögliches Projekt?“ der Innenperspektive von Personen mit türkischem Migrationshintergrund. Mittels biographischer Fallbeispiele veranschaulicht er die Vielschichtigkeit des Integrationsprozesses sowie bestehende Interdependenzen zwischen der Biographie und der Integration (vgl. Salehzadeh 2010: 77). Darüber hinaus erforscht auch Richter (2006) in ihrer sozio-biographischen Untersuchung Integrationsprozesse. Allerdings beschränkt sie sich ausschließlich auf die in der Schweiz lebenden Personen mit spanischem Migrationshintergrund. Speziell mit der identifikatorischen Integrationsdimension setzen sich beispielsweise Bauer (2013) und Riegel (2004) auseinander. Beide analysieren den Aspekt der Zugehörigkeit, jedoch einmal aus Sicht junger weiblicher Zugezogener (Riegel 2004) und einmal aus der Perspektive von Zuwanderern unterschiedlicher Herkunftsländer und Milieus (Bauer 2013). Qualitative Untersuchungen zum Integrationsverständnis legten unter anderem Schramkowski (2007) und Shenavari (2009) vor. Während Schramkowski den Themenbereich aus der Sicht junger Erwachsener mit Migrationshintergrund behandelt, stehen bei Shenavari Personen mit iranischem Migrationshintergrund in den Städten Reutlingen und Tübingen im Mittelpunkt der Betrachtung.

Als Vorbereitung zur Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzepts in der Kreisstadt Merzig erarbeitete der Internationale Bund die „Sozialraumanalyse der Kreisstadt Merzig“, die im Jahr 2009 veröffentlicht wurde. Neben demographischen Aspekten zur Bevölkerungsstruktur und –entwicklung geht die Analyse unter anderem auch auf die Bereiche „Bildung, Erziehung und Sprache“, „Arbeit und Beruf“, „Freizeit, Begegnung und Partizipation“, „Kriminalität“ und „Migrationsdienste“ ein. Basis

dieser Analyse bilden unter anderem Auswertungen sekundärstatistischer Daten, Dokumentenanalysen und Internetrecherchen sowie schriftliche Befragungen und Experteninterviews (vgl. Internationaler Bund 2009: 8-9). Aufbauend auf der Sozialraumanalyse veröffentlichte die Kreisstadt Merzig (2012k) im Jahr 2012 ihr kommunales Integrationskonzept. Abgesehen von diesen beiden für die vorliegende Arbeit besonders relevanten Publikationen stellt die Bertelsmann Stiftung (o.J.a, b) im Rahmen des „Wegweisers Kommune“ und des „Bildungsberichts“ weitere wichtige statistische Eckdaten für die Kreisstadt Merzig zu integrationsrelevanten Themen zur Verfügung. Darüber hinaus liegen keine weiteren Veröffentlichungen vor, die sich mit den Themenfeldern „Migration“ und „Integration“ in der Kreisstadt Merzig befassen.

Zusammenfassend lässt der dargelegte Forschungsstand auf mindestens drei Forschungslücken schließen. Diese beziehen sich zum einen auf die mangelnde Berücksichtigung ländlicher Räume in der bisherigen Migrations- und Integrationsforschung, zum anderen auf die geringe Einbindung der allochthonen Bevölkerung in die Empirie durch die Betrachtung ihrer Biographien, Erfahrungen und Sichtweisen. Darüber hinaus besteht für die Kreisstadt Merzig unter anderem aufgrund ihrer Lage im Dreiländereck weiterhin konkreter Forschungsbedarf.

Die vorliegende Untersuchung greift diese Aspekte auf und versucht sowohl auf inhaltlicher, methodischer und räumlicher Ebene neue Impulse zu geben. So geht es inhaltlich unter anderem um die Untersuchung von Prozessen der Migration und Integration in ländlichen Räumen, die Überprüfung der Existenz der vier Integrationsdimensionen sowie die Identifikation möglicher Interdependenzen zwischen diesen Dimensionen. Im methodischen Bereich steht die Einbindung der allochthonen und autochthonen Bevölkerung in Form einer schriftlich standardisierten Befragung und problemzentrierter Interviews im Fokus. Darüber hinaus bietet die Kombination aus quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden sowie quantitativen und qualitativen Analyseschritten (u.a. Faktorenanalyse, Migrationsbiographien und individuelle Wege der Integration) neue Möglichkeiten der Erkenntnisgewinnung. Mit der Kreisstadt Merzig wird ein „Ort der Vielfalt“ im ländlichen Raum betrachtet, was auf räumlicher Ebene zu Erkenntnissen führt, die eventuell teilweise auch auf andere rurale Regionen übertragen werden können.

1.3 Zielsetzung und Fragestellungen

Die methodische Triangulation der vorliegenden Studie zielt zum einen auf die Ermittlung der Rahmenbedingungen des Migrations- und Integrationsgeschehens sowie zum anderen auf die Herausarbeitung persönlichkeitsimmanenter Faktoren, innerer Einstellungen und Handlungsweisen, die den individuellen Migrations- und Integrationsprozess in ländlichen Räumen beeinflussen. Dabei kommt es darauf an, die herausgearbeiteten individuellen Faktoren nicht zu generalisieren (vgl. Salehzadeh 2010: 229). Darüber hinaus dient das Zusammenführen der qualitativen und quantitativen

Forschungsergebnisse sowie des Theoriekonzepts der empirischen Überprüfung der theoretischen Annahmen.

Beispielhaft für ländliche Räume wird die Analyse in der saarländischen Kreisstadt Merzig durchgeführt. Durch den Einsatz einer schriftlichen Befragung wird in einem ersten Schritt eine Analyse der derzeitigen Ausgangssituation in der Kreisstadt Merzig im Hinblick auf die Migrations- und Integrationsstrukturen durchgeführt. Dazu gehört insbesondere die Untersuchung der Rolle der unterschiedlichen Integrationsdimensionen ebenso wie die Evaluation bestehender Integrationsangebote und interkultureller Veranstaltungen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf der Erfassung interkultureller Kontakte von allochthoner und autochthoner Bevölkerung, der Betrachtung ihres gemeinsamen Miteinanders sowie ihrer gegenseitigen Wahrnehmung und Akzeptanz. In einem zweiten Schritt wird diese statistische Datengrundlage mit Hilfe problemzentrierter Interviews und der dadurch generierten subjektiven Sichtweise Allochthoner vertieft. So werden auf Basis individueller Integrationsprozesse für die Integration förderliche oder hemmende Faktoren identifiziert und analysiert sowie die Bedeutung einzelner Integrationsdimensionen abgeleitet. Auf der Grundlage der quantitativen und qualitativen Ergebnisse werden abschließend die empirischen Befunde sowie die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden theoretischen Annahmen durch eine Faktorenanalyse zusammengeführt. Mit Hilfe der Faktorenanalyse soll überprüft werden, ob die vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration) bei individuellen Integrationsprozessen tatsächlich eine Rolle spielen und ob es Interdependenzen zwischen den einzelnen Dimensionen gibt.

Die Untersuchung konzentriert sich dementsprechend auf die folgenden Fragestellungen:

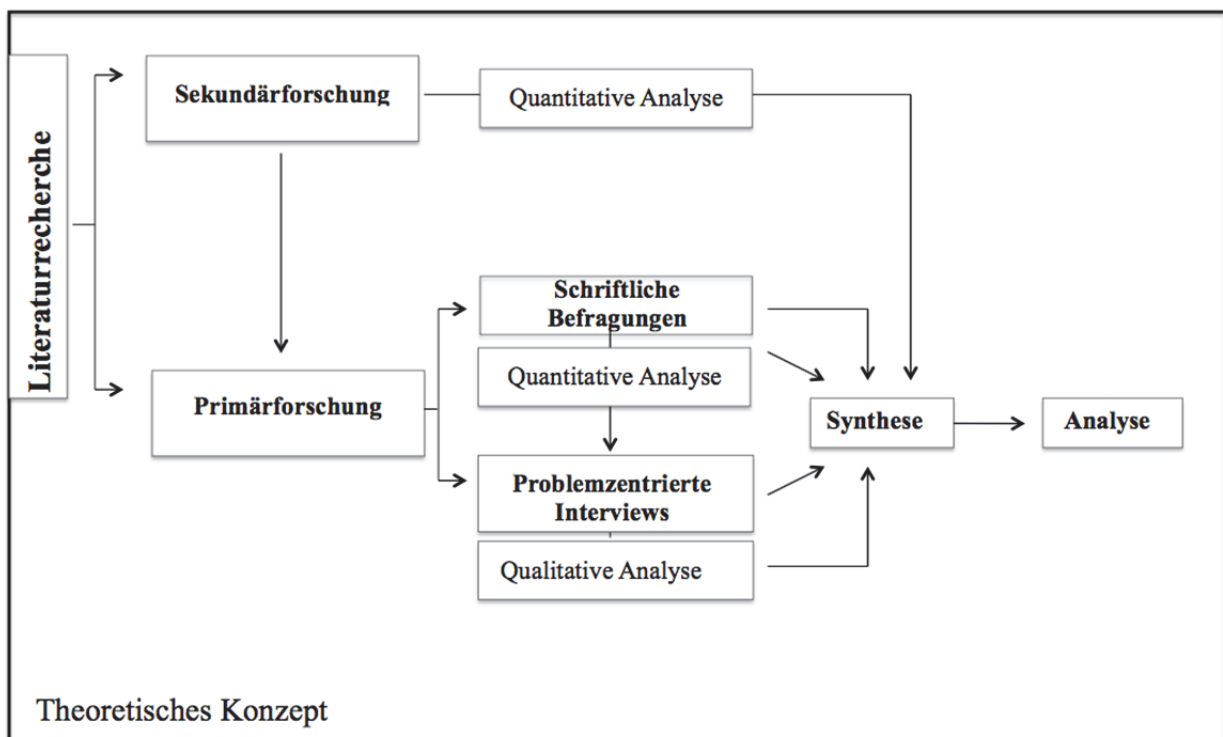
1. Welche Rollen spielen Migration und Integration von internationalen Migranten in der Kreisstadt Merzig?
2. Wie verlaufen individuelle Integrationsprozesse in ländlichen Räumen?
3. Welche Faktoren fördern beziehungsweise behindern Integrationsprozesse?
4. Welche Bedeutung kommt den vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale, identifikatorische Dimension) bei individuellen Integrationsprozessen zu?
5. Welche Interdependenzen bestehen zwischen den vier Integrationsdimensionen?
6. Inwiefern sind die in der Kreisstadt Merzig gewonnen Erkenntnisse auf andere ländliche Räume übertragbar?

Auch alternative beziehungsweise zusätzliche Fragestellungen wären denkbar gewesen. Da deren ergänzende Bearbeitung allerdings den Rahmen dieser Arbeit überstiegen hätte, fand eine Fokussierung auf die obigen Fragenstellungen statt.

2 Methodik

Die Methodik setzt sich aus der Auswertung von Literatur, der quantitativen Auswertung von sekundärstatistischen Daten sowie der quantitativen und qualitativen Auswertung von Primärerhebungen zusammen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden vor dem Hintergrund des dieser Arbeit zugrundeliegenden theoretischen Konzepts analysiert (s. Abb. 1).

Abbildung 1: Methodische Vorgehensweise



Quelle: Eigene Darstellung

2.1 Begründung der Untersuchungsregion

Als Untersuchungsregion wurde die Kreisstadt Merzig ausgewählt, die einerseits im Hinblick auf bestimmte Aspekte eine Sonderstellung einnimmt und andererseits aber auch diverse Aspekte verschiedener saarländischer Städte und Gemeinden in sich vereint. Stellvertretend für eine Vielzahl von Aspekten wurde die Kreisstadt Merzig auf der Grundlage von sieben Indikatoren ausgewählt, die im Folgenden kurz vorgestellt werden. Dazu zählen die Lage in den ländlichen Räumen¹ des Saarlandes und im Drei-

¹ Henkel (1995: 15) greift in seiner Beschreibung ländlicher Räume die Schwierigkeit einer Definitionsfindung auf: „Der ländliche Raum ist nicht leicht zu fassen. Er ist schillernd und tiefgründig zugleich, von sehr unterschiedlichen Wandlungsprozessen betroffen; seine ausgeprägten regionalen und lokalen Individualitäten, seine vielschichtigen Potentiale und Probleme, entziehen sich einer schnellfüßigen Darstellung und Generalisierung.“ Bedingt durch diese Vielschichtigkeit gibt es verschiedene Begriffsbestimmungen. So nimmt beispielsweise das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (o.J.) eine Abgrenzung anhand der Kriterien „Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten“, „Einwohnerdichte

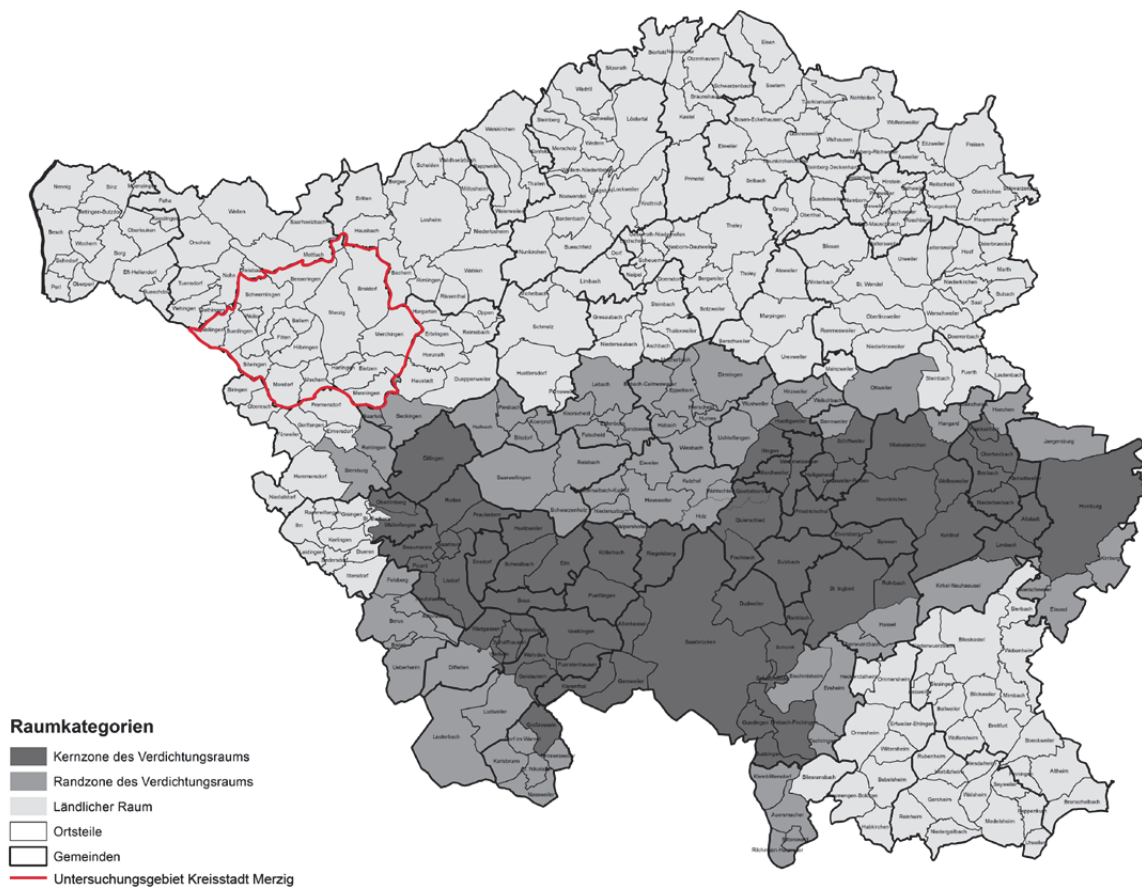
ländereck Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die demographische Entwicklung, die Migrations-, Bevölkerungs- und Begegnungsstrukturen sowie die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“.

- Lage in den ländlichen Räumen des Saarlandes

Entsprechend der Raumkategorien des saarländischen Landesentwicklungsplans Teilabschnitt „Siedlung“ zählen die Kreisstadt Merzig sowie der gesamte Landkreis Merzig-Wadern zu den ländlichen Räumen des Saarlandes (s. Abb. 2) (vgl. Chef der Staatskanzlei 2006: 1003). Während in einigen ländlichen Räumen des Saarlandes aufgrund des demographischen Wandels und der sich daraus ergebenden Veränderungen die Grundversorgung häufig nicht mehr gesichert werden kann, ist dies in der Kreisstadt Merzig jedoch nicht der Fall, da sie zu den elf saarländischen Mittelzentren zählt, die als „Versorgungs-, Bildungs- und Wirtschaftszentren [...] die Bevölkerung im mittelzentralen Verflechtungsbereich mit Gütern und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs“ (Chef der Staatskanzlei 2006: 972) versorgen (vgl. Chef der Staatskanzlei 2006: 978).

der Kreisregion“ und „Einwohnerdichte der Kreisregion ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte“ vor. Nach dieser Abgrenzung gibt es im Saarland keine ländlichen Räume, sondern nur städtische Kreise (vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung o.J.). Im Unterschied dazu werden im saarländischen Landesentwicklungsplan „Siedlung“ die Merkmale „Bevölkerungsdichte“, „Einwohner-Arbeitsplatzdichte“ und „Siedlungsflächenanteil in Relation zum Landesdurchschnitt“ zur Festlegung unterschiedlicher Raumkategorien herangezogen (vgl. Chef der Staatskanzlei 2006: 978). Auf dieser Grundlage wird der „Ländliche Raum“ „als großflächiges Gebiet außerhalb des Ordnungsraumes mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil [definiert]. Der ländliche Raum umfasst im Wesentlichen das nördliche Saarland sowie den südöstlichen Landesteil. Er ist im Verhältnis zum Ordnungsraum wesentlich dünner besiedelt, was tendenziell zu nachteiligen Erreichbarkeitsverhältnissen bei Arbeitsplätzen und zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge führt. Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen und des demografischen Wandels ist zudem außerhalb zentraler Orte oftmals keine ausreichende Grundversorgung mehr zu gewährleisten. Auch innerhalb des ländlichen Raumes sind bereichsweise hohe Zersiedlungstendenzen erkennbar.“ (Chef der Staatskanzlei 2006: 978) Aufgrund des direkten Saarlandbezugs orientiert sich die vorliegende Arbeit im Folgenden an der im saarländischen Landesentwicklungsplan „Siedlung“ enthaltenen Definition für ländliche Räume.

Abbildung 2: Unterschiedliche Raumkategorien im Saarland



Quelle: Chef der Staatskanzlei 2006: 1003 (Eigene Ergänzung)

- Lage im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg

Die Kreisstadt Merzig befindet sich im Nordwesten des Saarlandes und zeichnet sich daher durch die Lage im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Luxemburg aus (s. Abb. 3). Aufgrund der räumlichen Nähe liegen der gesamte Landkreis Merzig-Wadern sowie die Kreisstadt Merzig im Einzugsbereich des prosperierenden Wirtschaftszentrums Luxemburg (vgl. Chef der Staatskanzlei 2006: 984). Da im Saarland die Wohnpreise zwischen -35 und -45 Prozent günstiger sind als im Großherzogtum Luxemburg, kam es in den letzten zehn Jahren verstärkt zu grenzüberschreitender Wohnmigration (vgl. Gerber & Licheron 2010: 64). Daher verzeichneten sowohl der Landkreis als auch die Kreisstadt Merzig deutliche zahlenmäßige Anstiege der so genannten „grenzüberschreitenden Wohnmigranten“ aus Luxemburg, weshalb im gesamten Raum die Nachfrage nach Bauland gestiegen ist (s. Kap. 4.1.1.8). Darüber hinaus können die Kreisstadt Merzig und weitere Gemeinden im Landkreis Merzig-Wadern von positiven Entwicklungsimpulsen profitieren, die auf die direkte Nachbarschaft zu Luxemburg zurückgeführt werden können (vgl. Chef der Staatskanzlei 2006: 984). Außerdem ergeben sich für die Kreisstadt Merzig Vorteile durch die direkte Grenzlage zu Frankreich, die sich beispielsweise in einer hohen Zahl an werktäglichen Einpendlern niederschlägt. Derartige positive Einflüsse sind saarlandweit Alleinstellungsmerkmale der

Kreisstadt Merzig sowie weiterer Gemeinden im Landkreis (vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 84).

Abbildung 3: Lage der Kreisstadt Merzig im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg



Quelle: Malte Helfer 2014 (Eigene Bearbeitung)

- Sonderstellung im Hinblick auf die demographische Entwicklung

Auch hinsichtlich der demographischen Entwicklung nimmt die Kreisstadt Merzig eine Sonderstellung ein. Während im Saarland viele Städte und Gemeinden seit Beginn der 1990er-Jahre teilweise erhebliche Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen, verzeichnete die Kreisstadt Merzig zwischen 1990 und 2010 ein leichtes Bevölkerungswachstum. Für den Zeitraum von 2009 bis 2030 werden allerdings auch für die Kreisstadt Merzig rückläufige Einwohnerzahlen prognostiziert. Jedoch fällt diese Prognose vergleichsweise günstig aus, was in erster Linie auf internationale Zuwanderung zurückgeführt werden kann, von der die Kreisstadt Merzig aufgrund ihrer Lage in besonderem Maße profitiert (vgl. Bertelsmann Stiftung 2011: 100). Aufgrund des positiven Wanderungssaldos konnte im Landkreis Merzig-Wadern als einzigem saarländischen Landkreis noch bis Mitte der 2000er-Jahre das Geburtendefizit ausgeglichen werden (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008b: 18). Aber nicht nur die Bevölkerungsentwicklung, sondern auch ein Vergleich der verschiedenen Altersstrukturen verdeutlicht, dass

der demographische Wandel in der Kreisstadt Merzig noch nicht so weit fortgeschritten ist wie auf Landesebene (s. Kap. 5.1.8.4, 5.1.9.1-5.1.9.3).

- Migrationsstruktur

Durch die direkte Grenznähe zu Frankreich und Luxemburg hat sich im Landkreis Merzig-Wadern und somit auch in der Kreisstadt Merzig die grenzüberschreitende Wohnmigration als spezifische Migrationsform herausgebildet, die in dieser Form einzigartig im Saarland ist. Bedingt durch die montanindustrielle Geschichte des Saarlandes wurde darüber hinaus in den 1960er- und 1970er-Jahren das Migrationsgeschehen ähnlich wie im gesamten Saarland durch die Gastarbeiterzuwanderung sowie die sich daran anschließende Familienzusammenführung geprägt. In den 1990er-Jahren folgte verstärkt die Aufnahme von Asylsuchenden sowie (Spät-)Aussiedlern. Die aktuelle Migrationssituation ist vor allem von Zuzügen aus osteuropäischen Staaten, die durch den Beitritt zur Europäischen Union und die Freizügigkeit ermöglicht werden, sowie Asylsuchenden aus dem Nahen und Mittleren Osten geprägt. Dementsprechend sind in der Kreisstadt Merzig alle Migrationsformen vertreten, die auch für das Saarland oder sonstige saarländische Städte und Gemeinden charakteristisch sind (s. Kap. 5.2.1).

- Bevölkerungsstruktur

In der Kreisstadt Merzig lebten im Juni 2012 rund 30.000 Einwohner, von denen etwa 2.000 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten und aus über 70 verschiedenen Nationen stammten (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c). Die beiden größten Gruppen ausländischer Staatsangehörigkeit bildeten Personen aus Italien und der Türkei dar, gefolgt von Bewohnern mit luxemburgischer und französischer Staatsangehörigkeit. Mit rund 18 Prozent war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 deutlich höher als der Ausländeranteil (6,5 Prozent, Stand Juni 2012, Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c) (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014). Bei der Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um deutschstämmige (Spät-)Aussiedler aus der Russischen Föderation, Kasachstan oder Polen. Damit zählen auch die (Spät-)Aussiedler gemeinsam mit Personen aus Italien, der Türkei, Luxemburg und Frankreich zu den größten Migrantengruppen in der Kreisstadt Merzig (s. Kap. 5.1.8) (vgl. Internationaler Bund 2009: 18, 21).

- Begegnungsstruktur

Bedingt durch die Lage der Kreisstadt Merzig im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Luxemburg prägten seit jeher Migrationsprozesse die Stadtgesellschaft. Diese Prozesse können Multikulturalität, interkulturellen Austausch und Offenheit seitens der Gesellschaftsmitglieder fördern. So hat der multikulturelle Charakter in der Kreisstadt Merzig dazu geführt, dass sich spezielle Begegnungsstrukturen entwickelt haben. Sie sollen den interkulturellen Austausch sowie die individuelle Begegnung zwischen Personen mit sowie ohne Migrationshintergrund fördern und somit zu einer erfolgreichen Integration aller Gesellschaftsmitglieder beitragen. Dazu zählen bei-

spielsweise die „Interkulturelle Woche“ oder die „Nacht der Kulturen“. Ebenso veranstaltet die Merziger Moschee interreligiöse und interkulturelle Feste, um den Dialog zwischen den Religionen und Kulturen voranzubringen (vgl. Internationaler Bund 2009: 149-150). Auch in den Bereichen Kultur und Sport gibt es Angebote, die von beziehungsweise für Personen mit Migrationshintergrund organisiert werden. Weiterhin bestehen Migrantenselbstorganisationen wie zum Beispiel der Aussiedlerintegrationsverein „Miteinander Leben e.V.“ und „DITIB Merzig“, ein türkisches Kulturzentrum mit Kulturverein sowie Moscheegemeinde (vgl. Internationaler Bund 2009: 155, 157) (s. Kap. 5.3.5).

- Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“

Vor dem Hintergrund einer Vielfalt an „Schichten, Lebensstilen, Milieus und Kulturen“ (Lauer 2012: 5) sowie innovativer sozialer Ansätze für ein gemeinsames Miteinander wurde die Kreisstadt Merzig im Jahr 2010 von der Bundesregierung als „Ort der Vielfalt“² ausgezeichnet (s. Kap. 5.3.1).

Eine detaillierte Charakterisierung der Kreisstadt Merzig aus geographischer, wirtschaftlicher, soziodemographischer und kultureller Sicht erfolgt in Kapitel 5.

2.2 Datengrundlage und -problematik

2.2.1 Datengrundlage

Mit Ausnahme des von der Bertelsmann Stiftung (o.J.a, b) veröffentlichten „Wegweisers Kommune“ und der „Bildungsberichte“ sowie der vom Internationalen Bund im Jahr 2009 herausgegebenen Sozialraumanalyse lagen bis zum Abschluss dieser Arbeit keinerlei Untersuchungen zur Demographie oder integrationsrelevanten Themen bezüglich der Kreisstadt Merzig vor. Deshalb konnten weitere demographische Entwicklungen sowie Bestandsanalysen zu integrationsrelevanten Themen lediglich durch den Austausch mit Experten und die quantitative Auswertung sekundärstatistischer Daten aufgezeigt werden. Die zum großen Teil unveröffentlichten sekundärstatistischen Daten wurden auf Anfrage von der Stadt- sowie der Kreisverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit und verschiedenen sozialen Einrichtungen zusammengestellt. Teilweise konnten jedoch trotz mehrfacher Anfragen keine aktuellen Daten bereitgestellt werden, sodass an manchen Stellen aufgrund mangelnder Verfügbarkeit auf ältere Daten zurückgegriffen werden musste. Eine Schwierigkeit migrationsbezogener Untersuchungen besteht darüber hinaus darin, dass bundesweit bis auf den Zensus 2011, der erstmalig den Indikator des „Migrationshintergrundes“ aufgenommen hat, nur Einwohnermeldedaten zu Personen deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit vorliegen. So ist beispielsweise die Gruppe mit ausländischer Staatsangehörigkeit we-

² Mit der 2011 ausgelaufenen Initiative „Orte der Vielfalt“ wollte das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Kommunen und Kreise in ihrem Bemühen um Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterstützen (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend o.J.; Dmytrowski 2014).

nig repräsentativ, da sich Personen mit Migrationshintergrund sowie höherem Bildungsniveau und/oder höherem sozioökonomischen Status häufiger einbürgern lassen (vgl. Fincke 2009: 21). Die Auswertung der sekundärstatistischen Daten beruht auf eigenen Berechnungen und Beobachtungen sowie eigenen Interpretationsversuchen der Statistik. Aufgrund dieser Datenlage ergibt sich ein Bild der Kreisstadt Merzig in ökonomischer, gesellschaftlicher und demographischer Hinsicht, das als Hintergrund für das Verständnis sowie die Beschreibung für Migration und Integration unentbehrlich ist.

Eine weitere Datengrundlage stellt die Auswertung von vier Primärerhebungen dar, die jeweils entweder auf einer quantitativen oder einer qualitativen Methode basieren. Darunter sind zwei schriftliche Kurzabfragen an Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie Altenpflegeeinrichtungen und Pflegedienste. Da hierbei allerdings nur Kurzfragebögen verwendet wurden, wird im Folgenden der Fokus auf den beiden anderen Primärerhebungen liegen. Die Daten der beiden umfassenden Erhebungen wurden einerseits mittels einer schriftlichen standardisierten Befragung in Form eines Fragebogens und andererseits mit Hilfe problemzentrierter Interviews gewonnen.

Um objektive, reliable und valide Fakten zu erhalten, ist in der empirischen Sozialforschung oftmals der Einsatz einer methodischen Triangulation sinnvoll (vgl. Lamnek 2010: 245). So können durch die Verbindung verschiedener Methoden die Nachteile der einzelnen Methode relativiert werden, da davon auszugehen ist, „dass multiple und unabhängige Methoden gemeinsam nicht die gleichen Schwächen oder Verzerrungspotenziale enthalten wie die Einzelmethoden“ (Lamnek 2010: 250). Zudem ist es durch die Anwendung verschiedener Methoden möglich, komplexen Untersuchungsgegenständen eher gerecht zu werden, was wiederum zu aussagekräftigeren Ergebnissen führt. Ein weiterer Vorteil der Triangulation liegt in der Möglichkeit, nicht nur einzelne Phänomene des Untersuchungsgegenstandes zu betrachten, sondern auch eine ganzheitliche Sichtweise zuzulassen (vgl. Lamnek 2010: 251).

Gerade im Bereich der Migrationsforschung sind „Mehrebenenanalysen, die sich durch einen Methodenmix auszeichnen und eine klare Fragestellung bearbeiten, am besten zur Erfassung sowohl von Prozessen der Integration als auch der Segregation geeignet“ (Hillmann & Windzio 2008: 24). Hillmann und Windzio (2008: 24) gehen sogar soweit festzustellen, dass ein wissenschaftlicher Fortschritt in den Bereichen Integration und Segregation vor allem dann erzielt werden kann, wenn verschiedene soziale und räumliche Ebenen mit qualitativen und quantitativen Methoden bearbeitet werden.

2.2.2 Datenproblematik

Interkulturelle Untersuchungen können jedoch besondere Herausforderungen in der empirischen Umsetzung bieten, da „[d]ie eingesetzten Erhebungsmethoden [...] für verschiedene kulturelle und gesellschaftliche Kontexte gültig, also transkulturell ein-

setzbar sein [müssen].“ (Herwartz-Emden 2000: 53, zitiert nach Beck-Gernsheim 2007: 151)

So verweist Scott (1990) auf gewisse Ängste, die die Befragungssituation bei Personen mit Migrationshintergrund hervorrufen können, wodurch die Gefahr besteht, dass die Befragten zum eigenen Schutz mit einer gewissen Zurückhaltung reagieren. Dies muss bei der Durchführung des Interviews und bei der Auswertung berücksichtigt werden (vgl. Beck-Gernsheim 2007: 172-173). Da der Interviewer vom Interviewten als Repräsentant einer Institution angesehen werden kann, besteht die Möglichkeit, dass es aus dem dadurch gefühlten Machtgefälle zu einer Beeinflussung der Aussagen kommen kann (vgl. Beck-Gernsheim 2007: 185). Die Folge können „erwartungskonforme‘ Antworten“ (Beck-Gernsheim 2007: 185) sein, vor allem dann, wenn Befragte mit Migrationshintergrund noch über keinen sicheren Status verfügen und sie sich durch ihre Aussagen eine Verbesserung ihrer Chancen versprechen. Ebenso kann die Angst aufzufallen oder etwas Falsches zu sagen, zu einer Verzerrung der Antworten führen (vgl. Beck-Gernsheim 2007: 185). Deshalb sollten die Aussagen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass sie eventuell an die eigenen kulturellen Erwartungen des Interviewers angepasst wurden, weshalb sie nicht immer wörtlich zu verstehen sind. Dies trifft vor allem auch auf Fragen zu, die aus Sicht der Befragten sensible Themenbereiche berühren (vgl. Beck-Gernsheim 2007: 162, 196). Deshalb fordert Beck-Gernsheim (2007: 196), „genau hin[zu]hören, [zu] interpretieren, manchmal auch [zu] übersetzen (oder rück[zu]übersetzen), um den gemeinten Sinn zu verstehen.“ Unter genauem Hinhören versteht sie, „auf Zwischentöne und Untertöne [...], auf sich widersprechende Aussagen, auf Auslassungen, Beschwichtigungen oder Betonungen“ (Beck-Gernsheim 2007: 197) zu achten.

Darüber hinaus kann es aufgrund der Tatsache, dass die Befragten persönliche Informationen preisgeben sollen und dadurch eventuell eine positive Selbstdarstellung bewirken wollen, zu einer Selektion der Informationen kommen, was zu weiteren Verfälschungen führt. Außerdem wird der Befragte durch die Erhebung dazu gebracht, sein eigenes Denken und Verhalten zu reflektieren, wodurch es zu Glättungen (vgl. Bortz & Döring 2009: 232) kommen kann. Ebenso wird die Auswertung erschwert, wenn Untersuchungspersonen zu Antworten in den Extrembereichen (Ja- und Nein-Antworten) neigen oder Items überspringen (vgl. Bortz & Döring 2009: 236).

Besonderen Einfluss auf die Repräsentativität und Aussagekraft der Daten nehmen auch Antwortausfälle. Dabei spielen nicht nur die Anzahl der Ausfälle, sondern auch deren Motive eine Rolle. So ist beispielsweise mit Ergebnisverzerrungen zu rechnen, wenn Zusammenhänge zwischen dem Teilnahmeverhalten und Variablen des Untersuchungsgegenstandes bestehen (vgl. Schnell et al. 2005: 310, 312). Da das Verweigerungsverhalten sowohl situativ als auch individuell bedingt ist, handelt es sich nicht zwangsläufig um ein „unveränderliches ‚Persönlichkeitsmerkmal‘“ (Schnell et al. 2005: 313), sondern um eine bewusste Handlung (vgl. Schnell et al. 2005: 312-313). So nehmen eventuell im Bereich der Migrationsforschung nur solche Personen an einer

Untersuchung teil, die weniger ängstlich und misstrauisch sind sowie dem Untersuchungsgegenstand offen gegenüberstehen. Auf diese Weise finden bestimmte Personengruppen in der Untersuchung keine Berücksichtigung, was dazu führen kann, dass die Analysen unvollständig sowie lückenhaft sind, und daher eine einseitige Sichtweise darstellen (vgl. Beck-Gernsheim 2007: 192-194). Deshalb sollte nach Beck-Gernsheim (2007: 193) bei der Interpretation der Ergebnisse der Auswahlereffekt mit berücksichtigt werden. Nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip beteiligen sich Personen in der Regel dann an Untersuchungen, wenn sie einen Sinn in der Teilnahme sehen. Dieser kann „in einem besonderen Interesse am Befragungsthema, in der Erfüllung einer Höflichkeitsnorm [...], dem Glauben an die Nützlichkeit wissenschaftlicher Forschung, der Loyalität gegenüber der Erhebungsorganisation oder deren Auftraggeber oder auch einfach in der Abwechslung durch eine neue Erfahrung liegen.“ (Schnell et al. 2005: 313) Entsprechend ist die Teilnahmebereitschaft bei Untersuchungen zu aktuellen und interessanten Themen recht hoch. Auch das Wissen, dass die Auswirkungen der Untersuchung eigene Interessen berühren, erhöht die Motivation zur Teilnahme. Jones (1979) beschreibt darüber hinaus einen direkten Zusammenhang zwischen der Art der durchführenden Institution und dem Antwortverhalten (vgl. Bortz & Döring 2009: 257). So erreichen bei regionalen Untersuchungen die universitären Einrichtungen die höchsten Rücklaufquoten, die sich im direkten Einzugsbereich der Untersuchungsgruppe befinden. Die Untersuchungen von Binder et al. (1979) zeigen, dass die Teilnehmer an Untersuchungen im Vergleich zu nicht antwortenden Personen über einen höheren Bildungsabschluss, eine höhere Intelligenz, ein besonderes Interesse am Gegenstand der Untersuchung sowie eine stärkere Affinität zur durchführenden Institution verfügen. Zudem wohnen sie häufiger in ruralen als in urbanen Gebieten (vgl. Bortz & Döring 2009: 259).

2.3 Schriftlich standardisierte Befragung³

2.3.1 Vor- und Nachteile von schriftlich standardisierten Befragungen

Die quantitative Methode in Form einer schriftlichen standardisierten Befragung wurde gewählt, um einerseits durch die Schriftform eine für alle Befragten gleiche Ausgangssituation herzustellen, wodurch eine Vergleichbarkeit der Aussagen erreicht wird (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 90). Andererseits sollte durch die Wahl dieser Methode sichergestellt werden, dass „Fragen, die ein Tabu berühren, tendenziell ‚ehrlicher‘ beantwortet [werden] als bei Anwesenheit eines Interviewers“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 100-101). Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass schriftliche Befragungen in der Regel anonym sind, weshalb die Bereitschaft zu ehrlichen Angaben zunimmt (vgl. Bortz & Döring 2009: 237). Gerade für Menschen mit

³ Die folgenden Ausführungen zur schriftlich standardisierten Befragung finden sich zum Teil in dem Abschlussbericht des von Nienaber und Roos (2012d) im Jahr 2012 durchgeführten Forschungsprojektes zum Thema „Migration und Integration in der Kreisstadt Merzig“ wieder.

Migrationshintergrund spielt aufgrund eventuell bestehender Unsicherheiten die Zusage der Anonymität eine große Rolle. Ein weiterer Vorteil schriftlicher Befragungen liegt darin, dass die Untersuchungsperson den Zeitpunkt der Beantwortung frei wählen kann und ihr damit mehr Zeit zur Bearbeitung des Fragebogens zur Verfügung steht. Deshalb sind in der Regel die Antworten genauer und umfassender als bei mündlichen Befragungen (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 101; Schnell et al. 2005: 359). Bedingt durch die gründliche Auseinandersetzung können nicht nur „beobachtbare Items [in die schriftliche Befragung aufgenommen werden], sondern auch komplexere Hintergründe, Meinungen, Ziele und Rahmenbedingungen raumbezogener Handlungen und Kommunikationsprozesse“ (Mattissek et al. 2013: 71). Aufgrund der Abwesenheit eines Interviewers können darüber hinaus Antwortverzerrungen und unerwünschte Interviewereffekte vermieden werden (vgl. Atteslander 2008: 147; Meier Kruker & Rauh 2005: 100; Schnell et al. 2005: 359). Neben den inhaltlichen und methodischen Vorteilen bietet die schriftliche Befragung auch die Möglichkeit, in kürzerer Zeit eine große Anzahl an Befragten trotz weiträumiger Streuung zu erreichen. Zudem ist diese Erhebungsmethode mit einem geringeren finanziellen Aufwand verbunden als beispielsweise Face-to-Face-Interviews (vgl. Atteslander 2008: 147; Bortz & Döring 2009: 237; Mattissek et al. 2013: 90; Meier Kruker & Rauh 2005: 101).

Jedoch bergen schriftliche Befragungen auch Nachteile. Diese muss der Forscher bei der Vorbereitung und Konzeption der Befragung bedenken, um einerseits mittels geeigneter Maßnahmen bestimmte Nachteile umgehen und um andererseits die Ergebnisse adäquat interpretieren zu können. Ein entscheidender Nachteil ist, dass bei schriftlich standardisierten Befragungen generell spontane Äußerungen ausgeschlossen sind. Da zudem im Regelfall kein Interviewer anwesend ist, fehlt auch die direkte Kontrolle darüber, ob der Fragebogen auch tatsächlich von der im Rahmen der Stichprobenziehung ausgewählten Zielperson beantwortet wurde. Ebenso ist nicht nachzuvollziehen, welche externen Einflüsse das Antwortverhalten bestimmten und ob die notwendige Sorgfalt bei der Bearbeitung gegeben war (vgl. Atteslander 2008: 147; Bortz & Döring 2009: 237; Mattissek et al. 2013: 91; Meier Kruker & Rauh 2005: 101; Schnell et al. 2005: 359). Da der Befragte durch die Abwesenheit des Interviewers keine Möglichkeit für Rückfragen hat, müssen die Fragen aus sich heraus verständlich und eindeutig sein (vgl. Atteslander 2008: 147; Meier Kruker & Rauh 2005: 101). Des Weiteren besteht die Gefahr, dass einzelne Fragen „unsorgfältig und unvollständig, ja überhaupt nicht ausgefüllt werden“ (Atteslander 2008: 147). Auch fehlt mit dem Interviewer eine Person, die motivierend und moderierend bei der Bearbeitung des Fragebogens wirkt und dabei beispielsweise „intellektuelle[, interkulturelle] und emotionale Verständigungsschwierigkeiten ausräumt“ (Schnell et al. 2005: 359). Ein weiterer Nachteil ist, dass aufgrund des fehlenden direkten Kontakts zu dem Interviewer sowie der Anonymität der Befragten die Ausfallquote bei schriftlichen Befragungen höher ist als bei persönlichen Interviews (vgl. Atteslander 2008: 147; Meier Kruker & Rauh 2005: 101; Schnell et al. 2005: 359). Dies kann in Extremfällen die Repräsentativität der Erhe-

bung in Frage stellen, da „der ungleiche und unkontrollierbare Rücklauf zu einer kaum vermeidbaren Verzerrung des Samples“ (Mattissek et al. 2013: 92) führt. Wie in der Literatur beschrieben, hängt die Ausfallquote unter anderem mit dem Bildungsniveau der Untersuchungspersonen, ihrer Routiniertheit bei der Bearbeitung von Fragebögen sowie ihrem Interesse am Untersuchungsgegenstand ab (vgl. Bortz & Döring 2009: 237; Meier Kruker & Rauh 2005: 101; Schnell et al. 2005: 359). Dementsprechend sind bei Personen geringeren Bildungsstandes sowie bei Personen mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen größere Ausfälle zu erwarten (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 101). Die genannten Nachteile können in erheblichem Maße die Auswertung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse beeinflussen und erschweren.

2.3.2 Vorbereitung der schriftlich standardisierten Befragung

2.3.2.1 Repräsentativität und Samplingstrategie

Die Repräsentativität einer Befragung kann durch die Auswahl der Untersuchungspersonen, die Art der Datenerhebung, deren Auswertung sowie die Formulierung der Ergebnisse beeinflusst werden (vgl. Atteslander 2008: 61). Bei der Auswahl der Untersuchungspersonen ist darauf zu achten, dass „die Stichprobe ein hinreichend strukturgetreues Abbild der Grundgesamtheit ist.“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 51) Mit zunehmender Größe der Stichprobe steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Bedingung erfüllt wird (vgl. Atteslander 2008: 257). Jedoch ist es oftmals schwierig, die Befragten so auszuwählen, dass sie das „größere Ganze“ (Mattissek et al. 2013: 54) adäquat repräsentieren. Damit spielt die Art der Stichprobenziehung sowie die Größe und Zusammensetzung der Stichprobe eine ganz wesentliche Rolle. Da bei einer Zufallsstichprobe für alle Untersuchungseinheiten die gleiche Wahrscheinlichkeit besteht in die Untersuchung einzufließen, erscheint diese Art der Stichprobenziehung am geeignetesten, zumal diese Samplingstrategie bei Bedarf auch Repräsentativitätsschlüsse zulässt (vgl. Atteslander 2008: 257; Meier Kruker & Rauh 2005: 51). Zwar ermöglicht „[d]as Stichprobenergebnis [...] mehr oder minder zuverlässige Aussagen über die Grundgesamtheit, der die Stichprobe entnommen wurde [, allerdings hängt] [...] [d]ie Gültigkeit einer solchen Verallgemeinerung [...] entscheidend davon ab, daß bei der Auswahl der Stichprobe keine Fehler begangen werden.“ (Clauss & Ebner 1985: 18, zitiert nach Reuber & Pfaffenbach 2005: 52)

In die schriftliche Befragung, die dieser Untersuchung zugrunde liegt, sollten drei Personengruppen miteinbezogen werden, die hinsichtlich der zu untersuchenden Merkmale mit großer Wahrscheinlichkeit sehr verschieden sind. Deshalb wurde eine geschichtete Zufallsstichprobe durch das Einwohnermeldeamt der Kreisstadt Merzig gezogen, wobei die Gesamtbevölkerung der Kreisstadt („Grundgesamtheit“) in die drei folgenden zu differenzierenden Gruppen unterteilt wurde (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 56):

- Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die in Deutschland geboren wurden und keine Zweitstaatsangehörigkeit besitzen. Diese Gruppe wird im Folgenden als Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund bezeichnet,
- Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die eine zweite Staatsangehörigkeit (aserbaidzhanisch, kasachisch, kirgisisch, lettisch, russisch, sowjetisch⁴, tadschikisch, ukrainisch, usbekisch, turkmenisch) besitzen oder in einem Land der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden. Diese Gruppe wird im Folgenden als Personen mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund bezeichnet und
- Personen ausländischer Staatsangehörigkeit.

Darüber hinaus wurden in einem zweiten Schritt räumliche Einheiten gebildet, die auf einzelnen Stadtteilen basierten, was zu einer mehrstufigen Auswahl führte (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 56). Zum Schutz der Anonymität fanden jedoch nur solche Stadtteile Berücksichtigung, in denen nicht weniger als zehn Personen der jeweiligen Gruppe lebten. Da in Bietzen, Büdingen, Fitten, Harlingen, Menningen, Merchingen, Mondorf, Silwingen, Weiler sowie Wellingen weniger als zehn Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund wohnten, fielen diese Stadtteile ebenso wie Silwingen, Weiler und Wellingen, in denen nicht genügend Personen ausländischer Staatsangehörigkeit gemeldet waren, aus der Stichprobenziehung heraus.

Somit setzte sich der „Pool“ aus den drei interessierenden Personengruppen sowie den verbliebenen Stadtteilen zusammen, aus dem durch eine Zufallsstichprobe das endgültige Sample ausgewählt wurde. Reuber und Pfaffenbach (2005: 56) weisen jedoch darauf hin, dass eine solche „a priori-Konstruktion des Gegenstandes“ nicht nur Auswirkungen auf das Sample, sondern auch auf die Datenanalyse hat. Weiterhin kommt es aufgrund der unterschiedlichen Einwohnerzahlen der einzelnen Stadtteile der Kreisstadt Merzig „zu Ungleichgewichten bei den Ziehungswahrscheinlichkeiten“ (Reuber & Pfaffenbach 2005: 56), was zu einer Verletzung des Repräsentativitätsgesetzes führt. Um dies auszugleichen, wurde ein PPS-Verfahren (probability proportional to size) angewendet (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 56-57). So gingen die Einwohnerzahlen je Stadtteil gewichtet in die Stichprobenziehung ein.

Als weiteres Auswahlkriterium wurde ein Mindestalter von 18 Jahren festgelegt. Ebenso sollten in Anstalten lebende Personen keine Berücksichtigung finden.

Da ein direkter Zusammenhang zwischen der Größe der Stichprobe und der Aussagekraft der Ergebnisse besteht, sollte vor allem bei starker Heterogenität der abgefragten Items auf eine möglichst große Stichprobe zurückgegriffen werden (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 59; Schnell et al. 2005: 277).

Mattisek et al. (2013: 62-64) schlagen zur Berechnung des minimal erforderlichen Stichprobenumfangs bei einer Zufallsstichprobe ein Verfahren vor, das von drei Aspekten bestimmt wird. Dazu zählen die „Anzahl der Elemente in der Grundgesamtheit

⁴ Nach Auskunft des Einwohnermeldeamts der Kreisstadt Merzig besitzen diese Personen derzeit immer noch die Staatsangehörigkeit der ehemaligen Sowjetunion.

(N)“, die „Sicherheitswahrscheinlichkeit (z)“ und der „[t]olerierte Fehler (ε)“ (Mattissek et al. 2013: 62-63). Sie fließen in die Formel zur Berechnung des Stichprobenumfangs mit ein, wobei der Stichprobenumfang direkt proportional von der Größe der gewählten Sicherheitswahrscheinlichkeit beeinflusst wird. Zur Berechnung des „[m]inimal erforderliche[n] Stichprobenumfang[s] für eine endliche Grundgesamtheit“ (Mattissek et al. 2013: 64) wird folgende Formel zugrunde gelegt:

$$n \geq \frac{N}{1 + \frac{(N-1) \times \varepsilon^2}{z^2 \times P \times Q}}$$

n = minimal erforderlicher Stichprobenumfang für eine endliche Grundgesamtheit

N = Grundgesamtheit

z = aus der zentralen Wahrscheinlichkeit der Standardnormalverteilung berechneter Wert der gewählten Sicherheitswahrscheinlichkeit

ε = gewählter tolerierter Fehler

P = tatsächlicher Anteilswert an der Grundgesamtheit. Dieser ist entweder aus einer Voruntersuchung bekannt oder beträgt im ungünstigsten Fall 50 Prozent (P = 0,5)

Q = 1 – P

Bei einer Grundgesamtheit von N = 30.267 (Einwohnerzahl der Kreisstadt Merzig, Stand 29.02.2012), einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 99 Prozent (z = 2,575) und einer maximalen Abweichung um zwei Prozentpunkte (ε = 0,02) von der Vollerhebung, ergibt sich für die vorliegende Studie ein minimaler Stichprobenumfang von:

$$n \geq \frac{N}{1 + \frac{(N-1) \times \varepsilon^2}{z^2 \times P \times Q}} = \frac{30.267}{1 + \frac{(30.267-1) \times 0,02^2}{2,575^2 \times 0,5 \times 0,5}} \approx 3.645$$

Da für diesen berechneten Stichprobenumfang jedoch zum 29.02.2012 zu wenige Erwachsene mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig lebten, wurde der Stichprobenumfang leicht reduziert und auf 3.404 Personen festgelegt. Diese teilen sich wie folgt auf die drei Personengruppen auf:

- 1.702 Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund,
- 300 Personen mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund und
- 1.402 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit

2.3.2.2 Gesamtkonzeption des Fragebogens

Fragebogenkonstruktion

In Kooperation mit der Kreisstadt Merzig wurden zwei unterschiedliche Fragebögen entwickelt, um zielgruppenspezifisch auf die einzelnen Untersuchungsgruppen eingehen zu können. So wurde ein Fragebogen für Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund und ein Fragebogen für Personen mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund beziehungsweise Personen einer ausländischen Staatsangehörigkeit

(Personen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund) konzipiert. Im Fragebogen für Personen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund wurde Integration auf der Basis der vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Dimension) anhand von verschiedenen Fragekomplexen attribuiert. Diese Dimensionen wurden einerseits durch in der Literatur gängige und zentrale Items (u.a. Beger 2000; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009, 2010a, 2010b (s. Kap. 7.1); Curvello 2010; Frindte et al. 2011; Held 2009; Riegel 2004) als auch durch theoretisch hergeleitete Variablen abgebildet. Dementsprechend wurden beispielsweise auch Fragestellungen integriert, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009, 2010a, 2010b) im Rahmen seiner Forschungen verwendet wurden.

Beide Fragebögen setzen sich jeweils aus drei Themenblöcken zusammen, die in Form einer „Spannungskurve“ (vgl. Mattissek et al. 2013: 86) angeordnet sind. Mit dieser Anordnung sollte einerseits einem frühzeitigen Bearbeitungsabbruch entgegengewirkt und andererseits „eine möglichst natürliche Gesprächsatmosphäre“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 95) geschaffen werden.

Während Bortz und Döring (2009: 256) darauf hinweisen, dass der Fragebogen in der Regel mit soziodemographischen Merkmalen beginnt, lehnen Schnell et al. (2005: 343) diese Vorgehensweise mit dem Hinweis ab, dass damit der „eigentliche[...]’ Sinn“ der Befragung nicht bereits zu Beginn deutlich werde. Dennoch wurden im ersten Themenblock zur besseren Vergleichbarkeit zunächst soziodemographische Merkmale abgefragt, die einfach zu beantworten waren und damit bei den Untersuchungspersonen sprachliche Ängste abbauen sollten. Auch führten diese soziodemographischen Fragestellungen langsam zur eigentlichen Thematik hin, wodurch das Interesse geweckt und die Motivation zur Teilnahme gesteigert werden sollte (vgl. Mattissek et al. 2013: 74, 85-86; Schnell et al. 2005: 343). Beispielsweise wurden in dem Fragebogen für Personen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund bereits im ersten Themenblock Fragen zur Migrationsbiographie gestellt. Abgesehen von diesen spezifischen Fragen entsprachen sich die beiden Fragekataloge nicht nur im ersten Themenblock „Soziodemographische Aspekte“, sondern auch im zweiten Themenblock „Wohnsituation beziehungsweise Wohnumfeld“ weitestgehend. Erst im dritten Teil unterschieden sich die Fragebögen hinsichtlich der beiden Untersuchungsgruppen. Während in dem Erhebungsbogen für Personen ohne direkt erkennbaren Migrationshintergrund der Schwerpunkt auf den Themen „Akzeptanz und Multikulturalität“ sowie „Kontakt zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit“ lag, ging es im Fragebogen für Personen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund um Akzeptanz, Integration und wahrgenommene Integrationsangebote. Ein Schwerpunkt dieses Fragebogens bildete die Erfassung der Sprachkompetenz. Neben der Beurteilung der eigenen Sprachkenntnisse mittels Selbsteinschätzung wurde auch der konkrete Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag ermittelt. Obwohl Selbsteinschätzung aufgrund Über- oder Unterschätzung bekanntermaßen als Fehlerquelle gilt, ist diese Methode zur Er-

fassung der Sprachkenntnisse innerhalb der empirischen Sozialforschung ein übliches Instrument (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008a: 5, 14-16).

Frageformulierung und Fragetypen

Neben der Konstruktion des Fragebogens spielen auch der Inhalt und die Formulierung der Einzelfragen eine wichtige Rolle. Friedrich (1990: 204, zitiert nach Reuber & Paffenbach 2005: 69) spricht der Frage, die Funktion des „Bindeglied[s] zwischen den Variablen der Hypothesen und den Antworten“ zu, was den Wissenschaftler jedoch bei der Frageformulierung vor Herausforderungen stellt. So müssen die Fragen sowohl wissenschaftlich eindeutig als auch an die intellektuellen und sprachlichen Fähigkeiten der Befragten angepasst sein (vgl. Mattissek et al. 2013: 73). Gerade die Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund erfordert eine besondere sprachliche Reduktion hinsichtlich der Wortwahl und des Satzbaus. Generell müssen statt wissenschaftlich theoretischer Begrifflichkeiten konkrete, allgemein bekannte Wörter und kurze einfache Sätze verwendet werden. Des Weiteren sollten mehrdimensionale und suggestive Fragen ebenso vermieden werden wie wertende und hypothetische Formulierungen (vgl. Atteslander 2008: 146; Mattissek et al. 2013: 83-84; Meier Kruker & Rauh 2005: 94-95). Was die Reihenfolge der Fragen betrifft, hat sich bei derartigen Befragungen das „Prinzip der Trichterung vom Allgemeinen zum Speziellen“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 96) durchgesetzt.

Im Hinblick auf die Sprachkenntnisse der Personen mit Migrationshintergrund und zwecks besserer Vergleichbarkeit der Antworten wurden überwiegend geschlossene Fragen formuliert (vgl. Atteslander 2008: 139; Meier Kruker & Rauh 2005: 92). Die Beantwortung dieses Fragetyps fällt den Befragten im Allgemeinen leichter, da Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind, weshalb diese Art von Fragen weitgehend unabhängig von der Sprachkompetenz der jeweiligen Untersuchungsperson ist (vgl. Atteslander 2008: 139; Meier Kruker & Rauh 2005: 92; Schnell et al. 2005: 332). Gerade diesem Aspekt kommt besondere Relevanz im Bereich der Migrationsforschung zu. Weiterhin verlangen geschlossene Fragen nach Roth & Holling (1999: 155-156, zitiert nach Reuber & Paffenbach 2005: 76) von den Befragten keine „allzu große[n] geistige[n] Leistungen“, da es um ein Wiedererkennen, und nicht wie bei offenen Fragen um ein Erinnern geht (vgl. Atteslander 2008: 138). Der Einsatz geschlossener Fragen birgt jedoch die Gefahr, dass nicht alle Antwortmöglichkeiten bedacht wurden und trennscharf formuliert werden konnten (vgl. Mattissek et al. 2013: 77; Meier Kruker & Rauh 2005: 93). Zum Erfassen von Restkategorien mussten deshalb auch Hybridfragen eingesetzt werden, die das beschriebene Defizit zumindest teilweise kompensieren (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 93; Reuber & Paffenbach 2005: 79). Weitere Nachteile dieses Fragetyps zeigen sich in einer möglichen Suggestivwirkung sowie in der Pauschalisierung von Antworten speziell auf Meinungs- und Einstellungsfragen. Dadurch können einerseits Meinungen vorgegeben sowie abweichende Meinungen nicht zum Tragen kommen, und andererseits kann durch Pauschalierung eine Homogenität vorgetäuscht werden, die womöglich innerhalb der Untersuchungsgruppe nicht

existiert (vgl. Atteslander 2008: 138; Mattissek et al. 2013: 80). Aufgrund dieser Tatsache besteht die Gefahr, dass die Forschungsergebnisse von der Realität abweichen können, weshalb sie bei der Auswertung kritisch hinterfragt werden müssen (vgl. Mattissek et al. 2013: 80).

Vor dem Hintergrund der diskutierten Nachteile geschlossener Fragen wurden in die Fragebögen zusätzlich offene Fragen integriert, die „besser als geschlossene Fragen Äußerungen, die auch ‚tatsächlich‘ im Wissensbestand bzw. Einstellungsrahmen des Befragten verankert sind“ (Schnell et al. 2005: 332), unterstützen. Durch die Möglichkeit der selbstständigen und freien Antwortformulierung fühlen sich die Untersuchungspersonen mit ihrer individuellen Meinung respektiert, weshalb „vor allem gut informierte Personen mit eigener Meinung offene Fragen“ (Atteslander 2008: 139) bevorzugen (vgl. Atteslander 2008: 139). Der Nachteil offener Fragen liegt jedoch neben der hohen Abhängigkeit der Antworten von der Sprachkompetenz der Untersuchungspersonen in der oftmals zeitintensiven und schwierigen Kategorisierung der unterschiedlichen Antworten (vgl. Mattissek et al. 2013: 81; Schnell et al. 2005: 332). Während geschlossene Fragen eher zur Überprüfung von Hypothesen herangezogen werden, zielen offene Fragen auf spontane Antworten und dienen dazu, „im Planungsstadium das Problemfeld zu erforschen und die relevanten Antwortkategorien zu erfassen“ (Atteslander 2008: 139). Da in der vorliegenden Untersuchung sowohl Hypothesen überprüft als auch teilweise entdeckend gearbeitet werden sollte, indem beispielsweise konkrete Verbesserungsvorschläge abgefragt wurden, fanden geschlossene und offene Fragestellungen Berücksichtigung (vgl. Mattissek et al. 2013: 81).

Um eine möglichst breite Datenbasis zu erhalten, wurden neben den „Faktfagen“ zur Erfassung sozialstatistischer Informationen auch „Verhaltens-“, „Einstellungs-“ beziehungsweise „Meinungs-“, „Überzeugungs-“ und „planungsbezogene Fragen“ integriert (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 91). Bei den Einstellungs- beziehungsweise Meinungsfragen wurden die üblichen Wendungen wie beispielsweise „sehr zufrieden/sehr unzufrieden“, „zufrieden/unzufrieden“ und „mehr oder weniger zufrieden“ benutzt (vgl. Mattissek et al. 2013: 74). Damit die Untersuchungsergebnisse durch Unkenntnis der Befragten nicht verfälscht werden, wurde auch mit Non-Attitudes gearbeitet. Darüber hinaus fanden auch sogenannte „Begründungsfragen“ Eingang in die Fragebögen. Die Antworten auf diese Fragen sind hinsichtlich des Verständnisses verschiedener Zusammenhänge wichtig, machen auf lokale Probleme aufmerksam und haben deshalb für die Entscheidungsträger vor Ort eine wichtige Funktion (vgl. Mattissek et al. 2013: 76). Dort, wo mehrere Antwortalternativen möglich waren, wurden Mehrfachnennungen ausgewiesen. Auch sogenannte „Filterfragen“ wurden in die Fragebögen eingebaut, um weitergehende Fragen nur für die Personengruppen zu stellen, die davon direkt betroffen sind (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 96; Reuber & Pfaffenbach 2005: 82-83).

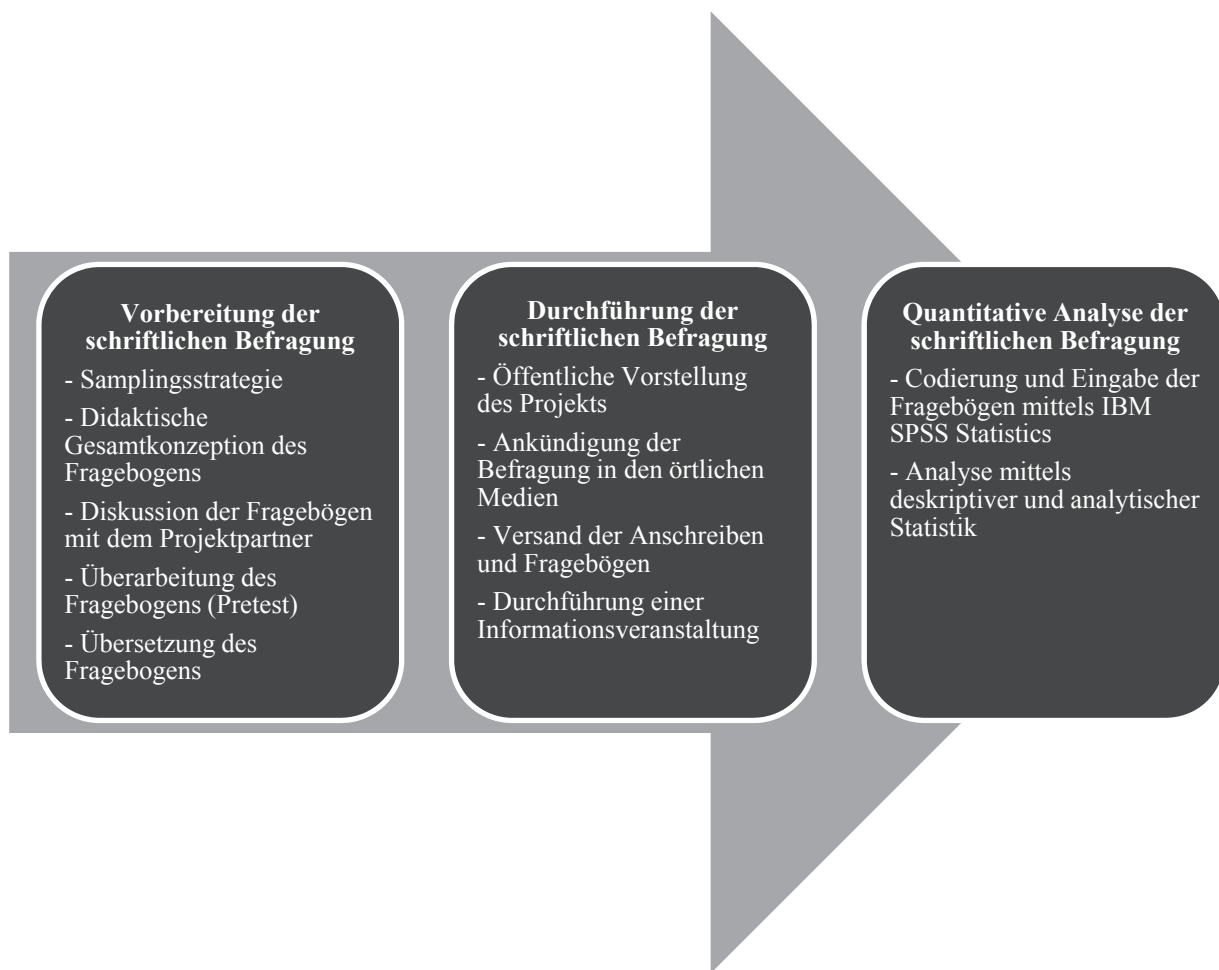
Der Fragebogen für Personen ohne direkt erkennbaren Migrationshintergrund enthält insgesamt 38 Fragen, darunter zwölf Filterfragen nachgestellte Fragen, die nur von

einem Teil der Untersuchungspersonen beantwortet werden müssen. Der für die Personen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund bestimmte Fragebogen besteht aus insgesamt 48 Fragen, darin sind 24 weitergehende Fragen nach Filterfragen eingeschlossen. Für die Beantwortung des jeweiligen Fragebogens wurde eine Bearbeitungszeit von 15 bis 25 Minuten geschätzt.

2.3.2.3 Pretest

Nach Abschluss der Fragebogenkonzeption wurde unter realen Bedingungen ein Pretest durchgeführt, um die von Meier Kruker und Rauh (2005: 99) formulierten Aspekte wie Studiendesign, Antwortalternativen auf Trennschärfe sowie die Verständlichkeit und Reihenfolge der Fragen zu überprüfen (s. Abb. 4). Weiterhin sollte im Pretest untersucht werden, „ob die einzelnen Fragen, die Platzierung der Fragen und die didaktische Gesamtkonzeption des Fragebogens der konkreten Befragungssituation vor Ort standhalten und dabei auch die Ergebnisse bringen, die für die spätere Hypothesenprüfung notwendig sind.“ (Mattissek et al. 2013: 88) Um sicherzustellen, dass keine Person, die am Pretest teilnimmt auch in die spätere Hauptuntersuchung eingebunden ist, wurde der Pretest statt in dem eigentlichen Untersuchungsgebiet in den beiden ländlichen saarländischen Gemeinden Perl und Schmelz durchgeführt (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 99). Pro Gemeinde wurden jeweils 250 Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit angeschrieben und gebeten am Pretest teilzunehmen. Im Anschluss an den Pretest wurden entsprechende Veränderungen an den Fragebögen vorgenommen. Die endgültigen Fassungen wurden abschließend mit dem Datenschutzbeauftragten der Universität des Saarlandes im Hinblick auf Anonymität und Datenschutz diskutiert.

Abbildung 4: Methodische Vorgehensweise im Zuge der schriftlichen Befragung



Quelle: Eigene Darstellung

2.3.2.4 Übersetzung des Fragebogens

Für Untersuchungspersonen mit direkt erkennbarem Migrationshintergrund wurde der Fragebogen ins Russische und Türkische übersetzt, um eine möglichst hohe Rücklaufquote erzielen zu können. Diese Maßnahme erschien notwendig, da im Untersuchungsgebiet relativ viele Personen mit ehemals sowjetischem beziehungsweise türkischem Migrationshintergrund leben. Diese Personengruppen erhielten sowohl den deutschsprachigen als auch den übersetzten Fragebogen und konnten somit in Abhängigkeit von ihren Deutschkenntnissen den jeweiligen Fragebogen auswählen. Neben einer möglichen Steigerung der Rücklaufquote könnten auf diese Weise außerdem Daten erhoben werden, die ohne Übersetzung verloren gegangen wären.

2.3.3 Durchführung der schriftlich standardisierten Befragung

Zwischen dem 6. und 13. Juni 2012 wurden die durch die Zufallsstichprobenziehung ermittelten 3.404 Personen per Brief angeschrieben. Neben dem Fragebogen und dem portofreien Rückumschlag lag jeweils ein Anschreiben des Oberbürgermeisters der Kreisstadt Merzig sowie der Fachrichtung Geographie der Universität des Saarlandes

bei, in denen das Projekt beschrieben und zur Mitarbeit eingeladen wurde. Wichtig waren die beiden Anschreiben, wodurch einmal der „offizielle[...]’ Charakter“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 104) (Anschreiben des Oberbürgermeisters der Kreisstadt Merzig) und darüber hinaus Bedeutung und Ziel der Untersuchung (Anschreiben der Fachrichtung Geographie) deutlich gemacht wurden, zwei Voraussetzungen, die sich positiv auf die Motivation der Befragten und damit auf die Rücklaufquote auswirken sollten (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 96). Entsprechend der Übersetzung des Fragebogens wurden auch die beiden Anschreiben ins Russische und Türkische übersetzt und den jeweiligen Personengruppen zusätzlich zum deutschsprachigen Anschreiben beigelegt.

Darüber hinaus wurden die Bürger in das Vereinshaus Merzig eingeladen, wo am 19. Juni 2012 eine Informationsveranstaltung zur Studie stattfand. Ziel der Veranstaltung war es, neben einer ausführlichen Information über die Untersuchung den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen, und eventuell bestehende Hemmnisse zur Beantwortung des Fragebogens abzubauen. An der Veranstaltung nahmen insgesamt rund 40 Personen teil, die sich rege an der Diskussion beteiligten, in der es unter anderem um die Integrationsbereitschaft sowie die Akzeptanz zwischen den verschiedenen Kulturen und die Schaffung zielgruppenspezifischer Integrationsangebote ging. Außerdem wurde das Projekt am 25. Mai 2012 im „Aktuellen Bericht“ des Saarländischen Rundfunks sowie in der Saarbrücker Zeitung vorgestellt, um alle Bürger, in erster Linie die Bewohner der Kreisstadt Merzig, „über Ziel, Inhalt und Stichprobenziehung“ (Maier Kruker & Rauh 2005: 104) zu informieren. In der Ende Mai 2012 erschienen Ausgabe des Amtsblatts „Neues aus Merzig“ wurde ebenfalls auf die Studie hingewiesen. Auch in dem am 20. Juni 2012 erschienen Amtsblatt wurden die Befragten nach Erhalt der Fragebögen erneut zur Teilnahme eingeladen.

Die ausgefüllten Fragebögen konnten entweder kostenfrei zurückgeschickt, im Rathaus der Kreisstadt Merzig oder im Rahmen der Informationsveranstaltung abgegeben werden. Wegen des Ferienbeginns wurde der Einsendeschluss auf den 29. Juni 2012 festgelegt.

2.3.4 Quantitative Analyse der schriftlich standardisierten Befragung

Die Fragebögen wurden mit Hilfe des Statistik-Programms IBM SPSS Statistics 23 ausgewertet. Es erfolgte zunächst eine Codierung entsprechend eines zuvor festgelegten Codeplans und anschließend eine Eingabe der Fragebögen.

Aufgrund kleiner Fallzahlen und damit einhergehender eingeschränkter Aussagekraft wird im Zuge der Auswertung nur zwischen den Untersuchungsgruppen „Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund“ (Personen mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund und Personen ausländischer Staatsangehörigkeit) und „Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund“ unterschieden. Darüber hinaus wurden bei beiden Gruppen einige Items gruppiert (Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund Frage 2, 5, 8, 9; Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund Frage 2, 6).

Auch mit Blick auf die Durchführung statistischer Tests und die Generierung valider Aussagen, bei denen eine gewisse Mindestgröße von etwa 30 Personen garantiert werden soll, wurden die Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund hinsichtlich des Merkmals der „Staatsangehörigkeit“ neu gruppiert. Neben dem Item „Staatsangehörigkeit“ spielte bei der Gruppenbildung auch die jeweilige Anzahl der in der Kreisstadt Merzig lebenden Personen mit entsprechender Staatsangehörigkeit eine Rolle. Dadurch entstanden fünf Gruppen mit einer jeweiligen Gruppengröße von etwa 30 Personen:

- Personen französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit (N=73): Bei beiden Personengruppen handelt es sich mehrheitlich um grenzüberschreitende Wohnmigranten, die über eine ähnliche Lebens- und Wohlstandssituation sowie einen ähnlichen kulturellen Hintergrund verfügen.
- Personen italienischer Staatsangehörigkeit (N=71): Diese Gruppe macht den zahlenmäßig größten Anteil an der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig aus. Da mit Italien die ersten Anwerbeverträge geschlossen wurden, weist ein Teil dieser Personen eine besonders lange Aufenthaltsdauer auf.
- Personen mit ehemals sowjetischen Migrationshintergrund (N=70): Diese Personengruppe nimmt aufgrund ihres (Spät-)Aussiedlerstatus' eine Sonderstellung ein.
- Personen türkischer Staatsangehörigkeit (N=28): Diese Gruppe macht den zahlenmäßig zweitgrößten Anteil an der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig aus. Bedingt durch die Anwerbevereinbarungen lebt ein Teil dieser Personen bereits lange in Deutschland. Ein besonderes Merkmal dieser Personengruppe ist die Religion des Islam sowie die vorderorientalische Kultur.
- Personen sonstiger Nationalitäten (N=123): Hierbei handelt es sich um eine Streugruppe. Die hohe Personenzahl dieser Gruppe resultiert aus der Tatsache, dass neben den oben genannten Nationalitäten noch viele weitere Staatsangehörigkeiten in der Kreisstadt Merzig vertreten sind, die jedoch im Unterschied zu den übrigen Gruppen nur von wenigen Personen repräsentiert werden. Diese wurden daher in einer Gruppe zusammengefasst.

In einem ersten Schritt wurden zusätzlich zur Deskription der univariaten Statistiken durch Häufigkeitsverteilungen auch bivariate Statistiken in Form von Kreuztabellen, Chi-Quadrat-Tests, der Irrtumswahrscheinlichkeit α und der Berechnung des Kontingenzkoeffizienten ausgewertet (vgl. Backhaus, Erichson, Plinke & Weiber 2006: 270, 370). Die Unabhängigkeit zweier Variablen und damit die Existenz möglicher Interdependenzen wurden mit Hilfe des Chi-Quadrat-Tests untersucht. Basierend auf der Chi-Quadrat-Verteilung wurde die Irrtumswahrscheinlichkeit α berechnet, die sich zwischen Werten von $0 \leq \alpha \leq 1$ bewegen kann (vgl. Bühl 2012: 171, 298). Üblicherweise werden im Hinblick auf die Irrtumswahrscheinlichkeit folgende Abstufungen vorgenommen, die auch der vorliegenden Arbeit zugrunde liegen:

Irrtumswahrscheinlichkeit	Bedeutung	Symbolisierung
$\alpha > 0,05$	nicht signifikant	ns
$\alpha \leq 0,05$	signifikant	*
$\alpha \leq 0,01$	sehr signifikant	**
$\alpha \leq 0,001$	höchst signifikant	***

Quelle: Bühl 2012: 171 (Eigene Veränderungen)

In Abhängigkeit vom Skalenniveau der Variablen wird zur Bestimmung der Stärke des Zusammenhangs entweder der Kontingenzkoeffizient c (bei nominalskalierten Variablen) oder der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman r („bei ordinalskalierten oder nichtnormalverteilten intervallskalierten Variablen“ (Bühl 2012: 422)) herangezogen (vgl. Bühl 2012: 302, 306; Martens 2003: 112). Die Bewertung des Assoziationsmaßes basiert auf der folgenden Einteilung:

Werte des Korrelationskoeffizienten r	Interpretation
$0,0 < r \leq 0,2$	Sehr geringe Korrelation
$0,2 < r \leq 0,5$	Geringe Korrelation
$0,5 < r \leq 0,7$	Mittlere Korrelation
$0,7 < r \leq 0,9$	Hohe Korrelation
$0,9 < r \leq 1,0$	Sehr hohe Korrelation

Quelle: Bühl 2012: 171

Da mit Hilfe von Kreuztabellen und Chi-Quadrat-Tests lediglich die Beziehung zwischen zwei kategorialen Variablen untersucht werden kann, wurden in einem zweiten Schritt kanonische Korrespondenzanalysen durchgeführt. Sie zählen zu den Verfahren der optimalen Skalierung und ermöglichen die gleichzeitige Analyse von mehreren Variablensätzen. Dabei werden die zwischen den einzelnen Items bestehenden Zusammenhänge in einem zweidimensionalen Koordinatensystem graphisch dargestellt (vgl. Bühl 2012: 863, 913).

In einem dritten Schritt wurde zur Überprüfung des dieser Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Konzepts der Integration mit dem Datensatz der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund eine konfirmatorische Faktorenanalyse durchgeführt. Ausgehend von den vier Integrationsdimensionen wurde dementsprechend ein „Faktorenladungsmuster“ (Bortz & Döring 2006: 517), das sich aus vier Faktoren zusammensetzt, als Hypothese mit dem empirischen Material getestet. Ziel der konfirmatorischen Faktorenanalyse ist somit die Untersuchung, „ob und inwieweit die empirisch erhobenen Daten dem hypothetischen Modell entsprechen.“ (Bühl 2012: 608) Während die Variablen, die eine bestimmte Dimension abbilden und zwischen denen im Idealfall starke Korrelationen bestehen, zu einem Faktor zusammengefasst werden, bestehen zwischen den Variablen verschiedener Faktoren idealerweise lediglich schwache Korrelationen (vgl. Bühl 2012: 589).

Im Vorfeld der eigentlichen Faktorenanalyse wurde eine Dummisierung durchgeführt, um nicht-metrische Daten in metrische zu überführen. Dies stellte aufgrund der Datenlage eine Grundvoraussetzung zur Durchführung der Faktorenanalyse dar. Darüber hinaus wurde für Missings eine Mittelwertimputation vorgenommen. Da einige Items auf dem jeweiligen Faktor jedoch nur sehr schwach luden, was in der Regel auf die fehlende metrische Abstufung und die damit einhergehende geringe Varianzaufklärung zurückzuführen ist, wurden diese aus der Faktorenanalyse herausgenommen. Dies verdeutlicht, dass einige der verwendeten Variablen in der Dummy-Version die einzelnen Integrationsdimensionen nicht wie erhofft, abbilden. Zwecks Selektion der wesentlichen Variablen wurden für jede Integrationsdimension und ihre spezifischen Variablen einzelne Faktorenanalysen durchgeführt. Items, die mit einer Eigenladung von mindestens 0,4 auf den entsprechenden Faktor luden, wurden in das Modell aufgenommen⁵. Mit der Entscheidung für das Selektionskriterium von einer Eigenladung von mindestens 0.4 wurde in der vorliegenden Arbeit eine konservative Vorgehensweise gewählt, die zugunsten des theoretischen Konstrukts noch verhältnismäßig geringe Korrelationen der Variable auf dem entsprechenden Faktor zulässt. Dies wird damit begründet, dass nicht die Aufstellung eines möglichst guten Modells, sondern die Abbildung des Theorieansatzes im Vordergrund steht. Mit Hilfe des Kaiser-Meyer-Olkin-Maßes, einem „zusammenfassende[n] Testmaß“ (Bühl 2012: 622) wurde abschließend die Güte der Einzelfaktoren bestimmt. Dieses kann im besten Fall einen Wert von 1,0 erreichen, so dass hohe Werte auf für die Faktorenanalyse geeignete Variablen hindeuten (vgl. Brosius 2011: 796). Kaiser (1974, zitiert nach Brosius 2011: 795-796) nimmt im Hinblick auf das Kaiser-Meyer-Olkin-Maß folgende Differenzierung vor:

Wert	Beurteilung
0,9 bis 1,0	fabelhaft
0,8 bis < 0,9	recht gut
0,7 bis < 0,8	mittelprächtigt
0,6 bis < 0,7	mäßig
0,5 bis < 0,6	schlecht
< 0,5	inakzeptabel

⁵Ausnahmen bilden die Variablen „Besuch von Veranstaltungen in Kindertageseinrichtung/Schule“, „Ausgrenzung aufgrund der Mehrsprachigkeit in Kindertageseinrichtung/Schule“, „Vorstellungen zur zukünftigen Zusammensetzung des Wohnumfeldes“ und „Kontakte zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld“. Da einerseits die Einbindung dieser Variablen zu einem überproportionalen Sinken der Modellqualität geführt hat und andererseits die Items für das Gesamtmodell von vergleichsweise geringer inhaltlicher Relevanz sind, wurden sie trotz ihrer Eigenladung von mehr als 0,4 nicht in der Faktorenanalyse berücksichtigt.

Zusätzlich zum Kaiser-Meyer-Olkin-Maß wurden zur Qualitätsprüfung der Faktorenanalyse auch die Anti-Image-Korrelationsmatrix sowie die erklärte Gesamtvarianz herangezogen (s. Kap. 8).

2.4 Problemzentrierte Interviews

2.4.1 Zielsetzung und zentrale Prinzipien qualitativer Sozialforschung

An die quantitative Analyse der schriftlichen Befragung schloss sich eine qualitative Untersuchung in Form problemzentrierter Interviews an. Durch den Einsatz einer qualitativen Methode sollten die auf Basis der Fragebögen ermittelten Ergebnisse vertieft und spezifiziert werden (vgl. Bortz & Döring 2009: 336; Schiefer & Möllering 2011: 47). Im Unterschied zur quantitativen Methode, die auf „die Erklärung sozialer Phänomene, Ereignisse, Beziehungen und Prozesse“ (Meier-Kruker & Rauh 2005: 84) abzielt, geht es bei dieser Befragungstechnik um individuelle Sicht- und Denkweisen, persönliche Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen, die die Wahrnehmung und das Handeln entscheidend bestimmen (vgl. Bortz & Döring 2009: 308; Reuber & Pfaffenbach 2005: 35, 107; Schiefer & Möllering 2011: 47). Damit hilft die Methode, gesellschaftliche Pluralität zu erfassen und aufzuzeigen, indem die Ausführungen der Interviewten unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen und Einblicke in soziale Zusammenhänge erlauben (vgl. Lamnek 2010: 163; Meier Kruker & Rauh 2005: 14-15; Reuber & Pfaffenbach 2005: 35, 107, 150).

Mit Hilfe „zentrale[r] Prinzipien qualitativer Sozialforschung“ (Lamnek 2010: 19) soll die wissenschaftliche Verwertbarkeit der in den problemzentrierten Interviews gewonnenen individuellen Aspekte sichergestellt werden. Dazu zählen nach Lamnek (2010: 19) unter anderem „Explikation“, „Prozesscharakter“, „Reflexivität von Gegenstand und Analyse“ sowie „Flexibilität“. Während das Explikationsprinzip „die Nachvollziehbarkeit der Interpretation und damit die Intersubjektivität des Forschungsergebnisses“ (Lamnek 2010: 23) gewährleisten soll, betont die Prozessualität den Prozesscharakter sowohl des „Forschungsakt[es]“ (Lamnek 2010: 21) als auch des „Forschungsgegenstand[es]“ (Lamnek 2010: 21). Mit diesem Prinzip „soll die wissenschaftliche Erfassung des Entstehungszusammenhangs sozialer Phänomene gewährleistet[t]“ (Lamnek 2010: 22) werden. Reflexivität betrifft einerseits den Forscher, der eine „reflektierte Einstellung“ (Lamnek 2010: 22) haben sollte, sowie andererseits die Methode, die ähnlich dem Flexibilitätsprinzip den Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes angepasst werden soll (vgl. Lamnek 2010: 22, 24).

Da das Individuum bei der qualitativen Sozialforschung im Vordergrund steht, wird von Einzelfallbeschreibungen ausgegangen, die in einem weiteren Schritt miteinander verglichen und verallgemeinert werden (vgl. Bortz & Döring 2009: 335; Reuber & Pfaffenbach 2005: 119). „Dies führt zu einer Typenbildung im Sinne von Repräsentanz, nicht aber zu Repräsentativität im statistischen Sinne. Generalisierung im qualitativen Sinne meint, durch Abstraktion auf das Wesentliche zu kommen und nicht wie in

statistisch-standardisierter Forschung von Teilen auf das Ganze zu schließen.“ (Lamnek 2010: 167) Wahl et al. (1982: 206, zitiert nach Bortz & Döring 2009: 335) bezeichnen diese Vorgehensweise als „exemplarischen Verallgemeinerung“.

2.4.2 Zielsetzung und zentrale Prinzipien problemzentrierter Interviews

Problemzentrierte Interviews bilden nach Mattissek et al. (2013: 167) eine Untergruppe der Leitfadeninterviews. Witzel (1985: 230, zitiert nach Lamnek 2010: 332) beschreibt die problemzentrierten Interviews als „eine Methodenkombination beziehungsweise –integration von qualitativem Interview, Fallanalyse, biographischer Methode, Gruppendiskussion und Inhaltsanalyse“. Dieses relativ offene Verfahren eignet sich dazu, ein bereits vorhandenes Gedankengebäude durch die Aussagen der Interviewpartner zu verifizieren, zu modifizieren oder zu falsifizieren (vgl. Lamnek 2010: 333; Reuber & Pfaffenbach 2005: 131). Im Zentrum problemzentrierter Interviews stehen ein gesellschaftlich relevantes „Problem“ und dessen unterschiedliche Aspekte. Dabei wird der Begriff „Problem“ in der empirischen Sozialforschung als Synonym für „Thema“ oder „Untersuchungsgegenstand“ verwendet und ist damit nicht negativ besetzt (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 65; Witzel 2000).

Ziel der problemzentrierten Interviews ist es, für die Gesellschaft bedeutsame Themen aus der Perspektive Betroffener in ihrer sozialen, kulturellen und räumlichen Eingebundenheit zu sehen, zu rekonstruieren und zu interpretieren. Dabei geht es um die Identifizierung von Grundlagen subjektiver Denkweisen, Überzeugungen und Meinungen, die das soziale Handeln der Befragten bestimmen (vgl. Witzel & Reiter 2012: 4, 24). Dies setzt die Unvoreingenommenheit des Interviewers ebenso voraus wie die Schaffung einer Gesprächsatmosphäre, die die Offenlegung der subjektiven Perspektiven und deren interaktive Reflexion erlaubt (vgl. Witzel 2000; Witzel & Reiter 2012: 27). Neben der „Problemzentrierung“ (Witzel 2000) spielt bei dieser Interviewform unter anderem auch die „Prozessorientierung“ (Witzel 2000) eine wesentliche Rolle. Sie betrifft nicht nur „den gesamten Forschungsablauf [...] [, sondern] insbesondere [...] [auch] die Vorinterpretation.“ (Witzel 2000) Damit der Interviewpartner sich ernst genommen fühlt und Vertrauen sowie Offenheit aufgebaut werden kann, muss der Interviewer sensibel sowie verständnisvoll agieren und das Gesagte wohlwollend akzeptieren. Dadurch werden sowohl die Erinnerungsfähigkeit als auch die Motivation zur Selbstreflexion bei den Befragten gesteigert, was sich positiv auf die Güte der Forschungsergebnisse auswirkt (vgl. Lamnek 2010: 325; Meier Kruker & Rauh 2005: 63; Witzel 2000; Witzel & Reiter 2012: 28). Ebenso wichtig ist nach Meier Kruker und Rauh (2005: 62-63) die „inhaltliche Vorbereitung, die zeigt, wie wichtig einem die Sache ist“. Je einsichtiger dem Interviewten die Relevanz ist, die das Thema und das Interview für den Wissenschaftler haben desto ernsthafter und offener wird dieser antworten (vgl. Witzel & Reiter 2012: 28). Um möglichst authentische Aussagen zu erhalten, ist es darüber hinaus von Bedeutung, das Interview in einem vertrauten Umfeld des Interviewten zu führen (vgl. Lamnek 2010: 315). Zur Vermeidung der Beeinflus-

sung der Aussagen durch andere Familienmitglieder sollten gegebenenfalls Alternativmöglichkeiten zur eigenen Wohnung der Befragten, die zwar eine vertraute Umgebung darstellt, erwogen werden (vgl. Witzel & Reiter 2012: 64).

2.4.3 Vorbereitung der problemzentrierten Interviews

2.4.3.1 Samplingsstrategie

Da die qualitative im Vergleich zur quantitativen Forschung deutlich größeren finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand erfordert und diese Ressourcen meist begrenzt sind, werden in qualitative Erhebungen deutlich weniger Personen eingebunden als in quantitative (vgl. Lamnek 2010: 351). Allerdings gibt es hinsichtlich der genauen Anzahl der zu befragenden Personen erhebliche Schwankungen in der Literatur. Während Helfferich (2005) von sechs bis 120 Interviews ausgeht, empfiehlt Kvale (2007) die Durchführung von 15 plus oder minus zehn (vgl. Lamnek 2010: 351). Zaltman und Hegie (1993: 33-34) geben als Orientierungsrahmen sieben bis 15 Einzelgespräche mit einer Dauer von 90 bis 120 Minuten an. Unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen und um eine ausgewogene Datengrundlage zu erhalten, wurde die Anzahl der Interviews für die vorliegende Studie auf zwölf festgelegt, was in etwa der Mitte der von Zaltman und Hegie empfohlenen Zahl entspricht.

Bei der Kontaktaufnahme zu möglichen Untersuchungspersonen sind informelle Kontakte beispielsweise durch Mittler von besonderer Bedeutung. Dies gilt vor allem in der Migrationsforschung, wo Interviewer und Interviewpartner im Regelfall unterschiedlichen Kulturen entstammen, weshalb es meist der Vermittlung durch sogenannte „Gatekeeper“ (Lamnek 2010: 351) bedarf, die mithelfen, eventuell bestehende Ängste und Misstrauen auf Seiten der allochthonen Untersuchungspersonen abzubauen (vgl. Dunn 2010: 112; Lamnek 2010: 350-351; Mattissek et al. 2013: 190). Im Unterschied dazu kann dem Wissenschaftler aber auch eine große Bereitschaft zur Mitwirkung begegnen, wenn die Interviewten dessen Interesse als Anerkennung der Ankunftsgesellschaft verstehen und den Forscher als Fürsprecher sehen (vgl. Lamnek 2010: 550).

Im Rahmen dieser Studie wurde einerseits der Zugang über die Integrationslotsin der Kreisstadt Merzig gesucht, die durch ihren Bekanntheitsgrad und das zu ihr bestehende Vertrauen allochthone Interviewpartner vermitteln konnte. Andererseits wurde bei der Auswahl der Interviewten, wie von der Literatur empfohlen (u.a. Lamnek 2010: 171-172; Mattissek et al. 2013: 190-191; Witzel & Reiter 2012: 61), auf die Haushaltsstichprobenziehung der schriftlichen Befragung zurückgegriffen. Da vor der Untersuchung durch die Analyse sekundärstatistischer Daten sowie der bereits vorliegenden quantitativen Forschungsergebnisse Erkenntnisse und daraus abgeleitete Hypothesen „über relevante Ähnlichkeiten und Unterschiede vor[lagen]“ (Lamnek 2010: 171), konnten mögliche Interviewpartner gezielter ausgewählt werden. Damit beruht das

Sample nicht wie bei der schriftlichen Befragung auf einer zufälligen, sondern einer bewussteren Auswahl.

Mit Hilfe demographischer Merkmale (Alter, derzeitiges Arbeitsverhältnis, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Wohnort) konnte im Rahmen des Samplings sichergestellt werden, dass „die wichtigsten Variablen in unterschiedlichen Kombinationen“ (Meier Kruker & Rauh 2005: 54) und somit ein Querschnitt durch die Gesellschaft erfasst werden konnte. Zusätzlich zu den demographischen Merkmalen wurden im Auswahlprozess auch migrationsspezifische Kategorien (Alter bei der Einreise nach Deutschland, Aufenthaltsdauer in Deutschland, binationaler Ehepartner, Herkunftsland, Staatsangehörigkeit, Zweck der Einreise und des Aufenthalts) berücksichtigt (s. Tab. 1). Der Integrationsgrad, unabhängig ob es sich dabei um eine Fremd- oder Selbstzuschreibung handelt, spielte bei der Selektion hingegen keine Rolle, da eine Dichotomie in „gut“ und „schlecht“ Integrierte sowohl sehr umstritten ist als auch im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit keinen Mehrwert geliefert hätte.

Tabelle 1: Relevante Auswahlmerkmale der Interviewpartner

Merkmal	Ausprägung
Geschlecht	männlich weiblich
Alter	jung alt
Wohnort	Kernstadt Merzig Stadtteile von Merzig
Qualifikationsniveau	hoch qualifiziert gering qualifiziert
Derzeitiges Arbeitsverhältnis	erwerbstätig erwerbslos
Aufenthaltsdauer in Deutschland	kurz lang
Alter bei Einreise nach Deutschland	Erwachsenenalter
Herkunftsland	Italien Türkei Luxemburg Frankreich Ehemaliges Serbien-Montenegro sonstige EU-Länder sonstige Drittstaaten
Staatsangehörigkeit	deutsche Staatsangehörigkeit doppelte Staatsangehörigkeit ausländische Staatsangehörigkeit
Zweck der Einreise und des Aufenthalts	Erwerbstätigkeit Ausbildung Völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe familiäre Gründe sonstige Gründe Spätaussiedler
Binationaler Ehepartner	ja nein

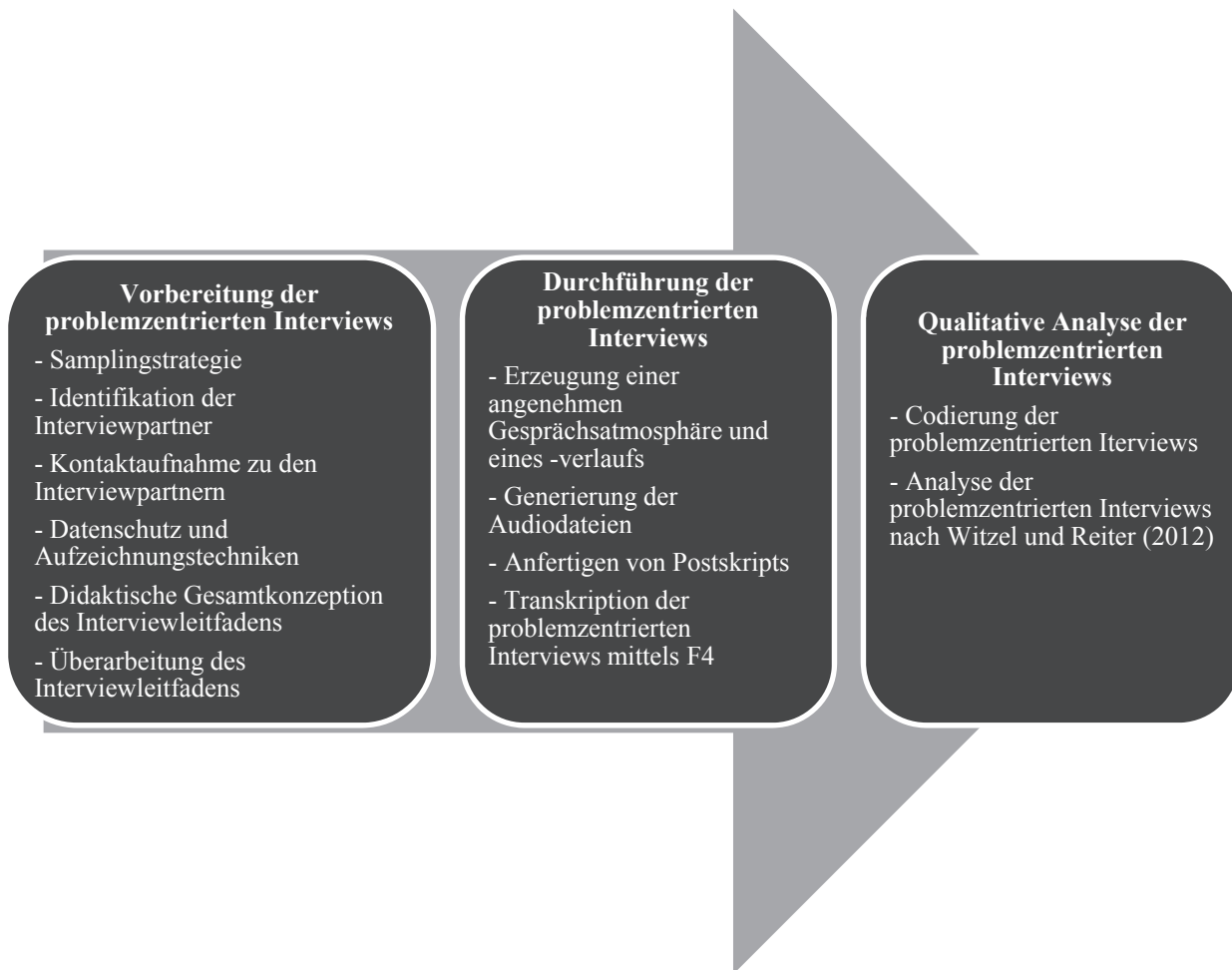
Quelle: Eigene Zusammenstellung

Entsprechend der für die Kreisstadt Merzig charakteristischen Migrationsstruktur wurde entschieden, dass jeweils ein Vertreter aus den fünf häufigsten in der Kreisstadt Merzig vertretenen Herkunftsländern (Italien, Türkei, Luxemburg, Frankreich, ehemaliges Serbien-Montenegro) sowie der Gruppe der (Spät-)Aussiedler als Interviewpartner ausgewählt werden sollte. Bei der Identifizierung der sechs weiteren Probanden spielte das Auswahlkriterium Herkunftsland nur eine untergeordnete Rolle. Jedoch wurde darauf geachtet, dass neben Untersuchungspersonen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch Interviewpartner aus Drittstaaten im Sample enthalten waren, da sich Unterschiede im Hinblick auf die Freizügigkeit oder den Nachweis von Sprachfähigkeiten auf den individuellen Migrations- und Integrationsprozess auswirken können. Außerdem können unter anderem die Staatsangehörigkeit, der Zweck der Einreise und des Aufenthalts, eine binationale Eheschließung sowie die Aufenthaltsdauer in Deutschland die Integration beeinflussen, weshalb auch diese Merkmale als Selektionskriterium aufgenommen wurden. Um eine recht breite inhaltliche Repräsentativität zu erreichen, wurde „darauf geachtet [...], dass die Variation innerhalb der untersuchten Gruppe möglichst groß ist, also maximal unterschiedliche und als typisch geltende Fälle herangezogen werden.“ (Lamnek 2010: 351).

2.4.3.2 Kontaktaufnahme zu den Interviewpartnern

An das Sampling schloss sich die erste Kontaktaufnahme mit den Interviewpartnern an, die über das Telefon, per Post oder E-Mail erfolgte (s. Abb. 5). Wichtig war in diesem Schritt, die Untersuchungspersonen für eine Teilnahme an der Studie zu gewinnen, weshalb zunächst der Forscher, die Institution sowie die Studie, deren Bedeutung und Ziele vorgestellt wurden (vgl. Dunn 2010: 113; Mattissek et al. 2013: 161). Auch wurde die Auswahl der verschiedenen Interviewpartner ebenso wie die Herkunft ihrer Kontaktdaten erklärt und es wurde erläutert, welchen Beitrag gerade sie zur Beantwortung der Forschungsfrage leisten können. Darüber hinaus wurden Informationen zur Interviewsituation sowie Dauer und Ablauf des Interviews gegeben (vgl. Dunn 2010: 112-113). Um bei der Untersuchungsperson mögliche Bedenken und Unsicherheiten abzubauen, wurde Anonymität zugesichert. Im Falle von Zusagen wurden abschließend Interviewtermine und Treffpunkte vereinbart.

Abbildung 5: Methodische Vorgehensweise im Zuge der problemzentrierten Interviews



Quelle: Eigene Darstellung

2.4.3.3 Datenschutz und Aufzeichnungstechnik

Datenschutz

Da jeder Interviewpartner während des Interviews persönliche Informationen preisgibt, durch die er identifiziert werden kann, muss der Datenschutz gewährleistet werden. Dazu muss der Wissenschaftler verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Anonymität ergreifen und die Untersuchungsperson vor dem Interview darüber informieren und ihr Einverständnis einholen (vgl. Bortz & Döring 2009: 313; Lamnek 2010: 352; Mattissek et al. 2013: 164). Aus diesem Grund wurde der verwendete Leitfaden nach seiner Erstellung auch vom Datenschutzbeauftragten der Universität des Saarlandes im Hinblick auf den Schutz intimer Daten geprüft. Ebenso wurde auf Anraten des Datenschutzbeauftragten eine „Vereinbarung zur Durchführung eines Interviews“ nach Vorlage entwickelt, die dem Interviewpartner einerseits Vertraulichkeit und Anonymität im Hinblick auf den Umgang mit sensiblen Informationen zusichert und ihn andererseits über die Verwendung des Interviews aufklärt. Die Vereinbarung wurde zum Ausdruck der Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit sowohl vom Interviewer als auch von

der Untersuchungsperson unterschrieben, die auf diese Weise ihre freiwillige Teilnahme am Interview und ihr Einverständnis zum Einsatz eines Aufnahmegerätes ausdrückte. Darüber hinaus wurden sämtliche in den Interviews auftauchenden Namens- und Ortsnennungen anonymisiert.

Die in der vorliegenden Arbeit für die Interviewpartner genutzten Namen und Initialen sind daher aus Datenschutzgründen frei erfunden.

Aufnahmetechnik

Die Verwendung von Aufnahmegeräten zählt neben der Mitschrift bei qualitativen Interviews zu der am häufigsten eingesetzten Aufzeichnungstechnik (vgl. Dunn 2010: 119). Mit Hilfe von Audioaufnahmen kann sich der Wissenschaftler ganz auf die Gesprächsführung konzentrieren, was eine natürliche Gesprächssituation zur Folge hat. Ebenso kann er leichter nonverbale Äußerungen wahrnehmen und eventuell auf diese reagieren (vgl. Dunn 2010: 119; Whyte 1982: 117-118; Witzel 2000). Auch gehen bei dieser Aufnahmetechnik keine verbalen Informationen verloren, weshalb sie unverzichtbar für die empirische Sozialforschung geworden ist. Douglas (1985: 83) weist jedoch darauf hin, dass durch das Aufnahmegerät in einigen Fällen die natürliche Gesprächsatmosphäre gestört werden kann, indem der Untersuchungsperson einerseits die Besonderheit der Situation und andererseits die Dauerhaftigkeit ihrer Äußerungen bewusst werden. Dadurch kann sie sich unter Umständen gehemmt fühlen und deshalb weniger offen antworten (vgl. Dunn 2010: 119). Um dies zu verhindern beziehungsweise die Wahrscheinlichkeit dafür so gering wie möglich zu halten, wurde bei der Durchführung der Interviews, dem Vorschlag Dunns (2010: 119) folgend, das Gerät so platziert, dass einerseits die Aufnahmequalität nicht beeinträchtigt wurde und es andererseits trotzdem nicht direkt offen sichtbar für die Interviewpartner war.

2.4.3.4 Gesamtkonzeption des Interviewleitfadens

Konstruktion des Interviewleitfadens

Der Leitfaden stellt alle wesentlichen Themen zusammen, die im Gesprächsverlauf angesprochen werden sollen und dient somit dem Interviewer als Orientierungshilfe und Checkliste (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 137; Witzel 2000). Damit verhindert er einerseits, dass wesentliche Fragen vergessen werden, und garantiert andererseits eine gewisse Vergleichbarkeit der Interviewergebnisse (vgl. Schnell et al. 2005: 387). Als „eine klare Vorab-Konstruktion“ (Reuber & Pfaffenbach 2005: 134) ist der Interviewleitfaden auch Ausdruck des Vorwissens und der Gedanken des Wissenschaftlers. Dennoch sollte er nach dem Prinzip der Flexibilität genügend Freiräume lassen für spontane Nachfragen und das Aufgreifen neuer Aspekte, die sich erst im Verlauf des Gesprächs ergeben (vgl. Bortz & Döring 2009: 314; Reuber & Pfaffenbach 2005: 137). Dabei ist es auch wichtig, dass der Interviewer ein Gespür dafür hat, zum richtigen Zeitpunkt die entsprechenden Fragen zu stellen (vgl. Atteslander 2008: 132).

Bei der Leitfadenkonstruktion müssen nach Helfferich (2005: 160) die Grundprinzipien qualitativer Sozialforschung berücksichtigt werden, wobei vor allem das Prinzip der Offenheit eine große Rolle spielt. Darüber hinaus sollte die Anzahl der Fragen begrenzt, der Leitfaden gut strukturiert und leicht händelbar sein. Auch schlägt sie ein inhaltliches Ordnungsprinzip vor, das sich am „natürlichen“ Erinnerungs- oder Argumentationsfluss“ (Helfferich 2005: 160) orientiert, was auch einer alltäglichen Gesprächssituation nahe kommt. Dabei gibt sie einer „spontan produzierte[n] Erzählung“ (Helfferich 2005: 160) den Vorrang vor der Beantwortung oft abgelesener Fragen, die häufig auch ein tiefergehendes Verständnis erschweren (vgl. Helfferich 2005: 160).

Bei der Erstellung des Leitfadens orientiert sich Helfferich (2005: 161-165) an dem „SPSS“-Prinzip, das die vier Schritte Sammeln, Prüfen, Sortieren und Subsumieren umfasst. Im ersten Schritt geht es darum, möglichst viele Fragen zu dem jeweiligen Forschungsgegenstand zu sammeln, die dann aufgrund des Vorwissens und unter dem Aspekt der Offenheit geprüft werden. Dabei findet auch eine Selektion der Fragen aufgrund ihrer Relevanz statt. Danach werden die verbliebenen Fragen nach inhaltlichen Kriterien sortiert und unter einfachen Erzählaufforderungen subsumiert (vgl. Helfferich 2005: 161-165).

Uneinigkeit besteht in der Literatur im Hinblick auf die Reihenfolge sowie die Ausformulierung der Fragen. Während sich Mayring (2002: 69) für eine „vernünftige[...] Reihenfolge und [...] Formulierungsvorschläge“ ausspricht, spielt dies beispielsweise für Lamnek (2010: 325), Schnell et al. (2005: 387) sowie Witzel und Reiter (2012: 51-52) keine Rolle. Lamnek (2010: 362) begründet die fehlende Vorabformulierung damit, dass der Interviewer seine Sprache auf die Sprache der jeweiligen Untersuchungsperson abstimmen muss.

Der im Rahmen dieser Studie verwendete Leitfaden setzt sich aus „Schlüsselfragen [...] [und] Eventualfragen“ (Atteslander 2008: 132) zusammen, die den vier Oberkategorien „Migrationsprozess“, „Integrationsprozess“, „Rückblickende Betrachtung des individuellen Integrationsprozesses“ und „Zukünftige Zielsetzung“ zugeordnet wurden. Zusammengestellt wurden die Schlüssel- und Eventualfragen nach dem SPSS-Prinzip. Die Schlüsselfragen sollten in jedem Interview gestellt werden, hingegen die Eventualfragen nur in Abhängigkeit des jeweiligen Interviewverlaufs (vgl. Schnell et al. 2005: 387). Inhaltlich wurden Themen der schriftlichen Befragung teilweise erneut aufgegriffen sowie durch neue Aspekte und Facetten ergänzt, um die quantitativen Forschungsergebnisse vertiefend zu behandeln und weiterzuentwickeln. Entsprechend der Zielsetzung lag der Fokus auf dem Nachzeichnen individueller Integrationswege, der Bedeutung der verschiedenen Integrationsdimensionen sowie der Identifikation für den Integrationsprozess förderlicher und hemmender Faktoren. Die einzelnen Fragen wurden vorformuliert und entsprechend einer Spannungskurve angeordnet. Insgesamt diente der Leitfaden bei den Interviews lediglich als Orientierungshilfe und Checkliste, so dass er auch an die individuelle Interviewsituation angepasst werden konnte.

Ablauf problemzentrierter Interviews

In der Regel laufen problemzentrierte Interviews in vier beziehungsweise fünf Phasen ab (vgl. Lamnek 2010: 333). In der „Einleitung“ (Lamnek 2010: 334) sollen dem Interviewten der Gegenstand und Zweck des Interviews verdeutlicht und durch möglichst offene sowie allgemeine Fragen Raum für Erzählsequenzen gegeben werden. Auch sollte in der ersten Phase die Aufmerksamkeit der Untersuchungsperson noch nicht auf bestimmte Details der Thematik gelenkt werden, um sie nicht einzuengen (vgl. Lamnek 2010: 334; Witzel & Reiter 2012: 68-69). Auf die Einleitung folgt die Phase der „[a]llgemeine[n] Sondierung“ (Lamnek 2010: 334), in der einerseits möglicherweise vorhandene Vorbehalte der Untersuchungsperson gegenüber bestimmten Aspekten des Themas abgebaut werden sollen und andererseits der Interviewpartner durch ein Beispiel zu Erzählungen und Präzisierungen motiviert werden soll (vgl. Lamnek 2010: 334). In der darauffolgenden Phase der „[s]pezifische[n] Sondierung [...] versucht der Interviewer, verständnisgenerierend die Erzählsequenzen und Darstellungsvarianten des Befragten nachzuvollziehen“ (Lamnek 2010: 334). Dazu spiegelt er dem Interviewpartner durch einen Interpretationsvorschlag das Gesagte zurück, stellt Verständnisfragen oder konfrontiert ihn mit etwaigen Widersprüchen und Ungeheimheiten. In der vierten Phase des Interviews können die bisherigen Erzählphasen durch direkte Fragen vertieft werden, die auf solche Aspekte zielen, die vom Befragten noch nicht angesprochen wurden, für den Wissenschaftler allerdings von Relevanz sind (vgl. Lamnek 2010: 334; Witzel & Reiter 2012: 77, 79). Auch kann im Verlauf problemzentrierter Interviews ein Kurzfragebogen zum Einsatz kommen, der, themenbezogen, den Einstieg erleichtern und deshalb dem eigentlichen Interview vorangestellt werden kann. Dient der Kurzfragebogen jedoch der Abfrage soziodemographischer Merkmale, die mit dem Thema direkt nichts zu tun haben, aber für die Auswertung bedeutsam sind, so sollte er den Abschluss des Interviews bilden (vgl. Lamnek 2010: 335; Mattissek et al. 2013: 169-170).

Der klassische Ablauf von problemzentrierten Interviews wurde für die vorliegende Studie dahingehend modifiziert, dass der Schwerpunkt weniger auf den narrativen, sondern auf den leitfadengestützten Sequenzen lag. Diese Abweichung erschien angesichts der Zielgruppe „Personen mit Migrationshintergrund“ als sinnvoll, um dieser Formulierungshilfen anzubieten, wodurch der Interviewpartner im Unterschied zu der verstärkt narrativen Vorgehensweise Orientierung und Sicherheit bekam. Witzel und Reiter (2012: 69) bezeichnen diese Vorgehensweise als „assertive strategy“, die durch das gezielte Fragen den Wissensbestand des Befragten aktiviert sowie vor allem unsicheren und schüchternen Personen zu Gute kommt.

2.4.4 Durchführung der problemzentrierten Interviews

Gesprächsatmosphäre und -verlauf

Dem Interviewer kam es darauf an, durch Offenheit und Empathie gegenüber dem Interviewpartner sowie durch eine gute inhaltliche und technische Vorbereitung des

Interviews eine angenehme Gesprächsatmosphäre zu schaffen, die bis zum Abschluss des Gespräches nach Möglichkeit durchgehalten wurde. Auf diese Weise sollten einem vorzeitigen Abbruch des Interviews durch den Befragten vorgebeugt und die Kooperationsbereitschaft gefördert werden (vgl. Lamnek 2010: 363; Meier Kruker & Rauh 2005: 63). Dabei war es auch wichtig, die Auswahl und Relevanz der gestellten Fragen vor allem bei derart sensiblen Themenbereichen wie der individuellen Migrations- und Integrationsbiographie transparent zu machen (vgl. Witzel & Reiter 2012: 71).

Die Interviews fanden in der Regel auf Wunsch der Untersuchungspersonen in deren eigener Wohnung oder in deren Haus statt. In einem Fall bevorzugte ein Befragter die Räume des Moscheevereins. Die Interviewdauer schwankte zwischen einer und zwei Stunden, wobei die Mehrzahl der Gespräche circa 90 Minuten in Anspruch nahm.

Um die individuelle Denk- und Sichtweise des Interviewpartners zum Tragen zu bringen, kam es dem Interviewer darauf an, das Gespräch so wenig wie möglich zu steuern (vgl. Bortz & Döring 2009: 308). In besonderer Weise wurde darauf geachtet, dass das Vorwissen sowie die zu überprüfenden Hypothesen von Seiten des Interviewers nicht in die Befragung einfließen, „weil dies eine Prädetermination des Ablaufs des Gesprächs und der Befunde darstellen würde“ (Lamnek 2010: 338). Vielmehr sollte „der Versuchsperson Gelegenheit [gegeben werden], sich über Dinge zu äußern, die für sie von zentraler Bedeutung sind und nicht über Dinge, die dem Interviewer wichtig sind.“ (Merton & Kendall 1984: 186, zitiert nach Lamnek 2010: 338)

Nur wenn die Ausführungen des Befragten vage und oberflächlich blieben, forderte der Interviewer zur Konkretisierung und Präzisierung auf. Bei der Darstellung von Erlebnissen kommt es nach Lamnek (2010: 338) nämlich darauf an, dass die damit verbundenen Emotionen und Verhaltensweise „nicht nur genannt, sondern auch in einer Interpretation aufeinander bezogen, beschrieben und erläutert werden.“ Dazu bediente sich der Interviewer verschiedener Frageformen wie beispielsweise „Aufrechterhaltungsfragen“ (Lamnek 2010: 363) und „Steuerungsfragen“ (Lamnek 2010: 363) oder „Fragen zur Aufklärung von Widersprüchen“ (Lamnek 2010: 363). Obwohl umstritten, kamen in manchen Fällen auch „Suggestivfragen“ (Lamnek 2010: 363) zum Einsatz, da sie oft die einzige Möglichkeit darstellen „Dinge zu offenbar[en] [...], an die der Befragte nicht denkt, weil sie eben für ihn zu selbstverständlich sind.“ (Lamnek 2010: 355) Darüber hinaus war der Interviewer bemüht, die unter anderem bei Reuber und Pfaffenbach (2005: 133) sowie Konrad (2011: 32) aufgeführten häufigen Interviewfehler wie beispielsweise Ungeduld beim Zuhören, mangelnde Flexibilität und einen „dominierenden Kommunikationsstil“ (Reuber & Pfaffenbach 2005: 133) zu vermeiden. Gerade ein dominierender Kommunikationsstil kann „soziale Erwünschtheit“ hervorgerufen, was zu einem bestimmten Antwortverhalten führen kann, wodurch die Gefahr inhaltlicher Verzerrung besteht (vgl. Konrad 2011: 32).

Muttersprachliche Interviewführung

Der muttersprachlichen Interviewführung mittels eines Übersetzers kommt gerade im Bereich der Migrationsforschung praktische Relevanz zu. Sie wird dann eingesetzt, wenn Sprachbarrieren eine direkte Gesprächsführung verhindern. Mit Hilfe muttersprachlicher Interviewführung können somit zusätzliche Sichtweisen erschlossen werden (vgl. Resch & Enzenhofer 2012: 81). Dabei kommt der Übersetzung besondere Bedeutung zu. Da die Übersetzung nach Wettemann (2012: 109) „immer interpretativ und subjektiv [ist] und [es] eine absolute Übersetzung [...] nicht geben“ kann, wirkt sich die Qualität der Übersetzung direkt auf die Forschungsergebnisse aus. Um die Qualität der Übersetzung zu gewährleisten, muss im Vorfeld des Interviews „[d]ie Klärung der Zieltextfunktion [...] stehen“ (Wettemann 2012: 109). Bei der Auswertung der übersetzten Interviews sollten mögliche Missverständnisse aufgrund von „Sprache, Übersetzung und interkulturellem Kulturtransfer“ (Resch & Enzenhofer 2012: 83) berücksichtigt werden.

Aufgrund geringer Deutschkenntnisse einer Untersuchungsperson aus Syrien, die sich zum Zeitpunkt des Interviews seit einem Jahr in Deutschland aufhielt, wurde im Rahmen dieser Studie eine muttersprachliche Befragung durchgeführt. Übersetzt wurden die Fragen und Antworten vom Bruder des Interviewten, der zu Beginn über die Ziele und Erwartungen des Interviews sowie der Übersetzung informiert wurde⁶. Die in diesem Fall starke Vertrautheit zwischen dem Probanden und dem Übersetzer förderte darüber hinaus eine natürliche, vertraute und authentische Gesprächsatmosphäre.

Postskripts und Transkription

Direkt im Anschluss an die einzelnen Interviews wurde je ein Postskript angefertigt. Darin wurden Angaben über den eigenen Eindruck im Hinblick auf die Gesprächssituation, den Gesprächsinhalt vor und nach dem eigentlichen Interview sowie äußeren Bedingungen, nonverbalen Äußerungen und ersten Ideen zur Interpretation festgehalten (vgl. Bortz & Döring 2009: 311; Lamnek 2010: 335; Witzel 2000). Auf diese Weise konnten „aufschlußreiche Kontextinformationen dokumentiert [werden], die für die spätere Interpretation der Aussagen im Interview hilfreich sein können und den Vergleich verschiedener Interviewsituationen erlauben“ (Flick 1995: 108).

Zeitnah nach Durchführung der Interviews wurden die Aufzeichnungen mit Hilfe der Transkriptionssoftware F4 in Transkripte überführt. Da es weniger um die exakte Wiedergabe der jeweiligen Äußerung ging, sondern die Inhalte im Vordergrund standen, erfolgte die Transkription in normales Schriftdeutsch. Dabei wurden unter anderem eventuelle Grammatik- und Satzbaufehler korrigiert, um die Lesbarkeit und die Verständlichkeit der Aussagen zu erleichtern (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 155). Ent-

⁶ Da es sich nicht um einen professionellen Übersetzer handelte, war eine Qualitätssicherung der Übersetzung nahezu unmöglich. Jedoch wurde dem Vorschlag Wettemanns (2012: 109) folgend zu Beginn des Interviews die genaue Zieltextfunktion geklärt, um die Qualität der Übersetzung zumindest positiv zu beeinflussen.

sprechend der Empfehlungen von Lamnek (2010: 368) wurden die Transkriptionen mit großer Sorgfalt durchgeführt, nach Abschluss nochmals mit der Audiodatei verglichen und durchgelesen.

2.4.5 Qualitative Analyse problemzentrierter Interviews

Die biographische Auswertung und Interpretation der Interviews orientierte sich an der Vorgehensweise nach Witzel (2000) sowie Witzel und Reiter (2012), die diese speziell zur Analyse problemzentrierter Interviews vorschlagen. Jedoch wurden nicht alle vorgeschlagenen Teilschritte des Analyseverfahrens berücksichtigt, da einige mit Blick auf die im Rahmen dieser Untersuchung zu bearbeitende Fragestellung nur von untergeordneter Relevanz waren.

In einem ersten Schritt wurden in den transkribierten Interviews die Aussagen markiert, die „mit Stichworten aus dem Leitfaden“ (Witzel 2000) kompatibel waren (deduktiv), und solche, die neue Aspekte aus der Sichtweise der Interviewpartner lieferten (induktiv) (vgl. Witzel 2000; Witzel & Reiter 2012: 104). Daraus wurde ein „Codier-raster“ (Witzel 2000) entwickelt, das im Zuge des Codierungsprozesses verfeinert und differenziert wurde (vgl. Witzel & Reiter 2012: 104). Es diente als Grundlage zur Auswertung aller Interviews.

Dieses Raster umfasst als Kategorien unter anderem neben den Phasen der Entscheidung zur beziehungsweise der Vorbereitung der Migration, den eigentlichen Migrationsprozess, die sich daran anschließenden Phasen des Ankommens im Zielland und der Integration. Dabei wird die Integration mit Hilfe der vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration) abgebildet.

Den ersten Interpretations- und Kategorisierungsversuchen folgte in einem zweiten Schritt die Analyse kausaler Zusammenhänge zwischen der Denkweise, den äußeren Bedingungen und den daraus resultierenden Handlungen der Untersuchungspersonen (vgl. Witzel & Reiter 2012: 101).

Damit rückte das Individuum sowie sein Migrations- und Integrationsprozess ins Zentrum der Betrachtung, weshalb eine Auswertung in Form von Falldarstellungen beziehungsweise Migrations- und Integrationsbiographien am besten geeignet erschien. Entgegen bestehender Kritiken, die „die Biographie [als] ein reines Artefakt [...], eine reine opportunistische Erfindung des Erzählers oder eine[n] Komplott zwischen Erzähler und Zuhörer“ (Apitzsch 2003: 72) sowie als subjektiv und nicht verallgemeinerbar sehen, beinhaltet sie neben persönlichen Erfahrungen immer auch Expertise von Menschen, die in die Biographie eingebunden sind (vgl. Apitzsch 2003: 72). Damit ist eine Biographie „Schnittpunkt kollektiver Konstitution und individueller Konstruktion.“ (Apitzsch 2003: 72)

So ermöglichte die Auswertung als Einzelfalldarstellung das Verständnis der Chronologie von Migration und Integration von der ersten Idee zur Auswanderung bis hin zum „Abschluss“ des Integrationsprozesses. Diese Form stellt die Gestalt des Einzel-

falls in den Mittelpunkt und zeigt individuelle Einstellungs-, Deutungs- und Handlungsmuster auf (vgl. Witzel & Reiter 2012: 104, 107).

Dementsprechend erlaubt erst die Analyse individueller biographischer Aspekte in ihrer Summe allgemeine Aussagen über Motive zur Migration, Migrationsverlauf sowie den Integrationsprozess. Diese Art der Auswertung stellt demnach das allochthone Individuum sowie seine subjektive Perspektive in den Mittelpunkt der Betrachtung, was nach Yildiz (2009a: 157) in der Vergangenheit viel zu selten geschah. Er kritisiert, dass statt des Rückgriffs auf Erfahrungen Allochthoner oftmals externale Zuschreibungen im Vordergrund stehen (vgl. Yildiz 2009a: 157). Daher postulierte Wacquant bereits Ende der 1990er-Jahre, dass Personen mit Migrationshintergrund „als Handelnde erkannt und näher beschrieben werden [sollten], sodass ihre Gewohnheiten und Lebensformen nicht nur als Derivate von Zwängen auftauchen, die sich ‚automatisch‘ an den strukturellen Bedingungen ‚ablesen‘ lassen, sondern als Produkt ihrer aktiven Auseinandersetzung mit den externen und internen sozialen Kräften, die ihre Welt durchkreuzen und formen.“ (Wacquant 1998: 203, zitiert nach Yildiz 2009a: 157)

In einem dritten Schritt wurden abschließend unter anderem integrationsförderliche und –hinderliche Faktoren aus den Einzelfällen extrahiert und mit der Literatur diskutiert.

3 Migration und Integration: Theorie

3.1 Migration

3.1.1 Migrationstheorien

Bereits im 18./19. Jahrhundert entstanden erste Migrationstheorien, die in der Folge ständig erweitert und fortgeschrieben sowie durch neuere Ansätze ergänzt wurden. Sowohl die klassischen als auch die neueren Theorien zielen darauf, sich auf gesellschaftlicher, juristischer, ökonomischer, politischer und psychologischer Ebene dem Phänomen der Migration und speziell ihren „Voraussetzungen, Formen und Folgewirkungen“ (Pries 2008: 6) zu nähern. So sollen mittels dieser Ansätze Antworten beispielsweise auf Fragen nach den Ursachen und Bedingungen von Migrationsprozessen, typischen Migrationsformen sowie möglichen Auswirkungen für die Quell- und die Zielländer gefunden werden (vgl. Pries 2008: 6). Nach Pries (2008: 6) stellen „[k]lassische und neuere Migrationsforschung [...] diesbezüglich als sich ergänzende und nicht als [sich] ausschließende Richtungen“ dar.

Das Spektrum an Migrationstheorien ist äußerst umfassend. Da im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht auf alle Ansätze eingegangen werden kann, erfolgt eine Fokussierung auf diejenigen, die sich auf Basis der Literaturlauswertung als die wichtigsten erwiesen haben. Zwecks Übersichtlichkeit wird im Folgenden zwischen klassischen und neueren Migrations-theorien differenziert.

3.1.1.1 Klassische Migrationstheorien

Entsprechend ihrer Entstehungszeit sind die klassischen Migrationstheorien in erster Linie strukturalistisch oder deterministisch angelegt und untersuchen überwiegend ökonomische Gegebenheiten des Wanderungsprozesses vor dem Hintergrund demographischer Faktoren (vgl. Düvell 2006: 79). Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit der klassischen Ansätze gründet in der Annahme der Uni- beziehungsweise Bidirektionalität von Wanderungen, wonach eine Wohnsitzverlagerung in der Regel einmal oder im Falle einer Rückwanderung maximal zweimal vollzogen wird (vgl. Pries 2001: 12). Unterschiede bestehen beispielsweise im Hinblick auf die Betrachtungsweise. So werden Wanderungen in den klassischen Theorien entweder als „Systemkategorie“ oder als „Individualkategorie“ (Bähr 2010: 252) aufgefasst, weshalb Haug (2000a: 1) eine Unterscheidung in Makro- und Mikroansätze vorschlägt.

Smith (1776) / Ravenstein (1885/1889)

Nach Düvell (2006: 79) haben die klassischen Theorien ihren Ursprung in Adam Smiths Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ von 1776, wo Smith Land- und Arbeitskräftemangel als Ursache für die Landflucht beschreibt. Andere Autoren (u.a. Bähr 2010: 252; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 1; Haug 2000a: 1; Pries 2008: 6) sehen hingegen in den von Ravenstein (1885/1889) erarbeiteten „The Laws of Migration“ den Ausgangspunkt klassischer Migrationstheorien. Diese basieren auf empirischen Untersuchungen, an-

hand derer Ravenstein aus makroanalytischer Sicht versuchte, statistische Gesetzmäßigkeiten abzuleiten, die sowohl die Richtung als auch die räumliche Distanz der Wanderungsbewegungen berücksichtigen (vgl. Bähr 2010: 252; Haug 2000a: 1; Pries 2008: 6). Neben der Typisierung der Wanderer in lokale Wanderer, Nah- und Fernwanderer, Etappenwanderer sowie temporäre Wanderer formulierte Ravenstein die folgenden sieben Gesetzmäßigkeiten (vgl. Bähr 2010: 247, 253; Haug 2000a: 1; Lee 1966: 48):

1. „a. Migration und Distanz: Migration nimmt mit zunehmender Distanz vom Herkunftsort ab.
b. Migranten, die über große Distanzen migrieren, ziehen in die jeweiligen ökonomischen Zentren.
2. Migration in Schritten:
a. Migration erfolgt als Strömung, jedes Teilchen bewegt sich eine Station weiter, derart bewegt sich Bevölkerung als [G]anzes in Richtung eines Gravitationszentrums.
b. Die Menschen im Umfeld von Städten ziehen in die Stadt, Menschen aus entfernten Gegenden ziehen nach und damit in das Umfeld von Städten.
3. Jeder Strom produziert eine kompensierende Gegenströmung.
4. Stadt-Landdifferenz der Migrationsneigung: Städter migrieren weniger wahrscheinlich als Landbewohner.
5. Vorherrschaft von Frauen in der Migration über kurze Distanzen.
6. Der Fortschritt der Transportmittel und generell der technologische Fortschritt resultiert in einer Zunahme der Migration.
7. Ökonomische Motive dominieren das Migrationsgeschehen.“ (Düvell 2006: 79)

Jedoch ist die Formulierung dieser Gesetzmäßigkeiten nicht unstrittig. So beanstanden Kritiker beispielsweise, dass diese universelle Gültigkeit beanspruchenden Aussagen lediglich auf einer einzelnen Fallstudie basieren, weshalb Ravenstein in ihren Augen keine allgemeingültigen Regelmäßigkeiten formulierte, sondern „spezifische Migrationsmuster in einem bestimmten Land und zu einer bestimmten Zeit“ (Düvell 2006: 89) ausmachte (vgl. Düvell 2006: 80).

Anderson (1955) / Dodd (1950) / Stewart (1942/1948) / Zipf (1946)

Eine Weiterführung fanden Ravensteins Gesetze in den „Distanz- und Gravitationsmodellen“ (Bähr 2010: 254), die, angelehnt an das Newtonsche Gravitationsgesetz, die Distanz zwischen Herkunfts- und Ankunftsland zum wesentlichen Erklärungsfaktor für Migrationsbewegungen machen (vgl. Bähr 2010: 253-254; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 2; Han 2010: 12; Haug 2000a: 1). Ähnlich der Theorie von Ravenstein handelt es sich allerdings auch bei den Distanz- und Gravitationsmodellen um eher „statistische Beobachtungen von beschränkter Allgemeinheit“ (Kalter 1997: 24, zitiert nach Haug 2000a: 10), denen nach Einschätzung von Haug (2000a: 10) eine empirische Sicherung fehlt. Darüber hinaus kritisiert sie als Eigenheit dieser Modelle „das logische Problem der Postulierung einer Symmetrie zwischen zwei Regionen“ (Haug 2000a: 10).

Lowry (1966)

Die Distanz- und Gravitationsmodelle erfuhren ihrerseits eine Erweiterung durch die „neoklassischen makroökonomischen Ansätze“ (Haug 2000a: 2), nach denen Disparitäten der Arbeitsmärkte Wanderungen auslösen können (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 2; Haug 2000a: 2). Zwar ermöglicht die neoklassische Makroökonomie konkrete Prognosen bezüglich des Wanderungsvolumens und der Entwicklung des Lohnniveaus, trotzdem werden auch bei diesem Ansatz Kritikpunkte deutlich. So kann die neoklassische Makroökonomie beispielsweise nicht hinreichend das komplexe und vielschichtige Phänomen der Migration erklären. Darüber hinaus fehlt ihr eine umfassende empirische Fundierung (vgl. Haug 2000a: 10).

Lee (1966)

1966 veröffentlichte Lee „A theory of migration“, worin zusätzlich zu dem Faktor „Distanz“ weitere Faktoren zur Beschreibung von Wanderungsbewegungen Berücksichtigung fanden (vgl. Bähr 2010: 257; Düvell 2006: 80). Lee integrierte in seinen Faktorenkatalog neben makroanalytische auch mikroanalytische Aspekte, wenn er einerseits auf das Herkunfts- sowie das Ankunftsland betreffende Faktoren und „intervenierende[n] Hindernisse[n]“ (Bähr 2010: 257) verweist, andererseits aber auch individuelle Faktoren aufnimmt (vgl. Bähr 2010: 257; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 3; Lee 1966: 50). Im Zentrum des Modells stehen „migrationsbegünstigende“ und „migrationshemmende“ Faktoren, die sich in Abhängigkeit der persönlichen Situation von Individuen als relevant oder aber irrelevant für die Migrationsentscheidung herausstellen können (vgl. Bähr 2010: 257; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 3; Lee 1966: 50). Erst ein subjektives Abwägen der verschiedenen Faktoren am Quell- oder Zielort führt zur endgültigen Entscheidung für oder gegen eine Migration (vgl. Haug 2000a: 8; Lee 1966: 51). Haug (2000a: 8) spricht in diesem Zusammenhang von einer „individualistische[n] Interpretation des Push-Pull-Paradigmas der Makroökonomie.“ Werden „unter den ‚Push-Faktoren‘ (Druckfaktoren) all die Faktoren des Herkunftsortes bzw. –landes der Migranten zusammengefasst, die diese zur Emigration [...] zwingen [...] [, werden u]nter den ‚Pull-Faktoren‘ (Sogfaktoren) [...] all die Faktoren des Aufnahmeortes bzw. –landes der Migranten [...] [verstanden], die diese zur Immigration [...] anreizen oder motivieren.“ (Han 2010: 12-13) Unberücksichtigt bleiben in dem Modell allerdings Mechanismen, die dem Abwägungsprozess und der Entscheidungsfindung zugrunde liegen, weshalb Haug (2000a: 14) unter Rückgriff auf Kalter (1997) den Ansatz als „relativ vage“ charakterisiert (vgl. Haug 2000a: 8). Ritchey (1976: 395) differenziert diesbezüglich drei Mechanismen: den „Kosten-Nutzen-Ansatz“, darunter fällt unter anderem auch das Konzept der Werterwartungstheorie, den „Stress-Anpassungs-Ansatz“ sowie den „Orientierungs-Modi-Ansatz“ (Haug 2000a: 8; vgl. Haug 2000a: 8-9). Demnach werden Migrationsentscheidungen nicht zwangsläufig aufgrund des erwartbaren Nutzens oder rationaler Vorteile getroffen, sondern hängen oftmals auch von sozialen und emotionalen Bezügen ab (vgl. Han 2010: 13).

Todaro (1969)

Im Unterschied dazu geht der Ansatz der „neoklassischen Ökonomie“ (Düvell 2006: 81) vom homo oeconomicus, einem rein ökonomisch rational denkenden und handelnden Individuum aus, das über vollständige Informationen verfügt und dessen Handeln unabhängig von jeglichen äußeren Restriktionen ist (vgl. Castles & Miller 2003: 24; Düvell 2006: 81). Aufgrund bestehender Disparitäten zwischen dem Quell- und dem Zielgebiet im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten und Lohnniveaus entscheidet sich der Akteur zum Zweck der „Optimierung [...] [seiner] Daseinsvorsorge“ (Pries 2008: 6) für eine Migration (vgl. Düvell 2006: 81). Entsprechend des Push- und Pull-Faktor-Modells wird durch diese Disparitäten ein „push/pull“-Kräftefeld“ (Pries 2008: 6) aufgespannt, in dessen Kontext die Migrationsentscheidung fällt. So kann beispielsweise das Arbeitskräfteüberangebot im Herkunftsgebiet als Push-Faktor wirken, die Aussicht auf Einkommenssteigerungen hingegen kann als möglicher Pull-Faktor fungieren (vgl. Pries 2001: 13). Aus den Wanderungen resultiert nach Einschätzung von Pries (2008: 6) sowohl „eine optimale Versorgung der Einzelnen mit Einkommen [...] [als auch] eine optimale Allokation des Produktionsfaktors Arbeitskraft nach den jeweiligen Knappheitsverhältnissen.“ Ein wesentlicher Kritikpunkt dieser Theorie, die Orientierung an „individuellen Marktakteuren“ (Pries 2008: 6) statt an „komplexen Gruppen- und Netzwerkstrukturen“ (Pries 2008: 6) führte im Jahr 1991 dazu, dass Oded Stark den Ansatz der „neoklassischen Ökonomie“ zur „neuen Ökonomie der Arbeitsmigration“ (Düvell 2006: 84) weiterentwickelte (vgl. Düvell 2006: 89; Pries 2001: 14-15).

Stark (1991)

Im Unterschied zur „neoklassischen Ökonomie“ stellen für die Theorie der „neuen Ökonomie der Arbeitsmigration“ nicht alleinig Disparitäten der Arbeitsmärkte und das individuelle Streben nach Gewinnmaximierung die rationalen Erklärungsansätze für Migrationsbewegungen dar (vgl. Pries 2001: 14; Stark 1991: 23). So wird unter anderem gefordert, die „monokausale Perspektive, wonach Migration allein auf Einkommensdifferentiale zurückzuführen ist, auf[zu]geben, zugunsten einer multi-kausalen Betrachtungsweise“ (Düvell 2006: 85). Des Weiteren wird die Migrationsentscheidung bei diesem Ansatz vor dem Hintergrund familiärer Kontexte, in die das Individuum eingebettet ist, analysiert. Dementsprechend steht nicht mehr das ökonomisch rational denkende und handelnde Individuum mit seiner persönlichen Entscheidung im Fokus der Betrachtung, sondern die dahinter liegenden Gruppen- sowie Netzwerkstrukturen und die damit verbundenen wechselseitigen Abhängigkeiten. Im Familienverband werden die kollektive ökonomische Situation analysiert sowie Chancen und Risiken abgewogen, um das familiäre Humankapital bestmöglich zu nutzen (vgl. Düvell 2006: 84-85; Haug 2000a: 7; Stark 1991: 25). Die Migration und damit einhergehend die Diversifizierung des Einkommens werden auf diese Weise zu Strategien, um Abhängigkeiten von lokalen, regionalen und nationalen Märkten zu reduzieren (vgl. Düvell 2006: 85-86; Haug 2000a: 14). Jedoch muss die kollektive Nutzenmaximierung nicht

zwangsläufig auch mit einem gesteigerten Nutzen für das Individuum verbunden sein, sie kann sogar im Widerspruch dazu stehen (vgl. Haug 2000a: 7). Ziel der familiären Konsultation ist damit eine gemeinsame Entscheidungsfindung, „die zwar den Einzelnen [...] [betrifft], sich aber auf das Kollektiv bezieh[t]“ (Düvell 2006: 85). Zusätzlich zu dem individuellen Akteur findet in diesem Ansatz auch der soziale Kontext Berücksichtigung, in den das Individuum eingebunden ist, was eine Stärke dieses Modells darstellt (vgl. Haug 2000a: 14). Allerdings ist die Theorie nach Einschätzung von Haug (2000a: 14) zu abstrakt, weshalb sie „den realen Gegebenheiten sozialer Zusammenhänge nicht in voller Weise gerecht wird.“

Sjaastad (1962)

Auch die „mikro-ökonomische Migrationstheorie“ (Düvell 2006: 83), die im Jahr 1962 von Sjaastad begründet wurde, richtet, dem Namen des Ansatzes entsprechend, den Blick auf die mikroanalytische Ebene. Ähnlich dem Ansatz der „neoklassischen Ökonomie“ ist auch hier das ökonomisch rational denkende und handelnde Individuum zentraler Akteur, während demographische und wirtschaftliche Kontextfaktoren eher in den Hintergrund rücken (vgl. Düvell 2006: 83). Damit ist die Migrationsentscheidung vor allem durch den Wunsch nach ökonomischer Gewinnmaximierung geprägt (vgl. Haug 2000a: 5). Gleichzeitig verfügt jedes Individuum über spezifisches Humankapital oder wie Düvell (2006: 83) es nennt, über „spezifische[...] individuelle[...] Charakteristika“, was ebenfalls in die Analyse einfließt (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 3; Haug 2000a: 5). Während in der Theorie ursprünglich in erster Linie die Aspekte „Lebensalter“, „Fähig- und Fertigkeiten“ (Ausbildung und Berufserfahrung), „Risikoverhalten“ und „Leistungsorientierung“ Berücksichtigung fanden, wurde das Charakteristikum „Fähig- und Fertigkeiten“ in den folgenden Jahren weiter ergänzt und präzisiert (vgl. Düvell 2006: 83). Auf diese Weise wurden zusätzlich zu den monetären auch nicht-monetäre Faktoren in den Ansatz integriert (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 3; Haug 2000a: 5). Haug (2000a: 5) sieht in der Migration eine „Investition in Humankapital [...], wonach Erträge im Erwerbsverlauf in Form langfristiger oder auch zukünftiger Einkommenssteigerungen erwartet werden.“ Dies verdeutlicht, dass die Akteure nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig nach günstigen Perspektiven streben (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 4; Düvell 2006: 83). Wird in erster Linie die Möglichkeit der Berücksichtigung der Selektivität von Wanderungen als Vorteil mikroökonomischer Ansätze gesehen, moniert Haug (2000a: 13) für die mikroökonomische Migrationstheorie eine fehlende Präzisierung hinsichtlich der Bedeutung „der Erträge spezifischer Formen von Humankapital“, was unter anderem eine Falsifikation des Modells erschwert. Darüber hinaus bemängeln Kritiker die oftmals reine Fokussierung auf monetäre Faktoren, wodurch andere Faktoren wie beispielsweise psychische oder soziale Kosten trotz ihrer anerkannten Relevanz keine Berücksichtigung finden (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: 4; Haug 2000a: 5, 13).

3.1.1.2 Neuere Migrationstheorien

Die zunehmende Globalisierung und Internationalisierung hat in den letzten Jahren zu Veränderungen im Migrationsgeschehen und damit letztlich auch zur Entwicklung neuer Migrationstheorien geführt (vgl. Pries 2008: 6). Eine grundlegende Neuerung dieser Ansätze bezieht sich auf das Migrationsverständnis. Statt der Annahme der Unibeziehungsweise Bidirektionalität und damit der relativen Endgültigkeit von Wanderungsbewegungen versuchen die neueren Theorien der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Migration in den vergangenen Jahren verstärkt zu temporären Aufenthalten und wiederkehrenden Wanderungen führt (vgl. Fassmann 2012: 66; Pries 2008: 4). Auch unterscheiden sich die neuen von den klassischen Migrationstheorien dadurch, dass nicht mehr nur ökonomische, sondern auch soziale Aspekte aufgegriffen werden (vgl. Düvell 2006: 93). Damit wird Migration zunehmend auch als „kontinuierliche[r] sozialer Prozess“ (Pries 2001: 32) verstanden, der durch vielfältige Ursachen ausgelöst und durch vorhandene soziale Strukturen bestimmt wird (vgl. Pries 2008: 6). Ein weiterer Unterschied besteht in der Analyseebene. Während die klassischen Ansätze die Mikro- oder Makroebene in den Blick nehmen, arbeiten die neueren Theorien auf der Mesoebene, indem sie auch solche Phänomene berücksichtigen, die weder der Mikro- noch der Makroebene eindeutig zugeordnet werden können (vgl. Pries 2001: 32). Auch betrachten die neueren Theorien nicht nur die Quell- oder Zielländer, sondern auch „Bewegungen und Sozialräume zwischen bzw. oberhalb der Herkunfts- und Ankunftsregion“ (Pries 2001: 32).

Espinosa und Massey (1997) / Portes und Sensenbrenner (1993)

Grundlage der Migrationsnetzwerktheorie ist die Annahme, dass es sich bei Migrationsprozessen meist nicht um „isolierte Einzelmigrationen“ (Bähr 2010: 264) handelt, sondern dass diese in spezifische soziale Kontexte, sogenannte „Migrationsnetzwerke“ (Düvell 2006: 102), eingebettet sind (vgl. Bähr 2010: 264). Diese Netzwerke bilden den Hauptgegenstand der Betrachtung (vgl. Haug 2000a: 19). Dabei handelt es sich um „ein[en] Satz inter-personeller Beziehungen, die Migranten, ehemalige Migranten und Nicht-Migranten in Herkunfts- und Zielgebieten mittels Verwandtschaft, Freundschaft und einer gemeinsamen Herkunft miteinander verbinden“ (Massey et al. 1998: 42, zitiert nach Düvell 2006: 102). Über diese Migrationsnetzwerke können beispielsweise Informationen bezüglich des Ziellandes ausgetauscht werden. Gleichzeitig stellen sie aber auch konkrete Unterstützungssysteme dar, die sowohl während des eigentlichen Migrationsprozesses als auch in der ersten Zeit im Ankunftsland unterstützend wirken können (vgl. Bähr 2010: 264). Damit senken sie für das Individuum die Kosten, das Risiko sowie die Unsicherheit, die im Regelfall mit einer Migration einhergehen und steigern den individuellen Nutzen von Migration (vgl. Castles et al. 2014: 40; Düvell 2006: 102). Da durch den Aufbau der Netzwerkstrukturen auch die Kosten einer mehrmaligen Wanderung gesenkt werden, wird die Möglichkeit zu wiederholten temporären Wohnsitzverlagerungen gegeben (vgl. Pries 2001: 35). Düvell (2006: 102) spricht von „Netzwerken [...] [als] eine[r] Form von akkumuliertem Sozialkapital“,

wobei er zwischen zwei unterschiedlichen Arten mit jeweils spezifischen Funktionen differenziert. Während die Netzwerke, auf die der potenzielle Zuwanderer bereits vor der Wohnsitzverlagerung zugreifen kann, in erster Linie für die eigentliche Migration hilfreich sind, fördern die Netzwerke, die im Zuge des Migrationsprozesses geknüpft wurden, eher die Eingliederung in die Ankunftsgesellschaft (vgl. Düvell 2006: 103-104). Auf diese Weise erhöhen bestehende Netzwerkstrukturen zum einen die Wahrscheinlichkeit der Migration und erleichtern zum anderen die Integration von Eingewanderten, woraus sich Netzwerkeffekte ergeben. Darüber hinaus lenken die Netzwerkstrukturen und die sich ergebenden Netzwerkeffekte Migrationsbewegungen gezielt auf bestimmte Destinationen, weshalb die Entscheidung für ein Zielgebiet im Sinne der Netzwerktheorie nicht frei, sondern vor dem Hintergrund bestehender Netzwerke getroffen wird (vgl. Düvell 2006: 102; Haug 2000a: 20). Neben Vorteilen bergen Migrationsnetzwerke allerdings auch Nachteile (vgl. Haug 2000a: 20). So können die Netzwerke beispielsweise für bestimmte Gruppen, darunter in erster Linie Personen, die von Benachteiligung und Marginalisierung betroffen sind, nicht die benötigte Unterstützung bieten oder die innerhalb des Netzwerks entstehende Konkurrenz kann soziale Benachteiligung erzeugen (vgl. Düvell 2006: 103). Ebenso kann der Informationsfluss einseitig und lückenhaft sein (vgl. Haug 2000a: 20). Kritisch betrachtet werden sollte außerdem der Aspekt, dass nicht alle empirischen Untersuchungen „die besondere Wirkung von Netzwerken [belegen und] [...] die Richtung des Einflusses der sozialen Netzwerke [...] nicht klar“ (Haug 2000a: 27) ist. Des Weiteren bemängelt Haug (2000a: 27) beispielsweise die aus ihrer Sicht „geringe[...] theoretische[...] Aussagekraft“ des Ansatzes, die auf Ebene des Individuums konkrete Aussagen hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Einbindung in soziale Netzwerke und der Bereitschaft zur Migration erschwert (vgl. Haug 2000a: 27). Unklar bleiben in ihren Augen auch die Bedingungen, wann „Migration im Vergleich zum Bleiben eine attraktive Alternative ist“ (Haug 2000a: 27) und welche „Interaktionseffekte mit individuellen ökonomischen Motiven und Restriktionen durch staatliche Regelungen zu erwarten sind“ (Haug 2000a: 27). Diesem letzten Punkt und der damit verbundenen Komplexität kann statt mit der Theorie der Migrationsnetzwerke eher mit dem Ansatz der „kumulativen Verursachung“ (Düvell 2006: 104) Rechnung getragen werden (vgl. Haug 2000a: 27-28).

Massey et al. (1998)

Ähnlich dem Konzept der Pfadabhängigkeit⁷ stellt auch die Theorie der kumulativen Verursachung einen Zusammenhang zwischen „vergangenen [...] [und] jetzige[n] Zustände[n]“ (Haug 2000a: 24) her (vgl. Haug 2000a: 24). Dementsprechend zielt der

⁷ Da die Theorie sowie der Begriff der Pfadabhängigkeit für diese Arbeit nicht zentral sind, wird im Folgenden nicht weiter darauf eingegangen. Eine ausführliche Diskussion zur Pfadabhängigkeit in den Sozial- sowie den Wirtschaftswissenschaften findet sich unter anderem bei Ackermann (2001), Beyer (2005), Hassink (2005), Henning, Stam und Wenting (2013), Holtmann (2008), Schreyögg, Sydow und Koch (2003) sowie Wetzel (2005).

Ansatz auf die Erklärung, weshalb Migration trotz geänderter, teilweise sogar verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere Migrationsprozesse hervorruft (vgl. Düvell 2006: 104; Haug 2000a: 25). Im Zuge empirischer Untersuchungen kamen Massey et al. im Jahr 1998 zu dem Ergebnis, dass Migration ab einer bestimmten Größenordnung im Ankunftsland zur Herausbildung herkunftsspezifischer Bedürfnisse führt, die ihrerseits eine Infrastruktur schaffen, die zusätzliche Migrationsbewegungen hervorruft (vgl. Castles et al. 2014: 44; Pries 2008: 6-7). Bestehende Migrationsnetzwerke reduzieren für weitere potenzielle Zuwanderer sowohl die materiellen als auch die immateriellen Kosten und erhöhen andererseits durch „Akkumulation von Migrationserfahrung“ (Düvell 2006: 105) die Wahrscheinlichkeit, sich zu einer Migration zu entscheiden (vgl. Düvell 2006: 104; Haug 2000a: 25). Gleichzeitig können neue soziale Netzwerke aufgebaut werden (vgl. Haug 2000a: 25). Auf diese Weise kann jede einzelne Migration wiederum in positiver Weise Einfluss auf die Rahmenbedingungen nehmen, denen zukünftige Migrationsentscheidungen zugrunde liegen (vgl. Pries 2001: 41). Pries (2008: 7) spricht in diesem Zusammenhang von einer „selbst erhaltende[n] und verstärkende[n] Wachstumsdynamik“ beziehungsweise einer „kumulative[n] Verursachung“, die losgelöst von den primären Migrationsursachen ist (vgl. Pries 2008: 7). Migration wird damit als „dynamischer kumulativer Prozess“ (Haug 2000a: 24) verstanden, der wie folgt charakterisiert werden kann:

1. „Migration hat ihren Ursprung in strukturellen Transformationen der Ausreise- und Einreisegesellschaften.
2. Migration führt oftmals zur Entwicklung einer Infrastruktur, die Massenwanderungen ermöglicht, was mit der Entstehung von sozialen Netzwerken und Kettenmigrationsprozessen zusammenhängt.
3. Wenn die Alternative der Migration allgemein zugänglich ist, wird sie oftmals als Überlebensstrategie von Familien verwendet, so dass Migration von Lebenslaufveränderungen abhängt, die die Abhängigkeitsrelationen im Haushalt betreffen.
4. [...] Migration ist meistens ein selbsterhaltender sozialer Prozess.
5. Die Selbsthaftigkeit einiger Migranten in der Aufnahmegesellschaft ist unausweichlich, egal wie temporär die Migrationsströme auch scheinen.
6. Migrationsnetzwerke werden durch einen fortdauernden Prozess der kurzfristigen oder endgültigen Rückwanderung aufrechterhalten.“ (Haug 2000a: 24-25)

Diese sechs Prinzipien verdeutlichen die Vielschichtigkeit, unter anderem ein Zusammenwirken individueller, kollektiver und struktureller Faktoren, die zur kumulativen Verursachung führen. Um dieser Vielschichtigkeit und Komplexität gerecht zu werden, sollten zur Erklärung von Migrationsprozessen alle beteiligten Ebenen sowie eine „intertemporale[...] Dimension“ (Haug 2000a: 25) Berücksichtigung finden (vgl. Haug 2000a: 25). Kritisch wird an diesem Ansatz unter anderem gesehen, dass die kumulative Verursachung der Migration noch nicht ausreichend belegt werden konnte (vgl. Haug 2000a: 29).

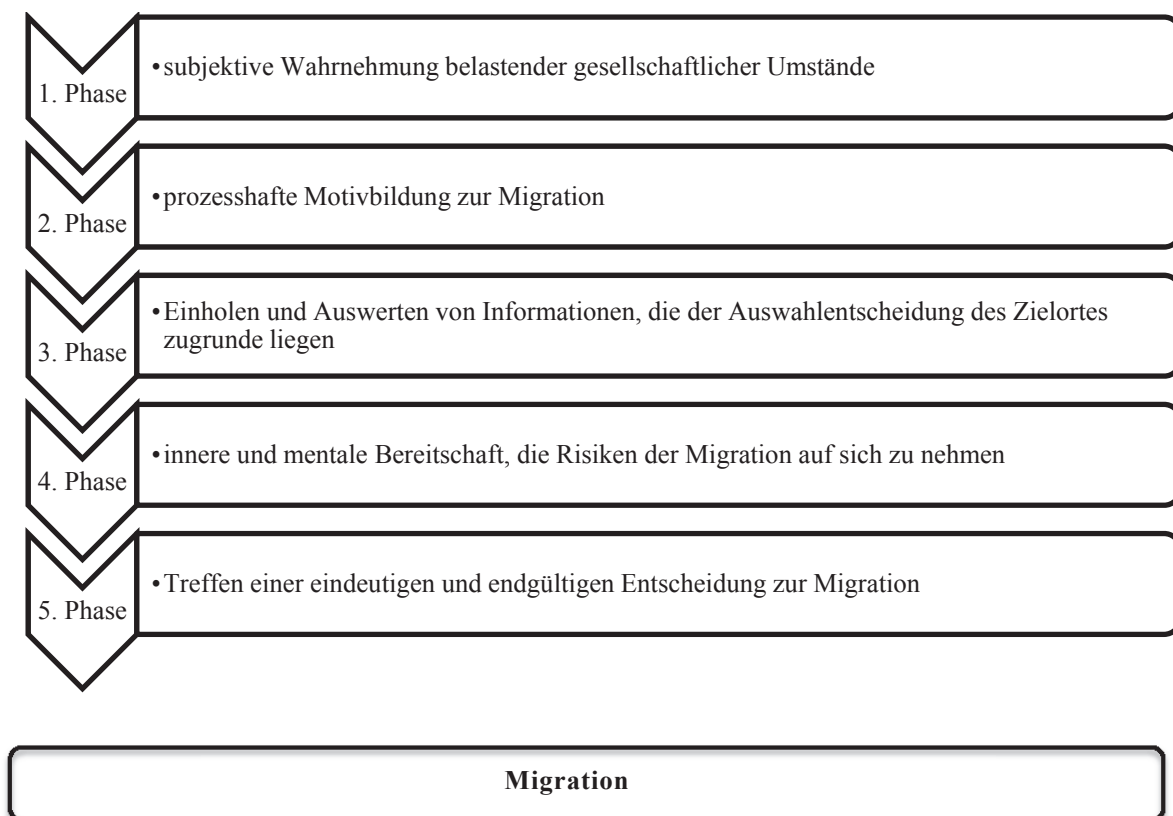
Sutton und Makiesky-Barrow (1987)

Der Theorie der „kumulativen Verursachung“ entsprechend, greift teilweise auch der Ansatz der „transnationalen Migration“ (Bähr 2010: 264) auf „Migrationstraditionen“ (Düvell 2006: 105) zurück. Bei der „transnationalen Migration“, die Haug (2000a: 16) als „Spezialfall von internationaler Migration“ beschreibt, handelt es sich um eine der aktuellsten Theorien sowie um die grundlegendste Weiterentwicklung der klassischen Ansätze, da statt von „einmalige[n] [...] oder zweimalige[n] [...] Wohnortwechsel [...] [von] wiederholte[n] zirkuläre[n] Wanderungsprozesse[n]“ (Pries 2008: 7) ausgegangen wird (vgl. Düvell 2006: 108). Diese finden mehrmalig im Lebenslauf der „Transmigranten“ (Haug 2000a: 16) statt und zeichnen sich durch Plurilokalität sowie Transnationalität aus, weshalb Pries (2001: 9) von „eine[r] moderne[n] Variante der nomadischen Lebensform“ spricht (vgl. Pries 2001: 49). Über „economic, political and social initiatives“ (Portes et al. 1999: 217), die den Aufbau sowie die Herausbildung grenzüberschreitender Verflechtungen fördern, können Transmigranten die Ankunfts- und die Herkunftsgesellschaften miteinander verknüpfen (vgl. Castles et al. 2014: 41; Haug 2000a: 16-17). Diese neuen, weder an soziale noch geographische Räume gebundenen und damit delokalisierten Realitäten erzeugen „transnationale Sozialräume“ (Pries 2008: 7), die Pries (2008: 7) „als dichte, institutionalisierte Verflechtungen von sozialen Praktiken [...], Artefakten [...] und symbolischen Repräsentationen [...] [definiert], die sich dauerhaft und grenzüberschreitend aufspannen“ (vgl. Haug 2000a: 17). Transnationale Migration und die damit verbundene Schaffung neuer Sozialräume können einerseits als Folge der fortschreitenden Globalisierung und andererseits aber auch als ihr Motor angesehen werden (vgl. Düvell 2006: 109). Auf Ebene der Individuen bewirkt die De- beziehungsweise Plurilokalisierung unter anderem veränderte gesellschaftliche Verortungen sowie neue Identitätskonzepte, die in besonderem Maße multipel sind und Eigenheiten sowohl des Quell- als auch des Zielgebiets miteinander kombinieren (vgl. Pries 2008: 8-9). Aus diesen Transformationen entsteht wiederum „etwas Eigene[s] und Neue[s]“ (Pries 2008: 9). Der transkulturelle Lebensalltag stellt einerseits gewisse Anforderungen an die Individuen, generiert gleichzeitig aber auch ein Lernumfeld, in dem die Transmigranten „spezifisches Humankapital“ (Düvell 2006: 109) wie beispielsweise Mehrsprachigkeit und Multikulturalität erwerben können (vgl. Düvell 2006: 109). Eine Stärke des Ansatzes liegt nach Einschätzung von Haug (2000a: 25) in der „Beschreibung empirischer Phänomene“, woraus sich eine Vielzahl weiterer Fragestellungen ableiten lässt. Kritisch beurteilt sie jedoch den Austausch der Begriffe „international“ durch „transnational“, da dafür ihrer Meinung nach nicht inhaltliche, sondern strategische Aspekte ausschlaggebend waren (vgl. Haug 2000a: 25-26). So ist die verwendete Terminologie Ausdruck „der Zugehörigkeit zu einem neuen Paradigma innerhalb der Migrationsforschung“ (Haug 2000a: 26).

3.1.2 Idealtypischer Ablauf individueller Migrationsentscheidungsprozesse

Im Unterschied zur erzwungenen Migration (s. Kap. 3.1.4), die aufgrund äußerer Umstände meist unvermittelt vollzogen wird, geht der freiwilligen Migration (s. Kap. 3.1.4) in der Regel ein intensiver Entscheidungsprozess voraus, der sich über einen längeren Zeitraum erstrecken kann (vgl. Han 2010: 198). Wohnortverlagerungen sind immer mit radikalen Umbrüchen und Neuerungen verbunden, weshalb Han (2010: 198) im übertragenden Sinne von einer „Entwurzelung“ spricht (vgl. Han 2010: 198). Auch Eisenstadt (1952: 225) greift auf diese Metapher zurück, wenn er Immigration als einen „process of physical transition from one society to another“ beschreibt, in dessen Rahmen die Individuen aus stabilen Sozialsystemen gerissen und in andere eingepflanzt werden (vgl. Eisenstadt 1952: 225). Das Bewusstsein der mit einer Migration einhergehenden Risiken, Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bildet im Regelfall die Grundlage eines individuellen Abwägungsprozesses, bei dem mögliche Chancen und Risiken sorgfältig einander gegenüber gestellt werden. Dieser Entscheidungsprozess setzt sich idealtypischer Weise aus fünf aufeinander folgenden Phasen (s. Abb. 6) zusammen (vgl. Han 2010: 198-199).

Abbildung 6: Idealtypischer Ablauf individueller Migrationsentscheidungsprozesse



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Han 2010: 198-205

In einer ersten Phase nimmt das Individuum „belastende[...] gesellschaftliche[...] Umstände“ (Han 2010: 1999) wahr, die beispielsweise ökonomischen, politischen und/oder sozialen Ursprungs sind und die subjektive Lebensqualität beeinträchtigen (vgl. Han 2010: 199; Kathmann et al. 2008: 113; Lundholm 2007: 15-16). Da die be-

lastenden Umstände meist die Makroebene betreffen, sind sie seitens der Individuen nicht beeinfluss- beziehungsweise veränderbar, was zu Unzufriedenheit führt (vgl. Han 2010: 199). Gleichzeitig können aber auch Berichte von bereits migrierten Personen oder auch Handlungsabsichten potenzieller Auswanderer für Unzulänglichkeiten im Land sensibilisieren, was wiederum Unzufriedenheit erzeugen kann (vgl. Kathmann et al. 2008: 112). Diese ruft erste Überlegungen über potenzielle Alternativen hervor und ist damit Ausgangspunkt des persönlichen „Problemlöseverhaltens“ (Han 2010: 200; vgl. Han 2010: 199-200).

Die zweite Phase zeichnet sich durch den Prozess der „Motivbildung zur Migration“ (Han 2010: 200) aus. Im Zuge dieser gedanklichen Beschäftigung kommt das Individuum schrittweise zu der Erkenntnis, dass Migration eine zweckmäßige Alternative zur jetzigen Lebenssituation darstellt (vgl. Han 2010: 200). Mit Bezug auf Wolpert (1965) ist die Migration nach Kley (2008: 123) immer dann eine sinnvolle Alternative, „wenn die Bedingungen zur Verwirklichung eigener Lebensziele und –wünsche subjektiv als andernorts besser eingeschätzt werden.“ Auch Han (2010: 2000) konstatiert, dass „niemand die Migration für sich anstrebt, wenn sie nicht als erfolgsversprechend eingestuft wird.“ Hinsichtlich der zugrunde liegenden Migrationsmotive differenziert Heineberg (2007: 84-85) in Rückgriff auf die Arbeit von Schwarz aus dem Jahr 1969 mit dem Titel „Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegungen“ zwischen „persönlichen“, „immateriellen“ und „materiellen“ Motiven, denen wiederum unterschiedliche Einzelmotive zugeordnet werden können. Zählen zu den persönlichen Motiven unter anderem der Wechsel des Familienstands, gesundheitliche Aspekte oder die Familienzusammenführung, stehen bei den immateriellen Motiven vor allem das Streben nach einer gesteigerten Wohnqualität und verbesserten Freizeitmöglichkeiten sowie der Wunsch nach einer attraktiven Landschaft im Vordergrund. Materielle Motive beruhen ausschließlich auf ökonomischen Aspekten wie beispielsweise bestehenden Lohndifferenzen oder Unterschieden bei den Ausbildungs- beziehungsweise Beschäftigungsmöglichkeiten (vgl. Heineberg 2007: 85). Häufig verfügt jedes Individuum über „ein ganzes Bündel von Beweggründen für die Wanderung“ (Heineberg 2007: 84), die oftmals unterschiedlichen Motivtypen zugeordnet werden können. Heineberg (2007: 85) spricht in diesem Zusammenhang von „Mehrfachmotivationen“. Diese sind jedoch äußerst individuell und hängen unter anderem von der jeweiligen Lebenssituation sowie bildungsbezogenen, demographischen und ökonomischen Persönlichkeitsmerkmalen ab (vgl. Heineberg 2007: 85; Kley 2008: 124; Lundholm 2007: 11-12).

In der dritten Phase steht die Informationssuche im Vordergrund, die Grundlage für die Auswahl einer potenziellen Zielregion ist (vgl. Han 2010: 202). Bei der Generierung von Informationen können die Individuen im Regelfall einerseits auf soziale Netzwerke und andererseits auf unterschiedliche Medien zurückgreifen, wodurch sie Zugang zu spezifischem, migrationsbezogenem Wissen erhalten. Positive Informationen über das Zielland sowie in besonderem Maße die Kombination aus guten Lebensbedingungen am Ziel- und schlechten Lebensbedingungen am jetzigen Aufenthaltsort

erhöhen die Attraktivität einer Migration (vgl. Kathmann et al. 2008: 112, 114). Wurden alle relevanten Informationen eingeholt, folgt ein Abgleich des eigenen Erwartungshorizonts mit den Angeboten sowie Möglichkeiten, die das Zielland zu bieten hat. Herrscht weitgehende Übereinstimmung, müsste sich das Individuum aus idealtypischer Sicht für einen Wohnortwechsel entscheiden. Jedoch ist dies in der Realität nur selten der Fall, da oftmals soziale Netzwerke die individuellen Entscheidungen beeinflussen, wodurch rationale Motive in den Hintergrund treten können (vgl. Han 2010: 202). Bereits vor der eigentlichen Informationssuche verfügt jeder Wanderungsinteressierte über eine „mental or cognitive map“ (Han 2010: 202) zum möglichen Zielort. Diese wird im Verlauf der Informationssuche und –auswertung weiter konkretisiert und präzisiert. Da die „mental -“ oder „cognitive maps“ in hohem Maße subjektiv sind, entsprechen sie häufig nicht der Wirklichkeit, was im Ankunftsland zu Frustrationen und Schwierigkeiten führen kann (vgl. Han 2010: 202).

Nach Abwägen der Risiken und Unsicherheiten einer Migration trifft das Individuum in der vierten Phase für sich persönlich eine vorläufige Migrationsentscheidung. Dabei spiegelt der Entschluss zugunsten einer Wohnsitzverlagerung die „innere[...] und mentale[...] Bereitschaft [wider], alle Risiken, die mit der Migration verbunden sind, auf sich zu nehmen und den Schritt in die Fremde zu wagen.“ (Han 2010: 203) Diese Bereitschaft ist Teil des langfristigen, persönlichen Entscheidungsprozesses und ergibt sich aus einer stetig wachsenden individuellen Erkenntnis. Jedoch ist diese Phase nicht bei allen Individuen Bestandteil des Migrationsentscheidungsprozesses. So kann es sein, dass die Migration in manchen Fällen nicht auf einem eigenen, bewussten Entschluss basiert, wie es oftmals bei Kindern und Jugendlichen der Fall ist, die wegen elterlicher Vorgaben den Wohnsitz wechseln. Allerdings spielt das Vorhandensein einer inneren Bereitschaft zur beziehungsweise die Bejahung der Migration bei dem späteren Integrationsprozess eine wesentliche Rolle (vgl. Han 2010: 203).

In der fünften Phase fällt das Individuum eingebettet in familiäre Strukturen und vor dem Hintergrund gemeinsamer Abwägungsprozesse die definitive Migrationsentscheidung (vgl. Han 2010: 203; Lundholm 2007: 14). Im Unterschied zu den vorherigen Phasen, die sich rein kognitiv mit der Migration auseinandersetzten, wird sie nun zu „einer in die Tat umzusetzenden Wirklichkeit“ (Han 2010: 203) und markiert damit den Abschluss der Vorbereitung und den Beginn des eigentlichen Wohnortwechsels (vgl. Han 2010: 203).

Da es sich hier um die Beschreibung eines idealtypischen Ablaufs individueller Migrationsentscheidungsprozesse handelt, kann in der Realität in unterschiedlichem Ausmaß davon abgewichen werden (vgl. Han 2010: 204).

3.1.3 Auswirkungen von Migration

Migrationsprozesse verursachen bedeutsame Veränderungen sowohl in den Quellen als auch in den Zielländern und bei Individuen. Diese Veränderungen sind äußerst vielschichtig. So betreffen sie einerseits demographische, gesellschaftliche und wirt-

schaftliche Bereiche, darunter beispielsweise den Arbeitsmarkt, das Steuer- und das soziale Sicherungssystem, aber auch soziale und kulturelle Aspekte wie Gesundheit, Integration sowie Sicherheit (vgl. Düvell 2006: 157). Andererseits beeinflussen sie in besonderem Maße die individuellen „sozialen und gesellschaftlichen Bezugssystem[e]“ (Han 2010: 205) der Wanderer.

Mit Blick auf die ökonomischen Konsequenzen kann Migration in den Ankunfts-ländern unter anderem zu Änderungen bei der Erzeugung und dem Konsum von Gütern sowie beim Steueraufkommen führen (vgl. Brücker 2013: 19; Düvell 2006: 181; Han 2006: 203; Pflugbeil 2005: 110). Außerdem kann der Zuzug Hochqualifizierter zu einer Diversifizierung bestehender beziehungsweise zu einer Initiierung neuer Arbeitsmöglichkeiten beitragen, so dass Innovation und Wachstum forciert werden (vgl. Brücker 2013: 19; Han 2006: 203; Straubhaar 2006: 236; Zimmermann 2012: 2). Von diesen positiven Entwicklungen können meist jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße profitieren, da beispielsweise durch die Migration Hochqualifizierter die örtlichen Beschäftigungsmöglichkeiten dieser Berufsgruppen verringert werden, aber gleichzeitig der Bedarf an Facharbeitern gesteigert wird. Dies wirkt sich ebenfalls auf das Lohnniveau aus. Während die Löhne der Hochqualifizierten sinken, erhöhen sich hingegen aufgrund der verstärkten Nachfrage die Löhne der Facharbeiter (vgl. Brücker 2013: 19; Han 2006: 203; Zimmermann 2012: 2). Nach Einschätzung von Zimmermann (2012: 3) geht die Immigration dennoch für den Großteil der Bevölkerung mit günstigen Lohnentwicklungen einher. Gleichzeitig können die Löhne durch Migrationsprozesse auf einem relativ konstanten Niveau gehalten werden, wodurch sich Inflations- und Zinsentwicklungen verlangsamen können (vgl. Düvell 2006: 181). Oftmals geht die Zuwanderung außerdem mit technischen Neuerungen einher, die sich in einem steigenden Bruttoinlandsprodukt sowie wachsenden Wohlfahrtsgewinnen niederschlagen (vgl. Brücker 2013: 19-20). Darüber hinaus können das Bruttosozialprodukt gesteigert und Absatzmärkte erweitert werden, was wiederum positiven Einfluss auf die Dynamik, die Lebensqualität und die Reichhaltigkeit der Zielregion haben kann (vgl. Düvell 2006: 181; Han 2006: 203). Mit Blick auf den öffentlichen Haushalt widerlegen empirische Studien die verbreitete Annahme, Immigration belaste die sozialen Sicherungssysteme. Im Gegenteil überkompensieren die Steuer- und Sozialabgaben der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit aufgrund ihres geringeren Alters die an diese Bevölkerungsgruppe getätigten Transferleistungen (vgl. Zimmermann 2012: 4). Zimmermann (2012) kommt im Rahmen seiner Analyse über die „Ökonomische[n] Ursachen und Folgen von Migration“ zu dem Ergebnis, „dass die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte generell klare ökonomische[...] Vorteile bringt.“ (Zimmermann 2012: 2) Auch Han (2006: 203) sieht „die Wirtschaft insgesamt als Gewinner“. Verglichen mit den Ankunfts- können auch die Herkunftsländer bedingt durch einen Rückgang an Arbeitskräften von einem Anstieg des Lohnniveaus profitieren (vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 18; Düvell 2006: 182). Allerdings muss häufig vorübergehend mit Produktionseinbußen

gerechnet werden, da die Produktion nicht direkt und spontan auf das veränderte Arbeitskräfteangebot reagieren kann. Auch wenn ein Mangel an Arbeitskräften nicht zwangsläufig eine Folge von Emigration sein muss, wird dennoch oftmals die Zusammensetzung der Beschäftigten verändert. So kann der Arbeitsmarkt zum Beispiel für Personen sozialer Gruppen geöffnet werden, denen vorher der Zugang verwehrt wurde (vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 18). Des Weiteren können sich modifizierte Marktnachfragen förderlich auf den Handel auswirken und damit auch in den Quellländern zu einer Steigerung des Bruttosozialprodukts führen. Zusätzlich können regelmäßige Rücküberweisungen die Wirtschaft beleben (vgl. Düvell 2006: 181-182). Abhängig vom Ausmaß der Abwanderung kann sich jedoch auch der Bedarf nach bestimmten Dienstleistungen und Gütern reduzieren, was sich unter anderem nachteilig auf das Lohnniveau sowie die Beschäftigungsrate auswirken kann (vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 18).

Die Emigration Hochqualifizierter wird in öffentlichen Diskursen häufig als ausschließlich vorteilhaft sowie gewinnbringend für die Zielländer (Brain Gain) und als ausnahmslos nachteilig sowie verlustbringend für die Quellländer (Brain Drain) dargestellt (vgl. Düvell 2006: 162; Luft 2008: 12). Basierend auf derartigen Vorstellungen können nach Luft (2008: 13) Pauschalisierungen entstehen, wonach die Migration Qualifizierter ein „Ausdruck des Ausbeutungsverhältnisses zwischen reichen Industriestaaten und armen Entwicklungsländern [sei] [...] [, was] das einseitige Abhängigkeitsverhältnis“ stärke. Gleichzeitig entwickelte sich in den vergangenen Jahren aber auch eine Sichtweise, die zusätzlich zu den Vorteilen der Zuwanderung Hochqualifizierter für die Ankunftsländer auch die für die Herkunftsländer entstehenden Vorteile in den Fokus rückt (vgl. Düvell 2006: 182). Auch diese Perspektive kann zu Generalisierungen führen, insofern, dass die „win-win-Situation“ (Luft 2008: 13) beispielsweise einen Ausgleich sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede zwischen Quell- und Zielland hervorruft (vgl. Luft 2008: 13). Luft (2008: 13) sensibilisiert daher für eine differenzierte Betrachtungsweise statt allgemeiner Pauschalisierungen. In den Herkunftsländern kommt es durch die Emigration einerseits zu einem Verlust hochqualifizierter Nachwuchskräfte, die zur Initiierung innovativer technischer, aber auch ökonomischer und sozialer Entwicklungen essentiell notwendig wären (vgl. Bartram et al. 2014: 24; Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 19; Luft 2008: 14). Damit kann der „Brain Drain“ nicht nur das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen, sondern auch die Funktionsweise wichtiger Institutionen sowie die Gewährleistung sozialer Dienstleistungen unter anderem in den Bereichen Bildung und Gesundheit gefährden (vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 19). Andererseits kann die Emigration entsprechend der „Beneficial Brain Drain Hypothesis“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20) auch für das Herkunftsland mit Vorteilen verbunden sein, was jedoch gewisse Voraussetzungen erfordert. So kann beispielsweise die Aussicht auf eine mög-

liche Migration das Streben nach zusätzlichem Wissenserwerb erhöhen. Unsicherheiten wie Quotenregelungen schränken die Ausreisemöglichkeiten hingegen ein, so dass die „Bildungsinvestitionen“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20) dem Quellland zugute kommen können (vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20). Nach Meinung von Langthaler (2008: 16) scheinen die „Bildungsanreize [...] [allerdings] sehr länderspezifisch“ zu sein. Darüber hinaus können aber auch weitere „Brain-Gain-Effekt[e]“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20) erzielt werden, wenn es zu einer „Brain Circulation“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20) oder einem „Brain Exchange“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20), also einem „Austausch und Transfer von Wissen“ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20) kommt. Zusätzliches im Ausland erworbenes Wissen oder auch Fähigkeiten können bei einer Rückkehr oder durch Einspeisung in transnationale Netzwerke dem Herkunftsland zur Verfügung gestellt werden, was neue Entwicklungen und Investitionen nach sich ziehen kann (vgl. Bartram et al. 2014: 24; Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH 2013: 20; Düvell 2006: 163; Luft 2008: 14).

Neben den ökonomischen Auswirkungen beeinflussen Migrationsprozesse beispielsweise auch den sozialen Wandel und gehen damit zusätzlich mit sozialen sowie demographischen Veränderungen einher (vgl. Düvell 2006: 164). Vor dem Hintergrund der Komplexität und Vielschichtigkeit dieses Einflusses spricht Düvell (2006: 164) sogar von der Migration als „eine[r] der stärksten Kräfte [des] sozialen Wandels.“ So kommt es im Zuge von Wanderungsbewegungen unter anderem zur Überschreitung politischer Grenzen, wodurch diese zunehmend überflüssig werden. Gleichzeitig steigt weltweit durch die Zuwanderung der Grad der Urbanisierung. Aber auch aus kultureller Sicht können Entwicklungs- und Veränderungsprozesse angestoßen werden, da „[d]ie Migration von Menschen [...] nicht zuletzt die Migration von Wissen, Erfahrung und Kultur“ (Düvell 2006: 164) ist (vgl. Düvell 2006: 164). Durch die Wanderungen werden darüber hinaus auch die Bevölkerungszusammensetzung, -entwicklung und -verteilung verändert. Da sich in erster Linie Jüngere für eine Migration entscheiden, profitieren vor allem alternde und schrumpfende Ankunftsländer von dem Zuzug. Zwar können die Alterungs- und Schrumpfungsprozesse häufig nicht mehr gänzlich gestoppt werden, allerdings werden sie auf diese Weise zumindest abgeschwächt (vgl. Brücker 2013: 28; Düvell 2006: 157). Umgekehrt kann die Abwanderung in dem Quellland beispielsweise zu einer zunehmenden Alterung sowie einer Abschwächung des natürlichen Bevölkerungswachstums führen, da speziell Personen im reproduktionsfähigen Alter das Land verlassen. Aber auch im Zielland wird das natürliche Bevölkerungswachstum meist nicht durch die Immigration gesteigert, was unter anderem auf die dortigen veränderten Lebensbedingungen zurückzuführen ist (vgl. Düvell 2006: 157). Die modifizierte Bevölkerungszusammensetzung kann ihrerseits die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Phänomene wie beispielsweise Rassismen gegenüber Personen

mit Migrationshintergrund fördern. Um derartigen Aus- beziehungsweise Abgrenzungstendenzen entgegenzuwirken und Allochthonen eine gleichberechtigte Teilhabe im Ankunftsland zu ermöglichen, spielen „komplexe Aufnahmeprozesse“ (Düvell 2006: 158) beispielsweise in Form von Integration eine wesentliche Rolle (vgl. Düvell 2006: 158, 160).

Auch auf Ebene des Individuums bewirkt der Migrationsprozess weitreichende Veränderungen, da „angestammte[...] und zugehörige[...] Bezugssystem[e verlassen] und [...] fremde[...] Bezugssystem[e]“ (Han 2010: 205) betreten werden (vgl. Reinprecht & Weiss 2012: 16). So kann das Verlassen bekannter Bezugssysteme zu einer „Entwurzelung“ (Han 2010: 205) beziehungsweise einem „Bruch mit der Herkunft“ (Han 2010: 205) führen, was oftmals psychisch belastend wirken kann (vgl. Han 2010: 205; Reinprecht & Weiss 2012: 16). Gleichzeitig ist der Eintritt in ein neues Bezugssystem eng mit dem „Prozess der Desozialisierung“ (Han 2010: 206) verbunden, in dem unter anderem sich angeeignete und tradierte Kenntnisse, Werte sowie Normen aber auch Verhaltensweisen ihre Bedeutung verlieren. So kann beispielsweise durch den Wechsel der Sprachgemeinschaft die Kommunikation mit der Herkunftsgesellschaft eingeschränkt werden, während gleichzeitig bedingt durch mangelnde oder fehlende Sprachkenntnisse der Austausch mit der Ankunfts-gesellschaft erschwert werden kann (vgl. Han 2010: 206, 209). Darüber hinaus können durch den Wechsel der Bezugssysteme Grundbedürfnisse wie der Wunsch nach Selbstverwirklichung ins Wanken zu geraten: Arbeitsplätze werden aufgegeben, soziale Beziehungen zurückgelassen, wodurch „[d]ie wichtigsten Stützen [...] soziale[r] Identität fehlen“ (Han 2010: 214; vgl. Han 2010: 213-214). Diese Veränderungen können vor allem in der ersten Zeit nach der Migration Isolation, Hilflosig- und Orientierungslosigkeit hervorrufen, was in Kombination mit der Entwurzelung „existenzielle Unsicherheit“ (Han 2010: 206), „zunehmende Entfremdung“ (Han 2010: 218) und „selbstgewählte Segregation“ (Han 2010: 218) auslösen kann. Antriebslosigkeit, Depressivität, Ideenlosigkeit und Zurückgezogenheit können unter anderem Ausdruck der Entfremdung sein (vgl. Han 2010: 206, 218). Um diese Phase schnellst möglich zu überwinden, „ist eine generelle Re-Orientierung in der neuen Lebensumwelt, der völlige Neubeginn im Sinne der Re-Sozialisierung, die umfassende Re-Definition sozialer Rollen und die grundlegende und mit den Anforderungen der neuen soziokulturellen Situation der Residenzgesellschaft [...] [kompatible] Transformation ihrer Identität und Existenz“ (Han 2006: 218) notwendig. Dieser komplexe Prozess ist meist bereits ein Teilstück der Integration, wobei Integration ihrerseits diesen wiederum voranbringt (s. Kap. 3.2).

3.1.4 Migration – Versuch einer Definition

Die Vielschichtigkeit des Begriffs „Migration“ hat zu einer Vielzahl von Definitionsversuchen geführt, die sich überwiegend in deskriptiver Form dem Begriff nähern. Eine allgemeingültige Definition fehlt ebenso wie eine „kohärente Theorie der Migration“ (Düvell 2006: 5; vgl. Düvell 2006: 5-6). Je nach Kontext ergeben sich laut Cast-

les (2000) politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Betrachtungsweisen, woraus verschiedene Definitionsansätze resultieren. Zusätzlich wird die Vergleichbarkeit dieser Definitionen häufig durch eigene nationalstaatliche Regelungen erschwert (vgl. Düvell 2006: 5-6).

Unstrittig ist im Rückgriff auf die Etymologie des Begriffes „Migration“ „das Charakteristikum des Reisens“ (Düvell 2006: 5). Diese sehr allgemeine Erklärung wird im Wörterbuch der Geographie bereits eingeschränkt, wenn von Migration als „Wanderung von menschlichen Individuen oder Gruppen mit dem Ergebnis eines nicht nur kurzfristigen Wohnsitzwechsels“ (Leser 2011: 564) die Rede ist. Dabei wird dort zwischen Emigration, Immigration und Permigration unterschieden (vgl. Leser 2011: 564). Dieser Definitionsansatz greift mit der Verlagerung des Wohnsitzes einen wesentlichen Teilaspekt von Migration auf. Durch die Hinzunahme der zeitlichen Dimension ist Migration mehr als nur ein Wechsel des Aufenthaltsortes (vgl. Düvell 2006: 5). Allerdings herrscht in der Literatur Uneinigkeit im Hinblick auf die Aufenthaltsdauer. So werden Wanderungsprozesse bereits mit einer Aufenthaltsdauer von einem Monat (Ouchu 1998), ab drei, sechs beziehungsweise zwölf Monaten oder aber erst bei dauerhaftem Aufenthalt mit dem Begriff „Migration“ belegt (vgl. Düvell 2006: 5, 7; United Nations 1998: 18). Eine weitere begriffliche Präzisierung wird beispielsweise von den United Nations vorgenommen, die zwischen temporärer Migration (Wohnortwechsel für die Dauer von mindestens drei bis weniger als zwölf Monaten) und Langzeit-Migration (Wohnortwechsel für eine Dauer von mindestens zwölf Monaten) unterscheiden (vgl. United Nations 1998: 18). Zusätzlich zu der zeitlichen beinhaltet der Aspekt der Wohnsitzverlagerung eine räumliche Dimension, die in der Überwindung bestimmter Distanzen besteht. Häufig ist damit auch die Überschreitung politischer, kultureller oder sprachlicher Grenzen verbunden (vgl. Düvell 2006: 5, 7). Nach der zurückgelegten Distanz hat Ravenstein bereits 1885/1889 eine Klassifizierung zwischen drei Hauptgruppen vorgenommen: „lokale Wanderer, [...] [die ihren] Wohnsitz innerhalb einer Gemeinde oder eines Bezirks wechsel[n] [...] [,] Nahwanderer, [...] [die] von einer Gemeinde (Bezirk) in eine benachbarte umzieh[en] [...] [und] Fernwanderer, [...] [die] eine größere Entfernung zurückleg[en]“ (Bähr 2010: 247). Im Zuge der Technisierung hat die Distanz als Unterscheidungskriterium an Bedeutung verloren, da Distanzen in der heutigen Zeit teilweise sehr rasch und ohne großen Aufwand überwunden werden können (vgl. Düvell 2006: 7). Mit Blick auf die Überschreitung politischer Grenzen wird zwischen „Binnenwanderung“ (interne Migration) und „Außenwanderung“ (internationale Migration) (u.a. Bähr 2010: 241; Fassmann 2012: 68; Han 2010: 7-8) differenziert. Während unter der Binnenwanderung die Verlagerung des Wohnsitzes innerhalb nationaler Gebietseinheiten verstanden wird, umfassen Außenwanderungen grenzüberschreitende Wohnsitzverlagerungen zwischen mindestens zwei Nationalstaaten (vgl. Han 2010: 7-8). Eine Unterkategorie der Binnenwanderung stellt die „regional migration“ (Hammar & Tamas 1997: 15) dar. Dazu zählen sowohl Wanderungen zwischen zwei Regionen innerhalb eines Nationalstaates als auch Wohn-

sitzverlagerungen innerhalb von Regionen verschiedener Staaten, die eine Staatengemeinschaft bilden. Je nach Definitionsansatz können somit Migrationsprozesse zwischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entweder als Außen- oder als Binnenwanderung klassifiziert werden (vgl. Hammar & Tamas 1997: 15). Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens spielt innerhalb der räumlichen Dimension auch die Wanderungsrichtung eine Rolle. Je nach Richtung wird von „Hinwanderung“, „zirkulärer Wanderung“, „multipler Wanderung“ oder „Rückwanderung“ (Hoerder, Lucassen & Lucassen 2008: 37) gesprochen.

Hinsichtlich der Migrationsentscheidung kann die Migration freiwillig erfolgen („berufsorientierte, wohnungsorientierte und familienorientierte Motive“ (Bähr 2010: 247)) oder unter anderem durch humanitäre, politische, ökologische, religiöse, soziale oder wirtschaftliche Gegebenheiten erzwungen sein (vgl. Düvell 2006: 9; Han 2010: 7; Reinprecht & Weiss 2012: 15). Migrationsbewegungen „sind in der Regel das Ergebnis eines Zusammenspiels von mehreren Ursachen [...], die oft so miteinander verwoben und vermengt“ (Han 2010: 7) sind, dass häufig die Grenze zwischen freiwilliger und erzwungener Migration nicht eindeutig erkennbar ist (vgl. Han 2010: 7).

Nach der Organisationsform differenzieren Reinprecht und Weiss (2012: 15) zum Beispiel zwischen „Anwerbemigration, Familiennachzug, irregulärer Migration“. Mit Blick auf die Organisation und die Zahl der beteiligten Personen sind neben der Kettenwanderung unter anderem auch „individuelle[...] Wanderung[en], Gruppen- oder Kollektivwanderungen sowie Massenwanderungen“ (Düvell 2006: 10) beschrieben.

In Tabelle 2 sind wichtige Typologien der Migrationen zusammengestellt, was die Vielschichtigkeit des Migrationsbegriffs verdeutlicht. Da die einzelnen Ausprägungen nicht immer eindeutig von einander abzugrenzen und teilweise miteinander kombinierbar sind, wird Migration in ihrer Komplexität sichtbar. So handelte es sich beispielsweise bei der Arbeitsmigration der 1950er- und 1960er-Jahre um eine angeworbene, mehrjährige Außenwanderung, die größere Personengruppen oftmals von ländlichen Räumen im Quellland in städtische Gebiete im Zielland führte und die wirtschaftlich motiviert war. Im Unterschied zu dieser freiwilligen, rein ökonomisch orientierten Migration handelt es sich bei Flucht oder Vertreibung um eine durch Krieg oder ideologische Gegebenheiten verursachte Außenwanderung, die teilweise zeitlich begrenzt ist und sich zu einer Massenwanderung entwickeln kann.

Tabelle 2: Typologie der Migrationen

Parameter	Ausprägungen				
<i>Dauer des Aufenthalts</i>	Saisonal	Mehrjährig	Arbeitsleben	Auf Lebenszeit	
<i>Distanz</i>	Kürzere (lokal)	Mittlere (meist regional)	Größere Entfernung (meist international, einschließlich kolonialer oder transozeanischer Migration)		
<i>Politische Bedingungen</i>	Binnenwanderung	Außenwanderung			
<i>Richtung</i>	Hinwanderung	Zirkulär	Multipel: in mehrere Richtungen oder wiederholt an den gleichen Orten	Rückwanderung	
<i>Motiv</i>	Erzwungen (zum Beispiel umweltbedingte Zwänge durch menschliche oder natürliche Umweltzerstörung)	Flucht / Vertreibung (überwiegend weltanschaulich orientiert und kriegsbedingt)	Wirtschaftlich (auch als „Verbesserungsmigration“ bezeichnet)	Kulturell (zum Beispiel Bildungsreisen, Umsiedlung im Rentenalter)	
<i>Organisationsformen (1)</i>	Anwerbemigration	Familiennachzug	Irreguläre Migration		
<i>Organisationsformen (2)</i>	Individuelle Wanderung	Gruppen- oder Kollektivwanderung	Massenwanderung	Kettenwanderung	
<i>Sozioökonomischer Raum</i>	Ländlich-ländlich (zum Beispiel der Ausbau der Landwirtschaft nach 1500, insbesondere in Osteuropa)	Ländlich-städtisch (Urbanisierung, die am besten bekannte Migrationsform in der europäischen Geschichte)	Städtisch-ländlich (zum Beispiel Amenity Migration)	Städtisch-städtisch	Kolonial (Siedler, Händler, Soldaten, Seeleute)

Parameter	Ausprägungen				
<i>Wirtschaftlicher Sektor</i>	Agrarisch (Siedler oder Bauern)	Gewerblich-industriell (Arbeit, einschließlich Wanderungen von Gesellen)	Dienstleistungssektor (Dienstleistende, Pflegepersonal, Soldaten, Seeleute, Händler und Verwaltungsangestellte)	Elite (Beamte, freie Berufe und Geschäftsleute)	

Quelle: Hoerder, D., Lucassen, J. & Lucassen, L. 2008: 37 (Eigene Ergänzungen)

Ungeachtet der eigentlichen Komplexität des Migrationsbegriffs spricht das Bundesministerium des Innern (2015: 10) sehr allgemein von einem Migrationsprozess, wenn „eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt, von internationaler Migration, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.“ Dabei gilt als alleiniges Kriterium die Verlagerung des Wohnsitzes in eine andere politische Gebietseinheit, unabhängig beispielsweise von der Aufenthaltsdauer und dem zugrunde liegenden Motiv (vgl. Han 2010: 6). Dies trifft sowohl auf Personen deutscher als auch ausländischer Staatsangehörigkeit zu. Daher ist es irreführend, wenn zur Charakterisierung von Zuwanderergruppen alleinig das Kriterium der „ausländischen Staatsangehörigkeit“ herangezogen wird. Wird auf diese Charakterisierung zurückgegriffen, werden die Begriffe „Migrant“ und „Ausländer“ zu Synonymen. Allerdings muss in der Realität ein „Migrant“ nicht zwangsläufig ausländischer Staatsbürger sein und ein „Ausländer“ nicht unbedingt über eine persönliche Migrationserfahrung verfügen (vgl. Haase & Jugl 2008; Nienaber & Roos 2012a). Deshalb wurde 2005 in Deutschland das Unterscheidungskriterium „Personen mit und ohne Migrationshintergrund“ eingeführt. Außerdem ist zu beachten, dass ein „Migrant“ nach Fassmann (2012: 69) nur während des physischen Migrationsprozesses als solcher bezeichnet werden kann, da er nach seiner Wohnsitzverlagerung in das Ankunftsland als „Teil der [dortigen] Wohnbevölkerung“ (Fassmann 2012: 69) anzusehen ist. Daher erscheint es auch aus diesem Grund sinnvoll, statt von „Migranten“ von „Personen mit Migrationshintergrund“ zu sprechen. Das Merkmal „Personen mit Migrationshintergrund“ findet jedoch erst allmählich Eingang in die amtlichen Statistiken, die bis heute immer noch häufig das Merkmal „ausländische Staatsangehörigkeit“ zugrunde legen, was zu unterschiedlichen Datenlagen führt.

Wenn in der vorliegenden Arbeit von „Migration“ die Rede ist, so wird der Begriff in Anlehnung an Han (2010: 7) zunächst als Prozess verstanden, „der, beginnend von der Vorbereitung über den faktischen Verlauf bis hin zu einem vorläufigen Abschluss, in einem langen zeitlichen Kontinuum stattfindet.“ Darüber hinaus versteht sich der hier verwendete Migrationsbegriff in erster Linie als Außenwanderung über nationale Grenzen hinweg, unabhängig davon, ob es sich um Grenzen von Einzelstaaten oder Staatengemeinschaften handelt, und orientiert sich im Wesentlichen an den von den United Nations (1998) festgelegten Kriterien zur Beschreibung eines „Long-term international migrant“: „A person who moves to a country other than that of his or her usual residence for a period of at least a year (12 months), so

that the country of destination effectively becomes his or her new country of usual residence.“ (United Nations 1998: 18) Dementsprechend wäre in dieser Arbeit internationale Migration ein Prozess, in dessen Verlauf eine freiwillige oder erzwungene mindestens einjährige Wohnsitzverlagerung über nationale Grenzen hinweg stattfindet und der nach der „äußeren physischen Migration“ (Han 2010: 7) mit der „inneren psychosozialen Migration“ (Han 2010: 7) seinen Abschluss findet.

3.2 Integration

3.2.1 Integrationstheorien

Entstanden die ersten Migrationstheorien bereits im 18./19. Jahrhundert als Folge von verstärkter Einwanderung in die Vereinigten Staaten, gehen die ersten Integrationstheorien auf das 20. Jahrhundert zurück. So versuchte die Chicagoer Schule erstmals die Gesetzmäßigkeiten und gesellschaftlichen Folgen der Migration im und für das Ankunftsland wissenschaftlich zu erfassen (vgl. Farwick 2009: 25). Damit rückte die Integration in ihren räumlichen und zeitlichen Bezügen in den Mittelpunkt der Betrachtungen (vgl. Scheller 2015: 39). So wurde unter anderem nach typischen Verläufen sowie Ursachen für gelungene und misslungene Integration gesucht (vgl. Gestring 2014: 79).

Auch hinsichtlich der Integrationstheorien kann im Rahmen dieser Arbeit nicht auf alle Konzepte eingegangen werden, weshalb sich auf jene Ansätze konzentriert wird, die sich im Hinblick auf die zu bearbeitende Fragestellung als besonders relevant erwiesen haben. Dabei finden unter anderem auch Ausführungen zur Assimilation Berücksichtigung, da diese einerseits den Ursprung der Integrationstheorien bilden und andererseits eine Überlappung zwischen den Konzepten „Assimilation“ und „Integration“ besteht (vgl. Bartram et al. 2014: 84). Ein Verzicht auf die Betrachtung von Assimilation würde somit ein „Verlust an grundlegender Theorie zur Integrationsproblematik“ (Scheller 2015: 38) bedeuten.

3.2.1.1 Theorien der Assimilation

Park und Burgess (1921)

Als einer der ersten Ansätze formulierten 1921 Park und Burgess, zwei Vertreter der Chicagoer Schule, die „Assimilationstheorie“ (vgl. Scheller 2015: 39). Grundlage dieses Konzepts bildet die Annahme, wonach der Eingliederungsprozess aus einzelnen, aufeinander aufbauenden Phasen besteht, in „dessen letzter [...] [Phase] jegliche Fremdheit aufgehoben ist“ (Gestring 2014: 79). Scheller (2015: 39) spricht von der Herausbildung einer „Gemeinschaftskultur“, die sich entsprechend der Vorstellungen der Ideologie eines „Melting-Pot“ jedoch erst durch das Verschmelzen unterschiedlicher Kulturen und der damit einhergehenden Erzeugung von etwas „Neuem“ ergibt (vgl. Gestring 2014: 79). Somit wird nicht von kultureller Homogenität der Ankunfts-gesellschaft ausgegangen, sondern diese wird als Ergebnis eines unumgänglichen wechselseitigen „Vermischungsprozesses“ (Gestring 2014: 79) betrachtet. Park und

Burgess (1970: 360) bezeichnen diese Vermischung als „Assimilation“, worunter sie „a process of interpenetration and fusion [verstehen] in which persons and groups acquire the memories, sentiments, and attitudes of other persons or groups, and, by sharing their experience and history, are incorporated with them in a common cultural life.“ Folglich geht die Theorie von einer „nahezu vollständigen Assimilation der Einwanderer“ (Farwick 2009: 26) sowie einer „vollständigen Aufgabe der eigenen Kultur“ (Scheller 2014: 39) aus. Gleichzeitig ist allerdings auch die Ankunftsgesellschaft in diesen Anpassungsprozess mit eingebunden, indem sie ihrerseits auf migrationsbedingte Veränderungen reagieren muss (vgl. Gestring 2014: 79; West 2013: 200).

Mit Blick auf den Verlauf dieses Angleichungsprozesses formulierte Park 1926 in seiner Veröffentlichung „Our Racial Frontier on the Pacific“ ein idealtypisches Ablaufschema, den sogenannten „race relations cycle“ (Park 1964a: 150). Dieser besteht aus unterschiedlichen Phasen, die nach Einschätzung von Park (1964a: 150) fortlaufend und irreversibel aufeinander folgen. Auch könne der Prozess niemals umgekehrt oder ganz gestoppt werden, wobei spezifische Vorschriften, Beschränkungen oder Barrieren ihn allerdings verlangsamen oder ihn temporär zum Stillstand bringen können (vgl. Park 1964a: 150). Idealtypischerweise setzt sich der „race relations cycle“ aus den Phasen „Kontakt“, „Wettbewerb/Konflikt“, „Akkommodation“ und „Assimilation“ zusammen (vgl. Park 1964a: 150; Park & Burgess 1970: 187). Während es in der ersten Phase zu „friedlich[en] und klärend[en]“ (Farwick 2009: 27) Intergruppenkontakten zwischen Allochthonen und Autochthonen kommt, die als Anfangsphase der Interaktion sowie als Vorbereitung für spätere Phasen gesehen werden können, wird die zweite Phase durch einen Wettbewerb auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bestimmt (vgl. Farwick 2009: 27; Fassmann 2012: 80; Gestring 2014: 80; Park & Burgess 1970: 121). Nach Park und Burgess (1970: 187, 236) handelt es sich bei dem Wettbewerb um einen Kampf zwischen Individuen und Gruppen, wobei diese nicht im direkten sozialen Kontakt zueinander stehen. Kommt es allerdings zu Kontakt, in dessen Folge sich die beteiligten Personen als Konkurrenten oder Feinde identifizieren, schlägt der Wettbewerb in einen Konflikt um (vgl. Park & Burgess 1970: 187). Die Existenz eines Konflikts kann sich unter anderem in Diskriminierungstendenzen, Feindseligkeiten und/oder Segregation zeigen (vgl. Farwick 2009: 27; Gestring 2014: 80). Im Unterschied zum Wettbewerb, dessen Ergebnis die „position of the individual in the community“ (Park & Burgess 1970: 236) ist, bestimmt der Konflikt den „place in society“ (Park & Burgess 1970: 236). Als Reaktion auf die Phase des Wettbewerbs beziehungsweise des Konflikts setzen Anpassungs- oder Lernprozesse ein, die die dritte Phase des „race relations cycles“ charakterisieren (vgl. Park & Burgess 1970: 304). Park und Burgess (1970: 360) definieren Akkommodation als einen „process of adjustment, that is, an organization of social relations and attitudes to prevent or to reduce conflict, to control competition, and to maintain a basis of security in the social order for persons and groups of divergent interests and types to carry on together their varied life-activities.“ Damit kann diese Phase für das Individuum beispielsweise mit einem

Statusgewinn und einem Zuwachs an sozialer Mobilität einhergehen, was zu einer Abnahme der Segregation führen kann (vgl. Fassmann 2012: 81). Mit einer vollständigen Durchdringung und Verschmelzung der allochthonen und autochthonen Bevölkerung ist nach Park (1964a: 150) in der vierten Phase, der Phase der Assimilation, zu rechnen. Allerdings trete diese Phase häufig erst nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer ein, weshalb Park und Burgess (1970: 365) das Erreichen dieser Phase erst für Angehörige der zweiten Generation als realistisch einschätzen. Die Assimilation kann damit nach dem schrittweisen Durchlaufen der einzelnen Phasen das irreversible „final perfect product“ (Park & Burgess 1970: 361) bilden. Dass der Durchlauf des „race relations cycles“ nicht automatisch zur Assimilation führen muss, macht Park (1964a: 150; 1964b: 194) jedoch auf unterschiedliche Weisen deutlich. So stellt die Assimilation für ihn im Rahmen des Ablaufschemas nicht zwangsläufig die vierte Phase dar: „The race relations cycle [...] takes the form [...] of contacts, competition, accomodation and eventual assimilation“ (Park 1964a: 150). Vielmehr ist sie eine der folgenden drei möglichen Eingliederungsvarianten: der ethnischen Schichtung, der vollständigen Assimilation oder der Herausbildung einer dauerhaften ethnischen Minderheit (vgl. Park 1964b: 194; Scheller 2015: 40).

Hat dieser Ansatz einerseits wichtige Impulse für die weiteren migrationssoziologischen Entwicklungen geliefert, so wurde unter anderem durch diese Theorie erstmalig die „Zeitdimension in einen Integrationsprozess“ (Fassmann 2012: 81-82) eingeführt, wird er andererseits auch heftig kritisiert (vgl. Han 2006: 9). Ein grundlegender Kritikpunkt bezieht sich auf die Unvermeidbarkeit und Unumkehrbarkeit des Angleichungsprozesses (vgl. Farwick 2009: 27; Fassmann 2012: 81). So ist diese Annahme empirisch nicht haltbar, da „sich die interethnischen Beziehungen keineswegs immer progressiv in Richtung Assimilation entwickeln müssen.“ (Han 2006: 9) Im Gegensatz dazu ist der Prozess in der Realität häufig von Rückschritten und Unterbrechungen geprägt. Darüber hinaus finden möglicherweise auftretende Schwierigkeiten wie beispielsweise die Entstehung von Konflikten, die den Assimilationsprozess verlangsamen oder stoppen können, nahezu keine Berücksichtigung (vgl. Han 2006: 9-10). Unter anderem bleibt auch „die amerikanische Gesellschaft als die Zielgesellschaft [...] der Assimilation der Immigranten unbestimmt und undefiniert“ (Han 2006: 10).

Eine Weiterentwicklung erlebte der „race relations cycle“ im Jahr 1930 durch Bogardus, der die ursprünglichen vier Phasen modifizierte und sie um weitere drei ergänzte, wodurch verstärkt auch die autochthone Bevölkerung im Eingliederungsprozess Berücksichtigung fand (vgl. Farwick 2009: 28). Demnach durchlaufen die Individuen im Rahmen ihrer Eingliederung die folgenden sieben Phasen: „Neugierde, ökonomische Aufnahmebereitschaft, ökonomischer und sozialer Widerstand, gesetzlicher Widerstand, Tendenzen der Akzeptanz und des Fairplay, Beruhigung, Probleme der zweiten Generation“ (Bogardus 1930: 613-617, übersetzt nach Farwick 2009: 28). Aber auch der erweiterte „race relations cycle“ ruft Kritik hervor. So kritisiert bei-

spielsweise Farwick (2009: 28) das hohe Maß der Spezifizierung sowie die geringe theoretische Verankerung, was die Allgemeingültigkeit des Modells beeinträchtigt.

Taft (1953/1957)

Ähnlich dem Ansatz von Park und Burgess ist die vollständige Assimilation auch in der Theorie von Taft (1953) nur eine von drei möglichen Formen, die am Ende des Eingliederungsprozesses stehen können. So differenziert er zwischen der „monistischen Assimilation“ (Taft 1953: 45), der „pluralistischen Assimilation“ (Taft 1953: 46) sowie der interaktionistischen Assimilation (vgl. Taft 1953: 45-46, 48).

Entsprechend Tafts Verständnis von Monismus, wonach „immigrants should attempt to be absorbed culturally and socially as quickly as possible into the native group, so that they will become indistinguishable from them“ (Taft 1963: 279) definiert Taft (1953: 45) die monistische Assimilation als das „Schlucken“ der Allochthonen durch die Autochthonen. Da diese Form der Assimilation mit einem Verlust der ursprünglichen Identität und der Übernahme neuer Standards und Wertvorstellungen verbunden ist, kommt sie nach Einschätzung Schellers (2015: 40) dem von Park und Burgess geprägten Verständnis einer vollständigen Assimilation am nächsten. Allerdings müssen, so Taft (1953: 46), spezifische Voraussetzungen erfüllt sein, damit es überhaupt zu einer monistischen Assimilation kommen kann. Dazu zählt „an evaluation of cultures in a hierarchical order“ (Taft 1953: 46). Außerdem kann der Assimilationsprozess durch das Erleben von Diskriminierung und Vorurteilen gehemmt werden, da Diskriminierungserfahrungen auf Seiten der allochthonen Bevölkerung mit einer Abwendung von der Assimilation einhergehen können (vgl. Taft 1953: 46).

Im Gegensatz zum Monismus beinhaltet der Pluralismus nach Taft (1963: 279) „that beyond the acceptance of supra-ordinate national values essential to the nation's existence there need be no agreement between immigrants and native citizens excepting that their cultural differences be mutually tolerated and preserved.“ Vor diesem Hintergrund geht die pluralistische Assimilation davon aus, dass mindestens zwei Gruppen trotz kultureller Unterschiede Teil einer Gemeinschaft werden können, wenn Akzeptanz und Toleranz hinsichtlich bestehender Gruppenunterschiede die Basis bilden (vgl. Taft 1953: 46). Damit tritt die klassische Bedeutung von Assimilation bei dieser Form in den Hintergrund. Während bei der monistischen Assimilation in erster Linie Diskriminierung und Vorurteile für das Scheitern verantwortlich waren, hängt der Erfolg in diesem Fall von der Permanenz einer beidseitigen Übereinkunft bezüglich der Erhaltung und der Toleranz von Unterschieden ab (vgl. Taft 1953: 46-47).

Existiert diese Übereinkunft hingegen nicht, spricht Taft (1953: 47) von Interaktionismus, der „mutual tolerance of cultural differences with the expectation that social interaction between immigrants and native citizens will lead to the gradual convergence of behaviour and shared norms“ (Taft 1963: 279) impliziert. Im Rahmen der interaktionistischen Assimilation nähern sich verschiedene Bevölkerungsgruppen aufgrund vielfältiger sozialer Beziehungen an einen neuen gesellschaftlichen Bezugsrah-

men an, der sich aus der Verbindung der unterschiedlichen Bezugsrahmen der beteiligten Gruppen ergibt. Damit steht nicht die Positionierung von Zugezogenen beziehungsweise die Angleichung von Zugangschancen im Zentrum dieser Form, sondern vielmehr die Generierung neuer, gemeinsamer Referenzsysteme (vgl. Scheller 2015: 40; Taft 1953: 51-52).

In der Veröffentlichung „A Psychological Model for the Study of Social Assimilation“ geht Taft (1957: 141, 144) noch tiefergehend auf den Ablauf von monistischen Assimilationsprozessen ein und untergliedert diese in die sieben Phasen: „(1) kulturelles Lernen, (2) Entwicklung einer positiven Einstellung zur Aufnahmegesellschaft, (3) Entwicklung einer negativen Einstellung zur Herkunftsgesellschaft, (4) Akkomodation, (5) soziale Akzeptanz durch die Aufnahmegesellschaft, (6) Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft und (7) Einverständnis mit den Werten und Normen der Aufnahmegesellschaft.“ (Pries 2009: 101) Während sich die Individuen in der ersten Phase mit spezifischen ankunftslandbezogenen Fähigkeiten und Kenntnissen vertraut machen, wird die zweite Phase von Intergruppenkontakten zwischen allochthoner und autochthoner Bevölkerung geprägt, die einerseits positive Emotionen gegenüber dem Zielland, aber andererseits auch Missverständnisse bewirken können (vgl. Grote 2011: 10). Die Entwicklung positiver Einstellungen geht in der dritten Phase mit einer verstärkten Hinwendung zur Ankunfts- und einer Abkehr von der Herkunftsgesellschaft einher. Durch die äußerliche Anpassung werden in der vierten Phase bereits bestimmte erstrebenswerte Rollen übernommen, wobei eine innere Anpassung in Form der Identifikation jedoch noch ausbleibt. In der fünften Phase erfahren die Individuen von Seiten der Autochthonen zunehmend Akzeptanz, was sich positiv auf den Vertrautheitsgrad und damit die Identifikation auswirkt. Die sechste Phase wird dementsprechend von der Aufnahme der Individuen in die Ankunfts-gesellschaft sowie den Aufbau neuer, auf das Ankunftsland bezogener Identitätszuschreibungen charakterisiert. Das Einverständnis mit den im Zielland geltenden Werten und Normen entwickeln die Individuen in der siebten Phase (vgl. Grote 2011: 10-11). Während einige Phasen in enger Beziehung zueinander stehen, kommt Taft (1957: 151) im Rahmen seiner Untersuchungen allerdings auch zu dem Ergebnis, dass zwischen anderen kein Zusammenhang besteht. Taft (1957: 152) beurteilt deshalb einen Ablauf, der mit der Akkomodation beginnt und der Identifikation beziehungsweise der Annäherung an bestehende Normen endet, als „optimum sequence for the assimilation of an immigrant in a democratic country“ (Taft 1957: 152).

Negativ gesehen werden an dieser Theorie zum Beispiel, dass dieser Ansatz keine vollständigen Erklärungsmöglichkeiten der Wirkweise bietet und Einflussmöglichkeiten der Ankunfts-gesellschaft auf den Prozess der Assimilation zu wenig Beachtung finden (vgl. Grote 2011: 11).

Gordon (1964)

Im Unterschied zur Theorie der Assimilation von Park und Burgess, in der einerseits zwar eine Bestimmung des Begriffs „Assimilation“ vorgenommen, andererseits jedoch die „Zielgesellschaft der Assimilation“ (Han 2010: 6) nicht näher beschrieben wird, findet in dem Ansatz von Gordon (1964) die amerikanische Gesellschaft als „core society“ (Gordon 1964: 74) Berücksichtigung. Mit Hilfe einer Analyse der drei vorherrschenden Konzepte der Assimilation, der „Anglo-Conformity“ (Gordon 1964: 84), des „Melting Pot[s]“ (Gordon 1964: 115) und des „Cultural Pluralism“ (Gordon 1964: 132), wird die „soziale[...] und ethnische[...] Strukturierung der USA“ (Gestring 2014: 80-81) bestimmt, worauf die weiteren theoretischen Annahmen beruhen (vgl. Gestring 2014: 80-81; Han 2006: 10).

Auch Gordon (1964: 70-71) konzeptualisiert die Assimilation als mehrdimensionalen Prozess, den er in sieben Stufen oder Unterprozesse unterteilt. Jedoch können das Ausmaß oder die Intensität, mit der die einzelnen Stufen durchlaufen werden, je nach Stufe voneinander abweichen (vgl. Gordon 1964: 71).

Die erste Stufe, die „[c]ultural or [b]ehavioral assimilation“ (Gordon 1964: 71), umfasst die äußerliche und zweckorientierte Anpassung der Zugezogenen beispielsweise an die im Ankunftsland gesprochene Sprache sowie übliche Verhaltensweisen (vgl. Farwick 2009: 69; Gestring 2014: 81-82; Han 2006: 41). Sie wird von „structural [s]eparation“ (Gordon 1964: 235) gekennzeichnet, da lediglich oberflächliche interkulturelle Kontakte zu Autochthonen auf einer „sekundären und zweckorientierten Ebene“ (Han 2006: 41) bestehen. Während eine stark ausgeprägte strukturelle Separation zum einen Vorurteile generieren und die Intensität von Intergruppenkontakten beeinträchtigen kann, bietet sie zum anderen Halt und Orientierung (vgl. Gordon 1964: 236, 244). Darüber hinaus vermittelt „[t]he immigrant subsociety [...] between the native culture of the immigrant and the American culture“ (Gordon 1964: 244), wodurch sie den Assimilationsprozess fördern kann. Da das Durchlaufen dieser Phase besondere Auswirkungen auf das Orientierungswissen und damit die Möglichkeit einer selbstständigen Lebensführung hat, findet dieser Teilprozess unabhängig von den sechs weiteren Stufen statt. So kann sich ein Individuum beispielsweise in der Phase der kulturellen Assimilation befinden und diese erfolgreich durchschreiten, ohne dass die anderen Phasen zwangsläufig folgen müssen (vgl. Gordon 1964: 77). Gleichzeitig ist der Erfolg in diesem Bereich weder ein Garant dafür, dass jedes Individuum Zugang zu „primary groups and institutions“ (Gordon 1964: 78) erhält, noch dass Diskriminierungstendenzen oder Vorurteile eliminiert werden. Bestehende Vorurteile und Diskriminierungsercheinungen sowie Segregationstendenzen können jedoch den Erfolg und die Geschwindigkeit des Teilprozesses der kulturellen Assimilation beeinträchtigen (vgl. Gordon 1964: 78).

In der zweiten Stufe, der „[s]tructural assimilation“ (Gordon 1964: 71) haben die Zuwanderer verstärkt Zugang „into the social cliques, clubs, and institutions of the

core society at the primary group level“ (Gordon 1964: 80). Allerdings kann der Teilprozess nur gelingen, „wenn [...] Einzelne[...] ihre Ängste und stereotypischen Vorstellungen vor bzw. gegenüber anderen ethnischen Gruppen überwinden und dazu kommen, durch eine prinzipielle Veränderung ihrer Grundhaltung die soziale Interaktion über die Primärgruppen hinaus auszudehnen.“ (Han 2010: 312) Dies setzt jedoch sowohl auf Seiten der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung die Bereitschaft für Intergruppenkontakte voraus (vgl. Han 2010: 312). Führt die kulturelle Assimilation nicht automatisch zu einer strukturellen, zieht die strukturelle Assimilation hingegen zwangsläufig auch die kulturelle Stufe sowie weitere Stufen nach sich (vgl. Gordon 1964: 81). Für Gordon (1964: 81) ist daher die „[s]tructural assimilation, [...] rather than acculturation, [...] the keystone of the arch of assimilation.“

„Marital assimilation“ (Gordon 1964: 71), die die dritte Stufe bildet, ist häufig eine Folge der strukturellen Assimilation. Durch interethnische Eheschließungen zwischen Zugezogenen und Mitgliedern der „core society“ wird ein Prozess der biologischen Angleichung initiiert, den Gordon (1964: 71) als „Amalgamierung“ bezeichnet (vgl. Han 2006: 42). Diskriminierungstendenzen und Vorurteile verlieren als Folge dieses Teilprozesses an Bedeutung, denn „the descendants of the original minority group become indistinguishable“ (Gordon 1964: 80). Darüber hinaus kann sich bedingt durch die sozialen Beziehungen auf der primären Ebene ein sogenanntes „in-group‘ feeling“ (Gordon 1964: 80) entwickeln, das alle Gruppenmitglieder unabhängig ihres Migrationshintergrundes einschließt.

Die Herausbildung von Zugehörigkeitsgefühlen markiert die vierte Stufe, die „[i]dentificational assimilation“ (Gordon 1964: 71). Diese, wie Gordon (1964: 69) sie bezeichnet, „vollständige Assimilation“ hinsichtlich intrinsischer und extrinsischer Merkmale, führt dazu, dass Wertkonflikte nahezu nicht mehr vorkommen (vgl. Gordon 1964: 80).

Das konfliktfreie Miteinander beziehungsweise die Abwesenheit von Diskriminierung, Vorurteilen, Macht- und Wertkonflikten bildet die Voraussetzung für die Phasen fünf bis sieben (vgl. Fincke 2009: 30; Gestring 2014: 82). Sind diese Bedingungen erfüllt, laufen die „[a]ttitude receptional assimilation“ (Gordon 1964: 71), die „[b]ehavior receptional assimilation“ (Gordon 1964: 71) und die „[c]ivic assimilation“ (Gordon 1964: 71) sukzessive ab (vgl. Han 2006: 42).

Obwohl die einzelnen Stufen zwar eine gewisse Abfolge implizieren, müssen sie nicht notwendigerweise nacheinander durchlaufen werden (vgl. Fincke 2009: 30-31; Gestring 2014: 81; Richter 2006: 52). Damit geht Gordon nicht von einem linearen Prozess aus, der ausschließlich zu einer „vollständigen Assimilation“ führt (vgl. Fincke 2009: 31). Zwar wird diese vor dem theoretischen Hintergrund als ideal angesehen, allerdings hinterfragt er, ob dies tatsächlich erstrebenswert ist. „Note that we are making no judgment here of either the sociological desirability, feasibility, or moral rightness of such a goal. We are simply setting it up as a convenient abstraction – an

‘ideal type’ – ideal not in the value sense of being most desirable but in the sense of representing the various elements of the concept and their interrelationships in ‘pure’, or unqualified, fashion“ (Gordon 1964: 69). Bikulturalität stellt für Gordon jedoch keine wahrscheinliche und wünschenswerte Alternative dar (vgl. Fincke 2009: 31).

Für ein erfolgreiches Durchlaufen des Assimilationsprozesses sieht Gordon unabhängig ihres Migrationshintergrundes sowohl die Individuen als auch die Gesamtgesellschaft in der Pflicht (vgl. Fincke 2009: 30; Han 2010: 312). Während die Individuen durch ihre innere Einstellung den Erfolg beeinflussen können, ist die Gesellschaft für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen verantwortlich (vgl. Han 2010: 312).

Han (2006: 10) beurteilt Gordons Ansatz als „eine der differenziertesten und ausgereiftesten Theorien der Assimilation“. Er begründet dies damit, dass in dem Konzept sowohl gesellschaftliche Bedingungen als auch eine detaillierte Darstellung von Teilprozessen der Assimilation Berücksichtigung finden (vgl. Gestring 2014: 80; Han 2006: 10). Die Darstellung des Assimilationsprozesses in sieben Stufen bildet nach Kazal (1995: 451, zitiert nach Han 2006: 10) die umfassendste Betrachtung von Assimilation: „‘Assimilation in American Life’ remains one of the most carefully thought-out treaties on the subject. Of the selections reviewed so far, it gives the clearest picture of the society to which ethnic Americans were thought to assimilate, one structured in terms of sub-groups. [...] In this sense, it represented the peak of post-war writing on assimilation.“ Han (2006: 11) kritisiert jedoch, dass Gordons Theorie einerseits die Assimilation auf mikrosoziologischer Ebene erfasst, während sie andererseits soziale Veränderungsprozesse „ethnischer Gruppen“ (Han 2010: 11) vernachlässigt.

3.2.1.2 Theorie der Absorption

Eisenstadt (1954)

Im Unterschied zur Theorie der Assimilation von Park und Burgess, der ein individualisierendes Verständnis von Assimilation zugrunde liegt, wonach in erster Linie das Individuum für das Gelingen der Assimilation verantwortlich ist, basiert die Absorptionstheorie von Eisenstadt auf der Annahme, dass der Eingliederungserfolg nicht nur von dem Individuum, sondern auch von der Ankunftsgesellschaft abhängig ist (vgl. Han 2006: 11). So unterscheidet Eisenstadt (1952: 225) „two main sets of conditions“: „(a) those relating to the immigrants’ own motivations and predispositions to action in the new social field, and (b) those relating to the conditions existing within the new social field, which define the opportunities available to the new immigrants and the attitudes existing towards them.“ Um die stärkere Einbindung der Ankunftsgesellschaft in den Prozess der Eingliederung hervorzuheben, spricht Eisenstadt nicht von „Assimilation“, sondern von „Absorption“ (vgl. Han 2006: 11). Unter Absorption wird dabei „the process of absorbing immigrants and integrating them into the absorbing society“ (Eisenstadt 1954: 258) verstanden. Absorption ist damit das Resultat eines Zusammenspiels zwischen den subjektiven Wünschen und Erwartungen, die die Zuwanderer mit

dem Zielland verbinden beziehungsweise an dieses stellen, und deren Umsetzungsmöglichkeiten (vgl. Eisenstadt 1954: 258). Eine „vollständige Absorption“ ist jedoch nur unter optimalen Bedingungen möglich, weshalb Eisenstadt (1954: 15) sie zwar als wünschenswertes Ergebnis dieses Prozesses ansieht, sich aber gleichzeitig ihrer Ausnahmesituation bewusst ist (vgl. Farwick 2009: 61-62). Stattdessen schätzt er „eine strukturelle und partizipative Eingliederung, basierend auf einer grundlegenden Akkulturation an den kulturellen Hintergrund der Aufnahmegesellschaft“ (Scheller 2015: 41) als realistischer ein.

Eisenstadt sieht die „vollständige Absorption“ als Ergebnis eines Integrationsprozesses, eines „allmählichen und normkonformen Einzug[s] der Immigranten in die strukturellen Bereiche der Aufnahmegesellschaft“ (Han 2010: 308). Dabei differenziert er vier unterschiedliche Bereiche, in denen die Integration stattfindet: „the adaptive, instrumental, solidary, and cultural spheres“ (Eisenstadt 1954: 168). Diese Bereiche sind jedoch nicht als zeitliches Kontinuum zu sehen (vgl. Richter 2006: 55).

Die adaptive Integration beschreibt einen Prozess, in dessen Verlauf sich die Individuen Fähigkeiten aneignen, die zur erfolgreichen Übernahme von „Basisrollen [...] in den grundlegenden Hauptinstitutionen der Aufnahmegesellschaft (Familie, Erziehung, Wirtschaft, Politik)“ (Han 2010: 309) notwendig sind (vgl. Eisenstadt 1952: 225; Richter 2006: 55). Dazu zählen beispielsweise das Erlernen neuer Rollen, der Aufbau von Intergruppenkontakten sowie die Entwicklung einer positiven Einstellung gegenüber bestimmten Wertvorstellungen und Strukturen des Ankunftslandes. Werden diese Fähigkeiten nicht erworben, können unter anderem Rollenerwartungen ins Wanken geraten, was zusätzliche Desorganisation hervorrufen kann. Auch ein fehlender interkultureller Austausch kann den Verlauf des Integrationsprozesses negativ beeinflussen (vgl. Han 2010: 309). In diesem Zusammenhang spielen nach Einschätzung von Eisenstadt (1951: 226) Eliten und Funktionsträger eine wichtige Rolle. „[T]he elites perform a very important function as ‘mediators’ between the primary groups of the immigrants and the wider social structure and [...] the extent of the participation within it and identification with it is to a large measure dependent on the existence and permanence of this mediation.“ (Eisenstadt 1951: 226) Auch die Adaption ist somit ein „slow, gradual, and uneven process“ (Eisenstadt 1952: 225), wobei eine „vollständige Adaption“ ebenfalls nur unter spezifischen Bedingungen erreicht werden kann (vgl. Eisenstadt 1952: 225).

Die instrumentale Integration geht mit der Übernahme funktionaler Aspekte einher, die vordergründig der Sicherung von Grundbedürfnissen dienen. Sie zeichnet sich in besonderem Maße durch Zweckorientierung aus, da auf diese Weise beispielsweise wirtschaftliche Vorteile erzielt werden sollen. Dies ist aber nur möglich, wenn der instrumentalen eine adaptive Integration vorausgegangen ist, so dass gewisse, für den ökonomischen Bereich wichtige Rollen bereits im Vorfeld übernommen oder vollzogen wurden. Allerdings beschränkt sich die Integration in diesem Bereich nur auf funktionale beziehungsweise instrumentale Aspekte, weshalb lediglich eine Übernah-

me der Rollen und nicht der mit ihr verbundenen Werte stattfindet (vgl. Han 2010: 310; Richter 2006: 55). Der Erfolg der instrumentalen Integration hat damit direkten Einfluss auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Ankunftslandes (vgl. Eisenstadt 1954: 170).

Die „Identifikation und Solidarisierung der Immigranten mit den zentralen Wertvorstellungen der Aufnahmegesellschaft“ (Han 2010: 310) fasst Eisenstadt unter dem Begriff der „solidarischen Integration“ zusammen. Im Rahmen dieses Prozesses können sich somit Identitätsmuster und individuelle Zuschreibungen verändern, was mit einer Ablösung von der Herkunfts- und einer Hinwendung zur Ankunftsgesellschaft verbunden ist (vgl. Han 2010: 310; Richter 2006: 55). Während der Wunsch nach aktiver Teilhabe an und Einbindung in Prozesse des Ziellandes die Hinwendung zum Ankunftsland erleichtern können, propagieren herkunftsbezogene Vereinigungen hingegen die Wahrung „ethnische[r] Wertvorstellungen“ (Han 2010: 310). Eine ausschließlich einseitige Orientierung an der Herkunftskultur kann jedoch die Entstehung neuer, auf das Ankunftsland bezogener Identitätsmuster sowie die Initiierung interkultureller Lernprozesse beeinträchtigen (vgl. Han 2010: 310-311). Eisenstadt (1954: 170) identifiziert vor diesem Hintergrund die Frage „how to extend successfully orientations of solidarity from the immigrants’ basic primary groups to the more active central values and sectors of the social system, and the whole society as such“ als besonders essentiell. Umgekehrt kann die einseitige Orientierung an der Ankunfts-kultur und den dort vorherrschenden Werten jedoch „psychosoziale[...] Konflikte [...] [hervorrufen], weil die Kulturen der Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft oft grundlegende Unterschiede aufweisen und nicht kompatibel sind“ (Han 2010: 311). Interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten, die für Gemeinsamkeiten beider Kulturen sensibilisieren, können sich in diesem Kontext als besonders hilfreich erweisen (vgl. Eisenstadt 1954: 170; Han 2010: 311). Allerdings ist dies sowohl von der Bereitschaft der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung abhängig (vgl. Han 2010: 311). Darüber hinaus ist die Identifikation mit der Ankunftsgesellschaft in besonderem Maße auch von der Identifikation mit den Eliten abhängig, die „the formation of the values and activities of the primary groups“ (Eisenstadt 1951: 226) zu beeinflussen scheinen.

Eng verbunden mit der solidarischen ist die kulturelle Integration, in deren Mittelpunkt „die Übernahme emotionaler Ausdruckformen und Symbole [...] der Aufnahmegesellschaft“ (Han 2010: 311) stehen. Diese beschränkt sich nicht nur auf den öffentlichen, sondern auch auf den privaten Bereich, wo häufig noch herkunftsbezogene „Symbole und Verhaltensmuster“ (Han 2010: 311) von Relevanz sind, die eventuell im Widerspruch zu den im Ankunftsland vorherrschenden stehen können (vgl. Han 2010: 311; Richter 2006: 55). Daher setzt die kulturelle Integration häufig erst zu einem späteren Zeitpunkt ein (vgl. Han 2010: 311).

Die Eingliederung in diese vier unterschiedlichen Bereiche erleichtert den Zugewanderten die Überwindung sozialer und psychischer Unsicherheiten, die mit einer Migration einhergehen können (vgl. Eisenstadt 1952: 226). Jedoch muss nicht zwangsläufig

eine Integration in allen Bereichen erfolgen, denn in „some spheres there had been no overwhelming feeling of inadequacy and frustration“ (Eisenstadt 1954: 2). Oftmals besteht im Hinblick auf diese Lebensbereiche noch eine starke emotionale Bindung an das Quellland. Deshalb wird die Integration in diesen Feldern zunächst zurückgestellt (vgl. Eisenstadt 1954: 4; Han 2006: 45; Han 2010: 311). Auch verweist Eisenstadt (1954: 172) darauf, dass die Integration in den unterschiedlichen Bereichen in Dauer und Richtung voneinander abweichen, woraus sich ein Ungleichgewicht entwickeln kann, das „sometimes a very important factor in the development of various disintegrative tendencies“ (Eisenstadt 1954: 172) darstellt. Dies verdeutlicht die Komplexität des Integrationsprozesses, weshalb dieser nur selten sowohl bei der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung idealtypisch verläuft, was aufgrund partieller Integration letztlich zu einer Pluralisierung im Ankunftsland führt (vgl. Eisenstadt 1954: 262; Han 2010: 312; Richter 2006: 56).

Esser (1980: 70, zitiert nach Han 2006: 11) sieht Eisenstadts Absorptionstheorie als „die bis heute am weitesten entwickelte[...] und systematische[...] Fassung[...] des Problems der Eingliederung“. Kritisch angemerkt wird hingegen unter anderem, dass Eisenstadt sich in seiner Theorie letztlich nur auf Allochthone bezieht, obwohl er ursprünglich von der Annahme ausgeht, dass im Absorptionsprozess auch der Ankunfts-gesellschaft eine wichtige Rolle zukommt. Weiterhin bleibt beispielsweise unberücksichtigt, dass gesellschaftliche Pluralität auch Chance sein kann (vgl. Richter 2006: 56). Zudem moniert Richter (2006: 56) die Verwendung eines „Identitätsbegriff[es], der die Wesensart und die kulturellen Muster einer Gesellschaft umfasst.“

3.2.1.3 Theorie der Eingliederung und Integration

Esser (1980)

Im deutschsprachigen Raum setzt sich Esser (1980) in der Theorie der Eingliederung und Integration besonders umfassend mit den beiden Phänomen Assimilation und Integration auseinander (vgl. Gestring 2014: 82; Han 2010: 313). Beeinflusst wird der Eingliederungsprozess auch nach seiner Einschätzung sowohl von den Individuen, ihren „Motive[n], Absichten sowie Fähigkeiten und Kenntnisse[n]“ (Farwick 2009: 72) als auch von der „Umwelt“ (Farwick 2009: 72). Basierend auf den Überlegungen von Eisenstadt (1954) und Gordon (1964) entwickelte Esser ein auf der Rational-Choice-Theorie gründendes Konzept, wonach sowohl die Sozialintegration (s. Kap. 3.2.3) als auch die Assimilation in einzelne Teilbereiche gegliedert werden (vgl. Han 2010: 313; Han 2010: 20).

Mit Blick auf die Sozialintegration identifiziert Esser (2000: 271-274; 2001: 8-12) vier unterschiedliche Formen, die sich auf alle Mitglieder eines Sozialsystems unabhängig ihres Migrationshintergrundes beziehen (vgl. Farwick 2009: 79): Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Unter „Kulturation“ fasst er Fähigkeiten, Kompetenzen und Wissen zusammen, die Grundvoraussetzungen „für ein sinnhaftes, verständiges und erfolgreiches Agieren und Interagieren“ (Esser 2000: 272) darstellen.

Während die „Platzierung“ die Übernahme spezifischer Positionen innerhalb der Gesellschaft durch einen Akteur umfasst und daher von Esser (2001: 10) als „Schlüssel für jede nachhaltige Sozialintegration“ gesehen wird, bezieht sich „Interaktion“ auf die sozialen Kontakte eines Individuums, was „nicht-formelle“ (Esser 2001: 11) Gesellschaftsbereiche erschließt (vgl. Esser 2000: 272-273). Esser (2000: 273) präzisiert die Kontakte als „Spezialfall des sozialen Handelns, bei dem die Akteure sich wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so, und über ihr Handeln, Relationen bilden.“ Mit „Identifikation“ wird hingegen die subjektive Einstellung eines Individuums gegenüber der Gesamtgesellschaft beziehungsweise des –systems verstanden, woraus sich die individuelle Identitätszuschreibung ableiten lässt (vgl. Esser 2000: 274-275). Alle vier Formen stehen untereinander in einem kausalen Zusammenhang (vgl. Esser 2001: 8). So bilden die Platzierung und die Kulturation nach Esser (2001: 17) die Basis, woraus sich Interaktionen ergeben, die beispielsweise wiederum positiven Einfluss auf die Identifikation nehmen können. Aber auch darüber hinaus bestehen weitere vielfältige Bezüge zwischen den einzelnen Formen (vgl. Esser 2001: 17).

Abhängig davon, ob sich die Sozialintegration und damit auch ihre vier Formen auf das Quellland beziehungsweise „ethnische Gemeinden im Aufnahmeland“ (Esser 2000: 286) oder das Zielland beziehen, kann wiederum zwischen vier verschiedenen Typen der Sozialintegration differenziert werden (vgl. Esser 2000: 286-287; Esser 2004: 46). Ist ein Individuum in der Ankunfts- und der Herkunftsgesellschaft sozial integriert, spricht Esser (2000: 287) von „Mehrfachintegration“, wobei er diesen Typ als „faktisch [...] kaum wahrscheinlich“ (Esser 2000: 288) einstuft. Er (Esser 2000: 288; Esser 2004: 47-48) begründet dies damit, dass besondere Anforderungen an die Individuen gestellt werden, denen im besten Fall lediglich Akademiker oder Kinder von Diplomaten entsprechen könnten. Damit ist nach Essers Theorie das Erlernen verschiedener Kulturen additiv nur schwer möglich. Viel eher bedingt eine neue Kultur in den meisten Fällen das „Verlernen der alten“ (Fincke 2009: 34). Das Gegenteil der Mehrfachintegration, also der vollständige „sozialintegrative Ausschluß aus allen Bereichen“ (Esser 2000: 287) wird mit dem Begriff „Marginalität“ (Esser 2000: 287) bezeichnet. Dieser Typ ist nach Beurteilung Essers (2000: 287) oftmals bei Angehörigen der ersten Generation zu finden, da durch die Migration ihre Sozialintegration in das Bezugssystem „Herkunftsland“ bereits gelöst, aber gleichzeitig in das neue Ankunftsland noch nicht vollzogen ist. Unter dem dritten Typ, der „Segmentation“ (Esser 2000: 287), versteht Esser (2001: 20) „die Sozialintegration in ein binnenethnisches Milieu und die gleichzeitige Exklusion aus den Sphären und den Milieus der Aufnahmegesellschaft“. Sie kann einerseits Unterstützung während der Ankommensphase bieten, aber andererseits auch Möglichkeiten der Lebensgestaltung bereitstellen, die von fehlender sozialer Integration in die Ankunfts-gesellschaft gekennzeichnet sind (vgl. Esser 2001: 20). Vor diesem Hintergrund stellt die „Assimilation“, „die Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft unter Aufgabe der Sozialintegration in die ethnischen Bezüge“ (Esser

2000: 287), für Esser (2001: 20) den einzigen Typ dar, der realistischerweise eine Sozialintegration über die Formen Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation in die Gesellschaft des Ziellandes ermöglicht. Damit ist die Assimilation von Individuen ein spezifischer Fall der sozialen Integration (vgl. Esser 2004: 46).

Unter Assimilation versteht Esser (2000: 288) ganz allgemein „die ‚Angleichung‘ der verschiedenen Gruppen in bestimmten Eigenschaften“, wobei der Fokus der Angleichung auf der Verteilung unterschiedlicher Gruppen liegt. Konkreter wird Assimilation als „die Auflösung systematischer Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen und Kategorien [konzeptualisiert], nicht aber [...] [als] die Gleichheit der ‚Individuen‘ in allen Belangen.“ (Esser 2001: 21-22) Dementsprechend wird weder von einer homogenen Gesellschaft noch von einer rein einseitigen Anpassungsleistung ausgegangen (vgl. Esser 2001: 18, 21; Salehzadeh 2010: 45). So kann die Verteilung beispielsweise auch durch Modifikationen innerhalb der Gesamtgesellschaft verändert werden, wobei dies häufig nur in gesellschaftlichen Randbereichen wie zum Beispiel der Freizeit oder Kulinarik der Fall ist (vgl. Esser 2000: 289; Esser 2004: 46-47). Darüber hinaus ist eine derartige Verwendung des Assimilationsbegriffs nicht mit der Aufgabe der Kultur des Herkunfts- und der Annahme der Kultur des Ankunftslandes verbunden und steht somit im Widerspruch zum üblichen Sprachgebrauch (vgl. Löffler 2011: 69).

Entsprechend der Differenzierung der Sozialintegration in vier Formen leitet Esser (2000: 289) auch vier Dimensionen der Assimilation ab, die sich jedoch ausschließlich auf Allochthone beziehen (vgl. Farwick 2009: 79). Er unterscheidet dabei zwischen der „kulturelle[n] Assimilation[,] der Angleichung im Wissen und in den Fertigkeiten, etwa die der Sprache; die strukturelle Assimilation [,] der Besetzung von Positionen in den verschiedenen Funktionssystemen, etwa im Bildungsbereich und vor allem auf dem Arbeitsmarkt; die soziale Assimilation als die Angleichung in der sozialen Akzeptanz und in den Beziehungsmustern, etwa im Heiratsverhalten; und die emotionale Assimilation, die Angleichung in der gefühlsmäßigen Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft.“ (Esser 2000: 289) Nach Löfflers (2011: 71) Meinung kommt die Dimension „emotionale Assimilation“ der klassischen Begriffsverwendung am nächsten, da sie auch auf eine identifikatorische Anpassung an die Ankunfts-gesellschaft zielt. Ähnlich wie bei den Formen der Sozialintegration bestehen auch zwischen den einzelnen Assimilationsdimensionen kausale Abhängigkeiten, wobei diese jedoch umstritten sind (vgl. Esser 2004: 47; Reinprecht & Weiss 2012: 26). So wird von einer stufenweisen Abfolge der einzelnen Dimensionen ausgegangen, beginnend mit der kulturellen Assimilation, auf die die strukturelle Assimilation folgt. Verliefe die strukturelle Assimilation erfolgreich, schließt sich die soziale Assimilation an, die wiederum die identifikatorische Assimilation nach sich ziehen kann. Obwohl Esser die bestehenden kausalen Beziehungen nur in eine Richtung ausführt, macht er auch auf mögliche gegenläufige Zusammenhänge aufmerksam (vgl. Farwick 2009: 76-77; Hans 2010: 73; Reinprecht & Weiss 2012: 26). Da viele Einflussfaktoren, darunter die Individuen selbst, aber auch

deren Handlungsumfeld, den Assimilationsprozess bedingen, folgt Esser in seinem Konzept Eisenstadt (1954) und Gordon (1964), nach deren Theorie nicht zwangsläufig eine vollständige Assimilation, sondern auch eine partielle am Ende des Assimilationsprozesses stehen kann (vgl. Farwick 2009: 77; Gestring 2014: 82). Er schließt damit die Möglichkeit einer pluralistischen Gesellschaft nicht aus, allerdings stellt sie für ihn keine „ideale Gesellschaftsform“ (Richter 2006: 59) dar (vgl. Richter 2006: 59).

Farwick (2009: 85) bewertet „die konzeptionellen Überlegungen von Esser [als] einen der elaboriertesten mikroanalytischen Ansätze zur Erklärung der Eingliederung“. Während Fincke (2009: 34) an dieser Theorie in erster Linie die Verbindung von Mikro- sowie Makromechanismen und die Mehrdimensionalität, die der Analyse des Eingliederungsprozesses zugrunde liegt, als Vorteile identifiziert, bemängelt Richter (2006: 58), dass gerade diese Verbindung und die damit einhergehende multidimensionale Betrachtung fehle. Obwohl die Gesamtgesellschaft im Rahmen des Konzepts aufgrund der systemischen Perspektive nicht als homogen verstanden wird, kann Esser der Heterogenität der allochthonen Bevölkerung jedoch nicht gerecht werden (vgl. Richter 2006: 58). Außerdem liegt die Verantwortung für die Eingliederung, entgegen seiner (Esser 2001: 23) ursprünglichen Konzeption, hauptsächlich bei den Personen mit Migrationshintergrund. Spezifische Rahmenbedingungen und deren Relevanz für den Eingliederungserfolg geraten hingegen in den Hintergrund (vgl. Fincke 2009: 35; Gestring 2014: 82; Reinprecht & Weiss 2012: 26). Dieses Verständnis kommt einem einseitigen Anpassungsprozess sehr nahe, bei dem die Eingliederung „nur durch Angleichung vonseiten der Migranten erreicht [wird] und [...] [das] Resultat des Handelns von Einwanderern“ (Hans 2010: 20) ist (vgl. Reinprecht & Weiss 2012: 26).

Die vorgestellten Konzepte beleuchten wesentliche Kernmerkmale von Assimilation und Integration, die auch im 21. Jahrhundert noch gelten. Dazu zählen beispielsweise die generationenübergreifende Prozesshaftigkeit von Assimilation und Integration, die ambivalente Wirkung „ethnischer Kolonien“ (Ceylan 2006: 52) sowie die besondere Relevanz der strukturellen Integration. Darüber hinaus zeigen sie mögliche Folgen von Ausgrenzung und Diskriminierung auf, worunter zum Beispiel auch die ethnische Schichtung fällt (vgl. Gestring 2014: 83).

Allerdings stellen alle Ansätze, manche mehr oder weniger deutlich, Stufenmodelle dar, an deren Ende oftmals zwangsläufig die Assimilation oder Integration steht (vgl. Fincke 2009: 44; Gestring 2014: 83). Zwar wird nicht ausschließlich von einer vollständigen Assimilation oder Integration ausgegangen, so bilden sie häufig nur eine von mehreren möglichen Alternativen, jedoch wird gelungene Assimilation beziehungsweise Integration meist mit einseitiger vollständiger Anpassung der Allochthonen an die Ankunftsgesellschaft in Verbindung gebracht (vgl. Fincke 2009: 44; Gestring 2014: 83). Vor diesem Hintergrund wird einerseits kritisiert, dass „Assimilation als einzige[r] Weg der Integration von Einwanderern [ge]sehen [wird], also Assimilation und

Integration gleich[ge]setz[t] und so mögliche Alternativen vernachlässig[t]“ (Hans 2010: 50) werden und andererseits „Ethnozentrismus und [...] damit verbunden[...] Normativität“ (Hans 2010: 53) im Vordergrund stehen. Bedingt durch den Ethnozentrismus und die Normativität gehen manche Konzepte von einer vollständigen Aufgabe der Herkunftskultur und der früheren Identität aus, die in einem Verschwinden und damit einhergehend einer „Homogenisierung der Einwanderungsgesellschaft“ (Hans 2010: 54) münden können (vgl. Hans 2014: 53-54; Richter 2006: 54). Die Einbindung in unterschiedliche kulturelle Bezugssysteme wird dementsprechend in den jeweiligen Theorien als unerwünscht beziehungsweise als unmöglich dargestellt, da sie bei den Individuen zum einen zu Zuständen innerer Zerrissenheit führen kann, andererseits aber auch spezifische Anforderungen an sie stellt (vgl. Fincke 2009: 45). Gerade diese Auffassung scheint jedoch in der heutigen von Globalisierungsprozessen geprägten Zeit überholt, in der „[h]ybride, transnationale Identitäten [...] nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel“ (Schnur et al. 2013: 14) bilden (vgl. Schnur et al. 2013: 13-14). Im Gegensatz zur damaligen Vorstellung wird in neueren Konzepten Bi- oder Mehrkulturalität oft zugelassen, sodass für die Individuen die Entscheidung für die eine und gegen die andere Kultur entfällt. Außerdem werden bi- oder mehrkulturelle Fähigkeiten meist nicht mehr als Hemmnis, sondern als Chance begriffen (vgl. Fincke 2009: 67). Ein weiteres Merkmal der neueren Ansätze betrifft das Verständnis von Assimilation und Integration. Im Unterschied zu den früheren Theorien wird nun vermehrt auf die „Labilität der wahrgenommen Ähnlichkeit“ (Fincke 2009: 44) aufmerksam gemacht, wonach sich diese im Verlauf des Assimilations- oder Integrationsprozesses vergrößern aber auch verkleinern beziehungsweise unter bestimmten Bedingungen sogar ganz ausbleiben kann (vgl. Fincke 2009: 44, 66). Auch im Hinblick auf die Homogenität der allochthonen und autochthonen Bevölkerung weichen neuere von älteren Konzepten ab. Während die älteren mehrheitlich von „sehr homogene[n] Gesellschaft[en]“ (Gestring 2014: 84) ausgehen, lehnen neuere vielfach diese Homogenität ab (vgl. Fincke 2009: 66; Richter 2006: 53).

3.2.1.4 Theorie der transnational-pluralistischen Integration

Die Theorie der transnational-pluralistischen Integration zählt zu den neueren Integrationsansätzen der amerikanischen Forschung. Grundlage des Ansatzes bilden die sich im Zuge der Globalisierung ergebenden Möglichkeiten für intensivere transnationale Interaktionen. Im Zentrum steht dabei die Beschreibung möglicher transnational-pluralistischer Lebensformen von Zugezogenen in den Ankunftsländern (vgl. Fincke 2009: 45-46).

Während einige Vertreter (u.a. Pries 1997) Transnationalismus mit dem „Ende von Integration und kultureller Anpassung“ (Fincke 2009: 47) gleichsetzen, so dass er aus dieser Perspektive „zum Gegenparadigma der vorherrschenden Integrationstheorien“ (Fincke 2009: 47) wird, sehen ihn andere (u.a. Alba & Nee 2003; Benton 2003; Levitt 2001, Portes et al. 1999) durchaus als einen Erklärungsansatz für die Integration von

Allochthonen. Allerdings unterscheidet er sich deutlich von früheren Erklärungsversuchen (vgl. Fincke 2009: 47). So stellen transnationale Räume im Zuge der transnational-pluralistischen Theorie wichtige Alternativen zum „Ressourcenerwerb“ (Fincke 2009: 47) dar. Dabei wächst ihre Bedeutung in dem Maße, wie andere Möglichkeiten des Ressourcenerwerbs nicht genutzt werden können. Trotzdem wird von einer Gleichwertigkeit der Ankunfts- und Herkunftskultur ausgegangen sowie von der Annahme, dass die Hinwendung zu einer neuen Kultur nicht notwendigerweise die feste Verwurzelung in der Herkunftskultur voraussetzt (vgl. Fincke 2009: 47). Deshalb sind „[f]ür transnationale-pluralistische Theorien [...] unterschiedliche Kulturen kein Wert an sich, sondern lebendige Systeme, die sich über die Zeit wandeln.“ (Fincke 2009: 47)

Transnationale Verbindungen können im Hinblick auf den Integrationsprozess eine wichtige Rolle spielen. Durch die Bereitstellung grundlegender Ressourcen unterstützen sie die Individuen bei der Befriedigung ihrer subjektiven Bedürfnisse und damit beispielsweise bei ihrer gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Platzierung (vgl. Fincke 2009: 49). Darüber hinaus kommen die neu erworbenen Ressourcen auch in den Intergruppenkontakten mit Autochthonen zum Einsatz, „bei denen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass [...] [die Zuwanderer] von [...] [der Ankunftsgesellschaft] als statusgleich markiert werden.“ (Fincke 2009: 52-53) Auf diese Weise können transnationale Räume und im Speziellen transnationale soziale Netzwerke mögliche Benachteiligungen der Individuen auffangen. Dies gilt jedoch nur für jene Personen, die ihre Herkunftskultur nicht ablegen und weiterhin Beziehungen sowohl ins Quellland als auch zu im Zielland lebenden Personen gleicher Herkunft aufrechterhalten. Im Gegensatz zu den früheren Theorien werden transnationale soziale Netzwerke demnach nicht als hindernd, sondern für die Integration als bereichernd empfunden (vgl. Fincke 2009: 49, 53).

Diese transnationale-pluralistische Theorie sieht Integration somit in erster Linie als einen sozioökonomischen Angleichungsprozess an, bei dem sich die Allochthonen unterschiedlicher Ressourcen bedienen können.

3.2.2 Theorien der Grenzüberwindung

Bauböck (1995) ging im Rahmen seiner Veröffentlichung „The integration of immigrants“ unter anderem der Frage nach, inwiefern die Integration Einfluss auf Prozesse der sozialen Grenzziehung beziehungsweise –überwindung zwischen „immigrants and natives, between aliens and citizens, and between national majorities and ethnic minorities of immigrant origins“ (Bauböck 1995: 12) nimmt. Unter dem Begriff der „soziale[n] Grenze“ (Alba & Nee 2004: 29) wird dabei eine nach Kategorien vorgenommene Differenzierung verstanden, die Eingang in den Alltag der Gesellschaftsmitglieder findet und die eine Grundlage zur Ausrichtung von Orientierungen und Verhalten bildet. Soziale Grenzen beeinflussen und prägen demnach alle zwischenmenschlichen Beziehungen und Kontakte wie beispielsweise die Existenz gegenseitigen Vertrauens (vgl.

Alba & Nee 2004: 29). Sie gehen häufig auf bestehende konkrete Unterschiede zwischen Individuen oder Gruppen zurück, die unter anderem sozialer, kultureller oder phänotypischer Natur sein können. Während Prozesse der sozialen Grenzziehung einerseits der Orientierung dienen, können sie andererseits aber auch die Unkenntnis über das andere Individuum oder die andere Gruppe vergrößern (vgl. Alba & Nee 2004: 29).

Nach Einschätzung Bauböcks (1995: 12-13) können bestehende soziale Grenzen jedoch auf unterschiedliche Arten überwunden werden. Er differenziert zwischen dem „[b]oundary crossing“ (Bauböck 1995: 12), dem „boundary blurring“ (Bauböck 1995: 12) sowie dem „[b]oundary [s]hifting“ (Fincke 2009: 43), drei idealtypischen sozialen Prozessen (vgl. Alba & Nee 2004: 29). Beim „boundary crossing“ gleichen sich Einzelpersonen an eine andere Gruppe an, indem sie beispielsweise bestimmte Eigenschaften von ihr übernehmen oder „soziale und symbolische Grenzen“ (Fincke 2009: 43) überschreiten (vgl. Hans 2010: 61). Für Alba und Nee (2004: 29) beruht dieser Prozess auf dem klassischen Verständnis von Assimilation. Auch Bauböck (1995: 12) spricht mit Blick auf die individuelle Überwindung kultureller Grenzziehungen zwischen Minder- und Mehrheiten von einer Assimilation an die Mehrheit, da dies mit keinerlei strukturellen Veränderungen der Ankunftsgesellschaft verbunden ist. Soziale Grenzen lösen sich jedoch durch das „boundary crossing“ von Einzelpersonen nicht vollständig auf. So setzt das Verschwinden entweder die gleichmäßige Verteilung der verschiedenen Gruppenmitglieder „auf einer Seite (einseitige Assimilation) oder auf beiden Seiten (gegenseitige Assimilation) der Grenze“ (Hans 2010: 61) und damit ein vielfaches „boundary crossing“ voraus (vgl. Hans 2010: 61). Aber auch ohne „massenhafte[s] Boundary Crossing“ (Hans 2010: 61) kann es zur Auflösung bestehender Grenzen kommen, wenn sich beispielsweise die unterschiedlichen Gruppen einander gegenseitig angleichen oder die Angleichung additiv verläuft (vgl. Hans 2010: 62). Dies geht sowohl mit strukturellen Veränderungen der Ankunftsgesellschaft als auch mit „einem Verwischen ethnischer Grenzen, dem Boundary Blurring“ (Hans 2010: 62) einher, in dessen Folge die Zuordnung spezifischer Merkmale zu bestimmten Gruppen nicht mehr möglich ist (vgl. Hans 2010: 62). Damit verbunden sind auch „mehrdeutige Lokalisierungen eines Individuums in Bezug auf die Grenze“ (Fincke 2009: 43). Dafür verantwortlich sind in erster Line veränderte „Fremdheits- oder Ähnlichkeitszuschreibungen“ (Fincke 2009: 44), die aus dem Prozess beziehungsweise der damit einhergehenden verstärkten Interkulturalität (u.a. Bilingualität, bikulturelle Eheschließungen und Institutionen) hervorgehen (vgl. Bauböck 1995: 13). Das „boundary blurring“ basiert im Vergleich zum „boundary crossing“ somit auf einer „broader definition of integration“ (Zolberg & Long 1999: 8). Im Unterschied zum boundary crossing, bei dem die Grenze in der Regel erhalten bleibt, und zum boundary blurring, bei dem sie „schwammig“ (Fincke 2009: 43) wird, wird beim „boundary shifting“ der Grenzverlauf entweder „in the direction of inclusion or exclusion“ (Zolberg & Long 1999: 9) verändert beziehungsweise verschoben (vgl. Fincke 2009: 43; Hans 2010: 62). „Eigen-

schaften, die vormalig als typisch für eine bestimmte ethnische Gruppe galten, [werden] nicht mehr dieser Gruppe zugeschrieben, sondern gelten als Teil der Mehrheitskultur.“ (Hans 2010: 62)

Auch zwischen den drei beschriebenen Prozessen der Grenzüberwindung bestehen Interdependenzen. Während einerseits häufige „boundary crossings“ positiven Einfluss auf das Ausmaß an boundary blurrings und shiftings nehmen können, kann andererseits „die erhöhte Durchlässigkeit verschwommener Grenzen (Boundary Blurring) individuelle Grenzüberschreitungen [Boundary Crossing] fördern“ (Hans 2010: 63).

3.2.3 Integration – Versuch einer Definition

Wie der Begriff „Migration“ ist auch der Begriff „Integration“ äußerst komplex. Einerseits werden in der Fachliteratur häufig verschiedene Begrifflichkeiten wie beispielsweise Absorption, Adaption, Akkulturation, Assimilation und Inklusion synonym für Integration verwendet (vgl. Frindte 2011: 25; Richter 2006: 51; Scheller 2015: 36-37). Andererseits existiert statt einer allgemeingültigen Definition eine Vielzahl an Definitionsversuchen, um ein Phänomen und eine Begrifflichkeit zu präzisieren, die in erster Linie von „Mehrdeutigkeit und Unbestimmtheit“ (Schramkowski 2007: 84) beziehungsweise „mangelnde[r] Schärfe und Genauigkeit“ (Gruber 2013: 17) charakterisiert werden (vgl. Bartram et al. 2014: 84; Frindte 2011: 25; Castles et al. 2001: 12; Göschel 2001: 5; Simard & Jentsch 2009: 9; Richter 2006: 79; Riegel 2004: 55; Scheller 2015: 23; Schnur et al. 2013: 11). So werden unter anderem in Abhängigkeit vom Kontext und der Intention der Definition unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt beziehungsweise unterschiedliche Sichtweisen berücksichtigt, weshalb die Begrifflichkeit beispielsweise sowohl die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe als auch das Verständnis einer einseitigen Anpassungsleistung umfassen kann (vgl. Gruber 2014: 37; Richter 2006: 79). Dies hat nach Einschätzung von Simard und Jentsch (2009: 9) zu einer Situation geführt, „where integration appears to be used as a catch-all concept, referring to both, processes and objectives of inclusionary strategies.“ Für Robinson (1998: 118, zitiert nach Ager & Strang 2008: 167) ist Integration „a chaotic concept: a word used by many but understood differently by most“. Bedingt durch diese unterschiedliche Begriffsverwendung nutzt Perching (2010: 18, zitiert nach Gruber 2014: 37) für Integration den „Containerbegriff“, in den [...] alles Mögliche und Unmögliche hinein[ge]pack[t] und auch heraus[gezogen]“ werden kann.

Vom lateinischen Wort „integrare“ ausgehend, was mit „wiederherstellen“ übersetzt werden kann, wird „Integration“ ganz allgemein als die Wiederherstellung einer Einheit oder eines Ganzen verstanden, was auch die gemeinsame Basis verschiedener Definitionsversuche bildet (vgl. Richter 2006: 47; Scheller 2015: 23). In diesem Sinne definiert das Diercke Wörterbuch Geographie „Integration“ als „Vereinheitlichung, Ergänzung, Erneuerung, Verbindung einer Vielheit zu einer Einheit; allgemein ein Vorgang, der zur Bildung eines Ganzen aus Einzelteilen führt.“ (Leser 2011: 400) Während in dieser Definition einerseits offen bleibt, wie die Vielheit zur Einheit wer-

den soll, und welche Rolle die Einzelteile im Ganzen spielen, werden jedoch andererseits zwei Pole sichtbar, zwischen denen sich Integration abspielt: Einzelteile und Ganzes beziehungsweise Individuum und System.

Vor diesem Hintergrund unterscheidet Lockwood (1964) zwischen der System- und der Sozialintegration. Stellt die Systemintegration strukturelle und ökonomische Interdependenzen unterschiedlicher Gruppen, die Teil des sozialen Systems sind, in den Vordergrund, setzt sich die Sozialintegration mit den „orderly or conflictful relationships between the actors“ (Lockwood 1964: 245) auseinander (vgl. Lockwood 1964: 245). Damit nimmt der Ansatz der Systemintegration die Ebene der Gesamtgesellschaft in den Blick, indem unter anderem Aussagen über den Zusammenhalt und die Funktionsweise des Gesamtsystems getroffen werden (vgl. Scheller 2015: 24). Individuelle Akteure bleiben hierbei jedoch unberücksichtigt (vgl. Esser 2000: 270). Im Unterschied dazu greift der Ansatz der Sozialintegration ganz explizit das Individuum sowie dessen soziale Netzwerke innerhalb des Systems auf und macht diese zum Kern der Analyse (vgl. Scheller 2015: 24). Von Interesse sind bei dieser Perspektive zum Beispiel der Aufbau der individuellen sozialen Netzwerke sowie das Ausmaß und der Grad der Vernetzung von Individuen (vgl. Esser 2000: 269).

Ebenfalls noch recht allgemein kann Sozialintegration demnach „als die Integration von Individuen in eine gesellschaftliche Einheit verstanden werden.“ (Scheller 2015: 31) Im Diercke Wörterbuch Geographie findet sich der gleiche Ansatz wieder, wobei dieser durch den Bezug auf Minderheiten an Konkretisierung gewonnen hat. So wird „[i]n der Sozialgeographie [...] mit I[n]tegration v.a. die Aufnahme von ethnischen oder sozialen Minderheiten und ihre Eingliederung in das Aufnahmevolke oder in die Gesamtgesellschaft bezeichnet“ (Leser 2011: 400). In dem Definitionsversuch von Salehzadeh (2010: 222), der von Integration als einem „gesamtgesellschaftlichen Prozess [spricht], dessen zentrales Anliegen vor allem darin besteht, sowohl die strukturelle Teilhabe anzustreben als auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die ‚persönliche Autonomie‘ der Einzelnen zu fördern und ihre Teilhabe an demokratischen Strukturen sowie deren Gestaltung zu ermöglichen und substanziell zu stärken“, werden weitere wichtige Aspekte von Integration sichtbar. Dazu zählen sowohl die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die Mehrdimensionalität, die Prozesshaftigkeit als auch die Zielorientierung. Bleibt Beger (2000: 10) im Unterschied zu der vorangestellten Definition einerseits bei der Begriffsbestimmung sehr vage, greift er jedoch andererseits einen weiteren wesentlichen Aspekt von Integration auf, wenn er von „Anerkennung und Akzeptanz [...] kulturelle[r] Verschiedenheiten“ spricht. Auch in vielen weiteren Definitionsansätzen tauchen diese identifizierten Aspekte auf (Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten: u.a. Bibouche & Held 2009: 21; Lüderwaldt 1984: 178; gesamtgesellschaftliche Verantwortung: u.a. Bartram et al. 2014: 83; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 50-51; Bünger 2001: 30; Richter 2006: 80; Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001: 200; Waltz 2007: 36; Mehrdimensionalität: u.a. Bibouche & Held 2009: 14; Curvello 2010: 103-104; Gese-

mann 2006; Held 2009: 122; Richter 2006: 80; Riegel 2004: 67; Prozesshaftigkeit: u.a. Bartram et al. 2014: 83; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 50-51; Bünger 2001: 30; Hapke 2008: 49; Lüderwaldt 1984: 178; Richter 2006: 80; Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001: 200; Waltz 2007: 36; Zielorientierung: u.a. Lüderwaldt 1984: 178).

Die identifizierten wesentlichen Aspekte der Sozialintegration, in erster Linie jedoch der der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, macht den engen Zusammenhang zwischen System- und Sozialintegration deutlich (vgl. Lockwood 1964). Während die Systemintegration auf der einen Seite den Rahmen und damit die Möglichkeiten für die Sozialintegration schafft, benötigt die Systemintegration auf der anderen Seite die „Unterstützung und Partizipation [...] [von] der Individualebene“ (Scheller 2015: 35). Damit kann keiner der beiden Ansätze isoliert für sich betrachtet werden. Vor dem Hintergrund der für diese Arbeit vorliegenden Fragestellung und der daraus resultierenden zentralen Rolle der Individuen erscheint das Konzept der Sozialintegration allerdings geeigneter, da auf diese Weise ein direkter Bezug zu dem individuellen Akteur, seinen Charakterzügen, Motiven sowie Handlungen und der Ankunfts-gesellschaft hergestellt werden kann. Dies ermöglicht unter anderem die Identifizierung und Analyse der die Integration betreffenden subjektiven Einstellungen und persönlichkeitsimmanenten Faktoren sowie möglichen weiteren individuellen Merkmalen, Besonderheiten oder Handlungsweisen (vgl. Scheller 2015: 34-35).

Unter „Integration“ wird daher in dieser Arbeit ein ganzheitlicher, gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden, der sich durch wechselseitige Durchdringung sowie die Anerkennung und Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten auszeichnet und der auf eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig des Migrationshintergrundes an unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen zielt. Dies setzt nicht zwangsläufig eine „vollständige“ Angleichung voraus, wobei jedoch eine gewisse Angleichung zumindest in bestimmten Lebensbereichen nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Prozesshaftigkeit des hier verwendeten Integrationskonzepts verhindert, dass Integration als ein Zustand gesehen wird, den es zu erreichen gilt und der in der Folge abgeschlossen ist. Vielmehr handelt es sich um einen dauerhaften Prozess, der „zukunfts- und ergebnisoffen“ (Hillmann & Windzio 2008: 17) und damit entgegen früherer Vorstellungen (u.a. Park & Burgess 1964a) häufig nicht linear oder unidirektional ist (vgl. Alba & Nee 2003; Bartram et al. 2014: 86; Beger 2000: 11; Hillmann & Windzio 2008: 17; Richter 2006: 82). Bedingt durch diese Offenheit wird der Prozess zusätzlich fragil, revidier- und veränderbar (vgl. Beger 2000: 11; Hillmann & Windzio 2008: 17). Vor diesem Hintergrund verliert auch die Vorstellung der objektiven Messbarkeit des Integrationsgrads an Bedeutung, da Integration einerseits „nie erreicht wird, sondern den Prozess des Anstrebens eines Idealzustands darstellt.“ (Richter 2006: 82) Andererseits ist das Integrationsverständnis höchst subjektiv und spezifisch, so dass „äußere Bewertungskriterien“ (Schramkowski 2007: 149) bei der Beurteilung zu kurz greifen.

Die Auffassung, wonach Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, sieht sowohl allochthone als auch autochthone Individuen sowie das gesamte Gesellschaftssystem in der Verantwortung für diesen Prozess (vgl. Alba & Nee 2003). Während auf Seiten der Individuen, unabhängig ihres Migrationshintergrunds, unter anderem ein Integrationswille sowie spezifische Fähigkeiten als vorteilhaft angesehen werden, wird von dem Gesellschaftssystem beispielsweise die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen gefordert, um Integration zu ermöglichen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 50-51; Richter 2006: 80; Waltz 2007: 36). Damit entfällt „die Fokussierung auf Migrierte als Problemgruppe, die in einer Bringschuld gegenüber der Gesellschaft [...] stehen“ (Richter 2006: 80).

Mit Blick auf die Aspekte Ganzheitlichkeit und Mehrdimensionalität wird für den hier verwendeten Definitionsansatz, abgesehen von kleineren Modifikationen, auf das Konzept von Beger (2000) zurückgegriffen, der basierend auf den Ansätzen von Park und Burgess (1921), Taft (1953), Eisenstadt (1954), Gordon (1964) und Esser (1980) vier Integrationsdimensionen formuliert. Über das Konzept der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration versucht Beger (2000: 10-11) die Komplexität und Vielschichtigkeit von Integration aufzubrechen, wodurch sie zudem empirisch leichter fassbar wird (vgl. Riegel 2004: 66-67; Scheller 2015: 34). Entgegen früherer Vorstellungen (u.a. Park & Burgess 1921) folgen die einzelnen Integrationsdimensionen jedoch nicht zwangsläufig stufenweise aufeinander. Auch weitere Studien (u.a. Curvello 2010; Gesemann 2006) haben diesen Ansatz aufgegriffen und den Integrationsbegriff in vier thematische Dimensionen differenziert, die Beger (2000: 10-11) wie folgt definiert:

„Die erste Dimension bezeichnet einen Prozeß, in welchem Zuwanderer einen Mitgliederstatus in der Aufnahmegesellschaft erwerben sowie Zugang zu gesellschaftlichen [Gütern sowie] Positionen und einen Status auf der Basis gleichberechtigter Chancen erreichen (strukturelle Integration).

Integration schließt kognitiv-kulturelle Lern- und Internalisierungsprozesse bei der zugewanderten wie bei der einheimischen Bevölkerung ein, die notwendig sind für die Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (kulturelle Integration oder Akkulturation).

Gesellschaftliche Mitgliedschaft bedeutet im privaten Bereich die Teilnahme und Akzeptanz bei sozialen Aktivitäten und bei Vereinsmitgliedschaften der Aufnahmegesellschaft (soziale Integration).

Die subjektive Seite der Integration zeigt sich in Prozessen neuer persönlicher Zugehörigkeitsdefinitionen (identifikatorische Integration).“

Während sich die Dimension der strukturellen Integration damit vor allem auf die Bereiche Bildung, Politik, Wirtschaft und Wohnen bezieht, umfasst die Dimension der kulturellen Integration in erster Linie „Lern- und Sozialisationsprozess[e]“ (Curvello 2010: 103). Den Ausführungen von Schramkowski (2007: 96) folgend, die nicht von

kultureller, sondern von „[f]unktionale[r] Integration“ spricht, wird im Folgenden statt des Begriffs „kulturelle Integration“ der Begriff „funktionale Integration“ verwendet. Darunter werden auf Seiten der allochthonen Bevölkerung der „Erwerb von Sprachkenntnissen und die Aneignung gesellschaftlicher Orientierungsmuster bzw. de[r] Erwerb von Kenntnissen über das kulturelle Orientierungssystem der aufnehmenden Gesellschaft“ (Schramkowski 2007: 96) verstanden. Auf Seiten der autochthonen Bevölkerung bedeutet dies beispielsweise die Anpassung an geänderte Lebensbedingungen. Diese Konzeptualisierung macht deutlich, dass der Integrationsprozess zwar eine beidseitige, funktionale Anpassung erfordert, diese jedoch ausschließlich auf funktionale Aspekte beschränkt ist. Dementsprechend kann die funktionale Dimension auf Seiten der Allochthonen nicht mit der früheren Vorstellung, dem Verleugnen oder Vergessen der ursprünglichen und der Übernahme einer neuen Kultur gleichgesetzt werden. Die Begrifflichkeit „Kultur“ wird auf diese Weise aus dem Integrationskonzept weitgehend verdrängt, wobei gleichzeitig der Fokus verstärkt auf den produktiven Umgang mit Differenz gelegt wird (vgl. Bibouche & Held 2009: 21; Richter 2006: 80). So wird kulturelle Vielfalt im Rahmen der hier verwendeten Integrationsdefinition, ähnlich der Theorie der transnational-pluralistischen Integration, als Chance verstanden, die interkulturellen Austausch und interkulturelles Lernen fördern kann (vgl. Levitt 2001; Luderwaldt 1984: 178). Zur sozialen Integration zählen unter anderem „Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen und die Mitgliedschaft in Gruppen und Vereinen.“ (Curvello 2010: 103) Im Unterschied zu Beger (2000: 11), der die Mitgliedschaft ausschließlich auf Vereine des Ankunftslandes bezieht, orientiert sich das für diese Arbeit entwickelte Verständnis hingegen an Curvello (2010: 103) und nimmt dementsprechend keine Einschränkung vor. Bedingt durch neue soziale Kontakte können sich subjektive Zugehörigkeiten verändern, was Kern der identifikatorischen Integration ist. Da die Modifikation von Identitätszuschreibungen vom einzelnen Individuum abhängt, können diese beispielsweise von Mehrfachzugehörigkeiten über die Zugehörigkeit entweder zum Herkunfts- oder zum Ankunftsland bis hin zu keinerlei Zugehörigkeiten reichen. Gleichzeitig können sich die Identitätszuschreibungen unter anderem auf die nationale, regionale und/oder lokale Ebene beziehen.

Geht Riegel (2004: 67) davon aus, dass eine „vollständige Integration“ erst bei einer Integration in allen vier Dimensionen vorliegt, bestreitet Yildiz (2001: 80) generell die Notwendigkeit „[e]ine[r] ‚vollständige[n] Integration‘ in einer polykontextuellen Gesellschaft [...] [, da diese] empirisch nicht mehr möglich und auch nicht mehr nötig [ist], weil das Leben in einer postmodernen Gesellschaft von allen Mitgliedern – ob autochthon oder allochthon – nur eine partielle Inklusion in die Gesellschaft verlangt.“ Da die Aussage Riegels (2004: 67) über die Existenz einer „vollständigen Integration“ der Vorstellung der Prozesshaftigkeit und damit der Offenheit von Integration widerspricht, wird die Integration in allen vier Bereichen in der vorliegenden Arbeit nicht zwangsläufig als Notwendigkeit angesehen, jedoch wird dies auch nicht von vornherein ausgeschlossen. So sind ganz unterschiedliche Formen von Integration möglich,

weshalb Reinprecht und Weiss (2012: 25) von der „Eingliederung in unterschiedlichen Pfaden“ sprechen. Im Folgenden finden deshalb alle vier Integrationsdimensionen Berücksichtigung, was zum einen die Analyse persönlicher Wege der Integration ermöglicht und zum anderen die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen einzelnen Dimensionen sowie deren jeweilige Relevanz für den individuellen Integrationsprozess erlaubt. Vorab wird bereits festgestellt, dass zwischen den vier Integrationsdimensionen zumindest ein kausaler Zusammenhang besteht.

4 Migration und Integration: Die Bundesrepublik Deutschland und das Bundesland Saarland

Sowohl die Zuwanderung nach als auch die Abwanderung aus Deutschland sind Phänomene, die bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts beobachtet werden konnten. So migrierten zum Beispiel Ende des 17. Jahrhunderts circa 38.000 Hugenotten in das heutige Deutschland und verteilten sich auf die verschiedenen deutschen Territorien. Während sich der Großteil in Brandenburg-Preußen niederließ, wurden andere beispielsweise in Hessen-Kassel, der Kurpfalz, Franken oder an der Saar sesshaft (vgl. Bade & Oltmer 2008: 143; Bundesministerium des Innern 2011: 12; Flick o.J.: 9).

Die Zuwanderung und Ansiedlung der Hugenotten Ende des 17. Jahrhunderts stieß im damaligen Deutschland auf unterschiedliche Reaktionen. Während von den Herrschenden die Ansiedlung der Hugenotten vielfach gefördert wurde, begegnete die autochthone Bevölkerung den Zuwanderern häufig mit Vorbehalten. So sahen die Autochthonen in den Zuwanderern in erster Linie wirtschaftliche Konkurrenten (vgl. Bade & Oltmer 2008: 144; Flick o.J.: 9). Dieses Beispiel verdeutlicht, dass das Thema „Integration“ keine Angelegenheit des 20. und 21. Jahrhunderts ist, sondern immer schon mit Migrationsprozessen verbunden war und auch in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hat.

4.1 Migration⁸

4.1.1 Kurzer historischer Abriss der Zuwanderung nach 1945⁹

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird das Wanderungsgeschehen in Deutschland vor allem von Einwanderung bestimmt, sodass sich Deutschland in der Nachkriegszeit von einem Aus- zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Während bis Mitte der 1950er-Jahre noch eine Vielzahl an Auswanderungen stattfand, wurden die unmittelbaren Nachkriegsjahre sowie die folgenden Jahrzehnte vor allem durch Zuzug bestimmt. So kamen nach 1945 zunächst deutsche Flüchtlinge und Vertriebene. Ab Mitte der 1950er-Jahre war die Zuwanderung durch Arbeitsmigration und den Familiennachzug geprägt. Der Zuzug der 1980er- und 1990er-Jahre wurde durch die Einreise von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und jüdischen Zuwanderern sowie (Spät-)Aussiedlern bestimmt. Darüber hinaus spielt die Zuwanderung von Familienan-

⁸ Die Ausführungen zum Saarland wurden teilweise bereits 2012 im GR-Atlas (Atlas der Großregion) unter dem Titel „Internationale Migranten und Migration“ von Nienaber und Roos (2012a) veröffentlicht.

⁹ Da der Verfasserin für das Saarland lediglich Informationen zu bestimmten Zuwanderergruppen vorliegen, kann nur bei diesen ein Saarlandbezug hergestellt werden. Darüber hinaus muss aufgrund mangelnder Verfügbarkeit neuerer Daten auch bei verschiedenen Zuwanderergruppen teilweise auf älteres Datenmaterial zurückgegriffen werden.

gehörigen aus Drittstaaten und EU-Binnenmigranten eine wichtige Rolle (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 14; Luft & Schimany 2010b: 38).

4.1.1.1 Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und das Einrücken sowjetischer Armeen in die deutschen Ostgebiete sowie die im Osten angrenzenden Regionen führten zu massiven Bevölkerungsbewegungen von Osten nach Westen. Während des Krieges kam es durch Flucht zu ersten Wanderungen, die sich nach Kriegsende in der Vertreibung der Deutschstämmigen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze sowie aus dem östlichen und südöstlichen Europa fortsetzten. Die Ausweisung erfolgte, weil der deutschstämmigen Bevölkerung eine Mitverantwortung an der Nazi Herrschaft beziehungsweise den -verbrechen zugeschrieben wurde (vgl. Beer 1994: 13-14; von Engelhardt 2006: 8).

Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes definiert diese Personen als Deutsche, wenn sie „als Vertriebene[...] oder Flüchtling deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in Deutschland Aufnahme gefunden“ (Bundesministerium des Innern 2011: 138) haben. Eine Konkretisierung erfuhr diese Bestimmung durch das Bundesvertriebenengesetz aus dem Jahr 1953 (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 138).

Bis Ende der 1940er-Jahre kamen rund zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in das Nachkriegsdeutschland. Insgesamt hatten vierzehn Millionen Deutschstämmige die Ostgebiete des Deutschen Reiches sowie deren östlichen Nachbarregionen verlassen, zwei Millionen kamen jedoch während der Umsiedlung zu Tode. Die Überlebenden wurden auf die vier verschiedenen Besatzungszonen aufgeteilt, sodass vier Millionen in die ehemals sowjetische und acht Millionen in die westlichen Besatzungszonen kamen (vgl. Bade & Oltmer 2004: 52-53; Bade & Oltmer 2008: 158-159; von Engelhardt 2006: 8). Nach einem kurzzeitigen Verbleib in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone wanderten viele in westliche Richtung weiter. Damit stieg der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1960 von 16,5 auf 21,0 Prozent (vgl. Beer 1994: 13; von Engelhardt 2006: 8). Innerhalb des Bundesgebiets war die Verteilung jedoch sehr ungleichmäßig. Während sich in Schleswig-Holstein laut Volkszählung von 1950 die Gesamtbevölkerung zu einem Drittel aus Flüchtlingen und Vertriebenen zusammensetzte, lag dieser Anteil beispielsweise in Rheinland-Pfalz lediglich bei drei Prozent. Mit 25 Prozent wies die Deutsche Demokratische Republik einen deutlich höheren Wert auf als die Bundesrepublik (vgl. Beer 1994: 13).

Entsprechende Daten liegen für das Saarland weder dem Statistischen Amt Saarland noch dem saarländischen Ministerium für Inneres und Sport in einer verwertbaren Form vor (vgl. Keßler 2015; Krämer 2015).

4.1.1.2 Arbeitsmigration

Gastarbeitnehmer

Wegen des beschleunigten Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er- und 1960er-Jahren der Arbeitskräftebedarf vor allem im Baugewerbe, der Montan- sowie der Automobilindustrie. Durch den kriegsbedingten Geburtenrückgang sowie die Verkürzung der täglichen Arbeits- und die Verlängerung der Ausbildungszeiten konnte dieser gestiegene Arbeitskräftebedarf nicht mehr alleine durch ein einheimisches Arbeitskräftepotenzial gedeckt werden (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 14; Gans & Schlömer 2014: 132; Griese & Marburger 2012: 2; Han 2010: 75). Es wurden daher bereits 1955 erste Anwerbeverträge mit Italien geschlossen, in den 1960er-Jahren folgten Verträge mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964) sowie Tunesien (1965) und Jugoslawien (1965) (vgl. Bade & Oltmer 2004: 72; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 12; Bundesministerium des Innern 2011: 14; Griese & Marburger 2012: 2; Heckmann 2015: 42; Luft & Schimany 2010b: 38; Oltmer 2013: 39).

Im Zuge der Anwerbevereinbarungen kamen bis 1973 circa 14 Millionen ausländische Erwerbspersonen nach Deutschland, die hauptsächlich in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen eine Beschäftigung fanden (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 15; Oltmer 2013: 39; Teymouri 2012: 111). Dabei handelte es sich zunächst vor allem um alleinstehende Männer zwischen 20 und 40 Jahren, die überwiegend gering bezahlte und wenig attraktive Tätigkeiten übernehmen sollten. Herkunftsländer waren bis in die späten 1960er-Jahre in erster Linie Italien, Spanien und Griechenland, später kamen die Erwerbstätigen ausländischer Staatsangehörigkeit hauptsächlich aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. So stiegen die Anteile der damaligen jugoslawischen und türkischen Staatsangehörigen innerhalb der Personen ausländischer Nationalitäten zwischen 1968 und 1973 von 8,8 beziehungsweise 10,7 Prozent auf 17,7 beziehungsweise 23,0 Prozent (vgl. Bade & Oltmer 2004: 72; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 12-13; Bundesministerium des Innern 2011: 15; Teymouri 2012: 111).

Nach dem „Rotationsprinzip“, von dem zunächst sowohl die Entsendeländer, die Bundesregierung und die angeworbenen Arbeitskräfte selbst ausgingen, sollten diese nur zeitlich befristet in Deutschland bleiben und nach Ablauf ihrer Aufenthaltsfrist wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Sie wurden daher auch als „Gastarbeiter“ bezeichnet (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 15; Geißler 2014: 41; Teymouri 2012: 110). Da die Politik nicht von einem langfristigen Aufenthalt, sondern der „temporäre[n] Überbrückung konjunktureller und demographischer Engpässe auf dem Arbeitsmarkt“ (Deutscher Bundestag 2002: 111) ausging, wurden keine Steuerungsmechanismen zur Einwanderung entwickelt (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 12; Teymouri 2012: 110-111). Wegen fehlender Arbeitsplätze und

schwieriger Lebensbedingungen in den Herkunftsländern sowie der kritischen Haltung vieler Betriebe gegenüber dem Rotationsprinzip kehrten jedoch nur elf Millionen der 14 Millionen angeworbenen Arbeitskräfte wieder in ihre Heimat zurück (vgl. Geißler 2014: 41; GRIESE & MARBURGER 2012: 3).

Mit der Ölkrise sowie der Rezession und den damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten kam es 1973 zu einem Anwerbestopp, der allerdings nur kurzfristig zu einer Abnahme der Anzahl angeworbener Arbeitskräfte führte. Aus Angst, aufgrund des Anwerbestopps nicht mehr nach Deutschland einreisen zu dürfen, blieben viele angeworbene Arbeitskräfte dauerhaft und holten ihre Familien nach, was laut Ausländergesetz von 1965 weiterhin erlaubt war. Durch die Familienzusammenführung und eine erhöhte Geburtenrate stieg die Zahl der Zuwanderungsbevölkerung wieder rasch an (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 13; Bundesministerium des Innern 2011: 15; GRIESE & MARBURGER 2012: 3; LUFT & SCHIMANY 2010b: 38; TEYMOURI 2012: 111).

Um eine dauerhafte Reduzierung der Zahl angeworbener Erwerbspersonen herbeizuführen, wurden verschiedene Reintegrationshilfen geschaffen, die eine freiwillige Rückkehr fördern sollten. So garantierte zum Beispiel das Ankara-Abkommen aus dem Jahr 1972 jedem Rückkehrwilligen die Teilnahme an speziellen Qualifizierungsprogrammen sowie die Förderung von Arbeitnehmergesellschaften. Da jedoch diese Maßnahmen nicht zu dem gewünschten Erfolg führten, wurden finanzielle Anreize in Form von Rückkehrprämien und der Auszahlung von Rentenversicherungen und Arbeitslosengeldern geschaffen (vgl. Pagenstecher 1995: 732). Diese finanziellen Anreize sowie eine repressive Personalpolitik einerseits und verbesserte Arbeitsmarktchancen in den Herkunftsländern andererseits zeigten schließlich die gewünschte Wirkung und führten zu einer Reduzierung der Anzahl ausländischer Arbeitnehmer (vgl. GRIESE & MARBURGER 2012: 3).

Seit Inkrafttreten des Anwerbestopps wurde der Zugang für Drittstaatsangehörige nach Deutschland deutlich erschwert, weshalb lange Zeit nur noch der Familiennachzug gestattet war (vgl. GRIESE & MARBURGER 2012: 3; SVR 2014: 45, 72).

Auch im Saarland wurden die Migrationsbewegungen in den 1960er- und 1970er-Jahren maßgeblich durch die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern bestimmt. Im Unterschied zur übrigen Bundesrepublik stieg die Zahl der angeworbenen Erwerbspersonen im Saarland erst in der Zeit von 1960 bis 1965 von 13.000 auf 23.007 an. Italien (14.600 Personen), die Türkei (645 Personen) und das ehemalige Jugoslawien (362 Personen) zählten zu den drei wichtigsten Herkunftsländern. Von besonderer Bedeutung waren wegen der Nähe zu Frankreich aber auch die 3.534 französischen Erwerbspersonen. Die meisten darunter waren Grenzgänger (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1965: 4-5). Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise 1966/1967 ging die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zwischen 1965 und 1967 von 23.007 auf 17.452 zurück (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1967: 2). Mit der wirtschaftlichen Erho-

lung stieg ihre Zahl wieder auf 23.643 (1973) Beschäftigte. Damit wurde die Zahl von 1965 sogar überschritten und gleichzeitig erreichten 1973 auch die Erwerbspersonen türkischer Staatsangehörigkeit mit 3.930 Personen ihren Höchststand (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1974: 5). Danach war die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer im Saarland parallel zu den wirtschaftszyklischen Schwankungen im Großen und Ganzen rückläufig. Dabei wurden vor allem bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien hohe Rückgänge verzeichnet, während sich die Personengruppe aus Italien, die größte Gruppe ausländischer Staatsangehörigkeit, auch als die zahlenmäßig stabilste erwies (vgl. Hartmann 2010: 7).

Hochqualifizierte, Fachkräfte, Werkvertrags-, Saisonarbeitnehmer und sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration

Erst in den letzten Jahren wurden in Deutschland im Zuge des Fachkräftemangels die rechtlichen Rahmenbedingungen durch Ausnahmeregelungen liberalisiert. Während weiterhin unqualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten nicht in die Bundesrepublik einreisen durften, wurde der deutsche Arbeitsmarkt durch die Schaffung von Ausnahmeregelungen für Angehörige bestimmter Berufsgruppen aus Nicht-EU-Ländern geöffnet. Aufgrund dieser Regelungen hat die Bedeutung der Arbeitsmigration in den vergangenen Jahren wieder leicht zugenommen (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 27; Griese & Marburger 2012: 3; Han 2010: 76; SVR 2014: 45; 72-73). So erhöhte sich die Zahl der Arbeitsmigranten zwischen 2006 und 2012 von rund 30.000 auf mehr als 38.000 Personen, was in erster Linie auf einen verstärkten Anstieg von Drittstaatsangehörigen zurückzuführen ist. Aufgrund der letzten arbeitsmigrationspolitischen Änderungen wird der Anteil der Arbeitsmigration von Drittstaatsangehörigen bei gleichbleibend positiver Wirtschaftslage vermutlich auch zukünftig weiter zunehmen (vgl. SVR 2014: 47).

Während die freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger und deren Familienangehörige keinen Aufenthaltstitel für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit brauchen, wird Drittstaatsangehörigen die Beschäftigungserlaubnis nur gemeinsam mit der Aufenthaltserlaubnis und in manchen Fällen auch nur mit der Zustimmung der Agentur für Arbeit von der Ausländerbehörde erteilt (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 39, 41).

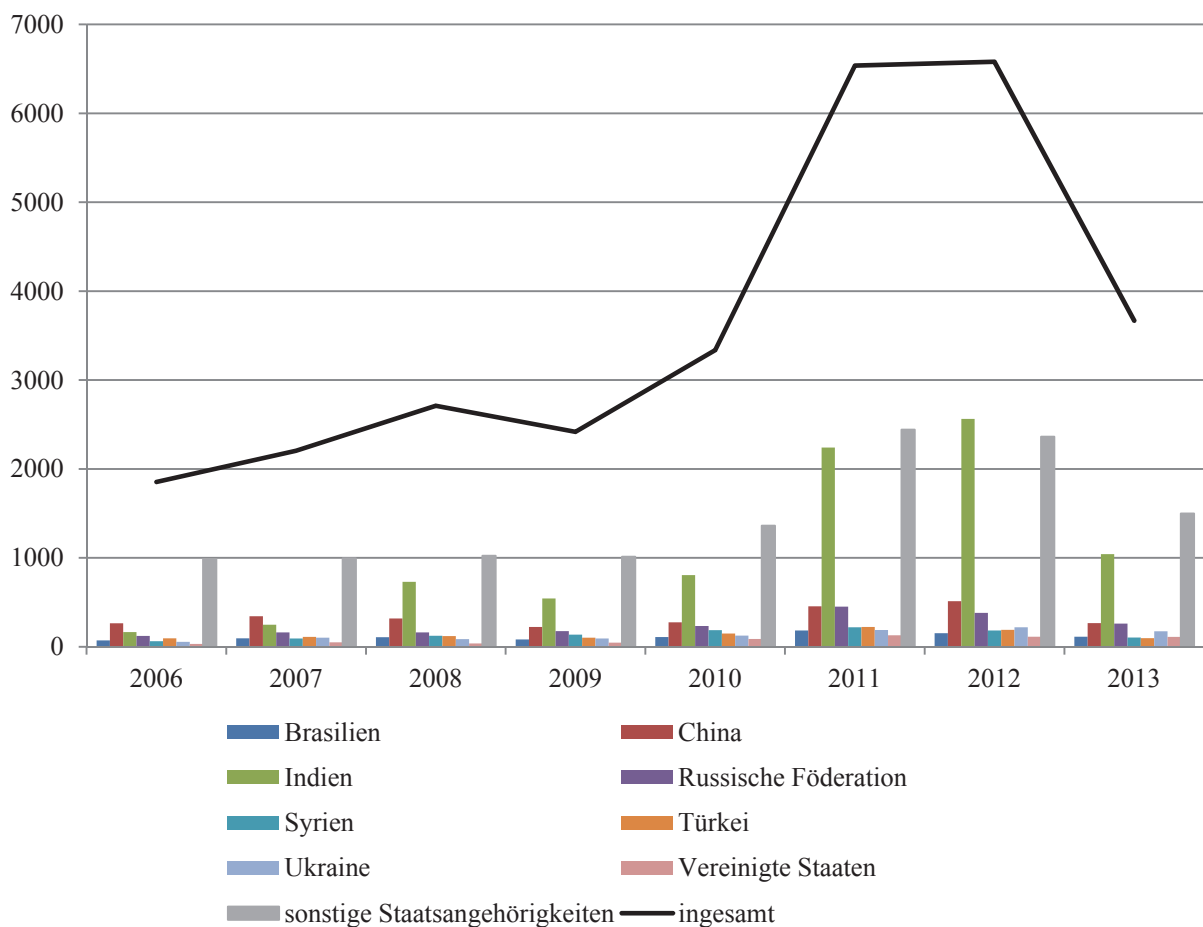
Erste Diskussionen um eine „Verordnung über Arbeitsgenehmigungen für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie“ (SVR 2014: 72) fanden bereits Anfang der 2000er-Jahre statt. So zielte die Einführung der „Green Card“ im August 2000 auf die Anwerbung hochqualifizierter IT-Fachleute aus Drittstaaten. Zwar konnte die Initiative die in sie gesetzten Erwartungen nicht vollständig erfüllen, jedoch gingen von ihr weitere Impulse wie die Umsetzung der EU-Hochqualifizierten-Richtlinie, die Schaffung eines Punktesystems für Arbeitssuchende sowie die Reform der Beschäftigungsverordnung aus (vgl. SVR 2014: 72). Auch das Zuwanderungsgesetz von 2005 erleichterte den Zuzug hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger, indem es diese Personengruppe neu definierte und den

Begriff weiter fasste. Darüber hinaus stärkte das Aufenthaltsrecht, das im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes erarbeitet wurde, beispielsweise mit der Schaffung einer Niederlassungserlaubnis die allgemeinen Rechte der Arbeitsmigranten (vgl. Heckmann 2015: 44; SVR 2014: 72). Trotz der liberalisierten Zuwanderungsmöglichkeiten blieb jedoch die Nachfrage gering, was zu weiteren Erleichterungen der Voraussetzungen führte. Mit Inkrafttreten des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes wurde 2009 die Einkommensgrenze für Hochqualifizierte abgesenkt und die Mindestinvestition für ausländische Selbstständige halbiert (vgl. Heckmann 2015: 44; SVR 2014: 74). Des Weiteren sorgten Änderungen in den Bereichen der Beschäftigung und Arbeitsgenehmigung für zusätzliche Vereinfachungen. Von besonderer Bedeutung für die Arbeitsmigrationspolitik waren die im August 2012 eingeführten Maßnahmen, die einerseits die Rahmenbedingungen nochmals grundlegend verändert und damit attraktiver gemacht haben sowie andererseits den rechtlichen Rahmen um das Element des Humankapitals ergänzt haben (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 42; SVR 2014: 74). Seit diesem Zeitpunkt wird auch der Aufenthaltstitel „Blue Card EU“ an Drittstaatsangehörige verliehen, wenn sie einen akademischen Abschluss vorweisen, ein Arbeitsplatzangebot vorliegt und sie ein bestimmtes jährliches Bruttomindestgehalt einnehmen (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 58; Gans & Schlömer 2014: 144). Weitere Modifizierungen des Aufenthaltsgesetzes betrafen die Gruppen der ausländischen Selbstständigen und Hochschulabsolventen sowie alle Personen mit anerkanntem akademischem Abschluss, die bei ausreichenden finanziellen Mitteln einen Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche erhalten können (vgl. SVR 2014: 73, 75-76). Eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Fachkräfte ohne akademischen Abschluss gelang erst im Juli 2013 mit Einführung der neuen Beschäftigungsverordnung. Auf diese Weise können Fachkräfte, die in definierten Mangelberufen tätig sind, auch ohne akademischen Abschluss nach Deutschland zuwandern, wenn ihre ausländischen Bildungs- und Berufsqualifikationen in Deutschland anerkannt werden. Dies ist im Anerkennungsgesetz des Bundes vom April 2012 geregelt, welches dazu beitrug, das Verfahren zur Bewertung im Ausland erworbener Kenntnisse zu vereinfachen und zu vereinheitlichen (vgl. SVR 2014: 76-77, 141).

Bedingt durch die sogenannte „Gastarbeiterpolitik“ wurde die Arbeitsmigration in Deutschland über einen langen Zeitraum durch den Zuzug Geringqualifizierter geprägt. Erst die durchgeführten Liberalisierungen ermöglichten in den letzten Jahren einen Wandel, sodass sich die Anteile der Hochqualifizierten sowohl aus Ländern der Europäischen Union als auch aus Drittstaaten signifikant erhöht haben (vgl. SVR 2014: 47, 50). Ende Dezember 2013 besaßen 3.182 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte, darunter 27 Personen, die im Jahr 2013 eingereist sind. Die meisten der in Deutschland neu zugewanderten Hochqualifizierten kamen aus den Vereinigten Staaten (fünf Personen). Eine Blue Card EU wurde zwischen August 2012 und Juli 2014 an rund 17.700 Drittstaatsangehörige erteilt. Während 55 Prozent in einem Regelberuf beschäftigt waren, erhielten 45 Prozent

die Karte für die Tätigkeit in einem Mangelberuf. Wichtige Quellländer waren in diesem Zusammenhang Indien, die Russische Föderation sowie die Vereinigten Staaten. Darüber hinaus erhöhte sich auch 2012 die Zahl der Zustimmung zur Tätigkeit in weiteren akademischen Berufen auf 6.580 und erreichte damit ihren bisherigen Höchststand. Allerdings reduzierte sich diese im Folgejahr auf 3.669 (s. Abb. 7). Waren es 2012 noch 1.089 ergangene Zustimmungen an ausländische Fachkräfte der IT-Branche, sank auch diese Zahl 2013 um -73,3 Prozentpunkte auf 291. Neben Indien stammten diese Akademiker und Fachkräfte vor allem aus der Ukraine, Serbien, China sowie der Russischen Föderation (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 49-50, 58-60).

Abbildung 7: Entwicklung der Zahl der Zustimmungen zur Tätigkeit in weiteren akademischen Berufen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2006 bis 2013



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 50

Trotz des weiterhin bestehenden Anwerbestopps für Geringqualifizierte sieht die Beschäftigungsverordnung Ausnahmenregelungen vor. Im Rahmen bilateraler Vereinbarungen und Saisonbeschäftigungen soll der Zugang zum Arbeitsmarkt mit Hilfe befristeter Beschäftigungsverhältnisse für ausländische Arbeitnehmer gesteuert werden. Bereits Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre wurden bilaterale Vereinbarungen zwischen Deutschland und den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten ge-

schlossen, die den Arbeitsmarktzugang durch jährlich neue Beschäftigungskontingente regeln. Teil dieser zwischenstaatlichen Vereinbarungen sind sogenannte „Werkvertragsarbeitnehmerabkommen“, nach denen Unternehmen mit Sitz im Ausland im Auftrag eines deutschen Generalunternehmens ihre Beschäftigten zeitlich befristet zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Deutschland entsenden dürfen (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 27-28; Bundesministerium des Innern 2014: 51; Heckmann 2015: 43). Mittlerweile greifen durch den Beitritt der meisten dieser Vertragsstaaten zur Europäischen Union und der damit verbundenen Dienstleistungsfreiheit die oben beschriebenen Vereinbarungen jedoch nicht mehr. Gültigkeit haben diese Bestimmungen allerdings noch für Drittstaatsangehörige aus der Türkei, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie für das EU-Mitglied Kroatien, für das derzeit noch Übergangsregelungen zu den Beitrittsverträgen gilt (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 28; Bundesministerium des Innern 2014: 52).

Zwischen 1992 und 1998 sank die Zahl der ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer von jährlich 95.000 auf 33.000 Personen. In den folgenden Jahren pendelte sich die Zahl zwischen 40.000 und 47.000 Beschäftigten ein, ehe sie ab 2003 erneut sank und im Jahr 2013 mit 11.287 Werkvertragsarbeitern den derzeitigen Tiefstand erreichte (s. Tab. 3). Davon stammten 35,2 Prozent aus Kroatien, gefolgt von Personen beispielsweise aus Rumänien (25,0 Prozent), Bosnien-Herzegowina (17,9 Prozent) und Serbien (12,7 Prozent) (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 53).

Tabelle 3: Entwicklung der Zahl der Werksvertragsarbeitnehmer in Deutschland zwischen 1991 und 2013 (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl der Werksvertragsarbeitnehmer
1991	51.771
1992	94.902
1993	70.137
1994	41.216
1995	49.412
1996	45.753
1997	38.548
1998	32.989
1999	40.035
2000	43.682
2001	46.902
2002	45.446
2003	43.874
2004	34.211

Jahr	Anzahl der Werksvertragsarbeitnehmer
2005	21.916
2006	20.001
2007	17.964
2008	16.576
2009	16.209
2010	17.983
2011	19.405
2012	11.793
2013	11.278

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 53

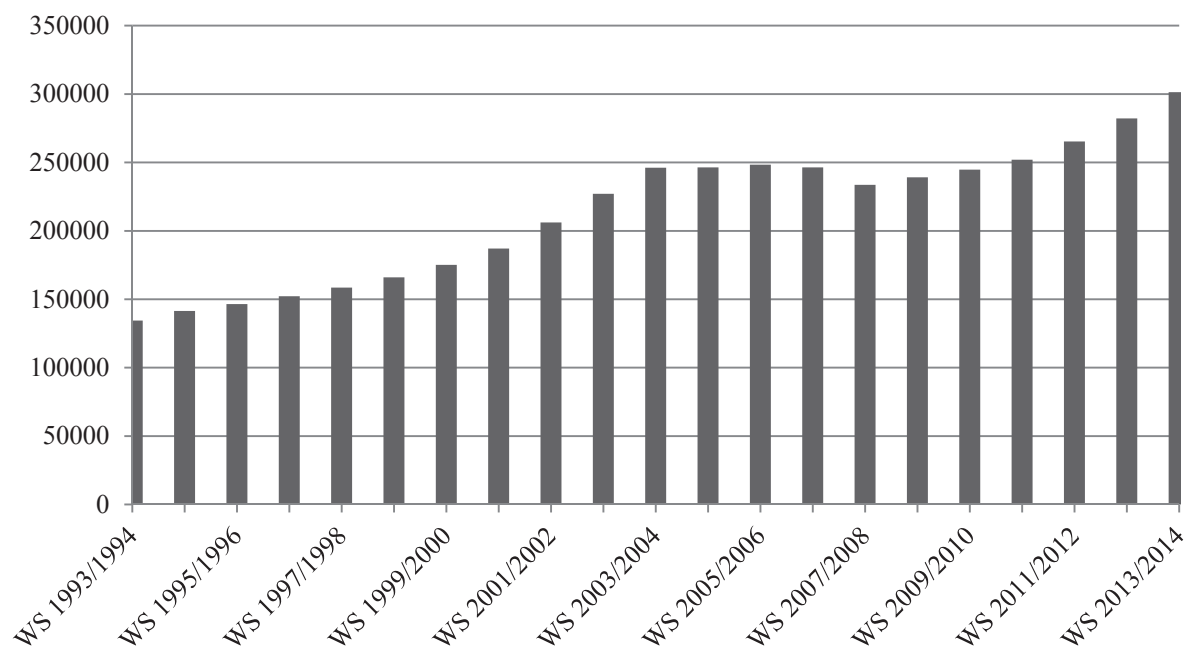
Im Zuge der Saisonbeschäftigung werden Aufenthaltstitel „zur Ausübung einer Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken bis zu insgesamt sechs Monaten im Kalenderjahr erteilt“ (Bundesministerium des Innern 2014: 52). Die Zulassung ist jedoch nur auf die Staaten beschränkt, mit denen die Bundesagentur für Arbeit entsprechende Vereinbarungen getroffen hat. Ähnlich wie bei den bilateralen Vereinbarungen haben auch diese Vermittlungsabsprachen durch den Beitritt der entsprechenden Länder zur Europäischen Union an Bedeutung verloren. Derzeit bestehen nur noch für Kroatien gewisse Übergangsregelungen (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 29). Bereits seit Beginn der 1990er-Jahre wird in Deutschland auf Saisonarbeitskräfte zurückgegriffen. Von 1994 bis 2004 erhöhte sich die Zahl der Vermittlungen stetig von 137.819 auf 333.690 und pendelte sich bis zum Jahr 2010 auf rund 300.000 Saisonarbeitnehmer ein. Im Jahr 2011 sank diese Zahl auf 207.695, was der Einführung der vollständigen Freizügigkeit der im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Ländern geschuldet war. Der bisherige Tiefststand wurde im Jahr 2012 mit 3.593 erteilten Zulassungen an ausschließlich kroatische Saisonarbeitnehmer erreicht (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 53).

Darüber hinaus finden sich in der Beschäftigungsverordnung weitere Regelungen unter anderem für Gastarbeitnehmer, Kranken- und Altenpflegepersonal sowie Haushaltshilfen. Jedoch handelt es sich im Unterschied zu den bereits beschriebenen Arbeitsmigranten um zahlenmäßig kleine Personengruppen. So wurden im Jahr 2013 560 Vermittlungen von Gastarbeitnehmern, 141 (2012) Pflegekräften und 467 Haushaltshilfen registriert, die mehrheitlich aus Kroatien oder Rumänien stammten (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 54, 56).

Neben der Arbeits- spielt auch die Bildungsmigration eine wesentliche Rolle, was sich darin zeigt, dass im Jahr 2012 fast genauso viele Bildungs- wie Arbeitszuwanderer nach Deutschland einreisten. Sie kamen mit dem Ziel, ein Studium zu absolvieren,

eine Schule zu besuchen oder eine sonstige berufliche Ausbildung abzuleisten. Darüber hinaus umfasst der Begriff des „Bildungsmigranten“ auch diejenigen, die vor Ort ihre Deutschkenntnisse erwerben oder erweitern. Nach jahrelangem kontinuierlichem Wachstum erreichte die Zahl der ausländischen Studierenden im Wintersemester 2013/2014 mit 301.350 ihren bisherigen Höchststand (s. Abb. 8). 72,6 Prozent der im Wintersemester 2013/2014 immatrikulierten ausländischen Studierenden waren Bildungsausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Besondere Zuwächse erfuhr die Zahl der Studierenden aus Drittstaaten bei gleichzeitiger Stagnation der Studierendenzahl aus Ländern der Europäischen Union. Dementsprechend kamen im Wintersemester 2013/2014 die meisten ausländischen Studierenden aus China, der Russischen Föderation sowie Indien. Mit insgesamt 86.170 nahmen 2013 so viele bildungsausländische Studierende wie nie zuvor ein Hochschulstudium in Deutschland auf. Auch die Zahl der Absolventen hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als vervierfacht. Die meisten ausländischen Studierenden, die ein Studium aufnahmen und beendeten, stammten aus einem asiatischen oder europäischen Land (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 64-66, 68; SVR 2014: 52).

Abbildung 8: Entwicklung der Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/1994 bis zum Wintersemester 2013/2014



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 65

Mit Änderungen im Aufenthaltsgesetz (2005 und 2012) wurde ausländischen Studierenden und Hochschulabsolventen der Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt erleichtert, wodurch Deutschland als Bildungsland noch attraktiver wurde. Neben einer Verlängerung der Zeitspanne für die Arbeitssuche von zunächst 12 (2005) auf 18 (2012) Monate nach Abschluss des Studiums sieht das Aufenthaltsgesetz außerdem vor, dass

den ausländischen Hochschulabsolventen nach erfolgreicher Arbeitssuche ein Aufenthaltstitel verliehen wird. 20 bis 25 Prozent der ausländischen Hochschulabsolventen machten im Jahr 2012 von diesen Möglichkeiten Gebrauch (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 64; SVR 2014: 52; 73, 75).

Da der Verfasserin für das Saarland lediglich Zahlen zur Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit (§ 18-21 Aufenthaltsgesetz) insgesamt vorliegen, kann auf Landesebene zu den Zuwanderergruppen der Hochqualifizierten, der Fachkräfte, der Werksvertrags- und Saisonarbeitnehmer sowie sonstiger zeitlich begrenzter Arbeitsmigranten keine differenzierten Aussagen gemacht werden. Zum Stichtag 30. April 2015 belief sich diese Zahl auf 1.065 Personen (darunter 152 Personen mit „Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (neues Recht)“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015). Zum gleichen Zeitpunkt verfügten 2.061 Personen über einen Aufenthaltstitel zu Ausbildungszwecken in Hochschulen, Schulen oder Handwerksbetrieben (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015).

4.1.1.3 Asylbewerber

Neben der Arbeitsmigration sowie der damit verbundenen Familienzusammenführung stieg seit den 1950er-Jahren auch die Zahl der Asylsuchenden (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 17).

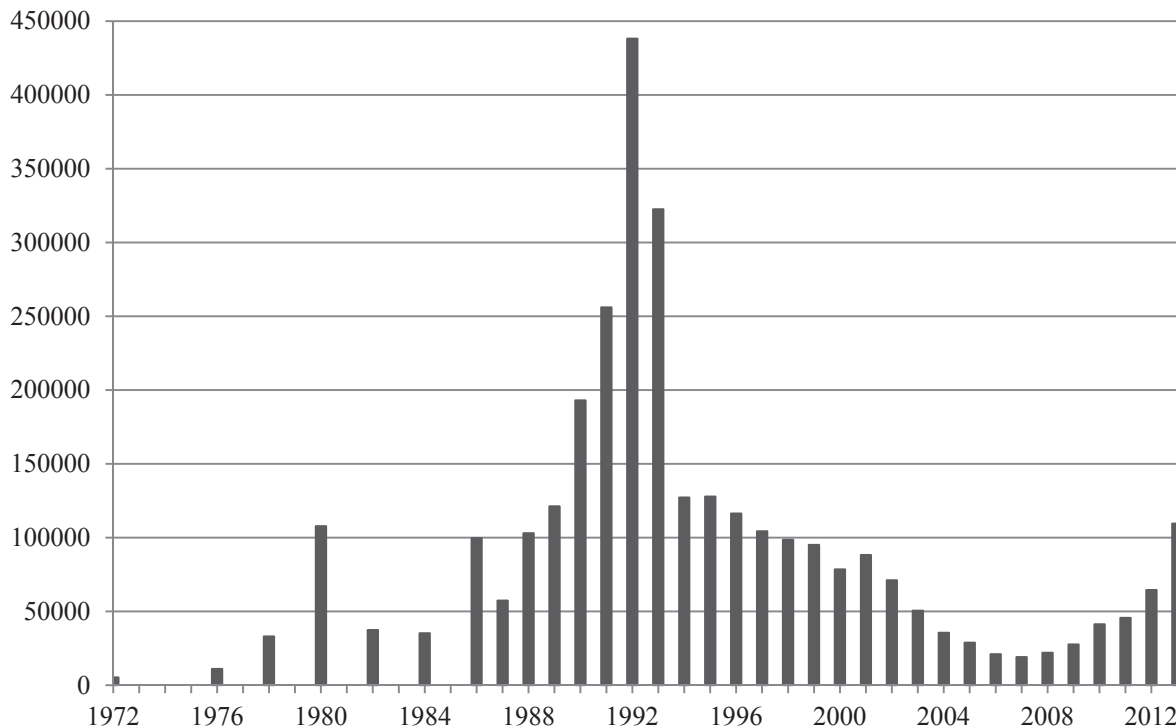
Nach Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes besteht für politisch Verfolgte, die „eine an asylherhebliche Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten haben beziehungsweise denen eine solche nach einer Rückkehr in das Heimatland konkret droht“ (Bundesministerium des Innern 2014: 68), ein Recht auf Asyl in Deutschland. Basierend auf den Merkmalen der Genfer Flüchtlingskonvention ist für die Asylgewährung entscheidend, ob aufgrund von „Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen [...] politischen Überzeugung[en]“ (Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen 1967: 2) eine Person verfolgt oder in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt wird. Das Asylrecht greift vor allem, wenn durch diese Verfolgungsmaßnahmen Leib und Leben bedroht sind oder dies befürchtet werden muss (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 24; Bundesministerium des Innern 2014: 69-70). Das Asylverfahren prüft seit Dezember 2013 sowohl die Voraussetzungen der Asylberechtigung als auch die des internationalen Schutzes, was neben dem Flüchtlingsschutz auch den subsidiären Schutz beinhaltet (Bundesministerium des Innern 2015b: 73). Für die Dauer dieses Verfahrens werden Asylsuchende nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Asylberechtigte und Flüchtlinge erhalten nach ihrer Anerkennung zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die unter bestimmten Voraussetzungen nach drei Jahren in eine Niederlassungserlaubnis übergehen kann (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 24, 127; Bundesministerium des Innern 2015b: 74; Maier-Borst 2013a: 89).

Für einen Rückgang der Zahl der Asylsuchenden sorgte der 1993 gefundene „Asylkompromiss“, der das Recht auf Asyl auf Personen beschränkt, „die mit gültigen Papieren auf dem Luft- oder Seeweg einreisen und dabei keinen sicheren Drittstaat passieren, in dem sie bereits einen Asylantrag hätten stellen können.“ (SVR 2014: 54) Mit Einführung der Drittstaatenregelung büßte Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes Bedeutung ein, da Deutschland ausschließlich von sicheren Drittstaaten umgeben ist (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 70; SVR 2014: 54). In den vergangenen Jahren wurden auch einige asyl- und flüchtlingspolitische Reformen durchgeführt, die einerseits die Zugangsmöglichkeiten nach Deutschland erweitert und andererseits den in Deutschland lebenden Asylbewerbern sowie Flüchtlingen mehr Rechte verliehen haben. Neben der Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und Flüchtlingen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes wurden unter anderem „Resettlement-Verfahren“ als Ergänzung zum Asylsystem, Sonderprogramme zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge, rechtliche Änderungen beim Arbeitsmarktzugang sowie Lockerungen der Residenzpflicht und Reformen des Bleiberechts umgesetzt (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 83; Maier-Borst 2013b: 122; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2015; SVR 2014: 84-88).

Während die jährlichen Zuzugszahlen bis in die zweite Hälfte der 1970er-Jahre mit rund 10.000 Personen relativ niedrig waren, stieg die Zahl der Asylanträge unter anderem als Folge des eingeführten Anwerbestopps zu Beginn der 1980er-Jahre auf 107.000 an (s. Abb. 9) (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 17). Mit der Zunahme der Asylbewerberzahlen verschoben sich auch die Herkunftsländer. Stammten Mitte der 1970er-Jahre die meisten Antragsteller aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, besaßen im Jahr 1980 mehr als die Hälfte der Asylbewerber die türkische Staatsangehörigkeit. Nach einem kurzzeitigen Rückgang der Zahl der Antragsteller auf unter 20.000 Personen im Jahr 1983, stieg sie ab 1984 durchgehend bis zum Jahr 1992 auf 438.191 Personen an. Als Folge der Asylrechtsreform sanken in den Folgejahren die Asylbewerberzahlen wieder, sodass im Jahr 2007 mit 19.164 Erstanträgen fast wieder der Stand von 1983 erreicht wurde (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 14; Bundesministerium des Innern 2011: 17; Hans 2010: 29-30; Maier-Borst 2013a: 89). Nach 2007 erhöhte sich die Zahl der Erstanträge sprunghaft auf 64.539 im Jahr 2012 und weiter auf 109.580 im Jahr 2013. Im Zeitraum von 1990 bis 2013 wurden 2,584 Millionen Asylerstanträge bearbeitet (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 76-77). Da immer mehr Konflikte in der Vergangenheit im direkten Einzugsbereich von Europa stattfanden, stieg die Zahl der Asylbewerber auch in Deutschland an. Im internationalen Vergleich zählt Deutschland damit hinter den USA und Frankreich zu den wichtigsten Aufnahmeländern für Asylbewerber (vgl. SVR 2014: 55-56). So wurden im ersten Halbjahr 2015 bereits 179.037 Asylerstanträge in Deutschland gestellt. Nach Schätzungen des Bundesministeriums des Innern werden bis zum Jahresende 2015 circa 800.000 Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland

ankommen (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015; Bundesministerium des Innern 2015a).

Abbildung 9: Anzahl der gestellten Asylanträge in Deutschland 1972-2013 (ausgewählte Jahre)

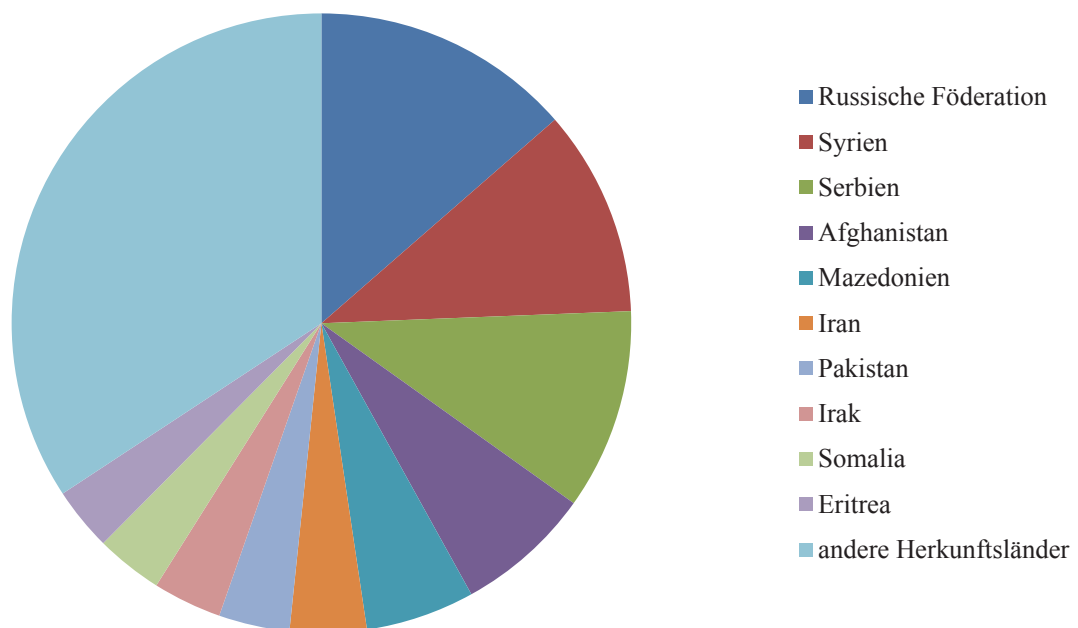


Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bade & Oltmer 2008: 165 und Bundesministerium des Innern 2015b: 76

Ähnlich der Verschiebung, die im Hinblick auf die Herkunftsländer in den 1970er- und 1980er-Jahren stattfand, haben sich auch in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Quellländer verschoben. Kam die Mehrheit der Asylbewerber bis Ende der 1990er-Jahre aus Europa einschließlich der Türkei sowie der ehemaligen Sowjetunion, stammte der größte Teil bis zum Jahr 2012 aus asiatischen Herkunftstaaten. Im Jahr 2013 verteilten sich die Antragsteller hingegen zu 39,1 Prozent auf europäische, zu 38,8 Prozent auf asiatische und zu 20,5 Prozent auf afrikanische Länder. Mit 14.887 gestellten Asylanträgen und einem Anteil von 13,6 Prozent an allen Asylantragstellern war die Russische Föderation im Jahr 2013 das Hauptherkunftsland von Asylbewerbern, gefolgt von Syrien und Serbien mit jeweils einem Anteil von 10,8 beziehungsweise 10,5 Prozent (s. Abb. 10). Gleichzeitig ist auch die Zahl der Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten Bosnien, Kosovo, Mazedonien sowie Montenegro und Serbien weiter angestiegen (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 77-78). Dieser im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten deutliche Anstieg ist zum einen auf den Wegfall der Visumspflicht für serbische und mazedonische Bürger aus dem Jahr 2009 und zum anderen darauf zurückzuführen, dass einige europäische Länder unter der Staatsschuldenkrise leiden und deshalb für Einwanderer an Attraktivität verloren ha-

ben. Darüber hinaus folgt der Zuwachs auch aus der Tatsache, dass durch den Abschluss des Anwerbeabkommens im Jahr 1968 sowie dem Zuzug von Bürgerkriegsflüchtlingen in den 1990er-Jahren bereits zahlreiche Netzwerke bestehen, auf die Asylsuchende zurückgreifen können (vgl. SVR 2014: 57-58). Solche Netzwerke sind neben der Verschärfung der Kriegshandlungen unter anderem auch die Ursache dafür, dass sich in dem Zeitraum zwischen 2007 und 2012 die Zahl der Asylsuchenden aus Afghanistan verzehnfacht hat (2007: 338 Personen; 2012: 7.500 Personen). Im Unterschied zur überproportionalen Zunahme der Asylanträge aus den Westbalkanstaaten und Afghanistan hat sich die Zahl aus Syrien von 2007 bis 2012 zwar auf 6.201 Personen verzehnfacht, jedoch war der Anstieg in Deutschland unter anderem wegen fehlender Netzwerke im Vergleich zu anderen Industriestaaten deutlich geringer (vgl. SVR 2014: 58-59). Im Jahr 2013 stieg vor allem die Anzahl der Asylerstanträge aus Eritrea und Somalia um rund 460 beziehungsweise 200 Prozentpunkte, was in Eritrea auf das diktatorische Herrschaftssystem sowie die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und in Somalia auf die aktuellen Kämpfe und Menschenrechtsverletzungen zurückzuführen ist (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 79).

Abbildung 10: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den zehn häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2013

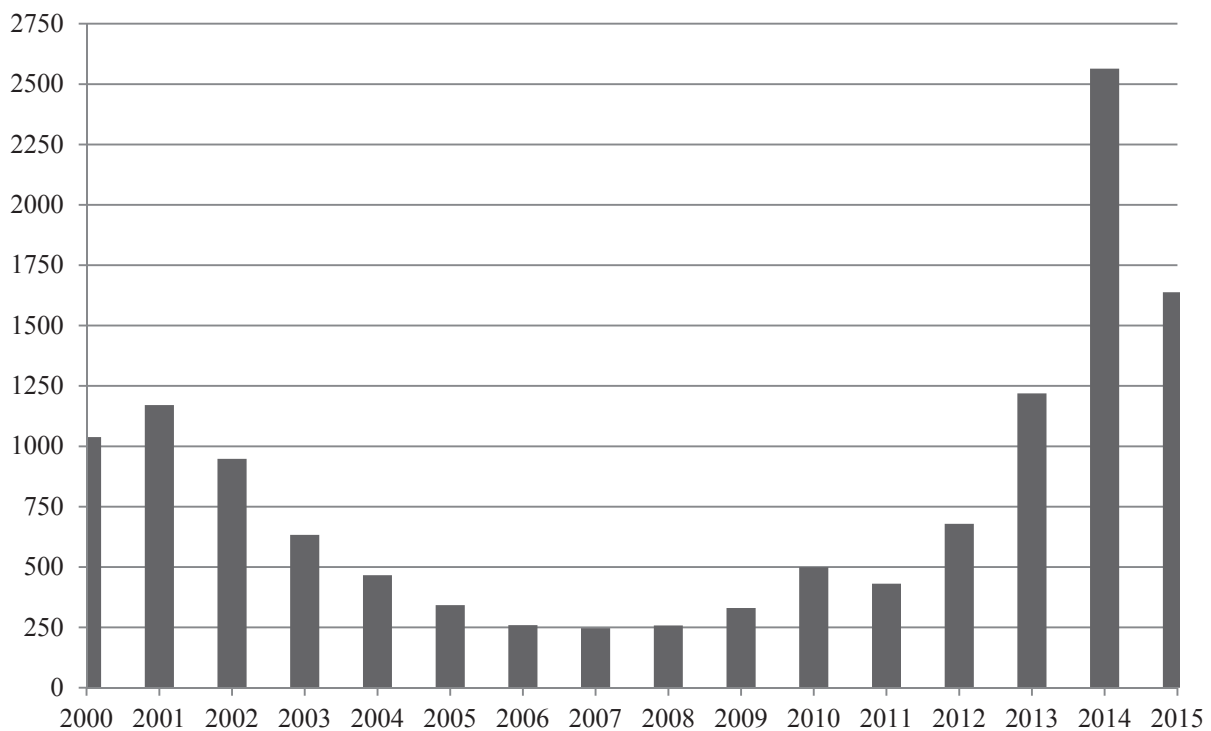


Quelle: Bundesministerium des Innern 2015b: 77

Wird die Zahl der Zuzüge von Asylbewerbern und Flüchtlingen zwischen 1995 und 2004 betrachtet, wird deutlich, dass die Zahlen der ankommenden Asylbewerber seit 1996, abgesehen von einem Anstieg 2001, generell rückläufig waren. Allein von 2002 bis 2003 ging die Zahl um knapp -30 Prozentpunkte zurück (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005: 9).

Entsprechend der bundesweiten Entwicklung hat auch im Saarland die Zahl der Asylerstanträge in den vergangenen Jahren wieder zugenommen. Während zwischen 2001 und 2007 ein Rückgang von 1.171 auf 247 Erstanträge verzeichnet wurde, erhöhte sich die Zahl bis April 2015 um 563,2 Prozentpunkte auf 1.638 Anträge (s. Abb. 11) (vgl. Keßler 2015).

Abbildung 11: Anzahl der gestellten Asylerstanträge im Saarland 2000-2015 (bis April 2015)



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Keßler 2015

Über Aufenthaltstitel nach den Paragraphen 22 bis 26 des Aufenthaltsgesetzes (Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen) verfügten saarlandweit am 30. April 2015 insgesamt 8.837 Personen (darunter 3.693 Personen mit „Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (neues Recht)“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015).

4.1.1.4 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Aufgrund des beginnenden Zerfalls Jugoslawiens und den damit verbundenen kriegsrischen Auseinandersetzungen innerhalb beziehungsweise zwischen Einzelstaaten fanden aus humanitären Gründen bis Ende 1992 rund 345.000 bosnische Flüchtlinge vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland (vgl. Bade & Oltmer 2005: 106; Bundesministerium des Innern 2011: 17). Nachdem sich die Situation in Bosnien und Herzegowina wieder stabilisiert hatte, verließ ein Großteil der Flüchtlinge Deutschland wieder, um entweder unter Inanspruchnahme entsprechender Rückkehrförderprogramme in das

Heimatland zurückzukehren oder um in ein anderes Land wie beispielsweise die Vereinigten Staaten oder Kanada zu migrieren (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 17; Bundesministerium des Innern 2014: 14; Hans 2010: 27; Kilgus 2013: 73).

Zu den Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina kamen bis 1994 35.000 kroatische Flüchtlinge, die ebenfalls nach einer relativ kurzen Aufenthaltsdauer im Jahr 2000 größtenteils wieder in ihre Herkunftsländer remigriert sind. Die kurze Verweildauer war nicht zuletzt eine Folge des 1994 abgeschlossen deutsch-kroatischen Rückübernahmeabkommens, das für unterschiedliche Personengruppen gestaffelte Rückkehrphasen vorsah. So kehrten bereits 1994 die ersten Flüchtlinge zurück (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 19).

Auch während der Kosovo-Krise flüchteten im Rahmen von international abgestimmten humanitären Aktionen im Jahr 1999 rund 15.000 Personen aus dem Kosovo nach Deutschland. Nach Beendigung des Konflikts und der zunehmenden Stabilisierung ist auch diese Bevölkerungsgruppe zu einem großen Teil in ihr Herkunftsland zurückgekehrt (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 19).

Entsprechende Daten für das Saarland liegen dem Statistischen Amt Saarland in keiner verwertbaren Form vor (vgl. Krämer 2015).

4.1.1.5 Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Unter anderem hat die Angst vor Antisemitismus und Bürgerkrieg sowie die ungünstige Wirtschaftslage Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre zur Auswanderung von Teilen der jüdischen Bevölkerung aus der ehemaligen Sowjetunion geführt. Erst die im Zusammenhang mit Glasnost und Perestroika eingeführte Liberalisierung der Ausreisebedingungen ermöglichte es auch der jüdischen Minderheit, die ehemalige Sowjetunion ohne Beschränkungen verlassen zu können. Aufgrund der historischen Verantwortung und dem Willen, die jüdischen Gemeinden in Deutschland zu stärken, nimmt Deutschland seit 1990 jüdische Zuwanderer und deren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion auf. So ist Deutschland neben Israel und den USA zum wichtigsten Zielland für diese Zuwanderergruppe geworden (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 148; Bundesministerium des Innern 2014: 80; Haug & Wolf 2006: 65-67; Heckmann 2015: 46).

Das Aufnahmeverfahren sieht vor, dass die in Deutschland aufgenommenen jüdischen Zuwanderer, ihre Ehegatten sowie minderjährigen Kinder eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Des Weiteren bekommen die Familienangehörigen, die selbst nicht antragsberechtigt sind, eine Aufenthaltserlaubnis (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 151; Bundesministerium des Innern 2014: 80).

Von 1993 bis 2013 wanderten insgesamt 205.920 jüdische Zuwanderer sowie deren Familienangehörige vor allem aus der Ukraine und der Russischen Föderation nach Deutschland ein. Die meisten Zuzüge jüdischer Personen wurden mit 15.184 bis 19.437 in der Zeit von 1995 bis 2003 verzeichnet, während sich deren Zahl in den da-

rauf folgenden Jahren stark reduzierte. So sank im Jahr 2013 die Zahl der Zuzüge jüdischer Zuwanderer im Vergleich zum Vorjahr um -46,3 Prozentpunkte auf 246. Der seit Mitte der 2000er-Jahre zu beobachtende Rückgang geht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern sowie die im Jahr 2005 geänderten Zugangsbedingungen¹⁰ für jüdische Einwanderer zurück (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 154-155; Bundesministerium des Innern 2015b: 84).

Da dem Statistischen Amt Saarland keine diesbezüglichen Daten in verwertbarer Form vorliegen, kann über die Quantität und den Zeitpunkt eventueller jüdischer Zuwanderung keine Aussage gemacht werden (vgl. Krämer 2015).

4.1.1.6 (Spät-)Aussiedler

(Spät-)Aussiedler sind Angehörige deutscher Volksgruppen der ehemaligen Sowjetunion sowie ost- und südosteuropäischer Staaten, die aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit erhebliche Benachteiligungen, Verfolgungen und Zwangsumsiedlungen in ihren Herkunftsländern ausgesetzt waren (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 138; GRIESE & MARBURGER 2012: 5; Heckmann 2015: 40). Obwohl sie den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen rechtlich gleichgestellt wurden, verließen die (Spät-)Aussiedler im Unterschied zu dieser Gruppe ihre Herkunftsländer auf eigenen Entschluss. Je nach Einreisedatum unterscheidet das Gesetz zwischen Aussiedlern und Spätaussiedlern. Während zu den Aussiedlern diejenigen Personen zählen, die vor dem 01. Januar 1993 nach Deutschland eingereist sind, werden unter dem Begriff der Spätaussiedler diejenigen zusammengefasst, die ab diesem Datum zugewandert sind (vgl. Bade & Oltmer 2004: 117; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013a: 21; GRIESE & MARBURGER 2012: 5; Han 2010: 105).

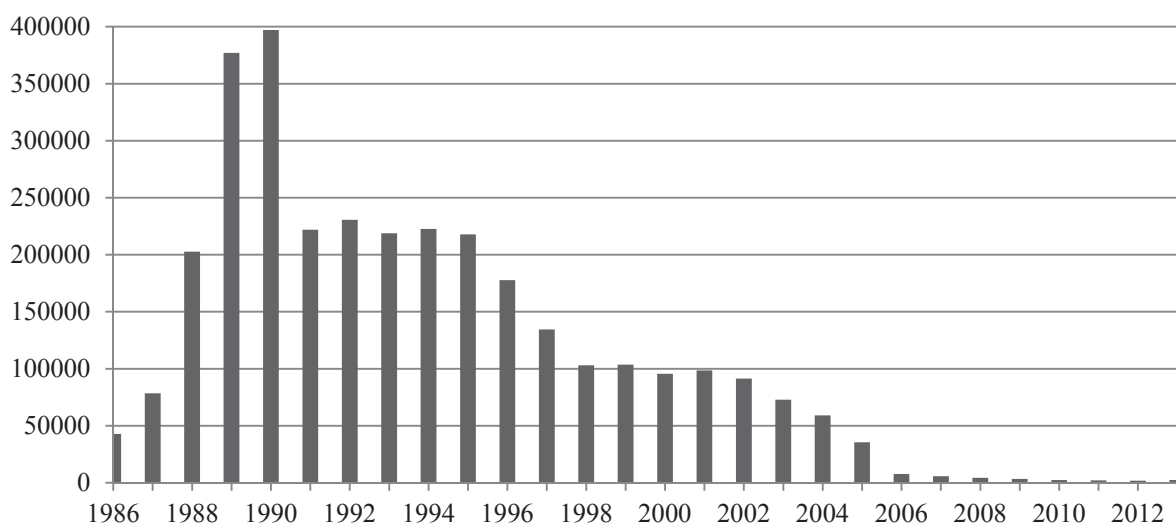
Ähnlich wie die jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nutzten auch die Aussiedler Mitte der 1980er-Jahre die mit der Perestroika verbundenen Ausreiseerleichterungen, um ihre Herkunftsländer zu verlassen, was in Deutschland zu einem verstärkten Zuzug von Aussiedlern führte. Diese Zuwanderung wurde durch das Aussiedleraufnahmegesetz von 1990 gesetzlich geregelt (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 138; Bundesministerium des Innern 2014: 95). So setzt eine Zuwanderung voraus, dass „bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes das Vorliegen der Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt vorläufig überprüft und durch Erteilung eines Aufnahmebescheids bejaht worden ist.“ (Bundesministerium des Innern 2014: 95) Die im Aussiedleraufnahmegesetz formulierten Aufnahmevoraussetzungen wurden 1993 mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz modifiziert. Eine besondere Erleichterung erfuhr die Zusammenführung von Spätaussiedlerfamilien durch

¹⁰ Die geänderten Zugangsbedingungen sehen neben dem Nachweis der jüdischen Herkunft grundlegender Kenntnisse der deutschen Sprache und der Möglichkeit, in eine jüdische Gemeinde aufgenommen zu werden, auch die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts als Aufnahmevoraussetzungen vor (vgl. Bade & Oltmer 2008: 167).

das im September 2013 in Kraft getretene Zehnte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes, wonach die Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung sowie die Nachweispflicht einer Härte entfallen. Darüber hinaus müssen nur noch der Ehepartner des Spätaussiedlers und seine erwachsenen Kinder über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 95-96; Han 2010: 105; Tröster 2013: 79). In Deutschland angekommen, werden die Spätaussiedler und ihre Familien vom Bundesverwaltungsamt nach einem gesetzlich geregelten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Nach dem bis zum 31. Dezember 2009 geltenden Wohnortzuweisungsgesetz wurde den Personen, sofern sie über kein sicheres Einkommen verfügten, ein vorläufiger Wohnsitz vorgeschrieben. Ab 2010 werden die Spätaussiedler zwar weiterhin auf die Bundesländer verteilt, aber innerhalb des jeweiligen Bundeslandes besteht freie Wohnsitzwahl (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013a: 23, 25; Bundesministerium des Innern 2011: 144-145).

Im Zuge der (Spät-)Aussiedlerwanderung kamen zwischen 1990 und 2013 insgesamt 2.512.194 Menschen nach Deutschland. Während im Jahr 1990 die Aussiedlerzuwanderung mit einem Zuzug von 397.073 Personen ihren Höhepunkt erreichte, waren die Zuzugszahlen in den folgenden Jahren rückläufig und fielen im Jahr 2000 erstmalig unter 100.000 Personen (s. Abb. 12). Bis 2012 reduzierten sich die Zahlen weiter. So wurden in diesem Jahr lediglich 1.817 zugewanderte Spätaussiedler registriert, was einem Rückgang im Vergleich zu 2011 um -15,4 Prozentpunkte und damit dem bisher niedrigsten (Spät-)Aussiedlerzuzug seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 entspricht. Das Jahr 2013 bringt eine Trendwende, da in diesem Jahr der Spätaussiedlerzuzug im Vorjahresvergleich um 33,6 Prozentpunkte auf 2.427 wuchs (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 102).

Abbildung 12: (Spät-)Aussiedlerzuzug nach Deutschland von 1986-2013

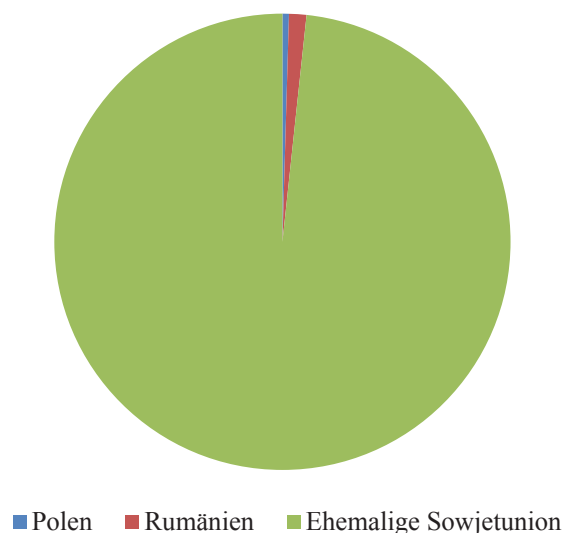


Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bade & Oltmer 2008: 167 und Bundesministerium des Innern 2015b: 104

Der bis 2012 erkennbare Rückgang der Zuzugszahlen ist unter anderem auf die zahlenmäßige Reduzierung potenzieller Spätaussiedler, die geänderte Gesetzgebung im Hinblick auf die Aufnahmevoraussetzungen sowie den Wegfall vieler ursprünglicher Migrationsmotive zurückzuführen. Außerdem ist seit dem Jahr 1999 auch die Anzahl der neu gestellten Aufnahmeanträge rückläufig. Während 1999 noch 117.000 Anträge eingingen, lag die Zahl im Jahr 2011 nur noch bei 6.337. Innerhalb eines Jahres hatte sich jedoch die Anzahl der Anträge mehr als verdoppelt und lag Ende 2012 wieder bei 13.045, um 2013 wieder auf 10.963 zu sinken. Die zwischen 1990 und 2013 bearbeitete Zahl der Aufnahmeanträge beläuft sich auf rund 2,8 Millionen. Von 1950 bis einschließlich 2012 sind insgesamt 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013a: 28; Bundesministerium des Innern 2015b: 102, 105).

Das Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes führte unter anderem dazu, dass sich neben der Quantität des (Spät-)Aussiedlerzuzugs ab Anfang der 1990er-Jahre auch die Zusammensetzung nach Quellländern veränderte. Wanderten 1990 noch 133.872 Aussiedler aus Polen und 111.150 aus Rumänien ein, waren es im Jahr 2013 nur noch 11 beziehungsweise 30 Spätaussiedler (vgl. Bade & Oltmer 2004: 118; Bundesministerium des Innern 2015b: 105; Han 2010: 105). Die deutliche Mehrheit der (Spät-)Aussiedler kommt seit 1990 aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. So macht diese Gruppe seit Jahren 98 Prozent am gesamten Spätaussiedlerzuzug aus, wobei die Russische Föderation und Kasachstan zu den wichtigsten Quellländern zählen (s. Abb. 12). Es folgen die Ukraine und Kirgistan (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013a: 28-29; Bundesministerium des Innern 2015b: 105; Griesse & Marburger 2012: 5; Han 2010: 105).

Abbildung 13: (Spät-)Aussiedlerzuzug nach Herkunftsgebieten im Jahr 2013



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 104

Im Vergleich zu den Vorjahren war 1977 im Saarland ein Anstieg der Zahl der Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Ländern zu verzeichnen. Wurden 1974 255 Personen aus diesen Regionen aufgenommen, waren es im Jahr 1977 insgesamt 580 Personen. Dass sich in dem genannten Zeitraum die Zahl der Aussiedler mehr als verdoppelte, liegt unter anderem auch in der Tatsache begründet, dass die Zahl der polnischen Aussiedler enorm anstieg. Kamen 1974 noch 134 Personen aus der Volksrepublik Polen, waren es im Jahr 1977 bereits 449 Personen (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1978: 1). Bis 1980 waren die Zahlen der aufgenommenen Aussiedler leicht rückläufig. 1981 kamen insgesamt 842 Aussiedler und DDR-Bürger in die Bundesrepublik, ein Anstieg, der sowohl durch die Abwanderung von Deutschen aus der Volksrepublik Polen als auch die gestiegene Zahl an Zuwanderern aus der ehemaligen DDR bedingt war. Bereits ein Jahr später sank die Zahl der aufgenommenen Aussiedler und DDR-Zuwanderer verglichen mit dem Vorjahr um -46 Prozentpunkte auf insgesamt 452 Personen, was auf einen Rückgang der Aussiedlerzahlen aus der Volksrepublik Polen und der früheren Sowjetunion zurückzuführen war (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1981 & 1982 & 1983: 4-5). Bis 1987 kamen insgesamt 2.707 Aussiedler sowie 1.031 DDR-Zuwanderer in das Saarland (vgl. Schumann 1990: 41), die in der Landesaufnahmestelle Lebach und in den dazugehörigen Dependancen in Homburg, Saarbrücken und St. Wendel untergebracht wurden (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1988: 4).

Im Jahr 2010 lebten über 40.000 (Spät-)Aussiedler im Saarland, wobei der Großteil aus Russland sowie Kasachstan stammte (vgl. Hartmann 2010: 7).

4.1.1.7 Familien- und Ehegattennachzug von Drittstaatsangehörigen

Der Familiennachzug ist zum Schutz von Ehe und Familie nach Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes gewährleistet. Seit Januar 2005 regelt das Aufenthaltsgesetz die Einreise und den Aufenthalt von drittstaatsangehörigen Ehepartnern ab einem Mindestalter von 18 Jahren und Kindern bis 16 Jahren von bereits in Deutschland lebenden Personen (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 124-125; Bundesministerium des Innern 2014: 83; Heckmann 2015: 42; SVR 2014: 90; Walter 2013: 111). Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gelten verschiedene allgemeine Voraussetzungen. So muss beispielsweise sichergestellt sein, dass „der bereits hier lebende Ausländer eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht, der Lebensunterhalt des Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist [...] und kein Ausweisungsgrund vorliegt“ (Bundesministerium des Innern 2011: 125).

Auch europaweit wurde im Jahr 2003 mit der Familienzusammenführungsrichtlinie der Anspruch auf Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen geregelt. Durch das Inkrafttreten des 1. EU-Richtlinienumsetzungsgesetzes im Jahr 2007 wurden weitere Änderungen beim Familiennachzug gültig, die die allgemeinen Voraussetzungen erweitern. In diesem Zusammenhang steht auch die Einführung eines obligatorischen

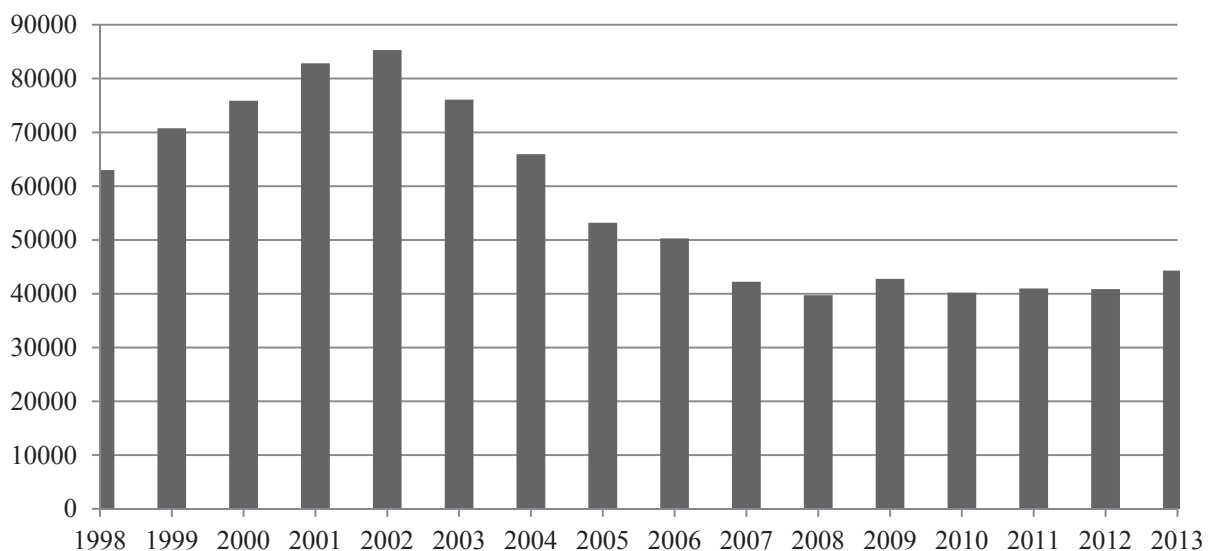
Sprachtests für nachziehende Ehepartner, durch den in der Regel bereits vor Einreise Deutschkenntnisse auf dem Niveau A1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nachgewiesen werden müssen (vgl. SVR 2014: 90). Vom Sprachnachweis befreit sind unter anderem Ehepartner von Unionsbürgern, die über ein Recht auf Freizügigkeit verfügen und dieses genutzt haben, nachziehende Ehepartner von Inhabern der Blauen Karte oder einreisende Ehegatten „bei [...] [denen] ein erkennbar geringer Integrationsbedarf“ (Aufenthaltsgesetz Paragraph 30) besteht. Auch wird auf den Sprachnachweis bei Ehegatten von Staatsangehörigen aus solchen Ländern verzichtet, denen besondere Erleichterungen im Hinblick auf den deutschen Arbeitsmarkt gewährt werden (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 84; SVR 2014: 90-91). Zielsetzung der Änderungen waren in der offiziellen Begründung die Bekämpfung von Zwangsehen und die Förderung der Integration nachziehender Ehepartner (vgl. SVR 2014: 91). Weiterhin könnte laut des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration vermutlich auch die Begrenzung des Familiennachzugs „von Unqualifizierten zu bereits im Land lebenden unqualifizierten Zuwanderern im Allgemeinen und eine ‚Zuwanderung in die Sozialsysteme‘ im Besonderen“ (SVR 2011: 98) bei diesen Veränderungen intendiert gewesen sein (vgl. SVR 2014: 91; Walter 2013: 111). Gegner des Sprachtests sahen in diesem Instrument zur Steuerung der Familienzusammenführung eine Diskriminierung und zweifelten an der Vereinbarkeit der Sprachanforderungen mit dem Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes. Befürchtet wurde auch ein deutlicher Rückgang des Familiennachzugs. Infolge der geführten politischen Diskussionen und verschiedener Gerichtsverfahren wurden in den vergangenen Jahren weitere gesetzliche Bestimmungen zum obligatorischen Sprachtest umgesetzt (vgl. SVR 2014: 91-92; Walter 2013: 112). So ermöglichte die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2012 eine Familienzusammenführung auch ohne entsprechenden Sprachnachweis, „wenn der Erwerb einfacher Sprachkenntnisse im Einzelfall nicht möglich, nicht zumutbar oder innerhalb eines Jahres nicht erfolgreich ist.“ (SVR 2014: 92) In einem solchen Fall müssen die geforderten Sprachkenntnisse dann in Deutschland erworben werden (vgl. SVR 2014: 92). Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2014 verstößt der Sprachnachweis beim Ehegattennachzug im Fall von türkischen Staatsangehörigen gegen das Assoziierungsabkommen mit der Türkei, da laut Stillhalteklause¹¹ aus den 1970er-Jahren die Niederlassungsfreiheit nicht eingeschränkt werden darf (vgl. Gerichtshof der Europäischen Union 2014). Weitere Gesetzesänderungen erleichterten ab 2013 den allgemeinen Kindernachzug und den Zugang zum Arbeitsmarkt (vgl. SVR 2014: 93-94).

Für den Zeitraum bis 2005 können die Zahlen zum Familien- und Ehegattennachzug von Drittstaatsangehörigen wegen fehlender Daten nur geschätzt werden. Grundlage

¹¹ Bei der sogenannten „Stillhalteklause¹¹“ handelt es sich um ein Zusatzprotokoll zu dem 1963 von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei unterzeichneten Assoziierungsabkommen, das ein „Verbot zusätzlicher Beschränkungen für die dort genannten Freiheiten“ (Bundesverwaltungsgericht 2007) beinhaltet.

für diese Schätzung ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes, die jedoch nur die Anzahl der in deutschen Auslandsvertretungen erteilten Visa zum Zweck der Familienzusammenführung erfasste. Basierend auf dieser Statistik schwankte die jährliche Zahl der Visaerteilungen zwischen 50.000 und 85.000 Visa (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 23). Während bis 2002 die Zahl der ausgestellten Visa kontinuierlich stieg, sank deren Zahl in den Folgejahren bis auf 39.717 im Jahr 2008 (s. Abb. 14) (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 85-86). Damit ist die diagnostizierte Rückläufigkeit der Familienzusammenführung nicht zwangsläufig eine Folge des geforderten Sprachnachweises, sondern ist bereits seit 2003 feststellbar. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die Einführung des Richtlinienumsetzungsgesetzes und der damit verbundene Nachweis von Sprachkenntnissen den Familiennachzug beeinträchtigte (vgl. SVR 2014: 61).

Abbildung 14: Entwicklung der Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland zwischen 1998 und 2013

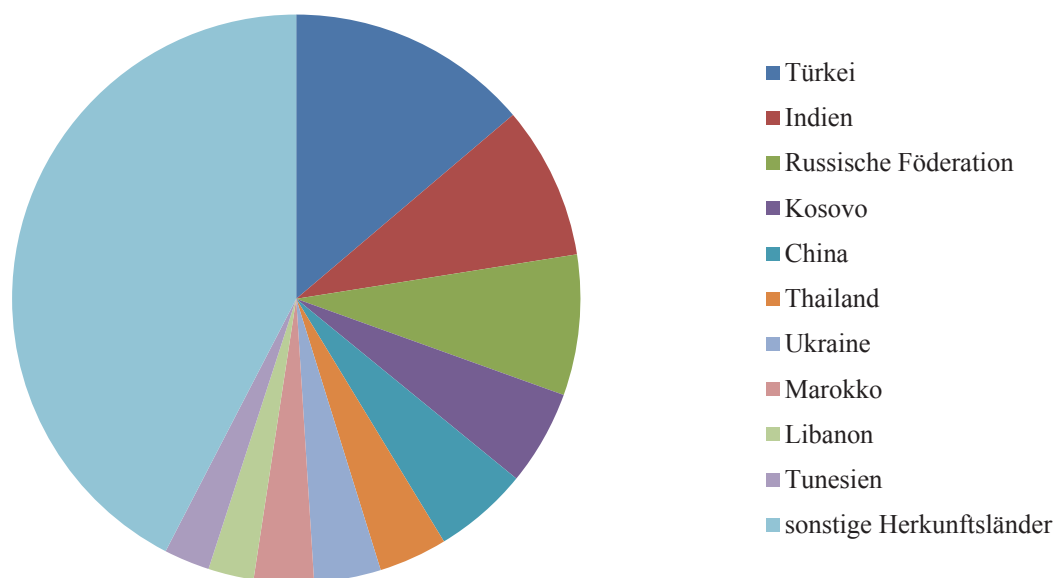


Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 91

Mit der Speichermöglichkeit der Aufenthaltszwecke kann seit Januar 2005 nun auch auf das Ausländerzentralregister als Datenquelle zurückgegriffen werden (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 85). Entsprechend dieser neuen Datengrundlage rangierte der Familienzuzug mit 20 Prozent im Jahr 2012 deutlich vor dem Zuzug aus Erwerbsgründen und stellt damit das bedeutsamste Migrationsmotiv für einen dauerhaften Aufenthalt dar (vgl. SVR 2014: 69). 2013 wurden insgesamt 56.046 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehepartner und Familienangehörige erteilt, was einem Anstieg um 2,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Bei 27.179 Fällen handelte es sich um nachziehende Ehefrauen, die in nahezu gleicher Zahl entweder zu einem Ehepartner deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit zogen. Deutlich geringer ist mit 10.656 beziehungsweise 13.290 Aufenthaltserlaubnissen die Zahl der nachziehenden Ehemänner und Kinder. Zogen die meisten Männer zu einer Ehefrau

deutscher Nationalität, kamen die Kinder fast vollständig zu ihren Eltern ausländischer Nationalität (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 95-96). Hinsichtlich der Herkunftsländer wurden 2013 die meisten Aufenthaltstitel an Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit vergeben, wobei sich jedoch ihr Anteil am Gesamtvolumen der Familienzusammenführung in den letzten zehn Jahren von 29 auf rund 16 Prozent reduzierte (s. Abb. 15). Wie die Türkei haben auch andere Länder wie beispielsweise Thailand und Marokko in den letzten Jahren als Quellländer für Familiennachzüge an Bedeutung verloren. Im Gegensatz dazu gewinnen im Hinblick auf die Familienzusammenführung die Russische Föderation, Indien, die Vereinigten Staaten, der Kosovo sowie China und Syrien zunehmend an Bedeutung (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 96; SVR 2014: 61-64).

Abbildung 15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2013



Quelle: Bundesministerium des Innern 2015b: 93

Die Art der Familienzusammenführung differierte dabei deutlich zwischen einzelnen Nationalitäten. Während bei Staatsangehörigen aus Indien und Japan der Zuzug von Frauen zu Männern ausländischer Staatsangehörigkeit dominierte, überwog bei Personen aus Marokko und Thailand die Heiratsmigration zu Frauen deutscher beziehungsweise Männern deutscher Nationalität. Auch russische und ukrainische Staatsangehörige zogen mehrheitlich zu Personen deutscher Nationalität, wobei es sich sowohl um bereits in Deutschland lebende (Spät-)Aussiedler als auch Ehepartner deutscher Staatsangehörigkeit handelte. Demgegenüber bestimmte der Nachzug von Kindern die Familienmigration aus Japan, den Vereinigten Staaten und Indien (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 91; Bundesministerium des Innern 2015b: 96-97).

Im Saarland lebten zum Stichtag 30. April 2015 insgesamt 14.193 Personen (darunter 7.446 Personen mit „Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (neues Recht)“

(Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015), die aus familiären Gründen nach Deutschland eingereist waren (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015).

4.1.1.8 EU-Binnenmigration von Unionsbürgern

Zur EU-Binnenmigration zählen Migrationsbewegungen von Unionsbürgern und deren Angehörigen zwischen den Staaten der Europäischen Union (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 34). Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im Jahr 1993 wurde das seit 1957 bestehende und auf Arbeitnehmer beschränkte Freizügigkeitsrecht vom Arbeitsmarkt losgelöst, wodurch alle EU-Bürger das Grundrecht der Freizügigkeit erhielten¹². Auf dieser rechtlichen Grundlage wird Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen unabhängig davon, ob diese ebenfalls die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzen oder Drittstaatsangehörige sind, grundsätzlich das Recht auf Personenfreizügigkeit gewährt. Dies beinhaltet neben der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt auch die freie Arbeitsplatz- und Wohnortwahl innerhalb eines anderen Landes der Europäischen Union. Näher geregelt wird die Personenfreizügigkeit durch die Durchführungsbestimmungen des europäischen Gemeinschaftsrechts (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 115; Bundesministerium des Innern 2014: 34; Groß 2013: 106).

Automatisch mit dem EU-Beitritt werden die Staatsangehörigen der neuen Beitrittsländer freizügigkeitsberechtigt. Im Fall der EU-Erweiterungen von 2004, 2007 und 2013 galten und gelten für bestimmte neue Mitgliedsländer Einschränkungen sowohl der Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch in Teilen des Dienstleistungsgewerbes hinsichtlich der entsandten Arbeitnehmer. Entsprechend müssen Arbeitnehmer aus diesen Mitgliedstaaten während der bis zu sieben Jahren dauernden Übergangszeit eine Arbeitsgenehmigung beantragen. Die Übergangsregelungen für die zum Januar 2007 beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien sind zum 31. Dezember 2013 ausgelaufen. Eine vorläufig auf zwei Jahre begrenzte Übergangsfrist besteht bis Ende Juni 2015 für Staatsangehörige aus Kroatien (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 119; Bundesministerium des Innern 2014: 35-36; Bundesministerium des Innern 2015b: 34-35).

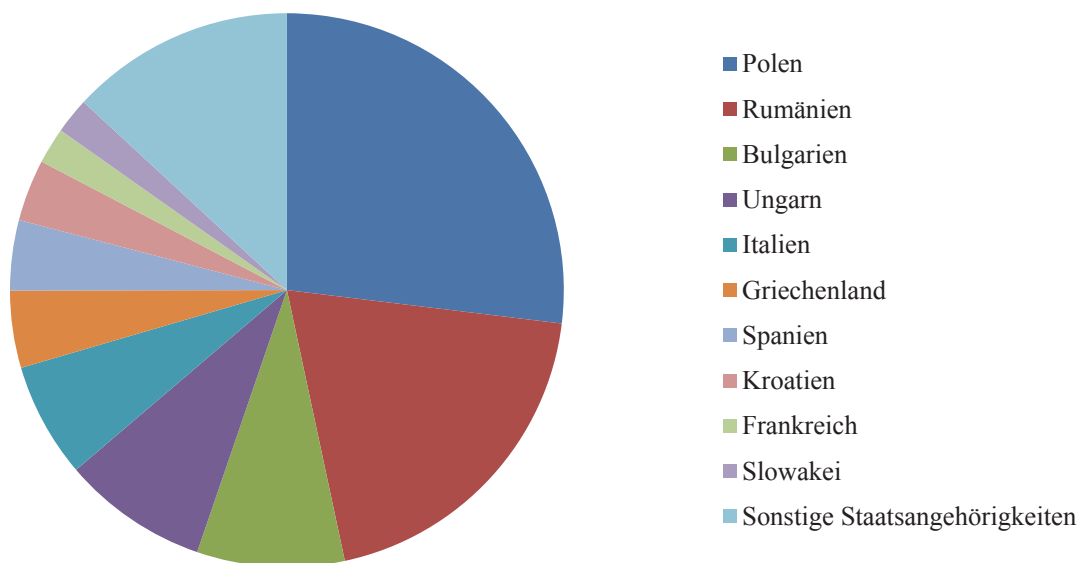
Während die EU-Binnenmigration bis 2004 nur einen kleinen Teil des deutschen Migrationsgeschehens ausmachte, wurde sie in den letzten Jahren als Folge der EU-Erweiterungen sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise immer bedeutender. Wanderten zwischen 1998 und 2003 jährlich zwischen 136.000 (1998) und 99.000 (2003) Unionsbürger nach Deutschland, stieg die Zahl im Jahr 2004 in erster Linie durch den EU-Beitritt Polens auf 266.000 Personen an (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 22). Auch in den folgenden Jahren erhöhten sich die Zuzüge und erreichten im Jahr 2013

¹² Laut Assoziierungsabkommen von 1963 und dem Zusatzabkommen von 1970 gilt das Freizügigkeitsrecht in gewissem Maße auch für türkische Staatsangehörige, obwohl die Türkei kein Mitglied der Europäischen Union ist (vgl. Groß 2013: 106-107).

einen Wert von 707.771. Damit machte die EU-Binnenmigration 57,7 Prozent der deutschen Gesamtzuwanderung aus (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 36; Bundesministerium des Innern 2015b: 35).

Besonders hoch war im Jahr 2013 mit einem Anteil von 74,3 Prozent oder in absoluten Zahlen mit 525.529 Zuzügen die Zahl der Staatsangehörigen aus den in den Jahren 2004, 2007 und 2013 der Europäischen Union beigetretenen Staaten. Mit 26,9 Prozent kamen die meisten zugezogenen Unionsbürger aus Polen, gefolgt von Rumänien (19,7 Prozent), Bulgarien (8,6 Prozent) und Ungarn (8,5 Prozent) (s. Abb. 16) (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 35).

Abbildung 16: Zuzüge von Unionsbürgern (TOP-10) nach Deutschland im Jahr 2013



Quelle: Bundesministerium des Innern 2015b: 35

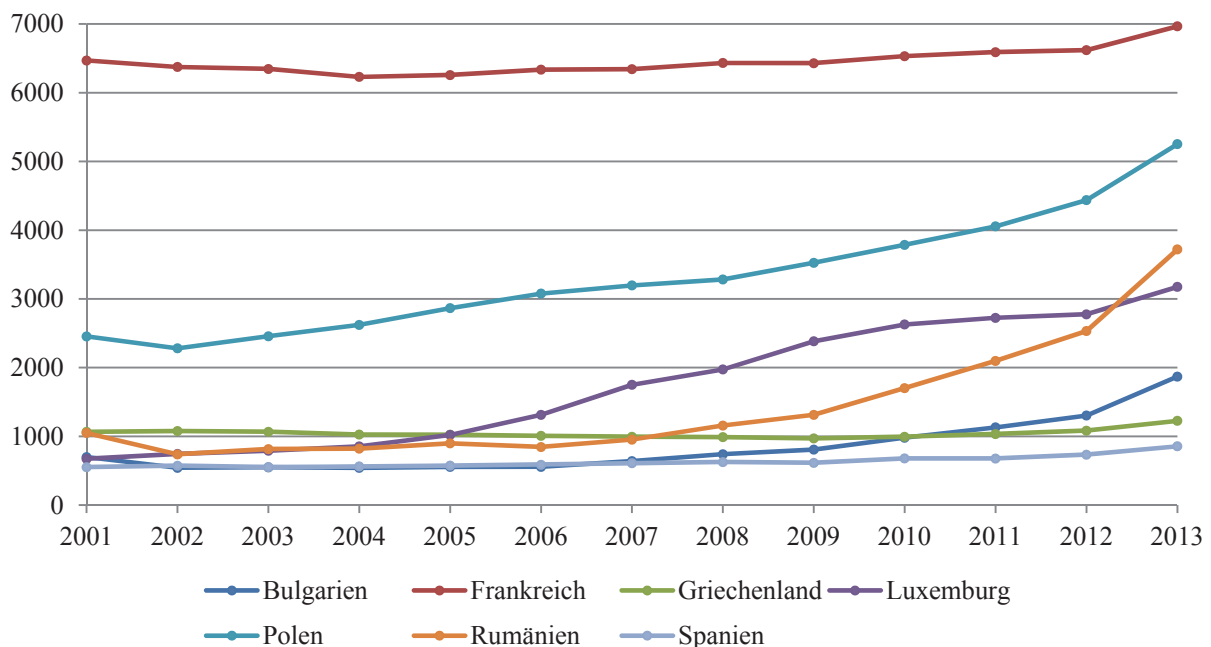
Ebenso wuchs in den vergangenen Jahren die Zahl der zugezogenen Unionsbürger aus den alten EU-Ländern. Ging zwischen 1995 und 2005 die Binnenwanderung aus den Staaten der EU-14 nach Deutschland zurück, ist seit 2006 ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen, der mit 182.242 Zuzügen im Jahr 2013 den derzeitigen Höchststand erreichte. Dabei entfielen 47.485 Zuzüge auf Italien, 32.088 auf Griechenland und 28.980 auf Spanien (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 35-36). Für diesen Anstieg kann unter anderem die Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich gemacht werden, von der in besonderem Maße Italien, Griechenland, Spanien und Portugal betroffen waren. Die dortige Arbeitslosigkeit und vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit fungierten als Push-Faktoren, die in Kombination mit dem deutschen Fachkräftemangel sowie speziell geförderten Möglichkeiten der dualen Berufsausbildung für Jugendliche aus anderen EU-Staaten zu Migrationsentscheidungen geführt haben können. Damit hat sich der zwischen Mitte der 1990er-Jahre bis 2009 vorherrschende negative Wanderungssaldo zwischen Deutschland und den alten EU-Staaten, der durch die

Rückkehr von Personen aus ehemaligen Anwerbeländern in die Herkunftsstaaten geprägt wurde, in einen Wanderungsüberschuss umgewandelt (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 46-47).

Dem Bundestrend folgend, spielt auch im Saarland die EU-Binnenmigration im Zuge der EU-Osterweiterungen sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise eine immer wichtigere Rolle. So erhöhten sich seit dem Beitritt der entsprechenden Länder zur Europäischen Union beispielsweise die Bevölkerungszahlen der Personen polnischer (2004-2013: 100,3 Prozentpunkte), bulgarischer (2007-2013: 192,6 Prozentpunkte) und rumänischer (2007-2013: 290,3 Prozentpunkte) Staatsangehörigkeit deutlich. Weniger intensiv, aber kontinuierlich stieg seit 2001 auch die Zahl der Bevölkerung spanischer Nationalität. Die Zahl der Personen griechischer Staatsangehörigkeit wuchs nach kurzzeitig rückläufigen Zahlen Mitte der 2000er-Jahre seit 2009 erneut, was in erster Linie auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückgeführt werden kann (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Landesamt Saarland 2002-2005: 3 und Statistisches Amt Saarland 2006-2007, 2008a, 2009-2010, 2011a, 2012, 2015a & 2015b: 3).

Aufgrund seiner zentralen Lage innerhalb der Großregion gewinnen in den letzten Jahren im Saarland auch die grenzüberschreitenden Wanderungen zunehmend an Bedeutung, was sich an einer steigenden Zahl an Bewohnern mit französischer und vor allem luxemburgischer Staatsangehörigkeit zeigt (s. Abb. 17).

Abbildung 17: Entwicklung der Bevölkerung ausgewählter ausländischer Staatsangehörigkeit im Saarland zwischen 2001 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Statistisches Landesamt Saarland 2002-2005: 3 und Statistisches Amt Saarland 2006-2007, 2008a, 2009-2010, 2011a, 2012, 2015a & 2015b: 3

So erhöhte sich die Zahl der Bevölkerung mit französischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zum Vorjahr in 2013 um 5,2 Prozentpunkte und die der Bewohner luxem-

burgischer Staatsangehörigkeit um 14,4 Prozentpunkte (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Amt Saarland 2015a & 2015b: 3). Während der Zuzug aus Frankreich bereits seit mehreren Jahrzehnten verzeichnet wird, ist der Zuzug aus Luxemburg ein relativ neuer Trend, der seit Beginn des neuen Jahrtausends beobachtet wird. Zwischen 2001 (673 Personen) und 2013 (3.175 Personen) hat sich die Zahl der im Saarland lebenden Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit nahezu verfünffacht (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Landesamt Saarland 2002-2005: 3 und Statistisches Amt Saarland 2006-2007, 2008a, 2009-2010, 2011a, 2012, 2015a & 2015b: 3). Bei dieser Entwicklung handelt es sich um „Wohnsuburbanisierung“ (Nienaber & Kriszan 2013: 228), die von der Stadt beziehungsweise dem Land Luxemburg ausgeht und die grenznahen belgischen, deutschen sowie französischen Städte und Gemeinden mit einschließt. Neben familiären und kulturellen Aspekten sind es in erster Linie Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt und bei den Immobilienpreisen, die ausschlaggebend für die Wohnmigration sind (vgl. Carpentier 2010: 38; Gans & Schlömer 2014: 157; Roos et al. 2015: 88). Die noch berufstätigen Wohnmigranten behalten in der Regel trotz des grenzüberschreitenden Umzugs ihren Arbeitsplatz in Luxemburg bei, weshalb die atypischen Grenzgänger Wohnorte entlang von günstigen Verkehrsachsen präferieren, die ein tägliches Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort ermöglichen (vgl. Nienaber & Roos 2012a). Dementsprechend wohnten im Jahr 2014 96,0 Prozent aller 657 im Saarland lebenden atypischen Grenzgänger mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit im Landkreis Merzig-Wadern (vgl. Inspection générale de la sécurité sociale 2014).

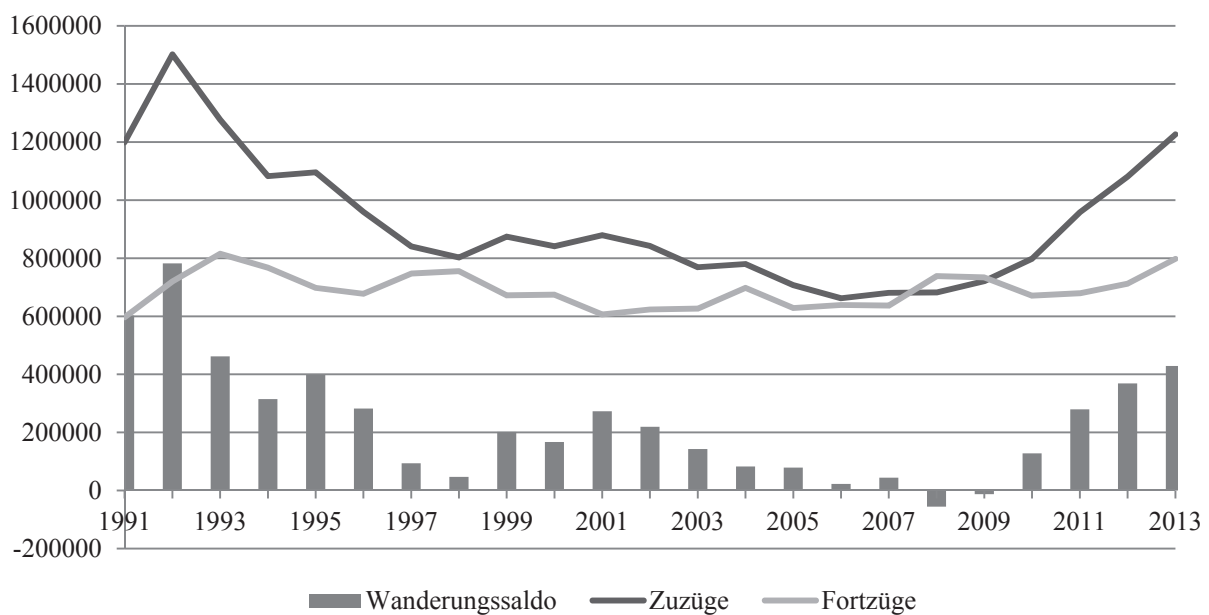
Die grenzüberschreitende Wohnmigration und die damit verbundene Nachfrage nach Grundstücken und Immobilien führten in den grenznahen Städten und Gemeinden zu einem Anstieg der Immobilienpreise. Darüber hinaus verstärkte die Neubautätigkeit und die Vermarktung dieser Objekte gezielt an Wohnmigranten aus Luxemburg die Niederlassung in Neubaugebieten abseits der Ortskerne (vgl. Boesen et al. angenommen; Nienaber & Kriszan 2013: 226). Nienaber und Kriszan (2013: 226) sprechen von einer „Segregation“, die mit einer Vielzahl an Schwierigkeiten und Herausforderungen verbunden sei. So berichten einerseits beispielsweise luxemburgische Staatsbürger von dem Gefühl, in dem neuen Wohnort nicht willkommen zu sein, oder erleben Neid. Andererseits sind die sozialen Kontakte dieser Wohnmigranten durch ihre berufliche und private Einbindung in die Netzwerke des Herkunftslandes teilweise auf ihr direktes Wohnumfeld beschränkt, was ebenfalls das örtliche Miteinander erschweren kann (vgl. Nienaber & Kriszan 2013: 226; Nienaber & Roos 2012b; Roos et al. 2015: 96).

4.1.2 Gesamtüberblick über das aktuelle Zuwanderungsgeschehen

In den letzten zwanzig Jahren zogen jährlich etwa eine Million Menschen aus dem Ausland nach Deutschland. Da zwischen 1991 und 2013 15,9 Millionen Fortzüge registriert wurden, konnte in dem betrachteten Zeitraum ein positiver Wanderungssaldo von 5,4 Millionen verzeichnet werden. Seit 2006 stieg die Zahl der Zuwanderungen

stetig und erreichte im Jahr 2013 mit 1.226.493 Zuzügen den derzeitigen Höchststand. Dabei entfielen 90,3 Prozent der Zuzüge auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (s. Abb. 18). Damit bewegte sich die Zuwanderungszahl auf dem gleichen Niveau wie zuletzt 1993. Bereits ab Mitte der 1990er-Jahre erhöhte sich der Ausländeranteil an der Zuwanderung deutlich, was zum einen auf den Rückgang der Spätaussiedlerzuwanderung und zum anderen auf die EU-Erweiterungen von 2004, 2007 sowie 2013 zurückgeführt werden kann (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 11-12).

Abbildung 18: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 1991-2013

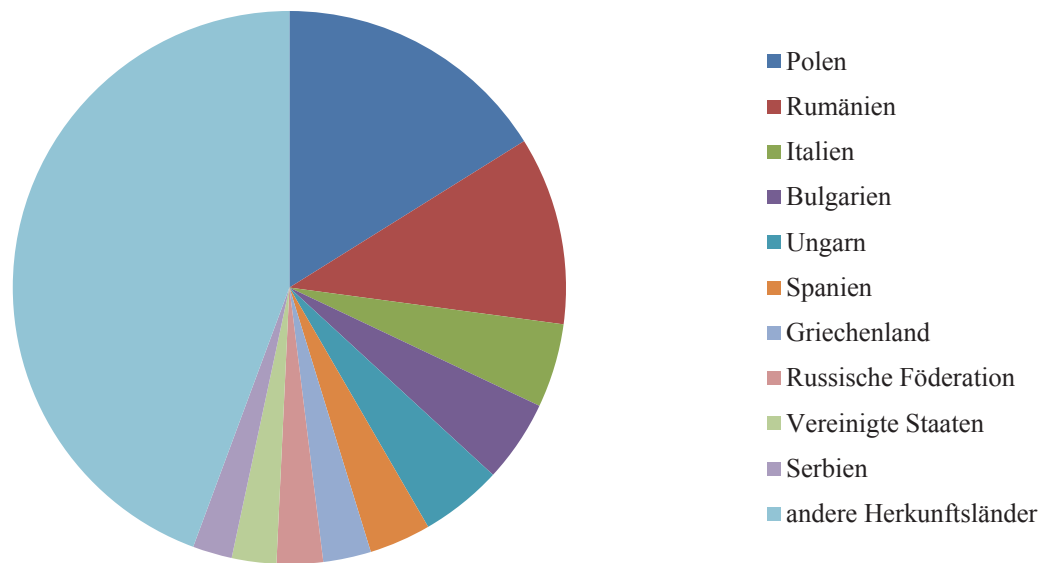


Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 13

In den letzten Jahren wird die Zuwanderung nach Deutschland vor allem durch die EU-Binnenmigration bestimmt, die im Jahr 2013 76,8 Prozent an der gesamten Zuwanderung ausmachte. Vor allem die EU-Erweiterung im Jahr 2007 führte zu einem Anstieg der Zuzüge, insbesondere aus den beiden neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Daher zählten diese im Jahr 2012 hinter Polen zu den wichtigsten Herkunftsländern. 2013 rangierte Bulgarien (59.323 Zuzüge) hinter Polen (197.009 Zuzüge), Rumänien (135.416 Zuzüge) sowie Italien (60.651 Zuzüge) auf Position vier, gefolgt von Ungarn (58.993 Zuzüge), Spanien (44.119 Zuzüge), Griechenland (34.728 Zuzüge) sowie der Russischen Föderation (33.233 Zuzüge) (s. Abb. 19). Darüber hinaus spielte die Türkei mit 26.390 Zuwanderungen als Quellland ebenfalls eine bedeutende Rolle (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 14-15). Deutlich zugenommen haben in den letzten Jahren auch die Zuzugszahlen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, die aus steigenden Asylbewerberzahlen aus Serbien und Mazedonien resultieren (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 16). Im Hinblick auf die außereuropäische Zuwanderung wurden 2013 154.421 Zuzüge aus asiatischen Staaten, 71.249 Zuzüge aus Amerika, Australien und Ozeanien sowie 53.393 Zuzüge aus afri-

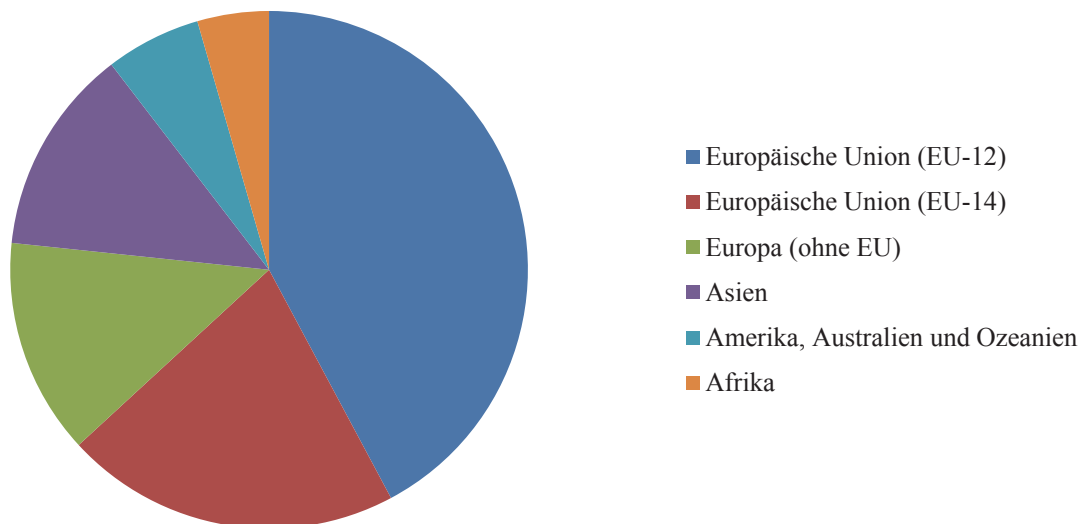
kanischen Ländern registriert (s. Abb. 20) (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 15).

Abbildung 19: Zuzüge nach den häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2013



Quelle: Bundesministerium des Innern 2015b: 16

Abbildung 20: Zuzüge nach Deutschland im Jahr 2013



Anmerkung:

EU-12: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern, Bulgarien und Rumänien

EU-14: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien

Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Bundesministerium des Innern 2015b: 15

Eine differenzierte Betrachtung der internationalen Zuwanderungen nach einzelnen Bundesländern zeigt deutliche Unterschiede. Während die höchsten Zuzugszahlen im Jahr 2013 in Nordrhein-Westfalen (240.565 Zuzüge), Bayern (240.169 Zuzüge) und Baden-Württemberg (214.279 Zuzüge) erfasst wurden, verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (12.182 Zuzüge) sowie das Saarland (11.761 Zuzüge) in absoluten Zahlen die geringste Zuwanderung. Trotz dieser Unterschiede war der Gesamtwanderungssaldo in allen 16 Bundesländern positiv (vgl. Bundesministerium des Innern 2015b: 23, 25).

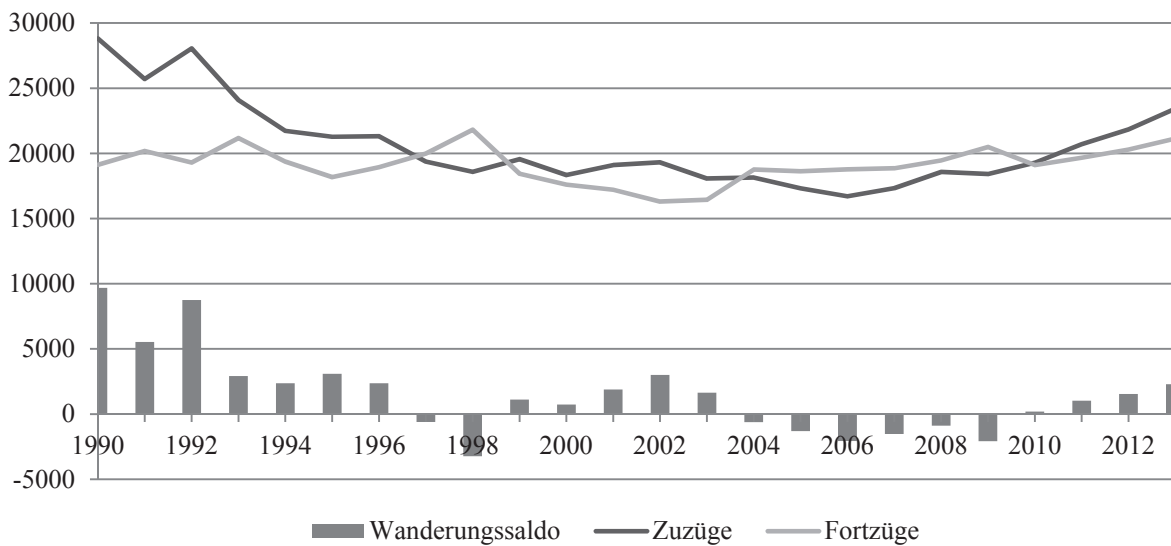
Aufgrund der Wanderungsgewinne der letzten Jahre sowie des Geburtenüberschusses bei internationalen Zuwanderern lebten im Jahr 2013 insgesamt 7,6 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Seit Beginn der Erfassung durch das Ausländerzentralregister im Jahr 1967 ist dies die höchste je verzeichnete Zahl (vgl. Statistisches Bundesamt 2014a: 1). Entsprechend pendelte sich auch der Ausländeranteil in den letzten Jahren bei etwa 8,6 Prozent (2013) ein (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2014b: 27). Ähnlich der identifizierten Unterschiede im Hinblick auf die Zahl der Zuzüge bestehen auch große Differenzen zwischen den einzelnen Bundesländern hinsichtlich des Ausländeranteils. Lag der Ausländeranteil in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sowie dem Bundesland Hessen durchschnittlich bei 14,0 Prozent, wiesen die Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 2,4 Prozent die niedrigsten Anteile auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2014c). Wird statt der ausländischen Staatsangehörigkeit der Migrationshintergrund als Merkmal verwendet, lebten im Jahr 2014 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Davon verfügte ein Anteil von 66,5 Prozent über eine individuelle Migrationserfahrung (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 38).

Das Saarland wies bis 1996 mit einigen Ausnahmen vor allem in den 1970er-Jahren einen positiven Wanderungssaldo auf, der, von den starken Zuwanderungen in den Nachkriegsjahren abgesehen, im Jahr 1989 mit 12.500 Personen einen Höchstwert erreichte (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008b: 13). Durch die 1993 beschlossenen Änderungen im Asylrecht ging die Zuwanderung ins Saarland bis Mitte der 1990er-Jahre wieder zurück (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008b: 13). So sank in den Jahren zwischen 1993 (24.088 Zuzüge) und 2006 (16.702 Zuzüge) die Zahl der zugewanderten Personen um -30,7 Prozentpunkte (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Amt Saarland 2015c: 2).

Von 2004 bis 2009 verzeichnete das Saarland hingegen durchgängig negative Wanderungssalden von bis zu -2.077 Personen im Jahr 2009 (s. Abb. 21). Ein Jahr später konnte erstmalig wieder ein leicht positiver Wanderungssaldo von +190 Personen registriert werden, der bis zum Jahr 2013 auf +2.296 Personen anstieg. Allerdings gibt es in den einzelnen Landkreisen deutliche Unterschiede: Regionalverband Saarbrücken (+1.029), Saarpfalz-Kreis (+537), Landkreis Saarlouis (+494), Landkreis Merzig-

Wadern (+184), Landkreis Neunkirchen (+52) und Landkreis St. Wendel (0) (vgl. Statistisches Amt Saarland 2015c: 2).

Abbildung 21: Wanderungen über die Landesgrenzen des Saarlandes 1990-2013



Quelle: Statistisches Amt Saarland 2015c: 1-2 (Eigene Ergänzungen)

Im Jahr 2013 war sowohl ein Plus bei den Zuzügen von Bürgern aus EU-Staaten als auch aus den übrigen Ländern Europas sowie dem außereuropäischen Ausland zu verzeichnen. Während sich unter anderem die Zahl der Zugezogenen mit türkischer Staatsangehörigkeit von 217 (2012) auf 181 (2013) Personen reduzierte, stiegen hingegen die Zuzugszahlen beispielsweise von Personen aus ost-, süd- und mitteleuropäischen Ländern. Mit einem Zuwachs von 23,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich 2013 die Zuzugszahl der Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit am deutlichsten. Darüber hinaus waren unter anderem auch die Zahlen der zuziehenden Personen aus Bulgarien (14,1 Prozentpunkte), Spanien (10,2 Prozentpunkte), Luxemburg (9,6 Prozentpunkte) und Rumänien (7,3 Prozentpunkte) gestiegen (vgl. Statistisches Amt Saarland 2013a & 2015c: 3). Trotz der verstärkten Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten bildeten im Jahr 2013 mit 18.603 Personen die Zuwanderer aus Italien weiterhin die größte Migrantengruppe, gefolgt von Personen aus der Türkei (11.162 Personen) und Frankreich (6.966 Personen). Es folgten Personen mit polnischer, rumänischer beziehungsweise luxemburgischer Staatsangehörigkeit (vgl. Statistisches Amt Saarland 2015b: 3).

Nach Angaben des Statistischen Amtes Saarland (2011b: 1) erhöhte sich 2010 die Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zu 2009 um 0,8 Prozentpunkte auf 77.710, was einem Ausländeranteil von 7,6 Prozent entsprach. Er lag damit um 0,7 Prozentpunkte unterhalb des Bundesdurchschnitts (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Amt Saarland 2011b: 1; Statistisches Amt Saarland 2011c; Statistisches Bundesamt 2011: 25). Auf Ebene der Landkreise bewegte sich der Ausländeranteil im Jahr 2011 zwischen 2,5 Prozent im Landkreis St. Wen-

del und 9,6 Prozent im Regionalverband Saarbrücken (vgl. Arbeitskammer des Saarlandes 2014: 14). Über einen Migrationshintergrund verfügten im Jahr 2014 hingegen 17,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, was rund 174.000 Personen entspricht, darunter 118.000 mit eigener Migrationserfahrung (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Zuwanderung von Personen geprägt ist, die ihre Herkunftsländer aus ökonomischen, völkerrechtlichen, humanitären und politischen, familiären oder individuellen Gründen verließen oder verlassen mussten. Die Gesellschaft ist dadurch zunehmend multikulturell und plural geworden, was nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Räumen seinen Niederschlag findet.

4.1.3 Zuwanderung in ländliche Räume

Wurden die Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie ländlichen, von der Landwirtschaft bestimmten Räumen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zugewiesen, zog es die ersten Arbeitsmigranten sowie später ihre Familienangehörigen eher in wirtschaftlich florierende städtische und in geringerem Maße auch ländliche Regionen, die vor allem durch Kohle und Stahl (unter anderem das Ruhrgebiet und das Saarland) sowie dem weiterverarbeitenden Gewerbe (unter anderem Baden-Württemberg) geprägt waren (vgl. Boos-Krüger 2005: 415; Gans & Schlömer 2014: 130; Schader-Stiftung 2011a: 59-60). Diese Beispiele belegen, dass häufig die Migrationsmotive, die Herkunftsländer, bereits bestehende soziale Netzwerke, aber auch die Migrationspolitik der Ankunftslander sowie individuelle Wohnortpräferenzen, die unter anderem von der Bevorzugung bestimmter Lebensweisen (städtisch versus ländlich) bedingt werden, Einfluss auf die Wanderungsziele nehmen (vgl. Gans & Schlömer 2014: 155; Nadler et al. 2012: 120; Schader-Stiftung 2011a: 58). Damit geht eine ungleichmäßige Verteilung der einzelnen Zuwanderergruppen innerhalb der ländlichen Räume einher (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 58). Zwar konnte sich in Deutschland wegen der polyzentrischen Siedlungsstruktur sowie der festgeschriebenen Zuweisung von (Spät-)Aussiedlern und Flüchtlingen im Unterschied zu anderen europäischen Ländern „kein einzelnes, besonders ausgeprägtes Zentrum der Ansiedlung“ (Schader-Stiftung 2014: 23) von Zuwanderern entwickeln, dennoch lassen sich innerhalb der ländlichen Räume regionale Schwerpunkte einzelner Herkunftsgruppen ausmachen (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 60; Schader-Stiftung 2014: 23; Thines 2011: 34).

So migrierten Arbeitnehmer mit italienischer Staatsangehörigkeit im Zuge der Anwerbevereinbarung bevorzugt nach Baden-Württemberg und in das Saarland, während Personen aus der Türkei verstärkt in die verstädterten Räume im Ruhrgebiet und nach West-Berlin zogen (vgl. Gans & Schlömer 2014: 149; Schader-Stiftung 2011a: 60). Bis heute zählen die „traditionellen Gastarbeitergruppen“ (Schader-Stiftung 2011a: 60) in vielen von Industrie geprägten ländlichen Regionen zu den größten Bevölkerungsgrup-

pen ausländischer Staatsangehörigkeit (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 60). Ebenfalls ließen sich aufgrund ökonomischer Aspekte Saisonarbeiter je nach Branche beispielsweise in landwirtschaftlich oder touristisch geprägten Regionen nieder. Da ihre jährliche Aufenthaltsdauer in Deutschland jedoch begrenzt ist, kehren sie nach Ablauf dieser Zeit wieder in die Herkunftsländer zurück (vgl. Becker 2010). Für die Angehörigen der (Spät-)Aussiedler spielten wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Wohnortwahl hingegen in der Regel keine Rolle. Sie ließen sich häufig in der direkten Umgebung von Auffang- und Übergangswohnheimen nieder, was einerseits auf die Praxis der Zuweisung und andererseits auf die der Kettenmigration zurückzuführen ist. Deshalb verzeichneten bestimmte ländliche Räume wie beispielsweise der Regierungsbezirk Detmold sowie die Landkreise Cloppenburg, Emsland und Osnabrück deutlich erhöhte Bevölkerungsanteile mit (Spät-)Aussiedlerhintergrund. (Spät-)Aussiedler stellen dementsprechend in denjenigen ländlichen Räumen, die ansonsten über eine nur geringe Zahl internationaler Zuzüge verfügen, die größte Zuwanderergruppe dar. Sowohl die Einführung als auch die Abschaffung des Wohnortzuweisungsgesetzes führten jedoch in den vergangenen Jahren zu diversen Veränderungen in der Siedlungsstruktur dieser Personengruppe (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 60; Schader-Stiftung 2011b: 20). Obwohl festgeschriebene Aufnahmequoten existieren, wurden auch bei der Gruppe der Asylbewerber Siedlungsmuster deutlich, die auf gewisse Konzentrationen in ländlich geprägten Regionen hindeuten (Anteil der Geduldeten 2007 im Landkreis Coburg 0,1 Prozent, im Landkreis Jerichower Land 11,5 Prozent). Im Unterschied zu Westdeutschland erfolgte in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands ab 1995 Zuwanderung meist nur noch durch Zuweisung (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 62-63).

Wie an den Herkunftsländern zu erkennen ist, wird die Migration damit auch in den ländlichen Räumen in erster Linie durch den Zuzug von Arbeitsmigranten, (Spät-)Aussiedlern, jüdischen Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion und Asylbewerbern charakterisiert (vgl. Kirchhoff 2012: 71; Kirchhoff & Zimmer-Hegmann 2011: 61; Schader-Stiftung 2011a: 57). Darüber hinaus identifizierte Boos-Krüger (2005: 433) bereits Mitte der 2000er-Jahre bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit zunehmend eine Entwicklung hin zur Suburbanisierung, was mit einem Verlassen benachteiligter Quartiere in Großstädten und einem Umzug in die Stadtkerne des ländlich geprägten Umlandes verbunden ist. Zusätzlich zu diesen Zuzugsformen bestimmt in den grenznahen ländlichen Räumen der Typus der grenzüberschreitenden Wohnmigration das Wanderungsgeschehen. Dieser ist vor allem in „grenzüberschreitende[n] [...] [R]egionen mit [...] hoch differenzierten Siedlungsstrukturen und lokalen, aber relativ großen Gegensätzen hinsichtlich der Wohnungsmärkte zu finden [...] und wo die Aktionsräume (vor allem Pendlerbeziehungen) immer weniger durch die Grenzen behindert werden.“ (Gans & Schlömer 2014: 157)

Entsprechend der Entwicklungen auf Bundesebene siedelten sich die internationalen Zuwanderer aufgrund des vielfältigeren Arbeitsplatz- und Wohnangebots auch im Saarland zunächst in den urbanen Räumen an, sodass die ländlich geprägten Regionen

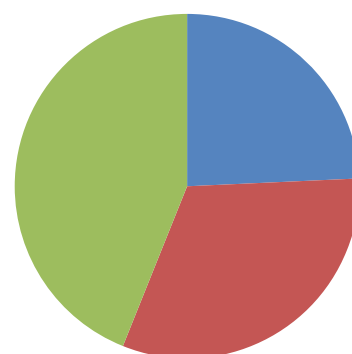
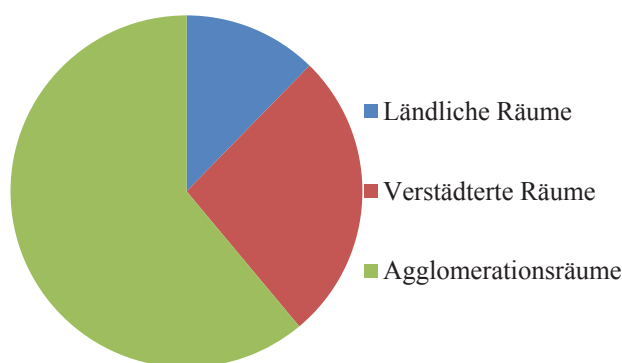
zunächst nicht zu den Wanderungszielen zählten (vgl. Jurecka 1998: 37). Erst Jahre später gelang es Firmen (u.a. der Firma Meiser in Schmelz) durch die gezielte Anwerbung im Rahmen der Anwerbeabkommen, dass auch in den ländlichen Räumen Personen ausländischer Staatsangehörigkeit ansässig wurden (vgl. Nienaber & Roos 2012c: 97). Auch die „Sesshaftwerdung“ (Boos-Krüger 2005: 416) durch den Kauf günstiger Immobilien in ruralen Regionen führte Ende der 1980er-Jahre zu einem Anstieg des Ausländeranteils in ländlichen Gegenden (vgl. Boos-Krüger 2005: 416). Neben den Arbeitsmigranten kamen durch Zuweisung auch (Spät-)Aussiedler und Flüchtlinge in die rural geprägten Regionen. Daher leben (Spät-)Aussiedler vor allem im Nordsaarland sowie in der Gemeinde Schmelz (vgl. Hartmann 2010: 7). Auch die grenzüberschreitenden Wohnmigranten aus Luxemburg präferieren die ländlichen Räume im Westen des Saarlandes, weshalb beispielsweise in der Gemeinde Perl mit 31,1 Prozent im Jahr 2013 der höchste Ausländeranteil innerhalb des Saarlandes verzeichnet wurde (vgl. Gemeinde Perl o.J.).

Im Jahr 2014 wohnten 2,0 Millionen der insgesamt 16,4 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in ländlichen Räumen und damit 12,2 Prozent dieser Personengruppe. Im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund, bei denen sich der Anteil auf 24,3 Prozent beläuft, haben sich Personen mit Migrationshintergrund demzufolge deutlich seltener in rural geprägten Regionen niedergelassen. Nahezu identisch beziehungsweise deutlich höher waren, verglichen mit den Autochthonen, hingegen die Bevölkerungsanteile der Menschen mit Migrationshintergrund, die verstädterte (26,2 Prozent) beziehungsweise Agglomerationsräume (61,0 Prozent) bewohnten (s. Abb. 22) (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 38, 50; vgl. Thines 2011: 33-34).

Abbildung 22: Anteil der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund differenziert nach Raumtypen im Jahr 2012

Personen mit Migrationshintergrund

Personen ohne Migrationshintergrund



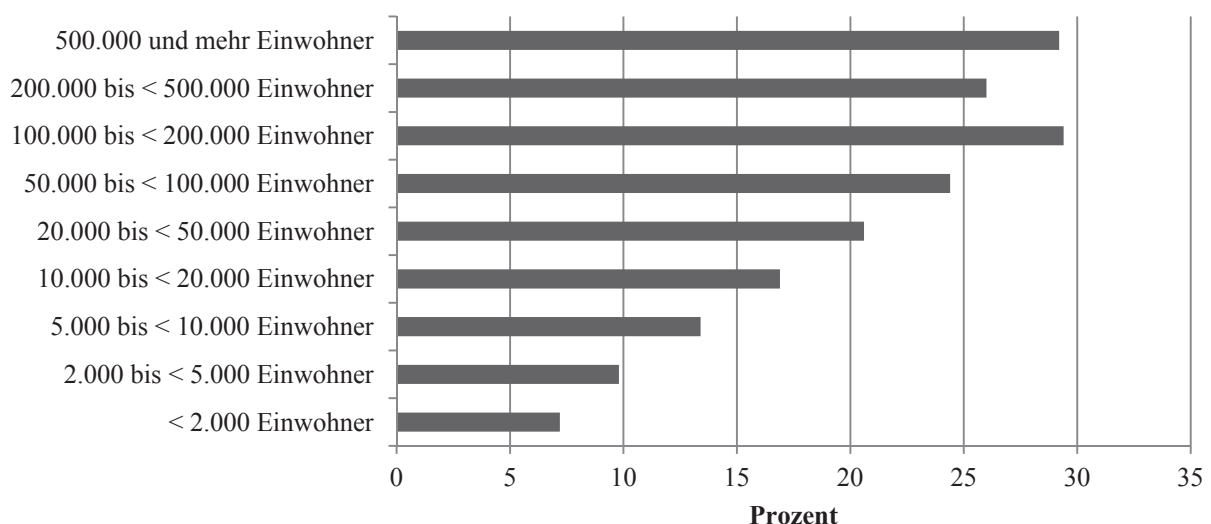
Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50

Während der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der in verstädterten und Agglomerationsräumen lebenden Bevölkerung 2014 17,5 (Personen ausländischer

Staatsangehörigkeit 6,7 Prozent) beziehungsweise 26,1 Prozent (Personen ausländischer Staatsangehörigkeit 12,3 Prozent) betrug, lag er in ländlichen Räumen bei 11,4 Prozent (Personen ausländischer Staatsangehörigkeit 4,6 Prozent). Mit 17,4 Prozent war im Jahr 2011 der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bezogen auf die Bevölkerung der unter 18-Jährigen in ländlichen Räumen bereits deutlich höher (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013: 38 & Statistisches Bundesamt 2015: 50; vgl. Kirchhoff 2012: 70-71; Schader-Stiftung 2011b: 20).

Klein- oder Mittelstädte mit bis zu 99.999 Einwohnern bewohnten im Jahr 2014 9,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was 56,2 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe entspricht. Da der entsprechende Anteil bei der autochthonen Bevölkerung bei 71,9 Prozent lag, kam es in den Städten dieser Gemeindeklassen zu einer Unterrepräsentation im Hinblick auf die Personen mit Migrationshintergrund. Trotz der vergleichsweise geringen Repräsentation schwankte ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 7,2 Prozent in Gemeinden unter 2.000 Einwohnern und 24,4 Prozent in Mittelstädten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern und ist damit „beachtlich“ (Schader-Stiftung 2014: 23) (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50; vgl. Schader-Stiftung 2014: 23). Mit weiter steigenden Einwohnerzahlen der Städte erhöhte sich auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, sodass er im Jahr 2014 in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern bei 29,2 Prozent lag (s. Abb. 23) (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50; vgl. Kirchhoff 2012: 71).

Abbildung 23: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund differenziert nach Gemeindegrößenklassen im Jahr 2014



Quelle: Eigene Berechnung Darstellung auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50

Von den im Jahr 2014 in den ländlichen Räumen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund besaßen 59,4 Prozent eine deutsche und 40,6 Prozent eine ausländische

Staatsangehörigkeit. Während unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit 59,2 Prozent über eine eigene Migrationserfahrung verfügten, lag dieser Anteil bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 85,1 Prozent deutlich höher (Eigene Berechnungen auf der Datengrundlage Statistisches Bundesamt 2015: 50).

Personen mit Migrationshintergrund sind zu einem bedeutsamen Teil der deutschen Gesellschaft geworden und werden auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zukünftig an Bedeutung gewinnen. Während in der Vergangenheit oftmals die Zuwanderung und die Folgen für die Ankunfts-gesellschaft sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft als problematisch angesehen wurden, wird es zunehmend wichtig, auch ihre Chancen und Potenziale zu erkennen. Daher ist es Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen zur Nutzung dieser Potenziale zu schaffen und damit die Basis für ein friedliches Miteinander zu sichern. Einen Beitrag dazu leistet eine die gesamtgesellschaftlichen Interessen berücksichtigende Migrations- und Integrationspolitik.

4.1.4 Entwicklung der deutschen Migrations- und Integrationspolitik

Trotz der zahlreichen Einwanderungen seit 1945 war sich die Politik lange Zeit nicht der Tatsache bewusst, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Daher stand die Integrationspolitik zunächst auch nicht im Zentrum des politischen Handelns (vgl. Us-lucan 2012a: 43). Erst Ende der 1990er-Jahre kam es mit der klaren Erkenntnis, dass „Deutschland [...] schon längst zum Einwanderungsland geworden“ (Meier-Braun 2013a: 18) war, zu einem Umdenken, und Integration wurde erstmals zu einem innenpolitischen Handlungsfeld (vgl. Fincke 2009: 20). Die späte Einsicht hat jedoch zu Versäumnissen geführt, weshalb Bade (2007: 32) von einer „nachholenden Integrationspolitik“ spricht.

In Anlehnung an Meier-Braun (2006: 204-209) und Onur (2011: 11-19) wird die deutsche Migrations- und Integrationspolitik auch in dieser Arbeit in sieben Phasen unterteilt, die die Entwicklungen hin zum Einwanderungsland sowie einer gesetzlich fundierten Integration nachzeichnen. Im Unterschied zu den genannten Autoren werden die einzelnen Phasen allerdings mit folgenden Schlagworten charakterisiert:

1. Phase: Migrationspolitik unter dem Primat der Wirtschaft: 1952-1973
2. Phase: Reglementierung der Arbeitsmigration: 1973-1979
3. Phase: Erste integrationspolitische Ansätze: 1979-1980
4. Phase: Migrationspolitik unter dem Primat der Begrenzung: 1981-1990
5. Phase: Asylpolitik statt Integrationspolitik: 1991-1998
6. Phase: Wende zu einer aktiven Migrations- und Integrationspolitik: 1998-2004
7. Phase: Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik?: seit 2005

In der Zeit von 1952 bis zum Beginn der 1970er-Jahre war die Einwanderung ausschließlich wirtschaftlich motiviert. Wegen des gestiegenen Arbeitskräftebedarfs warb die Bundesregierung auf der Grundlage verschiedener Abkommen ausländische Arbeitskräfte an, die in der Hoffnung auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse ihre Her-

kunftsländer verließen und somit zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beitrugen. Dabei legte die Bundesregierung allerdings Wert auf eine zeitlich begrenzte Aufenthaltsdauer („Rotationsprinzip“). Da die Rotation in der Praxis sowohl für Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer ausländischer Nationalität mit Nachteilen verbunden war, wurde es ab 1971 möglich, die Aufenthaltserlaubnis unter bestimmten Voraussetzungen zu verlängern (s. Kap. 4.1.1.2) (vgl. Onur 2011: 11-12; Meier-Braun 2006: 204; Ronneberger & Tsianos 2009: 138-139). Die Verstetigung des Aufenthalts und der damit einsetzende Familiennachzug führten zu einer erneuten kritischen Betrachtung der Arbeitsmigration, nachdem bereits in der Rezession von 1966/1967 Ängste vor einem „Gastarbeiterboom“ (Meier-Braun 2006: 204) aufkamen. Der damalige Bundeskanzler Ludwig Ehrhard, der als Wirtschaftsminister die ersten Anwerbeabkommen aushandelte, schlug vor, dass jeder Autochthone seine Wochenarbeitszeit um eine Stunde verlängern sollte, damit die Wirtschaft nicht mehr auf ausländische Arbeitnehmer zurückgreifen müsse (vgl. Meier-Braun 2006: 204). Damit wird deutlich, dass diese Phase lediglich von rein wirtschaftlichen Aspekten bestimmt war, während menschliche und soziale Belange kaum Berücksichtigung fanden. Dementsprechend fehlten auch Konzepte zur Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer in die deutsche Gesellschaft (vgl. Hans 2010: 31; Onur 2011: 12).

Die zweite Phase (1973-1979) wurde von der Ölkrise sowie der Wirtschaftsrezession beeinflusst, was zu einem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte führte. Während der verhängte Anwerbestopp als Regulationsinstrument für die Reduzierung der Zuwanderung gedacht war, wirkte er kontraproduktiv, indem er den dauerhaften Aufenthalt sowie den damit verbundenen Familiennachzug verstärkte (vgl. Bade 2007: 32, 35; Bade & Oltmer 2004: 73-74; Butterwegge 2005; Meier-Braun 2006: 205; Onur 2011: 13; Teymouri 2012: 111). Die Verstetigung des Aufenthalts erforderte die Etablierung einer Eingliederungspolitik für Bleibewillige. Dazu wurde im Jahr 1978 das Amt des „Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ eingeführt (vgl. Meier-Braun 2006: 205; Meier-Braun 2013a: 17; Onur 2011: 13; Teymouri 2012: 111). Da jedoch weiterhin von einer „einseitige[n] Anpassung“ (Salehzadeh 2010: 31) der zugezogenen Bevölkerung an die Mehrheitsgesellschaft ausgegangen wurde, war das Amt des Beauftragten nur mit geringen Kompetenzen ausgestattet (vgl. Onur 2011: 13). Im Unterschied zur ersten Phase hatte die Bundesregierung nun die Notwendigkeit einer Eingliederungspolitik erkannt, allerdings handelte es sich um eine „kurzatmige[...] und zuweilen hektische[...] Politik“ (Herbert 2003: 243), die langfristige Perspektiven ebenso vermissen ließ wie eine klare Erfassung des Migrationsgeschehens. Darüber hinaus wurden Schwierigkeiten bei der Integration einseitig der allochthonen Bevölkerung zugeschrieben (vgl. Salehzadeh 2010: 31).

Von 1979 bis 1980 wurden erste Integrationskonzepte entwickelt, die jedoch nach wie vor auf eine Begrenzung der Zuwanderung zielten (vgl. Hans 2010: 30; Meier-Braun 2006: 205; Meier-Braun 2013a: 18). Deutliche Kritik übte der damalige Beauf-

tragte für Ausländerangelegenheiten Heinz Kühn 1979 an der bisherigen Migrationspolitik, die zu sehr auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet war. In seinem Memorandum forderte er die Bundesregierung auf, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist und eine entsprechende Integrationspolitik zu initiieren. Eckpunkte dieser Politik sollten nach Kühns Ansicht neben einem verstärkten demokratischen Mitspracherecht (Kommunalwahlrecht) und einem Anspruch auf Einbürgerung für Angehörige der zweiten Generation auch deren gleichberechtigter Zugang zu Bildungseinrichtungen sowie eine Steigerung der Wohnqualität sein (vgl. Butterwegge 2005; Gans & Schlömer 2014: 139; Herbert 2003: 247; Meier-Braun 2006: 205; Meier-Braun 2013a: 18; Terkessidis 2010: 46). In den 1980 verabschiedeten Beschlüssen zur Migrationspolitik ging die damalige Bundesregierung jedoch nicht auf die von Kühn geforderten Maßnahmen ein, sondern setzte hingegen auf eine zeitlich begrenzte Sozialintegration, weshalb es nicht zu der notwendigen Neuausrichtung der Migrationspolitik kam (vgl. Bade 2007: 35; Butterwegge 2005; Meier-Braun 2006: 205; Meier-Braun 2013a: 18).

Die „Wende zu einer eindeutigen Begrenzungs politik“ (Herbert 2003: 247) charakterisierte die vierte Phase (1981-1990). Zusätzlich zu offenen Fragen im Hinblick auf die Eingliederung der bereits in Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer sah sich die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt mit einer stark wachsenden Anzahl an Asylsuchenden und Flüchtlingen konfrontiert (vgl. Teymouri 2012: 112). Um einen weiteren Zuzug zu verhindern, verabschiedete die Bundesregierung im November 1981 erste Beschlüsse, die das „Rennen um eine Begrenzungs politik“ (Meier-Braun 2006: 205; Teymouri 2012: 112) einläuteten (vgl. Herbert 2003: 247; Ronneberger & Tsianos 2009: 140). Gleichzeitig wurden ausländerfeindliche Tendenzen in verschiedenen Bürgerinitiativen sichtbar wie beispielsweise im „Heidelberger Kreis“, dessen Manifest sich gegen eine Überfremdung der deutschen Sprache und Kultur wandte (vgl. Dudek & Jaschke 1984: 302; Meier-Braun 2006: 205; Onur 2011: 14). Mit dem Regierungswechsel im Jahr 1982 wurde die Migrationspolitik aufgewertet und erhielt den gleichen Stellenwert wie die Wirtschafts- und die Außenpolitik (vgl. Butterwegge 2005; Herbert 2003: 249; Meier-Braun 2006: 205). Zu den zentralen Maßnahmen gehörten das Festhalten am Anwerbestopp, die Erschwerung des Familiennachzugs sowie die Schaffung von Anreizen zur Rückkehr. Ergänzt wurden diese Leitlinien durch die Ankündigung verschiedener Integrationsangebote für bereits in Deutschland lebende allochthone Personen (vgl. Butterwegge 2005; Herbert 2003: 250). Dennoch fehlte weiterhin bei großen Teilen von Gesellschaft und Politik das Bewusstsein, dass Deutschland bereits ein Einwanderungsland war. Deshalb wurden auch keine langfristigen und umfassenden Migrations- und Integrationskonzepte entwickelt, stattdessen erschöpfte sich die Migrationspolitik vielfach in ordnungspolitischen Maßnahmen (vgl. Butterwegge 2005; Herbert 2003: 51; Onur 2011: 14-15; Ronneberger & Tsianos 2009: 140).

In der fünften Phase (1991-1998) richtete sich der Fokus der Migrationspolitik auf Asylsuchende und Flüchtlinge sowie (Spät-)Aussiedler, die Ende der 1980er- und An-

fang der 1990er-Jahre verstärkt nach Deutschland kamen. Dadurch verschwand die Integration der ausländischen Arbeitnehmer zunehmend aus dem Blickfeld der Politik, weshalb sich „die Verwandlung der ‚Gastarbeiter‘ zu Einwanderern [...] eher im Stillen“ (Geißler 2014: 42) vollzog (vgl. Butterwegge 2005; Meier-Braun 2006: 206; Onur 2011: 15; Teymouri 2012: 112). Nach langen Debatten und Widerständen wurde zum 1. Januar 1991 das Ausländergesetz umgesetzt, das unter anderem Verbesserungen im Aufenthaltsrecht sowie Erleichterungen bei der Einbürgerung von in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen sowie von Personen mit langer Aufenthaltsdauer vorsah (vgl. Bade 2007: 36; Bade & Oltmer 2004: 128; Luft 2010: 330; Meier-Braun 2006: 206; Onur 2011: 15). Darüber hinaus schützte das Gesetz Familienangehörige politisch Verfolgter und schrieb die so genannte „Altfallregelung“ für geduldete Asylbewerber fest (vgl. Butterwegge 2005). Gleichzeitig bildete das Gesetz auch die Grundlage für eine Verschärfung der Ausweisungsbefugnisse sowie der Vergabe von unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen. Damit bereitete diese Regelung einerseits den Boden für die Anerkennung der Einwanderungssituation, stigmatisierte durch die erweiterten Ausweisungsbefugnisse sowie die strengeren Bleibebedingungen aber andererseits den weiteren Zuzug ausländischer Staatsangehöriger als mögliche Gefährdung (vgl. Onur 2011: 15). Deshalb blieb die Zuwanderung auch zukünftig reglementiert, was sich auch in der 1993 durchgeführten Gesetzesänderung, dem so genannten „Asylkompromiss“ sowie der Einführung des Asylverfahrens- und des Asylbewerberleistungsgesetzes widerspiegelte (vgl. Butterwegge 2005; Maier-Borst 2013b: 121; Ronneberger & Tsianos 2009: 140; Teymouri 2012: 113).

Erst in der sechsten Phase (1998-2004) trat das Thema der Integration erstmalig in den Vordergrund. Einen wichtigen Wendepunkt stellte dabei 1998 der Regierungswechsel dar, der „mit einem klaren Bekenntnis zum Einwanderungsland“ (Meier-Braun 2013: 18) und damit verbunden einem „Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik“ (Hans 2010: 14) einherging. Diese Neuausrichtung der Politik fand ihren Niederschlag im Jahr 2000 mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes, in dem das *Ius sanguinis*-Prinzip durch das *Ius soli*-Prinzip ersetzt wurde (vgl. Bade & Oltmer 2004: 129; Butterwegge 2005; Hans 2010: 31; Meier-Braun 2006: 206; Meier-Braun 2013: 18; Onur 2011: 16; Teymouri 2012: 113). Damit wurde Kindern ausländischer Eltern unter besonderen Voraussetzungen die Möglichkeit gegeben, zusätzlich zu der Staatsbürgerschaft der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen, wenn sie in Deutschland geboren wurden. Mit dem Optionsmodell war jedoch zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr die Entscheidung der Betroffenen für die eine und damit gegen die andere Staatsangehörigkeit verbunden (vgl. Bade 2007: 36; Bade & Oltmer 2004: 129; Butterwegge 2005; Lämmermann 2013: 115; Luft 2010: 300-331; Maehler 2012: 22-23; Meier-Braun 2013: 18; Onur 2011: 16). Darüber hinaus ermöglichten die neuen Regelungen in bestimmten Fällen eine Einbürgerung bereits nach acht- statt des bisherigen 15-jährigen legalen Aufenthaltes (vgl. Hans 2010: 31-32; Onur 2011: 16). Weiterhin war der Erwerb einer mehrfachen Staatsbürgerschaft grundsätzlich ausgeschlos-

sen, Ausnahmen bildeten die Länder, „die faktisch keine Entlassung aus ihrer Staatsangehörigkeit“ (Luft 2010: 335) erlaubten (vgl. Luft & Schimany 2010b: 37). Mit der Einführung der Green-Card im Frühjahr 2000 wurde erstmalig eine Ausnahmeregelung für den im Jahr 1973 verhängten Anwerbestopp geschaffen, die dem beginnenden Fachkräftemangel entgegenwirken sollte. Mit der Einführung der Green-Card setzte die damalige Bundesregierung bereits vorweg eine Empfehlung der späteren „Süssmuth-Kommission“ um. Dies stieß jedoch auch auf Kritik. So handele es sich beispielsweise nach Ronneberger und Tsianos (2009: 141) lediglich „um eine modernisierte Variante des altbekannten ‚Gastarbeitermodells‘, das die Migrationserfahrung der vergangenen Jahre schlichtweg verleugnete.“ Der hohe Stellenwert der Migrationspolitik zeigt sich unter anderem auch in der Einberufung der „Unabhängigen Kommission ‚Zuwanderung‘“, die unter ihrer Vorsitzenden Rita Süssmuth in ihrem Abschlussbericht aufgrund der wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen eine grundlegende Neuorientierung der Migrations- und Integrationspolitik forderte. Empfohlen wurden unter anderem die Implementierung eines Punktesystems zur Auswahl der Zuziehenden sowie die Organisation umfassender Integrationshilfen wie beispielsweise Sprach- und Orientierungskurse (vgl. Bade & Oltmer 2004: 230; Butterwegge 2005; Onur 2011: 16-17; Teymouri 2012: 113). Ein Teil dieser Empfehlungen floss in den Entwurf des „Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)“ ein, der jedoch in eine vierjährige zum Teil heftig geführte politische Diskussion mündete (vgl. Bade & Oltmer 2004: 131; Butterwegge 2005; Meier-Braun 2013a: 19; Onur 2011: 17). Die in dieser sechsten Phase umgesetzten Regelungen sowie der Bericht der Unabhängigen Kommission und der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes zeugten erstmalig von einem umfassenden migrations- und integrationspolitischen Konzept (vgl. Onur 2011: 17). Damit kam es zu einer „Wende von einer eher reaktiven zu einer aktiven und planvollen Gestaltung von Migration und Integration als zentralen Aufgaben der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik.“ (Bade & Oltmer 2004: 132)

Die letzte Phase beginnt am 01. Januar 2005 mit dem Inkrafttreten des bereits 2001 auf den Weg gebrachten so genannten „Zuwanderungsgesetzes“. Dies bedeutete eine grundlegende Reform des Zuwanderungsrechts, darüber hinaus wurde die Weiterentwicklung der Integration erstmalig gesetzlich festgelegt (vgl. Bade 2007: 36; Bade & Oltmer 2005: 131; Butterwegge 2007; Onur 2011: 17; Teymouri 2012: 113). Mit dem Zuwanderungsgesetz wurden unter anderem die Aufenthaltstitel von fünf auf zwei reduziert, die Zuwanderung Hochqualifizierter sowie Selbstständiger gefördert und die Arbeitssuche von ausländischen Hochschulabsolventen vereinfacht. Darüber hinaus hat es zu Verbesserungen im humanitären Bereich geführt. Dennoch erfüllte das Gesetz nicht alle Forderungen der Unabhängigen Kommission, so wurde beispielsweise das Punktesystem trotz guter Erfahrungen in anderen Einwanderungsländern nicht umgesetzt (vgl. Bade & Oltmer 2004: 131; Butterwegge 2005; Meier-Braun 2006: 206-207;

Meier-Braun 2013b: 123; Onur 2011: 17). Darüber hinaus wurde nach der von der „Süssmuth-Kommission“ postulierten Maxime des „Förderns und Forderns“ ein gesetzlicher Integrationsanspruch formuliert, wonach Neuzuwanderer verpflichtet und andere Gruppen berechtigt sind, an Sprach- und Orientierungskursen teilzunehmen (vgl. Bade & Oltmer 2004: 130; Butterwegge 2005 & 2007; Hans 2010: 32; Onur 2011: 17). Birgit zur Nieden (2009: 126) verweist allerdings auf eine Presseerklärung, wonach „Integration‘ nicht mit Zwang zu erreichen sei, sondern ‚faktische und emotionale Zugehörigkeit‘ voraussetze, die aber durch Gesetze [...] nicht gefördert werde.“ Im Rahmen der zunehmenden Bedeutung der Migrations- und Integrationspolitik wurden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Nachfolgeorganisation des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge aufgebaut sowie die beim Kanzleramt angesiedelte Stelle eines Staatsministers für Integration eingerichtet (vgl. Bade 2007: 36; Butterwegge 2005 & 2007; Meier-Braun 2006: 208). Im Juli 2006 fand erstmals ein „Integrationsgipfel“ statt, der die deutsche Integrationspolitik auf eine neue Grundlage stellen sollte. Dazu waren verschiedene gesellschaftliche Gruppen sowie Bürger mit und ohne Migrationshintergrund eingeladen, gemeinsam mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen zum Zwecke der Bündelung verschiedener integrationspolitischer Maßnahmen den „Nationalen Integrationsplan/Nationalen Aktionsplan Integration“ zu entwickeln (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 82-83; Engin 2013: 201; West 2014: 295). Mit den dort formulierten Maßnahmen, Selbstverpflichtungen und Sanktionen sollte der Integrationsprozess gelenkt werden, wodurch nach dem bereits erwähnten Prinzip des „Förderns und Forderns“ erstmalig auch die Ankunftsgesellschaft und nicht mehr nur die Zugezogenen selbst für Integration Verantwortung übernehmen sollten. Gleichzeitig veränderte sich die Einstellung zur Integrationspolitik, die bis dahin im Wesentlichen die Defizite der Zuwanderer im Fokus hatte. So wurden mit dem Nationalen Integrationsplan auch Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten der Integrationspolitik deutlich (vgl. Luft & Schimany 2010b: 22, 27; West 2013: 205-206; West 2014: 296). Allerdings bezweifeln Kritiker wie zum Beispiel Schiffauer und Bojadzijevev (2009) die Nachhaltigkeit solcher Gipfelgespräche hinsichtlich der Politik. Weiterhin sehen sie die Integrationsgipfel als Ausdruck der ambivalenten „Ausländerpolitik“, die „Einschluss suggeriert, aber [durch die Gipfelsituation] Ausschluss praktiziert und reproduziert.“ (Schiffauer & Bojadzijevev: 173) Nach Terkessides’ (2010: 55) Ansicht lässt auch der Nationale Integrationsplan von 2007 Nachhaltigkeit vermissen, da er nicht über nur vage formulierte Selbstverpflichtungen und Absichten hinauskomme. Ähnlich formuliert es Nghi Ha (2009: 66), wenn er ebenfalls mit Blick auf den Integrationsplan von „Lippenbekenntnisse[n]“ spricht. Darüber hinaus sieht er als ein Ziel des Planes die Festschreibung der „konstruierte[n] deutsche[n] Leitkultur als gesellschaftliche Norm [...] und universelle politische Werte als ‚westlich‘ monopolisiert.“ (Nghi Ha 2009: 66) Zur weiteren Förderung der Integration von in Deutschland lebenden Muslimen sowie im Sinne eines guten Miteinanders wurde ebenfalls im Jahr 2006 die erste „Deutsche Islam Konferenz“ organisiert (vgl.

Bundesministerium des Innern 2011: 84; Meier-Braun 2006: 208; Onur 2011: 18). Zu den wichtigsten Ergebnissen der Deutschen Islam Konferenz zählen neben der Akzeptanz der im Grundgesetz festgelegten Rechts- und Werteordnung durch in Deutschland lebende Muslime auch die Einführung von Islamunterricht an Schulen, die Ausbildung der entsprechenden Lehrer an Hochschulen sowie eine Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich (vgl. Bundesministerium des Innern 2011: 85). Dies wird auch kritisch gesehen, wenn zum Beispiel Schiffauer und Bojadzijeve von einer Heranführung der „muslimischen Gemeinden an die Leitkultur“ (Schiffauer & Bojadzijeve 2009: 171) sprechen und die deutsche Islampolitik als „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ (Schiffauer & Bojadzijeve 2009: 172) charakterisieren. Trotzdem wurde der Dialog auch in den folgenden Jahren fortgesetzt und wurde aller Kritik zum Trotz zum Motor für die Weiterentwicklung der Integration. Dass die deutsche „Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die zweithöchste Wertung unter allen MIPEX-Ländern“ (British Council & Migration Policy Group 2011: 46) erreicht, führt der Migrant Integration Policy Index von 2010 ausdrücklich auf die „Einführung des Nationalen Integrationsplans“ (British Council & Migration Policy Group 2011: 46) zurück. Damit hat sich ein Paradigmenwechsel von der Negierung der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hin zum Diskurs über die als notwendig erachtete Migration und Integration vollzogen (vgl. Geißler 2014: 44; Luft & Schimany 2010b: 27). Im Jahr 2007 wurde aufgrund migrationspolitischer Vorgaben der Europäischen Union eine Novellierung des Zuwanderungsgesetzes notwendig. Von den damit verbundenen teilweisen Verschärfungen waren vor allem der Familiennachzug und das Einbürgerungsrecht betroffen (vgl. Maehler 2012: 15; Meier-Braun 2013a: 20; Onur 2011: 18). Zur Nieden (2009: 125) sieht auch nach der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes keine echten Fortschritte, da die Regelungen nach wie vor „weniger dazu angelegt [seien], bestimmte soziale Problemlagen staatlich zu regulieren, sondern [...] vielmehr ein zentrales Instrument zur Steuerung, Begrenzung und Kontrolle der Migranten dar[stellten].“ Auch die neue Bundesregierung, die seit 2013 im Amt ist, hat sich im Koalitionsvertrag auf verschiedene Maßnahmen geeinigt, die die Migration steuern und eine erfolgreiche Integration fördern sollen. Dazu gehören neben der Weiterführung des „Nationalen Aktionsplans Integration“, die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes, die Verankerung des „Diversity“-Gedankens in allen Lebensbereichen sowie die Einführung von Erstberatungsgesprächen zu Integrationsangeboten. Demgegenüber wurde mittlerweile, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, die umstrittene Optionsregelung abgeschafft, wodurch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten. Eine Mehrstaatigkeit wird jedoch weiterhin abgelehnt (vgl. Netzwerk Migration in Europa 2013: 1-2; Netzwerk Migration in Europa 2014: 2).

In dieser letzten Phase sind Migration und Integration zu wesentlichen Bestandteilen der Innenpolitik avanciert, und Integration wird mittlerweile sowohl als Aufgabe der Zuwanderer als auch als Aufgabe des Staates und der gesamten Gesellschaft verstan-

den (vgl. West 2014: 298). Kritiker diagnostizieren im Vergleich mit der Integrationspolitik anderer Länder jedoch auch in der neuen deutschen Integrationspolitik immer noch eine Ausrichtung auf Anpassung und damit eine Einschränkung des kulturellen Pluralismus (vgl. Hans 2010: 32). Im Rückgriff auf verschiedene Typologien bezeichnet Hans (2010: 32) die deutsche Migrations- und Integrationspolitik im internationalen Vergleich als „restriktiv-exklusiv“ beziehungsweise „ethnisch-assimilatorisch“. Damit bleibt Deutschland weiterhin hinter anderen Einwanderungsländern wie Großbritannien und Kanada zurück, die für ihren kulturellen Pluralismus bekannt sind. Diese Länder verfügen im Unterschied zu Deutschland sowohl über eine „konzeptorientierte Zuwanderungspolitik“ (Bade 2007: 37) als auch eine „unabhängige wissenschaftliche Integrationsberatung“ (Bade 2007: 37) (vgl. Bade 2007: 37; Nghi Ha 2009: 66). Vor diesem Hintergrund fordert Bade (2007: 37) eine deutsche Integrationspolitik, die Integration auf drei Ebenen ermöglicht: „präventive Integration“ durch stärkere Qualifizierung bereits im Herkunftsland, „begleitende Integration“ durch Sprachkurse sowie schulische Förderung und „nachholende Integration“, bei der bereits vorhandene Maßnahmen verbessert sowie stärker genutzt werden (vgl. Bade 2007: 37-38; Uslucan 2012a: 49-50).

Während die Migrationspolitik in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolitik fällt, zeichnen die Bundesländer für die länderspezifische Integrationsbelange verantwortlich. Gerade in den letzten Jahren wurde daher auch auf Landesebene die Notwendigkeit einer gezielten Integrationspolitik erkannt. Durch die Schaffung neuer oder die Aufwertung bestehender Institutionen und der damit verbundenen Bündelung von Kompetenzen wurden auch auf dieser Ebene die Voraussetzungen für eine bedarfs- und zielorientierte Integrationspolitik optimiert. Bereits Anfang der 2000er-Jahre entwickelten einige Bundesländer, darunter unter anderem Hessen, Brandenburg und Schleswig-Holstein, erste integrationspolitische Leitlinien. Es folgten Mitte der 2000er-Jahre weitere Bundesländer, darunter auch das Saarland. Nachdem 2013 auch Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ihre Integrationskonzepte vorgelegt haben, verfügt nun jedes Bundesland über landesspezifische Leitlinien (vgl. Gesemann & Roth 2014: 5, 53, 55-56). Gesemann und Roth (2014: 5) kritisieren allerdings, dass es „sich dabei [oftmals] noch um weithin unverbindliche Absichtserklärungen mit vorwiegend symbolischem Charakter“ handele. So war 2014 bundesweit nur in Berlin und Nordrhein-Westfalen die Integrationspolitik gesetzlich verankert. Baden-Württemberg möchte zukünftig ebenfalls die Verbindlichkeit steigern und arbeitet daher an einem Gesetzesentwurf für ein Partizipations- und Integrationsgesetz (vgl. Gesemann & Roth 2014: 51).

Auch im Saarland hat das Thema „Integration“ in den letzten Jahren verstärkt Eingang in die Landespolitik gefunden. Mit der Einrichtung eines eigenen Referats für Integration im Jahr 2001 wurden die Rahmenbedingungen für die Integration verbessert. Durch die Ansiedlung dieses Referats im Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur wurden nicht nur die Themen Zuwanderung und Integration miteinander

verknüpft, sondern auch verschiedene integrationsrelevante Handlungsfelder vernetzt. Aufgabe des Referats ist neben der Entwicklung von Integrationskonzepten und der Planung von Integrationsprojekten die Durchführung und Förderung von Integrationsmaßnahmen. Zudem wurde 2005 das erste Landesintegrationskonzept verabschiedet, das Ziele und Grundsätze der Integrationspolitik definiert, wichtige Handlungsfelder benennt, Angebote sowie Maßnahmen und langfristige Perspektiven enthält (vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie o.J.a). Ein wichtiger Grundsatz der Integration ist unter anderem die „gleichberechtigte Teilhabe [von Zuwanderern] am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben [...] ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität“ (Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport 2005: 6), wobei Integration als wechselseitiger Prozess verstanden wird, zu dem auch die Autochthonen beitragen können (vgl. Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport 2005: 7). Darüber hinaus gibt es seit 2004 einen Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der die verschiedenen Integrationsmaßnahmen koordiniert (vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie o.J.a). Unterstützung erfahren erwachsene Neuzugezogene beispielsweise durch Integrationslotsen, die unter anderem bei der Erstorientierung helfen und Kontakte zu weiteren Integrationsangeboten herstellen, so zum Beispiel auch zur Migrationsberatung für Erwachsene (bis August 2009 Migrationserstberatung), zu deren Zielgruppe neben Neuzuwanderern auch bereits länger in Deutschland lebende Personen mit Migrationshintergrund zählen. Darüber hinaus kann bei Bedarf die Landesintegrationsbegleitung in Anspruch genommen werden, die speziell auf eine nachholende Integration zielt. Beratungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene werden vom Jugendmigrationsdienst angeboten (vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie o.J.b). Eine zentrale Rolle kommt aber auch zivilgesellschaftlichen Initiativen und ihrer meist örtlichen Integrationsarbeit zu (vgl. Nadler et al. 2012: 111).

4.2 Integration

4.2.1 Bewertung der deutschen Integrationspolitik im internationalen Vergleich

Der Migrant Integration Policy Index von 2014 analysierte anhand 167 verschiedener Indikatoren die Integrationspolitik in 38 Ländern Asiens, Europas, Nordamerikas und Ozeaniens, um daraus Rückschlüsse auf den Integrationsgrad von Allochthonen und die Integrationsbemühungen der jeweiligen Regierungen zu ziehen (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015a). Neben dem Barcelona Centre for International Affairs und der Migration Policy Group, die für dieses Projekt verantwortlich zeichneten, waren weitere 40 Organisationen, darunter unter anderem Stiftungen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen in die Analysen eingebunden (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015b).

In der letzten Gesamtauswertung aus dem Jahr 2014 erreichte die deutsche Integrationspolitik 61 von 100 möglichen Punkten und wurde damit als „eher günstig“

(Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015b) eingeschätzt. Im internationalen Vergleich befand sich Deutschland auf Rang 10 und lag damit deutlich oberhalb des Durchschnitts (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c). Angeführt wurde die Rangliste von Schweden und Portugal, deren Integrationspolitik mit 78 beziehungsweise 75 Punkten bewertet wurde (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015d & e). Die Gesamtpunktzahl setzte sich aus Einzelauswertungen der acht Politikbereiche „Mobilität des Arbeitsmarktes“, „Familienzusammenführung“, „Bildung“, „Gesundheit“, „politische Partizipation“, „dauerhafter Aufenthalt“, „Einbürgerungsmöglichkeiten“ und „Antidiskriminierung“ zusammen (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c).

Verglichen mit der Analyse von 2010 hat sich die Integrationspolitik in Deutschland von 57 auf 61 Punkte leicht verbessert, was in erster Linie auf positive Entwicklungen in den Bereichen „Einbürgerungsmöglichkeiten“ (2010: 59; 2014: 72 Punkte), „dauerhafter Aufenthalt“ (2010: 50; 2014: 60 Punkte), „Antidiskriminierung“ (2010: 48; 2014: 58 Punkte) und „Mobilität des Arbeitsmarktes“ (2010: 77; 2014: 86 Punkte) zurückzuführen ist (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c; British Council & Migration Policy Group 2011: 11, 44).

Während die Bewertungen für die Bereiche „Bildung“ und „Familienzusammenführung“ 2010 dem EU-Durchschnitt entsprachen, wurden im selben Jahr weit unterdurchschnittliche Werte für die Items „Gleichstellungspolitik“ und „Bedingungen für einen dauerhaften Aufenthalt“ registriert. Dementsprechend wurde Deutschland 2010 in den Bereichen „Antidiskriminierung“ und „dauerhafter Aufenthalt“ lediglich auf den Rängen 22 beziehungsweise 24 von 31 platziert (2014: Rang 22 beziehungsweise 19 von 38) (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c; British Council & Migration Policy Group 2011: 21, 25, 44). Begründet wurden die niedrigen Werte im Bereich „Antidiskriminierung“ von 2010 unter anderem mit den im Vergleich zu anderen Ländern geringen Kompetenzen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie nur begrenztem staatlichem Engagement (vgl. British Council & Migration Policy Group 2011: 49). Auch 2014 wurden in Deutschland die Antidiskriminierungsstellen kritisiert, und Deutschland wurde unter anderem ethnische und religiöse Diskriminierung bescheinigt (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c). Die schlechte Bewertung im Bereich „dauerhafter Aufenthalt“ wurde 2010 auf die restriktiven Aufenthaltsbestimmungen zurückgeführt, die in Deutschland besonders umfangreich sind und auf die auch der Migrant Integration Policy Index von 2014 verweist. In den geltenden Sicherheits- und Gleichstellungsstandards wurden 2010 hingegen keine Unterschiede zu anderen nord- und nordwesteuropäischen Ländern festgestellt (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c; British Council & Migration Policy Group 2011: 48).

Deutlich oberhalb des Durchschnitts rangierte die deutsche Integrationspolitik sowohl 2010 als auch 2014 in den Bereichen „Einbürgerungsmöglichkeiten“ (Rang 9 von 31; 2014: Rang 3 von 38), „politische Partizipation“ (Rang 8 von 31; 2014: Rang 11 von 38) und „Mobilität des Arbeitsmarkts“ (Rang 6 von 31; 2014: Rang 4 von 38) (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c; British Council & Migration Policy Group 2011: 13, 19, 23). Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden die Einbürgerungsmöglichkeiten deutlich vereinfacht, eine grundsätzliche Mehrstaatigkeit ist hingegen weiterhin nicht möglich. Darüber hinaus kam 2010 der „professionellste Einbürgerungstest“ (British Council & Migration Policy Group 2011: 45) zum Einsatz, dessen gefordertes Sprachniveau jedoch umstritten war. Auch 2014 kam der Migrant Integration Policy Index zu dem Schluss, dass Deutschland „can encourage rapid integration through a shorter path to dual nationality, all without changing what it takes to become [...] [German] citizens.“ (Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c) Bestanden 2010 politische Beteiligungsmöglichkeiten für Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in Form verschiedener Gremien auf Kommunal- und Landesebene, fehlten derartige Strukturen auf Bundesebene. Zudem sind nach wie vor Drittstaatsangehörige und je nach Wahl auch Staatsangehörige aus anderen EU-Mitgliedsländern vom Wahlrecht ausgeschlossen (vgl. British Council & Migration Policy Group 2011: 45, 48). Sollten die Einbürgerung und das Wahlrecht zukünftig nicht liberalisiert werden, wurde deshalb im Jahr 2014 die Gefahr gesehen, dass Deutschland sich zu einer alternden und schrumpfenden Demokratie entwickelt (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c). Positiv wurde sowohl 2010 als auch 2014 die Mobilität des deutschen Arbeitsmarktes bewertet, die sich 2010 durch zielgerichtete Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration auszeichnete. Außerdem wurden 2010 der Arbeitsmarktzugang und die Arbeitnehmerrechte besonders gut bewertet. Handlungsbedarf bestand allerdings besonders hinsichtlich der Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, der Öffnung des öffentlichen Sektors sowie der Anerkennung von Qualifikationen, die in einem Drittstaat erworben wurden (vgl. British Council & Migration Policy Group 2011: 46). Der Migrant Integration Policy Index von 2014 identifiziert weiterhin Handlungsbedarf zur beruflichen Integration beispielsweise von geringqualifizierten Frauen, aber auch hochqualifizierten Arbeitsuchenden (vgl. Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group 2015c).

4.2.2 Integrationsklima und Miteinander in einer Einwanderungsgesellschaft

Das Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration erfasste im September 2013 das Integrationsklima in Deutschland. Dazu wurden rund 5.600 Personen mit und ohne Migrationshintergrund aus den Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main, Berlin-Brandenburg und Halle-Leipzig telefonisch befragt (vgl. SVR 2014: 24).

Aus den vorliegenden Untersuchungen zur Bestimmung der Integrationssituation sollen im Folgenden exemplarisch die Ergebnisse des Integrationsbarometers ausführlicher dargestellt werden, weil es sowohl methodische, inhaltliche als auch ergebnisorientierte Parallelen zur vorliegenden Untersuchung gibt. So wurden beispielsweise in beiden Studien sowohl Allochthone als auch Autochthone befragt. Darüber hinaus geht es jeweils unter anderem um die Einschätzung und Wahrnehmung des Integrationsklimas sowie das interkulturelle Miteinander. Obwohl sich der Untersuchungsbereich des Integrationsbarometers eher auf städtische Räume bezieht, liefert diese Studie einen Überblick über das Integrationsklima ausgewählter Regionen in Deutschland, was wiederum einen Hintergrund für die Einordnung der für die Kreisstadt Merzig gewonnenen Daten darstellt. Vergleichbare Untersuchungen zu ländlichen Räumen liegen nach Einschätzung der Verfasserin noch nicht vor.

Im Vergleich zum Jahr 2011 hat sich das Integrationsklima laut des jüngsten Integrationsbarometers leicht verbessert und wurde von den Befragten insgesamt mit „gut“ bewertet. Damit gibt es in der Gesellschaft keinen Integrationspessimismus, wie es hingegen oft von den Medien kolportiert wird (vgl. SVR 2014: 23, 25). Jedoch bestanden deutliche Differenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Während Personen ohne Migrationshintergrund das Integrationsklima verhaltener einschätzten, bewerteten Personen mit Migrationshintergrund das Integrationsklima eher positiv. Eine Ausnahme bildeten Befragte mit türkischem Migrationshintergrund, die ähnlich der autochthonen Interviewpartner das Integrationsklima etwas schlechter beurteilten. Aber auch bei diesen beiden Gruppen ist eine positivere Sichtweise als noch 2011 erkennbar (vgl. SVR 2014: 26). Darüber hinaus beeinflussten soziokulturelle und –demographische Faktoren die Einschätzung des Integrationsklimas ebenso wie die Erwerbssituation der Befragten und das Befragungsgebiet. So korrelierten der Bildungsabschluss sowie die Sicherheit der Erwerbssituation mit einer positiven Beurteilung der Integration. Des Weiteren herrschte in der Region Rhein-Main eine optimistischere Bewertung des Integrationsklimas vor als beispielsweise in Berlin-Brandenburg und Halle-Leipzig (vgl. SVR 2014: 27).

Auch die Integration in den Bereichen „Nachbarschaft“, „Arbeitsmarkt“, „soziale Beziehung“ und „Bildung“ wurde positiver eingeschätzt als noch im Jahr 2011. Allerdings zeigte sich eine deutliche Ambivalenz hinsichtlich des Bildungsbereichs, da Befragte mit und ohne Migrationshintergrund trotz einer eigentlich positiven Sicht auf das Bildungssystem vielfach nicht bereit wären, ihre Kinder in Schulen mit hohem Migrantenanteil zu schicken (vgl. SVR 2014: 28-29). Größere Unterschiede zeigten sich beispielsweise im Teilbereich „soziale Beziehung“. Besonders gut wurden die Beziehungen von Personen aus der Europäischen Union und Drittstaatsangehörigen bewertet, gefolgt von Befragten ohne Migrationshintergrund, während Türkischstämmige und (Spät-)Aussiedler diesen Bereich für verbesserungswürdig hielten. Ebenso skeptisch äußerten sich die Befragten mit türkischem Migrationshintergrund im Hinblick auf die Bereiche „Nachbarschaft“ und „Arbeitsmarkt“. Die differenzierte Be-

trachtung der unterschiedlichen Befragungsregionen macht deutlich, dass dort, wo wenig nachbarschaftliche Kontaktmöglichkeiten zwischen allochthonen und autochthonen Bewohnern bestanden, der Teilbereich „Nachbarschaft“ eher negativ gesehen wurde und sich dadurch bestehende Vorurteile weiter verfestigen konnten (vgl. SVR 2014: 30).

Trotz des insgesamt positiven Integrationsklimas besteht nach Einschätzung der Befragten jedoch weiterer Handlungsbedarf hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung Deutschlands und des Abbaus von Vorurteilen im alltäglichen Umgang mit Personen mit Migrationshintergrund. Demnach waren die meisten Befragten der Ansicht, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Politik und Justiz sowie im öffentlichen Dienst, und hier besonders im Bildungsbereich und der Polizei, unterrepräsentiert seien (vgl. SVR 2014: 31). Diskriminierungserfahrungen machten Personen mit Migrationshintergrund vor allem in der Schule und Hochschule, am Arbeitsplatz sowie bei der Wohnungssuche (vgl. SVR 2014: 33). Zwar scheint „das Diskriminierungsniveau in Deutschland nicht sehr hoch“ (SVR 2014: 33) zu sein, allerdings berichteten Befragte, die aufgrund ihrer äußeren Erscheinung als Personen mit Migrationshintergrund erkennbar waren, häufiger von Diskriminierungserfahrungen als andere Gruppen. Dazu zählten vor allem Personen mit türkischem Migrationshintergrund sowie sonstige Drittstaatsangehörige (vgl. SVR 2014: 33-34).

Neben den oben genannten Aspekten eines gemeinsamen Miteinanders fanden im Integrationsbarometer von 2014 erstmals auch die Bereiche „Religion“ und „Kultur“ Berücksichtigung. Von den meisten Befragten wird zwar die religiöse und kulturelle Pluralität recht pragmatisch gesehen, jedoch besteht eine deutliche Skepsis gegenüber bestimmten religiösen und kulturellen Gruppen wie beispielsweise Roma und Muslimen (vgl. SVR 2014: 34). Auch die Ergebnisse der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014) herausgegebenen Studie „Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma“ zeigen, dass Vorbehalte gegenüber diesen Personengruppen existieren. So schwankten die „Einstellungen gegenüber der Minderheit [...] zwischen ausgeprägter Gleichgültigkeit und deutlicher Ablehnung“ (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014: 9). Darüber hinaus war im Vergleich zu anderen europäischen Ländern laut einer von der Universität Münster durchgeführten Studie aus dem Jahr 2010 die Skepsis gegenüber dem Islam in Deutschland stärker als beispielsweise in Frankreich, den Niederlanden und Dänemark. Nach Pollack (o.J.: 4) „herrscht in Deutschland [...] ein rigideres und intoleranteres Verständnis fremder Religionen vor“ als in den genannten europäischen Ländern. Auch sprachen sich in Deutschland mehr Befragte gegen eine Gleichstellung der einzelnen Religionen mit dem Christentum aus (vgl. Pollack o.J.: 3). Eine zunehmende Ablehnung des Islam bestätigt auch die Untersuchung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“, die zwischen 2002 und 2012 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt wurde. So diagnostizieren die Autoren „eine deutliche Vereisung des sozialen Klimas“ (Heit-

meyer & Küpper 2010: 15) sowie eine „zunehmend rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer & Küpper 2010: 15). Während Decker, Kiess und Brähler (2014: 59, 62) in ihrer jüngsten Studie aus dem Jahr 2014 im Rahmen der Langzeitdokumentation „Die ‚Mitte‘-Studie der Universität Leipzig“ zwar einerseits einen Rückgang rechtsextremer Tendenzen in der deutschen Gesellschaft belegen, identifizieren sie andererseits eine Verstärkung der Islamfeindlichkeit sowie des Antiziganismus. Bereits in der „Mitte“-Studie von 2012 wiesen die Autoren darauf hin, dass „die Islamfeindschaft das neue Gewand des Rassismus“ (Decker, Kiess & Brähler 2014: 48) sei. Sie begründeten dies mit der Ablösung der „Rasse“ als Diskriminierungskriterium durch die Kultur (vgl. Decker, Kiess & Brähler 2012: 13). Damit belegen sowohl das Integrationsbarometer als auch die Studien der Universitäten Bielefeld, Leipzig und Münster, dass „die Gesellschaft von einer Anerkennung religiöser Vielfalt zum Teil noch weit entfernt ist“ (SVR 2014: 37).

Demgegenüber präferierten im Rahmen des Integrationsbarometers von 2011 58,7 Prozent der Befragten mit und 57,7 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund den Zuzug von Hochqualifizierten. Dies zeugt in erster Linie von einem pragmatischen Verständnis, das 2014 ebenfalls in den Bereichen „Religion“ und „Kultur“ deutlich wurde. Den Zuzug von Flüchtlingen aus europäischen Ländern mit wirtschaftlichen Problemen lehnte hingegen die Mehrheit der Befragten ab. Generell sprachen sich jedoch die Zuwanderer aus europäischen Staaten und Drittstaaten für eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland aus (vgl. SVR 2014: 34, 40-41). Eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung vom Dezember 2012 legt ebenfalls ein ambivalentes Verhältnis der Deutschen zur Einwanderung offen. Während die meisten Deutschen ihr Land weltweit als eines der attraktivsten Einwanderungsländer sahen, standen sie der eigentlichen Einwanderung jedoch kritisch gegenüber. Sie überschätzten damit laut Studie die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland und unterschätzten gleichzeitig die Bedeutung einer entsprechenden Willkommenskultur. Dementsprechend war die Willkommenskultur in Deutschland noch unzureichend ausgebildet (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012a: 2). Während laut Folgestudie vom Januar 2015 zwar einerseits die Willkommenskultur zugenommen und sich Deutschland stärker zu einem Einwanderungsland hin entwickelt hat, besteht in der Gesellschaft allerdings weiterhin eine Ambivalenz im Hinblick auf das Thema „Zuwanderung“. So sieht die Mehrheit in dem Zuzug einen Gewinn, jedoch assoziiert gleichzeitig eine seit 2012 nahezu konstant hohe Zahl die Migration mit Defiziten und Schwierigkeiten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015: 4). Eine weitere Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2012 mit dem Titel „Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen“ kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland eher Assimilierungserwartungen vorherrschen als ein Streben nach Multikulturalität (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012b: 39, 41). Gleichzeitig verweist die Untersuchung allerdings auch auf internationale Studien, die Deutschland eine vergleichsweise „geringe Fremdenfeindlichkeit“ (Bertelsmann Stiftung 2012b: 44) bescheinigen (u.a. Green, Janmaat & Han 2009).

4.2.3 Integrationssituation differenziert nach unterschiedlichen Herkunftsgruppen und Bundesländern

Im Rahmen der Studien „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ (2009) und „Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ (2014) untersuchte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung anhand eines Indexes bestehend aus den Bereichen „Assimilation/Vermischung“, „Bildung“, „Erwerbsleben“ sowie „soziale Absicherung“ und „Dynamische Indikatoren“ den Integrationsgrad acht verschiedener in Deutschland lebender Zuwanderergruppen (Aussiedler sowie Personen aus der Türkei, weiteren Ländern der EU-25 (ohne die südeuropäischen Länder), Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien), dem ehemaligen Jugoslawien, dem Fernen Osten, dem Nahen Osten und Afrika) (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 6; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 29).

Da auch in der vorliegenden Arbeit die Integrationssituation verschiedener Zuwanderergruppen beschrieben wird, erscheint es sinnvoll, auf die oben genannten Studien näher einzugehen, zumal dadurch auch die Stellung des Saarlandes bezüglich der vorherrschenden Integrationsbedingungen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich werden kann. Darüber hinaus spiegeln sich die im Zuge der durchgeführten standardisierten Befragung ermittelten Ergebnisse für die Kreisstadt Merzig teilweise in diesen bundesweit angelegten Untersuchungen wider¹³. Außerdem können durch den Vergleich der beiden Studien (2009 & 2014) Entwicklungstendenzen abgeleitet werden.

Entsprechend der Studien wiesen Zugezogene aus den „weiteren Ländern der EU-25/27“ (ohne Südeuropa) den höchsten Integrationsgrad auf, was auf positive Ergebnisse bei Variablen aller Bereiche zurückzuführen ist. Besondere Erfolge verzeichnete diese Gruppe jedoch im Bildungsbereich, wo ihre Werte sogar die der Autochthonen überstiegen. Aber auch bei den sonstigen Indikatoren kam es zu einer Annäherung an die autochthone Bevölkerung (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 38-39; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 34, 36, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 160).

Ebenfalls gute Ergebnisse erzielte die Gruppe der „Aussiedler“, die die Autoren der Studien in erster Linie mit einem höheren Integrationsgrad der zweiten im Vergleich zur ersten Generation erklären. Darüber hinaus wurde sie durch hohe Werte in den Bereichen „Bildung“ sowie „Erwerbsleben“ gekennzeichnet, und auch die sonstigen Befunde deuteten auf eine bestehende Integrationsbereitschaft hin. Unterschiede im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung bestanden aber weiterhin beispielsweise im Hinblick auf den Anteil an Personen dieser Gruppe in Führungspositionen (vgl. Berlin-

¹³ So kommen die Studien beispielsweise bezüglich der Zuwanderungsgruppe der „Aussiedler“ in den Bereichen „Bildung“ und „Erwerbsleben“ zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 34-35).

Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7, 34; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 32-33, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 158).

Vergleichsweise gut schnitt auch die Gruppe aus dem „Fernen Osten“ ab. So zeichnete sie sich in erster Linie durch ein hohes Bildungsniveau sowie eine Vielzahl bikultureller Ehen aus. Trotz des hohen Bildungsniveaus konnte die Gruppe allerdings im Bereich „Erwerbsleben“ nur durchschnittliche Werte erreichen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7, 43; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 37-38, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 162).

Lediglich mittelmäßige Werte verzeichnete die Zuwanderergruppe aus „Südeuropa“. Während im Bildungsbereich deutliche Defizite bestanden, wies die Gruppe hingegen hohe Werte im Bereich „Erwerbsleben“ auf. Dadurch konnten die Bildungsdefizite zumindest teilweise kompensiert werden. Diese Kompensation, die keiner anderen Untersuchungsgruppe in diesem Ausmaß gelungen ist, wird unter anderem auf das Vorhandensein umfassender sozialer Netzwerke zurückgeführt, die sich seit den 1950er- und 1960er-Jahren herausbilden konnten (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 40). Unter den verschiedenen Ländern, die als Gruppe „Südeuropa“ zusammengefasst wurden, waren Personen aus Spanien im Hinblick auf den Integrationsgrad führend. Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise migrierten in den vergangenen Jahren verstärkt auch hochqualifizierte Personen und Fachkräfte aus diesen Ländern nach Deutschland, sodass zwischen 2005 und 2010 die Ergebnisse im Bildungsbereich insgesamt gesteigert werden konnten. Somit kommt es zu einer allmählichen Angleichung des Integrationsgrades dieser Herkunftsgruppe an die Werte der Personen aus den „weiteren Ländern der EU-25/27“ (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7, 40-41; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 33-34, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 161).

Große Heterogenität zeigte sich bei den Ergebnissen der Personen aus dem „Nahen Osten“. Während diese Gruppe insgesamt im unteren Mittelfeld rangierte, konnten bei verschiedenen Items jedoch Extremwerte ausgemacht werden, die auf unterschiedliche Migrationsmotive (zum Beispiel Bildungsmigration und Flucht) zurückzuführen sind. So kennzeichneten sie im Vergleich mit den anderen Untersuchungsgruppen einerseits sehr hohe Werte im Bildungsbereich und andererseits sehr niedrige im Bereich „Erwerbsleben“. Neben den Unterschieden zwischen verschiedenen Bereichen waren aber auch konträre Ergebnisse innerhalb der einzelnen Bereiche charakteristisch für diese Personen. Dementsprechend stellte diese Herkunftsgruppe im Ländervergleich beispielsweise gleichzeitig prozentual sowohl die meisten Erwerbslosen als auch die meisten Selbstständigen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 45-46; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 39, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 163).

Integrationsdefizite diagnostizieren die Autoren bei den Gruppen aus dem „ehemaligen Jugoslawien“, aus „Afrika“ und der „Türkei“ (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung

und Entwicklung 2009: 7). Diese wiesen in vielen Bereichen unterdurchschnittliche Ergebnisse auf und waren damit „weit [...] von einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben [entfernt]“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7). Erzielten Personen aus Afrika im Vergleich mit den beiden anderen Herkunftsgruppen aufgrund hoher Werte im Bereich „Assimilation/Vermischung“ und „Bildung“ noch den höchsten Integrationsgrad, zeigten sich allerdings innerhalb dieser Personengruppe besondere Defizite in den Bereichen „Erwerbsleben“ und „soziale Absicherung“. So waren hohe Anteile erwerbslos und von öffentlichen Leistungen abhängig. Die 2005 diagnostizierten Defizite bei der zweiten Generation konnten 2010 zumindest teilweise ausgeglichen werden. Der identifizierte geringe Integrationsgrad der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien war einerseits in besonders niedrigen Werten im Bereich „Assimilation/Vermischung“ und andererseits im Bereich „Bildung“ begründet. Trotz der Bildungsdefizite zeugten die Ergebnisse hingegen im Bereich „Erwerbsleben“ von einer erfolgreichen Eingliederung in diesen Teilbereich. Im Vergleich zur ersten Generation zeugen die Werte in den Bereichen „Bildung“ und „Erwerbsleben“ teilweise von einer leichten Verbesserung. Von allen Herkunftsgruppen erzielte die Gruppe aus der „Türkei“ die geringsten Werte und wies dementsprechend den niedrigsten Integrationsgrad auf (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7, 36, 42, 47-48; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 36-37, 40-41; Kröhnert & Woellert 2013: 159, 162, 164). „In keinem Bereich sind die Integrationsindikatoren der türkeistämmigen [...] [Personen] als gut zu bezeichnen.“ (Kröhnert & Woellert 2013: 159) Besonders defizitär waren die Ergebnisse bei den Items „Personen ohne Bildungsabschluss“ und „Erwerbslosenquote“. So war gerade unter Jugendlichen die Arbeitslosigkeit stark verbreitet. Darüber hinaus gelang es dieser Gruppe nicht, durch Integration in den Arbeitsmarkt bestimmte Bildungsdefizite zu kompensieren. Hohe Werte erzielte die Gruppe hingegen bei den Items „Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen“ und „Individualeinkommen“ (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 7, 36-37; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 6, 41; Kröhnert & Woellert 2013: 159).

Der Datenvergleich von 2005 und 2010 offenbart eine Verbesserung des Integrationsgrades bei allen Herkunftsgruppen. Dies ist in erster Linie auf die positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zurückzuführen, die mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote einherging. Dieser Rückgang schlug sich bei allen betrachteten Gruppen nieder und schloss auch Geringqualifizierte ein. Darüber hinaus konnte auch im Bildungsbereich ein leicht positiver Trend verzeichnet werden (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 29). Trotzdem habe „sich am Gesamtbild der Integrationslage nur wenig verändert“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 29).

Zusätzlich zu den einzelnen Herkunftsgruppen nahmen die Studie aus dem Jahr 2009 und in geringerem Umfang auch die Studie von 2014 die Bundesländer sowie die zwanzig größten deutschen Städte in den Blick, um den Einfluss regionaler Besonder-

heiten auf den Integrationsprozess erfassen zu können. Während Allochthone 2005 in dem Bundesland Hessen und dem Stadtstaat Hamburg sowie den Städten München, Frankfurt, Bonn und Düsseldorf vergleichsweise günstige Integrationsbedingungen vorfanden, waren die Voraussetzungen im Saarland sowie in den Städten Duisburg, Dortmund und Nürnberg weniger positiv. Aufgrund der im Saarland bestehenden ungünstigen Integrationsbedingungen nahm dieses Bundesland im Jahr 2005 unter allen Bundesländern¹⁴ den letzten Rang ein (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 8, 64-65).

Die schlechte Positionierung des Saarlandes führen die Autoren der Studie in erster Linie auf den Bildungsbereich und die Wirtschaft betreffende Aspekte zurück (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 64-65). So besaßen im Jahr 2005 15 Prozent (2010: 9 Prozent) der im Saarland lebenden Personen mit Migrationshintergrund keinen Bildungsabschluss (Hessen: 12 Prozent (2005), 9 Prozent (2010)) und lediglich ein Viertel der 20- bis 39-Jährigen verfügte über die allgemeine Hochschulreife (Hessen: 33 Prozent). Auch von den damaligen Schülern im Alter zwischen sechzehn und zwanzig Jahren besuchten nur 16 Prozent die Sekundarstufe II (Hessen: 28 Prozent), was bundesweit der niedrigste Anteil war (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 8, 64-65; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 56). Dieses geringe Bildungsniveau, das sich 2005 auch bei der autochthonen saarländischen Bevölkerung fand, sei laut der Forscher (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 8, 64-65) ein Relikt aus der Montanindustrie, wo meist ein geringes Qualifikationsniveau zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ausreichte. Mit 7 Prozent bewegte sich im Jahr 2005 ebenfalls die Selbstständigenquote deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts (Hessen: 11 Prozent), was auf die Besonderheiten der saarländischen Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 65). Diese wird von großen Betrieben dominiert, wodurch „kaum eine Kultur der Selbstständigkeit entstehen“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 65) konnte. Günstigere Werte konnten hingegen im Hinblick auf die Beschäftigten ausländischer Staatsangehörigkeit im öffentlichen Dienst erzielt werden, deren Anteil 2005 bei 11 Prozent (2010: 13 Prozent) (Hessen: 12 Prozent (2005), 9 Prozent (2010)) lag (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 65; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 58). Da jedoch die zweite im Vergleich zur ersten Generation deutlich ungünstigere Werte bei den Items „Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen“ und der „Erwerbslosenquote“ aufwies, werde sich der Integrationsgrad der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Meinung der Autoren (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 65) vermutlich auch zukünftig nicht verbessern. Damit wird das Saarland nicht dem Bundesmittel folgen. Allerdings bestätigten sich diese Prognosen nicht in allen Berei-

¹⁴ Zwecks besserer Vergleichbarkeit wurden im Rahmen der Studie Bremen sowie Niedersachsen und die fünf ostdeutschen Bundesländer zu jeweils einer Gruppe zusammengefasst (vgl. Berlin-Institut 2009: 56).

chen: So konnte zumindest bei dem Item „Personen ohne Bildungsabschluss“ zwischen 2005 und 2010 bereits eine deutliche Verbesserung verzeichnet werden (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 65; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 58).

Zusammenfassend kommt die Studie aus dem Jahr 2009 zu dem Ergebnis, „dass die Integration nirgendwo in Deutschland wirklich zufriedenstellend verläuft.“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 8) Allerdings beeinflussten unter anderem die Wirtschaftslage sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die regionalen Integrationsbedingungen. So kann eine florierende Wirtschaft mit einer Vielzahl an Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ein Pull-Faktor für qualifizierte Zuwanderer sein und gleichzeitig aber auch Arbeitsmöglichkeiten für Geringqualifizierte bieten. Schwierigkeiten können sich hingegen meist für strukturschwache Regionen ergeben, in denen weniger qualifizierte Zuwanderer leben. Neben einer stabilen wirtschaftlichen Situation kann sich aber auch die Zusammensetzung der allochthonen Bewohner positiv auf die Integrationsbedingungen auswirken. So verzeichneten die Städte mit einer heterogenen Zusammensetzung die höchsten Integrationsleistungen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 8; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 6).

4.2.4 Integration in ländlichen Räumen

Auf den ersten Blick bieten Großstädte mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Lebensgestaltung, des kulturellen Austauschs sowie der Multinationalität günstigere Integrationsvoraussetzungen als die ländlichen Räume. Demgegenüber sind die sozialen und nationalen Strukturen in den ruralen Regionen eher homogen, ihre Heterogenität ergibt sich hingegen in erster Linie aus „Größe, Lage und Stellung im politischen Gefüge“ (Kirchhoff 2012: 71) (vgl. Gruber 2014: 39; Güngör 2008: 135, 137; Schader-Stiftung 2011b: 27; Thines 2011: 40). Ebenso unterscheiden sich einzelne Gemeinden und Städte des ländlichen Raums beispielsweise in ihrer Bevölkerungsentwicklung, ihrer Migrationsgeschichte sowie ihrer Infrastruktur (vgl. Gruber 2014: 40; Schader-Stiftung 2011a: 19). Während aufgrund dieser Unterschiede die Integrationsbedingungen von Gemeinde zu Gemeinde beziehungsweise von Stadt zu Stadt differieren können, sind die Integrationsanforderungen für die Zugezogenen innerhalb der ländlichen Räume jedoch weitgehend identisch (vgl. Kirchhoff 2012: 71; Kirchhoff & Zimmer-Hegmann 2011: 65; Micksch & Schwier 2000b: 34; Schader-Stiftung 2011a: 19). So schaffen spezifische Charakteristika und Gemeinsamkeiten von ruralen Gemeinden und Städten im Unterschied zu urbanen Räumen besondere Bedingungen, die die individuellen Integrationsprozesse prägen (vgl. Schader-Stiftung 2011b: 24; Thines 2011: 40). Zu diesen Merkmalen zählen unter anderem die Bedeutung sozialer Beziehungen sowie Netzwerke und Schlüsselpersonen, das aktive Vereinsleben, die räumliche und soziale Überschaubarkeit sowie damit verbunden eine große Öffentlichkeit und infor-

melle Sozialkontrolle (vgl. Alisch & May 2011b: 10; Micksch & Schwier 2000b: 9-10; Schader-Stiftung 2011b: 24; Schwier 2002: 20).

Die Kleinräumigkeit der ruralen Gemeinden und Städte geht mit einer geringeren Anonymität, einer höheren Sozialkontrolle, einer größeren Traditionsorientierung sowie einer stärkeren Empfindsamkeit für kulturelle und soziale Unterschiede einher (vgl. Boos-Krüger 2005: 431; Gruber 2014: 39; Güngör 2008: 137). Der Einfluss dieser Charakteristika auf die Integrationsprozesse ist jedoch ambivalent (vgl. Güngör 2008: 139; Kirchhoff 2012: 71; Micksch & Schwier 2000b: 9). So kann eine verstärkte Fokussierung auf „Fremdheitsmarkierung[en]“ (Fincke 2009: 64) und tradierte „Vergemeinschaftungsformen“ (Schader-Stiftung 2011a: 137) die Integration behindern, da die allochthonen Bewohner „stärker und deutlich länger fremd“ (Güngör 2008: 138) bleiben und höhere Assimilationserwartungen an sie gestellt werden (vgl. Kirchhoff 2012: 71). Boos-Krüger und Wilk (2011: 67) sprechen von einem „deutlich wahrnehmbare[n] Wertekanon [...] als Orientierungsrahmen für den Aushandlungsprozess der Integrierung“, mit dem sich die Zuwanderer in den ländlichen Räumen auseinandersetzen müssen. „Rückzugsmöglichkeiten in die Anonymität, wie sie in den Städten vorhanden sind, gibt es [hingegen] kaum.“ (Micksch & Schwier 2000b: 34) Trotz möglicher Integrationsbarrieren können die engeren räumlichen und sozialen Strukturen den Zugezogenen aber auch Gefühle von „Geborgenheit und Sicherheit“ (Güngör 2008: 138) sowie Zugehörigkeit vermitteln (vgl. Boos-Krüger & Wilk 2011: 67; Simard & Jentsch 2009: 4). So geht die räumliche Überschaubarkeit zwangsläufig mit einer gleichmäßigen Durchmischung von allochthoner und autochthoner Bevölkerung einher, was großräumigen Segregationerscheinungen, wie sie häufig in Ballungszentren zu finden sind, entgegenwirkt (vgl. Boos-Krüger 2005: 432; Boos-Krüger & Wilk 2011: 61). Daher wird die allochthone Bevölkerung in ländlichen Räumen im Bereich Wohnen meist weniger stark benachteiligt. Dies spiegelt sich auch in einer im Vergleich zu Großstädten höheren Wohneigentumsquote dieser Bevölkerungsgruppe sowie damit verbunden einer „symbolischen Zugehörigkeit und [...] [einer] Steigerung des sozialen Status“ (Schader-Stiftung 2011a: 22) wider (vgl. Boos-Krüger 2005: 432; Schader-Stiftung 2011a: 22; Schader-Stiftung 2011b: 31). Soziale Überschaubarkeit fördert hingegen gegenseitige Bekanntheit sowie regelmäßige Begegnung, woraus zusätzliche interkulturelle Kontaktmöglichkeiten beispielsweise in Form von Nachbarschaftshilfen oder Unterstützungsangeboten zwischen Allochthonen und Autochthonen entstehen können (vgl. Boos-Krüger & Wilk 2011: 67; Güngör 2008: 138; Simard & Jentsch 2009: 4; Kirchhoff & Zimmer-Hegmann 2011: 65; Micksch & Schwier 2000b: 35). Aufgrund der Nähe innerhalb des direkten Wohnumfeldes und damit einhergehender sozialer Kontakte identifiziert Güngör (2008: 141) die Nachbarschaft als „wertvolle Integrationsressource“ (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 22; Schader-Stiftung 2011b: 31; Schwier 2002: 13). Des Weiteren fördern die direkten und persönlichen Kontakte den Abbau von eventuell bestehenden Vorurteilen und den Informationsaustausch (vgl. Schwier 2002: 12-13; Thines 2011: 43-44).

Bedingt durch die geringe Anzahl an Zuwanderern in manchen ruralen Gemeinden und Städten können jedoch die „Erfahrungen im Umgang mit ‚Fremden‘“ (Zimmer-Hegmann & Liebmann 2010: 14) fehlen. Während dies bei Autochthonen zur Entwicklung von Ängsten und Ressentiments gegenüber interkulturellen Begegnungen führen kann, kann es auf Seiten der Allochthonen zu einer stärkeren Konzentration auf herkunftsbezogene Netzwerke und damit zu einem Nebeneinander von allochthonen und autochthonen Bewohnern kommen (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 20; Thines 2011: 40-41). Nicht nur die fehlende Routine im Umgang mit Zugezogenen, sondern auch die Traditionsorientierung und die Beständigkeit, die sich aufgrund der Dichte an sozialen Beziehungen in ländlich geprägten Gemeinden und Städten entwickelt hat und die für die Zukunftsfähigkeit der Orte essentiell ist, kann eine Exklusion der allochthonen Bevölkerung bewirken (vgl. Simard & Jentsch 2009: 4; Micksch & Schwier 2000b: 9-10; Nadler et al. 2012: 120). „Latente Fremdenfeindlichkeit“ (Kirchhoff 2013: 4) und „ländlicher Rassismus“ (Schwier 2002: 10) können ebenfalls wesentliche Barrieren für eine erfolgreiche Inklusion sein (vgl. Jentsch & Simard 2009b: 187-188; Schwier 2002: 12). In diesem Zusammenhang sind Schlüsselpersonen wie zum Beispiel Bürgermeister, Lehrer, Pfarrer und Vereinsvorsitzende besonders relevant, da diese durch ein von Offenheit, Respekt und Wertschätzung geprägtes Verhalten gegenüber allen Einwohnern als „integrierende Persönlichkeiten“ (Gruber 2014: 40) und Vorbilder fungieren können (vgl. Gruber 2014: 40; Kirchhoff 2012: 71; Schader-Stiftung 2011a: 21; Schader-Stiftung 2011b: 29; Thines 2011: 45). Einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt leisten des Weiteren die Zivilgesellschaft sowie örtliche Vereine und Verbände, die sowohl Kontakt- und Netzwerkmöglichkeiten bieten als auch dem Austausch von Informationen dienen, wodurch der Zugang zu integrationsfördernden Angeboten und Möglichkeiten erleichtert wird (vgl. Gruber 2014: 40; Güngör 2008: 140; Kirchhoff & Zimmer-Hegmann 2011: 70-71; Schader-Stiftung 2011b: 30). Im Gegensatz dazu können die Vereinigungen aber auch durch fehlende Offenheit und restriktive Zugangsvoraussetzungen Exklusion praktizieren, was mit einer verstärkten Etablierung eigenethnischer Vereinigungen verbunden sein kann (vgl. Gruber 2014: 40; Schader-Stiftung 2011a: 21; Schader-Stiftung 2011b: 30; Thines 2011: 44-45). Die zumeist geringere Zahl an Zuwanderern in ruralen Regionen sowie die spezifischen Migrationsstrukturen beeinträchtigen zusätzlich einerseits die Selbstorganisation der allochthonen Bevölkerung und damit die Herausbildung „eigenethnische[r] Ressourcen“ (Schader-Stiftung 2011a: 19) sowie andererseits ihre Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (vgl. Gruber 2014: 39-40; Schader-Stiftung 2011a: 19; Thines 2011: 40). Deshalb können sich oftmals nur überregionale Vereinigungen bilden (vgl. Gruber 2014: 39). Vor diesem Hintergrund ist in ländlichen im Vergleich zu städtischen Räumen eine gewisse Integrationsbereitschaft für die soziale aber auch die wirtschaftliche Einbindung essentiell, zumal der Grad des beruflichen und sozialen Engagements ausschlaggebend für das gesellschaftliche Ansehen innerhalb der Gemeinde oder der Stadt ist (vgl. Boos-Krüger & Wilk 2011: 67; Micksch & Schwier 2000b: 10).

Wie in den Ballungszentren besteht auch in den ländlichen Regionen eine starke Abhängigkeit zwischen der örtlichen beziehungsweise städtischen Wirtschafts- und der persönlichen Erwerbsstruktur. Die räumliche und soziale Überschaubarkeit, der hohe Bekanntheitsgrad und der damit einhergehende leichtere Abbau von Vorurteilen sowie teilweise flachere Hierarchien innerhalb der Unternehmen können in ruralen Gemeinden und Städten besondere Potenziale bieten, um die strukturelle Integration der Allochthonen zu erleichtern (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 23; Schader-Stiftung 2011b: 31). Zu Benachteiligungen kann es hingegen auch in den ländlichen Räumen im Bildungs- und Ausbildungsbereich kommen, wo Kinder mit Migrationshintergrund aufgrund „individueller und familiärer Merkmale“, spezifischer „Kontextfaktoren/institutionellen Faktoren“ sowie „bildungspolitischer Handlungsmöglichkeiten“ (Schader-Stiftung 2011a: 120) vergleichsweise geringere Bildungserfolge erzielen (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 22; Schader-Stiftung 2011b: 30). Außerdem fehlen in den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen häufig interkulturelle Kompetenzen im Hinblick auf gemeinsames Lehren und Lernen sowie ein konfliktfreies Miteinander (vgl. Micksch & Schwier 2002b: 133; Thines 2011: 48). Zwar wurden im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts der Schader-Stiftung (2011a: 125-126) im Unterschied zu Untersuchungen von Boos-Krüger (2005: 435) auch in ländlichen Räumen Tendenzen der Bildungssegregation identifiziert, diese sind jedoch in städtischen Regionen deutlich stärker ausgeprägt.

Reglementierte finanzielle und personelle Ressourcen, geringe Strukturiertheit und fehlende Vernetzung sowie niedrige Siedlungsdichten erschweren in ländlichen Regionen oftmals die Etablierung vielfältiger und nachhaltiger Integrationsangebote. So fehlen häufig professionelle Akteure, weshalb die Kontinuität der Integrationsarbeit meist von dem Engagement Ehrenamtlicher abhängig ist. Darüber hinaus kann es unter anderem bedingt durch die zerstreuten Siedlungsformen, die vergleichsweise geringe Zahl an allochthonen Bewohnern sowie den begrenzten Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr zu Einschränkungen bei der Erreichbarkeit entsprechender Angebote kommen (vgl. Gruber 2014: 40; Jentsch & Simard 2009b: 186; Kirchhoff 2012: 71; Kirchhoff & Zimmer-Hegmann 2011: 65, 70; Schader-Stiftung 2011a: 20-21; Schader-Stiftung 2011b: 27-29). Gleichzeitig besteht im Unterschied zu städtischen Räumen öfter die Gefahr, dass Kurse aufgrund nicht erreichter Mindestteilnehmerzahlen gestrichen werden müssen. Dies ist vor allem bei zielgruppenspezifischen Angeboten der Fall (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 87). Demgegenüber wirken sich „die kleinstädtische Vergesellschaftung, überschaubare Akteurskonstellationen bzw. –netzwerke und Kommunikationsstrukturen“ (Schader-Stiftung 2011b: 37) positiv auf die Integrationsarbeit aus, da sie „eine stärkere Verbindlichkeit und institutionelle Kontinuität“ (Schader-Stiftung 2011b: 37) schaffen.

In der Tabelle 4 hat Gruber (2013: 25-27) die wichtigsten Unterschiede zwischen der Integration in ländlichen und städtischen Räumen gegenübergestellt.

Tabelle 4: Unterschiede der Integration in Städten und ländlichen Gemeinden

Kriterium	Städte	Ländliche Gemeinden
Zuwanderung	Höher	Geringer
Vielfalt	Große Vielfalt an Nationalitäten, Kulturen und Lebensformen	Überschaubare, weniger diverse Sozialräume
Anonymität	Höher	Geringer mit unmittelbarem/direktem Kontakt; höhere soziale Kontrolle und höhere Sensibilität gegenüber sozialen oder ethnischen Unterschieden; höheres Potential an Gemeinschaft und sozialer Geborgenheit (beispielsweise Nachbarschaftshilfe)
Integrationspolitische Schwerpunktsetzung	In verschiedenen Handlungsfeldern aktiv; Ansätze des Diversity Managements	Aktivitäten betreffen insbesondere: - Sozialer Nahbereich und unmittelbares Zusammenleben (z.B. Begegnung) - Sprache und Bildung - „Einladende“ Ansprache und Kommunikation, Information, Partizipation
Strukturiertheit	Höher; mehr verankerte Zuständigkeiten; häufiger systematische Arbeit nach Integrationskonzept oder -leitbild	Geringer systematisch organisiert, weniger aufeinander abgestimmt; oft keine formalen Zuständigkeiten; Aufbau von Strukturen und klaren Zuständigen sind notwendig
Fremdheit	Pluralität und Vielfalt „gewohnt“	Zugezogene (auch inländische) bleiben länger fremd; kulturelle und Fremdheit bestimmende Aspekte werden stärker betont und eher als Problem wahrgenommen; Sichtbarkeit des Fremden ist durch kleinräumige Struktur höher; nur geringe räumliche Segmentierungen z.B. in Wohnhäusern werden überproportional hoch empfunden
Migrantische Netzwerke	Eher und in vielfältigerer Form vorhanden; können insbesondere am Anfang Halt und Orientierung geben	Weniger vorhanden (erschwerter Selbstorganisation durch geringere Anzahl an Migranten) bzw. meist nicht in der jeweiligen Gemeinde angesiedelt, sondern im nächsten Zentrum; damit einher geht eine beschränkte Erreichbarkeit, die Einbindung in die örtliche Gemeinwesenarbeit ist schwieriger; Zugewanderte sind mehr auf sich gestellt bzw. auf die Familie angewiesen; aber: mehr Kontaktmöglichkeiten zur Gemeindebevölkerung, jedoch ist der Zugang dazu oft schwierig (Gemeinschaft baut meist auf Tradition und Konstanz auf)

Kriterium	Städte	Ländliche Gemeinden
Spezifische integrationsunterstützende Infrastruktur und Angebote	Breites Angebot (z.B. Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialeinrichtungen, institutionalisierte und professionalisierte Integrationsakteure, Zuständigkeitsdifferenzierungen)	Selten und weniger differenziert; weitere Wege zu zuständigen Behörden, Mehrfachrollen von Ansprechpartnern (Politiker gleichzeitig z.B. in der Rolle eines Vereinsvorstands oder des Lehrers)
Professionalisierte Integrationsakteure	Häufiger	Seltener; verstärkt organisiert über Ehrenamtlichkeit (Kirchen, örtliche Vereine, einzelne aktive Personen); häufig: Kindergärtner oder Lehrer als Partner der Integrationsarbeit
Rolle Bürgermeister	Bürgermeister ist nur ein Akteur von vielen weiteren	Wichtige Rolle als „integrierende Persönlichkeit“; durch offene Kommunikation und wertschätzende, alle Gemeindebewohner einbeziehende Haltung, kann integrationsfreundliches Klima gefördert werden (Bürgermeister aller Einwohner)
Rolle Vereine	Geringer ausgeprägt	Stark ausgeprägt; Integration in die Gesellschaft ist häufig an Teilnahme am Vereinsleben geknüpft; Vereine können Inklusion ermöglichen, durch mangelnde Offenheit aber auch Ausschluss verfestigen

Quelle: Gruber 2013: 25-27

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die ländlichen Räume sowohl förderliche als auch hinderliche Faktoren für die Integration von Zugezogenen bieten. So erleichtert die in ruralen Gemeinden und Städten aufgrund ihrer Überschaubarkeit übliche soziale Nähe der allochthonen Bevölkerung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Darüber hinaus fördern die interkulturellen Kontakte zwischen der allochthonen und autochthonen Bevölkerung, die sich in den ländlichen Räumen im Alltag zwangsläufig ergeben, das gegenseitige Kennenlernen und können entstehenden oder bestehenden Ressentiments entgegenwirken (vgl. Boos-Krüger & Wilk 2011: 67-68). Boos-Krüger und Wilk (2011: 67) sehen gerade auch in der räumlichen und sozialen Überschaubarkeit einen Vorteil für den „Aushandlungsprozess der Integrierung“. Das in ruralen Regionen stark ausgeprägte Nachbarschaftsprinzip kann als Basis gegenseitiger Unterstützung gesehen werden, wodurch den Zuwanderern auch ein Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt wird, was ihnen die Akzeptanz der „ethische[n] Ordnung einschließlich der Rechtsordnung, die in diesem Raume herrscht“ (Boos-Krüger & Wilk 2011: 70), erleichtert (vgl. Micksch & Schwier 2000b: 35).

Als nachteilig für die Integration können sich in den ländlichen Räumen die geringere Anzahl, Vielfältigkeit und Strukturiertheit von Integrationsangeboten sowie die

Schwierigkeit ihrer Erreichbarkeit erweisen. Auch kann Integration nur dann gelingen, wenn sowohl die allochthonen als auch die autochthonen Einwohner offen und bereit zum interkulturellen Austausch sind. Fehlen diese Eigenschaften, kommt es in den rural geprägten Gemeinden und Städten eher zu einer Isolation der Zugezogenen als in Ballungsräumen. Somit treffen Zuwanderer in ländlichen Regionen im Regelfall auf gute Integrationsvoraussetzungen, misslingt diese jedoch, werden sie mit größeren Beeinträchtigungen im Vergleich zu Großstädten konfrontiert (vgl. Boos-Krüger & Wilk 2011: 68).

Diese spezifischen Gegebenheiten der ländlichen Räume stellen auch die Integrationspolitik vor besondere Herausforderungen. Da vor allem rurale Regionen in besonderer Weise vom demographischen Wandel betroffen sind, bietet die Integrationspolitik eine Möglichkeit, auf diese Entwicklungen zu reagieren (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 24). Dabei konzentriert sich die Integrationspolitik im Unterschied zu Ballungszentren in erster Linie auf die Themen „sozialer Nahbereich und unmittelbares Zusammenleben“, „Sprache und Bildung“ sowie „einladende Ansprache und Kommunikation, Information, Partizipation“ (Gruber 2014: 39). Darüber hinaus ist es ein Anliegen der Integrationspolitik, auch interkulturelle Öffnung zu initiieren, die jedoch in vielen ländlichen Gemeinden und Städten noch gering ausgeprägt ist (vgl. Schader-Stiftung 2011a: 20).

Auch die wenigen bisher vorliegenden Untersuchungen über Integration in den ländlichen Räumen des Saarlandes weisen die Existenz einzelner oben beschriebener Gegebenheiten nach. So zeigt der Vergleich der Gemeinden Perl und Schmelz die Heterogenität der beiden Kommunen beispielsweise hinsichtlich ihrer Lage innerhalb des Saarlandes, ihrer Bevölkerungsentwicklung sowie ihrer Migrationsgeschichte. Auch spiegelt sich in den Ergebnissen die Relevanz interkultureller Kontakte vor allem im Wohnumfeld zwischen Allochthonen und Autochthonen wider. Dabei handelt es sich in erster Linie um gemeinsame Freizeitgestaltung, freundschaftliche Kontakte und Begegnungen über die eigenen Kinder. Vor allem aufgrund der sozialen Nähe innerhalb des Wohnumfeldes fühlen sich die meisten Allochthonen in Perl und Schmelz akzeptiert sowie toleriert und konnten ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Dies führt verstärkt auch zur Wohneigentumsbildung. Über das Wohnumfeld hinaus hat ein Teil der Zuwanderer in den beiden Gemeinden auch Intergruppenkontakte zur autochthonen Bevölkerung über örtliche Vereine geknüpft. Die oben beschriebene nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft erstreckt sich auch in den beiden saarländischen Gemeinden auf Unterstützung beim Integrationsprozess. Defizite zeigten sich wie in anderen ländlichen Räumen hingegen im Hinblick auf institutionelle Integrationsangebote, beim Zugang zum Arbeitsmarkt, bei Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie im bürokratischen Bereich (vgl. Nienaber & Frys 2012; Nienaber & Roos 2012b; Nienaber & Roos 2012c).

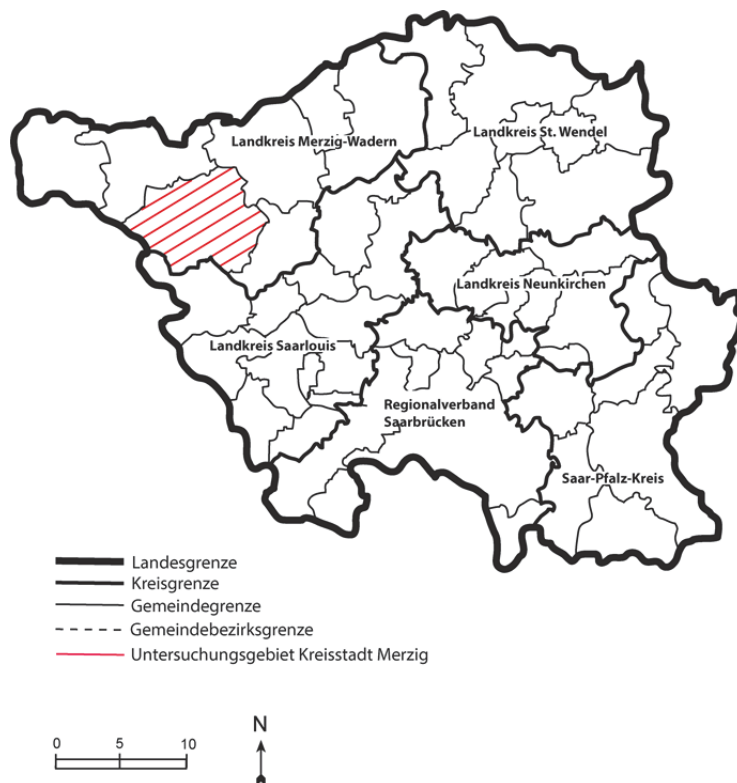
5 Migration und Integration: Die Kreisstadt Merzig¹⁵

5.1 Charakterisierung der Kreisstadt Merzig¹⁶

5.1.1 Geographie

Die Kreisstadt Merzig, die einschließlich ihrer 17 Stadtteile am 29.02.2012 30.267 (vgl. Kreisstadt Merzig 2012a) Einwohner zählte, liegt im Nordwesten des Saarlandes und gehört verwaltungstechnisch zum Landkreis Merzig-Wadern (s. Abb. 24/25). Mit rund 55.500 Hektar ist der Landkreis Merzig-Wadern der größte der sechs saarländischen Landkreise. Er erstreckt sich von der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz im Norden bis zur luxemburgischen sowie zur französischen Grenze im Westen. Im Süden grenzt er an den Landkreis Saarlouis, im Osten an den Landkreis St. Wendel. Neben der Kreisstadt Merzig und der Stadt Wadern gehören dem Kreis des Weiteren die fünf Gemeinden Beckingen, Losheim am See, Mettlach, Perl und Weiskirchen an (vgl. Ihlenfeldt, Gulden & Keller 1995: 142).

Abbildung 24: Die Lage der Kreisstadt Merzig im Saarland



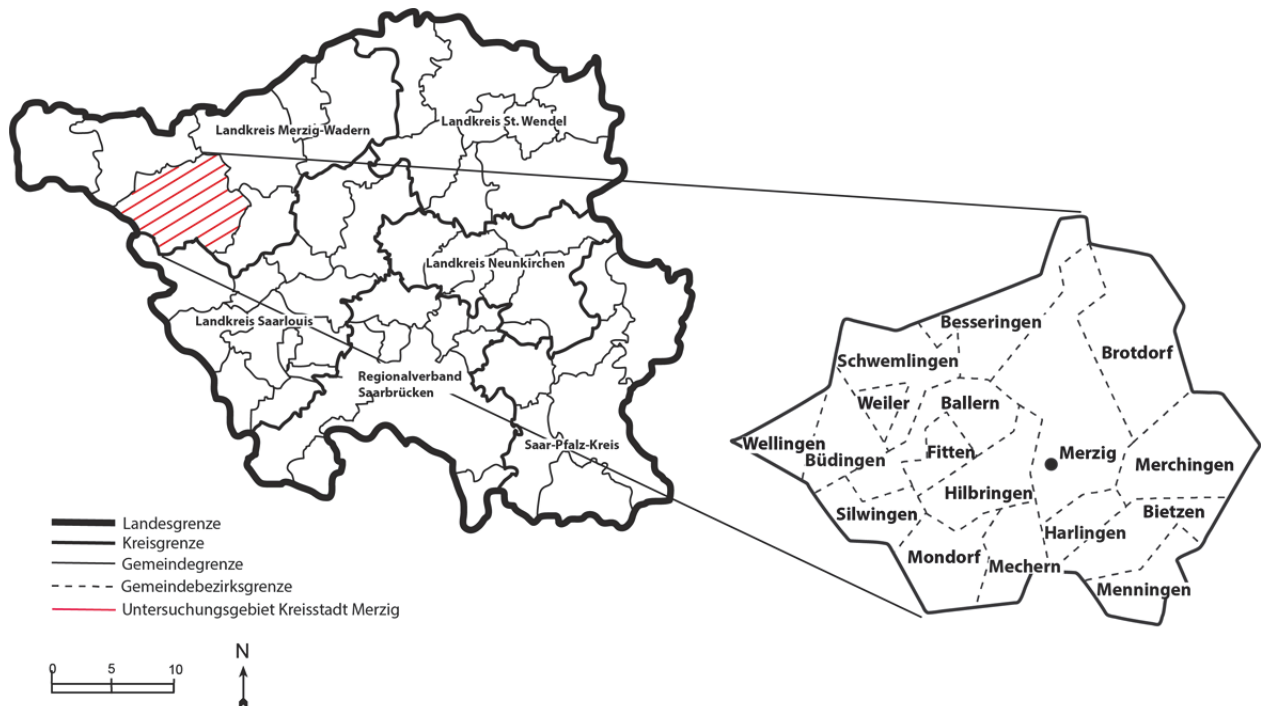
Quelle: Eigene Darstellung

¹⁵ Zum Teil finden sich die folgenden Ausführungen in dem Abschlussbericht des von Nienaber und Roos (2012d) im Jahr 2012 durchgeführten Forschungsprojektes zum Thema „Migration und Integration in der Kreisstadt Merzig“ wieder.

¹⁶ In den folgenden Kapiteln wird die Kreisstadt Merzig unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer, gesellschaftlicher und demographischer Gesichtspunkte charakterisiert. Diese Beschreibung erscheint notwendig, um zu einer differenzierten Bestandsanalyse zu gelangen, die wiederum für das Verständnis migrations- und integrationsrelevanter Abläufe und Strukturen wichtig ist.

Die Kreisstadt Merzig ging 1974 nach der saarländischen Gebiets- und Verwaltungsreform aus der Stadt Merzig und sechzehn benachbarten Gemeinden hervor. Zu den jetzigen siebzehn Stadtteilen zählen Ballern, Besseringen, Bietzen, Brotdorf, Büdingen, Fitten, Harlingen, Hilbringen, Mechern, Menningen, Merchingen, Merzig, Mondorf, Schwemlingen, Silwingen, Weiler und Welling (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.a).

Abbildung 25: Die Kreisstadt Merzig mit ihren 17 Stadtteilen



Quelle: Eigene Darstellung

Mit einem Stadtgebiet von 108 Quadratkilometern besitzt die Kreisstadt Merzig das größte saarländische Gemeindegebiet und grenzt im Nordwesten an die Gemeinde Mettlach, im Nordosten an die Gemeinde Losheim am See, im Südosten an die Gemeinde Beckingen sowie im Südwesten an die Gemeinde Rehlingen-Siersburg (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 7). Im Westen schließt sich das Département Moselle an das Stadtgebiet an. Darüber hinaus liegt sie zwischen der Landeshauptstadt Saarbrücken (Südosten) und der kreisfreien rheinland-pfälzischen Stadt Trier (Norden), die jeweils rund 35 beziehungsweise 50 Kilometer entfernt sind. Aufgrund der Lage im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg sind ebenfalls die Städte Metz sowie Luxemburg in etwa einer Autostunde zu erreichen. Damit ist die Kreisstadt Merzig die einzige größere saarländische Stadt, die sich in unmittelbarer Nähe sowohl zu Frankreich (ca. 6 Kilometer) als auch zu Luxemburg (ca. 20 Kilometer) und zum Bundesland Rheinland-Pfalz (ca. 8 Kilometer) befindet. Diese direkte Nachbarschaft wirkt sich unter anderem positiv auf die Verkehrsanbindung und den Arbeitsmarkt aus. So verfügt die Kreisstadt Merzig über einen unmittelbaren Anschluss an die Bahnstrecke Saarbrücken-Trier und die Bundesautobahn 8. Diese führt

in nordwestlicher Richtung nach Luxemburg und in östlicher Richtung nach Neunkirchen sowie weiter südöstlich über die Bundesautobahn 620 nach Saarbrücken.

Das Stadtgebiet erstreckt sich vom „Merziger Becken“, das durch den Mittellauf der Saar geprägt ist, bis zu den Höhen des Saargaus. Die meisten Stadtteile befinden sich links der Saar. Während die größeren Stadtteile, von Mechern bis Schwemlingen, auf der Saarterrasse liegen, befinden sich die kleineren Stadtteile, von Mondorf bis Wellingen, am Fuß des Gauplateaus (vgl. Oberhauser 1992: 191-192). Gaulandschaften sind aus geologischer Sicht Muschelkalkgebiete, die sich im Saarland unter anderem links der Saar südlich des Warndt mit einer Ausdehnung bei der Kreisstadt Merzig über die Saar hinaus auf das rechte Ufer erstrecken (vgl. Herrmann 1989: 10). Diese Kulturlandschaft wird als „Merziger Kalkplatte“ bezeichnet. „Sie liegt auf einer keilförmig über das Mittlere Saartal nach Nordosten geschobenen Kalkplatte, die rings von Steilstufen und zur Ostspitze hin von Rücken gesäumt ist.“ (Bundesamt für Naturschutz 2012) Die Landschaft ist geprägt von einem Nebeneinander aus Tälern, Hängen und bis zu 400 Meter über Normalnull hohen Kuppen (vgl. Bundesamt für Naturschutz 2012).

Die Täler werden aufgrund der fruchtbaren mergeligen Muschelsandstein- und Lößlehmböden überwiegend für die Landwirtschaft genutzt (vgl. Bundesamt für Naturschutz 2012). Die Hänge und Kuppen hingegen sind meist bewaldet, weshalb rund dreißig Prozent des Stadtgebietes von Wäldern überzogen sind (vgl. Bundesamt für Naturschutz 2012; Kreisstadt Merzig o.J.b). Auf dem Gebiet der Kreisstadt Merzig wurden sieben Naturschutzgebiete mit einer Gesamtgröße von 193 Hektar ausgewiesen (1,8 Prozent des Stadtgebietes) (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.c). Einen wesentlichen Teil der Kulturlandschaft bilden auch die Streuobstwiesen, auf denen überwiegend hochstämmige Apfelbäume stehen. Die Äpfel werden unter anderem zu Apfelwein („Viez“) weiterverarbeitet (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.d, e).

Neben den fruchtbaren Muschelsandstein- und Lößlehmböden ist das untere Saartal zusätzlich klimatisch begünstigt, was sich positiv auf die ackerbaulichen Erträge auswirkt. So werden entlang der Saar und damit auch im Bereich der Kreisstadt Merzig Jahresmitteltemperaturen zwischen 10,0 und 10,4 Grad Celsius gemessen (vgl. Kühne 2006: 50). Jedoch nimmt mit zunehmender Höhenlage die Temperatur ab, weshalb die höher gelegenen Teile der Kreisstadt etwas geringere Jahresmitteltemperaturen aufweisen. Das Maximum der monatlichen Durchschnittstemperaturen wird im Jahresgang im Juli und das Minimum im Januar erreicht. Auch die Niederschlagsmenge variiert mit der Höhenlage. Während im Bereich der unteren Saar durchschnittliche Niederschlagsmengen von 800 bis 899 mm gemessen werden, kann der Wert in der Kreisstadt Merzig bei einer Höhenlage von 300 Metern über Normalnull auf bis zu 999 mm ansteigen (vgl. Kühne 2006: 50).

5.1.2 Geschichte

Die Kreisstadt Merzig ist keltisch-römischen Ursprungs und geht auf eine „villa urbana“ zurück (vgl. Oberhauser 1992: 193). Erstmalig urkundlich erwähnt wurde diese Örtlichkeit am 4. Juni 369 unter dem Namen „Mansio praedium Martiaticum“, auf den der heutige Stadtname „Merzig“ zurückgeführt wird. Zu Beginn des 2. Jahrtausends existierten Abwandlungen wie „Marciacum“ und „Martiaticum“ sowie später „Marcetum“ und „Mercia“. Im Jahr 1338 kam die Schreibweise „Mertzige“ auf, die der heutigen Variante bereits sehr nahe kam (vgl. Seck 1994a: 22). Der Namensursprung lässt sich anhand der Literatur nicht eindeutig nachvollziehen. So kann er einerseits auf den römischen Kriegsgott Mars, als ein dem Mars geweihter Ort oder aber auf die gallo-römische Mischform „Marciacum“ zurückgeführt werden, die auf den ersten Grundbesitzer Marcius verweist (vgl. Oberhauser 1992: 193; Seck 1994a: 22).

Rund 500 Jahre lang wurden die Landschaften der Saar und Mosel durch die Römer geprägt. Beendet wurde deren Herrschaft gegen Ende des 3. Jahrhunderts durch die Franken (vgl. Schuhmacher 1994: 19). Bis Karl der Kahle im Jahre 870 die „villa Martia“ dem Erzbischof von Trier schenkte, war sie Eigentum des Königs. Mit dem Übergang in den bischöflichen Besitz wurde sie zu einem bedeutenden Ort innerhalb des Erzbistums (vgl. Oberhauser 1992: 193). Begünstigt durch die Lage an der Saar und die ausgedehnten Waldbestände sowie die Hanglagen mit der Möglichkeit des Weinanbaus, kam der Stadt bereits frühzeitig eine wichtige Bedeutung zu. So wurde Merzig nicht nur zum wirtschaftlichen Zentrum für teilweise weit entfernte Ansiedlungen, sondern entwickelte sich auch zu einem kulturellen und kirchlichen Mittelpunkt (vgl. Seck 1994a: 22). Bereits im Mittelalter kam es aufgrund der strategisch günstigen Lage der Stadt durch die Nähe zu wichtigen Heer- und Handelsstraßen sowie unklarer Verhältnisse zwischen dem Herzogtum Lothringen und dem Kurfürstentum Trier zu deutsch-französischen Konflikten (vgl. Oberhauser 1992: 183). Aus diesem Grund einigten sich der Trierer Erzbischof und der Herzog von Lothringen im Jahr 1368 auf eine gemeinschaftliche Verwaltung, das sogenannte „Kondominium Merzig-Saargau“ (vgl. Oberhauser 1992: 183; Seck 1994a: 22-23). Dieses hatte maßgeblichen Einfluss auf die regionale Machtverhältnisse und „wurde 1778 durch einen Teilungsvertrag zwischen dem trierischen Kurfürsten Clemens Wenzeslaus und Frankreichs König Ludwig XVI. aufgelöst.“ (Seck 1994a: 25) Jedoch wurde Merzig bereits vierzehn Jahre später erneut von Franzosen besetzt und dem Saar-Departement angegliedert, das 1801 an Frankreich ging. Nach dem zweiten Pariser Frieden kam 1815 das Gebiet rund um Merzig unter preußische Herrschaft (vgl. Seck 1994a: 25-26). 1816 wurde Merzig Kreisstadt, die jedoch „erst 1825 de jure in den ‚Stand der Städte‘ erhoben“ (Oberhauser 1992: 193) wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Saargebiet dem Völkerbund unterstellt, wodurch das von Merzig verwaltete Kreisgebiet im Bereich Wadern und Umgebung Gebietsverluste hinnehmen musste (vgl. Oberhauser 1992: 193; Seck 1994a: 28). Bis zur Saarabstimmung am 13. Januar 1935 beschränkte sich daher das Kreisgebiet auf den „Stammkreis“ (Seck 1994a: 28). Mit dem Ende des Zweiten Welt-

kriegs und der damit verbundenen zweiten Abtrennung des Saarlandes wuchs der Landkreis wieder auf seine ursprüngliche Ausdehnung an und vergrößerte sich um zusätzlich 20 Gemeinden aus dem Kreis Saarlouis. Im Zuge dieser Erweiterung grenzt der Landkreis Merzig-Wadern erstmalig neben Frankreich auch an Luxemburg (vgl. Oberhauser 1992: 193; Seck 1994a: 28).

Seit 1956 wird die Kreisstadt Merzig von einem hauptamtlichen Bürgermeister regiert, wobei dies mit dem Überschreiten der Einwohnerzahl von 30.000 Personen zwischenzeitlich ein Oberbürgermeister war. Da die Einwohnerzahl jedoch im Jahr 2013 wieder unter die 30.000-Einwohner-Marke fiel, ist seit dem 1. Januar 2014 erneut ein Bürgermeister im Amt (vgl. Seck 1994a: 30).

5.1.3 Ökonomische Infrastruktur

5.1.3.1 Wirtschaftsstruktur

Wirtschaftsförderung und Gewerbegebiete

Bereits im Jahr 1997 wurde in der Kreisstadt Merzig eine Stelle für kommunale Wirtschaftsförderung geschaffen, 2010 kam ein eigenes Amt für Wirtschaft, Tourismus und Kultur hinzu. Dadurch sollten einerseits Existenzgründer unterstützt und neue Betriebe akquiriert sowie andererseits bestehende Unternehmen begleitet und gefördert werden. Damit reagierte die Kreisstadt recht früh auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des demographischen Wandels und versuchte durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze neues Arbeitskräftepotenzial an Merzig zu binden und das vorhandene zu halten. So verkaufte die Kreisstadt im Zuge der Wirtschaftsförderung in den letzten zwanzig Jahren mehr als 15 Hektar Gewerbeflächen an Wirtschaftsbetriebe (vgl. Kernplan 2014: 76; Kreisstadt Merzig o.J.f; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 48).

1996 wurden im Stadtteil Brotdorf das Gewerbegebiet „Heiligen Wies“ mit einer gewerblichen Baufläche von 2,5 Hektar sowie im Jahr 2000 das Gewerbegebiet „Römergarten“ im Stadtteil Besseringen, das eine gewerbliche Baufläche von vier Hektar umfasst, erschlossen. Zusätzliche Gewerbeflächen wurden in der Kernstadt Merzig in den Bereichen „Rieffstraße“, „Im Holzhau“ sowie im Industriegebiet „Nord-West“ und im Stadtteil Harlingen eingerichtet. Ebenfalls konnten durch Änderungen der Bebauungspläne in Ballern („Donatusplatz“) und in Merzig („Gewerbegebiet Siebend“) weitere gewerbliche Bauflächen geschaffen werden (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 49-50). Mit der Gewerbefläche „Innovationspark Merzig“ will die Kreisstadt Merzig vor allem die Niederlassung technologieorientierter Gewerbebetriebe unter anderem aus den Branchen Medizin, Umwelt und Energie, IT sowie Logistik fördern. Ebenfalls ist der Bau von Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäuden auf der Gewerbefläche zulässig. Mittels dieser neu ausgewiesenen Fläche sollen unter anderem Existenzneugründer angesprochen werden, da der Zuschnitt der Grundstücke individuell an den aktuellen Bedarf angepasst werden kann sowie Erweiterungsmöglichkeiten für die Zukunft bestehen (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.g, h).

Wichtige Arbeitgeber

Mit rund 900 Arbeitskräften ist das Unternehmen Villeroy & Boch, das sowohl in Merzig als auch in der Nachbargemeinde Mettlach seinen Stammsitz hat, größter Arbeitgeber in der Kreisstadt. Seit Beginn der 1990er-Jahre hat das Keramikunternehmen über 100 Millionen Euro in die verschiedenen Merziger Betriebsstandorte investiert. War am Standort Merzig die Produktion ursprünglich auf die Herstellung von Fliesen beschränkt, wurde die Produktpalette später durch Sanitärartikel und seit dem Bau des Werks in der Rieffstraße durch die Produktion von Geschirr erweitert (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.i; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 48; Seck 1994b: 142). Neben Villeroy & Boch ist mit knapp 800 Mitarbeitern der Arzneimittel-Importeur Kohlpharma ein weiterer wichtiger Arbeitgeber in der Kreisstadt Merzig. Das Unternehmen errichtete dort im Jahr 1996 ein Versand- und Logistikzentrum, worauf sich unterschiedliche Erweiterungsphasen anschlossen. So verlegte beispielsweise auch die Verwaltung im Jahr 2002 ihren Standort von Perl in die Kreisstadt, was zu einem kurzzeitigen Anstieg der Mitarbeiterzahl auf 1.120 Personen führte. Jedoch sank die Zahl der Beschäftigten in den kommenden Jahren erneut unter die 1.000er-Marke (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.i; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 49; Kohlpharma GmbH 2011). Ebenfalls im Gesundheitsbereich tätig ist das Unternehmen Assist GmbH, das seit 2002 seinen Sitz im Stadtteil Besseringen hat und dort im Jahr 2014 rund 150 Mitarbeiter beschäftigte (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 49; Ripperger 2014). Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Medizinprodukten sowie medizinischen Hilfsmitteln und das Angebot medizinisch pharmazeutischer Dienstleistungen (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 49; Assist GmbH 2014). Darüber hinaus sind weitere große und mittelständische Unternehmen mit teilweise internationalem Vertrieb in der Kreisstadt Merzig angesiedelt. Dazu zählen beispielsweise die Carlsson Autotechnik GmbH, die Merziger Fruchtgetränke GmbH sowie die Firmen MHA Zentgraf, Holzhauer Haustechnik und Grün Mechanik (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.i; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 49). Neben den Beschäftigten in den genannten Unternehmen finden viele Personen auch in kleineren Handwerks- und Gastronomiebetrieben sowie in anderen Dienstleistungsbereichen Beschäftigung. Einer der wichtigsten Arbeitgeber im Dienstleistungssektor ist mit rund 750 Beschäftigten (2010) das SHG-Klinikum Merzig GGMBH (vgl. Kernplan 2014: 70).

5.1.3.2 Beschäftigungsstruktur

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verteilten sich im Jahr 2012 prozentual zu 1,2 Prozent auf den primären Sektor, zu 20,9 Prozent auf den sekundären und zu 77,8 Prozent auf den tertiären Sektor (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a). Verglichen mit dem Jahr 1998 ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor innerhalb von vierzehn Jahren um rund acht Prozentpunkte gestiegen

(vgl. GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung 2007: 13). Dies kann vor allem auf die im Bereich des Arzneimittelvertriebs tätigen Firmen Kohlpharma und Assist zurückgeführt werden, deren Niederlassung in der Kreisstadt mit der Schaffung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte, insbesondere Frauen, verbunden war. Entsprechend verteilte sich im Jahr 2003 ein großer Teil der Beschäftigten im tertiären Sektor vor allem auf den Gesundheitsbereich sowie auf öffentliche Verwaltungen und Bildungseinrichtungen (vgl. GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung 2007: 13; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 50). Verbunden mit dem Bedeutungszuwachs des tertiären Sektors sank der Anteil der im sekundären und primären Sektor tätigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 28 beziehungsweise 1,8 Prozent im Jahr 1999 um 7,1 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte im Jahr 2012 (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a; GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung 2007: 13). Dennoch wurden im gesamten Landkreis Merzig-Wadern im Jahr 2010 342 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, davon 72 in der Kreisstadt Merzig. Damit verfügt der Kreis über die größte Anzahl landwirtschaftlicher Unternehmen im Saarland (vgl. GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung 2007: 13; Statistisches Amt Saarland 2011d: 46).

Verglichen mit den Werten des Saarlandes sowie des Landkreises Merzig-Wadern lag die Kreisstadt Merzig im Jahr 2012 hinsichtlich des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor deutlich über dem Durchschnitt (s. Tab. 5) (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a). Dies spiegelt allgemeine Tertiärisierungsprozesse wider, die somit auch in der Kreisstadt angekommen sind. Wie sonst wo werden auch in der Kreisstadt Merzig dadurch die übrigen Wirtschaftssektoren zurückgedrängt, wovon vor allem männliche Erwerbstätige mit geringen Qualifikationen im produzierenden Gewerbe betroffen sind (vgl. GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung 2007: 14).

Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Sektoren - Saarland, Landkreis Merzig-Wadern und Kreisstadt Merzig in Prozent (Stand 2012)

	Saarland	Landkreis Merzig-Wadern	Kreisstadt Merzig
Primärer Sektor	0,3	0,8	1,2
Sekundärer Sektor	34,3	31,4	20,9
Tertiärer Sektor	65,5	67,8	77,8

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Datengrundlage Bertelsmann Stiftung o.J.a

Innerhalb des Zeitraums von 2004 bis 2010 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kreisstadt Merzig um 5,7 Prozentpunkte von 9.680 auf 10.228 Personen an. Im gleichen Zeitraum lag der Zuwachs im Saarland lediglich bei 1,4 Prozentpunkten. Vor allem im sekundären Sektor wuchs in der Kreisstadt Merzig die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zwischen 2004 und 2007 um 19 Prozentpunkte (vgl. Internationaler Bund 2009: 111; Eigene Berechnung auf der

Datengrundlage Statistisches Amt Saarland 2011d: 36 und Statistisches Amt Saarland 2013b). Wird die Arbeitsplatzdichte betrachtet, so bot die Kreisstadt im Jahr 2010 mit 337 Arbeitsplätzen je 1.000 Einwohner die größte Arbeitsplatzdichte innerhalb des Landkreises und lag nur wenig unterhalb des saarländischen Durchschnitts. Damit ist Merzig der bedeutendste Wirtschaftsstandort innerhalb des Landkreises vor Wadern und Mettlach (vgl. Kernplan 2014: 68-69).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig

Werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig betrachtet, gingen zum 30.06.2013 insgesamt 9.324 Personen¹⁷ einer entsprechenden Beschäftigung nach, darunter 47,2 Prozent Frauen. 5,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Ein Vergleich mit dem Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung vom 29.02.2012 (Ausländeranteil: 6,5 Prozent) verdeutlicht, dass diese Bevölkerungsgruppe ähnlich wie die Gruppe der Frauen auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert war. Hinsichtlich des Geschlechterunterschiedes lässt sich bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit feststellen, dass Frauen (36,6 Prozent) deutlich seltener in den Arbeitsmarkt eingebunden sind als Männer (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 112). Damit liegt dieser Anteil nur knapp unter dem entsprechenden Wert auf Bundesebene (38,6 Prozent) (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 155). In der Altersgruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter 25 Jahren besaßen am 30.06.2013 5,9 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit, darunter 40 Prozent weibliche Beschäftigte. Obwohl der Frauenanteil in dieser Altersgruppe etwas höher lag als bei den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit, partizipieren auch in dieser Gruppe immer noch mehr Männer als Frauen am Arbeitsmarkt (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 112).

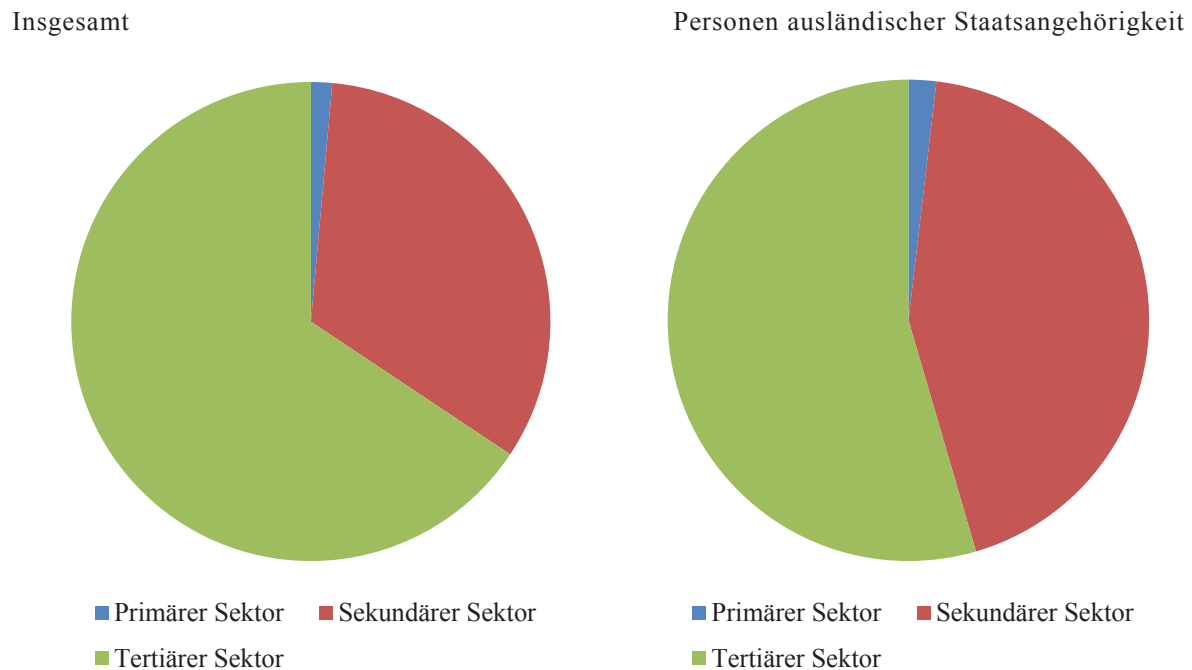
Während die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig im Zeitraum von 2009 (8.933 Beschäftigte) bis 2013

¹⁷ Jedoch werden in den Daten der Bundesagentur für Arbeit nur diejenigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig erfasst, die in Deutschland berufstätig sind. Aufgrund der Grenznähe zu Luxemburg, arbeitet ein nicht zu vernachlässigender Teil der Merziger Bevölkerung, darunter Personen luxemburgischer, deutscher sowie weiterer Nationalität, im Großherzogtum. Neben steuerlichen Vorteilen sowie höheren Gehältern, die das Großherzogtum Luxemburg bietet, profitieren diese Beschäftigten durch den Wohnort in der Kreisstadt Merzig gleichzeitig von günstigen Wohnpreisen, was jedoch in den meisten Fällen unter der Woche auch mit einem täglichen Pendeln nach Luxemburg verbunden ist. Beschäftigung finden diese Personen meist im tertiären Sektor. Entsprechend würde die tatsächliche Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig höher liegen, ebenso auch die der im tertiären Sektor Beschäftigten.

(9.324 Beschäftigte) nahezu konstant blieb, stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 22,3 Prozentpunkte von 440 im Jahr 2009 auf 538 Personen im Jahr 2013 an. Jedoch erhöhte sich nahezu im gleichen Zeitraum (31.12.2009-29.02.2012) auch die Anzahl der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit um 16,2 Prozentpunkte, sodass der Anstieg der Beschäftigten relativiert werden muss (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 114). Die gleiche Tendenz zeigte sich auch auf Bundesebene, wo im genannten Zeitraum ein Anstieg um 29,7 Prozentpunkte bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu verzeichnen war (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 154).

Auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig dominierte im Jahr 2007 der tertiäre Sektor mit einem Anteil von 65,6 Prozent, gefolgt vom sekundären sowie primären Sektor mit jeweils einem Anteil von 32,9 beziehungsweise 1,4 Prozent. Überdurchschnittlich vertreten waren die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 43,6 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent im sekundären und primären Sektor (s. Abb. 26) (vgl. Internationaler Bund 2009: 113). Die vergleichsweise hohen Beschäftigungsanteile in diesem Sektor lassen sich unter anderem auf Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer zurückführen. Darüber hinaus können vermutlich auch niedrigere Qualifikationen und Ausbildungen im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung eine Rolle spielen. Jedoch hängt dies nicht primär damit zusammen, dass diese Beschäftigten häufig über ein geringeres Ausbildungsniveau verfügen, sondern auch mit generellen Schwierigkeiten bei der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen. Gleichzeitig spiegeln die hohen Beschäftigungsanteile im primären und sekundären Sektor noch das damalige Anforderungsprofil wider, als un- beziehungsweise angelernte Gastarbeiter angeworben wurden (vgl. Dietz 2007: 41). Durch das gezielte Anwerben von Hochqualifizierten in den 2000er-Jahren hat sich das Anforderungsprofil in den vergangenen Jahren geändert. Da diese Fachkräfte überwiegend im medizinischen oder pflegerischen beziehungsweise IT-Bereich tätig sind, wird vermutlich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die einer Arbeit im tertiären Sektor nachgehen, auch zukünftig steigen.

Abbildung 26: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in der Kreisstadt Merzig nach Wirtschaftssektoren im Jahr 2007



Anmerkung: Gesamtzahl: 9.045 Personen

Gesamtzahl: 431

Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Internationaler Bund 2009: 113

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote der Kreisstadt Merzig lag im Jahr 2012 mit 8,0 Prozent (816 Arbeitslosen) nahezu genau zwischen dem Anteil des Saarlandes (9,1 Prozent) und dem des Landkreises Merzig-Wadern (7,3 Prozent). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Betrachtung des Arbeitslosenanteils der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit. So lag dieser um -2,3 Prozentpunkte unter beziehungsweise um 2,3 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert für das gesamte Saarland beziehungsweise den Landkreis. Jedoch war dieser Anteil in der Kreisstadt mit 19,2 Prozent (116 Arbeitslosen mit ausländischer Staatsangehörigkeit) mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a; Bundesagentur für Arbeit 2014). Dies entspricht auch dem bundesrepublikanischen Anteil, der in der Vergangenheit ebenfalls mindestens doppelt so hoch war. Jedoch überstieg der Merziger Anteil den der Bundesebene um rund 4 Prozentpunkte (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 166-167). Der erhöhte Arbeitslosenanteil bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit erklärt sich unter anderem aus der Tatsache, dass diese oft nur geringqualifiziert und daher beim Tertiärisierungsprozess benachteiligt sind (vgl. von Loeffelholz 2002: 642). Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren im Jahr 2013 Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 26,2 Prozent (Gesamtarbeitslosenquote der Kreisstadt Merzig 9 Prozent), gefolgt von arbeitslosen Männern ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 17,6 Prozent. Dementsprechend war der Arbeitslosenanteil der Frauen mit auslän-

discher Staatsangehörigkeit um 8,6 Prozentpunkte höher als der der Männer (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014). In der Bundesrepublik belief sich die entsprechende Differenz im Jahr 2010¹⁸ hingegen auf 2,5 Prozentpunkte (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 76). Dieser hohe Arbeitslosenanteil verdeutlicht, dass der Arbeitsmarkt in der Kreisstadt Merzig gerade Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nur in unzureichender Weise mit entsprechenden Angeboten gerecht wird. Hingegen betrug die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausländischer Staatsangehörigkeit unter 25 Jahren 14,5 Prozent, jedoch lag sie damit um 6 Prozentpunkte höher als der entsprechende Durchschnittswert dieser Altersgruppe (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014). Ähnlich sah es auch auf Bundesebene aus, wo sich die Arbeitslosenanteile unter den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2010 wie folgt verteilten: Frauen 17,2 Prozent, Männer 14,7 Prozent sowie Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren 10,9 Prozent (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 76).

Neben der gesamten Arbeitslosenquote, die im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 leicht um -1,7 Prozentpunkte abgenommen hat, sank auch der Arbeitslosenanteil der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit zeitgleich um -1,3 Prozentpunkte. Diese Abnahme bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit ist allerdings ausschließlich auf eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen und nicht auf ein Absinken der absoluten Zahl der Arbeitslosen. Besonders stark war der Rückgang bei Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Arbeitslosenquote sich in der betrachteten Zeitspanne um -7,3 Prozentpunkte reduzierte. Gleichzeitig stieg der Anteil der männlichen Arbeitslosen mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 2 Prozentpunkte auf 17,6 Prozent an. Die Reduktion des Arbeitslosenanteils der Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit lässt sich mit einer gestiegenen Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei konstanter Anzahl an Arbeitslosen begründen. Anders verhält es sich bei den männlichen Arbeitslosen ausländischer Staatsangehörigkeit. So ist deren Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar kontinuierlich gestiegen, wobei aber gleichzeitig auch die Arbeitslosenzahl zunahm. Eine vergleichsweise negative Entwicklung durchlief die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2013 um 5,5 Prozentpunkte höher lag als 2007¹⁹. Dieser Verlauf lässt sich einerseits auf eine nahezu

¹⁸ Da aufgrund fehlender Datenlage beziehungsweise mangelnder Zugriffsmöglichkeit teilweise keine aktuellen Zahlen für die Bundes- und Landesebene zur Verfügung stehen, muss stellenweise in dem gesamten Kapitel 5 auf ältere Daten zurückgegriffen werden, um zumindest eine grobe Einordnung und Einschätzung der aktuellen Situation in der Kreisstadt Merzig zu ermöglichen.

¹⁹ Hingegen sank bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit der Arbeitslosenanteil im genannten Zeitraum von 8,6 auf 8,1 Prozent (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014).

Verdoppelung der Arbeitslosen- und andererseits auf nur leicht steigende Beschäftigungszahlen zurückführen (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014).

Werden die ausländischen Arbeitslosen nach der Staatsangehörigkeit differenziert, besaßen im Jahr 2013 beispielsweise 30,1 Prozent die türkische, 14,0 Prozent die italienische, 9,1 Prozent die polnische, 6,3 Prozent die französische, 4,2 Prozent die russische, 3,5 Prozent die serbische und 2,1 Prozent die rumänische Staatsangehörigkeit (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014).

Sozialleistungen

Die SGB II-Quote betrug in der Kreisstadt Merzig im Jahr 2012 7,2 Prozent und lag damit -2,1 Prozentpunkte unter dem damaligen Landesdurchschnitt (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a). Diese im Landesvergleich geringere SGB II-Quote wurde durch die im Vergleich zum Landesdurchschnitt um -1,1 Prozentpunkte geringere Arbeitslosenquote bedingt. Insgesamt erhielten im Jahr 2013 durchschnittlich 1.754 in der Kreisstadt lebende Personen Grundsicherung nach SGB II, wobei das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 51,9 Prozent nahezu ausgeglichen war. 13,5 Prozent der Leistungsempfänger in der Kreisstadt Merzig besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit (Bund 2011: 15,4 Prozent) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 128; Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2013: 78). Dieser Anteil war vermutlich auch 2013 geringer als der Wert für das gesamte Saarland (17,9 Prozent Stand 2008). Jedoch wird bei der Betrachtung des Ausländeranteils unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Altersstrukturen der Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich, dass Personen ausländischer Staatsangehörigkeit unter allen Leistungsempfängern überrepräsentiert waren (vgl. Internationaler Bund 2009: 129).

Werden die Leistungsempfänger ausländischer Staatsangehörigkeit hinsichtlich ihrer Nationalitäten differenziert, besaßen im Jahr 2012 39,1 Prozent die türkische, 10 Prozent die italienische sowie 6,7 Prozent die polnische Staatsangehörigkeit. Dass die Personen türkischer Staatsangehörigkeit beim Bezug von SGB II deutlich überrepräsentiert waren, zeigt der Vergleich zwischen ihrem Anteil an den Leistungsempfängern ausländischer Staatsangehörigkeit und ihrem Anteil an der ausländischen Gesamtbevölkerung. Entsprechend war ihr Anteil am Ausländeranteil um -23,1 Prozentpunkte geringer als der entsprechende Anteil an den Beziehern von Grundsicherung nach SGB II (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014 und Kreisstadt Merzig 2012c; vgl. Internationaler Bund 2009: 130).

Nach einem leichten Anstieg der Leistungsempfänger in der Kreisstadt Merzig im Jahr 2007 reduzierte sich die Zahl danach bis 2013 um -22,5 Prozentpunkte. Der Anstieg im Jahr 2007 kann auf eine Zunahme der Leistungsempfänger ausländischer Staatsangehörigkeit und dabei insbesondere der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jah-

ren zurückgeführt werden. Im Folgejahr reduzierte sich jedoch auch die Empfängerzahl ausländischer Staatsangehörigkeit, sodass diese zwischen 2007 und 2013 ebenfalls um -16,5 Prozentpunkte rückläufig war (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 131). Während bundesweit erst ab 2009 die Zahl der Leistungsempfänger mit ausländischer Staatsangehörigkeit sank, folgte die Kreisstadt Merzig mit ihrer Entwicklung eher dem saarländischen Trend, wo bereits seit 2006 Rückgänge verzeichnet werden konnten (vgl. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2013: 78). Auch die Entwicklung der Leistungsempfänger, differenziert nach ausländischen Staatsangehörigkeiten, ließ Unterschiede erkennen. So sank im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 die Zahl der Bezieher mit russischer und italienischer Staatsangehörigkeit um -46,7 beziehungsweise -36,8 Prozentpunkte. Während die Zahl der Personen türkischer Staatsangehörigkeit im Leistungsbezug mit Ausnahme einiger Schwankungen konstant geblieben ist, erhöhte sich die Zahl der polnischen Leistungsbezieher von 13 auf 16 Personen, was einem Zuwachs von 23,1 Prozentpunkten entspricht (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Bundesagentur für Arbeit 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 132).

5.1.4 Bildungsinfrastruktur

Kindertageseinrichtungen²⁰

Die Kreisstadt Merzig verfügt derzeit (Stand Februar 2014) über insgesamt sechzehn Kindergärten, die auf elf verschiedene Stadtteile verteilt sind (s. Abb. 27). Von diesen sechzehn Kindergärten unterhalten neun zusätzlich eine Kinderkrippe. Darüber hinaus gibt es noch vier weitere reine Kinderkrippen, die sich alle in dem Stadtteil Merzig befinden. Die Kreisstadt Merzig selbst ist Träger von sieben Kindertagesstätten in den Stadtteilen Besseringen, Fitten-Ballern, Hilbringen-Seitert, Mechern, Merchingen sowie Mondorf und Schwemlingen. Die weiteren Einrichtungen werden von freien Trägern wie beispielsweise der AWO, der KiTa gGmbH, der Lebenshilfe Merzig-Wadern, dem SOS-Kinderdorf oder dem Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH geführt (vgl. Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH 2014; Kreisstadt Merzig o.J.j).

Im Kindertageseinrichtungsjahr 2014/2015 wurde in der Kreisstadt Merzig insgesamt 852 Kindern²¹ eine Betreuung von der Krippe bis hin zum Kindergarten ermöglicht. Rund 24,3 Prozent aller Kinder (12,5 Prozent aller Krippenkinder und 27,0 Prozent

²⁰ Eine Statistik, die alle damaligen Kindertageseinrichtungen der Kreisstadt Merzig berücksichtigt, wurde für das Kindertageseinrichtungsjahr 2007/2008 in der Sozialraumanalyse des Internationalen Bunds veröffentlicht (siehe dazu Internationaler Bund 2009).

²¹ Diese sowie die im Abschnitt enthaltenen Zahlen und Informationen wurden im Rahmen einer Kurzerhebung unter den Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig ermittelt, die von der Verfasserin im Jahr 2014 durchgeführt wurde. An der Erhebung nahmen drei der vier Kinderkrippen sowie zwölf der insgesamt sechzehn Kindertageseinrichtungen teil. Die Aussagen beziehen sich daher lediglich auf die beteiligten Einrichtungen.

aller Kindergartenkinder) besaßen einen Migrationshintergrund, wobei dieser Anteil in den verschiedenen Kindertageseinrichtungen deutlich variierte. Während in der SOS Kinderkrippe Haus Sonnenschein Merzig kein Kind und dem städtischen Kindergarten Mechern sowie in der Kindertageseinrichtung Merchingen lediglich eines der 27 beziehungsweise 38 betreuten Kinder über einen Migrationshintergrund verfügte, lag der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im katholischen Kindergarten St. Peter (Stadtteil Merzig) mit 41,1 Prozent am höchsten. Es folgten mit 34,5, 32,4 beziehungsweise 27,4 Prozent der städtische Kindergarten Besseringen, die integrative Kindertagesstätte Schneckenhaus Merzig beziehungsweise der städtische Kindergarten Schwemlingen (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 69-70).

Aufgrund des gesetzlichen Anspruchs auf einen garantierten Krippenplatz zum 01. August 2013 ist die Anzahl der Betreuungsplätze vor allem hinsichtlich der Betreuung der unter 3-Jährigen in der Kreisstadt Merzig deutlich gestiegen. So hat sich beispielsweise die Zahl der Krippen innerhalb von sechs Jahren von ursprünglich zehn im Jahr 2008 auf insgesamt dreizehn im Jahr 2014 erhöht (vgl. Internationaler Bund 2009: 67; Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH 2014). Entsprechend betrug der Anteil der betreuten unter 3-Jährigen 2012 in der Kreisstadt Merzig 22,7 Prozent. Damit lag die Betreuungsquote leicht unterhalb des Durchschnittswerts für den Landkreis (23,4 Prozent) und rund 3 Prozentpunkte über dem Wert für das gesamte Saarland (19,8 Prozent). Insgesamt besuchten im Jahr 2012 alle in der Kreisstadt Merzig lebenden Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren eine Tageseinrichtung (Landkreis Merzig-Wadern: 98,3 Prozent, Saarland: 94,4 Prozent) (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.b). Im Jahr 2014 bestanden nach Einschätzung der Erzieher bei insgesamt 52 Krippen- und Kindergartenkindern mit Migrationshintergrund Sprachprobleme, die auf den Migrationshintergrund zurückgeführt wurden. Damit wurden bei 26 Prozent aller Kindergarten- und Krippenkinder mit Migrationshintergrund Probleme hinsichtlich der Sprachausdrucksfähigkeit und/oder des Sprachverständnisses diagnostiziert. Innerhalb der verschiedenen Einrichtungen bewegte sich der Anteil der Kinder mit durch den Migrationshintergrund bedingten Sprachproblemen deutlich zwischen 0 und 100 Prozent. Dies kann einerseits auf die unterschiedliche Sprachkompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund und andererseits auf die diversen Definitionen von Sprachproblemen zurückgeführt werden (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 71).

Schulische Bildung²²

Im Jahr 2014 besuchten insgesamt 320 Schüler²³, darunter mindestens 42 Schüler²⁴ mit Migrationshintergrund, die städtischen Grundschulen in den Stadtteilen Brotdorf,

²² Eine Statistik, die alle Grundschulen und weiterführenden Schulen der Kreisstadt Merzig berücksichtigt, wurde für das Schuljahr 2007/2008 in der Sozialraumanalyse des Internationalen Bunds veröffentlicht (siehe dazu Internationaler Bund 2009).

Hilbringen und Schwemlingen. Mit 16,4 Prozent verzeichnete die Grundschule Brotdorf den höchsten Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, gefolgt von der Grundschule Saargau im Stadtteil Schwemlingen mit einem Anteil von 7 Prozent (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 80). Neben den städtischen Grundschulen existiert seit Sommer 2008 im Stadtteil Bietzen eine private Grundschule (vgl. Internationaler Bund 2009: 79; Kreisstadt Merzig o.J.k). Insgesamt besuchen derzeit 29 Schüler die Forscherschule, darunter 3 Kinder mit Migrationshintergrund (vgl. Kölbel 2014). Die Grundschullehrer diagnostizierten im Jahr 2014 bei insgesamt 35 Grundschulkindern und damit 83,3 Prozent aller Grundschüler mit Migrationshintergrund migrationsbedingte Sprachprobleme. Schwierigkeiten bestanden nahezu bei allen betroffenen Schülern sowohl in der Sprachausdrucksfähigkeit als auch im Sprachverständnis. In deutlich weniger Fällen wurde lediglich eine der beiden Schwächen festgestellt. Ähnlich wie bei den Kindertageseinrichtungen bewegen sich auch in den Grundschulen die Werte der Kinder mit migrationsbedingten Sprachdefiziten zwischen 77,3 und 100 Prozent. Alle Grundschulen boten die Möglichkeit der freiwilligen Ganztagschule oder der Nachmittagsbetreuung in Form eines Kinderhortes. Somit stehen bei Bedarf allen Grundschulern Nachmittagsbetreuungsangebote zur Verfügung, die auch eine Hausaufgabenbetreuung beinhalten (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 81-82; Kölbel 2014).

Neben den Grundschulen befinden sich in der Kreisstadt Merzig die Christian Kretschmar Schule (Erweiterte Realschule - Gemeinschaftsschule), das Gymnasium am Stefansberg und das Peter-Wust-Gymnasium sowie ein Berufsbildungszentrum mit einem beruflichen Gymnasium. Während alle weiterführende Schulen auf den Stadtteil Merzig konzentriert sind, gibt es in den Stadtteilen Merchingen eine Förderschule für geistige Entwicklung und in Brotdorf eine Förderschule für Lernen (s. Abb. 26) (vgl. Internationaler Bund 2009: 87; Kreisstadt Merzig o.J.l, m). Insgesamt besuchten 675 Schüler²⁵, davon 56 (8,3 Prozent) Schüler mit einem Migrationshintergrund, im Schul-

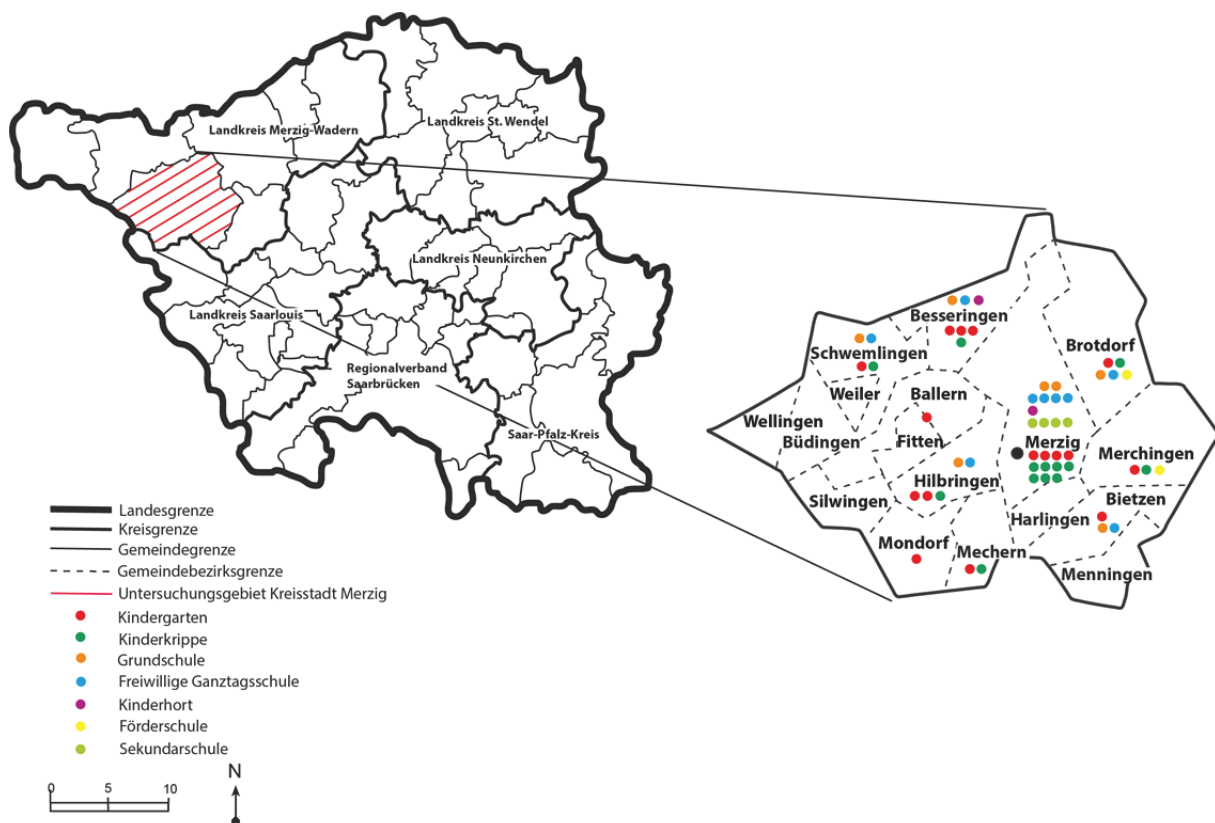
²³ Diese sowie die im Abschnitt enthaltenen Zahlen und Informationen wurden im Rahmen einer Kurzerhebung unter den Grundschulen in der Kreisstadt Merzig ermittelt, die von der Verfasserin im Jahr 2014 durchgeführt wurde. An der Erhebung nahmen drei der sechs Grundschulen teil. Die Aussagen beziehen sich daher lediglich auf die beteiligten Schulen.

²⁴ Die Grundschule Hilbringen machte keine Angabe zur Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund. Anhand der weiteren Antworten im Rahmen der Erhebung kann aber davon ausgegangen werden, dass mindestens zehn Schüler über einen Migrationshintergrund verfügen.

²⁵ Diese sowie die im Abschnitt enthaltenen Zahlen und Informationen wurden im Rahmen einer Kurzerhebung unter den weiterführenden Schulen in der Kreisstadt Merzig ermittelt, die von der Verfasserin im Jahr 2014 durchgeführt wurde. An der Erhebung nahmen das Berufsbildungszentrum und die Förderschule Merchingen teil. Aufgrund der hohen Schülerzahl (1.445 Schüler in rund 70 Klassen) des Berufsbildungszentrums wurde die Erhebung lediglich in den Klassen der Fachoberschule sowie des Oberstufengymnasiums durchgeführt, weshalb nur rund 40 Prozent aller Schüler dieser Schule Berücksichtigung fanden. Die Aus-

jahr 2014/2015 die Fachoberschule sowie das Oberstufengymnasium des Berufsbildungszentrums (7,1 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund) sowie die Förderschule Merchingen (23,1 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund). Die beiden Schulen unterschieden sich hinsichtlich der Anzahl der Schüler mit Sprachproblemen aufgrund des Migrationshintergrundes. So wurden in der Fachoberschule und dem Oberstufengymnasium bei 27,3 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund entsprechende Schwierigkeiten festgestellt, während in der Förderschule alle Schüler mit Migrationshintergrund Sprachprobleme zeigten. Unterschiede bestanden allerdings auch bei der Art der Sprachprobleme. Identifizierten die Lehrkräfte am Berufsbildungszentrum hauptsächlich Schwierigkeiten bei der Sprachausdrucksfähigkeit, waren es in der Förderschule sowohl Probleme in der Ausdrucksfähigkeit als auch im Sprachverständnis. Ähnlich wie in den Grundschulen boten alle weiterführenden Schulen die Möglichkeit, das freiwillige Ganztagschulangebot inklusive einer Hausaufgabenbetreuung zu nutzen (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 89-91).

Abbildung 27: Kindertagesstätten und Schulen in der Kreisstadt Merzig



Quelle: Eigene Darstellung auf der Datengrundlage Internationaler Bund 2009: 79; Kreisstadt Merzig o.J.l, m, Stand Februar 2014

sagen beziehen sich daher lediglich auf die beteiligten Schulen beziehungsweise Schulformen.

Am Berufsbildungszentrum schlossen insgesamt 426 Schüler das Schuljahr 2013/2014 mit der Allgemeinen (Fach-)Hochschulreife ab, darunter 30 Schüler mit einem Migrationshintergrund. Werden die Absolventen hinsichtlich des Geschlechts differenziert, so zeigen sich keine großen Unterschiede zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund. Während der Anteil der Frauen bei den Schulabgängern ohne Migrationshintergrund bei 61,4 Prozent lag, betrug dieser Anteil bei den Absolventen mit Migrationshintergrund 56,7 Prozent (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage der Kurzerhebung 2014). Zu den weiteren Schulabschlüssen können aufgrund der fehlenden Datenlage keine Aussagen getroffen werden.

Erwachsenbildungseinrichtungen

Zu den Erwachsenenbildungseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig gehören die Christliche Erwachsenenbildung e.V./CEB Fortbildungswerk gemeinnützige Gesellschaft mbH, die Katholische Erwachsenenbildung im Bistum Trier, die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. sowie das Mehrgenerationenhaus des SOS-Kinderdorfes. Das Kursangebot umfasst neben Bildungsreisen Themen aus den Bereichen des „Berufslebens“ und der „privaten Lebensgestaltung“ (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.n). Die Einrichtungen bieten unter anderem auch Kurse an, die einerseits speziell die weitere Qualifizierung von Personen mit Migrationshintergrund fördern oder andererseits zum gemeinsamen Miteinander von Personen mit und ohne Migrationshintergrund beitragen (s. Kap. 5.3.4).

Stadtbibliothek

Eine weitere Institution im Hinblick auf die Bildungsinfrastruktur in der Kreisstadt Merzig ist die Stadtbibliothek, die jährlich von rund 50.000 Besuchern genutzt wird. Neben dem umfassenden Medienbestand mit Medien für alle Altersgruppen zählen auch Ausstellungen, Autorenlesungen und Podiumsdiskussionen zu den Angeboten der Bibliothek (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.o). Darüber hinaus können spezielle Medien für den Fremdspracherwerb genutzt werden (s. Kap. 5.3.3) (vgl. Internationaler Bund 2009: 152).

5.1.5 Soziale Infrastruktur

Jugendtreffs

In einzelnen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig bestehen Jugendtreffs und –zentren, die entweder in Selbstverwaltung oder in Trägerschaft von Kirchen beziehungsweise in kommunaler Trägerschaft geführt werden, wie beispielsweise das JUZ KidzTown in Brotdorf, der Jugendtreff Mechern und die Jugendinitiative JIM in Memmingen. Das Jugendhaus im Stadtteil Merzig bietet neben einem offenen Treff verschiedene Projekte sowie Beratungseinrichtungen an (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.p).

Vereine

Im Jahr 2014 gab es in der Kreisstadt Merzig, verteilt über die einzelnen Stadtteile, 173 Kultur- und Sozial- sowie 77 Sportvereine, die ein breites Angebotsspektrum ab-

decken. Dieses reicht vom Akkordeon-Orchester über den Kochclub und den Nordic-Walking-Verein bis hin zum Turnverein (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.q, r). Darunter befinden sich auch Vereine, die spezielle Angebote für Personen mit Migrationshintergrund bereitstellen sowie Vereine, die von Personen mit Migrationshintergrund organisiert werden (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Internationaler Bund 2009: 152; 155).

Ehrenamtliches Engagement

Neben dem Ehrenamt in den klassisch karitativen, kirchlichen Hilfs- und Krankendiensten hat sich das ehrenamtliche Engagement in der Kreisstadt Merzig mittlerweile auch auf die „gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, sportlichen, kommunalpolitischen, ökologischen, freizeitorientierten und traditionspflegenden usw. Themenbereiche“ (Kreisstadt Merzig o.J.s) ausgedehnt. Zur Orientierung für Interessierte, aber auch zur Organisation der unterschiedlichen Ehrenämter wurde von dem Verein AG Altenhilfe Merzig e.V. die Wissensbörse und vom Seniorenbüro eine Ehrenamtsvermittlung initiiert (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.s).

Feste und Veranstaltungen

Über das gesamte Jahr sowie die unterschiedlichen Stadtteile der Kreisstadt Merzig verteilt, finden Volksfeste und kulturelle Veranstaltungen statt. Das Spektrum reicht beispielsweise vom Kinderfest im Stadtpark und dem Tierparkfest über das Hafenfest, den Markt der Köstlichkeiten, das Frühlings-, Viez- und Oktoberfest bis zum Weihnachtsspektakulum, der Nacht der Kulturen und der Interkulturellen Woche (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.t).

Stadtteilprojekte

Verschiedene Stadtteilprojekte bieten in der Kreisstadt Merzig die Möglichkeit der Beratung und Unterstützung für Bürger in unterschiedlichen Problem- oder Lebenslagen. Zu diesen Stadtteilprojekten zählen der Dorftreff in Merchingen, das Mehrgenerationendorf „Bietzerberg – miteinander, füreinander“, die Merziger Tafel sowie der Gemeinwesentreffpunkt Schalthaussiedlung und das Mehrgenerationenhaus, die beide vom SOS Kinderdorf betrieben werden (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.u).

5.1.6 Beratungsstellen für allgemeine Sozialberatung

Über die Stadtteilprojekte und deren Beratungsfunktionen hinaus haben sich in der Kreisstadt Merzig weitere Beratungsstellen in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände oder öffentlicher, privater oder gemeinnütziger Institutionen etabliert (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.v). Zu den 2014 aktiven Beratungsstellen zählten:

- „AG Altenhilfe e.V., Hilfen für Seniorinnen und Senioren
- TRIAS: Hilfen für psychisch Kranke
- Lebenshilfe für behinderte Menschen
- Caritas, Schuldnerberatung, Integrationshilfen und psychosoziale Beratungsstelle
- Internationaler Bund, Hilfen für jugendliche Migranten/innen
- Sozialwerk Saar-Mosel, Integrationsberatung

- DRK, Behindertendienste
- AWO, Betreuungsverein und Suchtprävention
- Gesundheitsamt des Landkreises Merzig-Wadern
- Betreuungsbehörde des Landkreises Merzig-Wadern
- Amt für soziale Angelegenheiten des Landkreises Merzig-Wadern
- VdK, Sozialverband
- Jobcenter Merzig
- Arbeitsagentur Merzig
- Amtsgericht, Rechtsberatung
- Behindertenbeirat Merzig
- Pflegestützpunkt im Landkreis Merzig-Wadern“ (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.v).

Einzelne Migrationsfachdienste, ihre Angebote sowie die Klientenstruktur werden in Kapitel 5.2.3 detaillierter betrachtet.

5.1.7 Medizinische und Pflegeinfrastruktur

Auch im Hinblick auf die medizinische Infrastruktur besteht in der Kreisstadt Merzig sowie den einzelnen Stadtteilen eine gute Versorgung. So haben sich rund 20 Allgemeinmediziner, 40 Fachärzte, 18 Zahnmediziner sowie unter anderem Heilpraktiker, Fachkräfte für Psychotherapie, Ergo- und Physiotherapeuten, Pflegedienste, Apotheken und Reform- und Sanitätshäuser niedergelassen. Des Weiteren wird durch das Klinikum Merzig gGmbH, das zur SHG Gruppe gehört, die stationäre ärztliche Behandlung sichergestellt (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.w).

In den drei Seniorenzentren, dem AWO Seniorenzentrum Heinrich-Albertz-Haus, dem Caritas Alten-/Pflegeheim Kloster Marienau und dem Seniorenzentrum Von Fellenberg-Stift wurden 2014 insgesamt 293 Senioren betreut (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Alten- und Pflegeheim Kloster Marienau Schwemlingen o.J.; Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V. o.J.; Klinikum Merzig gGmbH o.J.). Das Betreuungsangebot in den genannten Einrichtungen umfasst Dauer-, Kurzzeit- sowie Tagespflegeplätze. Darüber hinaus gibt es die „Laurentiushöhe“, die als vollstationäre Wohneinrichtung psychisch und geistig beeinträchtigten Menschen sowie pflegebedürftigen Personen mit psychischen oder gerontopsychiatrischen Krankheitsbildern Betreuung bietet (vgl. Saarländischer Schwesternverband e.V. o.J.). Die Laurentiushöhe stellt 220 vollstationäre Betreuungsplätze zur Verfügung, die unter anderem auch von Demenzpatienten in Anspruch genommen werden. Weitere zwölf Tagespflegeplätze stellt das Mehrgenerationenhaus – „Jung hilft Alt“ des SOS Kinderdorfes bereit (vgl. Saarländischer Schwesternverband e.V. o.J.; SOS Kinderdorf e.V. o.J.). Im Jahr 2014 befanden sich sehr wenige Personen mit Migrationshintergrund in der Dauer-, Kurzzeit- oder Tagespflege, sodass nach Aussage der Leitungen im Hinblick auf kultursensible Pflegeangebote noch geringer Handlungsbedarf bestand. Trotzdem sind die Einrichtungen bemüht, Personen mit Migrationshintergrund gerecht zu werden und deren individuellen kultursensiblen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. So wurden zum

Beispiel Angehörige zu Rate gezogen, um Hilfestellungen zum kulturellen Hintergrund und entsprechenden Umgangsmöglichkeiten zu geben. 2014 existierten in einer Einrichtung auch Dolmetscherlisten von Mitarbeitern, die helfen, sprachliche Probleme in der Pflege zu beheben und mehr Biographiearbeit zuzulassen. Darüber hinaus kamen teilweise Mitarbeiter mit beziehungsweise mit dem gleichen Migrationshintergrund zum Einsatz, um kultur- und geschlechterspezifische Pflege zu gewährleisten. So wurden beispielsweise für einen muslimischen Bewohner grundsätzlich die Möglichkeit zu rituellen Waschungen und Haarschneiden im Schambereich vorgehalten. Eine weitere wichtige Rolle spielen kulturelle oder religiöse Essgewohnheiten wie beispielsweise der Verzicht auf Schweinefleisch. Verschiedene Einrichtungen nehmen auch auf diese individuellen Gewohnheiten Rücksicht. In mehreren Einrichtungen werden ebenfalls Freizeitangebote organisiert, die auf Herkunftsländer und Traditionen der Bewohner abgestimmt sind. So wurden in der Vergangenheit beispielsweise bunte Nachmittage im osteuropäischen oder türkischen Stil gestaltet, zu denen Gesangs- und Folkloregruppen eingeladen wurden. Bei anderen Veranstaltungen wurden Speisen aus der Heimat der Bewohner mit Migrationshintergrund serviert. Für die Zukunft besteht jedoch bei den Leitungen das Bewusstsein, das Handeln sowie die Pflege mehr und mehr auf diese Personengruppe auszurichten (vgl. Hermann 2014; Herrmann 2014; Heselhaus 2014; Zeimet 2014a).

Ambulante Pflege bieten in der Kreisstadt Merzig die Caritas Sozialstation Merzig-Mettlach-Perl, die Häusliche Krankenpflege Dagmar Kasel sowie der Ambulante Pflegedienst Saarschleife. Teilweise werden aber auch Dienste aus benachbarten Gemeinden in Anspruch genommen, darunter vor allem aus der Gemeinde Mettlach die Häusliche Krankenpflege untere Saar Marianne Schaaf GdbR sowie der Pflegedienst der Senioren-Residence-Saarschleife Andrea Blaß (vgl. Diwersy 2014).

5.1.8 Bevölkerungsstruktur

5.1.8.1 Einwohnerzahl

Am 29. Februar 2012 zählte die Kreisstadt Merzig 30.267 Bewohner, darunter 15.442 weibliche und 14.825 männliche Einwohner, die sich auf die 17 Stadtteile der Kreisstadt Merzig verteilten. Die einzelnen Stadtteile unterschieden sich stark im Hinblick auf ihre jeweilige Einwohnerzahl (s. Tab 6). So wohnten in dem größten Stadtteil Merzig 10.972 und dem kleinsten Stadtteil Wellingen 287 Personen (vgl. Kreisstadt Merzig 2012a).

Tabelle 6: Gesamtbevölkerungszahl, Einwohnerzahl mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Ausländeranteil in den einzelnen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig (Stand: 29.02.2012)

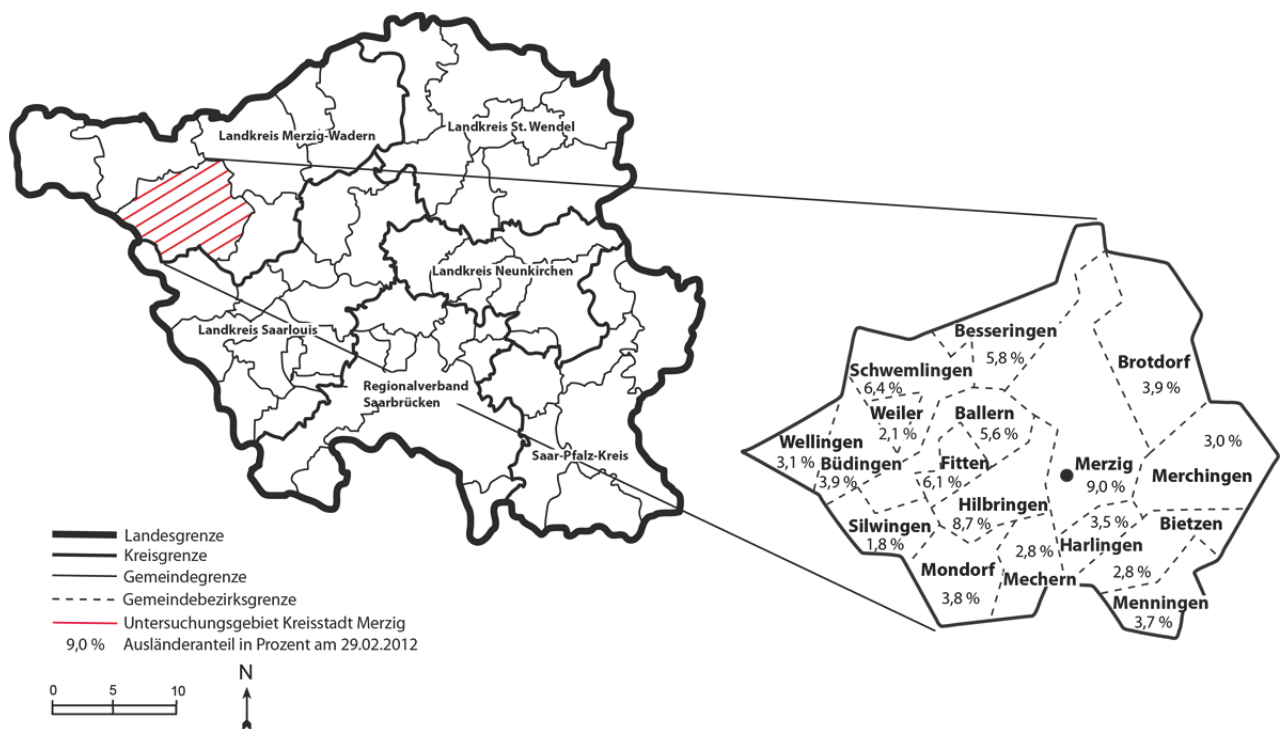
Stadtteil	Gesamtbevölkerungszahl	Einwohnerzahl mit ausländischer Staatsangehörigkeit	Ausländeranteil
Ballern	1.170	66	5,6
Besseringen	2.982	174	5,8
Bietzen	966	27	2,8
Brotdorf	3.720	144	3,9
Büdingen	306	12	3,9
Fitten	725	44	6,1
Harlingen	564	20	3,5
Hilbringen	2.581	225	8,7
Mechern	809	23	2,8
Menningen	614	23	3,7
Merchingen	919	28	3,0
Merzig	10.972	988	9,0
Mondorf	745	28	3,8
Schwemlingen	2.187	141	6,4
Silwingen	379	7	1,8
Weiler	341	7	2,1
Wellingen	287	9	3,1

Quelle: Eigene Berechnung und Zusammenstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012a, b, i

5.1.8.2 Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit

Der Ausländeranteil der Kreisstadt Merzig lag am 29. Februar 2012 bei 6,5 Prozent. Während dieser beispielsweise in den Stadtteilen Silwingen (1,8 Prozent), Weiler (2,1 Prozent) sowie Bietzen und Mechern (jeweils 2,8 Prozent) weit unter dem städtischen Durchschnitt lag, verzeichneten die Kernstadt und der Stadtteil Hilbringen mit 9,0 beziehungsweise 8,7 Prozent die höchsten Ausländeranteile (s. Abb. 28) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b).

Abbildung 28: Ausländeranteil in der Kreisstadt Merzig



Quelle: Eigene Darstellung

Die 1.978 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit verteilten sich zu 19,4 beziehungsweise 16,3 Prozent auf Italien beziehungsweise die Türkei. Der Anteil der Personen mit luxemburgischer beziehungsweise französischer Staatsangehörigkeit betrug 11,9 beziehungsweise 7,8 Prozent. Die übrigen Personen stammten aus weiteren rund 65 verschiedene Herkunftsländern²⁶ (s. Kap. 5.2.2) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Insgesamt wurden im Jahr 2013 in der Kreisstadt Merzig 32 Personen eingebürgert, wobei im Februar 2014 noch 15 Anträge in Bearbeitung waren. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden bereits vier Einbürgerungsanträge gestellt, die sich ebenfalls in der Bearbeitungsphase befanden (vgl. Wetta 2014).

5.1.8.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Mit 18,1 Prozent (Stand 09.05.2011) war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich höher als der Ausländeranteil in der Kreisstadt Merzig. Von den insgesamt 5.260 Personen mit Migrationshintergrund besaßen 34,2 Prozent eine ausländische und 65,8 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit. Während 76,7 Prozent der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit über eine eigene Migrationserfahrung verfügten, war dieser Anteil bei Personen deutscher Staatsangehörigkeit mit 54,6 Prozent deutlich geringer. Eine Differenzierung der Personen mit Migrationserfahrung

²⁶ Zum Vergleich lebten 3.701 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit aus 95 Staaten zum Stichtag 27.03.2014 in der Kreisstadt Saarlouis (Gesamteinwohnerzahl: 37.136 am 31.12.2010) (vgl. Bourgeois 2014; Statistisches Amt Saarland 2011d: 18).

nach Zuzugsjahren verdeutlicht, dass die Mehrheit zwischen 1990 und 2011 zugezogen ist. Wird die Migrationserfahrung der Eltern berücksichtigt, wiesen 800 Personen deutscher Staatsangehörigkeit ohne eigene Migrationserfahrung eine beidseitige und 760 Personen derselben Gruppe eine einseitige Migrationserfahrung auf (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014).

Darunter stellten Personen aus der Russischen Föderation die größte Gruppe. Es folgten Personen aus Kasachstan und Polen sowie aus weiteren 84 Staaten (vgl. Internationaler Bund 2009: 18-20). Dabei handelte es sich mehrheitlich um (Spät-)Aussiedler, deren absolute Zahl in der Kreisstadt Merzig Ende 2012 auf etwa 2.000 geschätzt wurde (vgl. Lauer 2012: 5). Für das Saarland wurde bundesweit die zweitniedrigste Spätaussiedler-Aufnahmequote von 1,24 Prozent vereinbart (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007: 24). Innerhalb des Saarlandes wurden auf den Landkreis Merzig-Wadern 10,0 Prozent aller Spätaussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge verteilt (vgl. Chef der Staatskanzlei o.J.). Die bedeutendsten Zuwanderergruppen bildeten in der Kreisstadt Merzig die (Spät-)Aussiedler sowie Personen aus Italien, der Türkei, Luxemburg und Frankreich (vgl. Internationaler Bund 2009: 18, 21).

5.1.8.4 Altersstruktur

Im Jahr 2012 lagen das Durchschnittsalter in der Kreisstadt Merzig bei 44,8 und das Median-Alter bei 46,5 Jahren. Jedoch hat auch in der Kreisstadt Merzig ein Alterungsprozess begonnen, der durch geringere Geburtenraten sowie die Zunahme der Lebenserwartung hervorgerufen wird. Lag das Durchschnittsalter der Einwohner der Kreisstadt Merzig 2003 noch bei 42,3 Jahren, so hat sich diese Zahl innerhalb von neun Jahren um 2,5 Jahre erhöht. Noch deutlicher zeigt sich dieser Alterungsprozess bei der Betrachtung des Median-Alters, das im selben Zeitraum von 42,6 um 3,9 Jahre gestiegen ist. Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten für das gesamte Saarland (2003: Durchschnittsalter 43,0 Jahre, Medianalter 43,1 Jahre; 2012: Durchschnittsalter 45,7 Jahre, Medianalter 47,5 Jahre) zeigt jedoch, dass dieser Alterungsprozess in der Kreisstadt Merzig gemäßiger verläuft als in anderen saarländischen Städten und Gemeinden (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a; Internationaler Bund 2009: 14). Dies ist zum einen auf die höhere Zahl an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter bis unter 20 Jahren sowie zum anderen auf die niedrigere Zahl von Personen im Alter von 65 und mehr Jahren in der Kreisstadt Merzig zurückzuführen (vgl. Internationaler Bund 2009: 13). Entsprechend lag der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010 in der Kreisstadt Merzig bei 18,9 Prozent, während sich dieser Wert auf Landesebene lediglich bei 17,3 Prozent bewegte. Gleichzeitig war in der Kreisstadt Merzig der Anteil der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren mit 21,0 Prozent mit einem Prozentpunkt leicht geringer als der Wert auf Landesebene (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Statistisches Amt Saarland 2011d: 16-19).

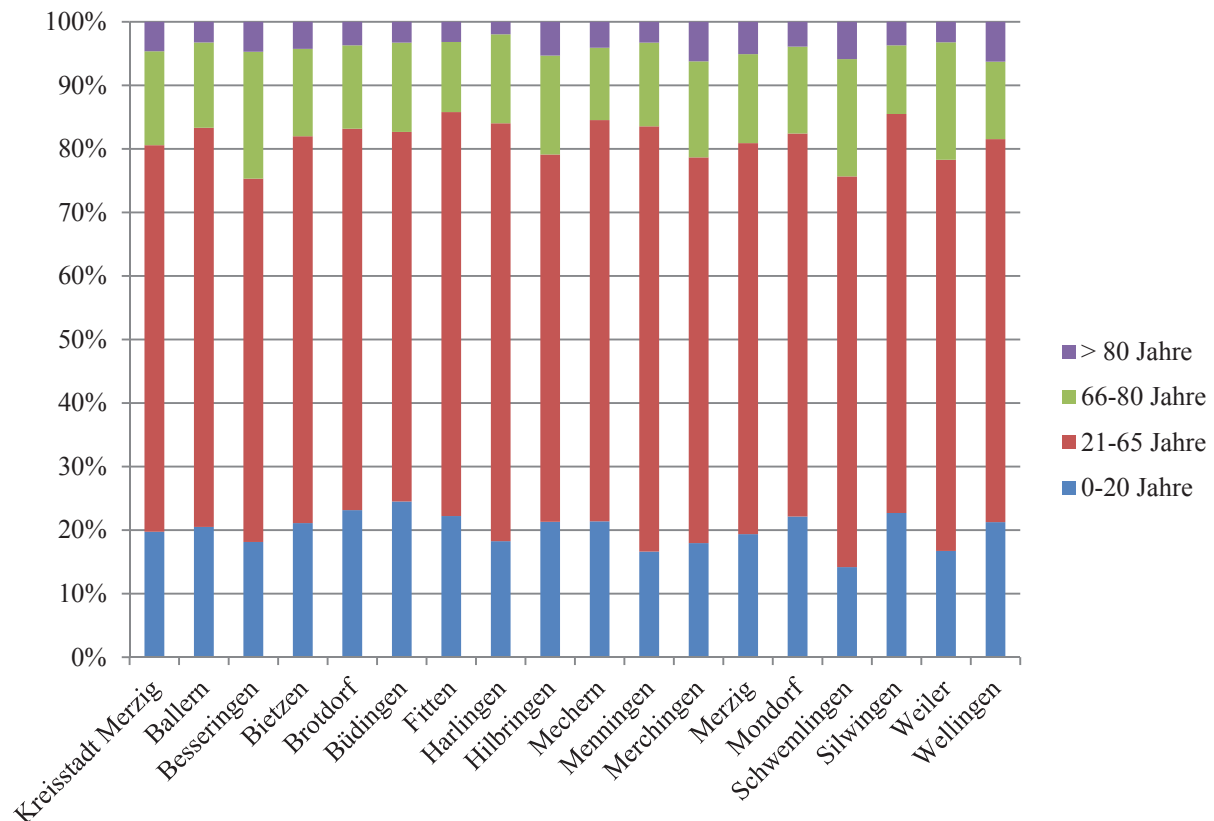
Dementsprechend ergab sich im Jahr 2012 für die Kreisstadt Merzig ein Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 Personen der Altersgruppe 20-64) von 30,2 sowie ein

Altenquotient (ab 65-Jährige je 100 Personen der Altersgruppe 20-64) von 33,2. Verglichen mit dem Landesdurchschnitt bedeutet dies, dass der Jugendquotient der Kreisstadt Merzig um 3,1 Personen je 100 Personen der Altersgruppe 20-64 günstiger war als der Saarlandwert. Gleichzeitig lag der Altenquotient um 2,8 Personen je 100 Personen der Altersgruppe 20-64 leicht unter dem Landesdurchschnitt (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a). Der Vergleich der Altersstruktur zwischen der Kreisstadt Merzig und dem Saarland verdeutlicht, „dass der demographische Wandel in Merzig derzeit noch nicht so stark fortgeschritten ist wie im Landesdurchschnitt.“ (Internationaler Bund 2009: 13)

Nicht nur im Vergleich mit dem Saarland, sondern auch innerhalb der 17 Stadtteile der Kreisstadt Merzig existieren Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur (s. Abb. 29). Diese sind vermutlich vor allem auf die zeitlich versetzte Erschließung von Neubaugebieten in den diversen Stadtteilen zurückzuführen und die damit verbundene Niederlassung von jungen Ehepaaren und Familien. So schwankte Ende Februar 2012 der Anteil der 0- bis 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 14,1 Prozent in Schwemlingen und 24,5 Prozent in Büdingen. Besonders ausgeprägt war mit 66,9 Prozent der Anteil der erwerbsfähigen Personen zwischen 21 und 65 Jahren in Menningen, während hingegen der niedrigste Anteil mit 57,1 Prozent in Besseringen verzeichnet wurde. Die Altersgruppe der über 65-Jährigen war am stärksten in den beiden Stadtteilen Besseringen und Schwemlingen vertreten, die einen Anteil von 24,7 beziehungsweise 24,3 Prozent aufwiesen. Während Besseringen und Schwemlingen aufgrund geringer Anteile der 0- bis 20-Jährigen und hoher Anteile der über 65-Jährigen im Vergleich mit den anderen Stadtteilen durch eine relativ ungünstige Altersstruktur gekennzeichnet waren, zeichneten sich Brotdorf, Fitten, Mechern, Menningen und Silwingen durch eine sehr junge Altersstruktur aus (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012d, e).

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stadtteilen im Hinblick auf die Altersstruktur sind zum einen auf unterschiedliche Geburten- und Sterberaten (s. Kap. 5.1.9.1), zum anderen aber auch auf spezifische altersbezogene Infrastrukturen zurückzuführen. So ist der relativ hohe Anteil von über 65-Jährigen in Schwemlingen unter anderem eine Folge der in diesem Stadtteil angesiedelten Alten- und Pflegeheime „Kloster Marienau“ und „Laurentiushöhe“. Während die örtliche Krippe, der Kindergarten und die Grundschule den Stadtteil Brotdorf vor allem für Familien mit Kindern interessant machen, fehlen diese Infrastrukturen beispielsweise in Menningen und Silwingen, die sich aber trotzdem durch eine junge Altersstruktur auszeichneten. Somit sind die Infrastrukturangebote nur einer von verschiedenen Erklärungsansätzen und können nicht isoliert betrachtet werden (vgl. Internationaler Bund 2009: 13).

Abbildung 29: Altersstruktur der Gesamtbevölkerung nach Stadtteilen (Stand 29.02.2012)



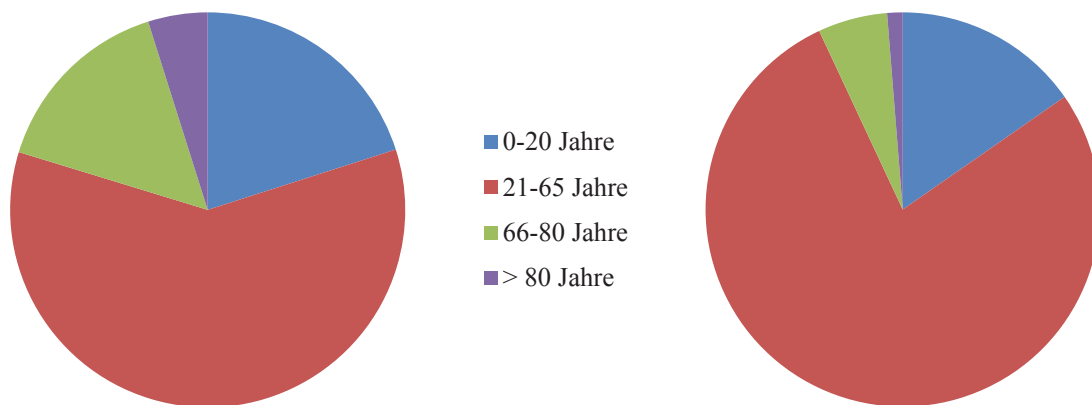
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012d, e

Über die Landes- und Stadtteilebene zeigten sich deutliche Altersstrukturunterschiede auch innerhalb verschiedener Bevölkerungsgruppen (s. Abb. 30). So setzte sich die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig im Februar 2012 zu 20,1 Prozent aus Personen im Alter von 0 bis 20 Jahren, zu 59,7 Prozent aus 21- bis 65-Jährigen, zu 15,4 Prozent aus Personen im Alter von 66 bis 80 Jahren und zu 4,9 Prozent aus über 80-Jährigen zusammen. Während der Anteil der 0- bis 20-Jährigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit unter anderem als Folge des im Jahr 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsgesetzes lediglich 15,3 Prozent betrug, lag der Anteil der erwerbsfähigen Personen bei 77,7 Prozent und damit um 18,0 Prozentpunkte höher als bei der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit. Dementsprechend waren die Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Alter von über 65 Jahren mit einem Anteil von 7,0 Prozent deutlich geringer vertreten. Davon gehörten lediglich 1,3 Prozent der Altersgruppe der über 80-Jährigen an (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012d, e). Der hohe Anteil der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Erwerbsalter kann darauf zurückgeführt werden, dass sich hauptsächlich Personen in jüngeren Lebensjahren bei physisch und psychischer Gesundheit zu einer Migration entscheiden (vgl. Kohls 2008: 17; Jasso et al. 2004). Zum anderen stellen aber auch die Arbeitsplatzsuche beziehungsweise ökonomische Sicher-

heit wichtige Migrationsmotive dar. Aus diesen Gründen entschließen sich vor allem erwerbsfähige Personen zur Migration (vgl. Han 2010: 200). Der vergleichsweise niedrige Bevölkerungsanteil ausländischer Staatsangehörigkeit im Alter von über 65 Jahren lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass Zuwanderer nach dem Eintritt in das Rentenalter verstärkt über eine Rückkehr in das ehemalige Herkunftsland nachdenken, weshalb gerade ältere Personen wieder in das Herkunftsland remigrieren (vgl. Kohls 2008: 21).

Abbildung 30: Altersstruktur der Bevölkerung mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit (Stand 29.02.2012)

Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012d, e

5.1.9 Bevölkerungsentwicklung

5.1.9.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Im Jahr 2010 wurden in der Kreisstadt Merzig 223 Kinder lebend geboren, was einer Geburtenziffer²⁷ von 7,3 entspricht. Damit lag die Geburtenziffer in der Kreisstadt Merzig um 0,4 Kinder je 1.000 Einwohner höher als der Landesdurchschnitt (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011d: 22-23).

Deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Geburtenziffer bestanden aber auf Stadtteilebene. Während die Geburtenziffer im Jahr 2007 für die Gesamtstadt 7,8 betrug, schwankte sie in den einzelnen Stadtteilen zwischen 2,5 in Silwingen und 18,9 in Büdingen. Da sich gerade die kurzfristigen Geburtenschwankungen in schwach bevölkerten Stadtteilen in deren Geburtenziffer besonders bemerkbar machen, ist die mittlere Geburtenziffer als statistische Größe aussagekräftiger (vgl. Internationaler Bund 2009: 32). Wird die mittlere Geburtenziffer pro Jahr für den Zeitraum von 2004 bis 2007 zugrunde gelegt, wies der Stadtteil Silwingen trotz der geringsten Geburtenziffer im Jahr 2007 mit 13,3 die höchste mittlere Geburtenziffer auf. Neben Silwingen besaß

²⁷ Die Geburtenziffer entspricht dem Quotienten aus der Zahl der Lebendgeborenen im betrachteten Jahr und der Zahl der Bevölkerung zur Jahresmitte, multipliziert mit 1.000 (vgl. Bähr 2010: 149).

auch Büdingen mit 11,8 eine hohe mittlere Geburtenziffer. Beide Stadtteile verfügen daher über eine junge Altersstruktur, was unter anderem auch auf die Erschließung von Neubaugebieten in diesen Stadtteilen während der letzten Jahre zurückzuführen ist. Im Gegensatz dazu hatte Weiler mit 3,5 die niedrigste mittlere Geburtenziffer, was sich in einem hohen Altenquotienten widerspiegelt (vgl. Internationaler Bund 2009: 33). Eine Betrachtung der Geburtenziffer über den Zeitraum von 2004 bis 2007 zeigt jedoch, dass auch die Kreisstadt Merzig von rückläufigen Geburtenzahlen betroffen ist. So sank die Geburtenziffer innerhalb des betrachteten Zeitraums um -20,5 Prozentpunkte (vgl. Internationaler Bund 2009: 32-34).

Im Jahr 2011 verzeichnete die Kreisstadt Merzig mit 253 Lebendgeburten einen leichten Geburtenanstieg, weshalb sich die Geburtenziffer von 7,8 (2007) auf 8,34 erhöhte (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012f; vgl. Internationaler Bund 2009: 32). Werden diese 253 Geburten hinsichtlich der 1. Staatsangehörigkeit des Kindes betrachtet, besaßen 246 Kinder die deutsche, zwei Kinder die türkische sowie jeweils ein Kind die italienische, luxemburgische, polnische, serbische und syrische Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus waren drei Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichzeitig auch Angehörige einer zweiten Nationalität (bosnisch-herzegowinisch, niederländisch oder türkisch) (vgl. Kreisstadt Merzig 2012f).

Im Vergleich zur Geburtenziffer betrug die Sterbeziffer²⁸ im Jahr 2010 in der Kreisstadt Merzig 11,4, was insgesamt einer Zahl von 345 Sterbefällen entspricht. Damit wies die Kreisstadt Merzig auch hinsichtlich der Anzahl der Sterbefälle günstigere Werte auf als der Landesdurchschnitt, dessen Sterbeziffer bei 12,1 lag (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011d: 22-23).

Sehr große Unterschiede im Hinblick auf die Sterbeziffer zeigen sich aber bei Betrachtung der einzelnen Stadtteile. So wurden im Jahr 2007 mit 17,0, 16,5 beziehungsweise 16,1 die höchsten Sterbeziffern in den Stadtteilen Merchingen, Schwemlingen und Bietzen verzeichnet, die alle drei durch eine vergleichsweise ungünstige Altersstruktur charakterisiert wurden. Im Gegensatz dazu wiesen Büdingen und Silwingen, beides Stadtteile mit einer relativ jungen Altersstruktur, mit 3,2 beziehungsweise 2,5 die niedrigsten Sterbeziffern auf. Da sich kurzfristige Schwankungen hinsichtlich der Anzahl der Sterbefälle direkt auf die Sterbeziffer auswirken, sollte zum besseren Vergleich ähnlich wie bei der Betrachtung der Geburten eine mittlere Sterbeziffer zugrunde gelegt werden (vgl. Internationaler Bund 2009: 34). Wird die mittlere Sterbeziffer pro Jahr zwischen 2004 und 2007 berücksichtigt, lag diese im Stadtteil Schwemlingen mit 22,7 wesentlich über der Sterbeziffer aus dem Jahr 2007. Schwemlingen wies damit die höchste mittlere Sterbeziffer in der Kreisstadt Merzig auf. Mit einer mittleren Sterbeziffer von 14,3 und 12,3 folgten Merchingen und Besseringen.

²⁸ Die Sterbeziffer wird definiert als Quotient der Zahl der Sterbefälle im betrachteten Jahr dividiert durch die Zahl der Bevölkerung zur Jahresmitte multipliziert mit 1.000 (vgl. Bähr 2010: 143).

Entsprechend der niedrigen Sterbeziffer im Jahr 2007 hatte Silwingen mit 5,7 auch die niedrigste mittlere Sterbeziffer innerhalb der Kreisstadt Merzig. Eine Betrachtung der Sterbeziffer über den Zeitraum von 2004 bis 2007 zeigt, dass diese in der Kreisstadt Merzig nach einem leichten Anstieg im Jahr 2005 rückläufig war. So reduzierte sich die Zahl der Todesfälle in diesem Zeitraum um 6,9 Prozentpunkte (vgl. Internationaler Bund 2009: 35-36).

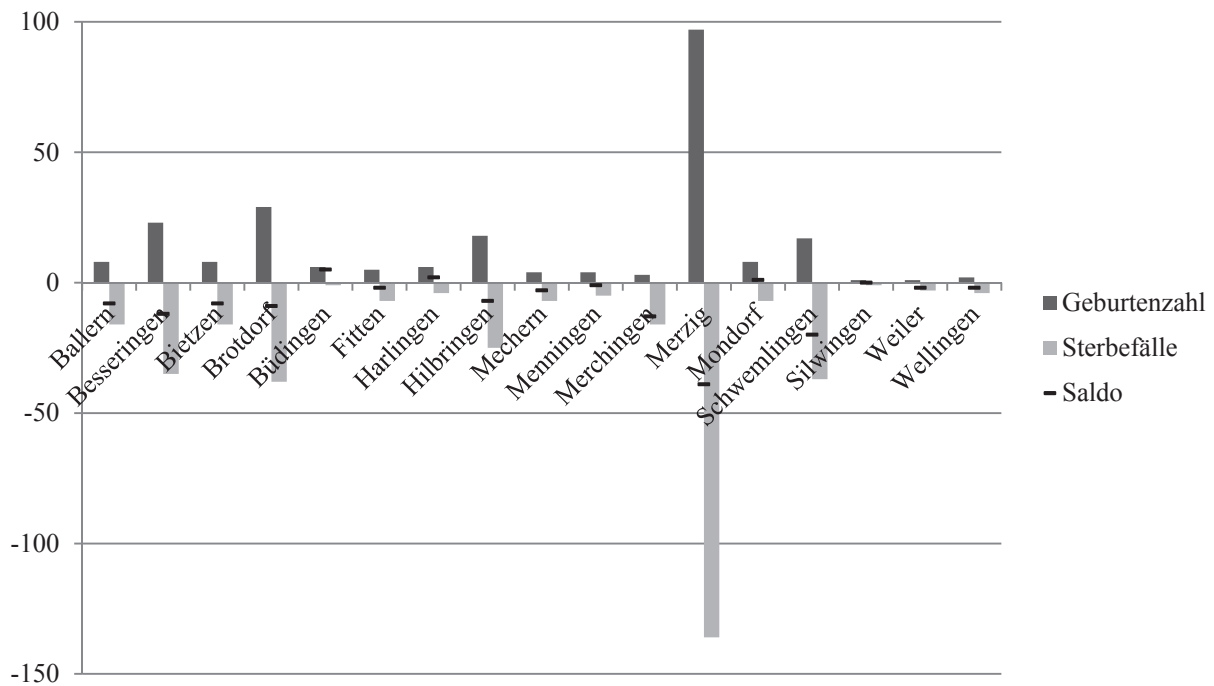
Im Vergleich zum Jahr 2010 verzeichnete die Kreisstadt Merzig mit 349 Sterbefällen im Jahr 2011 einen leichten Anstieg der Anzahl der Todesfälle. Entsprechend stieg die Sterbeziffer um 0,1 auf 11,5 an (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012g). Eine Analyse dieser 349 Sterbefälle hinsichtlich der 1. Staatsangehörigkeit des Toten zeigt, dass dieser in 339 Fällen die deutsche, in je zwei Fällen die italienische und die luxemburgische sowie in jeweils einem Fall die amerikanische, französische, libanesische, malaysische, polnische und schweizerische Staatsangehörigkeit besaß. Darüber hinaus waren acht Personen deutscher Staatsangehörigkeit gleichzeitig auch Angehörige einer zweiten Nationalität (französisch, kasachisch, kirgisch, österreichisch, polnisch, rumänisch, russisch, türkisch) (vgl. Kreisstadt Merzig 2012g).

Werden die Geburtenzahlen und die Anzahl der Sterbefälle miteinander verglichen, wies die Kreisstadt Merzig im Jahr 2010 ein Geburtendefizit von 122 Geburten auf, was einem negativen Saldo²⁹ pro 1.000 Einwohner von -4,0 entspricht. Jedoch lag dieser negative Saldo deutlich unter dem Landesdurchschnitt, von -5,1. Durch einen leichten Anstieg der Geburtenzahl von 223 im Jahr 2010 auf 253 im Jahr 2011 sowie einer nahezu konstanten Anzahl an Sterbefällen konnte sich der negative Saldo der Kreisstadt Merzig innerhalb eines Jahres leicht von -4,0 auf -3,2 verbessern (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012f, g; vgl. Statistisches Amt Saarland 2011d: 22-23).

Auf Stadtteilebene spiegeln sich die aufgezeigten Unterschiede im Hinblick auf die Geburten- und Sterbeziffer auch in den Salden wider. Lediglich drei der insgesamt 17 Stadtteile, Büdingen mit einem Saldo von 15,8, Harlingen mit 3,5 und Mondorf mit 1,2, konnten einen positiven Saldo verzeichnen (s. Abb. 31) (vgl. Internationaler Bund 2009: 36-37).

²⁹ Der Saldo stellt „die Differenz aus Geborenen- und Gestorbenenzahlen eines Jahres [...] [dar], um so die Höhe des Geburtenüberschusses beziehungsweise des Geburtendefizits festzustellen.“ (Bähr 2010: 152)

Abbildung 31: Geburten- und Sterbezahl auf Stadtteilebene zum 31.12.2007 (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Internationaler Bund 2009: 33, 35

Leichte Verschiebungen zeigen sich bei der Betrachtung des schwankungsresistenten mittleren Jahressaldos pro 1.000 Einwohner für den Zeitraum zwischen 2004 und 2007 (s. Tab. 7) (vgl. Internationaler Bund 2009: 36). So wies Schwenningen im Jahr 2007 aufgrund seiner ungünstigen Altersstruktur und der damit verbundenen hohen Anzahl an Sterbefällen den negativsten mittleren Jahressaldo auf. Dies entspricht einem Einwohnerverlust von 147 Einwohnern zwischen 2004 und 2007. Es folgte mit großem Abstand der Stadtteil Merchingen. Im Gegensatz dazu wies Silwingen im Jahr 2007 das stärkste positive natürliche Bevölkerungswachstum auf, was unter anderem auf die junge Altersstruktur und der damit verbundenen erhöhten Geburtenziffer zurückgeführt werden kann (vgl. Internationaler Bund 2009: 37). Der zweithöchste mittlere Jahressaldo wurde in Büdingen verzeichnet. Trotzdem verlor die Kreisstadt Merzig in dem betrachteten Zeitraum von 2004 bis 2007 durchschnittlich 94,75 Einwohner pro Jahr, was einem natürlichen Bevölkerungsrückgang innerhalb dieses Zeitraums von 379 Personen entspricht (vgl. Internationaler Bund 2009: 38).

Tabelle 7: Saldo aus Geburten und Sterbefälle (31.12.2007) und mittlerer-Jahressaldo pro 1.000 Einwohner (2004-2007)

Stadtteil	Absoluter Saldo	Saldo pro 1.000 EW	Mittlerer-Jahressaldo pro 1.000 EW (2004-2007)
Ballern	-8	-6,7	0,0
Besseringen	-12	-3,9	-4,6
Bietzen	-8	-8,1	-2,5
Brotdorf	-9	-2,4	-1,0
Büdingen	5	15,8	4,7
Fitten	-2	-2,7	0,0
Harlingen	2	3,5	-2,6
Hilbringen	-7	-2,7	-1,4
Mechern	-3	-3,5	-0,3
Menningen	-1	-1,6	-1,2
Merchingen	-13	-13,8	-7,2
Merzig	-39	-3,5	-2,7
Mondorf	1	1,2	2,4
Schwemlingen	-20	-8,9	-16,4
Silwingen	0	0,0	7,6
Weiler	-2	5,7	-5,6
Wellingen	-2	-6,4	0,0

Quelle: Internationaler Bund 2009: 37

5.1.9.2 Wanderungsbedingte Bevölkerungsentwicklung

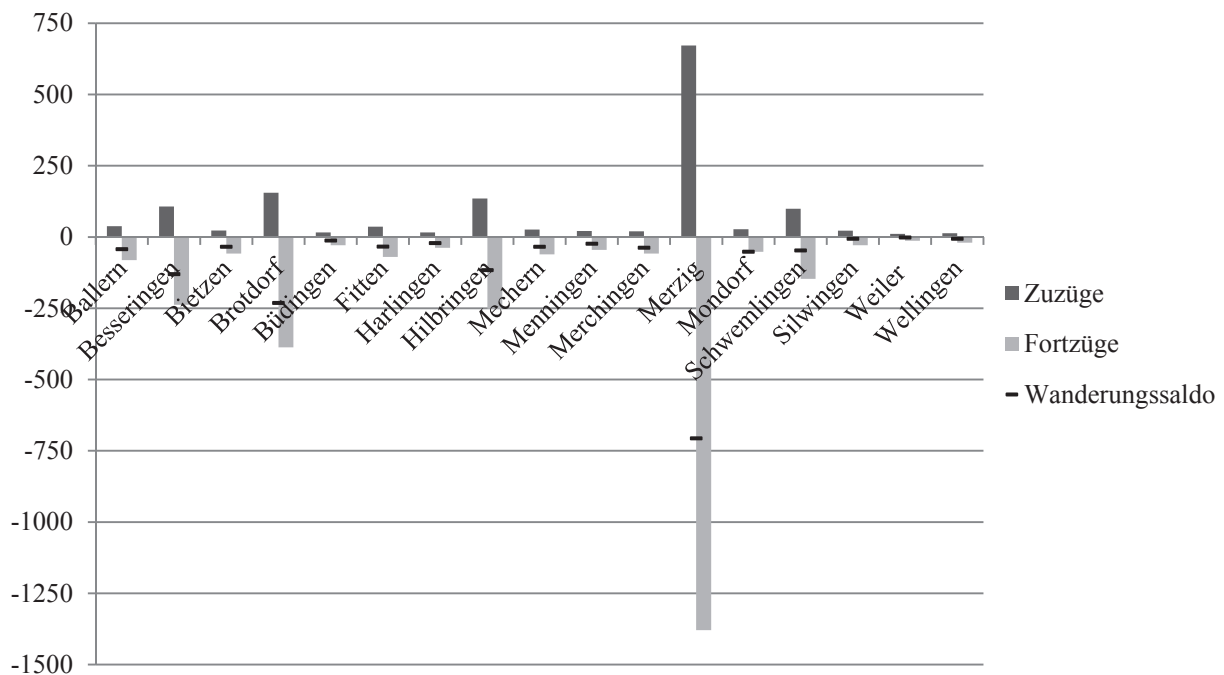
Weitere entscheidende Komponenten der Bevölkerungsentwicklung stellen neben den natürlichen Bevölkerungsbewegungen die Wanderungsgewinne und -verluste dar. Im Jahr 2010 zogen 1.347 Personen in die Kreisstadt Merzig, davon 856 Zuwanderungen innerhalb der Landesgrenze, 290 aus anderen Bundesländern und 201 über die Bundesgrenze. Gleichzeitig verließen 1.391 Personen die Kreisstadt Merzig, um ihren Wohnsitz in eine andere saarländische Stadt oder Gemeinde, in ein anderes Bundesland oder ins Ausland zu verlagern. Entsprechend verzeichnete die Kreisstadt Merzig einen Wanderungsverlust von -44 Personen, was einem Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner von -1,4 entspricht. Das Saarland wies hingegen im gleichen Jahr einen Wanderungsgewinn von 190 Personen und damit einen leicht positiven Wanderungssaldo von 0,2 je 1.000 Einwohner auf (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011d: 24-27).

Noch im Jahr 2007 überstieg auch in der Kreisstadt Merzig die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge um 159. Zwischen 2004 und 2007 entwickelte sich der Wanderungssaldo

besonders positiv und stieg von einem nahezu ausgeglichen Saldo je 1.000 Einwohner im Jahr 2005 auf einen positiven von 5,1 an. Während im Jahr 2007 deutlich positivere Wanderungssalden je 1.000 Einwohner vor allem in Ballern (20,8), Schwemlingen (16,5) und Mechern (14,0) verzeichnet wurden, waren die Stadtteile Wellingen (-38,5), Büdingen (-22,1) und Harlingen (-13,9) durch besonders hohe negative Salden je 1.000 Einwohner gekennzeichnet (vgl. Internationaler Bund 2009: 39-40). Da jedoch auch eine Abhängigkeit zwischen dem Wanderungssaldo und kurzfristigen Veränderungen besteht, wird auch in diesem Fall ein Mittelwert berücksichtigt. So konnte Schwemlingen über den Zeitraum von 2004 bis 2007 von deutlich höheren Zu- als Fortzügen profitieren, was sich positiv auf den mittleren Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (14,9) auswirkte. Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur dieses Stadtteils, der hohen Anzahl an Sterbefällen sowie dem damit verbundenen negativen natürlichen Bevölkerungswachstum kam dem positiven mittleren Wanderungssaldo eine wichtige Rolle im Hinblick auf einen Erhalt der Einwohnerzahlen zu. Darüber hinaus verzeichneten Weiler und Merzig ebenfalls relativ hohe mittlere Wanderungssalden je 1.000 Einwohner mit 8,3 sowie 4,7. Besonders negative mittlere Wanderungssalden je 1.000 Einwohner fanden sich hingegen in Harlingen (-14,4), Büdingen (-7,3), Wellingen (-5,9), Silwingen (-4,5) und Mondorf (-4,4). Jedoch standen die negativen mittleren Wanderungssalden in Silwingen, Büdingen und Mondorf einem zum damaligen Zeitpunkt positiven natürlichen Bevölkerungswachstum gegenüber, sodass die Wanderungsverluste vollständig oder zumindest teilweise kompensiert werden konnten (vgl. Internationaler Bund 2009: 39-40).

Die Betrachtung der Zu- und Fortzüge zwischen dem 31.12.2010 und dem 29.02.2012 zeigt, dass innerhalb dieses Zeitraumes kein Stadtteil Wanderungsgewinne aufweisen konnte. Zwar verzeichneten alle Stadtteile auch Zuzüge, jedoch reichten diese nicht aus, um die Anzahl der Fortzüge auszugleichen. Sehr unterschiedlich haben sich einzelne Stadtteile zwischen 2007 und 2012 hinsichtlich ihres Wanderungssaldos entwickelt. So wurden beispielsweise Büdingen, Silwingen und Wellingen im Jahr 2007 noch durch sehr negative mittlere Wanderungssalden charakterisiert. Jedoch verzeichneten sie sowie der Stadtteil Weiler im Zeitraum vom 31.12.2010 bis zum 29.02.2012 nur noch leicht negative Wanderungssalden und können damit eine vergleichsweise positive Entwicklung nachweisen. Deutlich ungünstiger ist hingegen die Entwicklung in Besseringen, Brotdorf, Hilbringen und Merzig verlaufen, die nun hohe negative Wanderungssalden hinnehmen mussten (s. Abb. 32) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h).

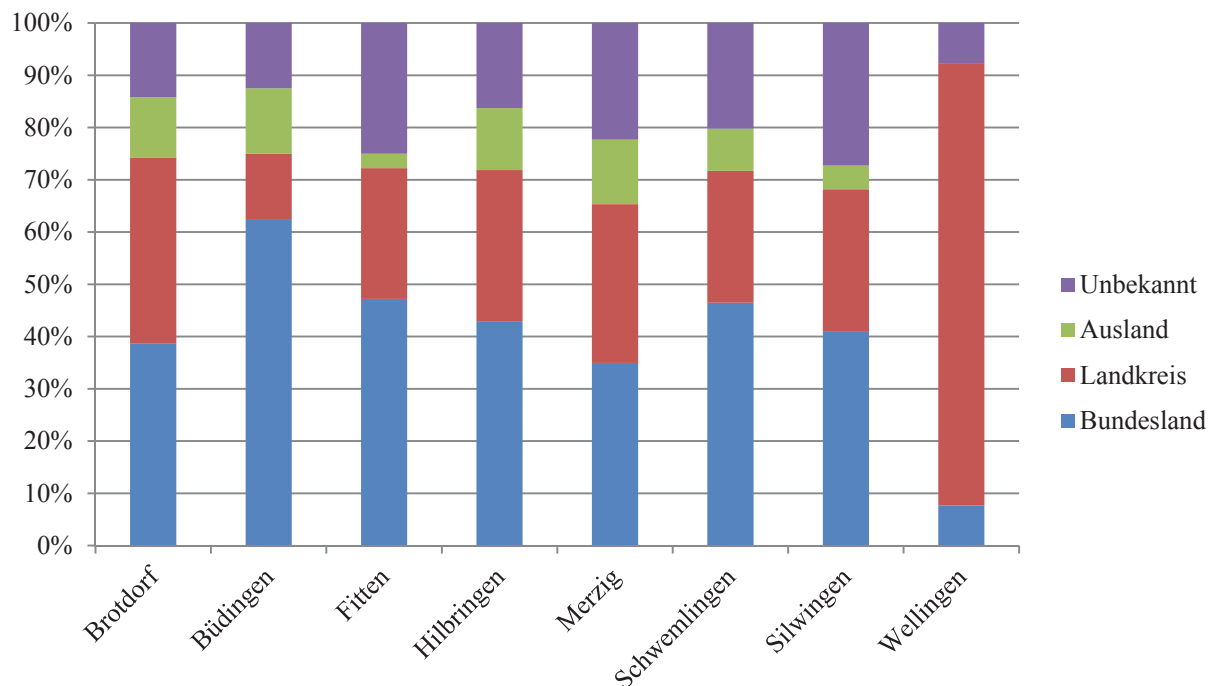
Abbildung 32: Zu- und Fortzüge auf Stadtteilebene zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (absolute Zahlen)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h

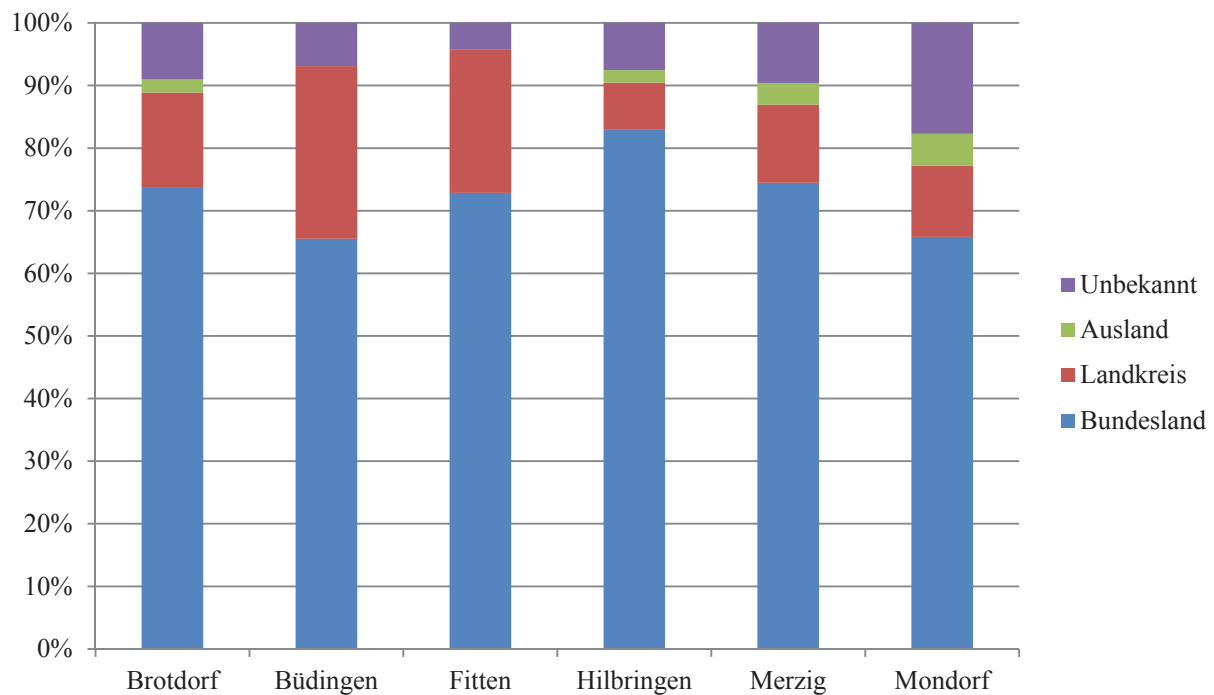
Die differenzierte Analyse der Wanderungsbewegungen über die Kreis-, Landes- und nationale Grenze hinweg zeigt deutliche Unterschiede auf. Einerseits bestanden diese zwischen den Zu- und Fortzügen sowie andererseits zwischen den verschiedenen Stadtteilen. So verlegte in der Regel die Mehrheit der zugezogenen Personen in den Stadtteilen mit Zuzugsraten von vier oder mehr Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung ihren Wohnsitz von einem anderen Bundesland in den entsprechenden Stadtteil (s. Abb. 33 (vgl. Kreisstadt Merzig 2012h).

Abbildung 33: Differenzierung der Zuzüge über die kreis-, landes- oder nationale Grenze zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (Stadtteile mit Zuzugsraten ≥ 4 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerungszahl)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h

Abbildung 34: Differenzierung der Fortzüge über die kreis-, landes- oder nationale Grenze zwischen 31.12.2010 und 29.02.2012 (Stadtteile mit Wegzugsraten ≥ 9 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerungszahl)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h

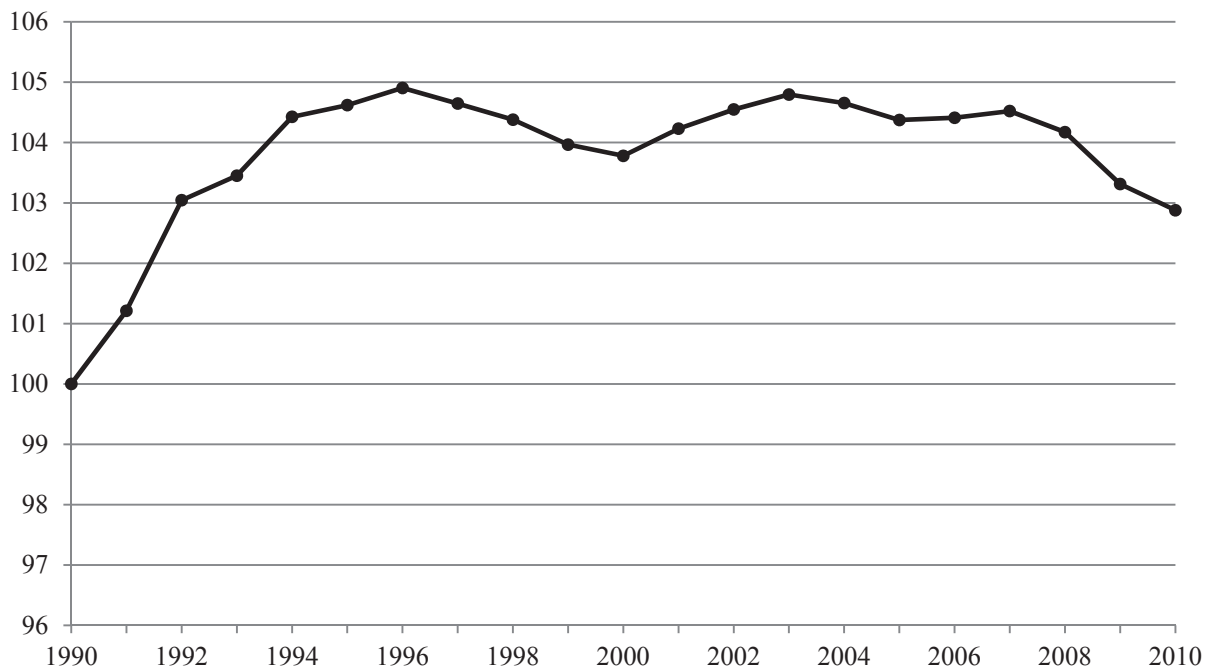
Dementsprechend schwankte der Anteil der Personen, die ihren Wohnsitz von einem anderen Bundesland in den entsprechenden Stadtteil verlegte, zwischen 35,0 Prozent in Merzig und 62,5 Prozent in Büdingen. Aus anderen saarländischen Landkreisen stammten zwischen 12,5 Prozent der Zugezogenen in Büdingen und 35,5 Prozent in Brotdorf. Den mit Abstand geringsten Anteil nahmen Personen ein, die aus dem Ausland in die Kreisstadt Merzig umzogen. Bei ihnen schwankte der Anteil zwischen 2,8 Prozent in Fitten und 12,4 Prozent in Merzig. Eine Sonderstellung unter den Stadtteilen mit Zuzugsraten von vier oder mehr Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung nahm der Stadtteil Wellingen ein, in dem lediglich 7,7 Prozent der Zuwanderer aus dem übrigen Bundesgebiet stammte. Darüber hinaus verzeichnete dieser Stadtteil in dem betrachteten Zeitraum keinerlei Zuzüge aus dem Ausland. Jedoch dominierten mit einem Anteil von 84,6 Prozent Zuzüge aus anderen saarländischen Landkreisen. Bei einem Teil der Zuwanderungen sind die Quellgebiete unbekannt, weshalb dazu keine Aussage gemacht werden kann (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h).

Werden im Gegensatz dazu die Destinationen der fortziehenden Personen aus den Stadtteilen mit Wegzugsraten von neun oder mehr Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung betrachtet, verlagerte die große Mehrheit ihren Wohnsitz in ein anderes Bundesland (vgl. Abb. 34). Diese Anteile schwankten zwischen 65,5 Prozent in Büdingen und 82,9 Prozent in Hilbringen. Dementsprechend zogen deutlich weniger Personen, zwischen 7,5 Prozent in Hilbringen und 27,6 Prozent in Büdingen, in andere saarländische Landkreise um. Abwanderungen in das Ausland fanden bei Betrachtung der Stadtteile mit Wegzugsraten von neun oder mehr Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung lediglich in Brotdorf (2,1 Prozent), Hilbringen (2,0 Prozent), Merzig (3,5 Prozent) und Mondorf (5,1 Prozent) statt. Ähnlich wie bei der Analyse der Quellgebiete können auch die Destinationen einiger fortziehender Personen nicht bestimmt werden (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012h).

5.1.9.3 Gesamtbevölkerungsentwicklung

Die Gesamteinwohnerzahl der Kreisstadt Merzig ist in dem Zeitraum von 1990 bis 2010 nahezu konstant geblieben (s. Abb. 35). Dementsprechend schwankte die Einwohnerzahl lediglich zwischen einem Minimum von 29.525 Personen im Jahr 1990 und einem Maximum von 30.973 Personen im Jahr 1996. Innerhalb dieser Zeitspanne von zwanzig Jahren lassen sich zwei Perioden erkennen, die durch einen leichten Einwohnerzuwachs von rund vier Prozentpunkten gekennzeichnet werden. Dies sind zum einen die Jahre von 1994 bis 1998, in denen sich die Bevölkerungszahl zwischen 30.818 und dem Höhepunkt von 30.973 im Jahr 1996 bewegte. Daran schloss sich eine dreijährige Phase leichten Bevölkerungsrückgangs an, ehe sich zum anderen die Bevölkerungszahl zwischen 2001 und 2008, erneut leicht positiv entwickelte mit einem Höchststand im Jahr 2003 von 30.941 Personen (vgl. Kreisstadt Merzig 2012i).

Abbildung 35: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig von 1990-2010 (1990 = 100)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Bei einem Vergleich der Bevölkerungsentwicklung des Saarlandes mit der der Kreisstadt Merzig wird deutlich, dass die Einwohnerentwicklung der Kreisstadt Merzig zumindest nicht der dritten Phase³⁰, der für das gesamte Saarland typischen Bevölkerungsentwicklung folgt:

1. „Die Jahre 1950 bis 1970: Babyboom und Wirtschaftswunder
2. Die Jahre 1971-1989: Pillenknick und demographische Zeitenwende
3. Die Jahre seit 1990: Die demographische Schere öffnet sich immer weiter“
(Von Hohnhorst 2007: 74-76)

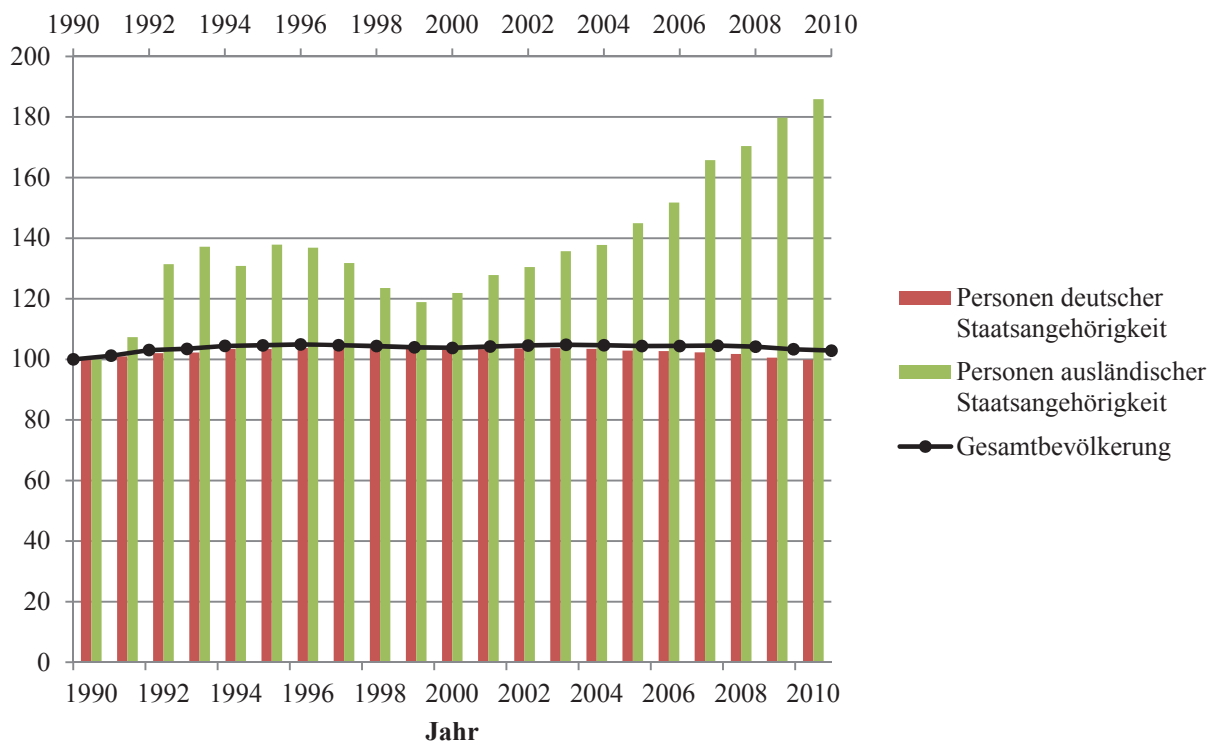
Seit Beginn der 1990er-Jahre ist die Bevölkerungszahl in vielen saarländischen Städten und Gemeinden stark rückläufig. Trotz der im Vergleich zum Saarland leicht positiven Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig werden auch für den gesamten Landkreis Merzig-Wadern sowie für die Kreisstadt Merzig im Speziellen für den Zeitraum von 2012 bis 2030 negative Bevölkerungsentwicklungen von -4,9 beziehungsweise -4,7 Prozentpunkten prognostiziert. Ähnlich der momentanen Sonderstellung im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung fällt diese Prognose im Landesvergleich für den Landkreis Merzig-Wadern jedoch relativ günstig aus, da für das gesamte Saarland ein Bevölkerungsrückgang von -7,9 Prozentpunkten vorausgesagt wird (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.a). Diese unterschiedlichen Entwicklungen auf regionaler

³⁰ Bevölkerungsdaten der Kreisstadt Merzig liegen der Verfasserin für den Zeitraum von 1950 bis 1990 nicht vor, sodass ein Vergleich im Hinblick auf die beiden anderen Phasen nicht vorgenommen werden kann.

Ebene werden vor allem durch Unterschiede im Hinblick auf Wanderungsgewinne beeinflusst. Aufgrund der grenznahen Lage des Landkreises Merzig-Wadern kann dieser Landkreis und damit verbunden auch die Kreisstadt Merzig in besonderem Maße von internationaler Zuwanderung profitieren, was sich positiv auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkt. Daher konnte im Landkreis Merzig-Wadern als einzigem saarländischen Landkreis aufgrund der Wanderungsgewinne noch Mitte der 2000er-Jahre das Geburtendefizit ausgeglichen werden (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008b: 18).

Eine differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig hinsichtlich Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit spiegelt deren unterschiedliche Entwicklung zwischen 1990 und 2010 wider (s. Abb. 36). Während die Zahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit bis auf kleine Schwankungen nahezu konstant geblieben ist beziehungsweise seit 2003 leicht rückläufig und erstmals im Jahr 2010 unter den Wert aus dem Jahr 1990 gefallen ist, stieg die Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit bis auf wenige Ausnahmen kontinuierlich an. In einer Phase zwischen 1990 und 1995 wuchs die Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit von 1.028 auf 1.417 Personen, was einer Steigerung um rund 40 Prozentpunkten entspricht. Ab 1996 sank die Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in dem betrachteten Zeitraum erstmalig und erreichte im Jahr 1999 einen Tiefstand von 1.222 Personen. Jedoch konnte bereits in einer darauf folgenden Phase ab dem Jahr 2000 wieder ein Zuwachs verzeichnet werden, der bis zum Jahr 2010 stetig zugenommen hat. So stieg die Anzahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit innerhalb von zehn Jahren von 1.253 auf 1.911 Personen an. Dies entspricht im Hinblick auf das Ausgangsjahr 1990 einem Wachstum um etwa 86 Prozentpunkten (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

Abbildung 36: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Merzig von 1990-2010 differenziert nach Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit (1990 = 100)

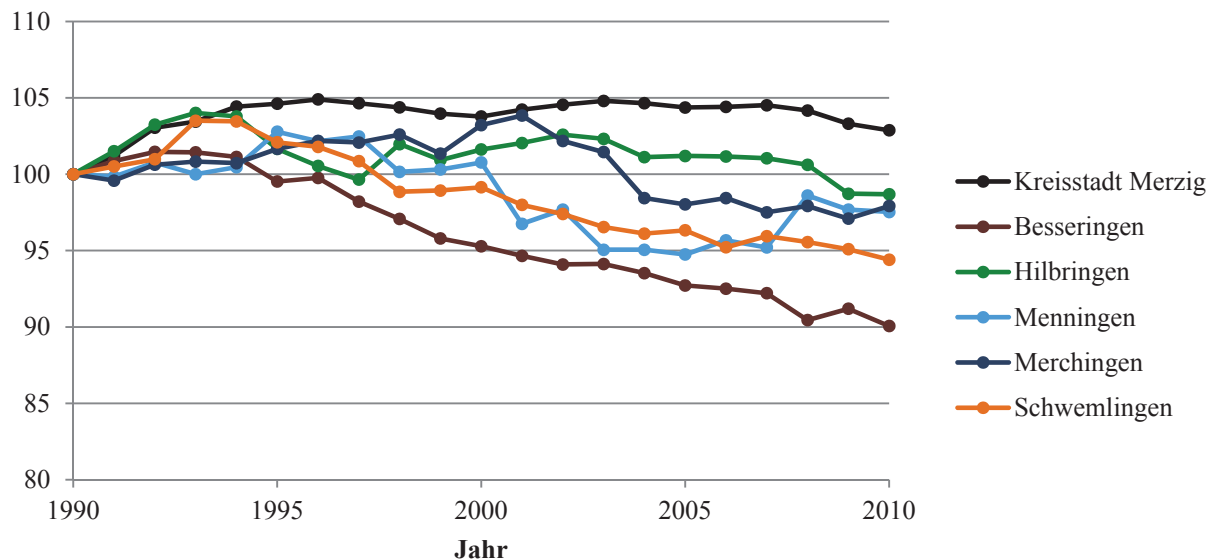


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Unterschiede im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung zeigen sich auch bei der Betrachtung einzelner Stadtteile. Während die Gesamtbevölkerung zwischen 1990 und 2010 in zwölf Stadtteilen um durchschnittlich 9,6 Prozentpunkte zugenommen hat, sank die Einwohnerzahl in den Stadtteilen Besseringen, Hilbringen, Menningen, Merchingen und Schwemlingen um durchschnittlich -4,3 Prozentpunkte (s. Abb. 37). Das größte Bevölkerungswachstum wurde mit rund 18 Prozentpunkten Ende 2010 in Ballern verzeichnet, was einem Anstieg um 181 Personen entspricht. Diese positive Bilanz ist sowohl auf die Entwicklung der Bevölkerung deutscher als auch ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen, die in dem betrachteten Zeitraum von 981 auf 1.118 beziehungsweise von 27 auf 71 Personen gestiegen ist. Begünstigt wurde dieser Trend durch eine junge Altersstruktur, einen ausgeglichenen Geburten- sowie einen leicht positiven Wanderungssaldo. Entgegen dieser Entwicklung wies der Stadtteil Besseringen mit -10 Prozentpunkten, ein Verlust von 333 Personen, den höchsten Bevölkerungsrückgang in der Kreisstadt Merzig auf. Besseringen konnte zunächst auch von einer steigenden Anzahl von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit profitieren. Sie stieg dort von 102 Einwohner im Jahr 1990 auf 187 im Jahr 2010 an, jedoch reichte dies nicht aus, um den Rückgang der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit auszugleichen. Verursacht wurde dieser Rückgang einerseits durch eine vergleichsweise ungünstige Altersstruktur und damit verbunden einem negativen Gebur-

tensaldo. Andererseits trug zur Bevölkerungsabnahme der deutschen Einwohner aber auch der negative Wanderungssaldo mit einer deutlich höheren Zahl der Fortzüge im Vergleich zu den Zuzügen bei (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

Abbildung 37: Bevölkerungsentwicklung von 1990-2010 in Stadtteilen mit rückläufigen Einwohnerzahlen (1990 = 100)



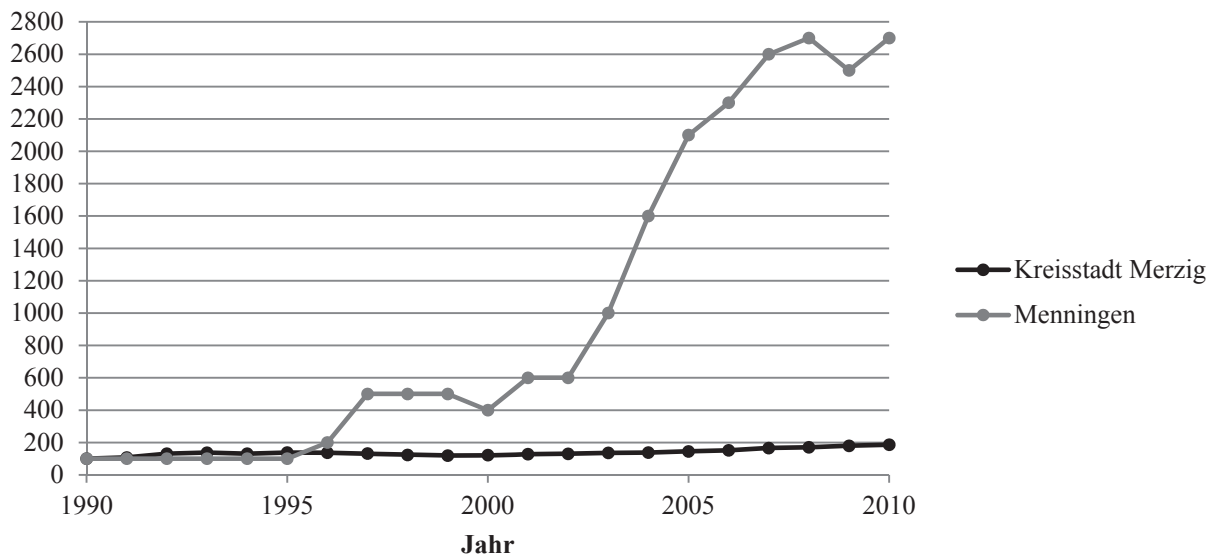
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Eine differenzierte Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen hinsichtlich Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit spiegelt wie bereits auf Kreisstadtebene deren unterschiedliche Entwicklung wider. Wird die Bevölkerungsentwicklung der Personen deutscher Staatsangehörigkeit zwischen 1990 und 2010 verglichen, so war diese in den meisten Stadtteilen positiv. Lediglich die Stadtteile mit rückläufiger Gesamtbevölkerungszahl (Besseringen, Hilbringen, Menningen, Merchingen und Schwemlingen) verzeichneten abnehmende Einwohnerzahlen hinsichtlich der Bewohner deutscher Staatsangehörigkeit. In den übrigen Stadtteilen stieg die Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit bis auf wenige Ausnahmen kontinuierlich an. Deutlich dynamischer verlief die Entwicklung in den Stadtteilen Harlingen, Silwingen und Wellingen. So nahm die Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit in Harlingen bis 1997 deutlich um 109 Personen, rund 22 Prozentpunkten, zu, hielt sich bis zum Jahr 2004 nahezu konstant auf diesem Niveau, ehe sie leicht absank und im Jahr 2010 einen Wert von 558 Personen erreichte. Dies entspricht im Vergleich zum Jahr 1990 einem Bevölkerungswachstum an Personen deutscher Staatsangehörigkeit von 13,2 Prozentpunkten. In Silwingen blieb die Einwohnerzahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit zunächst relativ konstant, erhöhte sich dann rasch und erreichte zwischen 1990 und 1997 ein Wachstum um 11 Prozentpunkte, was einem Anstieg von 322 auf 359 Personen entspricht. Nach einem kurzzeitigen Rückgang nahm die Bevölkerung im Jahr 1999 erneut zu und wies in den darauf fol-

genden Jahren ein dauerhaft hohes Niveau auf. Ende 2010 war die Anzahl der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit in Silwingen im Vergleich zu 1990 um 47 Personen gestiegen. Damit verzeichnete dieser Stadtteil innerhalb des betrachteten Zeitraums in der Kreisstadt Merzig mit einem Anstieg um 14,6 Prozentpunkte die prozentual größte Bevölkerungszunahme im Hinblick auf Personen deutscher Staatsangehörigkeit. Diese besonders positive Bevölkerungsentwicklung im Stadtteil Silwingen kann vor allem mit Hilfe demographischer Aspekte (positives natürliches Bevölkerungswachstum, nahezu ausgeglichener Wanderungssaldo) begründet werden. Im Gegensatz dazu wurde Wellingen im Jahr 2010 mit 0,7 Prozentpunkten, einem Wachstum von lediglich zwei Personen, durch das geringste Bevölkerungswachstum der Personen deutscher Staatsangehörigkeit charakterisiert. Nach einem kräftigen Anstieg der Einwohnerzahl mit Höchstwerten in den Jahren 1994 und 1995, sank diese, ehe sie zwischen 1999 und 2006 ein konstant hohes Niveau erreichte. Jedoch sanken die Werte wiederum und erreichten 2010 nahezu den Ausgangswert aus dem Jahr 1990 (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

Deutlich stärker war im Vergleich dazu in nahezu allen Stadtteilen in der Kreisstadt Merzig das Wachstum der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit. Während sich lediglich in Büdingen die Zahl der Einwohner ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen 1990 und 2010 von neun auf acht Personen beziehungsweise um -12 Prozentpunkte reduzierte, stieg sie in den anderen Stadtteilen um bis zu 2.600 Prozentpunkte an. Dieser starke prozentuale Anstieg wurde im Stadtteil Menningen erreicht, in dem im Jahr 1990 lediglich ein Bewohner ausländischer Staatsangehörigkeit lebte. Bis zum Jahr 1997 erhöhte sich die Zahl auf fünf Personen, ehe sie zu Beginn beziehungsweise Mitte der 2000er-Jahre weiter auf zehn und später auf zwanzig Einwohner anstieg. Der höchste Wert wurde 2008 und 2009 mit jeweils 27 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit gemessen (s. Abb. 38) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

Abbildung 38: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in dem Stadtteil Menningen (1990 = 100)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Darüber hinaus verzeichneten beispielsweise Fitten (+35 Personen), Weiler (+5 Personen), Harlingen (+13 Personen) und Bietzen (+18 Personen) ebenfalls hinsichtlich der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit Wachstumsraten von durchschnittlich über 230 Prozentpunkten. Im Gegensatz dazu wiesen die Stadtteile Mechern (37,5 Prozentpunkte), Silwingen (25,0 Prozentpunkte) und Welling (20,0 Prozentpunkte) im Zeitraum zwischen 1990 und 2010 das niedrigste Wachstum im Hinblick auf Bewohner ausländischer Staatsangehörigkeit auf (s. Tab. 8) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

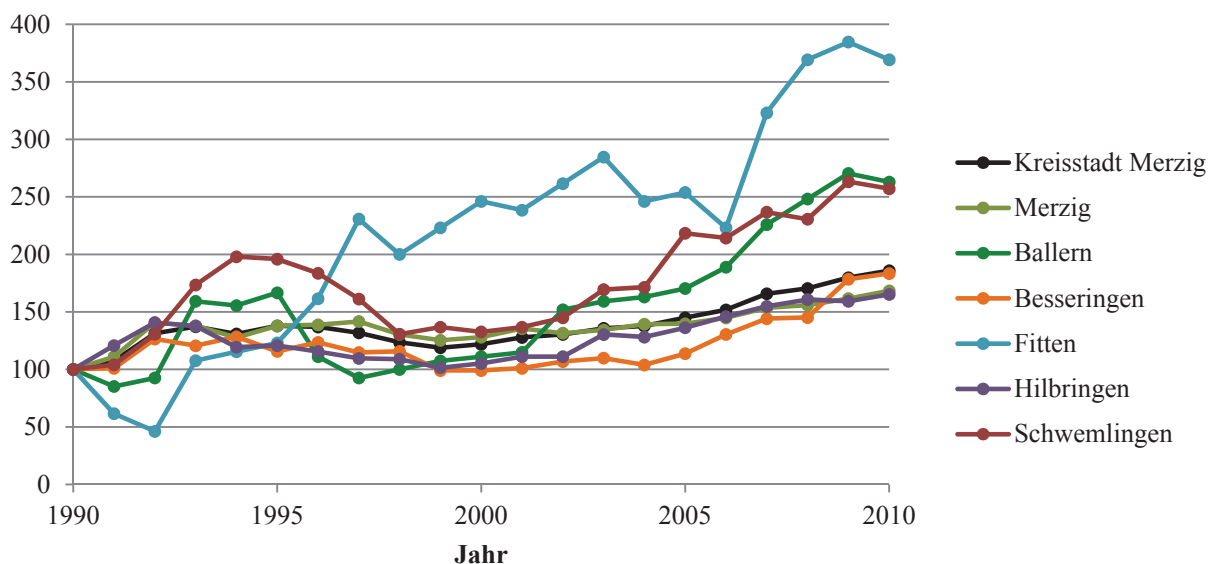
Tabelle 8: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten Stadtteilen zwischen 1990 und 2010 (absolute Zahlen)

Stadtteil	1990	2010
Bietzen	9	27
Büdingen	9	8
Fitten	13	48
Harlingen	6	19
Mechern	16	22
Menningen	1	27
Silwingen	8	10
Weiler	2 (1993)	7
Welling	5	6

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Ähnlich der identifizierten Entwicklungsphasen für die Kreisstadt Merzig lässt sich der Entwicklungsverlauf der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit auch für die Stadtteile ab 1990 in unterschiedliche Phasen einteilen. So weist eine Vielzahl von Stadtteilen (unter anderem Ballern, Besseringen, Bietzen, Mondorf und Schwemlingen) ebenfalls die beiden Wachstumsphasen zwischen 1990 und 1995 sowie 2000 bis 2010 auf, die von einer kurzzeitigen Schrumpfungsphase unterbrochen wurden. Jedoch unterscheiden sich die einzelnen Stadtteile sehr deutlich im Hinblick auf die Intensität, mit der die einzelnen Phasen durchlaufen wurden (s. Abb. 39 und 40). Während diese Phasen zum Beispiel besonders intensiv in Ballern, Bietzen sowie Schwemlingen ausgeprägt waren, zeichnete Besseringen diesen Verlauf nur in geringem Ausmaß nach. Entgegen dieser Entwicklung verzeichneten einige Stadtteile wie beispielsweise Brotdorf und Fitten ein dauerhaftes kontinuierliches Wachstum der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit, das in einigen Fällen Ende der 2000er-Jahre besonders stark war. Dementsprechend wurden die Entwicklungsverläufe der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit aller Stadtteile mit Ausnahme des Stadtteils Büdingen durch Wachstum ab Anfang beziehungsweise Mitte der 2000er-Jahre charakterisiert. Der Wachstumsphase zwischen 1990 und 1995 folgten hingegen nicht alle Stadtteile. So wiesen zum Beispiel Mechern und Weiler³¹, in diesem Zeitraum entweder eine konstante oder rückläufige Entwicklung auf (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i).

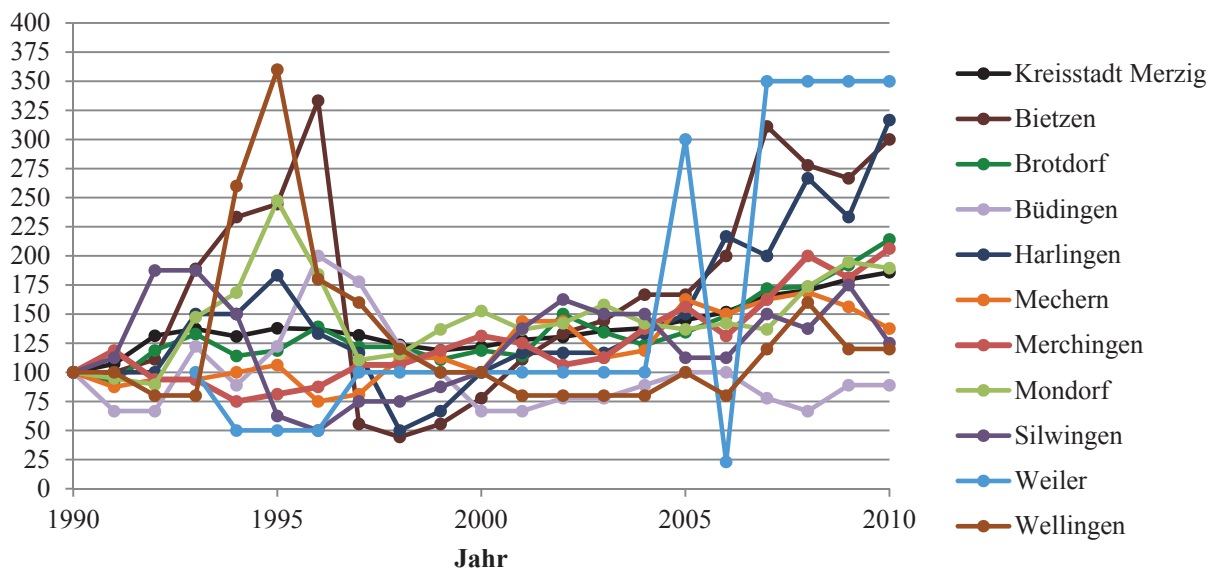
Abbildung 39: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in den Stadtteilen mit einem Ausländeranteil ≥ 5 Prozent (Stand 29.02.2012) (1990 = 100)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

³¹ Zwischen 1990 und 1992 lebten in dem Stadtteil Weiler ausschließlich Bewohner mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Abbildung 40: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit von 1990-2010 in den Stadtteilen mit einem Ausländeranteil < 5 Prozent (Stand 29.02.2012) (ohne den Stadtteil Menningen) (1990 = 100)



Anmerkung: Für den Stadtteil Weiler gilt: 1993 = 100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012i

Die unterschiedlichen Zuwachsraten einzelner Stadtteile im Hinblick auf die Bevölkerung können zum einen auf demographische Faktoren wie eine günstige Altersstruktur, einen sehr positiven natürlichen Bevölkerungssaldo sowie einen nahezu ausgeglichenen Wanderungssaldo zurückgeführt werden. Zum anderen werden die Zuwachsraten durch die gezielte Zuwanderung in bestimmte Stadtteile verursacht, die besonders attraktiv erscheinen. Die Attraktivität eines Wohnstandortes wird durch viele verschiedene Aspekte beeinflusst. So spielen unter anderem weiche Standortfaktoren und die infrastrukturelle Ausstattung der Stadtteile eine wichtige Rolle, was beispielsweise die Erschließung von Neubaugebieten, die Existenz von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie einen direkten Anschluss an die Autobahn umfasst.

5.1.9.5 Zusammenfassender Vergleich demographischer Faktoren

Tabelle 9: Zusammenfassender Vergleich demographischer Faktoren auf Stadtteil-ebene

Stadtteil	Altersstruktur ¹	Natürliche Bevölkerungsentwicklung ²	Wanderungsbedingte Bevölkerungsentwicklung ³	Gesamtbevölkerungsentwicklung ⁴
Kreisstadt Merzig	17,6 % 61,9 % 20,5 %	-3,1	2,4	-0,7
Ballern	18,6 % 64,4 % 17,1 %	0,0	2,8	2,9
Besseringen	16,0 % 58,3 % 25,7 %	-4,6	-0,5	-5,1
Bietzen	19,4 % 62,2 % 18,4 %	-2,5	2,7	0,2
Brotdorf	20,6 % 61,0 % 18,4 %	-1,0	0,6	-0,3
Büdingen	22,7 % 59,3 % 18,0 %	4,7	-7,9	-3,1
Fitten	18,2 % 65,9 % 15,9 %	0,0	1,6	1,6
Harlingen	16,0 % 68,4 % 15,6 %	-2,6	-14,4	-17,0
Hilbringen	18,6 % 59,3 % 22,1 %	-1,4	-1,5	-3,0
Mechern	19,4 % 63,2 % 17,4 %	-0,3	0,4	0,1
Menningen	14,4 % 67,6 % 18,0 %	-1,2	2,4	1,2

Stadtteil	Altersstruktur ¹	Natürliche Bevölkerungsentwicklung ²	Wanderungsbedingte Bevölkerungsentwicklung ³	Gesamtbevölkerungsentwicklung ⁴
Merchingen	16,3 % 60,2 % 23,4 %	-7,2	-2,9	-10,0
Merzig	17,4 % 62,5 % 20,1 %	-2,7	4,7	2,0
Mondorf	19,6 % 62,6 % 17,8 %	2,4	-4,4	-2,0
Schwemlingen	13,2 % 61,8 % 25,0 %	-16,4	14,9	-1,5
Silwingen	20,3 % 64,7 % 15,0 %	7,6	-4,5	3,1
Weiler	13,5 % 64,9 % 21,6 %	-5,6	8,2	2,6
Wellingen	19,5 % 62,1 % 18,5 %	0,0	-5,9	-5,9

Anmerkungen:

¹: Prozentuale Altersgruppenverteilung (Altersgruppen: < 18-Jährige, 18-65-Jährige, über 65-Jährige), Stand 30.09.2008

²: Mittlerer-Jahressaldo pro 1.000 Einwohner (2004-2007)

³: Mittlere Wanderungsbilanz pro Jahr (2004-2007)

⁴: Mittlere Zuwachsrate pro Jahr (2004-2007)

Stadtteil mit positivsten Faktoren für demographische Entwicklung

Stadtteil mit negativsten Faktoren für demographische Entwicklung

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Internationaler Bund 2009: 12, 37, 39, 42

5.2 Migration in der Kreisstadt Merzig

5.2.1 Kurzer historischer Abriss der Zuwanderung nach 1945

In der Kreisstadt Merzig gab es von jeher das Phänomen der Migration, was aus ihrer Lage im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg sowie aus der wechselvollen Geschichte des Saarlandes resultiert (vgl. Lauer 2012: 5).

Ähnlich wie in der Bundesrepublik und dem Saarland war die Zuwanderung auch in der Kreisstadt Merzig seit Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Anwerbung von Gastarbeitern und dem Familiennachzug, die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus internationalen Krisengebieten sowie der Ankunft von (Spät-)Aussiedlern geprägt. In der jüngeren Vergangenheit entstanden im Zuge der europäischen Integration neue Migrationsformen. Dazu gehört unter anderem die europäische Binnenmigration, weshalb das aktuelle Migrationsgeschehen in der Kreisstadt vor allem durch den Zuzug von Personen aus Italien, Polen, Rumänien und der Slowakei bestimmt wird. Des Weiteren spielt aufgrund der Lage der Kreisstadt Merzig innerhalb der Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Wallonie sowie Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens die grenzüberschreitende Wohnmigration eine wesentliche Rolle (vgl. Lauer 2012: 5).

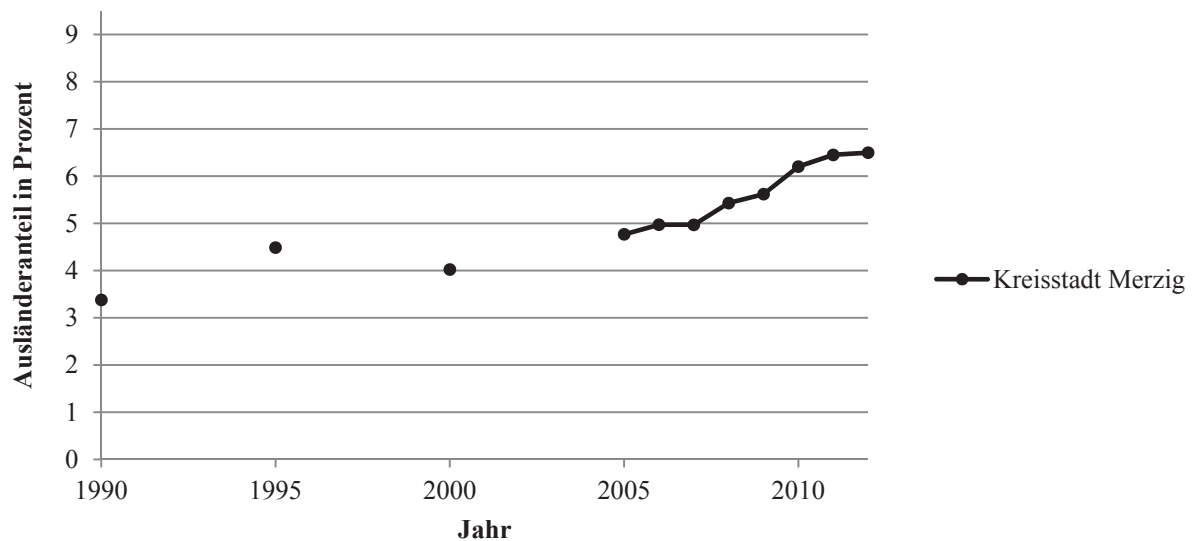
5.2.2 Entwicklung des Ausländeranteils und der Bevölkerung differenziert nach ausländischen Staatsangehörigkeiten

Wie bereits in Kapitel 5.1.9.3 dargelegt, kann die Entwicklung des Ausländeranteils und damit verbunden der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit sowohl auf demographische Faktoren als auch auf Wanderungsbewegungen zurückgeführt werden. Jedoch lassen die vorliegenden statistischen Daten keine Differenzierung hinsichtlich der beiden Kriterien zu.

Einige der für die Kreisstadt Merzig ab 1990 identifizierten Wanderungsbewegungen³² spiegeln sich in der Entwicklung des Ausländeranteils wider. Deutlich werden wie schon bei der Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit zwei Phasen, die durch einen steigenden Ausländeranteil charakterisiert werden. So erhöhte sich der Ausländeranteil in einer Phase von 1990 bis 1995 von 3,4 auf 4,5 Prozent. Entsprechend der rückläufigen Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit ab 1996 sank der Ausländeranteil bis zum Jahr 1999, ehe er in einer darauf folgenden Phase ab dem Jahr 2000 kontinuierlich bis auf 6,5 Prozent angestiegen ist (s. Abb. 41) (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b).

³² Bevölkerungsdaten der Kreisstadt Merzig liegen der Verfasserin für den Zeitraum von 1945 bis 1990 nicht vor, sodass keine zahlenmäßige Aussage zu den Wanderungsbewegungen vor 1990 gemacht werden kann.

Abbildung 41: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig zwischen 1990 und 2012 (29.02.2012) (1990 = 100)



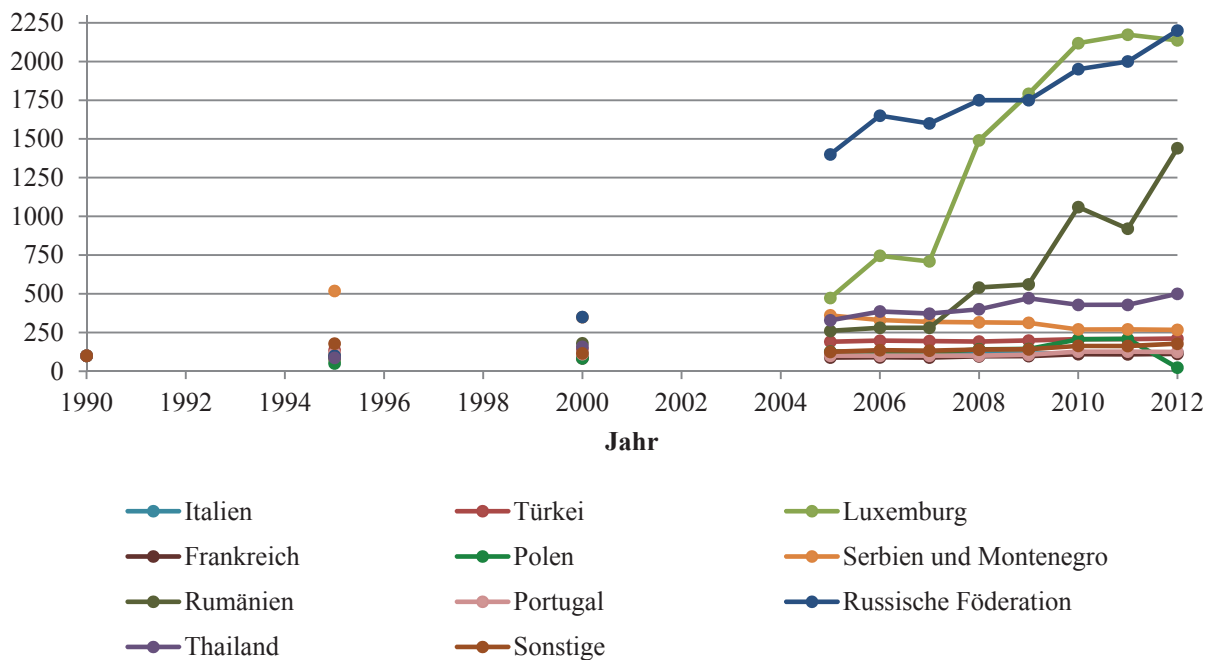
Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b

Hervorgerufen wurde der Anstieg Anfang der 1990er-Jahre einerseits durch die Umbrüche in Osteuropa, die mit einer verstärkten Zuwanderung von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion verbunden war, sowie andererseits durch deutlich gestiegene Asylbewerberzahlen. Die Anzahl der Asylbewerber ebte jedoch in Folge des im Jahr 1993 geänderten Asylrechts wieder ab und auch die Zahl der Personen aus der ehemaligen Sowjetunion pendelte sich bis Mitte der 1990er-Jahre auf ein gewisses Niveau ein. Diese Entwicklungen trugen unter anderem dazu bei, dass sich die Zahl der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig seit 1996 reduzierte und im Jahr 1999 einen Tiefstand von 1.222 Personen erreichte. Der darauf folgende seit dem Jahr 2000 verzeichnete Anstieg der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit sowie des Ausländeranteils lassen sich zum einen auf die verstärkte Wohnmigration der Personen aus Frankreich sowie Luxemburg und zum anderen auf den Zuzug von Personen aus Ländern der Europäischen Union wie beispielsweise aus Polen und Rumänien zurückführen. Darüber hinaus spielte in der Kreisstadt Merzig in den vergangenen zehn Jahren aber auch die Zuwanderung aus nicht-europäischen Ländern wie der Türkei, der Russischen Föderation sowie Thailand eine wichtige Rolle (vgl. Kreisstadt Merzig 2012c).

Da einzelne Wanderungsbewegungen auf unterschiedliche Formen der Zuwanderung und dem damit verbundenen verstärkten Zuzug von Personen aus bestimmten Herkunftsländern zurückgeführt werden können, soll im Folgenden die Bevölkerungsentwicklung differenziert nach diesen beiden Kriterien betrachtet werden (s. Abb. 42).

Abbildung 42: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in der Kreisstadt Merzig zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Für Rumänien und Russische Föderation gilt: 1995 = 100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

Bei der ersten Form der Zuwanderung handelt es sich um die „Einreise und den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit“ (Bundesministerium des Innern 2014: 39). Im Rahmen der Arbeitsmigration verzeichnete die Kreisstadt Merzig zwischen 1960 und 1965 eine erste große Zuwanderung von unter anderem „Gastarbeitern“ aus Italien, dem ehemaligen Jugoslawien, Portugal und der Türkei. War ursprünglich im Zuge des Rotationsprinzips ein befristeter Aufenthalt angestrebt, verfestigte sich der Aufenthalt in vielen Fällen, was zur zweiten Wanderungsbewegung im Rahmen des Familiennachzugs führte (s. Kap. 4.1.1.2). Durch den Familiennachzug kamen in den 1970er-Jahren vor allem Frauen und Kinder aus den genannten Ländern in die Kreisstadt Merzig.

Zwischen 1990 und 2005 erhöhte sich die Zahl der Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig um 19,5 Prozentpunkte auf einen bisherigen Höchstwert von 386 Personen. Es schloss sich eine kurzzeitige Schrumpfungsphase an, sodass im Jahr 2009 die Zahl der italienischen Einwohner auf 361 sank. Seit 2010 wurden jedoch wieder leicht steigende Zahlen verzeichnet. Mit 384 Personen stellten die italienischen Einwohner im Juni 2012 in der Kreisstadt Merzig die größte Bevölkerungsgruppe ausländischer Staatsangehörigkeit dar (s. Tab. 10). Dementsprechend wies die Bevölkerung mit italienischer Staatsangehörigkeit über den Zeitraum von 1990 bis Ende Juni 2012 ein relativ gleichmäßiges Wachstum um rund 19,0 Prozent-

punkte beziehungsweise 61 Personen auf (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Ein deutlich größeres Wachstum verzeichnete im selben Zeitraum die Bevölkerungsgruppe mit türkischer Staatsangehörigkeit, deren Zahl sich mehr als verdoppelte. Besonders intensiv war das Wachstum jeweils in den fünf Jahren zwischen 1990 und 1995 beziehungsweise 2000 und 2005, in denen Zuwächse um 54 beziehungsweise 72 Personen verzeichnet werden konnten. Dies entspricht einem Wachstum von 35,3 beziehungsweise 47,1 Prozentpunkten. Lediglich 2007 und 2008 reduzierte sich die Einwohnerzahl dieser Bevölkerungsgruppe leicht, bevor sie ab dem Jahr 2009 erneut anstieg und im Juni 2012 mit 322 Personen ihren bisherigen Höchststand erreichte. Damit bildeten die türkischen Einwohner im Jahr 2012 (30.06.2012) die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe ausländischer Staatsangehörigkeit (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Eine nahezu konstante Entwicklung wies zwischen 1990 und 2009 die Einwohnerzahl der portugiesischen Bevölkerung auf, die in dem Zeitraum lediglich zwischen 50 und 58 Personen pendelte. Unter anderem erhöhte sich aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie daraus folgenden Arbeitsplatzverlusten im Herkunftsland in den vergangenen Jahren die Zahl der portugiesischen Einwohner erneut und erreichte in den beiden Jahren 2010 und 2011 ein derzeitiges Maximum von 63 Personen. Somit waren die portugiesischen Einwohner im Juni 2012 die achtgrößte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe in der Kreisstadt Merzig (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Neben der Arbeitsmigration der 1960er und 1970er-Jahre stellt somit auch heute noch das Motiv der Erwerbstätigkeit einen wichtigen Zuwanderungsgrund dar. Neben Hochqualifizierten und Fachkräften, für die der Arbeitsort Deutschland unter anderem durch die Einführung der Green-Card oder der Blue-Card besonders attraktiv gemacht werden soll, kommen in die Kreisstadt Merzig auch Zuwanderer, die beispielsweise eine Anstellung als Werksvertragsarbeiter, Kranken- und Altenpersonal oder Haushaltshilfe finden. Bei den Zuwanderern handelt es sich sowohl um Staatsangehörige aus den alten EU-Mitgliedstaaten (unter anderem aus Portugal und Spanien) als auch um Staatsangehörige aus neuen EU-Mitgliedstaaten sowie Drittstaatsangehörige (s. Kap. 4.1.1.2, 4.1.1.8).

Wichtige Quellländer sind in diesem Zusammenhang Polen und Rumänien, die im Juni 2012 die fünft- beziehungsweise siebtgrößte Bevölkerungsgruppe ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig darstellten. Während sich zu Beginn der 1990er-Jahre die Zahl der polnischen Einwohner in der Kreisstadt Merzig auf 30 Personen halbierte, konnten ab dem Jahr 2000 kontinuierliche Zuwächse verzeichnet werden. So stieg die Zahl zwischen 2000 und 2012 (30.06.2012) von 50 auf 138 Personen an, was vor allem auf den Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004, die damit verbundene Personenfreizügigkeit sowie die vollständige Arbeitnehmerfreizü-

gigkeit ab dem 01. Mai 2011 zurückgeführt werden kann (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c; vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 40). Daher konnten deutliche Zuwächse um rund 22 beziehungsweise 62 Prozentpunkte innerhalb der Jahre von 2007 auf 2008 beziehungsweise von 2009 auf 2010 verzeichnet werden, was einem Anstieg in absoluten Zahlen von 13 beziehungsweise 37 Personen entspricht. Insgesamt hat sich die Bevölkerung mit polnischer Staatsangehörigkeit in dem betrachteten Zeitraum von 1990 bis 2012 mehr als verdoppelt (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Deutlich höhere Wachstumsraten von bis zu 1.340 Prozentpunkten, einem Anstieg von fünf (1995) auf 72 (2012) Personen, weist die Bevölkerungsentwicklung der Personen mit rumänischer Staatsangehörigkeit auf. Diese ist ebenfalls durch den Beitritt zur Europäischen Union sowie die damit verbundenen Regelungen zur Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit bedingt. Während im Jahr 1990 kein Bewohner die rumänische Staatsangehörigkeit besaß, erhöhte sich die Zahl zwischen 1995 und 2007 von fünf auf 14 Personen. Als Folge des EU-Beitritts kam es innerhalb eines Jahres nahezu zu einer Verdoppelung der Einwohnerzahl mit rumänischer Nationalität, sodass die Kreisstadt Merzig im Jahr 2008 bereits 27 rumänische Staatsangehörige verzeichnete. Mit Ausnahme des Jahres 2011 folgte bis Juni 2012 ein weiterer intensiver Anstieg bis auf 72 Personen, der durch das Inkrafttreten der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 01. Januar 2014 mit großer Wahrscheinlichkeit auch zukünftig weiter zunehmen wird (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c; vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 40).

Tabelle 10: Die zehn größten Bevölkerungsgruppen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig (Stand 30.06.2012)

Kreisstadt Merzig	Anzahl in absoluten Zahlen	Anteil an ausländischer Bevölkerung (in Prozent)
Italien	384	19,4
Türkei	322	16,3
Luxemburg	235	11,9
Frankreich	155	7,8
Polen	138	7,0
Serbien und Montenegro	88	4,4
Rumänien	72	3,6
Portugal	62	3,1
Russische Föderation	44	2,2
Thailand	35	1,8
Sonstige	443	22,4

Quelle: Eigene Berechnung und Zusammenstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

Die zweite Form der Zuwanderung umfasst die „Einreise und den Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen“ (Bundesministerium des Innern 2014: 68). In den 1980er- und 1990er-Jahre kamen Flüchtlinge und Asylbewerber aus Teilen Asiens und Afrikas sowie Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien in die Kreisstadt Merzig (s. Kap. 4.1.1.3, 4.1.1.4). Migrierten bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren Personen mit türkischer sowie serbisch und montenegrinischer Staatsangehörigkeit im Zuge der Arbeitsmigration sowie des darauffolgenden Familiennachzugs in die Kreisstadt Merzig, so kamen in den 1980er-Jahren vor allem kurdische Personen, die wegen des Militärputsches in der Türkei das Land verließen. Im Zuge der Jugoslawienkriege nahm die Kreisstadt Merzig Anfang der 1990er-Jahre verstärkt Personen serbisch und montenegrinischer oder bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit auf. Damit stieg zwischen 1990 und 1995 die Zahl der Einwohner mit serbisch und montenegrinischer Staatsangehörigkeit von 33 auf 171 und die der Einwohner mit bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit von 0 auf 114 Personen. Bedingt durch den Aufbau von Nachfolgestaaten und der damit verbundenen teilweisen Rückkehr sank nach dem Höhepunkt im Jahr 1995 die Einwohnerzahl in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich und pendelte sich in dem Zeitraum von 2010 bis 2012 (30.06.2012) bei 88 Bewohnern mit serbisch und montenegrinischer beziehungsweise 23 bis 32 Bewohnern bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit ein. Trotz der rückläufigen Zahlen in den vergangenen Jahren stellten die Personen mit serbisch und montenegrinischer Staatsangehörigkeit die sechstgrößte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe dar (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008b: 7; Kreisstadt Merzig 2012c).

Im Zuge der Entstehung neuer Krisenregionen haben in den vergangenen Jahren weitere Quellländer an Bedeutung gewonnen. So stieg und steigen in der Kreisstadt Merzig beispielsweise die Zahl der Flüchtlinge sowohl aus dem Nahen (Syrien und Irak) als auch aus dem Mittleren Osten (Afghanistan und Iran) (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014: 6). Des Weiteren verzeichnete die Bevölkerung mit russischer Staatsangehörigkeit seit 1995 besonders intensive Zuwächse. Entsprechend vervierfachte sich die Zahl der russischen Einwohner innerhalb einer Zeitspanne von fünf Jahren auf 28 Personen im Jahr 2005. Es schloss sich bis Juni 2012 ein weiterer kontinuierlicher Anstieg an, sodass im Jahr 2012 ein derzeitiges Maximum von 44 Einwohnern erreicht wurde. Damit wuchs diese Bevölkerungsgruppe innerhalb des Zeitraums von 1995 bis 2012 um 2.100 Prozentpunkte und bildete die neuntgrößte Gruppe ausländischer Staatsangehörigkeit. Die starke Zunahme von Personen aus der russischen Föderation ab Anfang der 2000er-Jahre lässt sich unter anderem auf die politische Situation in der nordkaukasischen Krisenregion zurückführen (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Bei der dritten Zuwanderungsform handelt es sich um die „Einreise und den Aufenthalt aus familiären Gründen“ (Bundesministerium des Innern 2014: 83). Während diese Zuwanderungsform in der Kreisstadt Merzig bereits in den 1970er-Jahren durch den

Familiennachzug im Rahmen der Arbeitsmigration eine wichtige Rolle spielte, steht sie durch den Nachzug von zumeist Ehefrauen und Kindern zu Ehemännern ausländischer Staatsangehörigkeit auch heute noch in engem Zusammenhang zu den weiteren Zuwanderungsformen. Jedoch ist der Nachzug von Ehefrauen zu Männern deutscher Nationalität in der Vergangenheit ebenfalls angestiegen (s. Kap. 4.1.1.7) (vgl. Bundesministerium des Innern 2014: 86). Dies spiegelt sich in der Kreisstadt Merzig beispielsweise in der Bevölkerungsentwicklung der Personen mit thailändischer Staatsangehörigkeit sowie in deren überproportional hohen Frauenanteil wider³³ (vgl. Klein 2014). So besaßen 1990 und 1995 lediglich sieben beziehungsweise sechs Bewohner die thailändische Staatsangehörigkeit. Zu Beginn der 2000er-Jahre verdoppelte sich die Einwohnerzahl dieser Bevölkerungsgruppe auf 23 Personen und stieg seit diesem Zeitpunkt weiter an. Innerhalb des Zeitraums von 1990 bis Juni 2012 erhöhte sich der Anteil der thailändischen Bewohner um 400 Prozentpunkte und erreichte im Jahr 2012 (30.06.2012) ein Maximum von 35 Personen. Damit stellten Einwohner mit thailändischer Staatsangehörigkeit die zehntgrößte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe dar (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Die vierte Zuwanderungsform umfasst die Einreise und den Aufenthalt aus individuellen Gründen, wie dies beispielsweise bei den Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit der Fall ist. Die weitaus günstigeren saarländischen Immobilien- und Mietpreise sowie die infrastrukturelle Anbindung steigern die Attraktivität der Kreisstadt Merzig für grenzüberschreitende Wohnmigration. Aufgrund dieser Attraktivität erhöhte sich die Zahl der Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig deutlich, sodass diese im Jahr 2012 (30.06.2012) die drittgrößte Bevölkerungsgruppe mit ausländischer Nationalität bildete. Während 1990 nur elf luxemburgische Einwohner in der Kreisstadt Merzig lebten und sich ihre Anzahl bis 1995 weiter auf ein Minimum von acht Bewohnern reduzierte, folgte ab dem Jahr 2000 ein enormer Anstieg. So erhöhte sich die Zahl der luxemburgischen Bevölkerung zwischen 2000 und 2005 von 10 auf 52 Personen. Nach weiteren Zuwächsen auf 82 Einwohner im Jahr 2006 reduzierte sich die Zahl im darauf folgenden Jahr leicht auf 78 Personen. Seit diesem Zeitpunkt stieg die Anzahl der Bevölkerung mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit so stark an, dass bereits 2008 164 und 2011 239 luxemburgstämmige Einwohner verzeichnet werden konnten. Dies entspricht einer Verdoppelung beziehungsweise einer Verdreifachung des Werts aus dem Jahr 2007. Nach dem intensiven Wachstum zwischen 2007 und 2010 pendelte sich die Anzahl der luxemburgischen Bewohner in den beiden folgenden Jahren auf einem gleichmäßig hohen Niveau zwischen 233 und 239 Personen ein. Damit stieg die Anzahl der luxemburgischen Einwohner innerhalb des Zeitraums von 1990 bis Juni 2012 um rund 2.036 Prozentpunkte (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

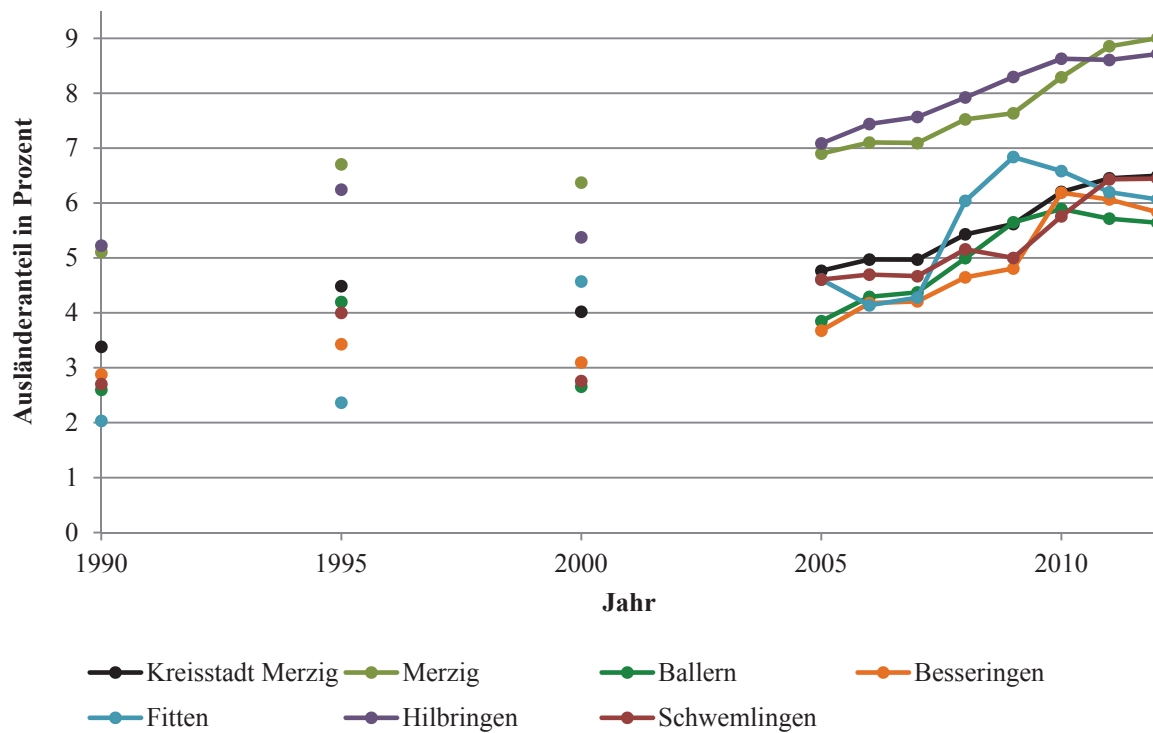
³³ Zum Stichtag 31.12.2013 lebten 39 Personen mit thailändischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig, davon waren sechs Einwohner männlich und 33 weiblich (vgl. Klein 2014).

Als viertgrößte Bevölkerungsgruppe folgten die Einwohner mit französischer Staatsangehörigkeit. Während ein kleinerer Teil bereits im Rahmen des Arbeitskräftemangels zu Beginn der 1960er und 1970er-Jahre in die Kreisstadt Merzig kam, handelt es sich bei dem größeren Teil um grenzüberschreitende Wohnmigranten. Nach zunächst rückläufigen Bevölkerungszahlen zwischen 1990 und 2007 um 17 Personen beziehungsweise -12,2 Prozentpunkte nahm die Zahl ab 2007 leicht zu und erreichte im Juni 2012 mit 155 Personen den zurzeit höchsten Wert an französischen Staatsbürgern. Dies entspricht einer Bevölkerungszunahme um 11,5 Prozentpunkten über den Zeitraum von 1990 bis Juni 2012 (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Neben den bisher betrachteten zehn größten Bevölkerungsgruppen ausländischer Staatsangehörigkeit lebten in der Kreisstadt Merzig darüber hinaus im Juni 2012 noch weitere Personen, die rund 60 verschiedenen Nationalitäten angehörten, wobei alle beschriebenen Zuwanderungsformen vertreten waren. Da es sich pro Nationalität um eine sehr geringe Anzahl handelte, wurden diese zur Kategorie „sonstige“ zusammengefasst. Ihre Anzahl hat sich zwischen 1990 und 1995 von 250 auf 445 erhöht, ehe sie in den folgenden Jahren auf unter 300 Personen absank und seit dem Jahr 2000 kontinuierlich bis auf 443 Einwohner im Juni 2012 anstieg (vgl. Kreisstadt Merzig 2012c).

Der Entwicklung der Kreisstadt Merzig folgend, lassen sich auch die Verläufe der Ausländeranteile in den verschiedenen Stadtteilen ab 1990 in zwei Wachstumsphasen einteilen. Jedoch unterscheiden sich einzelne Stadtteile hinsichtlich des Beginns und der Intensität der einzelnen Phasen (s. Abb. 43 und Abb. 44).

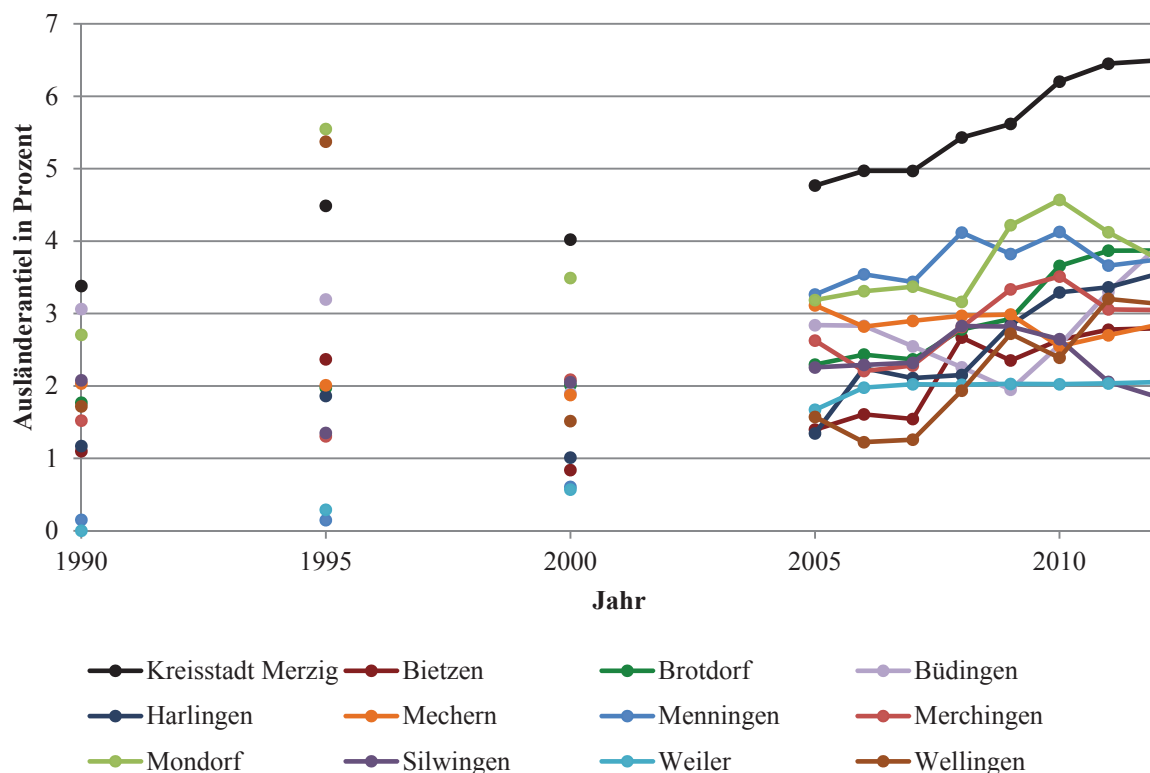
Abbildung 43: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig sowie den Stadtteilen mit Ausländeranteilen $\geq 5,0$ Prozent (Stand 29.02.2012)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b

Abbildung 44: Entwicklung des Ausländeranteils in der Kreisstadt Merzig sowie den Stadtteilen mit Ausländeranteilen < 5,0 Prozent (Stand 29.02.2012)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b

So verzeichneten viele der kleineren Stadtteile aufgrund ihrer teilweise sehr geringen Zahl ausländischer Bewohner zwischen 1990 bis Februar 2012 besonders intensive Zunahmen des Ausländeranteils. Diese reichten von einem Wachstum um 100,3 Prozentpunkte in Merchingen bis zu einem Wachstum um rund 2.397 Prozentpunkte in Menningen, wo sich die Anzahl der Einwohner ausländischer Staatsangehörigkeit von 1 Person im Jahr 1990 auf 23 Personen im Februar 2012 erhöhte. Ebenso stieg im betrachteten Zeitraum der Ausländeranteil unter anderem in Büdingen und Welling sowie in den beiden großen Stadtteilen Hilbringen und Merzig. Dabei bewegten sich die Wachstumsraten zwischen 28,1 (Büdingen) und 82,5 Prozentpunkten (Welling) und befanden sich damit auf einem deutlich geringeren Niveau als in Menningen. Nur in Silwingen reduzierte sich der Ausländeranteil im betrachteten Zeitraum. Bereits Anfang der 1990er-Jahre war dieser rückläufig, stieg dann aber bis 2008 auf 2,8 Prozent an, ehe er erneut in den folgenden Jahren sank. Dementsprechend lag der Ausländeranteil im Februar 2012 in Silwingen bei 1,8 Prozent und damit unterhalb des Ausgangswertes aus dem Jahr 1990 (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012b).

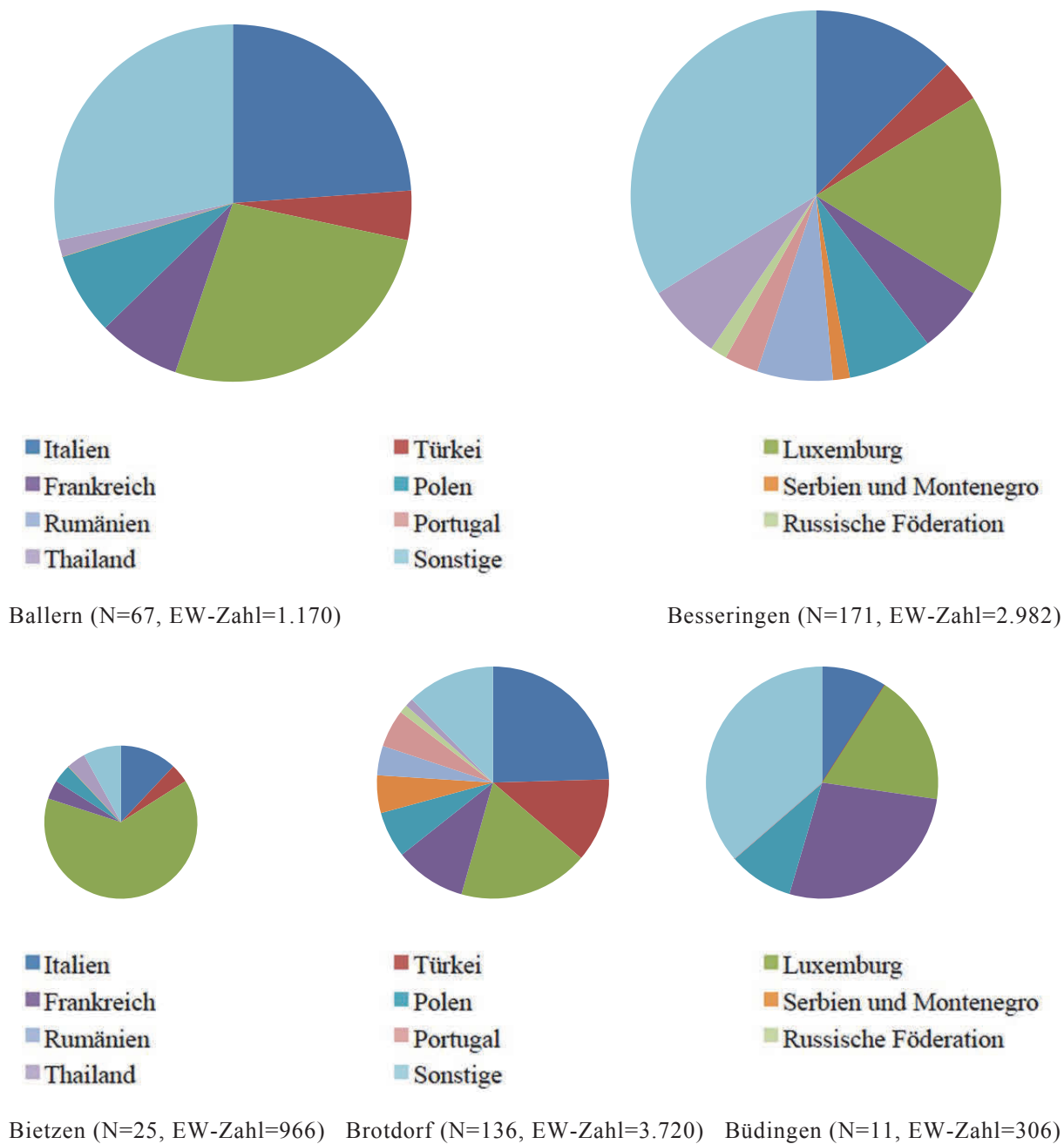
Weiterhin unterscheidet sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung einzelner Stadtteile durch die verschiedenen Zuwanderungsformen und dem damit ver-

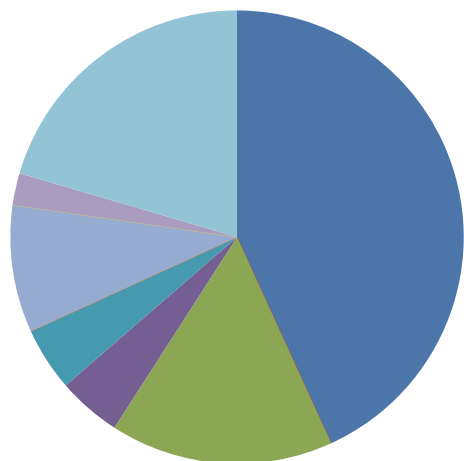
bundenen verstärkten Zuzug aus bestimmten Herkunftsländern. Wurden wenige Stadtteile nur durch eine Zuwanderungsform bestimmt, gehen die Gruppen der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Mehrzahl der Stadtteile auf unterschiedliche Zuwanderungsformen zurück, was im Folgenden beispielhaft an den drei Stadtteilen Fitten, Besseringen und Merzig aufgezeigt wird. Während in Fitten die Einreise und der Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit im Vordergrund standen, spielte in Besseringen die Zuwanderung aus individuellen Gründen die wichtigste Rolle. Im Stadtteil Merzig waren hingegen mehrere Zuwanderungsformen von Bedeutung.

Im Zuge des Beitritts von Rumänien zur Europäischen Union und dem damit verbundenen vereinfachten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt vervierfachte sich zwischen 2005 und 2012 (30.06.2012) im Stadtteil Fitten die Zahl der Personen mit rumänischer Staatsangehörigkeit. Jedoch entspricht dies in absoluten Zahlen lediglich einem Anstieg von einem auf vier Bewohner mit rumänischer Nationalität. Ebenfalls vom EU-Beitritt beeinflusst, erhöhte sich zwischen 2000 und 2005 die Zahl der Einwohner polnischer Staatsangehörigkeit von Null auf zwei Personen. Nachdem sich die Zahl kurzzeitig auf einen Bewohner polnischer Nationalität reduzierte, erreichte sie 2010 einen konstanten Wert von zwei Personen. Ebenfalls kann der Anstieg der Bevölkerung mit italienischer Staatsangehörigkeit zwischen 1990 und 2000 von drei auf sechzehn Personen vermutlich³⁴ auf Arbeitsmigration zurückgeführt werden. In den nachfolgenden Jahren pendelte sich die Zahl der Einwohner italienischer Staatsangehörigkeit auf neunzehn Personen ein. Damit stellten die Bewohner italienischer Nationalität im Juni 2012 die mit Abstand größte Bevölkerungsgruppe nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in dem Stadtteil dar (s. Abb. 45). Hinter der Bevölkerung italienischer Nationalität bildeten die Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe ausländischer Nationalität in Fitten. Während sich deren Zahl innerhalb eines Jahres von neun (2008) auf siebzehn (2009) Einwohner nahezu verdoppelte, sank sie im folgenden Jahr auf sieben Bewohner ab und stagniert seitdem auf diesem Niveau (vgl. Abb. 46). Diese Personengruppe kam jedoch nicht aus Erwerbsgründen nach Fitten, sondern aufgrund individueller Motive wie beispielsweise der geringeren Immobilien- und Mietpreise. Da ihre Anzahl zwischen 2009 und 2010 jedoch rückläufig war und seither stagniert, wird im Stadtteil Fitten die Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach wie vor durch die Einreise und den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit bestimmt (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

³⁴ Aufgrund der fehlenden Datenlage ist nicht direkt nachvollziehbar, ob es sich um demographische oder wanderungsbedingte Zuwächse handelt. Da diese Bevölkerungsgruppe jedoch in den 1950er- und 1960er-Jahre zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach Deutschland kam, kann zumindest indirekt auf das Wanderungsmotiv „Erwerbstätigkeit“ geschlossen werden.

Abbildung 45: Zehn größte Bevölkerungsgruppen ausländischer Staatsangehörigkeit differenziert nach dem Ausländeranteil in den Stadtteilen der Kreisstadt Merzig (Stand 30.06.2012)

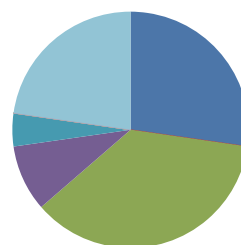




■ Italien
■ Frankreich
■ Rumänien
■ Thailand

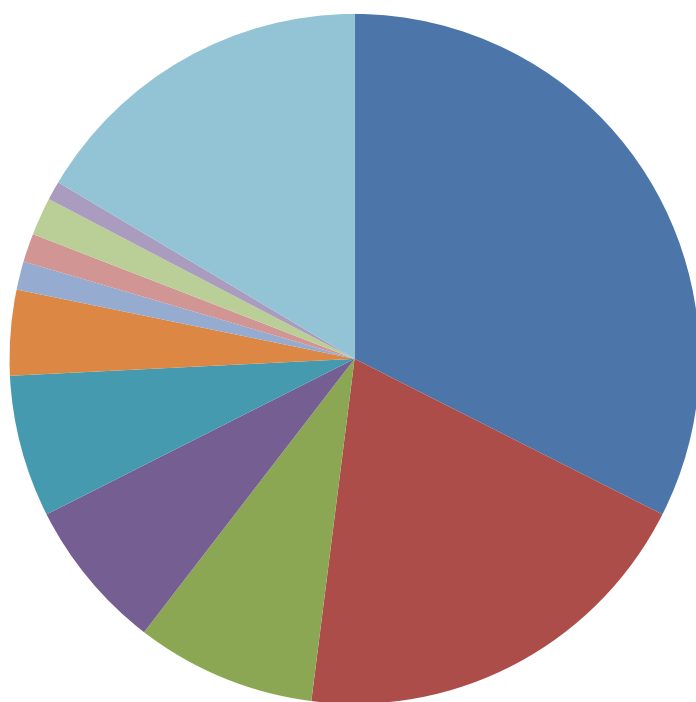
■ Türkei
■ Polen
■ Portugal
■ Sonstige

Fitten (N=44, EW-Zahl=725)



■ Luxemburg
■ Serbien und Montenegro
■ Russische Föderation

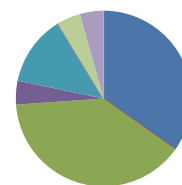
Harlingen (N=22, EW-Zahl=564)



■ Italien
■ Frankreich
■ Rumänien
■ Thailand

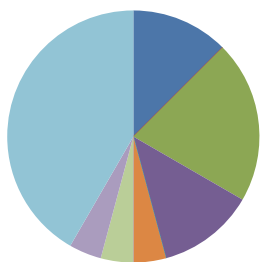
■ Türkei
■ Polen
■ Portugal
■ Sonstige

Hilbringen (N=225, EW-Zahl=2.581)



■ Luxemburg
■ Serbien und Montenegro
■ Russische Föderation

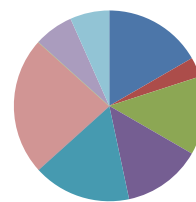
Mechern (N=23, EW-Zahl=809)



■ Italien
■ Frankreich
■ Rumänien
■ Thailand

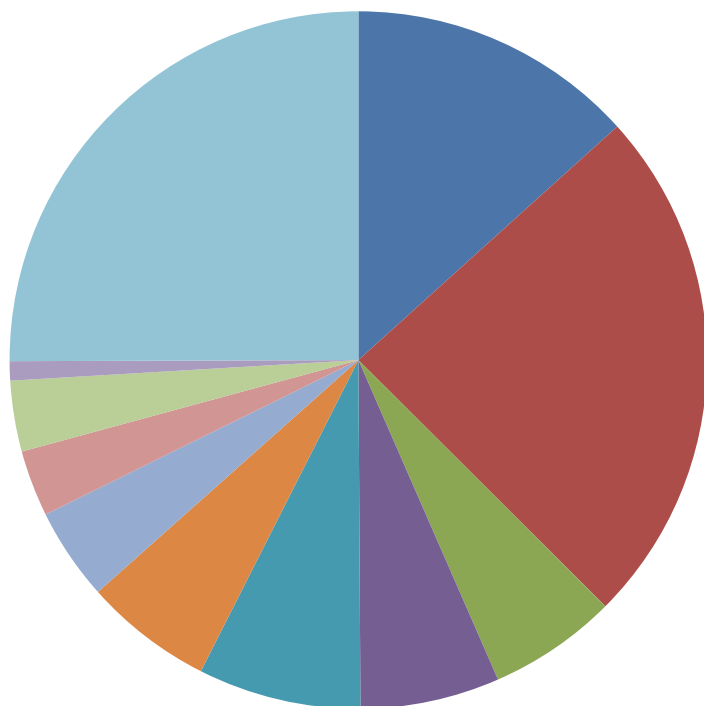
■ Türkei
■ Polen
■ Portugal
■ Sonstige

Menningen (N=24, EW-Zahl=614)



■ Luxemburg
■ Serbien und Montenegro
■ Russische Föderation

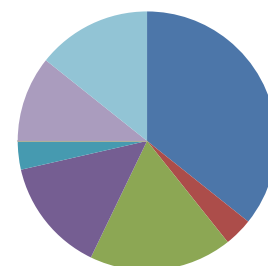
Merchingen (N=30, EW-Zahl=919)



■ Italien
■ Frankreich
■ Rumänien
■ Thailand

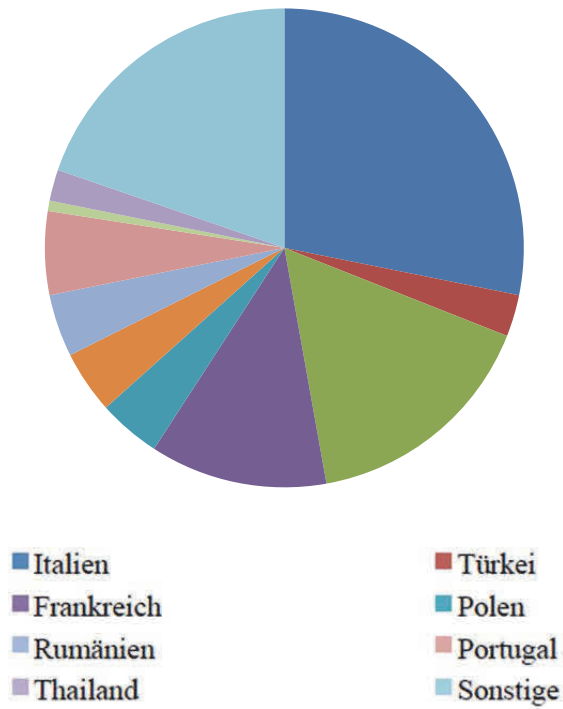
■ Türkei
■ Polen
■ Portugal
■ Sonstige

Merzig (N=1.006, EW-Zahl=10.972)



■ Luxemburg
■ Serbien und Montenegro
■ Russische Föderation

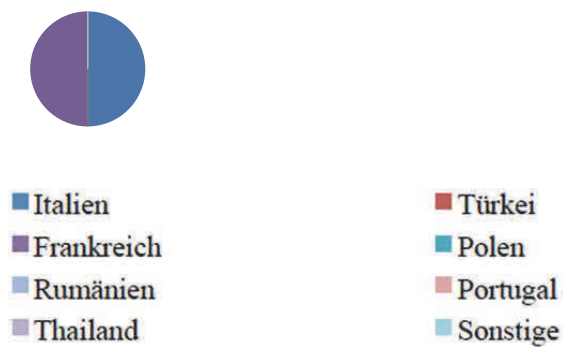
Mondorf (N=28, EW-Zahl=745)



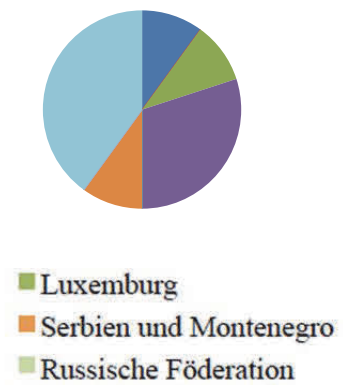
Schwemlingen (N=142, EW-Zahl=2.187)



Silwingen (N=8, EW-Zahl=379)



Weiler (N=6, EW-Zahl=341)

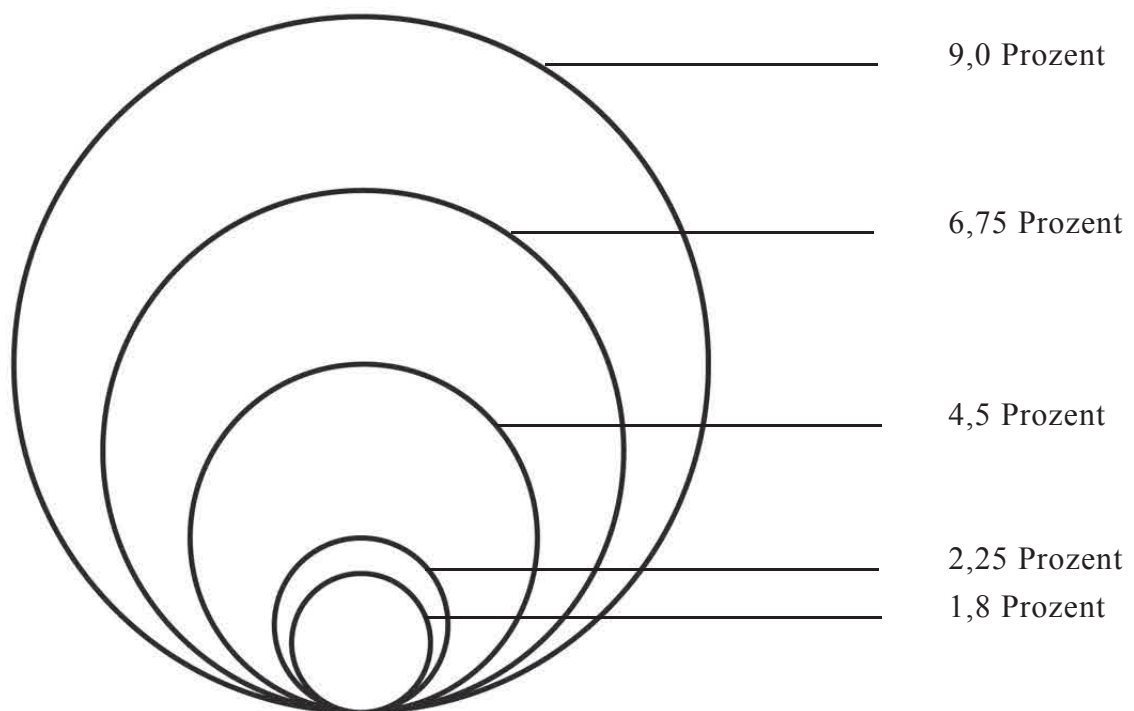


Wellingen (N=10, EW-Zahl=287)

Anmerkung:

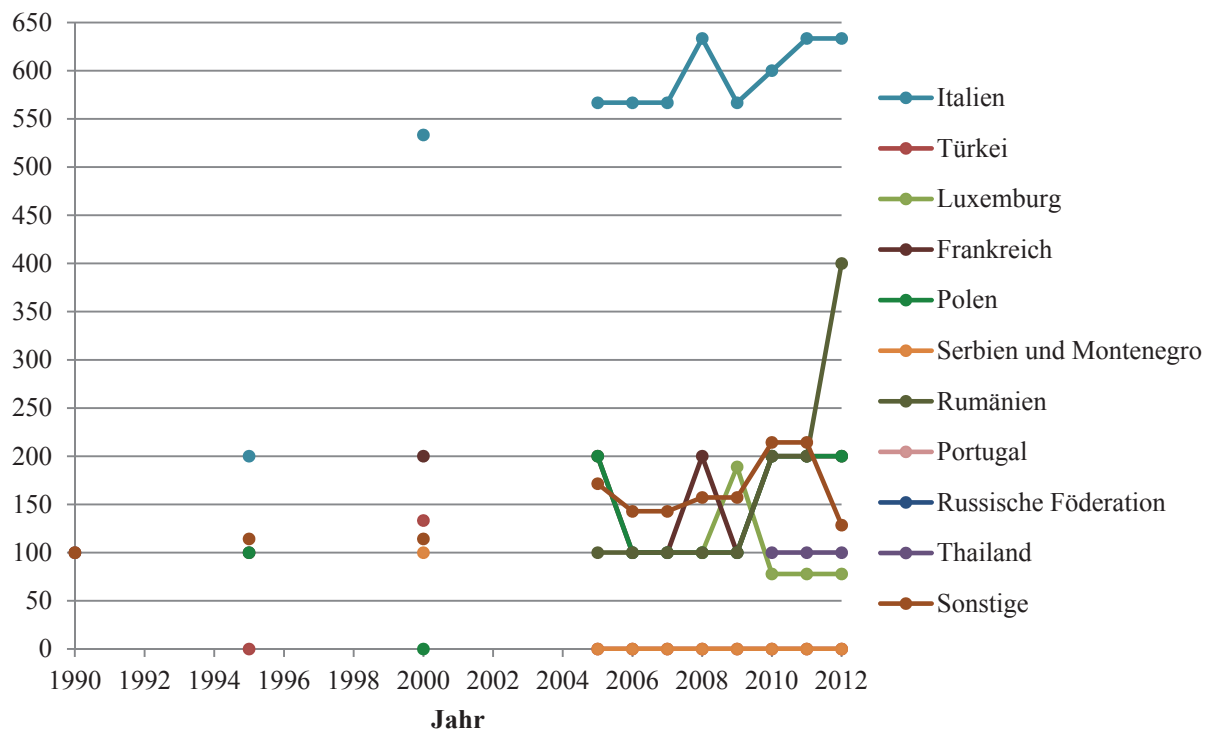
Einwohnerzahl (EW-Zahl): Stand 29.02.2012

Ausländeranteil in Prozent



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

Abbildung 46: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Fitten zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Für Frankreich und Polen gilt: 1995 = 100

Für Serbien und Montenegro gilt: 2000 = 100

Für Rumänien gilt: 2005 = 100

Für Luxemburg gilt 2008 = 100

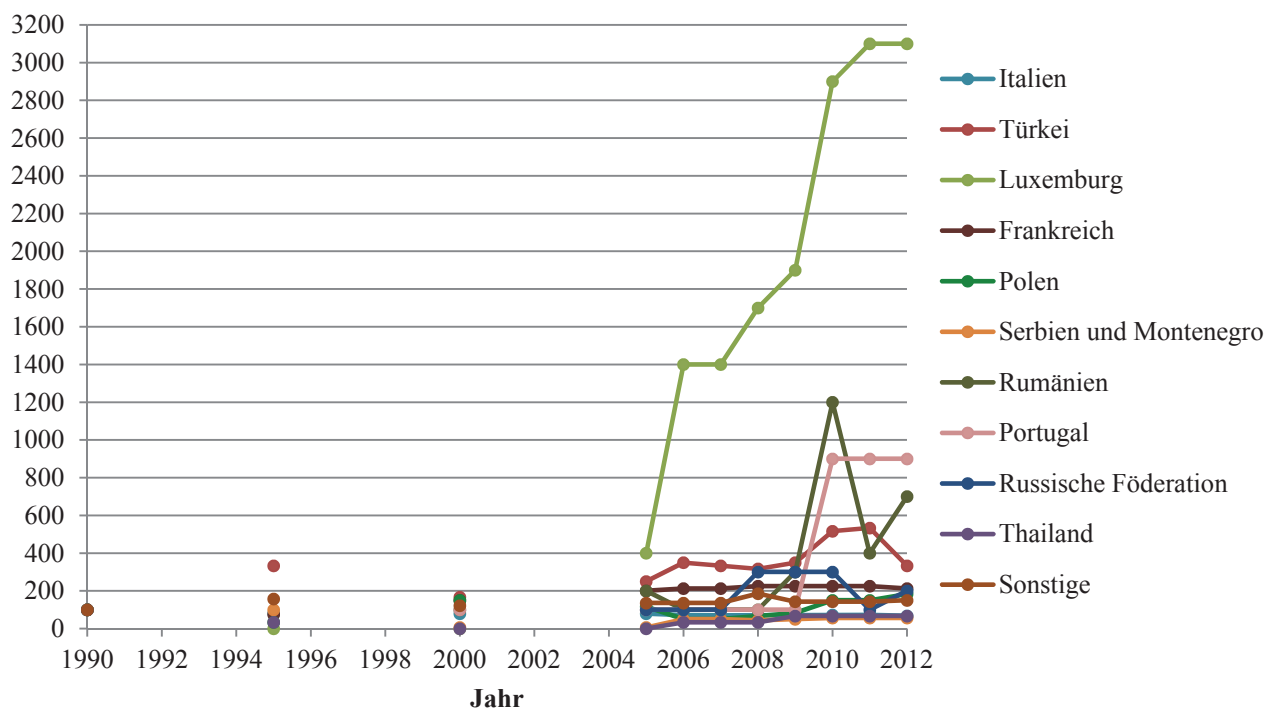
Für Thailand gilt: 2010 = 100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

Mit einer Wachstumsrate von 3.000 Prozentpunkten stieg die Zahl der Einwohner luxemburgischer Staatsangehörigkeit im Stadtteil Besseringen zwischen 1990 und 2011 von einer auf 31 Personen. Seit 2011 liegt die Zahl der luxemburgstämmigen Bewohner konstant bei 31 Personen. Sie bilden damit hinter den Einwohnern italienischer Staatsangehörigkeit die zweitgrößte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe in diesem Stadtteil. Darüber hinaus erhöhten sich in dem betrachteten Zeitraum die Einwohnerzahlen der Personen mit französischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, thailändischer oder türkischer Staatsangehörigkeit, wobei der Anstieg von einigen Schwankungen unterbrochen wurde. Während die türkischen, rumänischen und portugiesischen Bevölkerungsgruppen mit 233 (+14 Personen), 600 (+6 Personen seit 2000) und 800 Prozentpunkten (+8 Personen seit 2000) ebenfalls hohe Wachstumsraten aufwiesen, bewegten sich diese bei den französischen (+9 Personen), polnischen (+5 Personen) und russischen Bewohnern (+1 Person seit 2005) bei durchschnittlich 98 Prozentpunkten. Von rückläufigen Einwohnerzahlen war hingegen die Bevölkerung mit

italienischer, serbisch und montenegrinischer sowie thailändischer Staatsangehörigkeit betroffen (vgl. Abb. 47). Werden die dem Einwanderungsgeschehen zugrunde liegenden Motive betrachtet, so zeigt sich, dass ab 2005 die Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in Besseringen nicht mehr durch die Einreise und den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen, sondern durch den Zuzug aus individuellen Motiven bestimmt wird. Zwar wurde das Motiv der Erwerbstätigkeit durch den Beitritt Polens und Rumäniens auch in diesem Stadtteil in den 2000er-Jahren erneut bedeutsam, allerdings wurde es um ein Vielfaches durch das Motiv der Einreise und des Aufenthalts aus individuellen Gründen überlagert. Damit ist Besseringen derjenige unter den siebzehn Stadtteilen, in dem sich dieses Motiv am deutlichsten feststellen lässt (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Abbildung 47: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Besseringen zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Für Serbien und Montenegro gilt: 1995 = 100

Für Portugal und Rumänien gilt: 2000 = 100

Für Russische Föderation gilt: 2005 = 100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

Im Unterschied zu den Stadtteilen Fitten und Besseringen, die in den vergangenen Jahren vor allem durch eine Zuwanderungsform bestimmt wurden, weisen die unterschiedlichen Gruppen ausländischer Staatsangehörigkeit im Stadtteil Merzig auf meh-

rere zugrunde liegende Zuwanderungsformen hin. So spielten im Stadtteil Merzig die Einreise und der Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit, aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen sowie aus familiären und individuellen Gründen eine bedeutende Rolle (s. Abb. 48).

Bedingt durch die Beitritte Polens und Rumäniens zur Europäischen Union und den damit verbundenen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt konnten diese beiden Bevölkerungsgruppen ein Wachstum um 100 (+38 Personen) beziehungsweise 1.333 Prozentpunkte (+40 Personen) verzeichnen. Während im Jahr 1990 vermutlich aufgrund der Umbrüche in Osteuropa bereits 38 Bewohner polnischer Staatsangehörigkeit in Merzig lebten, sank deren Zahl in den folgenden fünf Jahren auf dreizehn Personen. Seit 2000 erhöhte sich die Anzahl kontinuierlich und erreichte im Jahr 2012 (30.06.2012) das bisherige Maximum von 76 Personen. Die Bevölkerung mit rumänischer Staatsangehörigkeit erhöhte sich vor allem zwischen 2007 und 2008 sowie 2011 und Juni 2012. Bis zum Jahr 2007 besaßen maximal acht Personen die rumänische Staatsangehörigkeit, wobei sich ihre Zahl in den folgenden Jahren auf 43 Personen vergrößerte. Darüber hinaus wuchsen in dem Zeitraum von 1990 bis 2012 (30.06.2012) die Bevölkerungsgruppen der Personen mit italienischer beziehungsweise türkischer Staatsangehörigkeit um 41,1 beziehungsweise 94,4 Prozentpunkte, was einem Zuwachs von 39 beziehungsweise 118 Personen entspricht. Mit insgesamt 134 beziehungsweise 243 Personen stellten sie damit die beiden größten Gruppen ausländischer Staatsangehörigkeit im Stadtteil Merzig dar. Leicht rückläufig war hingegen die Zahl der Einwohner portugiesischer Nationalität, die in dem betrachteten Zeitraum um 20,5 Prozentpunkte (-8 Personen) sank (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

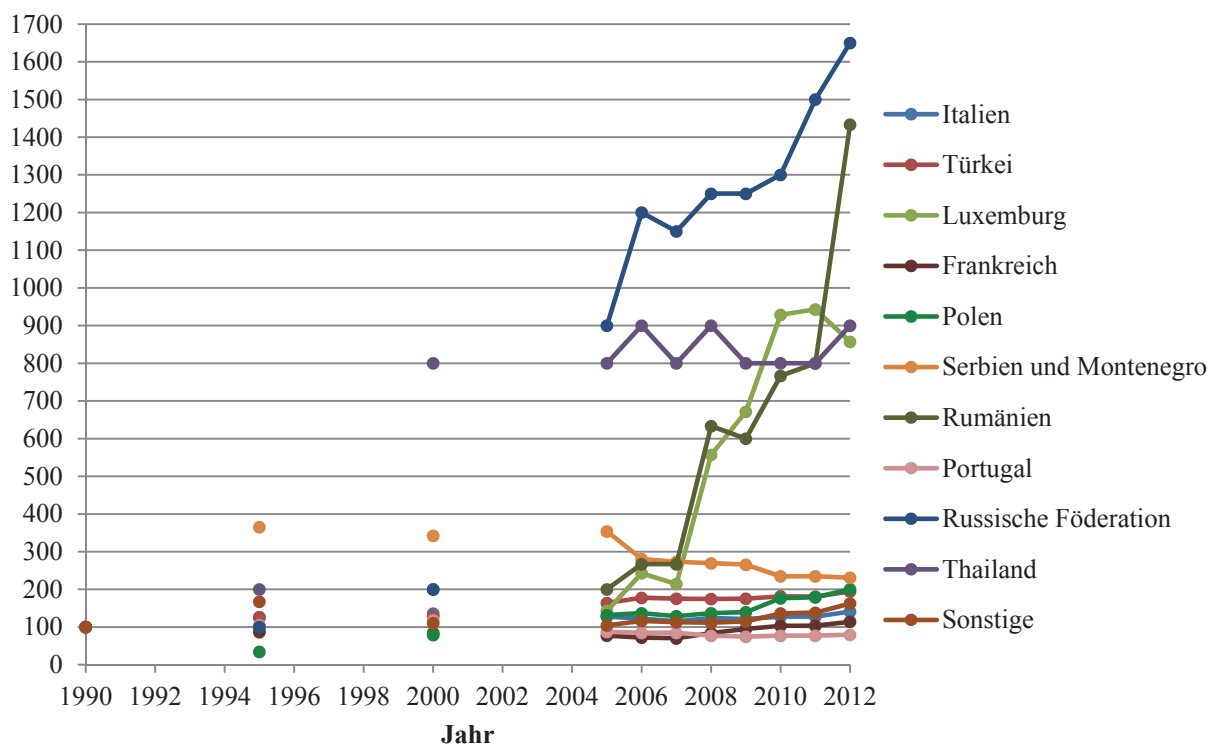
Neben der Einreise und dem Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit kommt auch der Einreise und dem Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen Bedeutung zu. Diese spiegelt sich unter anderem in der Bevölkerungsentwicklung der Personen mit serbisch und montenegrinischer sowie russischer Staatsangehörigkeit wider. Während sich die Bevölkerung mit serbisch und montenegrinischer Nationalität zwischen 1990 und 1995 nahezu vervierfacht hat und damit im Jahr 1995 mit 95 Personen den bisherigen Höchststand erreichte, stieg die Zahl der Einwohner russischer Staatsangehörigkeit erst ab dem Jahr 2000. Lebten bis zum Jahr 2000 vier Personen mit russischer Nationalität in Merzig, erhöhte sich die Zahl innerhalb von fünf Jahren auf achtzehn Personen. Seit diesem Zeitpunkt vergrößerte sie sich kontinuierlich auf insgesamt 33 Einwohner im Juni 2012 (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Als weitere Zuwanderungsform spielt im Stadtteil Merzig die klassische Familienzusammenführung eine Rolle, und darunter der Nachzug von Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit zu Ehemännern deutscher Nationalität. Vermutlich aus diesem Grund stieg die Zahl der Personen thailändischer Staatsangehörigkeit zwischen 1990

und 2000 von einer auf acht Personen und pendelte sich in den folgenden Jahren bei neun Einwohnern ein (Kreisstadt Merzig 2012c).

Deutliche Entwicklungsunterschiede bestehen bei der Einreise und dem Aufenthalt aus individuellen Gründen im Hinblick auf die Bewohner französischer und luxemburgischer Nationalität. So verzeichnete die Bevölkerung französischer Staatsangehörigkeit zwischen 1990 und Juni 2012 trotz einiger Schwankungen ein leichtes Wachstum um 14,0 Prozentpunkte, was einer Zunahme um acht auf 65 Personen entspricht. Von stärkeren Zuwächsen konnte hingegen die Bevölkerungsgruppe mit luxemburgischer Nationalität profitieren, deren Zahl ab dem Jahr 2005 kontinuierlich anstieg. Mit einer Zunahme von fünfzehn auf 66 Personen haben sich die Bewohner luxemburgischer Staatsangehörigkeit in Merzig innerhalb der Jahre von 2007 bis 2011 mehr als vervierfacht (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c).

Abbildung 48: Entwicklung der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalitäten in Merzig zwischen 1990 und 2012 (30.06.2012) (1990 = 100)



Anmerkung: Für die Zeiträume 1991-1994, 1996-1999, 2001-2004 liegen keine Daten vor

Für Rumänien und Russische Föderation gilt: 1995 = 100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Datengrundlage Kreisstadt Merzig 2012c

5.2.3 Migrationsfachdienste

Das Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005 sieht ein Grundberatungsangebot für neu zugewanderte Erwachsene vor. So entstanden beispielsweise in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden und Vereinen bundesweit Migrationsfachdienste, die mittlerweile ihr Beratungsangebot auch auf bereits länger in Deutschland lebende Personen mit

Migrationshintergrund ausgedehnt haben. Dies gilt auch für die Kreisstadt Merzig, wo neben dem Caritasverband Saar-Hochwald e.V., dem Internationalen Bund auch das Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH in diesem Bereich tätig ist (vgl. Kreisstadt Merzig 2012j).

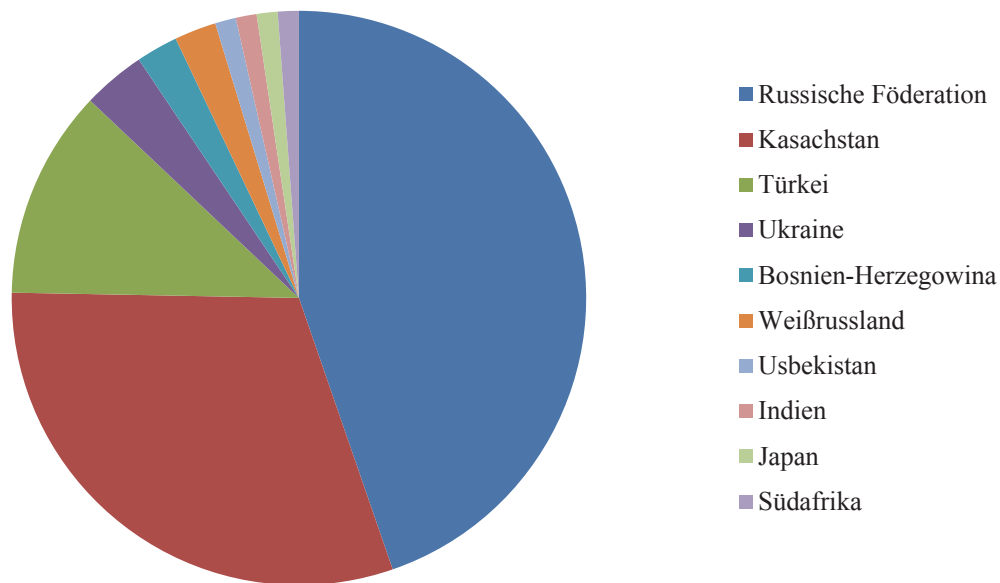
5.2.3.1 Caritasverband Saar-Hochwald e.V.

Der Dienst des Caritasverbands Saar-Hochwald e.V. umfasst unter anderem das Beratungsangebot „Berufliche Integration für Zuwanderer im Rahmen der Landesintegrationsbegleitung“. Ziel dieses Angebots ist die Verbesserung von Arbeitsmarktchancen sowie die berufliche Integration von über 25-jährigen arbeitslosen Personen mit Migrationshintergrund sowie einer über dreijährigen Aufenthaltsdauer in Deutschland. Dazu bestehen verschiedene Förder- und Beratungsangebote wie die Entwicklung von Berufswegeplänen, die Unterstützung bei Bewerbungen, die Kooperation mit Arbeitgebern und Ausbildungsbetrieben sowie die Information über das deutsche Schul-, Berufs-, Aus- und Weiterbildungssystem (vgl. Caritasverband Saar-Hochwald e.V. o.J.a; Internationaler Bund 2009: 181-182; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 21; Kreisstadt Merzig 2012j). In der Einzel- und Familienberatung geht es unter anderem sowohl um die Vermittlung in Sprachfördermaßnahmen und in Integrationskurse, die Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikationen sowie um praktische Maßnahmen wie die Begleitung zu Behörden oder Hilfestellung bei der Bearbeitung von Formularen. Daneben werden aber auch teilweise in Kooperation mit anderen Einrichtungen weitere Qualifizierungsmöglichkeiten angeboten wie Englisch- und Deutschkurse („Mama lernt Deutsch“) (s. Kap. 5.3.3) oder Veranstaltungen mit Schwerpunkt „Ausbildung und Beruf“ (vgl. Internationaler Bund 2009: 181-182; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 21; Kreisstadt Merzig 2012j).

Durch Öffentlichkeitsarbeit in Form von „Flyern, Broschüren, Plakaten und Presseinformationen“ (Internationaler Bund 2009: 182) sowie die Website des Caritasverbandes Saar-Hochwald e.V. sollen die jeweiligen Zielgruppen auf die entsprechenden Angebote aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus werden die Zielgruppen durch andere Einrichtungen der Caritas und lokale Kooperationspartner sowie durch Hinweise aus dem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis auf das Beratungsangebot aufmerksam (vgl. Internationaler Bund 2009: 182).

Insgesamt machten 2007 85 Personen, darunter 63 Frauen, von der Landesintegrationsberatung Gebrauch. Eine Differenzierung der Klienten hinsichtlich ihrer Herkunftsländer verdeutlicht, dass die Mehrheit aus der Russischen Föderation oder aus Kasachstan stammte (s. Abb. 49). Aber auch zehn Personen mit türkischem Migrationshintergrund sowie vereinzelt Personen unter anderem aus der Ukraine, Bosnien-Herzegowina und Usbekistan sowie Indien nutzten die Beratungsmöglichkeiten (vgl. Internationaler Bund 2009: 184-185).

Abbildung 49: Klienten der Landesintegrationsberatung des Caritasverbands Saar-Hochwald nach Herkunftsländern im Jahr 2007



Quelle: Internationaler Bund 2009: 184

Zusätzlich zu der Landesintegrationsbegleitung ist der Caritasverband Saar-Hochwald e.V. beispielsweise auch für das „Integrationslotsenprojekt“ verantwortlich. Aufgabe der von der saarländischen Regierung eingesetzten Integrationslotsen ist eine erste Kontaktaufnahme zu Neuzuwanderern sowie deren Unterstützung bei der sozialen und strukturellen Integration. Zu den Unterstützungsangeboten zählt die Begleitung bei der Wohnungssuche sowie wichtigen Behördengängen, aber auch die Beratung und Vermittlung zu Migrationsfachdiensten, Vereinen und Sprachkursträgern. Vor dem Hintergrund des Spektrums an Hilfsmaßnahmen arbeitet der Integrationslotse mit den Migrations-Erstberatern, dem Jugendmigrationsdienst sowie der Stelle für Landesintegrationsbegleitung zusammen. Darüber hinaus zählen zu den Angeboten des Caritasverbandes Saar-Hochwald e.V. unter anderem auch der Jugendmigrationsdienst (s. Kap. 5.2.3.3) sowie spezifische Beratungsangebote für Flüchtlinge und Asylbewerber (vgl. Caritasverband Saar-Hochwald e.V. o.J.b; Internationaler Bund 2009: 182-183; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 32; Kreisstadt Merzig 2012j).

Insgesamt wurden über den Zeitraum von 2005 bis 2007 im Rahmen der Beratungsangebote für Personen mit Migrationshintergrund des Caritasverbands Saar-Hochwald e.V. 2.109 Beratungsanlässe registriert.

5.2.3.2 Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH

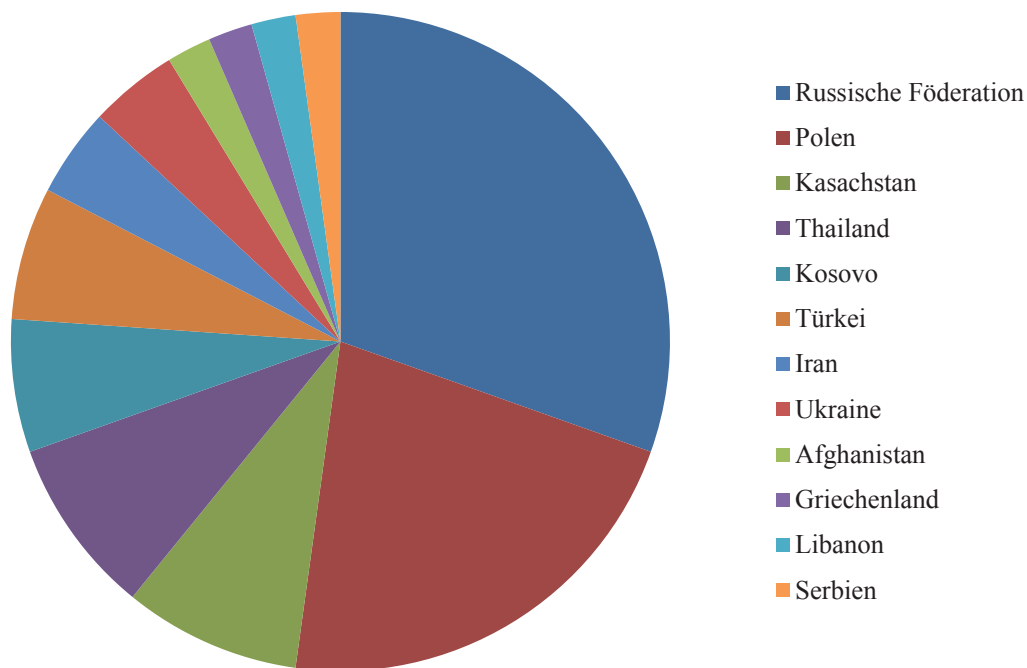
In Trägerschaft des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH kümmert sich die Migrationsberatung um erwachsene Zuwanderer, deren Integrationsprozess begleitet werden soll, um ihnen eine unabhängige Lebensgestaltung im Ankunftsland zu ermöglichen (vgl. Internationaler Bund 2009: 190; Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige

GmbH 2009a). Zu der Zielgruppe der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer zählen „Spätaussiedler und deren Familien; Ausländer über 27 Jahre, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten; Deutsche mit Migrationshintergrund; EU-Bürger mit besonderem Integrationsbedarf“ (Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 39).

Ähnlich wie der Caritasverband Saar-Hochwald e.V. bietet auch das Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH konkrete Hilfen bei behördlichen Angelegenheiten, dem beruflichen Werdegang sowie Unterstützung im Alltag. Ein besonderes Angebot des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH stellt die Organisation einer Kinderbetreuung während der Integrationskurse dar (vgl. Internationaler Bund 2009: 190; Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH 2009a; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 39; Kreisstadt Merzig 2012j). Darüber hinaus verfolgt der eingetragene Verein das Ziel, der „Sprachförderung sowie die Vermittlung sowohl eines Verständnisses der deutschen Kultur als auch das Vermögen, Verständnis und Interesse für die Kulturen der Klienten aufzubringen.“ (Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH 2009a)

Zwischen April 2007 und April 2008 besuchten insgesamt 46 Klienten die Migrationsberatung, darunter 38 Frauen, was einer Quote von 82,6 Prozent entspricht. Entsprechend der Klientenstruktur des Caritasverbandes Saar-Hochwald e.V. wurden auch die Angebote des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH überwiegend von (Spät-)Aussiedlern in Anspruch genommen (s. Abb. 50). Weitere Klienten kamen unter anderem aus Thailand, dem Kosovo, der Türkei, dem Iran oder der Ukraine (vgl. Internationaler Bund 2009: 191-192).

Abbildung 50: Klienten der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH nach Herkunftsländern zwischen April 2007 und April 2008



Quelle: Internationaler Bund 2009: 191

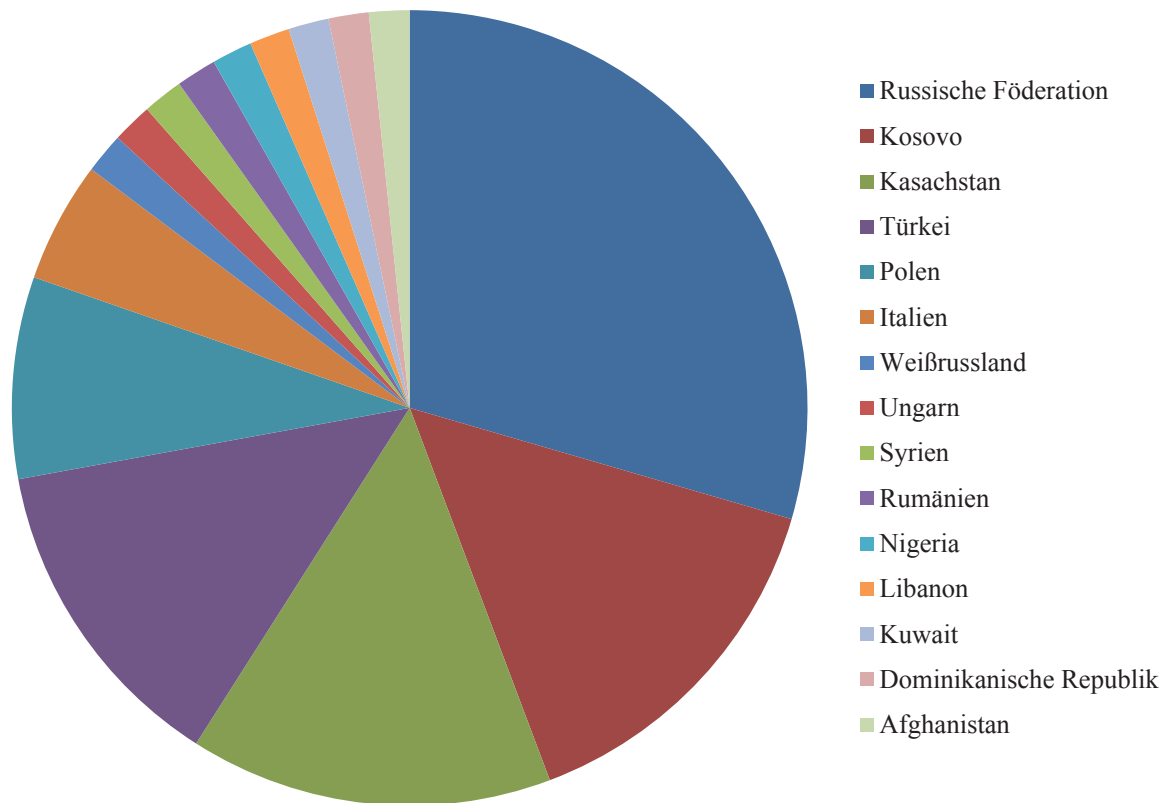
5.2.3.3 Internationaler Bund

Zusätzlich zum Jugendmigrationsdienst des Caritasverbandes Saar-Hochwald e.V. bietet auch der Internationale Bund mit seinem Jugendmigrationsdienst spezielle Unterstützung für Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren mit Migrationshintergrund an. Individuelle Beratungs- und Förderangebote sollen Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei ihrer kulturellen, sozialen und strukturellen Integration helfen. Neben der Unterstützung bei Amtsangelegenheiten und der Anerkennung im Ausland erworbener schulischer und beruflicher Qualifikationen geht es um die Planung der Schullaufbahn oder des beruflichen Werdeganges, wodurch die Integrationschancen der Jugendlichen gefördert werden sollen. Ergänzend zu diesen Einzelangeboten werden auch Gruppenangebote vorgehalten wie zum Beispiel Sprach- und Kommunikationskurse, Bewerbertrainings sowie Schulungen zum Umgang mit den Neuen Medien (vgl. Internationaler Bund 2009: 186-187; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 34; Kreisstadt Merzig 2012j).

Innerhalb eines Jahres ist die Anzahl der Klienten um 20 Personen auf insgesamt 62 im Jahr 2008 angestiegen. Das Beratungsangebot wurde 2008 von achtzehn Klienten aus der Russischen Föderation, neun aus Kasachstan sowie fünf aus Polen genutzt (s. Abb. 51). Waren es im Jahr 2007 noch zwei Klienten aus dem Kosovo, wurde der Jugendmigrationsdienst 2008 von neun Jugendlichen aus diesem Herkunftsland in Anspruch genommen. Darüber hinaus nahmen aber auch Jugendliche aus weiteren Län-

dern Europas, Asiens und Afrikas sowie der Dominikanischen Republik die Angebote des Jugendmigrationsdienstes wahr (vgl. Internationaler Bund 2009: 188-189).

Abbildung 51: Klienten des Jugendmigrationsdienstes des Internationalen Bundes nach Herkunftsländern im Jahr 2008



Quelle: Internationaler Bund 2009: 188

Bei den drei genannten Migrationsdiensten bezogen sich die Beratungsanlässe im Wesentlichen auf die Themenbereiche „Arbeit und Arbeitssuche“, „Aufenthaltsrecht“, „finanzielle Absicherung“, „medizinische und psychosoziale Anliegen“, „Schule und Ausbildung“, „Umgang mit Behörden“ sowie „Wohnen“. Darüber hinaus vermitteln der Caritasverband Saar-Hochwald e.V. sowie das Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH auch Klienten zu anderen Diensten, und sie beraten wie der Jugendmigrationsdienst in Erziehungs- und Familienangelegenheiten (vgl. Internationaler Bund 2009: 185-186, 189, 192).

Gelegenheit zur Koordination der Arbeit mit Personen mit Migrationshintergrund sowie zu einem regelmäßigen Informationsaustausch bietet der vom Caritasverband Saar-Hochwald e.V. mehrmals jährlich veranstaltete „Runde Tisch“, an dem neben den Migrationsfachdiensten auch die Agentur für Arbeit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie Vertreter verschiedener Bildungseinrichtungen, des saarländischen Ministeriums für Bildung und Kultur, der Kreisagentur für Arbeit und Soziales sowie der Kreisstadt Merzig und des Vereins „Miteinander Leben e.V.“ zusammenkommen (s. Kap. 5.3.5) (vgl. Internationaler Bund 2009: 193).

5.3 Integration in der Kreisstadt Merzig

5.3.1 Ort der Vielfalt

Im Oktober 2010 wurde der Kreisstadt Merzig vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend die Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ verliehen. Damit würdigte das Bundesministerium die in der Kreisstadt Merzig vorhandene Vielfalt an „Schichten, Lebensstilen, Milieus und Kulturen“ (Lauer 2012: 5). Augenfällig wird diese Vielfältigkeit in den über 70 in der Kreisstadt vertretenen Nationalitäten, die das kulturelle und religiöse Leben der Stadt mitgestalten. Wichtig war bei der Vergabe darüber hinaus das Vorhandensein von „gemeinsam geteilten Institutionen, Räumen und Werten“ (Lauer 2012: 5), die ein respektvolles Miteinander ermöglichen. Dazu trugen mit ihrem Engagement für Demokratie und Vielfältigkeit vor allem aber auch Privatpersonen und Vereine sowie die verschiedensten Einrichtungen bei, weshalb sie die eigentlichen Preisträger sind (vgl. Saarbrücker Zeitung 2010). Mit der Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ ist die Verpflichtung verbunden, „demokratische Werte und soziales Engagement zu fördern sowie demokratische Kräfte gegen rechts- und links-extremistische Bestrebungen zu vernetzen.“ (Saarbrücker Zeitung 2010)

Trotz dieser Bemühungen kam es laut eines Mitarbeiters des Ordnungsamtes der Kreisstadt Merzig in der Vergangenheit vereinzelt zu Vorfällen, die vermutlich einen politischen Hintergrund hatten. So wurden nationalsozialistische Symbole aufgesprüht und sogenannte „Stolpersteine“³⁵ verschmutzt. Es handelt sich dabei um eine geringe Anzahl von Delikten, deren Zahl in der jüngsten Vergangenheit nicht zugenommen hat (vgl. Friedrich 2015; Gisch 2015a).

Mit dem Ziel der Verständigung der Kulturen wurde Anfang 2015 auf Initiative der Kreisstadt erstmalig ein runder Tisch mit Vertretern der Kirchen- und Religionsgemeinschaften, des Jugendhauses, des Landkreises, der Migrantenselbstorganisationen, der Politik, der Polizei, Schulen, der Stadt, der integrationsarbeit leistenden Träger sowie dem Zuwanderungs- und Migrationsbeirat einberufen. Zukünftig soll das Gremium, das auch interessierten Bürgern offen steht, ein- bis zweimal im Jahr tagen (vgl. Wagner 2015).

5.3.2 Integrationskonzept

Aufgrund des multikulturellen Charakters der Kreisstadt Merzig wurde ein Integrationskonzept erarbeitet. Die Grundlage dafür bildete als Bestandsaufnahme hinsichtlich der Integration innerhalb der Kreisstadt Merzig die vom Internationalen Bund erstellte Sozialraumanalyse. Nach einem entsprechenden Stadtratsbeschluss wurde das Konzept am 12. Dezember 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt.

³⁵ Gunter Demnig initiierte im Jahr 1992 das Kunstprojekt „Stolpersteine“. In den Boden eingelassene Gedanktafeln sollen „die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig“ (Demnig o.J.) erhalten.

Im Rahmen der Einführung des Integrationskonzeptes wurde in der Kreisstadt Merzig die Stelle eines kommunalen Integrationsbeauftragten geschaffen (vgl. Kreisstadt Merzig 2012k: 19). Zu seinen Aufgaben gehört neben der Entwicklung und Ausarbeitung integrationsspezifischer Projekte, deren Koordination sowie die Kooperation mit allen lokalen Institutionen, die mit Migration und Integration befasst sind. Weiterhin ist er Ansprechpartner für Verwaltung sowie Bürger mit und ohne Migrationshintergrund. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll er die Bevölkerung informieren und für Integrationsbelange sensibilisieren (vgl. Kreisstadt Merzig 2012k: 19; Nuissl & Schmiz 2013: 186; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 36).

In ihrem Integrationskonzept definiert die Kreisstadt Merzig Integration „als ein[en] Prozess, der dazu führen soll, dass sich Zugewanderte und Einheimische bezüglich ihrer beruflichen Möglichkeiten, ihrer Bildung und ihrer Wohnsituation nicht mehr unterscheiden. Ein Prozess, in dem der soziale und kulturelle Austausch zwischen allen Bevölkerungsgruppen gefördert wird und der die gesellschaftliche und politische Partizipation aller ermöglicht. Grundsätzlich hat Integration die bestmögliche Einbindung aller Gesellschaftsmitglieder zum Ziel.“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 9) Basierend auf dieser Definition wurden die Ziele des Integrationskonzeptes in Form von fünf Leitsätzen entwickelt:

1. „Die kommunale Integrationspolitik der Stadt Merzig ist geleitet von einer Kultur der positiven Einstellung“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 10)
2. „Für die Stadt Merzig ist Integration ein Prozess im Dialog mit allen Beteiligten“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 10)
3. „Die Stadt Merzig bemüht sich um die Förderung von Chancengleichheit“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 11)
4. „Die Stadt Merzig weiß um die Bereicherung des Gemeinwesens durch die Integration von Neubürgerinnen und Neubürgern“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 11)
5. „Die Stadt Merzig fördert die Entwicklung kultureller und sozialer Kompetenzen“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 11).

Anhand dieser Integrationsdefinition sowie der Leitsätze wird deutlich, dass die Kreisstadt Integration als permanente Interaktion zwischen Allochthonen und Autochthonen begreift. Darüber hinaus ist sich die Kreisstadt Merzig der Potenziale einer multikulturellen Gesellschaft bewusst, sieht Zuwanderung somit nicht als Problem, sondern als Chance.

Das Integrationskonzept identifiziert für die Kreisstadt Merzig neun Handlungsfelder, die mit Hilfe teilweiser konkreter Maßnahmen bearbeitet werden sollen. Die Handlungsfelder umfassen die Bereiche

- „Erziehung, Bildung und Ausbildung,
- Freizeit, Kultur, Sport und Begegnung,
- Arbeit, Beruf und Wirtschaftsförderung,

- Partizipation und Kommunikation,
- Wohnen,
- Familie,
- Gesundheit,
- Alter sowie
- Stadtverwaltung“ (Kreisstadt Merzig 2012k: 12).

Einzelne der im Rahmen des Integrationskonzepts erarbeiteten Handlungsempfehlungen lassen sich empirisch auch aus der durchgeführten schriftlichen Befragung ableiten, was die Bedeutung gezielter Maßnahmen vor allem in diesen Bereichen unterstreicht³⁶. Jedoch sind nicht alle im Integrationskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen so konkret, dass sie direkt umgesetzt werden können. Daher sollten sie zukünftig stärker operationalisiert werden. Ebenso sind mit Blick auf die Prozesshaftigkeit der Integration eine regelmäßige Überarbeitung des Konzepts und Evaluierungen der durchgeführten Integrationsmaßnahmen notwendig. Erst eine regelmäßige Überprüfung des Bedarfs, der Passung sowie der Nützlichkeit einzelner Maßnahmen ermöglicht den effektiven und zielorientierten Einsatz des Konzepts.

5.3.3 Funktionale Integration

Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche³⁷

Neben allgemeinen Sprachfördermaßnahmen für Deutsch wie beispielsweise dem Würzburger Trainingsprogramm „Hören, Lauschen, Lernen“ oder dem Sprachförderprogramm „Wuppi im Abenteuerland“ wurde im Jahr 2014 in keiner Merziger Kindertageseinrichtung spezielle Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014).

Allerdings nahmen in der Vergangenheit unterschiedliche Einrichtungen an diversen Projekten teil. Das sogenannte „Rucksack-Projekt“ will einerseits die Mehrsprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund fördern, andererseits jedoch auch die Erziehungskompetenz der Mütter stärken. Dazu werden neben der Förderung der jeweiligen Muttersprache und der Zweitsprache Deutsch auch Themen aus dem Alltag reflektiert, wobei diese Reflektion sowohl zu Hause mit den Müttern in der Erstsprache als auch etwas zeitversetzt in der Kindertageseinrichtung in der Zweitsprache durchgeführt wird. Als Vorbereitung bearbeiten die Mütter mit einer Elternbegleiterin (eine zwei-

³⁶ Im Rahmen des von Nienaber und Roos im Jahr 2012 durchgeführten Forschungsprojekts zum Thema „Migration und Integration in der Kreisstadt Merzig“ wurden auf Basis der vorliegenden schriftlichen standardisierten Befragung Handlungsempfehlungen für die Kreisstadt Merzig formuliert. Diese sind in dem entsprechenden Abschlussbericht (Nienaber & Roos 2012d) zu finden.

³⁷ Ein Teil der in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen wurden im Rahmen einer Kurzerhebung unter den Kindertageseinrichtungen und Schulen in der Kreisstadt Merzig ermittelt, die von der Verfasserin im Jahr 2014 durchgeführt wurde. Da sich allerdings nicht alle Einrichtungen an der Erhebung beteiligten, beziehen sich die Aussagen aus dem Jahr 2014 daher lediglich auf einen Teil der Institutionen.

sprachige Mutter [Deutsch und Erstsprache]) das Rucksackmaterial in ihrer Muttersprache auf, um es dann zu Hause gemeinsam mit ihren Kindern umzusetzen (vgl. Internationaler Bund 2009: 72-73; Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien o.J.: 1-2).

Des Weiteren boten im Jahr 2012 mehrere Kindertageseinrichtungen das Projekt „Signal - Sprachförderung und soziale Integration für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund in Kita und Grundschule“ an (vgl. Kreisstadt Merzig 2012j). Mit diesem Kooperationsprojekt zwischen dem saarländischen Ministerium für Bildung und Kultur und dem Deutschen Roten Kreuz-Landesverband Saarland sollen ebenfalls die Sprachkompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund in der Zweitsprache gefördert, Elternarbeit initiiert und Interkulturalität sowie soziale Integration vorangebracht werden. Ebenso beinhaltet das Projekt aber auch Qualifizierungsangebote für Erzieher und Lehrer (vgl. Minister für Bildung und Kultur o.J.b).

Darüber hinaus wurde in einzelnen Kindertageseinrichtungen in Kooperation mit den örtlichen Grundschulen das freiwillige Sprachprogramm „Früh Deutsch lernen“ durchgeführt. Ein halbes Jahr vor Schuleintritt erhalten Kinder mit Migrationshintergrund, die über unzureichende oder keine Deutschkenntnisse verfügen, die Möglichkeit, ihre Sprachkompetenzen bis zum Schuleintritt zu verbessern (vgl. Internationaler Bund 2009: 72; Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft 2004: 4-5).

Eine qualifizierte Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund setzt aber geschulte Mitarbeiter in den verschiedenen Einrichtungen voraus. 2008 waren in drei von 19 Kindertageseinrichtungen Mitarbeiter mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ beschäftigt (vgl. Internationaler Bund 2009: 73). Bei der Kurzerhebung aus dem Jahr 2014, an der sich 15 der 20 Einrichtungen beteiligten, gab nur eine Einrichtung an, über entsprechend geschultes Personal zu verfügen (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014). Über interkulturelle Kompetenzen verfügten im Jahr 2008 Mitarbeiter in neun Einrichtungen, darunter waren auch Einrichtungen, in denen alle Mitarbeiter über eine interkulturelle Weiterbildung verfügten (2014: sechs Einrichtungen) (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 74).

2008 verfügte die Kreisstadt Merzig mit den Kindertageseinrichtungen in Fitten und Merchingen über zwei zweisprachige Kindertageseinrichtungen (Deutsch-Französisch). In weiteren sechs Einrichtungen wurde Französisch von französischen Muttersprachlern angeboten. Wegen der Grenznähe zu Frankreich und Luxemburg gab es auch verschiedene Kooperationen zwischen einzelnen Kindertageseinrichtungen und französischen Grundschulen (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 72).

Im Jahr 2008 und 2014 wurden von allen Grundschulen Sprachfördermaßnahmen für Deutsch angeboten. So beteiligten sich die Grundschulen entweder am Sprachprogramm „Früh Deutsch lernen“ oder boten Kurse für „Deutsch als Zweitsprache“ sowie wöchentliche Förderstunden an (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationa-

ler Bund 2009: 81-82). Innerhalb der einzelnen Schulen bestanden aber deutliche Unterschiede im Hinblick auf die wöchentliche Stundenzahl der Sprachfördermaßnahmen. Diese schwankte im Jahr 2008 zwischen einer bis zu 14 Stunden pro Woche. Des Weiteren fand 2008 in einer Grundschule auch muttersprachlicher Unterricht in Italienisch und Türkisch statt, der durch die jeweiligen Konsulate organisiert wurde. Es wurde ebenfalls angeregt, in dieser Grundschule eine Russisch-AG anzubieten. Ähnlich wie bei den Mitarbeitern in den Kindertageseinrichtungen konnte sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2014 nur ein kleiner Teil der Lehrkräfte sprachliche beziehungsweise interkulturelle Weiterbildungen nachweisen (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 82).

In den weiterführenden Schulen ist das Angebot der Sprachfördermaßnahmen von der jeweiligen Schulform abhängig. Während in den Gymnasien 2008 keine Sprachfördermaßnahmen durchgeführt wurden, bot in der Gemeinschaftsschule der Paritätische Wohlfahrtsverband Fördermaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund an. Diese Fördermaßnahmen wurden über zwei Stunden, für Neuzuwanderer über vier Stunden während der Unterrichtszeit durchgeführt. Darüber hinaus nahmen in den Schuljahren 2006/2007 und 2007/2008 26 Schüler der 5. und 6. Klasse am Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ der Mercator Stiftung teil. Diese Maßnahme sollte im Umfang von zweimal zwei Unterrichtsstunden pro Woche die Bildungschancen von Schülern mit Migrationshintergrund verbessern. Ebenso organisierte das türkische Konsulat an der Gemeinschaftsschule einen von Muttersprachlern durchgeführter Türkischunterricht (vgl. Internationaler Bund 2009: 90-91). Während 2008 noch kein Lehrer an weiterführenden Schulen der Kreisstadt Merzig über Qualifikationen im Bereich interkultureller Kompetenzen verfügte, konnten im Jahr 2014 zwei Mitarbeiter eine Qualifizierung im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ nachweisen (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 92).

Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren können darüber hinaus die vom Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bundes angebotenen Sprach- und Kommunikationstrainings nutzen. Der praxisbezogene Deutschförderunterricht findet zweimal pro Woche statt (vgl. Internationaler Bund 2009: 104; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 34).

Neben den Sprachförderangeboten für Deutsch sowie muttersprachlichem Unterricht in Italienisch und Türkisch, der in einzelnen Schulen durchgeführt wird, bietet beispielsweise der Verein „Miteinander Leben e.V.“ (s. Kap. 5.3.5) Russischkurse für Kinder an. Das Angebot richtet sich an Kinder zwischen drei und zwölf Jahren mit russischem und ohne russischen Migrationshintergrund. Die etwa zweistündigen Kurse finden je nach Altersgruppe mittwochs oder samstags statt und wurden im Jahr 2014 von 25 Kindern besucht (vgl. Stauber 2014).

Sprachförderangebote für Erwachsene

Integrationskurse für Erwachsene mit Migrationshintergrund werden in der Regel von privaten und öffentlichen Trägern durchgeführt und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert und finanziert (vgl. Internationaler Bund 2009: 99-100). Die Kurse setzen sich aus einem Sprach- und Orientierungskurs zusammen und haben einen Umfang von 660 beziehungsweise je nach Ausrichtung des Integrationskurses („Integrationskurs mit Alphabetisierung“, „Integrationskurs für Frauen“, „Integrationskurs für Eltern“, „Integrationskurs für junge Erwachsene“, „Förderkurs“, „Intensivkurs“) bis zu 960 Stunden. Diese Kurse können in Teil- oder Vollzeit besucht werden, wobei der Teilzeitbesuch eher die Ausnahme bildet. 600 Stunden und in den Spezialkursen bis zu 900 Stunden entfallen dabei auf den Sprachkurs, der praktisch orientiert ist und Themen wie Einkaufen, das Ausfüllen von Formularen oder das Führen von Telefongesprächen beinhaltet. Je nach Teilnehmergruppe und Kursart variieren die Themen. So geht es in dem „Integrationskurs für junge Erwachsene“ um jugendbezogene Themen wie beispielsweise das Schreiben von Bewerbungen, während es bei Kursen für Eltern unter anderem um das Kennenlernen des deutschen Bildungssystems geht. An den Sprachkurs schließt sich mit einem Umfang von 60 Stunden der Orientierungskurs an, in dem Grundwerte sowie Kenntnisse über die Geschichte, Kultur und die Rechtsordnung Deutschlands vermittelt werden (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013c). Hinsichtlich der Teilnahme und der Kosten der Integrationskurse unterscheidet das Aufenthaltsgesetz nach verschiedenen Personengruppen. So haben nur Spätaussiedler, die ab dem 01. Januar 2005 nach Deutschland kamen, einen gesetzlichen Anspruch auf die kostenlose Teilnahme. Weiterhin können laut Gesetz Personen mit Aufenthaltstiteln nach 2005 einen Integrationskurs besuchen, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Bei freien Plätzen beziehungsweise einer behördlichen Verpflichtung zur Teilnahme können auch Personen mit einem Aufenthaltstitel vor 2005 die verschiedenen Kurse in Anspruch nehmen. Auch (Spät-)Aussiedler, die vor dem 01. Januar 2005 in Deutschland aufgenommen wurden und noch keinen SGB III-Kurs bei der Bundesagentur für Arbeit besucht haben, sind zu einer kostenlosen Teilnahme an einem Integrationskurs berechtigt. Kein gesetzlicher Anspruch besteht hingegen grundsätzlich für Personen deutscher Staatsangehörigkeit sowie Bürger der Europäischen Union, außer sie werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgrund besonderer Voraussetzungen und freier Kapazitäten zugelassen (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge o.J.).

Nach der Einführung der Integrationskurse im Jahr 2005 wurden die Kurse zunächst sowohl von der Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. (bis einschließlich 2008 in Kooperation mit der Christlichen Erwachsenenbildung) als auch der „GeBIT Ausbildung und Schulung GmbH“ angeboten (vgl. Internationaler Bund 2009: 100). Während im Einführungsjahr insgesamt acht Kurse mit 193 Teilnehmern stattfanden, reduzierte sich die Zahl in den beiden Folgejahren auf jeweils fünf Kurse mit insgesamt rund 120 Teilnehmern. 2007 kamen die meisten Teilnehmer an dem von dem Bil-

dungsträger „GeBIT Ausbildung und Schulung GmbH“ durchgeführten Integrationskurs aus der Türkei und Russland. Des Weiteren stammten vereinzelte Teilnehmer aus China, Polen, Thailand, Afghanistan, dem Kosovo, Spanien, Tunesien, Frankreich und Sri Lanka. Die Erfolgsquote der Teilnehmer des Bildungsträgers „GeBIT Ausbildung und Schulung GmbH“ im Rahmen der Sprachprüfung auf B1-Niveau lag im Jahr 2007 bei etwa 96 Prozent. Neben den Integrationskursen wurden in der Kreisstadt Merzig erstmalig im Jahr 2007 zwei Alphabetisierungskurse mit einem Unterrichtsumfang von je 945 Stunden angeboten (vgl. Internationaler Bund 2009: 100-103).

In den Jahren 2012 und 2013 ging die Zahl der Teilnehmer an den Integrationskursen deutlich zurück. So nahmen in den ausschließlich von der Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. durchgeführten Kursen 2012 noch 61 Personen, 2013 nur noch 32 Personen teil. Im Mai 2014 lagen für 77 der insgesamt 93 Teilnehmer aus den beiden Jahrgängen Prüfungsergebnisse vor (vgl. Glesius 2014). Demnach erreichten 20 Personen (26,0 Prozent) das A2- und 50 Personen (64,9 Prozent) das B1-Zertifikat, was einer Gesamterfolgsquote von 90,9 Prozent entspricht (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Glesius 2014). Damit lag die Erfolgsquote der Teilnehmer in der Kreisstadt Merzig, die das Sprachniveau B1 erreichten, rund acht Prozentpunkte über der bundesweiten Quote (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012). Dieses Ergebnis kann unter anderem auf ein starkes Engagement sowohl bei den Teilnehmern als auch bei den Unterrichtenden sowie auf vermutlich kleinere Gruppengrößen in ländlichen im Vergleich zu städtischen Räumen und einer damit einhergehenden individuelleren Betreuung zurückgeführt werden. Mit 57,9 Prozent war im Jahr 2012 die Erfolgsquote beim berufsbezogenen Sprachkurs, den neun Teilnehmer mit B1- und zwei Teilnehmer mit B2-Zertifikat sowie bestandenem beruflichen Teil abschlossen, etwas geringer (Eigene Berechnung auf der Datengrundlage Glesius 2014).

Neben den Integrationskursen organisiert die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. zusätzlich Kurse zur Einbürgerungsvorbereitung. Dieses Angebot reicht von Vorbereitungskursen zur Einbürgerung (B1-Zertifikat) über die Anmeldung zum Einbürgerungstest bis hin zur eigentlichen Durchführung. Des Weiteren finden Kurse für Deutsch als Fremdsprache mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden statt, die sowohl Anfänger als auch Fortgeschrittene ansprechen (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 45).

Der Sprachkurs „Mama lernt Deutsch“ richtet sich speziell an Mütter, aber auch Väter mit Migrationshintergrund und wird von der Katholischen Familienbildungsstätte „Haus der Familie“ Merzig e.V. in Kooperation mit dem Caritasverband Saar-Hochwald e.V. angeboten. Ziel des vom saarländischen Ministerium für Bildung und Kultur geförderten Projektes ist es in erster Linie, Müttern mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen durch die Sprachförderung die gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern. Andererseits sollen sie aber auch ermutigt werden, weitergehende Sprachkurse zu besuchen. Neben dem Spracherwerb geht es in den 60 Stunden umfassenden Kursen auch um die Vermittlung sozialer, interkultureller und berufsori-

entierter Kenntnisse (vgl. Katholische Bildungsstätte „Haus der Familie“ Merzig e.V. o.J.; Internationaler Bund 2009: 103-104; Minister für Bildung und Kultur o.J.c).

Bereits im Jahr 2009 bot der Verein „Miteinander Leben e.V.“ an einem Abend in der Woche einen Deutschsprachkurs für Mütter und Väter an, der ehrenamtlich von einer früheren Grundschullehrerin geleitet wurde. Jedoch kam diese Kooperation, die im Rahmen der Wissensbörse durchgeführt wurde, zum Erliegen (s. Kap. 5.3.5). Um aber weiterhin das Angebot von Sprachkursen aufrechtzuerhalten, wurde in Kooperation mit der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. ein Antrag auf kostenlose Sprachkurse für Mütter („Mama lernt Deutsch“) und Senioren gestellt. Anfang 2014 wurde der Antrag genehmigt, sodass in naher Zukunft neue Sprachkurse anlaufen können. Diese werden von der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. durchgeführt (vgl. Internationaler Bund 2009: 105; Stauber 2014).

Möglichkeiten zum autodidaktischen und computergestützten Erlernen der deutschen Sprache bietet das „Selbstlernzentrum Merzig“ für Anfänger und Fortgeschrittene. Das 2008 im Rahmen des Projekts „Lernende Regionen“ entstandene Zentrum ist ein Angebot der „Lernwelt Merzig“ (Zusammenschluss der Stadtbibliothek Merzig, des „CEB-Internetcafés“ sowie des „Selbstlernzentrums Merzig“) (vgl. Internationaler Bund 2009: 104).

Neben den Sprachangeboten für Deutsch bietet unter anderem die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. ein breites Fremdsprachenspektrum an. Dieses reicht von Französisch- über Arabisch- und Spanisch- bis hin zu Japanisch-Kursen (vgl. Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. o.J.).

5.3.4 Strukturelle Integration

Bildungssystem³⁸

Mit Angeboten zu bilingualer Erziehung oder Sprachförderung fand das Thema „Integration“ in fünf Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig 2008 Eingang in die Elternarbeit. Jedoch schien von Seiten der Eltern das Interesse an solchen Themen nur gering zu sein. So wurden jährliche Entwicklungsgespräche, die unter anderem den Fokus auf die Sprache und Sprachentwicklung des Kindes legen, oft nicht besucht. Darüber hinaus wählten die Eltern einer Kindertageseinrichtung bei freier Themenauswahl keine Integrationsthemen als inhaltlichen Teil der Elternabende aus (vgl. Internationaler Bund 2009: 74).

2014 gaben lediglich drei Kindertageseinrichtungen an, im Rahmen der Elternarbeit besondere Veranstaltungen zum Thema „Integration“ anzubieten. Es handelte sich dabei einerseits um den Sprachkurs „Mama lernt Deutsch“ (s. Kap. 5.3.3) und anderer-

³⁸ Ein Teil der in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen wurden im Rahmen einer Kurzerhebung unter den Kindertageseinrichtungen und Schulen in der Kreisstadt Merzig ermittelt, die von der Verfasserin im Jahr 2014 durchgeführt wurde. Da sich allerdings nicht alle Einrichtungen an der Erhebung beteiligten, beziehen sich die Aussagen aus dem Jahr 2014 daher lediglich auf einen Teil der Institutionen.

seits um die Durchführung eines „interkulturellen Frühstücks“ im Rahmen der „Interkulturellen Woche“, bei der verschiedene Länder unter anderem mit ihrer Kultur und Sprache vorgestellt wurden. Mütter beziehungsweise Väter aus den entsprechenden Ländern begleiteten dieses Angebot (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014).

Spezielle Hilfen für die Begegnung und die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund bestanden im Jahr 2008 in mehreren Kindertageseinrichtungen. So verwendeten acht Einrichtungen mehrsprachige Informationsbroschüren mit Hinweisen zu Verträgen, Informationen des Gesundheitsamtes sowie Unterlagen zu den Krankenkassen (vgl. Internationaler Bund 2009: 75). Um die Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache zu stärken, gab eine Kindertageseinrichtung im Jahr 2014 die Elternbriefe in der jeweiligen Landessprache der Familien heraus. Eine weitere Einrichtung arbeitete mit der Migrationsberatung des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH zusammen. Ähnlich wie im Jahr 2008 kamen 2014 in drei Einrichtungen „bikulturelle Multiplikatoren“ zum Einsatz, Personen, die sowohl über Kenntnisse hinsichtlich der Herkunftskultur als auch des deutschen Bildungswesens verfügen. Es handelte sich bei den Multiplikatoren meist um französisch- oder russischsprachige pädagogische Fachkräfte, die unter anderem im Kontakt mit französisch- oder russischsprachigen Eltern oder zweisprachigen Eltern im Rahmen des „Rucksackprojekts“ (s. Kap. 5.3.3) eingesetzt waren. Des Weiteren existierte in einer Kindertageseinrichtung eine Partnerschaft mit einer Grundschule in Lothringen. Sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2014 nutzte keine der verschiedenen Einrichtungen professionelle Dolmetscher für die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund. Jedoch halfen Eltern, Familienangehörige, Freunde oder die französisch- beziehungsweise russischsprachigen Fachkräfte beim Übersetzen von Elternbriefen und Formularen oder bei Elternabenden (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 75).

Ein weiterer Bestandteil der Elternarbeit ist das Projekt „Elternschule“, das Eltern bei Fragen zur Erziehung und zum Lernen im Rahmen von Einzelveranstaltungen, Kursen und Workshops unterstützt. In der Kreisstadt Merzig fanden in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit der Christlichen Erwachsenenbildung und der Katholischen Erwachsenenbildung verschiedene Veranstaltungen in unterschiedlichen Kindertageseinrichtungen statt. Die Themen der Veranstaltungen reichten von Gesundheits- über Erziehungsfragen bis hin zu Hilfestellungen bei Lernprozessen. Schwierigkeiten bestanden aber darin, gerade Eltern mit Migrationshintergrund zur Teilnahme an diesen Informationsveranstaltungen zu motivieren (vgl. CEB-Akademie & KEB/FBS o.J.; Internationaler Bund 2009: 82-83; Minister für Bildung und Kultur o.J.a).

Über diese Veranstaltungen hinaus führten die Grundschulen sowie die weiterführenden Schulen in der Kreisstadt Merzig im Jahr 2008 keine zusätzlichen Informationsabende zum Thema „Integration“ im Hinblick auf bilinguale Erziehung oder Sprachförderung durch (vgl. Internationaler Bund 2009: 83, 92). Spezielle Hilfen für die Begegnung und die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund existierten 2014

hingegen an zwei Schulen. So wurden beispielsweise spezielle Beratungsgespräche zwischen Schul- und Klassenleitung sowie den Eltern durchgeführt, und Sozialpädagogen wirkten bei der Elternarbeit mit. Unterstützt wurde die Elternarbeit darüber hinaus durch Bekannte und Familienangehörige sowie ehrenamtliche Dolmetscher, die bei Elterngesprächen dolmetschten. Bei Bedarf wurden zusätzlich mehrsprachige Einschulungsinformationen verwendet, die vom saarländischen Kultusministerium in zwölf verschiedenen Sprachen bereitgestellt wurden. Während 2008 weder professionelle Dolmetscher noch „bikulturelle Multiplikatoren“ an den Merziger Schulen eingesetzt wurden, griff im Jahr 2014 mindestens eine Schule auf diese Dienste zurück, wobei die Multiplikatoren in erster Line bei Eltern- und Schlichtgesprächen beteiligt waren (Ergebnisse der Kurzerhebung 2014; vgl. Internationaler Bund 2009: 83, 92).

Daneben gibt es seit 2013 das vom „Familienbündnis Merzig“ organisierte Lesepatensystem, an dem sich im Jahr 2015 über 20 Lesepaten beteiligten. Sie kümmern sich an Kindertageseinrichtungen und Grundschulen speziell um Kinder mit entsprechendem Förderbedarf. An einem Grundschulstandort wurde das Angebot bereits in die Nachmittagsbetreuung integriert, bei einem weiteren ist es noch in Planung. An diesem Angebot nehmen sowohl Kinder mit als auch ohne Migrationshintergrund teil (vgl. Gisch 2015b).

Arbeitsmarkt

Träger von Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt

Neben der Agentur für Arbeit Merzig und dem Jobcenter Merzig-Wadern war auch die Beschäftigungsinitiative Merzig im Bereich der Arbeitsvermittlung und beruflichen Qualifizierung tätig. Diese hat sich jedoch Ende 2014 aufgelöst. Bei der Beschäftigungsinitiative Merzig handelte es sich um einen gemeinnützigen Verein, der im Jahr 1996 gegründet wurde, um Beschäftigungsmaßnahmen für Erwerbslose auszubauen. Dazu wurden Einzelmaßnahmen und Projekte durchgeführt, die die (Wieder-)Eingliederung der Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern sollten (vgl. Gisch 2015c; Internationaler Bund 2009: 133-134). Mit der Gründung der ehemaligen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft reagierte auch der Landkreis Merzig-Wadern Mitte der 1990er-Jahre auf die zunehmende Arbeitslosigkeit. 2008 ging diese Tochtergesellschaft des Landkreises, die Sozialhilfeempfänger und Erwerbslose in eigenen Projekten fördert sowie deren Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt anstrebt, in die Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung mbH über. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Institution bildet die Beratung Jugendlicher beim Einstieg in die Erwerbstätigkeit (vgl. Internationaler Bund 2009: 134-135; Landkreis Merzig-Wadern o.J.).

Auch die Akademie der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. richtet sich mit ihren Angeboten an arbeitslose Jugendliche sowie Jugendliche ohne Ausbildungsabschluss, an erwerbslose Erwachsene, an Mitarbeiter aus den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung sowie an alle interessierten Bürger. Ihre Angebote umfassen unter anderem Wei-

terbildungsmaßnahmen, Umschulungen sowie Ausbildungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Berufszweigen. Ebenfalls in Trägerschaft der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. befindet sich das seit 1999 bestehende Internetcafé, das eine sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an dem Übergang von der Schule in den Beruf bietet. Die Angebote werden täglich von 10 bis 20 Personen genutzt, wovon etwas mehr als die Hälfte über einen Migrationshintergrund verfügt. Die Nutzer mit Migrationshintergrund stammen vor allem aus osteuropäischen und arabischen Ländern (vgl. Internationaler Bund 2009: 135, 139-140, 154; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 22; Urnau 2014).

Die Gemeinnützige Gesellschaft für Sozialeinrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes mbH bietet Berufsvorbereitungskurse und Maßnahmen in der außerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung für förderungsbedürftige Personen an. Spezielle Angebote für Frauen, unter anderem in Form von Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen sowie Bewerbungstrainings, führt die Frauenbeauftragte der Gleichstellungsstelle des Landkreises Merzig-Wadern durch (vgl. Internationaler Bund 2009: 136).

Die Beratungsstelle „Übergang Schule-Beruf“ des Internationalen Bundes will Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben erleichtern (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 20). Auch die Aktion „Jung hilft Alt“ des SOS-Kinderdorfes Saar richtet sich speziell an Jugendliche, die durch den Einsatz im hauswirtschaftlichen und pflegerischen Bereich entsprechende Qualifikationen erwerben und Ausbildungen absolvieren können. Dadurch soll ihr Berufseinstieg erleichtert werden (vgl. Internationaler Bund 2009: 136-137; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 38, 50; SOS-Kinderdorf e.V. o.J.).

Im Unterschied dazu liegt der Schwerpunkt der Katholischen Familienbildungsstätte „Haus der Familie“ Merzig auf der Qualifizierung zur Kindertagespflegeperson, zur Leiterin von Eltern-Kind-Gruppen sowie zu Begleitern für ältere Menschen. Zielgruppe der Kompetenzagentur Merzig des Sozialwerks Saar-Mosel gemeinnützige GmbH sind wiederum Jugendliche und junge Erwachsene, die Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf benötigen. Mit Hilfe von spezieller Beratung und Vermittlung soll der Einstieg in das Berufsleben erleichtert werden. Auch die Kreisagentur für Arbeit und Soziales will vor allem jugendlichen Leistungsempfängern nach SGB II den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern. Sie steht ihnen daher bereits im letzten Schuljahr als Ansprechpartner zur Verfügung (vgl. Internationaler Bund 2009: 137, 140; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 35; Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH 2009b).

Des Weiteren stellt der Bildungsanbieter TERTIA Berufsförderung GmbH & Co. KG zertifizierte Qualifikationen sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für Gesundheitsberufe und Zukunftstechnologien sowie besondere Trainings bereit (vgl. Internationaler Bund 2009: 138). Von der Bundesagentur für Arbeit werden außerdem in der

Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. zertifizierte Weiterbildungsmaßnahmen wie zum Beispiel „EDV-Schulungen für Berufsrückkehrer/innen oder zur beruflichen Neuorientierung“ (Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 45) angeboten (vgl. Internationaler Bund 2009: 138).

Ansprechpartner für eine Arbeitsmarktintegration im Rahmen einer Existenzgründung sind beispielsweise die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Merzig-Wadern mbH, die Handwerkskammer des Saarlandes sowie die Industrie- und Handelskammer Saarland (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 26, 28, 31).

Zielgruppenspezifische Projekte zur Integration in den Arbeitsmarkt

Zur Verbesserung der Arbeitsmarkchancen von älteren Langzeitarbeitslosen beteiligt sich die Kreisagentur für Arbeit und Soziales in Kooperation mit TERTIA Berufsförderung GmbH & Co. KG und dem Fortbildungswerk der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. seit 2008 an dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales o.J.; Internationaler Bund 2009: 138).

Zur Erleichterung der Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren wurde von der Gemeinnützigen Gesellschaft für Sozialeinrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes das Projekt „Jugend-Aktiv-Merzig“ initiiert. Bei dem vom 01.09.2013 bis zum 31.08.2014 durchgeführten Projekt handelte es sich um ein sogenanntes AGH-Projekt (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) mit einem zusätzlichen Qualifizierungsanteil, das die Teilnehmer für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren und vermittlungsfähig machen sollte. Als Ergänzung von „Jugend-Aktiv-Merzig“ wurde 2009 das Projekt „Frauen-Aktiv-Merzig“ ins Leben gerufen, um speziell weibliche SGB II-Empfänger bei dem Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu unterstützen. Aus finanziellen Gründen lief dieses Projekt jedoch im Jahr 2011 aus. An diesen beiden Projekten der Gemeinnützigen Gesellschaft für Sozialeinrichtungen nahmen in den letzten Jahren auch Personen mit Migrationshintergrund teil. Darüber hinaus bietet die Gemeinnützige Gesellschaft für Sozialeinrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes eine dreijährige Ausbildung zum Gartenbauwerker für behinderte Menschen mit Förderbedarf an (vgl. Internationaler Bund 2009: 139; Otto 2014).

Zum Erkennen der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie zur Diagnose eventuell bestehenden Förderbedarfs wurde in den Jahren 2007 und 2008 von der Akademie der Christlichen Erwachsenenbildung e.V. das Projekt „PROFIL“ für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren durchgeführt (vgl. Internationaler Bund 2009: 139-140).

Neben den bereits dargestellten für alle Bevölkerungsgruppen offenen Angeboten zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt gibt es in der Kreisstadt Merzig weitere berufsbezogene Fördermaßnahmen speziell für Personen mit Migrationshintergrund. So arbeitet die Kreisagentur für Arbeit und Soziales mit den unterschiedlichen Sprachkursträgern, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Lebach sowie den Mig-

rationsdiensten zusammen, um eine stärkere Vernetzung zwischen Sprach- und Arbeitsmarktförderung zu erzielen (vgl. Internationaler Bund 2009: 141). Außerdem bietet die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. in Kooperation mit der Christlichen Erwachsenenbildung Merzig, der Volkshochschule Dillingen und der katholischen Erwachsenenbildung Dillingen im Rahmen des ESF-BAMF-Programms berufsbezogene Sprachkurse an (vgl. Internationaler Bund 2009: 141). Das 730 Unterrichtseinheiten umfassende Programm bietet neben berufsbezogenem Deutschunterricht eine berufliche Qualifizierung in Form von Fachunterricht, Praktika und Betriebsbesichtigungen. Darüber hinaus organisiert die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. berufsbegleitende Deutsch-Aufbaukurse für Beruf und Alltag sowie Intensivsprachkurse speziell für Mediziner und Pflegekräfte. Für Personen, die in Luxemburg, Frankreich oder einem internationalen Betrieb arbeiten möchten, werden in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich Intensivsprachschulungen für Französisch/Luxemburgisch und Englisch/Luxemburgisch durchgeführt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013b: 8; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 45). Zudem bietet die Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern spezielle „Prüfungsvorbereitung: Deutsch B2 als Voraussetzung zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse“ (Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. o.J.) an (weitere Sprachkursangebote s. Kap. 5.3.3).

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Personen mit Migrationshintergrund fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit 2005 das bundesweite Netzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“. Ziel dieses Netzwerkes ist es, Programme zur strukturellen Integration zu entwickeln und zu erproben. Neben dem bundesweiten gibt es seit 2011 16 regionale Netzwerke, darunter seit 2013 auch ein Projekt in der Kreisstadt Merzig, das Teil des regionalen IQ Netzwerks Saarland ist (vgl. Koordinierungsprojekt Integration durch Qualifizierung o.J.a; Kreisstadt Merzig o.J.x). Im Förderzeitraum 2013 bis 2014 ging es in Merzig unter anderem um die „Verzahnung von Unterstützungsleistungen [...] im Sinne der ‚Prozesskette‘“ (Koordinierungsprojekt Integration durch Qualifizierung o.J.b), wozu beispielsweise Fachtagungen und Informationsbörsen zur beruflichen Integration veranstaltet sowie für die Prozesskette wichtige Akteure identifiziert, deren Bedarf ermittelt und in einem Netzwerk zusammengeschlossen werden sollten. Dies zielte darauf ab, Personen mit Migrationshintergrund direkt zu erreichen (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.x). Ebenso gab das IQ Netzwerk Merzig eine Broschüre mit einem Gesamtüberblick über die verschiedenen Akteure am lokalen Arbeitsmarkt heraus (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 4). Speziell für Neubürger mit Migrationshintergrund wurde darüber hinaus ein „Willkommensordner“ entwickelt, der in leicht verständlichem Deutsch Ansprechpartner und Informationen unter anderem zu den Themenfeldern „Arbeit“, „Bildungsstrukturen“, „Einkauf“, „Sprache“ und „Wohnen“ bereitstellt. Dieser Ordner ist seit dem Jahr 2014 verfügbar und wird mit der Ummeldung des Wohnsitzes an die entsprechenden Personen verteilt (vgl. Wagner 2015). Seit 2015 liegt der

Arbeitsschwerpunkt des Merziger Teilprojekts im Rahmen des Diversity Managements beziehungsweise der interkulturellen Öffnung auf der Schaffung einer „Willkommens- und Anerkennungskultur“ (Kreisstadt Merzig o.J.y) in kommunalen Einrichtungen und lokalen Unternehmen. Außerdem begleitet der „IQ-Gründungslotse für MigrantInnen“ (Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 33), ein Angebot des saarländischen IQ-Netzwerks, gründungswillige Personen mit Migrationshintergrund von der Gründungsplanung bis zur Selbstständigkeit und darüber hinaus (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 33).

Die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes sowie die Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen SEAQ Saar sind als Ansprechpartner für Fragen bezüglich der Anerkennung im Ausland erworbener Bildungs- und Berufsabschlüsse zuständig (vgl. Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 30, 43).

Darüber hinaus können sich Personen mit Migrationshintergrund bei Fragen zur Arbeitsmarktintegration unter anderem an die in der Kreisstadt Merzig vertretenen Migrationsfachdienste wenden. Dazu zählen beispielsweise die „Landesintegrationsbegleitung – Berufliche Integration für Zuwanderer“, der Jugendmigrationsdienst sowie die „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“ (s. Kap. 5.2.3) (vgl. Internationaler Bund 2009: 140).

Politische Teilhabe

Im Jahr 1990 wurde in der Kreisstadt Merzig ein Ausländerbeirat gewählt, der die Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bündeln und gegenüber der Stadtverwaltung vertreten sollte (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 11). In dem Zeitraum zwischen 2006 und 2013 verfügte die Kreisstadt Merzig über keinen Zuwanderungs- und Migrationsbeirat, da bei den Wahlen 2006 keine Wahlvorschläge eingingen und somit keine Wahl stattfinden konnte (vgl. Internationaler Bund 2009: 157-158). Wegen des fehlenden Ansprechpartners auf Seiten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gestaltete sich laut Internationalem Bund (2009: 158) in dem genannten Zeitraum die Kooperation der Stadtverwaltung mit dieser Bevölkerungsgruppe als schwierig. Im Rahmen des kommunalen Integrationskonzepts der Kreisstadt Merzig (s. Kap. 5.3.2) beschlossen daher 2012 die zuständigen Gremien, wieder einen Zuwanderungs- und Migrationsbeirat einzurichten (vgl. Kreisstadt Merzig 2014a). Dadurch sollte die Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Möglichkeit erhalten, „ihre Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnisse in die Entscheidungsprozesse der Kreisstadt Merzig einzubringen und ihre Interessen gegenüber dem Stadtrat, dem Bürgermeister und der Öffentlichkeit zu vertreten.“ (Kreisstadt Merzig 2014a) Im Januar 2014 konstituierte sich der aus 18 Mitgliedern bestehende und auf fünf Jahre gewählte Beirat. Zu den Mitgliedern zählen neben sieben Bürgern mit Migrationshinter-

grund, zwei Vertreter des Stadtrates, fünf Mitglieder von Wohlfahrtsverbänden und vier Vertreter von Migrantenselbstorganisationen (vgl. Kreisstadt Merzig 2014a).

Neben dem Zuwanderungs- und Migrationsbeirat war 2012 in den Ortsräten Merzig und Ballern jeweils ein Mitglied mit türkischem beziehungsweise italienischem Migrationshintergrund vertreten, während im Stadtrat kein Mitglied über einen Migrationshintergrund verfügte (vgl. Kreisstadt Merzig 2012j).

Neben der Partizipation auf politischer Ebene kommt auch der Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung eine wichtige Bedeutung zu. So waren beispielsweise Ende Februar 2012 drei Mitarbeiter mit einem russischen oder polnischen Migrationshintergrund beim Bauhof beschäftigt. Im Bürgerbüro arbeitete ein Mitarbeiter mit russischem Migrationshintergrund und in den städtischen Kindergärten waren insgesamt zwölf Personen mit französischem, russischem oder italicischem Migrationshintergrund tätig. Unter den insgesamt neun Auszubildenden befand sich ebenfalls eine Person mit einem rumänischen Migrationshintergrund. Darüber hinaus absolvierte im Juni 2012 eine Person mit türkischem Migrationshintergrund ein Praktikum in der Stadtverwaltung. Entsprechend verfügten 18 der insgesamt rund 330 in der Stadtverwaltung Merzig beschäftigten Personen über einen Migrationshintergrund (vgl. Kreisstadt Merzig 2012j).

5.3.5 Soziale Integration

Hinsichtlich der Multikulturalität der Kreisstadt Merzig haben sich in der Vergangenheit verschiedene Begegnungsstrukturen herausgebildet, die dem gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen und einem interkulturellen Miteinander dienen sollen.

Gemeinwesenarbeit

So macht beispielsweise das SOS-Kinderdorf in seinem Gemeinwesentreffpunkt „Schalthaussiedlung“ Angebote für verschiedene Altersgruppen. Diese reichen von einem „Bürgercafé“ mit Sozialberatung über Schülerhilfe und Nachhilfeangebote bis zu Lesenachmittagen, Seniorentreffs sowie Freizeitgruppen. Der Gemeinwesentreffpunkt befindet sich in einer überwiegend von Personen ohne Migrationshintergrund bewohnten Siedlung mit hoher Arbeitslosigkeit, vielen Alleinerziehenden sowie alten Menschen. In den vergangenen Jahren sind verstärkt auch (Spät-)Aussiedler sowie einige Sintifamilien zugezogen. Trotz der unterschiedlichen Angebote ist es jedoch nach Aussage von Mitarbeitern schwierig, vor allem Menschen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund zu erreichen. Als gelungene Integrationsangebote gelten die monatlichen Seniorenachmittage, die sowohl von Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund besucht werden, und der Chor „Heimatschwaben“. In diesem Chor engagieren sich Sänger unabhängig ihres Migrationshintergrundes und treten unter anderem in Altenheimen auf (vgl. Geissel 2014; Internationaler Bund 2009: 145-146).

Ebenfalls in Trägerschaft des SOS-Kinderdorfes steht das Mehrgenerationenhaus Merzig – „SOS – Jung hilft Alt“, das Aktivitäten organisiert, um den Austausch sowie das gegenseitige Lernen zwischen jungen und älteren Menschen zu fördern. Zu den

Angeboten gehören beispielsweise kostengünstige Mahlzeiten, Kinderbetreuung, Treffpunkte für Erwerbslose sowie Seniorentreffen und thematische Veranstaltungen. Während die Personen mit Migrationshintergrund 2009 nicht an thematischen Treffen teilnahmen und es insgesamt noch Verbesserungsbedarf beim Erreichen dieser Zielgruppe gab, ist das Engagement in den letzten Jahren gestiegen (vgl. Internationaler Bund 2009: 147). Ein Anstieg konnte vor allem im Hinblick auf die Mitarbeiterzahl verzeichnet werden. Zwar wird in diesem Bereich das gewünschte Ausmaß noch immer nicht erreicht, jedoch sind derzeit Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund in der Kinderbetreuung, dem Dienstleistungsbereich sowie im Rahmen der offenen Begegnung tätig. Neuerdings hat sich auch eine Gruppe junger Mütter formiert, die sich einmal wöchentlich zu einem Kurs speziell für junge Eltern treffen. Es handelt sich dabei um Frauen mit Migrationshintergrund, die erst vor kurzer Zeit in die Kreisstadt Merzig gezogen sind und die über den Kurs neue Kontakte knüpfen möchten (vgl. Zeimet 2014b).

Auch die „Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe Merzig e.V.“ des Seniorenbüros legt den Fokus auf den Wissenstransfer sowie Lernprozesse zwischen den Generationen. Aus diesem Grund wurde bereits in den 1990er-Jahren die Wissensbörse etabliert, die Kontakte zwischen Senioren und Kindern sowie Jugendlichen vermittelt. So können sich zum Beispiel Senioren als Lesepaten anbieten, die dann an interessierte Kinder vermittelt werden (vgl. Internationaler Bund 2009: 147-148; Müller 2014). Im Rahmen der Wissensbörse fand auch eine Kooperation mit der Migrantenselbstorganisation „Miteinander Leben e.V.“ (s.u.) statt, bei der sich unter anderem eine ehemalige Lehrerin aus dem Verein bereit erklärte, die Hausaufgabenbetreuung von Schülern zu übernehmen. Ebenfalls wurden in den Räumlichkeiten des Vereins durch Ehrenamtliche Deutsch- und Französischkurse speziell für ältere (Spät-)Aussiedler angeboten. Jedoch findet derzeit über die Wissensbörse keine Kooperation mehr mit dem Verein statt, da die Arbeit stark von Ehrenamtlichen abhängt und sich diese nicht immer ersetzen lassen. Im Allgemeinen werden die Wissensbörse sowie ihre Angebote eher selten von Personen mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen. Verantwortliche führen dies auf die Strukturen der Wissensbörse und der damit verbundenen Abhängigkeit zwischen Angebot und Nachfrage zurück (vgl. Internationaler Bund 2009: 148; Müller 2014). Neben der Wissensbörse kooperiert die Arbeitsgemeinschaft auch in anderen Bereichen eng mit dem Verein „Miteinander Leben e.V.“. So werden beispielsweise ganztägige Ausflugsfahrten für die Mitglieder sowie Informationsabende mit dem Seniorensicherheitsbeauftragten³⁹ organisiert. Um die gegenseitige Begegnung und das Kennenlernen der unterschiedlichen Kulturen zu fördern, führte die Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2013 die Veranstaltung „Ein Foto aus meinem Leben“ durch. Zu dieser

³⁹ Bei den Seniorensicherheitsbeauftragten handelt es sich um Personen im Seniorenalter, die als Sicherheitsbeauftragte ausgebildet wurden und ehrenamtlich als Multiplikatoren in lokalen Gruppen und Vereinen bei Bedarf über Sicherheitsaspekte informieren.

Veranstaltung brachten alle Teilnehmer eine Fotografie mit, die mit Hilfe eines Episkops projiziert wurde und zu der jeder aus dem eigenen Leben erzählte. Es ist geplant, die Veranstaltung zukünftig jährlich durchzuführen (vgl. Müller 2014; Stauber 2014).

Begegnungsmöglichkeiten

Initiiert durch ein gemeinsames Straßenfest in dem Stadtviertel „Obere Altstadt“, gründeten Bewohner 2007 die Interessensgemeinschaft „Obere Altstadt ‚Quartier Powei‘“ (vgl. Internationaler Bund 2009: 148). Die Interessensgemeinschaft verfolgt das Ziel, „die nachbarschaftlichen Beziehungen zu stärken und neue Bewohner, insbesondere Mitbürger mit Migrationshintergrund, in die Gemeinschaft zu integrieren“ (Internationaler Bund 2009: 148).

Begegnungsstätten speziell für Kinder und Jugendliche sind unter anderem verschiedene Jugendtreffs wie beispielsweise das seit März 2010 existierende Jugendhaus in Merzig, das verschiedene Einrichtungen für Jugendliche unter einem Dach zusammenführt. Neben der Organisation von Feriensportcamps und Theater- beziehungsweise Kunst-AGs bietet das Jugendhaus Merzig unter anderem auch einen kostenlosen offenen Deutsch-Lerntreff sowie eine Leihbücherei an (vgl. Amt für Soziales, Bildung und Sport o.J.). 2014 wurde das Jugendhaus pro Woche durchschnittlich von 25 bis 30 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 12 bis 25 Jahren besucht. Etwa 30 Prozent der Besucher besaßen einen Migrationshintergrund. Meist waren sie türkisch-kurdischer, polnischer oder rumänischer Herkunft. Aber auch Jugendliche aus anderen Balkanländern, arabischen Ländern und aus der ehemaligen Sowjetunion besuchten das Jugendhaus regelmäßig (vgl. Breuer-Wirth 2014). Im gleichen Gebäude befand sich auch das „School’s Out-Café“ des Internationalen Bundes, welches regelmäßig von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund besucht wurde. Ein großer Teil derer, die die Angebote nutzten, stammte im Jahr 2009 aus der Türkei und dem Kosovo sowie aus Bosnien-Herzegowina, Italien, Syrien oder Russland (vgl. Internationaler Bund 2009: 153). Jedoch wurde das „School’s Out-Café“ im Jahr 2010 geschlossen und in ein anderes Projekt mit dem Schwerpunkt auf dem Übergang zwischen Schule und Beruf umkonzipiert (vgl. Rosenberg 2014). Darüber hinaus unterhielt in der Vergangenheit die evangelische Kirchengemeinde Merzig den „Jugendkeller“, der hauptsächlich von Jugendlichen mit überwiegend türkischem und ehemals sowjetischem Migrationshintergrund genutzt wurde (vgl. Internationaler Bund 2009: 154). Mittlerweile gibt es dieses Angebot nicht mehr, was ein Mitarbeiter des Trägers unter anderem auf die gesteigerte Unverbindlichkeit Jugendlicher im Hinblick auf regelmäßige Termine, die Einführung von Ganztagschulen und der zunehmenden Bedeutung der Neuen Medien zurückführt (vgl. Paqué 2014).

Zusätzlich zu der Gemeinwesenarbeit finden unter anderem jährlich Feste der Begegnung wie die „Interkulturelle Woche“ und die „Nacht der Kulturen“ statt. Geht es im Rahmen der „Interkulturellen Woche“ im Wesentlichen um den Informationsaustausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, wozu 2014 bei-

spielsweise der „Runde Tisch Migration“, eine interreligiöse Friedensfeier oder der „Tag der offenen Moschee“ beitragen, steht bei der „Nacht der Kulturen“ mit ihren kulinarischen Spezialitäten aus verschiedenen Ländern und ihrem internationalen Unterhaltungsprogramm eher die niedrigschwellige Begegnung im Vordergrund (vgl. Internationaler Bund 2009: 149; Kreisstadt Merzig 2014b: 1-2).

Anlässlich des 30-Jährigen Bestehens der Merziger Moschee veranstaltete die Türkisch-Islamische Union (DITIP), die auch für den jährlichen „Tag der offenen Moschee“ verantwortlich zeichnet, im Jahr 2008 ein interkulturelles Fest. Um den interreligiösen Dialog voranzubringen, lädt darüber hinaus die katholische Bildungsstätte „Haus der Familie“ Merzig e.V. in Kooperation mit der KEB Fachstelle Saar-Hochwald sowie den Dekanaten Merzig und Losheim-Wadern zu verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des „Biblischen Nachtcafés“ ein. Dabei setzen sich die Teilnehmer unter anderem mit Themen „Bibel und Koran“ oder „Juden und Christen – Volk Gottes auf getrennten Wegen“ auseinander (vgl. Internationaler Bund 2009: 150; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 24).

Über die Veranstaltungen und Feste hinaus kam im Jahr 2008 die Idee auf, die Begegnungsstrukturen speziell für Personen mit Migrationshintergrund durch Sprachstammtische zu ergänzen. Im Gespräch mit Autochthonen soll die deutsche Sprachkompetenz von Allochthonen gefördert werden (vgl. Internationaler Bund 2009: 150).

Kultur- und Sportvereine

Auch im Bereich Kultur und Sport gibt es Angebote, die sowohl für Personen mit Migrationshintergrund als auch von Personen mit Migrationshintergrund veranstaltet werden.

So hält beispielsweise die Stadtbibliothek Merzig neben deutschsprachigen auch fremd- und zweisprachige Bücher sowie Bücher speziell für Deutsch als Fremdsprache vor (vgl. Internationaler Bund 2009: 152).

Weiterhin gibt es die Theatergruppe Compagnia Teatro Popolare „Citta Di Merzig“, die Theaterstücke auf Italienisch mit deutschen Übertiteln spielt. Neben den italienischstämmigen Schauspielern engagieren sich auch Autochthone als Szenenbildner oder Komparsen. Nach Aussage des Regisseurs besaßen im Jahr 2009 rund ein Viertel der Zuschauer keinen Migrationshintergrund (vgl. Internationaler Bund 2009: 150-151; Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland 2013: 23).

Mit dem Integrationsprojekt „Filmwerkstatt clipART“ des Internationalen Bundes, die dieser in Kooperation mit dem Kreiskulturzentrum „Villa Fuchs“ durchführt, sollen Jugendliche unterschiedlicher Herkunftsländer (unter anderem aus Deutschland, Italien, dem Kosovo, Polen, Russland, Thailand und der Türkei) dazu angeregt werden, sich über das Medium Film mit ihrer aktuellen Lebenssituation zu befassen (vgl. Internationaler Bund 2009: 151). Dabei geht es neben der Vermittlung von Medienkompetenz auch um die Stärkung „der Persönlichkeit, der Teamfähigkeit, der interkulturellen Kompetenz und der Kreativität“ (Internationaler Bund 2009: 152). Darüber hinaus ver-

anstellte das Kreiskulturzentrum im Jahr 2009 im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ein Medienprojekt, bei dem sich Jugendliche über das Medium Film mit den „Themen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Demokratie und Toleranz“ (Internationaler Bund 2009: 151) auseinandersetzten.

Auch im Bereich des Sports sind beziehungsweise waren Vereinigungen Begegnungsstätte für Personen mit und ohne Migrationshintergrund. So war 2009 die „Associazione Sportive Italia“ aktiv. Demgegenüber lösten sich 2008 beziehungsweise 2009 KuS „Fatihspor Merzig e.V.“, ein türkischer Fußballverein, in dem sich neben Spielern türkischer Staatsangehörigkeit auch Spieler weiterer Nationalitäten engagierten, und der kurdische Fußballverein „Newroz Spor Merzig“ auf (vgl. Internationaler Bund 2009: 152). Bis Ende 2009 gab es den im Jahr 2000 gegründeten Verein „Dynamo Merzig“, eine Vereinigung von freien Trägern und Vereinen sowie öffentlichen Einrichtungen, die jugendlichen (Spät-)Aussiedlern und Jugendlichen sonstiger Nationalitäten über den Sport die Integration erleichtern sollte. An dem ersten im Jahr 2000 durchgeführten Sport- und Spielfest beteiligten sich 300 Jugendliche aus zwölf verschiedenen Nationen (vgl. Deutsches Jugendinstitut e.V. 2002: 28; Internationaler Bund 2009: 153; Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig 2003: 37). Laut Auflistung der in Merzig im Jahr 2015 aktiven Sportvereine gab es keine Vereinigungen, die speziell auf Personen mit Migrationshintergrund ausgerichtet waren (vgl. Kreisstadt Merzig o.J.z).

Migrantenselbstorganisationen

Zu den bestehenden Migrantenselbstorganisationen zählt der Verein „Miteinander Leben e.V.“. Der interkulturelle Verein wurde 1999 gegründet und bietet Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, wobei zu den Mitgliedern überwiegend (Spät-)Aussiedler vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Personen aus Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien und Autochthone zählen. Neben einem Chor umfasst das Angebot unter anderem auch Sprachkurse (Deutschkurse für Mütter und Senioren, Russischkurse für Kinder) sowie einen Seniorentreff. Kooperationen bestehen im Rahmen von Festen und Veranstaltungen zu weiteren Migrantenselbstorganisationen. Eine enge Zusammenarbeit findet aber auch mit dem Caritasverband Saar-Hochwald, der evangelischen Kirchengemeinde Merzig sowie anderen Vereinen statt (vgl. Deutsches Jugendinstitut e.V. 2002: 29; Frys & Nienaber o.J.: 83-85; Internationaler Bund 2009: 155-157; Stauber 2014).

Auch der Verein „Dialog der Kulturen e.V.“ wurde im Jahr 2011 von (Spät-)Aussiedlern in der Schalthaussiedlung gegründet. Aufgrund von Differenzen hat sich der Verein, der Anfang 2013 20 Mitglieder verzeichnete, von dem Verein „Miteinander Leben e.V.“ getrennt. Neben einer Gesangsgruppe engagieren sich die Mitglieder bei Festen und Veranstaltungen (vgl. Scholl 2013). Während zu Beginn der Vereinstätigkeit die Räume des Gemeinwesentreffpunkts in der Schalthaussiedlung mitgenutzt

wurden, wurden dem Verein Anfang des Jahres 2014 von der Kreisstadt Merzig eigene Räumlichkeiten im Vereinshaus zur Verfügung gestellt (vgl. Geissel 2014).

Darüber hinaus existiert das Gemeindezentrum „DITIB Merzig“, ein türkisches Kulturzentrum mit Kulturverein und Moscheegemeinde sowie ein deutsch-türkischer Kulturverein. Zeitweise gab es in der Kreisstadt Merzig mit der „Associazione Famiglie Italiane“ auch eine italienische Vereinigung mit den Schwerpunkten Kultur und Familie. Diese hat sich jedoch mittlerweile aufgelöst (vgl. Internationaler Bund 2009: 155, 157; Kreisstadt Merzig o.J.z).

Grenzüberschreitende Kooperationen

Aufgrund der räumlichen Nähe der Kreisstadt Merzig zu Luxemburg bestehen auch grenzüberschreitende Kooperationen wie beispielsweise mit den luxemburgischen Jugendzentren in Bad Mondorf und Remich. Jugendliche deutscher und luxemburgischer Staatsangehörigkeit werden bei gemeinsamen Aktionen unterstützt und erhalten die Möglichkeit, sich auszutauschen. Darüber hinaus kooperieren auch das Seniorenbüro Merzig und die Senior Clubs in Differdingen und Schiffingen (Luxemburg) hinsichtlich des Einsatzes von Seniorensicherheitsbeauftragten in Luxemburg. In Folge dieser Kooperation kam es auch zu einem grenzüberschreitenden Austausch der haupt- und ehrenamtlich Beschäftigten. Im Rahmen der „Wissensbörse Jung und Alt“ wurden auch Kontakte mit dem „RBS – Center für Altersfragen“ in Itzig (Luxemburg) geknüpft. Zum gegenseitigen Kennenlernen sowie zum Informationsaustausch über das Land und die Kultur fand bis einschließlich des Jahres 2009 einmal jährlich ein Treffen mit Ganztagesprogramm entweder in Luxemburg oder im Saarland statt. Zwischen 80 und 100 Personen nahmen an diesen Veranstaltungen teil, die jedoch aufgrund Personalmangels im Jahr 2010 eingestellt werden mussten (vgl. Strauch 2012).

Mit der 2012 initiierten Veranstaltung „Willkommen Luxemburg! Unsere Nachbarn zu Gast in Merzig“ sollen mit kulturellen und sozialen Aktionen, nicht nur politische, sondern auch mentale Grenzen überwunden werden, um das grenzüberschreitende Miteinander zu fördern. Es ist geplant, dieses deutsch-luxemburgische Freundschaftsfest auch in Zukunft einmal jährlich durchzuführen (vgl. Schreiner 2012).

Aber nicht nur zu Luxemburg, sondern auch zu dem Nachbarland Frankreich unterhält die Kreisstadt Merzig Beziehungen. So besteht seit über 20 Jahren eine Kooperation mit der Stadt Thionville. Außerdem verbindet seit 1986 eine Städtepartnerschaft die Kreisstadt Merzig mit der französischen Stadt St. Médard-en-Jalles (vgl. Schreiner 2012).

Neben den klassischen Zuwanderungsformen begünstigt die Lage der Kreisstadt Merzig im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg auch einen neuen Migrationstypus, die grenzüberschreitende Wohnmigration. Damit nimmt die Kreisstadt Merzig sowie der Landkreis Merzig-Wadern nicht nur eine besondere Rolle innerhalb des Saarlandes ein, sondern werden auch vor weitere Herausforderungen be-

züglich der Integration gestellt. So bestehen zu den üblichen Integrationsmaßnahmen beispielsweise grenzüberschreitende, die Integration fördernde Kooperationen mit den Nachbarländern, was unter anderem auch einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration leistet.

Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass es in der Kreisstadt Merzig hinsichtlich der betrachteten Integrationsdimensionen ein vielfältiges Angebot gibt, das alle Bevölkerungsgruppen unabhängig des Migrationshintergrundes und des Alters einschließt. Diese Angebote werden von verschiedenen Trägern, aber auch von vielen Ehrenamtlichen mit und ohne Migrationshintergrund durchgeführt. Außerdem gibt es neben zielgerichteten auch niedrigschwellige Angebote unter anderem in Form von interkulturellen Festen, wodurch das gegenseitige Kennenlernen und der interkulturelle Austausch erleichtert werden.

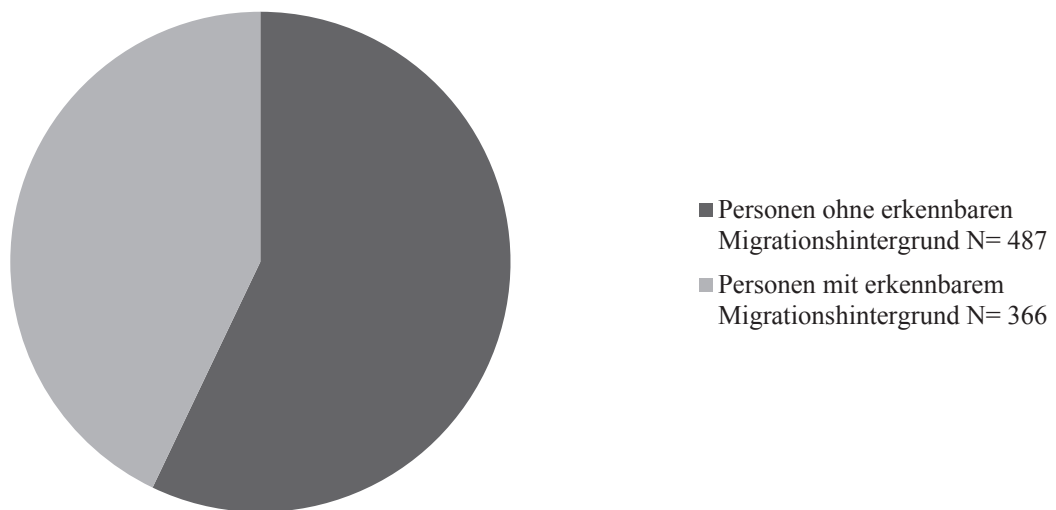
Im Folgenden soll die in diesem Kapitel beschriebene Situation der Kreisstadt Merzig im Hinblick auf Migration und Integration durch die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung sowie problemzentrierter Interviews konkretisiert und quantifiziert werden, wobei auch integrationsfördernde und –hemmende Faktoren extrahiert werden.

6 Migration und Integration: Untersuchungsergebnisse

6.1 Ergebnisse der schriftlich standardisierten Befragung⁴⁰

Zur Erfassung der Migrations- und Integrationsstrukturen in der Kreisstadt Merzig wurden, wie in Kapitel 2.3.2.1 dargelegt, insgesamt 3.404 Fragebögen an Personen mit oder ohne erkennbaren Migrationshintergrund versandt, von denen zum Stichtag 20. August 2012 insgesamt 856 Fragebögen zurückgeschickt wurden. Davon waren 853 auswertbar. Da 69 Fragebögen nicht zugestellt werden konnten, weil die Adressaten zwischenzeitlich unbekannt verzogen waren, lag die Rücklaufquote bei 25,7 Prozent (s. Abb. 52).

Abbildung 52: Zusammensetzung des Rücklaufs, differenziert nach dem Migrationshintergrund der befragten Personen



Quelle: Eigene Erhebung 2012

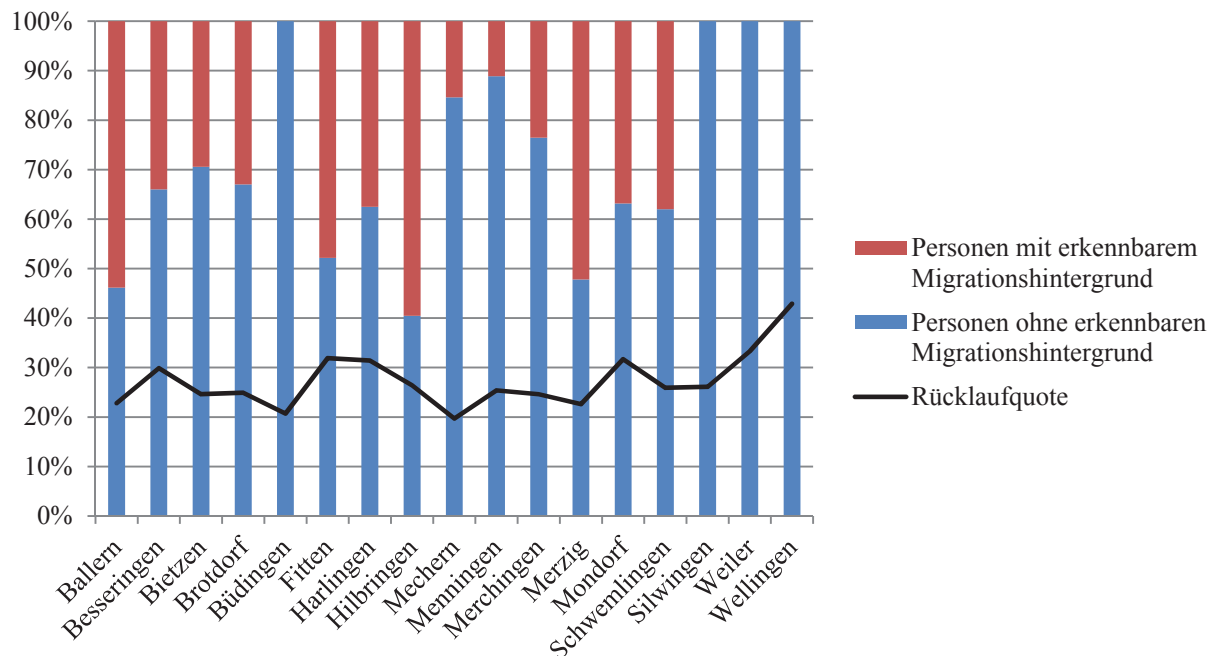
487 Rückläufe (Rücklaufquote von 28,9 Prozent) stammten von Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund und 366 Fragebögen wurden von Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund zurückgesandt. Darunter waren 70 Fragebögen (Rücklaufquote von 23,4 Prozent) von Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund und 296 Rückantworten (Rücklaufquote von 21,9 Prozent) von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit. Zwischen den einzelnen Stadtteilen schwankte

⁴⁰ Die folgenden Ausführungen finden sich teilweise in dem Abschlussbericht des von Nienaber und Roos (2012d) im Jahr 2012 durchgeführten Forschungsprojektes zum Thema „Migration und Integration in der Kreisstadt Merzig“ wieder. Dazu wurde eine standardisierte Befragung durchgeführt, auf die sich die im Folgenden dargestellten Untersuchungsergebnisse beziehen.

Da im Folgenden der Fokus auf der Auswertung der Ergebnisse der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund liegt, werden, wenn nicht explizit darauf verwiesen wird, in erster Linie die Merkmalsausprägungen dieser Untersuchungsgruppe aufgezeigt.

die Rücklaufquote zwischen 19,7 Prozent (Mechern) und 42,9 Prozent (Wellingen). In der Kernstadt Merzig lag die Rücklaufquote bei 22,6 Prozent (s. Abb. 53).

Abbildung 53: Zusammensetzung des Rücklaufs, differenziert nach dem Migrationshintergrund der befragten Personen und Stadtteilen



Quelle: Eigene Erhebung 2012

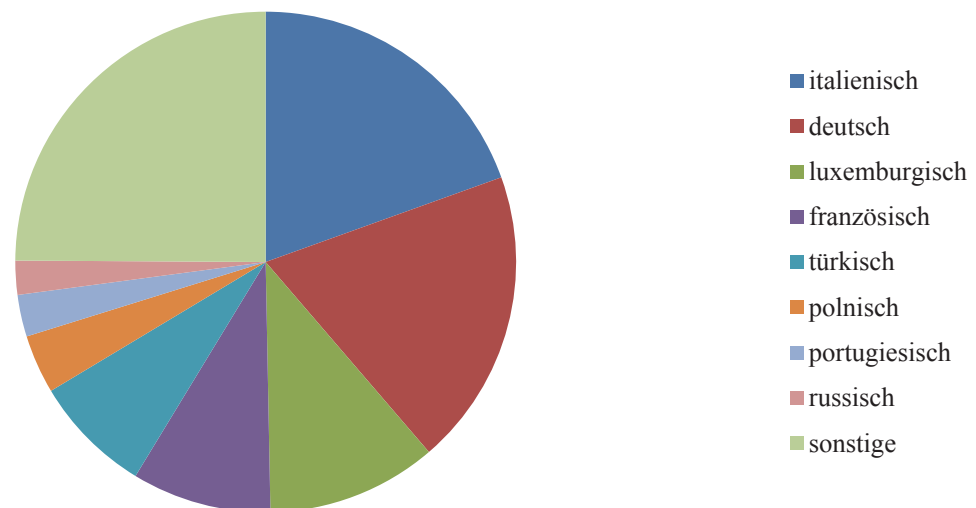
Geht die Literatur bei dieser Art der Datenerhebung von einer maximalen Rücklaufquote von 15,0 Prozent aus, so ist der Rücklauf dieser Untersuchung mit 25,7 Prozent als sehr hoch einzustufen (vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005: 87). Dies spiegelt die Brisanz und Aktualität der Migrations- und Integrationsthematik speziell auch in ländlichen Räumen sowohl bei Allochthonen als auch bei Autochthonen wider. Trotz der hohen Rücklaufquote müssen die Untersuchungsergebnisse jedoch hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf die Gesamtbevölkerung hinterfragt werden, da sich nur etwa ein Viertel der Gesamtstichprobe geäußert hat (vgl. Bortz & Döring 2009: 257). Da die für die Kreisstadt Merzig wichtigen Zuwanderergruppen bei manchen Fragestellungen zum Zweck der stärkeren Differenzierung getrennt ausgewertet werden, kommt es teilweise zu kleinen Fallzahlen, was die Aussagekraft der Ergebnisse zusätzlich einschränkt.

6.1.1 Soziodemographische Aspekte und Migrationsbiographie

Mit einem Frauenanteil von etwa 57 Prozent war das Geschlechterverhältnis der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund nahezu ausgeglichen. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Altersgruppen nahmen in erster Linie 20- bis 60-Jährige an der Untersuchung teil. Während rund 19 Prozent der befragten Personen die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, da sie über einen ehemals sowjetischen Migrationshintergrund verfügen, waren etwa 20, 11 beziehungsweise 9 Prozent der Befragten Staats-

angehörige Italiens, Luxemburgs beziehungsweise Frankreichs. Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit waren hingegen mit einem Anteil von rund 8 Prozent im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig (16,3 Prozent im Jahr 2012) nur gering vertreten. Es folgten Personen mit polnischer, portugiesischer oder russischer Staatsangehörigkeit sowie Angehörige weiterer Nationalitäten (s. Abb. 54)⁴¹.

Abbildung 54: Staatsangehörigkeit der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=365)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Über eine doppelte Staatsangehörigkeit verfügten 29 Personen und damit etwa 9 Prozent dieser Untersuchungsgruppe.

Rund drei Viertel der Personen waren verheiratet. Davon führten etwa 40 Prozent eine binationale Ehe, sodass die Haushaltsform in erster Linie von Ehepaaren charakterisiert wird, die alleine (27 Prozent) oder gemeinsam mit ihren Kindern (45 Prozent) zusammenleben. Demnach umfasste der Haushalt bei rund 38, 16 beziehungsweise 39 Prozent der Befragten zwei, drei beziehungsweise mindestens vier Personen. Dabei gaben etwa 82 Prozent der Personen türkischer Staatsangehörigkeit an, in einem Haushalt mit mindestens vier Personen zu wohnen, während rund 62 Prozent der Befragten französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit in einem Ein- bis Zweipersonenhaushalt lebten. Bei Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund, Befragten italienischer Staatsangehörigkeit und sonstiger Nationalitäten bestand der Haushalt mehrheitlich aus zwei bis drei Personen.

Nahezu die Hälfte (45 Prozent) der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund nannte die Familienzusammenführung als wichtiges Migrationsmotiv, darunter

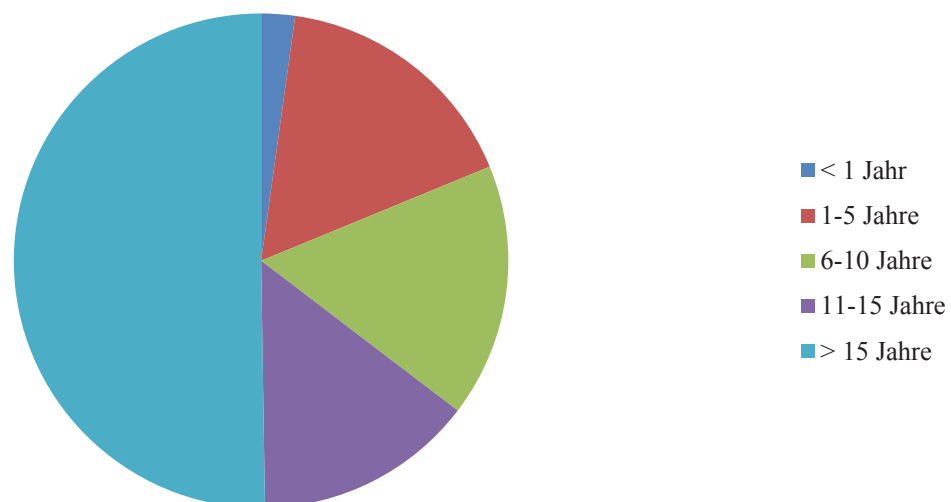
⁴¹ Für die weiteren Analysen werden nur noch die größten und damit für die Kreisstadt Merzig besonders wichtigen Zuwanderungsgruppen berücksichtigt (s. Kap. 2.4.5).

dominierte die Familienzusammenführung als Ehepartner. Zu weiteren Migrationsgründen zählten unter anderem berufliche und finanzielle Aspekte wie Arbeitssuche und Unterschiede in den Immobilien- sowie Mietpreisen zwischen Ankunfts- und Herkunftsland.

Bei Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund war hingegen der (Spät-)Aussiedlerstatus das wichtigste Migrationsmotiv für die Zuwanderung. Etwa 5 Prozent der Befragten kamen aus humanitären und politischen Gründen in die Bundesrepublik. Entsprechend der Zuzugsform unterscheidet sich auch die Aufenthaltsdauer der Befragten in Deutschland. Während Personen, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit (73 Prozent), im Rahmen der Familienzusammenführung (44 Prozent), aus humanitären oder politischen Gründen (40 Prozent) beziehungsweise aufgrund des (Spät-)Aussiedlerstatus (39 Prozent) migrierten, meist länger als fünfzehn Jahre in Deutschland lebten, ist der finanziell motivierte Zuzug hingegen eine Entwicklung der letzten zehn Jahre. Entsprechend gaben alle Befragten, die sich aufgrund bestehender Preisunterschiede auf dem Wohnungsmarkt für die Migration entschieden haben, an, seit maximal zehn Jahren in Deutschland zu wohnen.

Insgesamt betrachtet, wies die Hälfte der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund eine Aufenthaltsdauer von über fünfzehn Jahren in der Bundesrepublik auf. Während der Anteil mit einer Aufenthaltsdauer von einem bis fünf, sechs bis zehn und elf bis fünfzehn Jahren mit durchschnittlich rund 16 Prozent nahezu identisch war, lag der Anteil der Befragten, die weniger als ein Jahr in Deutschland lebten, bei etwa 2 Prozent (s. Abb. 55).

Abbildung 55: Aufenthaltsdauer der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund in Deutschland (N=320)



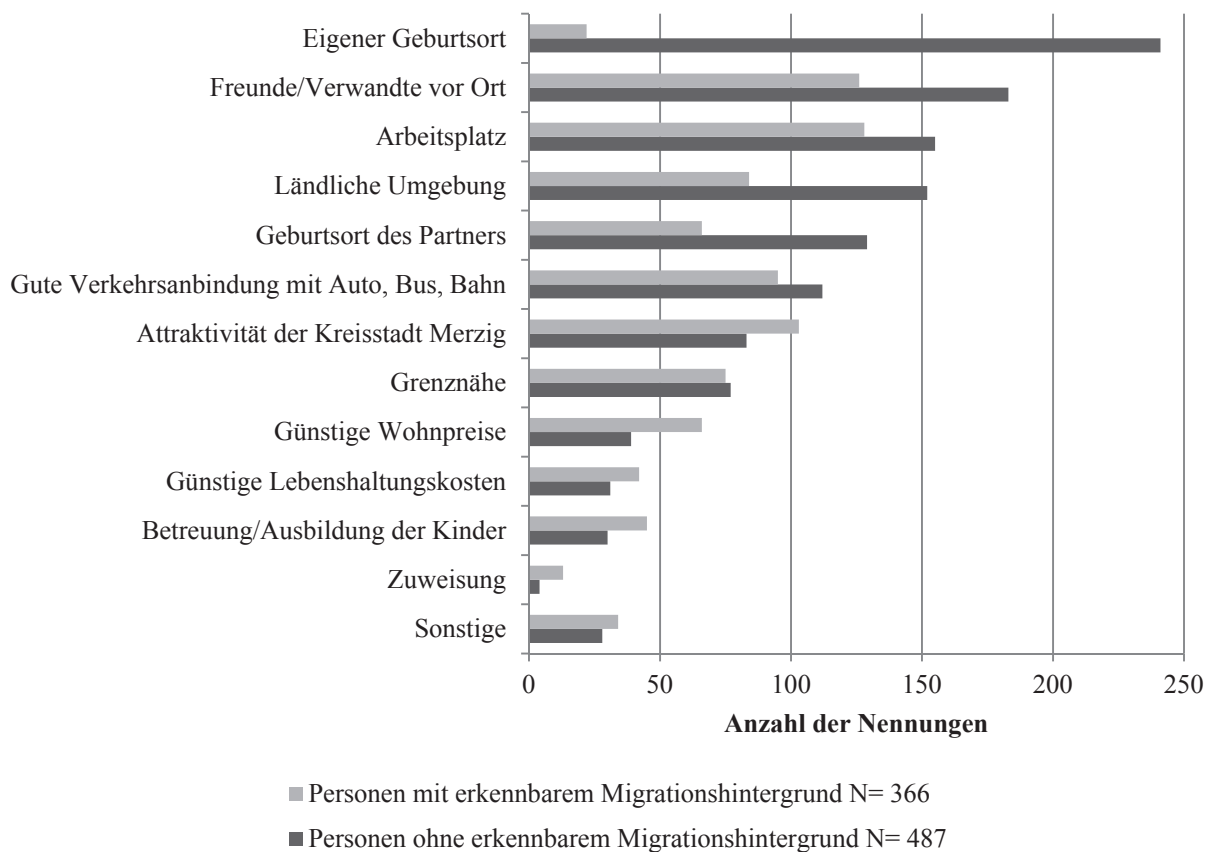
Quelle: Eigene Erhebung 2012

Werden die Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund differenziert nach Wohnorten betrachtet, so lebte rund die Hälfte im Stadtteil Merzig. Mit großem Ab-

stand folgten Hilbringen (14 Prozent), Besseringen (9 Prozent) und Brotdorf (8 Prozent) sowie die übrigen Stadtteile⁴². Rund 42 Prozent der Befragten verlegte den Wohnsitz vor mehr als fünfzehn Jahren in die Kreisstadt Merzig.

Die in der Kreisstadt Merzig lebenden Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund begründeten ihre Wohnortwahl mit der Attraktivität der Kreisstadt (s. Abb. 56).

Abbildung 56: Gründe für die Wohnortwahl in der Kreisstadt Merzig (Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Vor allem das Arbeitsplatzangebot, örtliche familiäre und freundschaftliche Netzwerke sowie die gute Verkehrsanbindung mit Auto, Bus und Bahn waren die am häufigsten genannten Gründe. Ebenso wurde die ländliche Umgebung der Kreisstadt Merzig positiv bewertet. Werden die Gründe für die Wohnortwahl vor dem Hintergrund der Nationalität der Befragten analysiert, zeigen sich einige Besonderheiten: Begründeten Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit ihre Wohnortwahl unter anderem damit, dass es sich bei der Kreisstadt Merzig um den eigenen Geburtsort handelt, spielte dies in den anderen Gruppen nahezu keine Rolle. Für die Untersuchungsgruppe der Befragten französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit war hingegen

⁴² Zum Schutz der Anonymität der Befragten wurde die Untersuchung nur in den Stadtteilen der Kreisstadt Merzig durchgeführt, in denen mehr als zehn Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund lebten (s. Kap. 2.3.2.1).

besonders die grenznahe Lage der Kreisstadt für die Wahl als Wohnstandort entscheidend, da die räumliche Nähe Aktivitäten im Herkunftsland erleichtert. Im Fall einer Beibehaltung des Arbeitsplatzes im Herkunftsland wird auf diese Weise auch ein tägliches Pendeln zum Arbeitsplatz ermöglicht. Speziell Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit begründeten die Wahl ihres Wohnortes des Weiteren mit den niedrigeren Wohnpreisen und Lebenshaltungskosten im Saarland. Befragte mit türkischer Staatsangehörigkeit schätzten bei der Wohnortentscheidung auch die in der Kreisstadt Merzig vorhandenen Ausbildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.

Bei allen Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund bestand eine große Zufriedenheit im Hinblick auf den derzeitigen Wohnort, weshalb etwa 94 Prozent planten, auch in naher Zukunft ihren Wohnsitz nicht außerhalb der Kreisstadt Merzig zu verlegen.

6.1.2 Funktionale Integration

Im Zuge der Analyse der funktionalen Integration lag der Fokus auf der Untersuchung der deutschen Sprachkompetenz sowie der Sprachpraxis und Möglichkeiten frühkindlicher Sprachförderung.

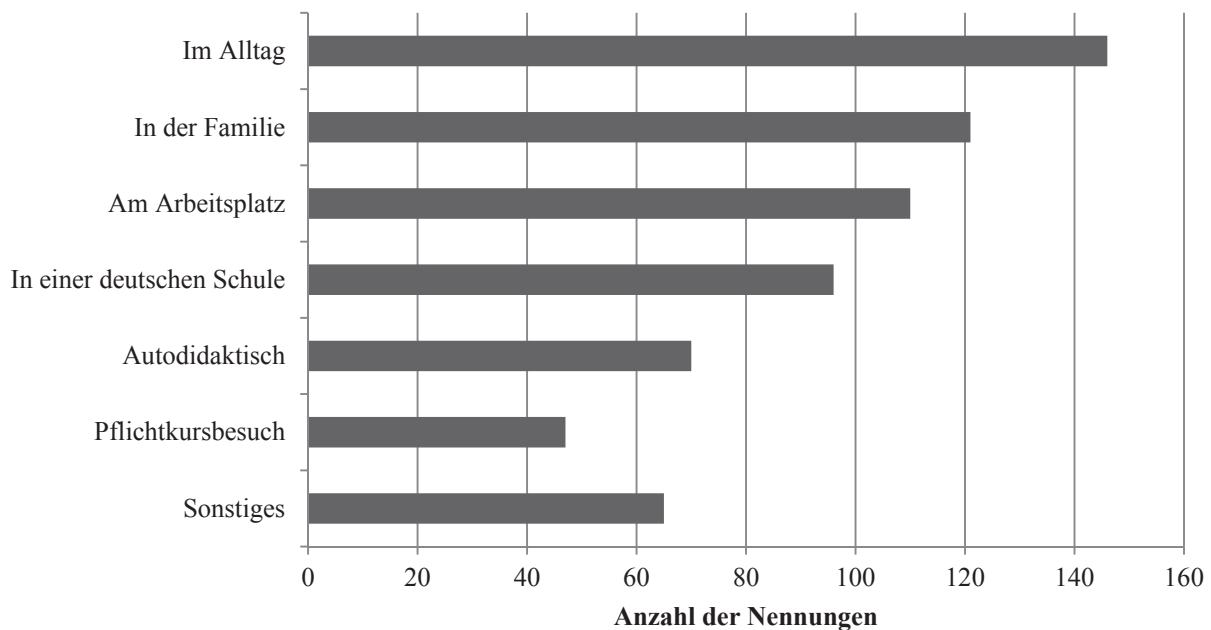
Deutsche Sprachkompetenz und Sprachpraxis

Rund 34 beziehungsweise 35 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund schätzten ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut beziehungsweise sehr gut ein. Dieser relativ hohe Wert ergibt sich einmal aus der Tatsache, dass Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit über umfassende Deutschkenntnisse verfügen. Darüber hinaus hat die lange Verweildauer einzelner Personengruppen in Deutschland teilweise positive Auswirkungen auf die Sprachkompetenz. Dementsprechend verfügten etwa 90 Prozent der Befragten mit französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit über gute oder sehr gute Sprachkenntnisse und rund 80 Prozent der Staatsangehörigen Italiens gaben an, gut beziehungsweise sehr gut deutsch zu sprechen. Dies trifft hingegen nur auf 28 Prozent der befragten Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit zu. Weniger als zehn Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund (9 Prozent) besaßen keine oder nur rudimentäre Deutschkenntnisse⁴³.

Die Mehrheit der befragten Personen erwarb die Sprachkenntnisse nach der Migration im Ankunftsland. Vor allem der Alltag, das Familienleben oder der Umgang mit Kollegen am Arbeitsplatz sowie Mitschülern boten Gelegenheiten zum Spracherwerb. Ein geringerer Teil der Befragten eignete sich die Sprachkompetenzen unter anderem autodidaktisch oder im Rahmen eines Pflichtkurses an (s. Abb. 57).

⁴³ Die Übersetzung des Fragebogens ins Russische und Türkische ermöglichte damit auch russisch- und türkischsprachigen Personen ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen die Teilnahme an der Befragung (s. Kap. 2.3.2.4).

Abbildung 57: Art des Spracherwerbs der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) (Mehrfachnennungen)



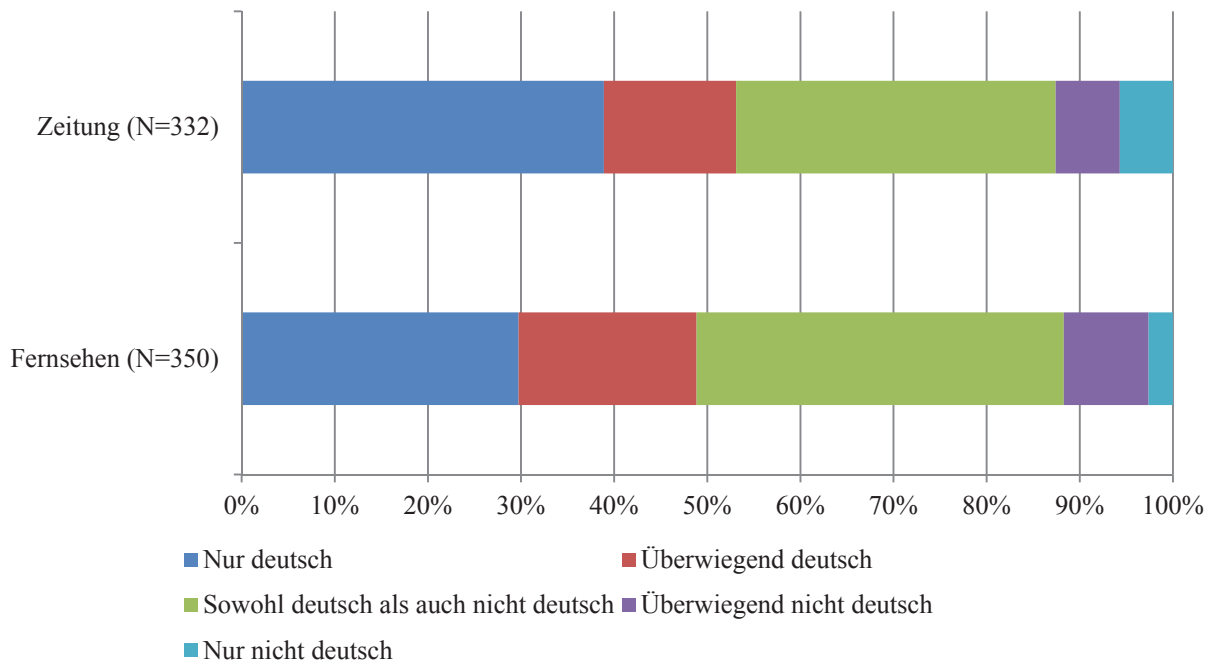
Quelle: Eigene Erhebung 2012

Während Befragte italienischer Staatsangehörigkeit vor allem im täglichen Leben, im beruflichen und schulischen Umgang sowie autodidaktisch die Sprache des Ankunftslandes erlernten, spielte bei Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund neben dem beruflichen vor allem das familiäre Umfeld eine wichtige Rolle für den Spracherwerb. Im Vergleich zu den anderen Untersuchungsgruppen mit erkennbarem Migrationshintergrund wurde die Sprachkompetenz der Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund verstärkt auch durch die Teilnahme an Pflichtsprachkursen geprägt.

Außerdem gaben etwa 69 Prozent der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund an, zu Hause deutsch zu sprechen. Dieser Anteil steigt mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland. So erhöhte sich der Anteil der im Haushalt deutschsprechenden Personen von rund 17 Prozent (Aufenthaltsdauer von weniger als einem Jahr) zunächst sprunghaft auf 49 Prozent (Aufenthaltsdauer zwischen einem und fünf Jahren) und dann kontinuierlich auf rund 78 Prozent (Aufenthaltsdauer von mehr als fünfzehn Jahren). Dementsprechend besteht zwischen den beiden Variablen ein schwacher Zusammenhang. Zwischen der Variablen „Staatsangehörigkeit“ und der Variablen „Umgangssprache“ existiert ebenfalls ein schwacher Zusammenhang. Während etwa 31 Prozent der Befragten türkischer Staatsangehörigkeit angaben, Deutsch als häusliche Umgangssprache zu nutzen, schwankte dieser Anteil in den übrigen Untersuchungsgruppen mit erkennbarem Migrationshintergrund zwischen 66 Prozent bei Personen französischer oder luxemburgischer Nationalität und 78 Prozent bei Staatsangehörigen Italiens.

Rund die Hälfte der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund nutzten überwiegend deutschsprachige Medien, weitere rund 34 beziehungsweise 39 Prozent lasen beziehungsweise schauten sowohl deutsch- als auch anderssprachige Zeitungen und Fernsehprogramme (s. Abb. 58).

Abbildung 58: Sprachpraxis der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Frühkindliche Sprachförderung

Frühkindliche Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen erhielten etwa 19 beziehungsweise 17 Prozent der Kinder befragter Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund. Kein Förderungsbedarf bei ihren Kindern bestand nach Aussage von durchschnittlich rund 51 Prozent der befragten Eltern.

Eine Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit zeigt, dass vor allem bei Kindern von Staatsangehörigen Frankreichs, Italiens und Luxemburgs keine Unterstützung beim Spracherwerb für notwendig erachtet wurde. Dementsprechend wurden die Angebote von Kindern dieser Befragungsgruppen nur von durchschnittlich etwa 6 Prozent in Anspruch genommen, während der Anteil bei den Personen türkischer Staatsangehörigkeit und sonstiger Nationalitäten sowie Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund bei durchschnittlich rund 25 Prozent lag. Diese nationalitätsbedingten Unterschiede spiegeln sich auch in einem schwachen Zusammenhang zwischen den jeweiligen Variablen wider.

6.1.3 Strukturelle Integration

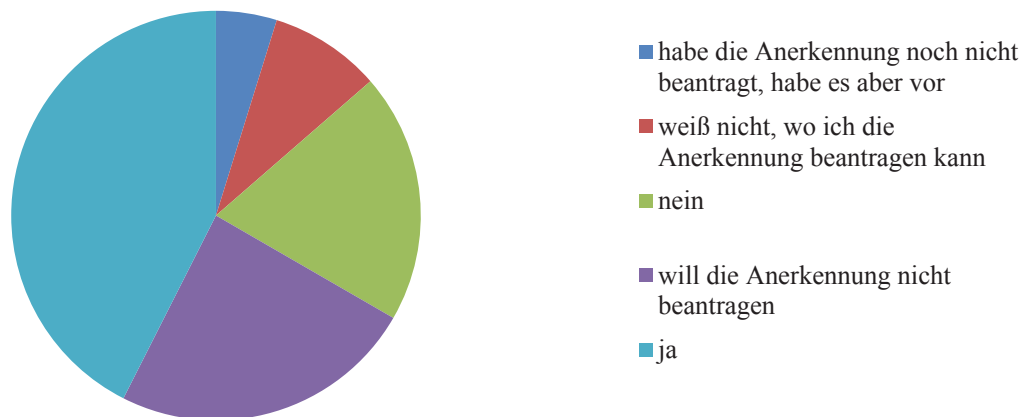
Die strukturelle Integration wurde beispielhaft an den Bereichen „Bildung“, „Erwerbstätigkeit“, „Kindertageseinrichtungen“ und „Wohnen“ untersucht.

Bildung

Werden die Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund hinsichtlich ihres höchsten Bildungsabschlusses differenziert, dominierte mit einem Anteil von etwa 32 Prozent der Hauptschulabschluss, gefolgt vom Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss (24 Prozent), dem mittleren Bildungsabschluss (17 Prozent) sowie der Fachhochschulreife beziehungsweise dem Abitur (14 Prozent). Über keinen Bildungsabschluss verfügten hingegen fünfzehn Personen beziehungsweise rund 4 Prozent der Untersuchungsgruppe mit erkennbarem Migrationshintergrund (0,6 Prozent bei Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund), wobei dieser Anteil mit etwa 12 Prozent bei Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit hoch war. Auch im Hinblick auf die Bildungsabschlüsse zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationalitäten. So verfügten die Gruppen der Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund, die Befragten mit französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit sowie die sonstiger Nationalitäten über ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau. Durchschnittlich besaßen rund 30 Prozent der Personen dieser drei Untersuchungsgruppen einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, während dieser Anteil bei Befragten italienischer oder türkischer Staatsangehörigkeit bei durchschnittlich etwa 7 Prozent lag. In diesen beiden Gruppen bildeten hingegen Personen mit einem Hauptschulabschluss den größten Anteil.

Mit einem Anteil von rund 68 Prozent erwarben die Befragten den Bildungsabschluss meist vor dem Migrationsprozess und damit in ihrem jeweiligen Herkunftsland. Während in etwa 43 Prozent der Fälle die im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse in Deutschland anerkannt wurden, wurden rund 20 Prozent der Anträge von den zuständigen Stellen abgelehnt (s. Abb. 59). Darüber hinaus planten etwa 5 Prozent der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund sich in naher Zukunft um eine Anerkennung des im Ausland erworbenen Bildungsabschlusses zu bemühen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings das Wissen über den Ablauf des Anerkennungsprozesses und die entsprechenden Stellen. Diese Informationen fehlten jedoch in rund 9 Prozent der Fälle.

Abbildung 59: Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund in Deutschland (N=228)



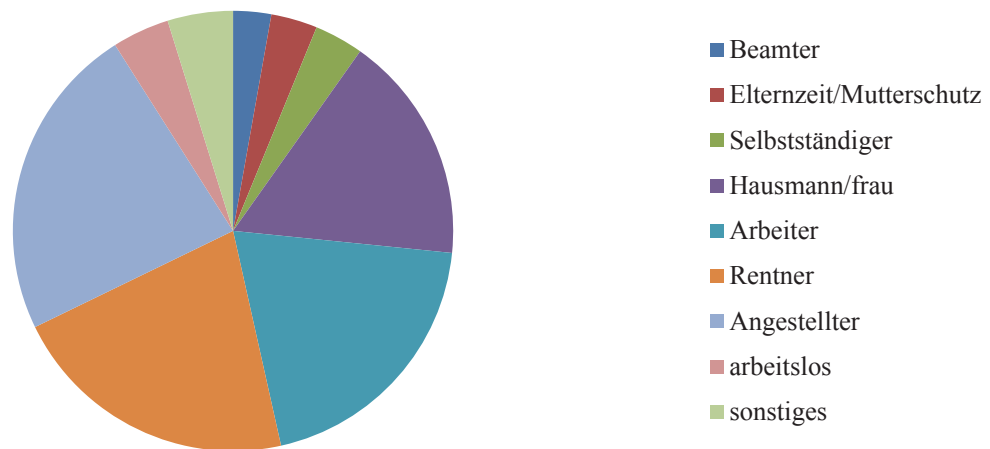
Quelle: Eigene Erhebung 2012

Differenziert nach dem höchsten Bildungsabschluss, war die Anerkennungsquote mit 50 Prozent bei Personen mit einem Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulabschluss am höchsten. Es folgten Befragte mit einem mittleren Bildungsabschluss (49 Prozent), mit einer Fachhochschulreife beziehungsweise Abitur (45 Prozent) sowie einem Hauptschulabschluss (38 Prozent). Größere Unterschiede in der Anerkennungsquote, die auf die Staatsangehörigkeit der Personen zurückzuführen sind, wurden nur bei der Untersuchungsgruppe der Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund deutlich. So wurden etwa 53 Prozent der Anträge dieser Personengruppe positiv beschieden, während der Anteil der übrigen Untersuchungsgruppen mit erkennbarem Migrationshintergrund bei durchschnittlich rund 41 Prozent lag. Bedingt durch die besondere Situation der grenzüberschreitenden Wohnmigranten, die häufig weiterhin im Herkunftsland erwerbstätig sind, ist die Anerkennung der Bildungsabschlüsse gerade für die Befragten französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit meist nur von geringer Relevanz. Dementsprechend gaben auch etwa 43 Prozent der Personen dieser Untersuchungsgruppe an, nicht an einer Anerkennung interessiert zu sein.

Erwerbstätigkeit

Rund die Hälfte der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund war zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig, wobei es sich in erster Linie um Angestellte (23 Prozent) und Arbeiter (20 Prozent) sowie in deutlich geringerem Maße auch um Selbstständige (4 Prozent) und Beamte (3 Prozent) handelte (s. Abb. 60). Zu den Befragten, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, zählten Rentner (21 Prozent), Hausfrauen/männer (17 Prozent), Erwerbslose (4 Prozent) sowie Personen in Elternzeit beziehungsweise Mutterschutz (3 Prozent). Im Vergleich mit der Untersuchungsgruppe ohne erkennbaren Migrationshintergrund, in der etwa 2 Prozent der Befragten arbeitssuchend gemeldet waren, waren Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund nahezu doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Abbildung 60: Derzeitiges Beschäftigungsverhältnis der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=357)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Rund 52 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund fanden in Deutschland einen Arbeitsplatz, der ihrem jeweiligen Qualifikationsniveau entsprach. Während durchschnittlich etwa 57 Prozent der Personen mit französischer, luxemburgischer oder italienischer Staatsangehörigkeit sowie Befragte mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund und sonstiger Nationalitäten eine dem Qualifikationsniveau entsprechende Arbeitsstelle bekamen, traf dies auf 25 Prozent der Staatsangehörigen der Türkei zu. Ein schwacher Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen weist auf diese bestehenden Unterschiede hin.

28 Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (10 Prozent) gaben an, aufgrund ihres Migrationshintergrunds am Arbeitsplatz Diskriminierungen ausgesetzt gewesen zu sein. Mit rund 22 beziehungsweise 14 Prozent waren in erster Linie Befragte türkischer Staatsangehörigkeit sowie Personen sonstiger Nationalitäten von Diskriminierung betroffen. Darüber hinaus bestanden auch leichte Unterschiede hinsichtlich des Qualifizierungsniveaus. So erlebten Befragte mit höherem Bildungsabschluss (Fachhochschul-/Hochschulabschluss: 16 Prozent; Fachhochschulreife/Abitur: 13 Prozent) tendenziell häufiger Diskriminierung als Personen mit niedrigerem Qualifikationsniveau (Hauptschulabschluss: 9 Prozent; mittlerer Bildungsabschluss: 8 Prozent).

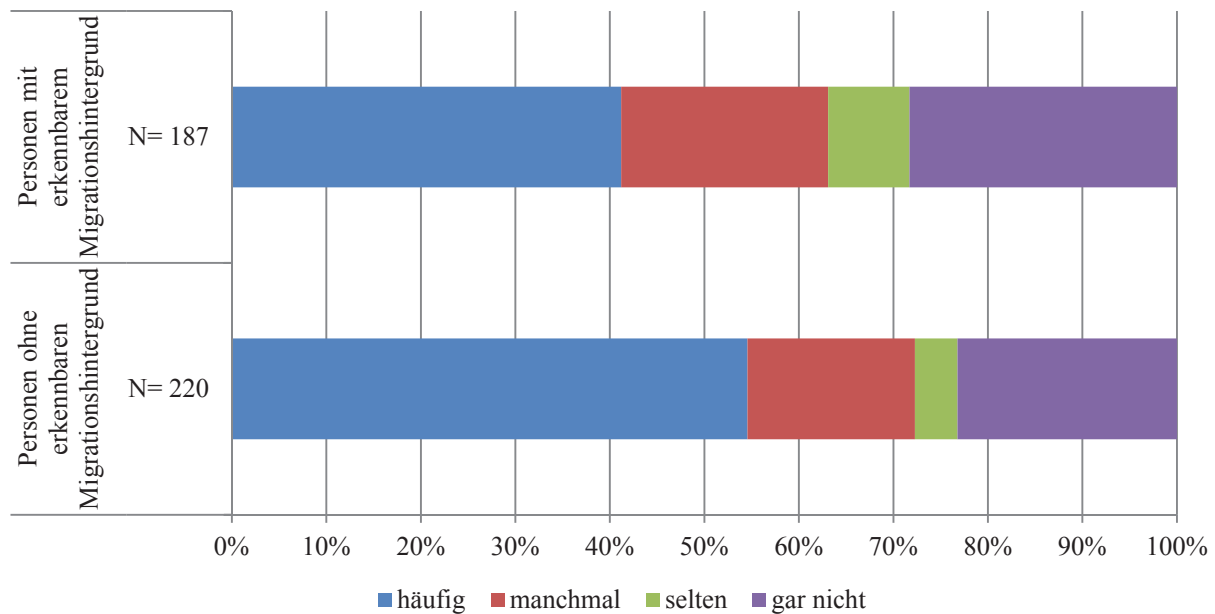
Kindertageseinrichtungen und Schulen

Etwa 72 beziehungsweise 73 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund und eigenen Kindern nahmen an Veranstaltungen wie beispielsweise Elternabenden oder Festen in den Kindertageseinrichtungen und Schulen teil, darunter jeweils ein großer Anteil, der jeweils regelmäßig partizipierte (s. Abb. 61 und Abb. 62).

Verglichen mit den anderen Untersuchungsgruppen mit erkennbarem Migrationshintergrund war mit rund 42 beziehungsweise 33 Prozent der Anteil der Personen mit

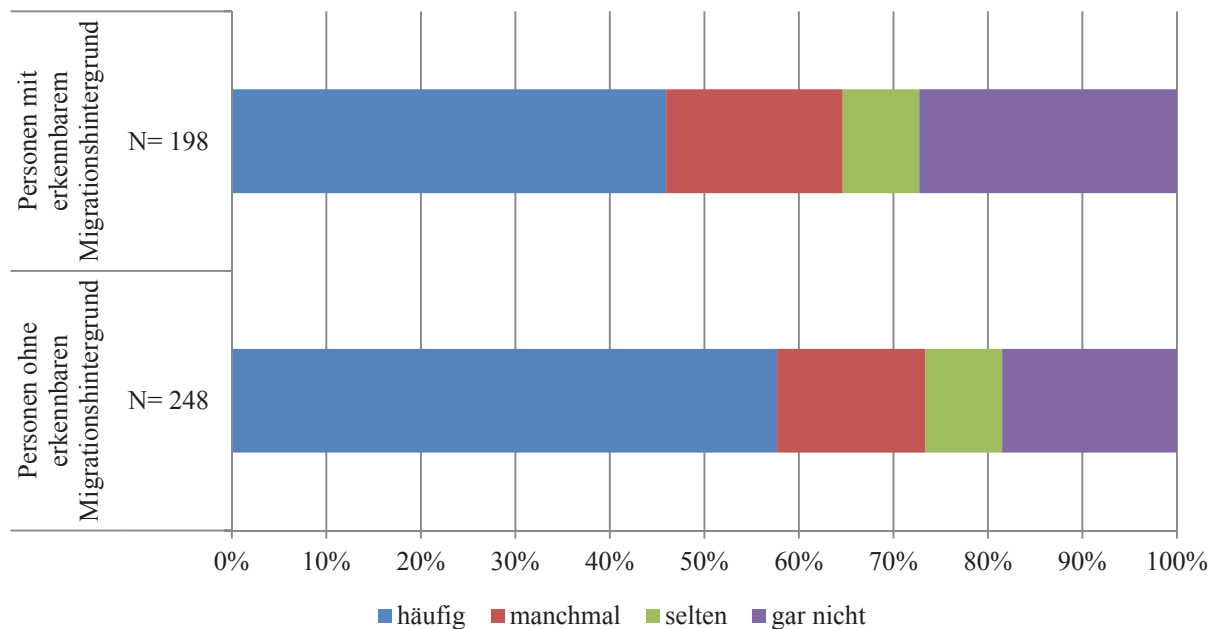
ehemals sowjetischem Migrationshintergrund, die keine Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen besuchten, am höchsten.

Abbildung 61: Teilnahme an Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Abbildung 62: Teilnahme an Veranstaltungen in Schulen



Quelle: Eigene Erhebung 2012

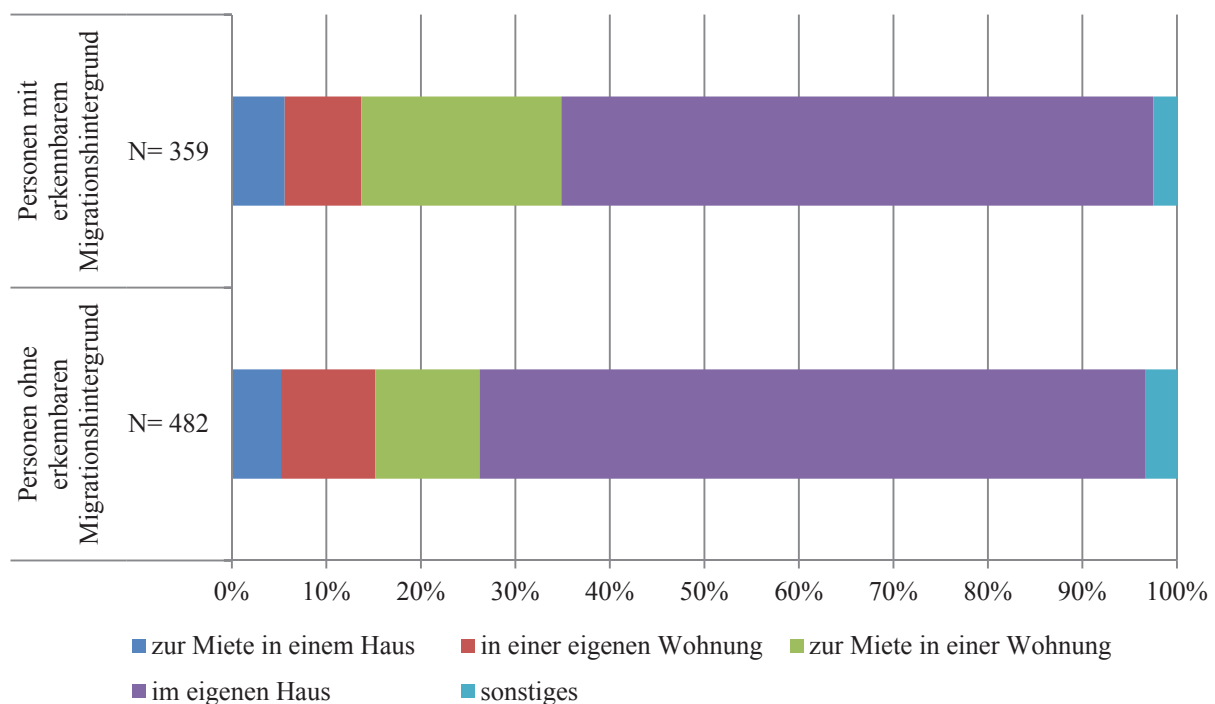
Sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch in Schulen kam es aufgrund des Migrationshintergrunds zu Ausgrenzung. Während 2 Prozent der Befragten angaben, dass die Kinder in Kindertageseinrichtungen ausgegrenzt wurden, war dieser Anteil mit etwa 6 Prozent in Schulen höher. Eine Differenzierung nach Nationalitäten verdeutlicht, dass

in erster Linie Kinder von Personen türkischer Staatsangehörigkeit Ausgrenzungserfahrungen machen mussten (Kindertageseinrichtungen: 11 Prozent; Schulen: 13 Prozent). Kinder von Staatsangehörigen Italiens wurden hingegen weder in Kindertageseinrichtungen noch in Schulen ausgegrenzt.

Wohnen

Rund 71 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund (81 Prozent der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund) verfügten über Wohneigentum in Form eines Hauses oder einer Wohnung (s. Abb. 63). Damit lag diese Quote erheblich über der vom Statistischen Bundesamt (2012: 13) im Jahr 2010 erhobenen Wohneigentumsquote für das Saarland von 63,7 Prozent sowie der laut Mikrozensus von 2010 ermittelten Wohneigentumsquote der Personen mit Migrationshintergrund von 33,2 Prozent (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2015: 3).

Abbildung 63: Wohnform



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Noch höher war die Wohneigentumsquote bei der Gruppe der Befragten mit französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit, wo mehr als vier Fünftel der Personen über eigenen Wohnraum verfügten. Darunter besaßen etwa 93 Prozent aller Befragten luxemburgischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung, was in den unterschiedlichen Wohnpreisen zwischen dem Ankunfts- und Herkunftsland begründet ist. Meist änderten sich bei einem grenzüberschreitenden Umzug für Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit auch der Bewohnerstatus und das Wohnsegment (vgl. Gerber & Licheron 2010: 85).

6.1.4 Soziale Integration

Für die Untersuchung der sozialen Integration wurden Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen innerhalb des Wohnumfelds, interkulturelle berufliche und private Kontakte, Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtliches Engagement sowie die Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen herangezogen.

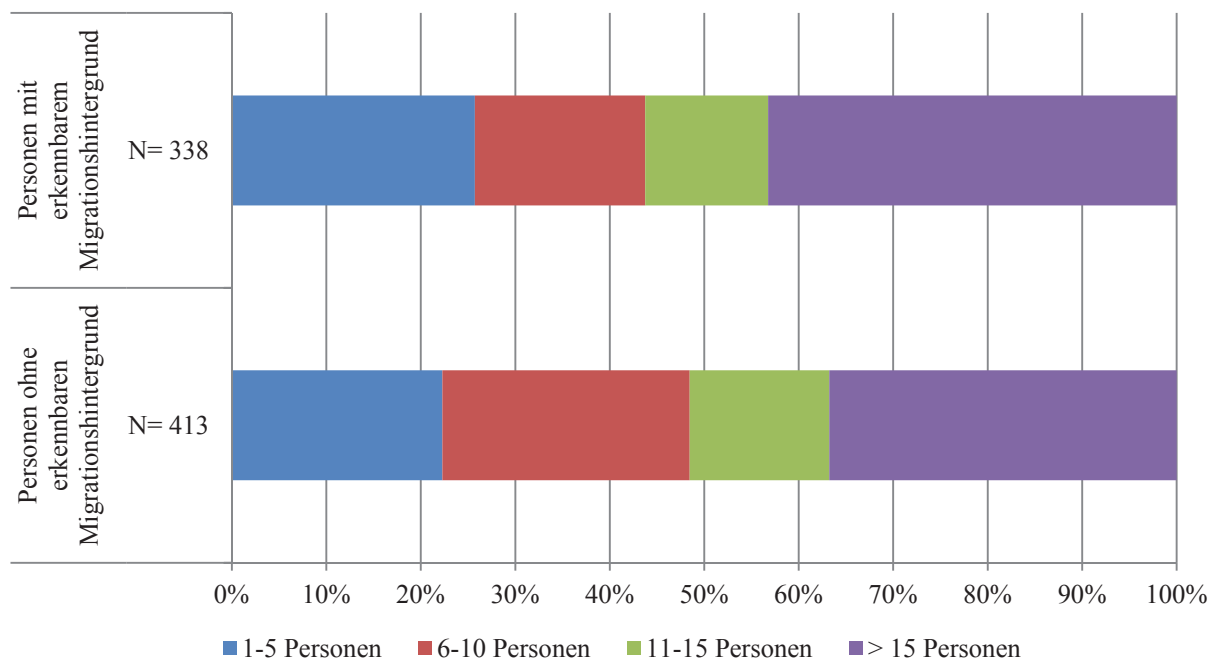
Intergruppenkontakte innerhalb des Wohnumfelds

Aufgrund der Tatsache, dass Personen mit und ohne Migrationshintergrund in gemeinsamen Wohngebieten zusammenleben, besteht die Möglichkeit vielfältiger interkultureller Kontakte, die auch von der Mehrheit der Befragten mit und ohne erkennbaren Migrationshintergrund genutzt wurden. So gaben rund 72 Prozent der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund an, im direkten Wohnumfeld über interkulturelle Kontakte zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit zu verfügen, darunter etwa 10 Prozent mit regelmäßigem und 63 Prozent mit eher unregelmäßigem Kontakt. Während unter den Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund demnach rund 28 Prozent keine interkulturellen Kontakte zu Allochthonen in ihrer Nachbarschaft pflegten, gaben im Gegensatz dazu nur etwa 1 Prozent der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund an, keine Kontakte zu autochthonen Nachbarn zu haben. In regelmäßigem Kontakt zu ihrem autochthonen Wohnumfeld standen rund 60 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund, wobei dieser bei Personen mit französischer oder luxemburgischer Nationalität (69 Prozent) und Befragten italienischer Staatsangehörigkeit (73 Prozent) intensiv war. Etwa 26 Prozent der Befragten türkischer Nationalität gaben an, häufig Kontakte zu autochthonen Nachbarn zu haben. Darüber hinaus standen fast drei Viertel dieser Bevölkerungsgruppe in unregelmäßigem Kontakt zu Autochthonen im direkten häuslichen Umfeld.

Die aufgezeigten Unterschiede in der Regelmäßigkeit der interkulturellen Kontakte im Wohnumfeld sind nicht nur auf eine personenbedingte höhere beziehungsweise geringere interkulturelle Offenheit zurückzuführen, sondern werden auch durch die Anzahl der Kontaktmöglichkeiten bedingt. Während Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund weitgehend auf autochthone Nachbarn treffen und somit mehr Möglichkeiten zum Kontakt bestehen, leben im Wohnumfeld vieler Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund wenige oder keine Nachbarn mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies reduziert naturgemäß die interkulturellen Kontaktmöglichkeiten in der direkten Nachbarschaft deutlich. Dementsprechend bewohnte die Mehrheit der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund, die keine interkulturellen Interaktionen pflegte, solche Wohngebiete, in denen wenige oder keine Bewohner ausländischer Staatsangehörigkeit lebten. Jedoch zeigt ein Vergleich der bestehenden Kontakte, dass ein geringfügig höherer Anteil der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund in Kontakt zu Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit stand als autochthone Nachbarn unter sich.

Die Untersuchungsgruppen mit und ohne erkennbaren Migrationshintergrund unterscheiden sich zudem hinsichtlich der Quantifizierung ihrer interkulturellen Netzwerke im Wohnumfeld. Mit mindestens 11 Personen deutscher Nationalität war das interkulturelle Netzwerk eines Großteils der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund innerhalb ihres Wohnumfeldes mehr als doppelt so groß wie bei drei Viertel der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund. Auch hinsichtlich der Größe des interkulturellen Netzwerks der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund zu Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit und der Größe des intrakulturellen Netzwerks der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund im Wohnumfeld zeigen sich leichte Unterschiede. So gaben rund 56 beziehungsweise 52 Prozent der Befragten mit beziehungsweise ohne erkennbaren Migrationshintergrund an, innerhalb des Wohnumfelds zu mindestens 11 Personen deutscher Staatsangehörigkeit Kontakt zu haben (s. Abb. 64).

Abbildung 64: Anzahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit im individuellen nachbarschaftlichen Netzwerk



Quelle: Eigene Erhebung 2012

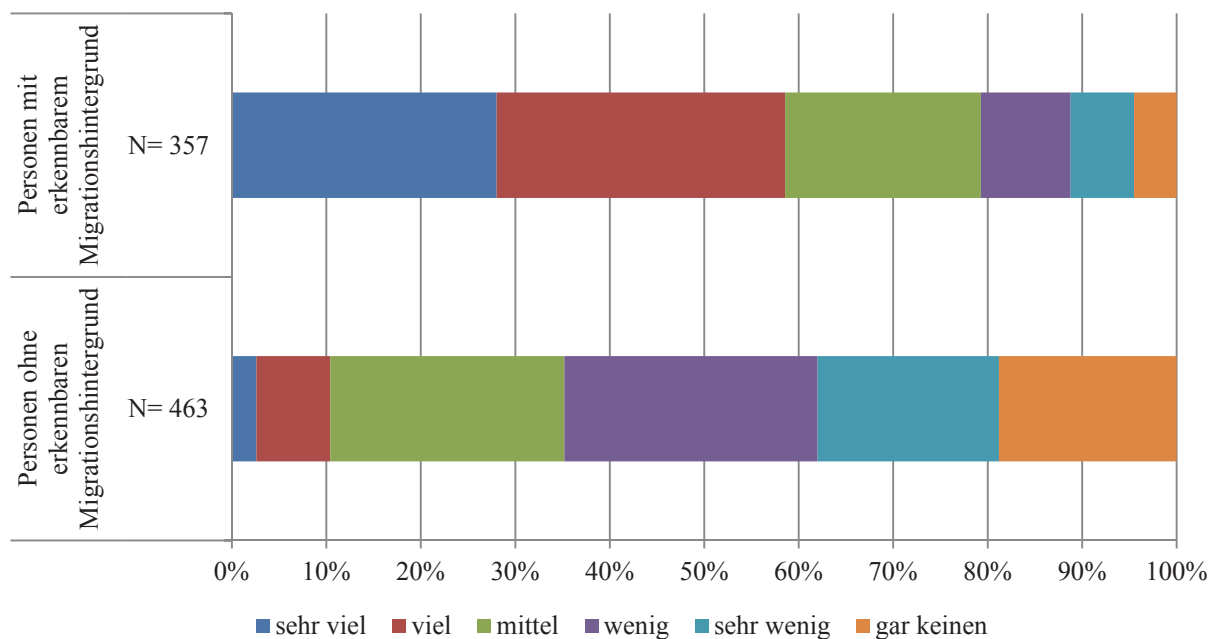
Wird die Variable „Staatsangehörigkeit“ mit der Variablen „Größe der interkulturellen Netzwerke“ in Beziehung gesetzt, so zeigt sich ein schwacher Zusammenhang. Demnach hatten Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund und Befragte türkischer Staatsangehörigkeit zu weniger Nachbarn deutscher Nationalität Kontakt als Personen anderer Herkunftsländer. Mit mehrheitlich über 15 autochthonen Kontaktpersonen war das interkulturelle Nachbarschaftsnetzwerk bei Befragten französischer oder luxemburgischer beziehungsweise italienischer Staatsangehörigkeit vergleichsweise groß.

Hinsichtlich der Gründe für interkulturelle Kontakte dominieren unabhängig vom Migrationshintergrund nachbarschaftliche Begegnungen, gefolgt von interkulturellen Freundschaften sowie Kontakten über Kinder und Beruf. Aber auch organisatorische Verpflichtungen, soziales Engagement sowie infrastrukturelle Kontakte beispielsweise in Form von Einkaufsmöglichkeiten wurden von beiden Untersuchungsgruppen genannt. Über die bisher beschriebenen Anlässe zu interkulturellen Begegnungen hinaus war für die Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund im Hinblick auf intra-kulturelle Netzwerke auch der gemeinsame kulturelle Hintergrund von Bedeutung.

Interkulturelle berufliche und private Kontakte

Neben den Intergruppenkontakten im unmittelbaren Wohnumfeld verfügten durchschnittlich rund 76 Prozent der Befragten ohne und etwa 87 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund über interkulturelle Kontakte zu Personen ausländischer beziehungsweise deutscher Staatsangehörigkeit im beruflichen und privaten Bereich. Bei den Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund gaben rund 71 Prozent der Befragten an, in beruflichem Kontakt zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit zu stehen, etwa 81 Prozent pflegten interkulturelle Kontakte mit Allochthonen im privaten Bereich (s. Abb. 65).

Abbildung 65: Intensität privater interkultureller Kontakte



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Bei der Betrachtung der Intensität der interkulturellen Beziehungen der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund zeigt sich, dass diese im beruflichen Bereich deutlich stärker ausgeprägt waren als im privaten Umfeld. Ebenso ist erkennbar, dass die beruflichen Kontakte der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund von der Erwerbstätigkeit und damit vom Alter der Befragten abhängen. Dies spiegelt sich auch in einem schwachen Zusammenhang zwischen der Variablen „Altersgruppe“ und

der Variablen „Intensität der beruflichen Kontakte zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit“ wider. Während die 31- bis 50-Jährigen ohne erkennbaren Migrationshintergrund in besonders intensivem beruflichem Kontakt zu Kollegen ausländischer Staatsangehörigkeit standen, gingen diese Kontakte mit zunehmendem Alter zurück.

Außerdem besteht zwischen der Variablen „Altersgruppe“ und der Variablen „Intensität der privaten Kontakte zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit“ in der Gruppe der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund ein schwacher Zusammenhang. Verfügt die 20- bis 30-Jährigen über intensive private Beziehungen zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, war die Intensität dieser Kontakte bei Befragten unter 20 Jahren sowie bei den 61- bis 70-Jährigen geringer. Mit rund 26 beziehungsweise 43 Prozent lag der Anteil der befragten Personen im Alter von 61 bis 70 Jahren beziehungsweise der über 70-Jährigen, die über gar keine privaten interkulturellen Kontakte zu allochthonen Bewohnern verfügten, vergleichsweise hoch.

Auch bei der Untersuchungsgruppe mit erkennbarem Migrationshintergrund hatten 79 Prozent der Befragten berufliche interkulturelle Kontakte zu Autochthonen. Etwa 96 Prozent gaben an, über derartige private Kontakte zu verfügen. Im Vergleich zu den Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund waren die privaten Intergruppenkontakte, die mit der autochthonen Bevölkerung gepflegt wurden, etwas intensiver als die beruflichen Beziehungen zu autochthonen Kollegen. Darüber hinaus überwogen private Kontakte zur Bevölkerung deutscher Nationalität (96 Prozent) leicht im Vergleich zu privaten Begegnungen mit Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (94 Prozent). Auch gaben rund 59 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund an, viel oder sehr viel Kontakt zu Autochthonen zu haben, während der entsprechende Anteil im Hinblick auf die privaten Kontakte zu Personen ausländischer Staatsangehörigkeit bei etwa 35 Prozent lag.

Ähnlich der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund nahmen die beruflichen Kontakte auch bei der Untersuchungsgruppe mit erkennbarem Migrationshintergrund, abgesehen von der Altersgruppe der 51- bis 60-Jährigen, mit zunehmenden Alter ab.

Darüber hinaus zeigen sich bei den beruflichen Netzwerken Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts und der Nationalität der Befragten, die sich in einem sehr schwachen oder schwachen Zusammenhang der Variablen widerspiegeln. War mit rund 52 beziehungsweise 60 Prozent der Anteil der befragten Frauen und Männer mit erkennbarem Migrationshintergrund, die über intensive berufliche Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit verfügten, relativ ausgeglichen, standen jedoch deutlich mehr Frauen als Männer in keinem beruflichen Kontakt mit Kollegen deutscher Nationalität.

Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit war mit etwa 35 Prozent der Anteil der Personen, die über keinerlei berufliche Begegnungen mit Autochthonen verfügten, in der Gruppe der Befragten mit französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit am

höchsten. Wird zwischen den beiden Nationalitäten differenziert, so hatten rund 52 Prozent der Personen mit französischer Staatsangehörigkeit sehr intensive berufliche Kontakte zu Kollegen deutscher Nationalität, während etwa 53 Prozent der Befragten luxemburgischer Staatsangehörigkeit angaben, über keinerlei entsprechende Kontakte zu verfügen. Dies erklärt sich durch das Phänomen der grenzüberschreitenden Wohnmigration, was vor allem für Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit gilt, die in Deutschland wohnen und oftmals ihren Arbeitsplatz im Großherzogtum beibehalten. Nicht nur Befragte mit französischer Staatsangehörigkeit standen in intensiven beruflichen Kontakten zu Autochthonen. Auch gaben rund 69 beziehungsweise 63 Prozent der befragten Personen mit italienischer Nationalität beziehungsweise ehemals sowjetischem Migrationshintergrund an, über viele oder sehr viele berufliche Kontakte zu autochthonen Arbeitskollegen zu verfügen.

Werden die privaten Intergruppenkontakte von Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund betrachtet, so pflegten die Altersgruppen zwischen 20 und 60 Jahren sowie die über 70-Jährigen besonders intensive Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit. Zugleich war jedoch mit durchschnittlich etwa 9 Prozent auch der Anteil der Personen, die über keinerlei private Kontakte zu Autochthonen verfügten, in den Altersklassen der 20- bis 30- und über 70-Jährigen am höchsten.

Die Staatsangehörigkeit betreffend fällt auf, dass Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund trotz ihrer deutschen Staatsangehörigkeit anteilmäßig (47 Prozent) weniger intensiv mit Autochthonen verkehrten als Befragte mit italienischer (73 Prozent) beziehungsweise französischer oder luxemburgischer (65 Prozent) Staatsangehörigkeit oder Personen sonstiger Nationalitäten (61 Prozent). Darüber hinaus wird deutlich, dass die befragten Personen türkischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von etwa 26 Prozent deutlich häufiger angaben, in keinem privaten Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit zu stehen, als der Durchschnitt aller Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund (5 Prozent). Dennoch bestand bei 63 beziehungsweise rund 52 Prozent der Personen türkischer Staatsangehörigkeit beziehungsweise Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund der Wunsch nach häufigeren Kontakten zu Autochthonen. Im Durchschnitt wünschten sich 38 Prozent aller Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund stärkere Kontakte zu Personen deutscher Nationalität. Diese Unterschiede schlugen sich auch in einem schwachen Zusammenhang zwischen der Variablen „Staatsangehörigkeit“ und der Variablen „Wunsch nach stärkeren Kontakten zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ nieder.

Wird des Weiteren die Variable „Aufenthaltsdauer in Deutschland“ mit der Variablen „Intensität der privaten Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ in Verbindung gebracht, zeigt sich, dass sich die privaten Kontakte bis auf wenige Ausnahmen mit zunehmender Aufenthaltsdauer der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund intensivieren.

Vereinsmitgliedschaft und ehrenamtliches Engagement

Etwa 60 Prozent der Personen ohne und rund 41 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund gaben an, Mitglied in einem örtlichen Verein zu sein. Die in einem Verein aktiven Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund engagierten sich zu etwa 82 Prozent ausschließlich in einer deutschen, zu rund 13 Prozent sowohl in einer deutschen als auch in einer herkunftsbezogenen und zu etwa 5 Prozent ausschließlich in einer herkunftsbezogenen Vereinigung. Darunter waren in erster Linie Sportvereine, Gesangs- beziehungsweise Musikvereine und die Feuerwehr. Auch wurden von den Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund Fördervereine wie beispielsweise in Kindertageseinrichtungen und Schulen, Obst- und Gartenbauvereine, Heimatvereine sowie weitere Vereinigungen genannt.

Ebenso waren rund 21 Prozent der befragten Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund in kirchlichen Vereinigungen, politischen Verbänden und Gewerkschaften sowie sozialen Einrichtungen ehrenamtlich tätig. Von den Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund betätigten sich etwa 12 Prozent ehrenamtlich. Allerdings wird aus den Befragungsergebnissen nicht deutlich, ob das Engagement in herkunftland- oder ankunftslandbezogenen Kontexten geleistet wurde. Mit einem Anteil von rund 18 Prozent waren die Befragten türkischer Staatsangehörigkeit am stärksten ehrenamtlich engagiert. Es folgten Personen mit französischer oder luxemburgischer Nationalität (14 Prozent) sowie Befragte mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund (13 Prozent), italienische Staatsangehörige (11 Prozent) und Personen sonstiger Nationalitäten (9 Prozent).

Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen

Unabhängig des Migrationshintergrundes nahmen rund drei Viertel aller Befragten an den Veranstaltungen der Kreisstadt Merzig wie beispielsweise dem „Hafen-“ und dem „Viezfest“, dem „Markt der Köstlichkeiten“ sowie an den Dorffesten der einzelnen Stadtgebiete teil.

Der Blick auf soziodemographische Aspekte hinsichtlich der Partizipation bei Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund macht deutlich, dass die örtlichen Feste und Veranstaltungen von allen Altersgruppen sowie beiden Geschlechtern in nahezu gleichen Anteilen besucht wurden.

Zwischen der Variablen „Staatsangehörigkeit“ und der Variablen „Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen“ existiert ein schwacher Zusammenhang. Während rund 90 Prozent der Befragten mit italienischer Staatsangehörigkeit sowie durchschnittlich 74 Prozent der übrigen Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund, Personen türkischer Nationalität ausgenommen, die Veranstaltungen der Kreisstadt Merzig besuchten, waren es etwa 44 Prozent der Befragten türkischer Staatsangehörigkeit, die diese Angebote wahrnahmen.

Neben der Staatsangehörigkeit spielte auch die Aufenthaltsdauer in der Kreisstadt Merzig eine Rolle, was sich in einem schwachen Zusammenhang der beiden Variablen

widerspiegelt. So stieg, von kleineren Schwankungen abgesehen, die Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen mit der Wohndauer.

6.1.5 Identifikatorische Integration

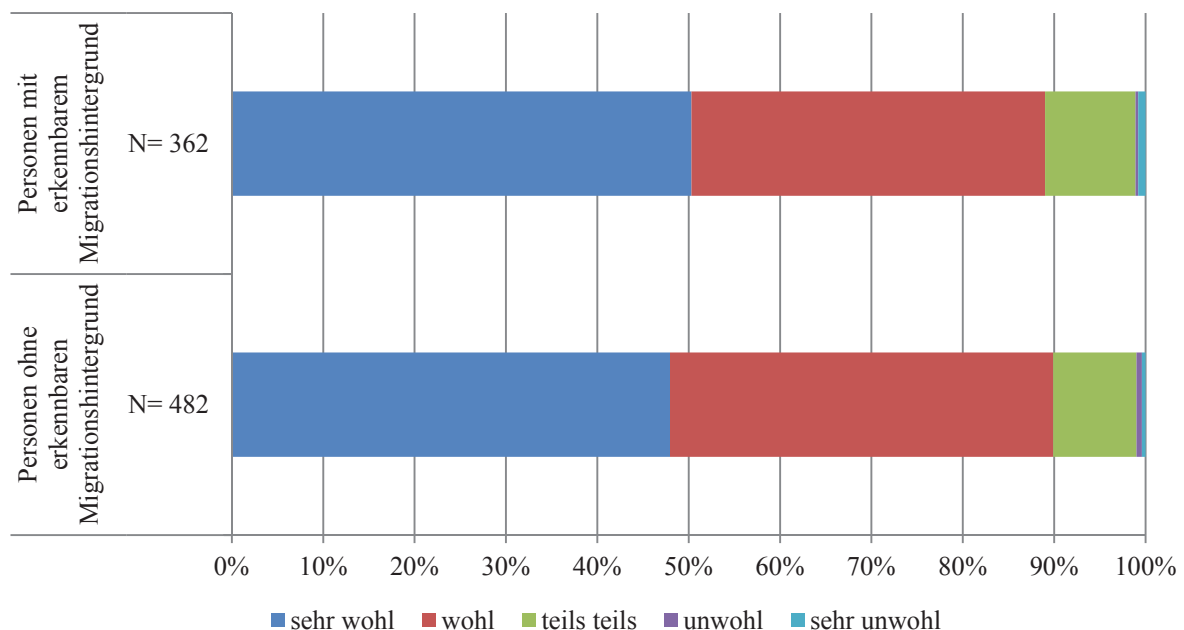
Im Rahmen der identifikatorischen Integration geht es neben der Analyse der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auch um die Verbundenheit der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund mit dem Herkunfts- sowie dem Ankunftsland.

Zugehörigkeit mit dem Wohnumfeld

Rund 84 Prozent der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund fühlten sich von ihrem Wohnumfeld akzeptiert und toleriert, weitere 13 Prozent sahen sich mehr oder weniger angenommen. Dabei bestanden jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Befragten. Gaben 97 beziehungsweise etwa 89 Prozent der befragten Personen mit italienischer beziehungsweise französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit an, von ihrem Wohnumfeld akzeptiert und toleriert zu werden, waren dies rund 83 Prozent der Befragten mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund und etwa 67 Prozent der Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Rund 3 Prozent aller Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund fühlten sich von ihrem Wohnumfeld weder akzeptiert noch toleriert.

Das Gefühl akzeptiert und toleriert zu sein, beeinflusst auch das Wohlbefinden der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund innerhalb des Wohnumfeldes. Ein Vergleich der Untersuchungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund verdeutlicht, dass sich unabhängig vom Migrationshintergrund jeweils über 89 Prozent der Befragten beider Gruppen wohl als auch sehr wohl fühlten (s. Abb. 66).

Abbildung 66: Grad des Wohlbefindens im Wohnumfeld



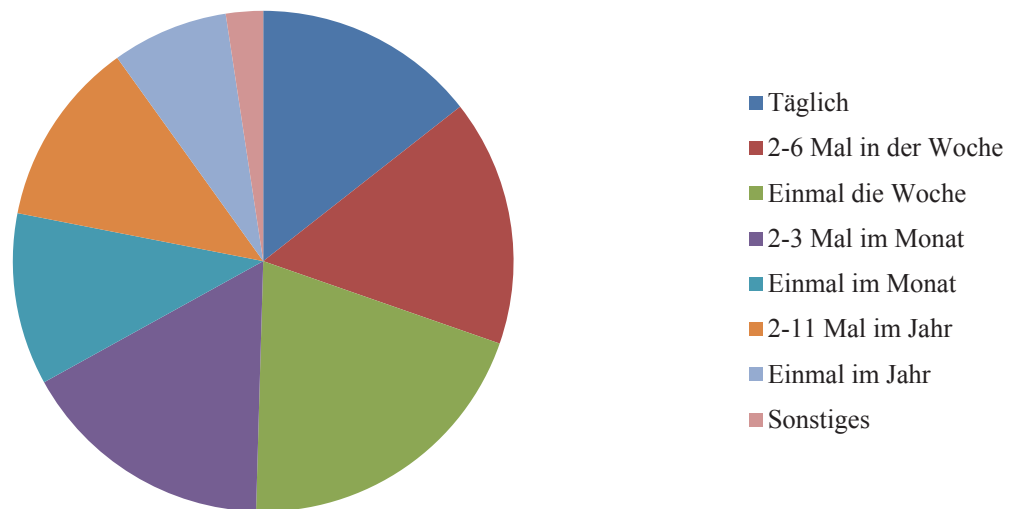
Quelle: Eigene Erhebung 2012

Verbundenheit mit dem Herkunfts- und dem Ankunftsland

Etwa 91 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund empfanden auch nach der Migration eine innere Verbundenheit mit dem Herkunftsland. Darunter 24 beziehungsweise rund 29 Prozent, die eine sehr starke beziehungsweise starke Verbundenheit verspürten. Mit einem Anteil von etwa 72 Prozent schätzten vor allem Personen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von weniger als einem Jahr ihre Verbundenheit mit dem Herkunftsland als stark oder sehr stark ein. Während dieser Anteil bis zu einer Aufenthaltsdauer von fünfzehn Jahren zunächst sprunghaft und dann kontinuierlich auf rund 41 Prozent sank, erhöhte er sich ab einer Aufenthaltsdauer von fünfzehn Jahren erneut auf 58 Prozent. Vor dem Hintergrund der langen Aufenthaltsdauer gaben auch in erster Linie Staatsangehörige Italiens (70 Prozent) und der Türkei (78 Prozent) an, sich stark oder sehr stark mit ihrem Herkunftsland verbunden zu fühlen. Es folgten Befragte mit französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit (60 Prozent) sowie Personen sonstiger Nationalitäten (54 Prozent). Deutlich geringer ausgeprägt war mit etwa 21 Prozent der Anteil der Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund, der seine Verbundenheit mit dem Herkunftsland als stark oder sehr stark einschätzte. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass diese Personengruppe in ihren Quellländern eine Minderheit darstellte, was die Herausbildung von Zugehörigkeitsgefühlen erschwerte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsgruppen mit erkennbarem Migrationshintergrund spiegeln sich in einem schwachen Zusammenhang der beiden Variablen wider.

Die Verbundenheit mit dem Herkunftsland zeigt sich unter anderem in bestehenden Kontakten und Beziehungen zu Personen im Quellland. Entsprechend pflegten rund 93 Prozent der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund Kontakte und Beziehungen in das Herkunftsland. Etwas mehr als die Hälfte gab an, mindestens einmal wöchentlich in Verbindung mit Personen in dem jeweiligen Land zu stehen (s. Abb. 67).

Abbildung 67: Regelmäßigkeit der Kontakte und Beziehungen der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=333) in das Herkunftsland

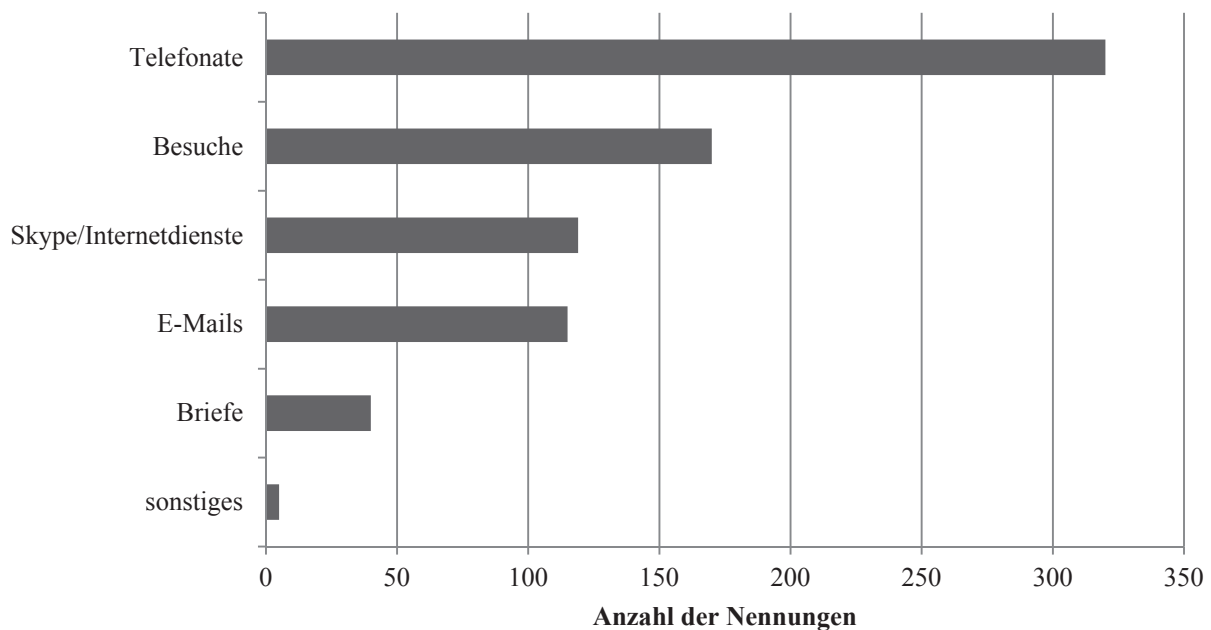


Quelle: Eigene Erhebung 2012

Aufgrund der räumlichen Nähe zu Frankreich und Luxemburg war dieser Anteil mit 60 Prozent bei Befragten französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit besonders ausgeprägt. Während ebenfalls etwa 60 Prozent der befragten Personen türkischer Staatsangehörigkeit (63 Prozent) sowie Personen sonstiger Nationalitäten (58 Prozent) mindestens einmal in der Woche im Kontakt mit Bekannten, Freunden oder Verwandten im Herkunftsland standen, lag dieser Anteil bei Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund bei rund 22 Prozent. Umgekehrt proportional verhält sich die Variable „Regelmäßigkeit der Kontakte und Beziehungen ins Herkunftsland“ mit der Variablen „Aufenthaltsdauer in Deutschland“. So hielten alle befragten Personen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von weniger als einem Jahr wöchentlichen Kontakt. Dieser Anteil sank bis zu einer Aufenthaltsdauer von mehr als fünfzehn Jahren auf etwa 41 Prozent ab.

Am häufigsten wurden die Kontakte und Beziehungen über das Telefon oder durch Besuche gepflegt. Darüber hinaus standen die Befragten aber auch über die Neuen Medien wie beispielsweise Skype oder E-Mail in Kontakt mit Personen aus dem Herkunftsland (s. Abb. 68).

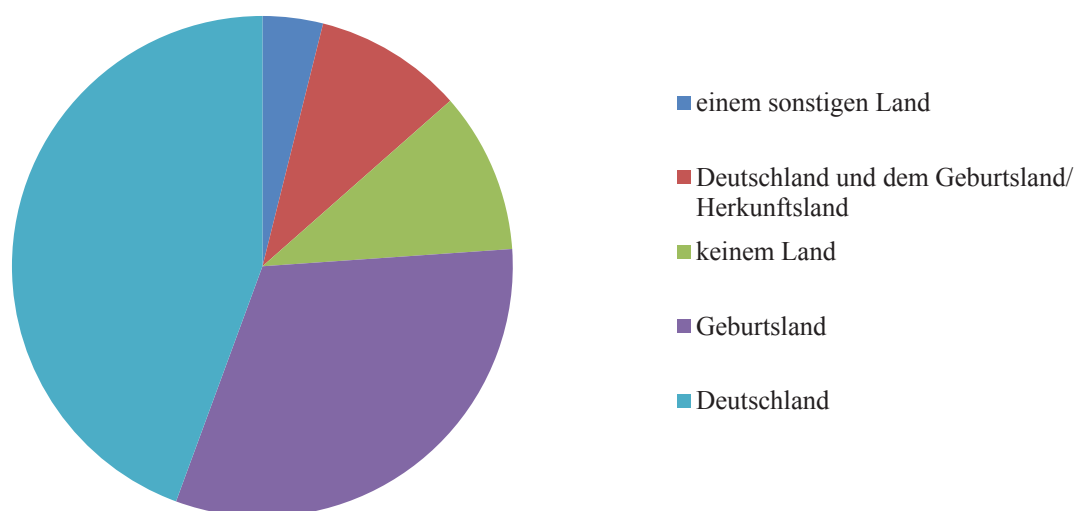
Abbildung 68: Art der Kontakte und Beziehungen der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) in das Herkunftsland (Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Die bestehende Verbundenheit mit dem Herkunftsland stand jedoch nicht der Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zu dem Ankunftsland entgegen. So fühlten sich rund 44 Prozent der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund Deutschland und weitere etwa 10 Prozent sowohl Deutschland als auch dem Herkunftsland zugehörig (s. Abb. 69).

Abbildung 69: Zugehörigkeitsgefühl der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=356)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

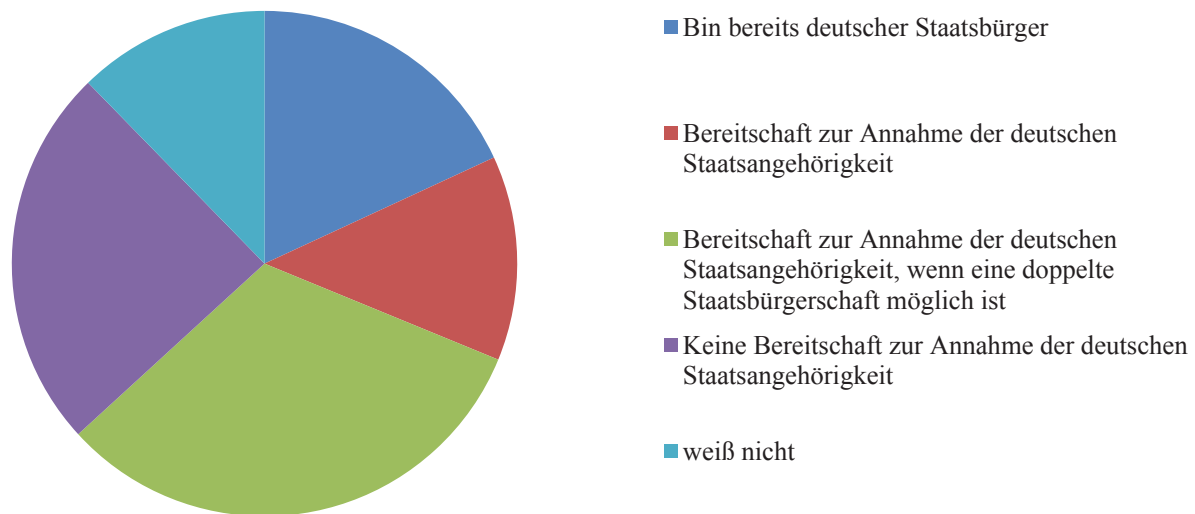
Mit zunehmender Aufenthaltsdauer der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund in Deutschland verstärkte sich bis auf einige Ausnahmen das Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik. So war mit rund 49 Prozent bei befragten Personen mit einer Verweildauer von mehr als 15 Jahren das Zugehörigkeitsgefühl ausschließlich zum Ankunftsland am stärksten ausgeprägt.

Neben den Unterschieden hinsichtlich der Aufenthaltsdauer zeigten sich auch altersbedingte Unterschiede. Sowohl die unter 30- als auch die über 61-Jährigen fühlten sich mehrheitlich ausschließlich Deutschland zugehörig. Während das starke Zugehörigkeitsgefühl der unter 30-Jährigen unter anderem damit erklärt werden kann, dass ein Großteil von ihnen in Deutschland geboren wurde, lässt sich das starke Zugehörigkeitsgefühl der über 61-Jährigen vermutlich auf ihre lange Verweildauer in der Bundesrepublik zurückführen. Unabhängig vom Alter gaben etwa 10 Prozent aller Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund an, sich keinem Land, weder dem Herkunfts-, dem Ankunftsland noch einem anderen Land, zugehörig zu fühlen. Unter den 31- bis 40-Jährigen lag dieser Anteil hingegen bei rund 20 Prozent.

Nach einzelnen Staatsangehörigkeiten unterschieden war das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland mit einem Anteil von etwa 74 Prozent bei Befragten mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund am stärksten ausgeprägt. Es folgten mit einem Anteil von rund 49 beziehungsweise 34 Prozent Personen italienischer beziehungsweise französischer oder luxemburgischer Nationalität. Etwa 22 beziehungsweise 48 Prozent der Befragten türkischer Staatsangehörigkeit fühlten sich ausschließlich Deutschland beziehungsweise ausschließlich dem Herkunftsland zugehörig. Mit rund 15 Prozent war der Anteil der Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund, der eine ausschließliche Zugehörigkeit zum Herkunftsland empfand, deutlich geringer.

Darüber hinaus waren etwa 13 Prozent der befragten Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund bereit, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Weitere 32 Prozent gaben an, nur dann Staatsangehörige Deutschlands werden zu wollen, wenn die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft gegeben ist (s. Abb. 70).

Abbildung 70: Bereitschaft der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=359) zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Wird die Variable „Staatsangehörigkeit“ zu der Variablen „Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft“ in Beziehung gesetzt, so ergibt sich ein starker Zusammenhang. So hatten trotz der weiterhin bestehenden starken Verbundenheit mit und der empfundenen Zugehörigkeit zum Herkunftsland rund 65 Prozent der Befragten türkischer Nationalität den Wunsch, Staatsbürger Deutschlands zu werden, darunter etwa 31 Prozent, die dies von einer doppelten Staatsbürgerschaft abhängig machten. Rund 61 Prozent der befragten Personen sonstiger Nationalitäten, etwa 49 Prozent der Befragten italienischer sowie rund 43 Prozent der Befragten französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit wären ebenso bereit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu übernehmen. Im Unterschied zu der Untersuchungsgruppe türkischer Nationalität, wo etwa 35 Prozent auch deutsche Staatsbürger werden würden, wenn dies mit der Aufgabe der ursprünglichen Nationalität verbunden ist, schwankte dieser Anteil bei Befragten französischer oder luxemburgischer beziehungsweise italienischer Staatsangehörigkeit und bei Personen sonstiger Nationalitäten zwischen 6 und 22 Prozent.

6.1.6 Hilfen beim Integrationsprozess

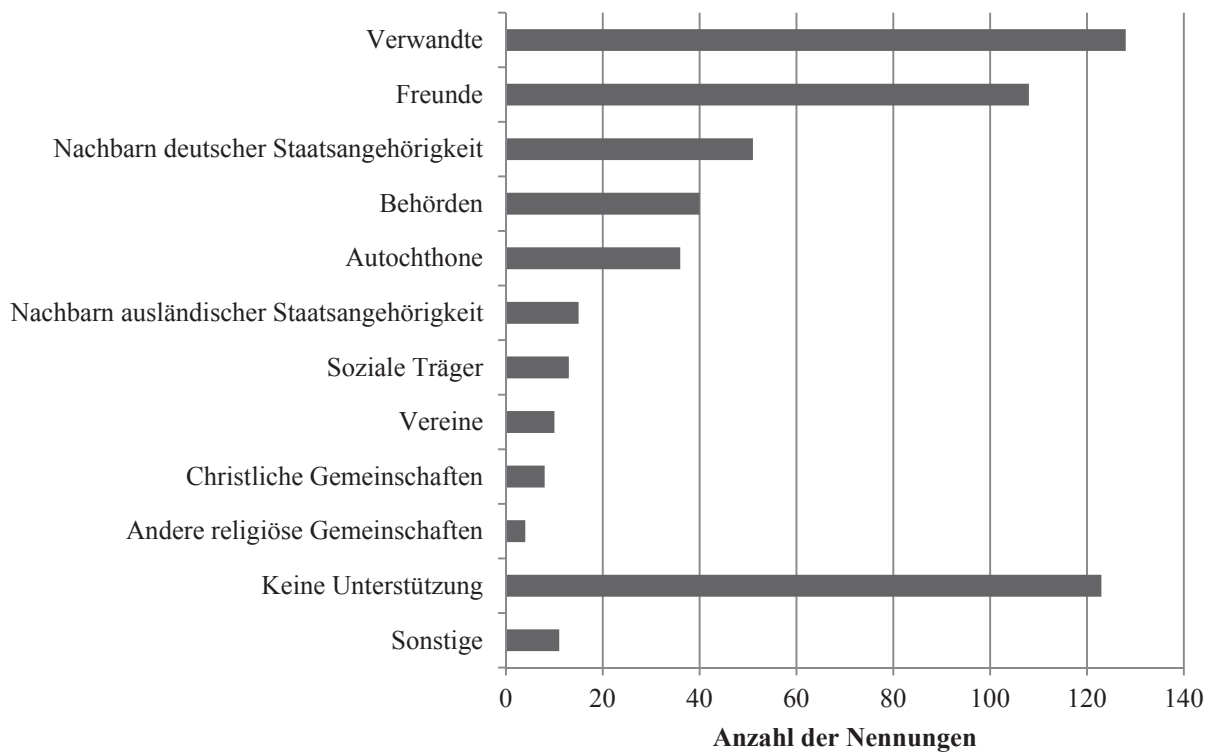
Bei den Hilfen zur Integration wird zwischen privaten Unterstützungsangeboten beispielsweise von Verwandten, Freunden sowie Nachbarn und institutionellen Hilfsangeboten von verschiedenen Trägern unterschieden.

Unterstützung beim Integrationsprozess

Wurden während des Integrationsprozesses von den Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund Hilfen in Anspruch genommen, so bekamen sie die größte Unterstützung von Verwandten, Freunden und Autochthonen, darunter in erster Linie Personen aus dem direkten Wohnumfeld. Helfer im institutionellen Bereich waren für die

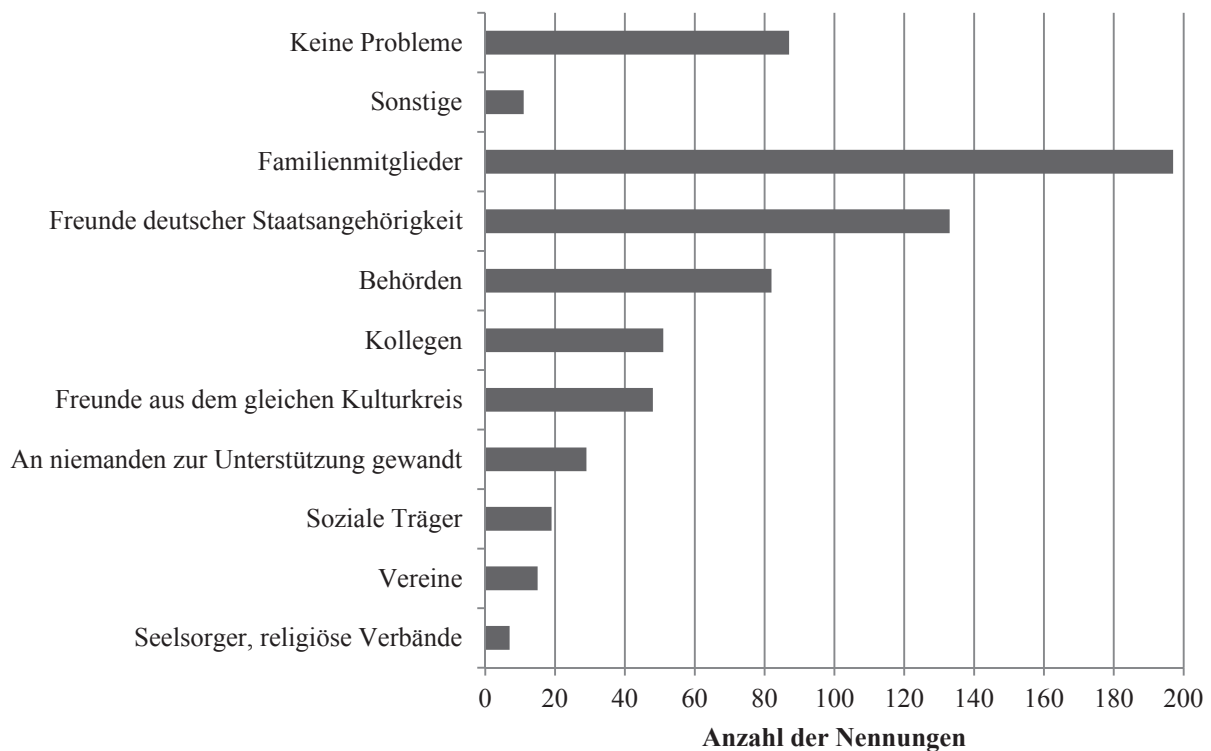
Untersuchungsgruppe vor allem die verschiedenen staatlichen Einrichtungen und weniger Vereine sowie religiöse und soziale Träger (s. Abb. 71). Entsprechend wurden diese Einrichtungen bei auftretenden Problemen auch nur selten kontaktiert, während auch in diesem Fall vor allem Verwandte, Freunde und Behörden als Ansprechpartner fungierten (s. Abb. 72).

Abbildung 71: Erfahrene Unterstützung der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) beim Integrationsprozess (Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Abbildung 72: Ansprechpartner der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) bei Problemen in Deutschland (Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Unterstützungsbedarf bestand bei den Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund vor allem bei Behördengängen, beim beruflichen Einstieg sowie beim Spracherwerb. Auch die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und Schulen sollte nach Meinung der befragten Personen ausgebaut, und es sollten weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Während für die Befragten mit französischer oder luxemburgischer beziehungsweise italienischer Staatsangehörigkeit die Unterstützung bei behördlichen Angelegenheiten besonders wichtig war, legten die befragten Personen türkischer Nationalität besonderen Wert auf die Sprachförderung. Ebenso wünschte sich diese Untersuchungsgruppe schulische Fördermaßnahmen sowie berufliche Eingliederungshilfen. Rund 7 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund sahen keine Notwendigkeit nach weiterer Unterstützung.

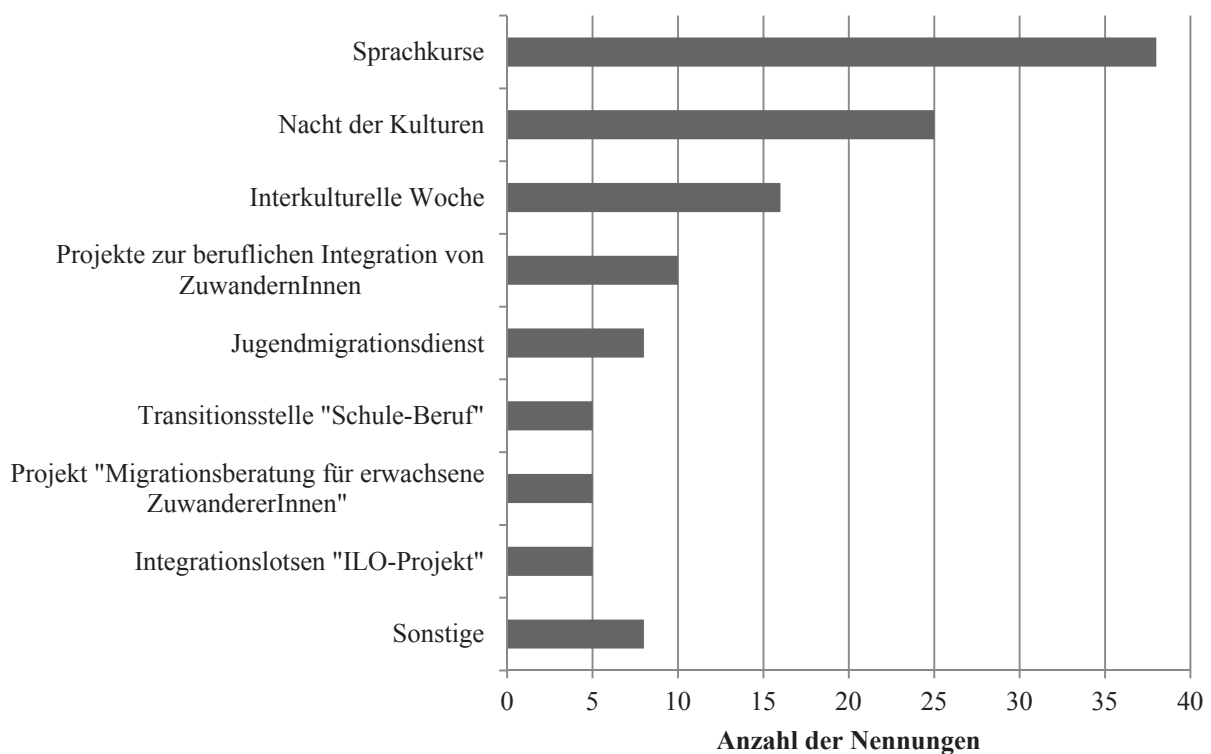
Institutionelle Integrationsangebote und Zufriedenheit mit den Integrationsangeboten

Etwa 21 Prozent der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund, darunter mehr Frauen als Männer, nahmen die in der Kreisstadt Merzig bestehenden institutionellen Integrationsangebote in Anspruch. Dieser Genderunterschied kann unter anderem auf die speziell auf Frauen ausgerichteten Angebote freier Träger wie beispiels-

weise die Frauengruppe des Caritasverbands zurückgeführt werden. Ein schwacher Zusammenhang besteht hinsichtlich der beiden Variablen „Staatsangehörigkeit“ und „Inanspruchnahme von Integrationsangeboten“. Während rund 2 Prozent der befragten Personen französischer oder luxemburgischer Staatsangehörigkeit institutionelle Integrationsangebote nutzten, war dieser Anteil bei Befragten mit einem ehemals sowjetischen Migrationshintergrund (40 Prozent) beziehungsweise bei Befragten mit türkischer Nationalität (30 Prozent) vergleichsweise hoch.

Unter den institutionellen Integrationsangeboten wurden in erster Linie Sprachkurse sowie die Veranstaltungen „Nacht der Kulturen“ und „Interkulturelle Woche“ besucht. Spezielle Angebote von Migrationsfachdiensten wurden von den befragten Personen hingegen seltener wahrgenommen (s. Abb. 73).

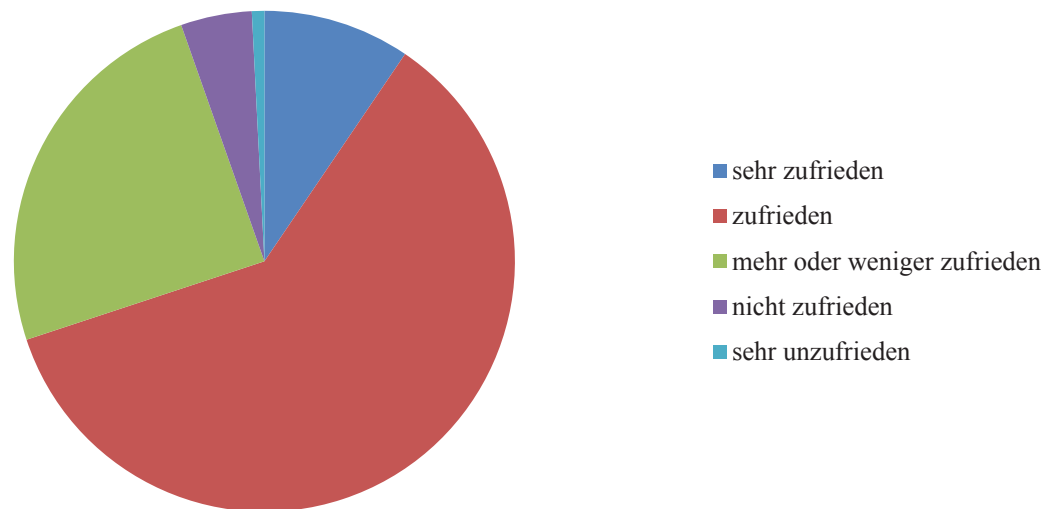
Abbildung 73: Art der von Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=366) genutzten Integrationsangebote (Mehrfachnennungen)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

70 Prozent der Untersuchungsgruppe mit erkennbarem Migrationshintergrund zeigten sich mit den bestehenden institutionellen Integrationsangeboten zufrieden, etwa 25 Prozent waren mehr oder weniger zufrieden (s. Abb. 74).

Abbildung 74: Zufriedenheit der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund (N=263) mit den Integrationsangeboten



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Handlungsbedarf wurde beispielsweise in einem adressatenbezogenen Angebot an Sprachkursen sowie einer Verbesserung des Informationsflusses durch mehrsprachiges Informationsmaterial und konkrete Hinweise auf bestehende Integrationsangebote gesehen. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit erhöht zudem die Transparenz der kommunalen Integrationstätigkeiten, wovon nicht nur die eigentliche Zielgruppe, sondern auch die autochthone Bevölkerung profitieren kann. So verfügten nur 11 Prozent der befragten Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund über Informationen zu den in der Kreisstadt Merzig vorhandenen Integrationsangeboten. Auch bestand bei Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund der Wunsch nach weiteren interkulturellen Veranstaltungen wie beispielsweise einem deutsch-französischen Fest oder einem interkulturellen Markt.

6.1.7 Sicht der Autochthonen auf Zuwanderungs- und Integrationsprozesse

Nachdem bisher im Wesentlichen die Situation der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund betrachtet wurde, geht es im Folgenden um die Einschätzung der autochthonen Bevölkerung im Hinblick auf den Ausländeranteil der Kreisstadt Merzig und die Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit sowie die Beurteilung deren Integrationsgrads⁴⁴.

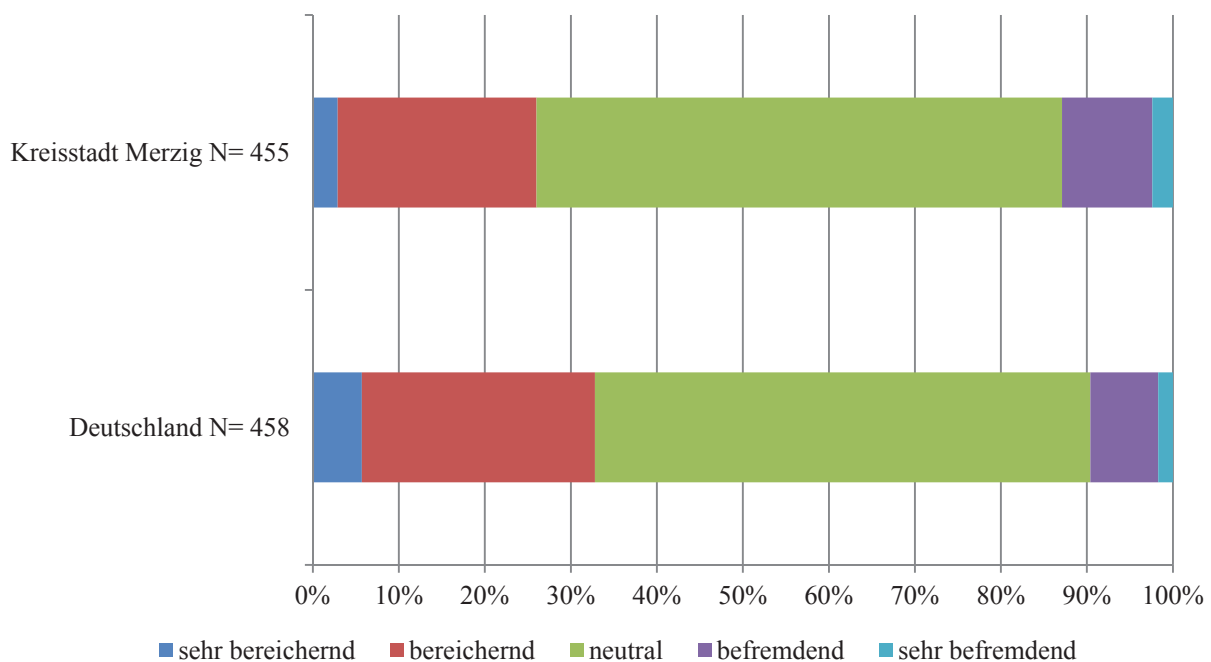
⁴⁴ Auch wenn, wie bereits in Kapitel 3.2.2 dargelegt, die Bewertung des Integrationsgrads umstritten ist, erscheint seine Betrachtung hier dennoch sinnvoll, da er zum einen Ausdruck des örtlichen Integrationsklimas ist und zum anderen eine zusätzliche Sichtweise durch die Fremdeinschätzung bietet. Vor dem Hintergrund der Kritik zur Messung des Integrationsgrads sollen daher die diesbezüglichen Ergebnisse der schriftlich standardisierten Befragung ohne Bewertung wiedergegeben werden.

Beurteilung des Ausländeranteils der Kreisstadt Merzig und Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit

Während nach Meinung von rund 33 Prozent der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund der Anteil der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig sehr gering oder gering war und weitere etwa 48 Prozent ihn als ausgewogen einschätzten, empfanden rund 14 beziehungsweise 5 Prozent dieser Untersuchungsgruppe ihn als hoch oder zu hoch. Zwischen der Variablen „Stadtteil“ und der Variablen „Geschätzter Anteil der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtbevölkerung“ besteht ein schwacher Zusammenhang. Stufen 2 Prozent der befragten Bewohner ohne erkennbaren Migrationshintergrund mit Wohnsitz in den Stadtteilen den Ausländeranteil als sehr gering ein, hielten ihn etwa 40 Prozent dieser Untersuchungsgruppe für gering und rund 47 Prozent für ausgewogen. Im Unterschied dazu schätzten die befragten Bewohner ohne erkennbaren Migrationshintergrund mit Wohnsitz in der Kernstadt den Ausländeranteil eher als ausgewogen (52 Prozent), als hoch (23 Prozent) oder zu hoch (9 Prozent) ein. Diese Beurteilung gründet in bestehenden Unterschieden hinsichtlich des Ausländeranteils in den einzelnen Stadtteilen und der Kernstadt. Während der Ausländeranteil in den einzelnen Stadtteilen zwischen 1,8 Prozent (Silwingen) und 8,7 Prozent (Hilbringen) schwankte und dieser damit durchschnittlich 4,2 Prozent betrug, lag er mit einem Wert von 9,0 Prozent in der Kernstadt deutlich höher. Deshalb wird der Ausländeranteil in der Kernstadt höher eingeschätzt als in den Stadtteilen.

Nach ihrer Wahrnehmung gegenüber Personen ausländischer Staatsangehörigkeit sowohl auf Bundesebene als auch auf kommunaler Ebene befragt, zeigte sich, dass etwa 6 beziehungsweise 27 Prozent der befragten Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund die Anwesenheit auf Bundesebene als sehr bereichernd beziehungsweise bereichernd empfanden. In der Kreisstadt Merzig sanken diese Anteile auf rund 3 beziehungsweise 23 Prozent, entsprechend stiegen die Anteile mit neutraler oder negativer Wahrnehmung an (s. Abb. 75).

Abbildung 75: Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland und der Kreisstadt Merzig aus Sicht der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Ebenso gibt es Genderunterschiede hinsichtlich der Wahrnehmung von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, was sich auch in einem sehr schwachen Zusammenhang der entsprechenden Variablen zeigt. Ein nahezu gleich großer Anteil der Frauen nahm die Anwesenheit als sehr bereichernd (5 Prozent) oder als sehr befremdlich (4 Prozent) wahr. Im Unterschied dazu empfanden etwa 1 Prozent der Männer die Anwesenheit als sehr bereichernd, die Antwortmöglichkeit „sehr befremdlich“ war bei dieser Personengruppe hingegen nicht vertreten. Die übrigen Befragten sahen die Anwesenheit der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit als bereichernd (weiblich: 20 Prozent; männlich: 26 Prozent), weder bereichernd noch befremdlich (weiblich: 61 Prozent; männlich 62 Prozent) oder befremdlich (weiblich: 10 Prozent; männlich: 11 Prozent) an.

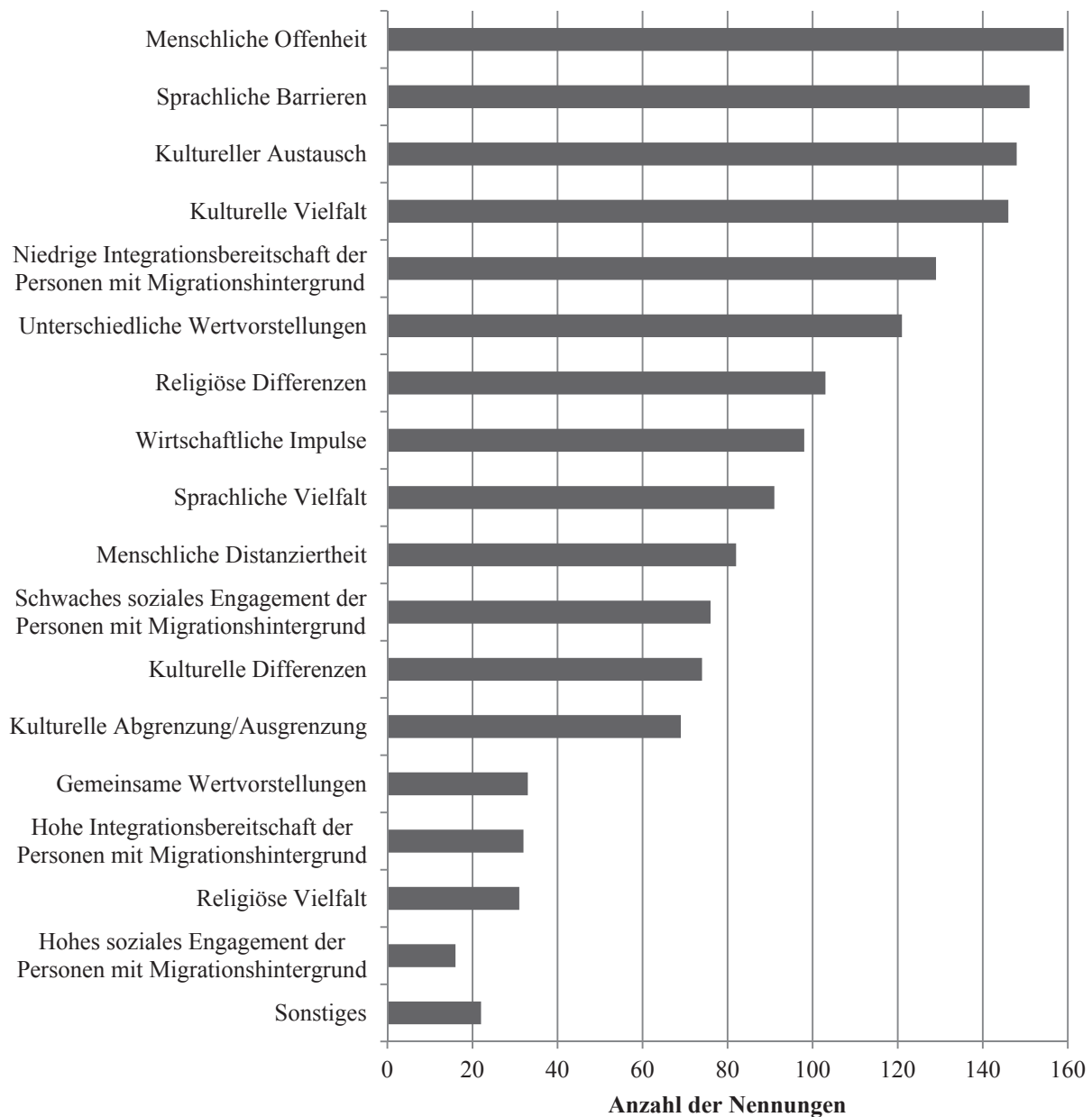
Neben diesen Unterschieden hinsichtlich des Geschlechts wurden außerdem auch Unterschiede hinsichtlich des Bildungsstands sowie des Alters der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund deutlich. So schätzten einerseits vor allem Personen mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (41 Prozent) sowie einer Fachhochschulreife oder dem Abitur (32 Prozent) und andererseits Personen ohne Abschluss (33 Prozent) die Anwesenheit als Bereicherung ein. Dieser Anteil lag bei Befragten mit einem Hauptschulabschluss beziehungsweise mit einem mittleren Bildungsabschluss bei rund 23 beziehungsweise 12 Prozent. 20 beziehungsweise etwa 14 Prozent der Befragten mit einem mittleren Bildungsabschluss oder einem Hauptschul-

abschluss stuften die Anwesenheit hingegen als befremdlich ein. Die gleiche Ansicht vertraten rund 7 Prozent der befragten Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur und etwa 9 Prozent der Befragten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Befragte Personen ohne Abschluss beurteilten die Anwesenheit ausschließlich positiv oder neutral.

Werden die einzelnen Altersgruppen betrachtet, nahm in erster Linie die Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen mit einem Anteil von rund 43 Prozent die Anwesenheit als Bereicherung wahr. Es folgten die Altersgruppe der 51- bis 60-Jährigen (29 Prozent), der 31- bis 40-Jährigen (26 Prozent), der über 70-Jährigen (24 Prozent), der 41- bis 50-Jährigen (22 Prozent), der 61- bis 70-Jährigen (20 Prozent) sowie der unter 20-Jährigen (14 Prozent). Mit einem Anteil von etwa 18 Prozent bewertete die Altersgruppe der Befragten zwischen 41 und 50 Jahren die Anwesenheit von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit am negativsten, am wenigsten befremdlich empfand sie mit einem Anteil von rund 9 Prozent die Altersgruppe der 61-bis 70-Jährigen.

Wurde die Wahrnehmung der Bereicherung unter anderem auf menschliche Offenheit, Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt zurückgeführt, wurde die Befremdlichkeit vor allem mit sprachlichen Barrieren, einer vermuteten niedrigen Integrationsbereitschaft und Unterschieden in den Wertevorstellungen und der Religion begründet (s. Abb. 76).

Abbildung 76: Gründe für das Empfinden der Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (N=487) hinsichtlich der Anwesenheit von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (Mehrfachnennungen)

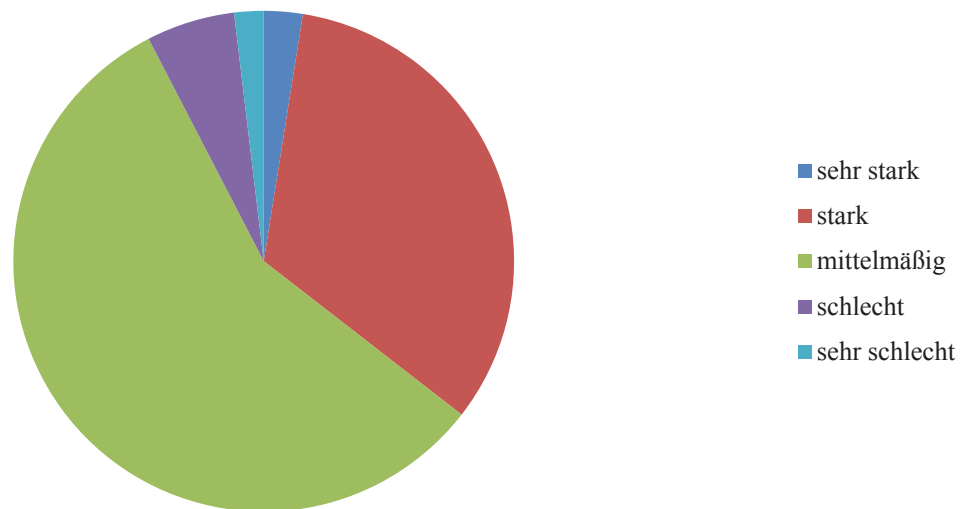


Quelle: Eigene Erhebung 2012

Einschätzung des Integrationsgrads

Mehr als die Hälfte der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund (57 Prozent) schätzte den Integrationsgrad der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit als mittelmäßig ein, während ihn etwa 3 beziehungsweise 33 Prozent als sehr stark oder stark einstufen. Demgegenüber beurteilten rund 2 beziehungsweise 6 Prozent der befragten Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund den Integrationsgrad als sehr schlecht beziehungsweise schlecht (s. Abb. 77).

Abbildung 77: Einschätzung des Integrationsgrads durch Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (N=367)



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Eine Verbesserung der lokalen Integrationssituation sahen Befragte ohne erkennbaren Migrationshintergrund auf Seiten der allochthonen Bevölkerung beispielsweise in der Vermeidung von Separation und Abgrenzung, im verstärkten Erwerb der deutschen Sprache, der stärkeren Nutzung bestehender Integrationsangebote sowie in der Anerkennung der Kultur und Lebensweise des Ankunftslandes. Andererseits wurde aber auch von der eigenen Bevölkerungsgruppe eine größere Offenheit, eine intensivere Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kulturen sowie eine stärkere Unterstützung individueller Integrationsprozesse eingefordert.

6.1.8 Zusammenfassung

Mit Hilfe der Methode der kanonischen Korrespondenzanalyse (s. Kap. 2.3.4) ist es möglich, Abhängigkeiten zwischen einzelnen Variablen zu identifizieren und zu visualisieren. Dabei werden „die Kategorien von zwei oder mehr Merkmalen als Punkte in einem ‚Faktorenraum‘ mit möglichst wenigen Dimensionen“ (Bortz & Döring 2009: 517) abgebildet. Dementsprechend wurden auf diese Weise Variablen unterschiedlicher Integrationsdimensionen zur Verdeutlichung bestehender Interdependenzen miteinander in Verbindung gesetzt.

In einer ersten kanonischen Korrespondenzanalyse⁴⁵ wurden die Beziehungen zwischen ausgewählten soziodemographischen Aspekten der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund (Variablen-Set I), den interkulturellen Kontakten zu Autoch-

⁴⁵ Da Fälle mit fehlenden Werten nicht in die Analyse aufgenommen wurden, kam es im Zuge der Korrespondenzanalyse zu Problemen mit Missings und der Integration dieser Fälle. Es wurden unterschiedliche Verfahren getestet, allerdings kam es nicht zu großen Unterschieden.

thonen (Variablen-Set II) und der empfundenen Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld (Variablen-Set III) untersucht (s. Abb. 78).

Set I: Soziodemographische Aspekte

- Geschlecht (Frage 1): weiblich (w), männlich (m)
- Altersgruppen (Frage 2): < 20 Jahre, 20-40 Jahre, 41-60 Jahre, > 70 Jahre
- Höchster Bildungsabschluss (Frage 9):
 - Hauptschule/Volksschule (H/V)
 - Mittlere Reife/Realschulabschluss (MBA)
 - Fachhochschulreife/Abitur (FHR/ABI)
 - Fachhochschulabschluss/Hochschulabschluss (FHA/HSA)
 - Ohne Abschluss (oA)

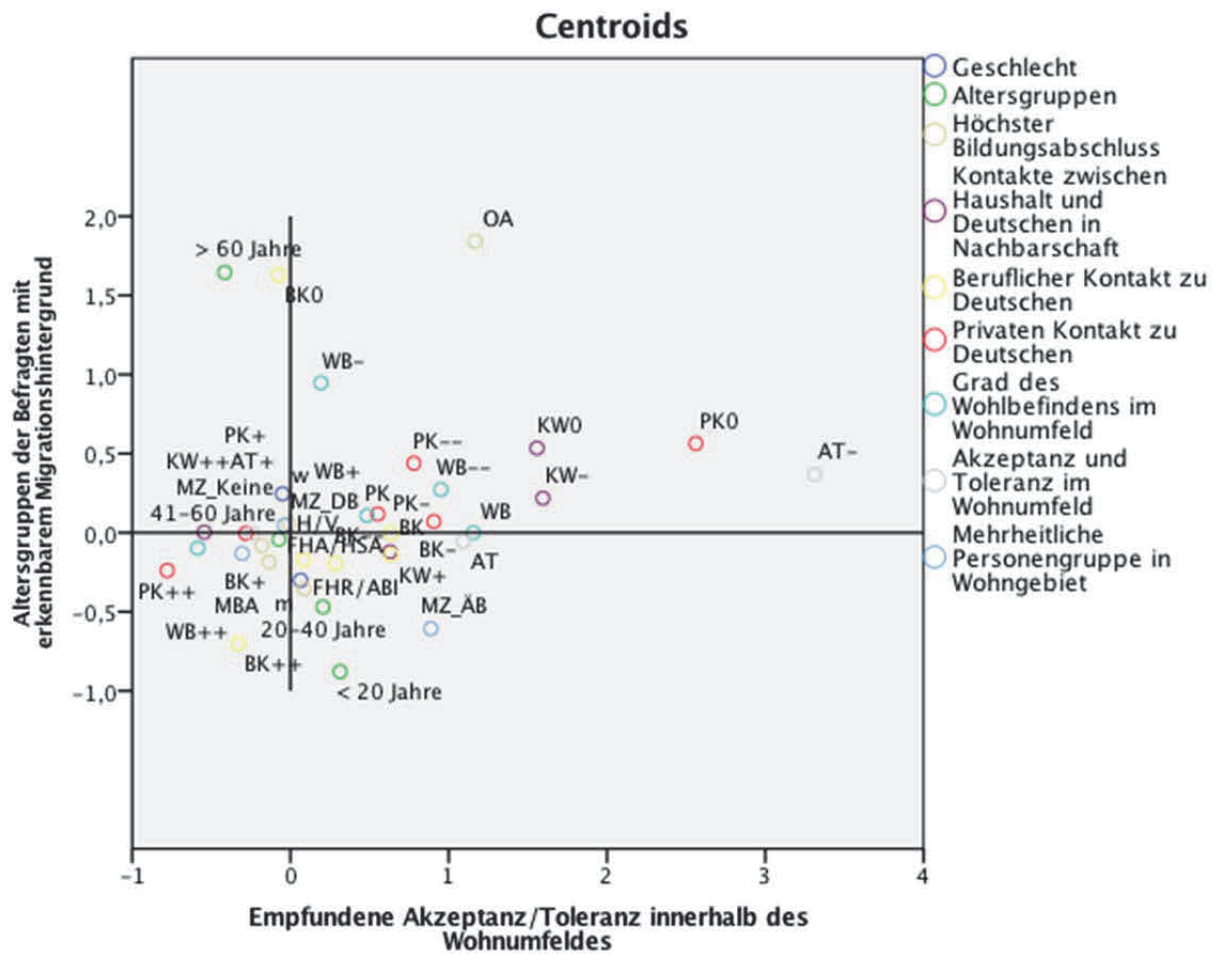
Set II: Interkulturelle Kontakte mit Autochthonen

- Kontakte im Wohnumfeld (Frage 27a):
 - Häufig (KW++), manchmal (KW+), selten (KW-), gar nicht (KW0)
- Berufliche Kontakte (Frage 37a):
 - Sehr viel (BK++), viel (BK+), mittel (BK), wenig (BK-), sehr wenig (BK--), gar keinen (BK0)
- Private Kontakte (Frage 37b):
 - Sehr viel (PK++), viel (PK+), mittel (PK), wenig (PK-), sehr wenig (PK--), gar keinen (PK0)

Set III: Empfundene Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld

- Mehrheitliche Personengruppe im Wohngebiet (Frage 28a):
 - Mehrzahl Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (MZ_ÄB)
 - Mehrzahl Personen deutscher Staatsangehörigkeit (MZ_DB)
 - Keine Personengruppe (MZ_keine)
- Wohlbefinden in der Nachbarschaft (Frage 29)
 - Sehr wohl (WB++), wohl (WB+), teils teils (WB), unwohl (WB-), sehr unwohl (WB--)
- Empfundene Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld (Frage 30):
 - Ja (AT+), teils teils (AT), nein (AT-)

Abbildung 78: Kanonische Korrespondenzanalyse 1



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Die x-Achse „Empfundene Akzeptanz und Toleranz innerhalb des Wohnumfeldes“ und die y-Achse „Altersgruppen der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund“ spannen die gemeinsame Darstellung der multiplen Kategorienkoordinaten auf. Durch den Schnittpunkt der beiden Achsen im Koordinatenursprung entstehen vier Quadranten mit den jeweiligen Ausprägungen der verschiedenen Variablen.

Auf den ersten Blick zeigt sich eine deutliche Kumulierung von Ausprägungen der verschiedenen Variablen um den Koordinatenursprung. Während im oberen rechten Quadranten in erster Linie die Variablenausprägungen „fehlende Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld“ (AT-), „fehlendes Wohlbefinden innerhalb des Wohnumfeldes“ (WB-/WB--) und „fehlende oder wenige private Kontakte zu Autochthonen“ (PK-/PK--/PK0) abgebildet werden, wird der untere linke Quadrant von den gegensätzlichen Ausprägungen bestimmt, so beispielsweise durch starkes Wohlbefinden innerhalb des Wohnumfeldes (WB++) sowie einer Vielzahl beruflicher (BK+/BK++) und privater Kontakte (PK++) zwischen allochthoner und autochthoner Bevölkerung. In dem oberen linken Quadranten sind hingegen unter anderem die Ausprägungen „empfundene

Akzeptanz und Toleranz innerhalb des Wohnumfelds“ (AT+), „intensive interkulturelle Kontakte im Wohnumfeld“ (KW++) und eine „Vielzahl privater Intergruppenkontakte“ (PK+) zu finden. Fehlende berufliche Kontakte (BK-/BK--) zu autochthonen Kollegen sowie unregelmäßige Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen im Wohnumfeld (KW+) charakterisieren unter anderem den unteren rechten Quadranten.

Eine deutliche Trennung zeigt sich im Hinblick auf die Extremwerte. So stehen Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund, die sich in ihrer direkten Wohnumgebung nicht akzeptiert beziehungsweise toleriert und unwohl fühlen, meist nicht oder nur selten im Kontakt zu Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus verfügen sie oftmals über keinerlei private Kontakte zur autochthonen Bevölkerung. Im Unterschied dazu zeichnen sich die Befragten, die sich in ihrem Wohnumfeld akzeptiert beziehungsweise toleriert und wohl fühlen, sowohl durch bestehende Intergruppenkontakte mit autochthonen Nachbarn als auch durch private Begegnungen zu Autochthonen aus. Damit kommen im Hinblick auf die empfundene Akzeptanz und Toleranz sowie dem Wohlbefinden innerhalb der direkten Wohnumgebung den beiden Variablen „Kontakte im Wohnumfeld“ und „Private Kontakte“ besondere Bedeutung zu. Wichtig für das Empfinden von Akzeptanz beziehungsweise Toleranz sowie Wohlbefinden ist demnach, dass überhaupt Intergruppenkontakte zur autochthonen Bevölkerung bestehen, unabhängig von ihrer Intensität. Die Variablen „Geschlecht“, „Höchster Bildungsabschluss“, „Mehrheitliche Personengruppe im Wohngebiet“ und „Berufliche Kontakte“ führen hingegen nahezu zu keiner Variation auf der Akzeptanz/Toleranz-Achse. Unabhängig von den verschiedenen Variablen sind des Weiteren lediglich geringe Alterseffekte erkennbar, weshalb es auf der Alters-Achse zu keinen durchschlagenden Effekten kommt. Variationen treten unter anderem hinsichtlich der beruflichen Kontakte zu autochthonen Kollegen auf, die mit zunehmendem Alter und damit einhergehendem Ruhestand abnehmen.

Statt der Kontakthäufigkeit zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit wurde im Rahmen der zweiten kanonischen Korrespondenzanalyse⁴⁶ neben ausgewählten soziodemographischen Aspekten der Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund (Variablen-Set I) und ihrer empfundenen Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld (Variablen-Set III) auch deren spezifische Migrationsstrukturen (Variablen-Set II) berücksichtigt (s. Abb. 79).

⁴⁶ Da Fälle mit fehlenden Werten nicht in die Analyse aufgenommen wurden, kam es im Zuge der Korrespondenzanalyse zu Problemen mit Missings und der Integration dieser Fälle. Es wurden unterschiedliche Verfahren getestet, allerdings kam es nicht zu großen Unterschieden.

Set I: Soziodemographische Aspekte

- Geschlecht (Frage 1): weiblich (w), männlich (m)
- Altersgruppen (Frage 2): < 20 Jahre, 20-40 Jahre, 41-60 Jahre, > 70 Jahre
- Höchster Bildungsabschluss (Frage 9):
Hauptschule/Volksschule (H/V)
Mittlere Reife/Realschulabschluss (MBA)
Fachhochschulreife/Abitur (FHR/ABI)
Fachhochschulabschluss/Hochschulabschluss (FHA/HSA)
Ohne Abschluss (oA)

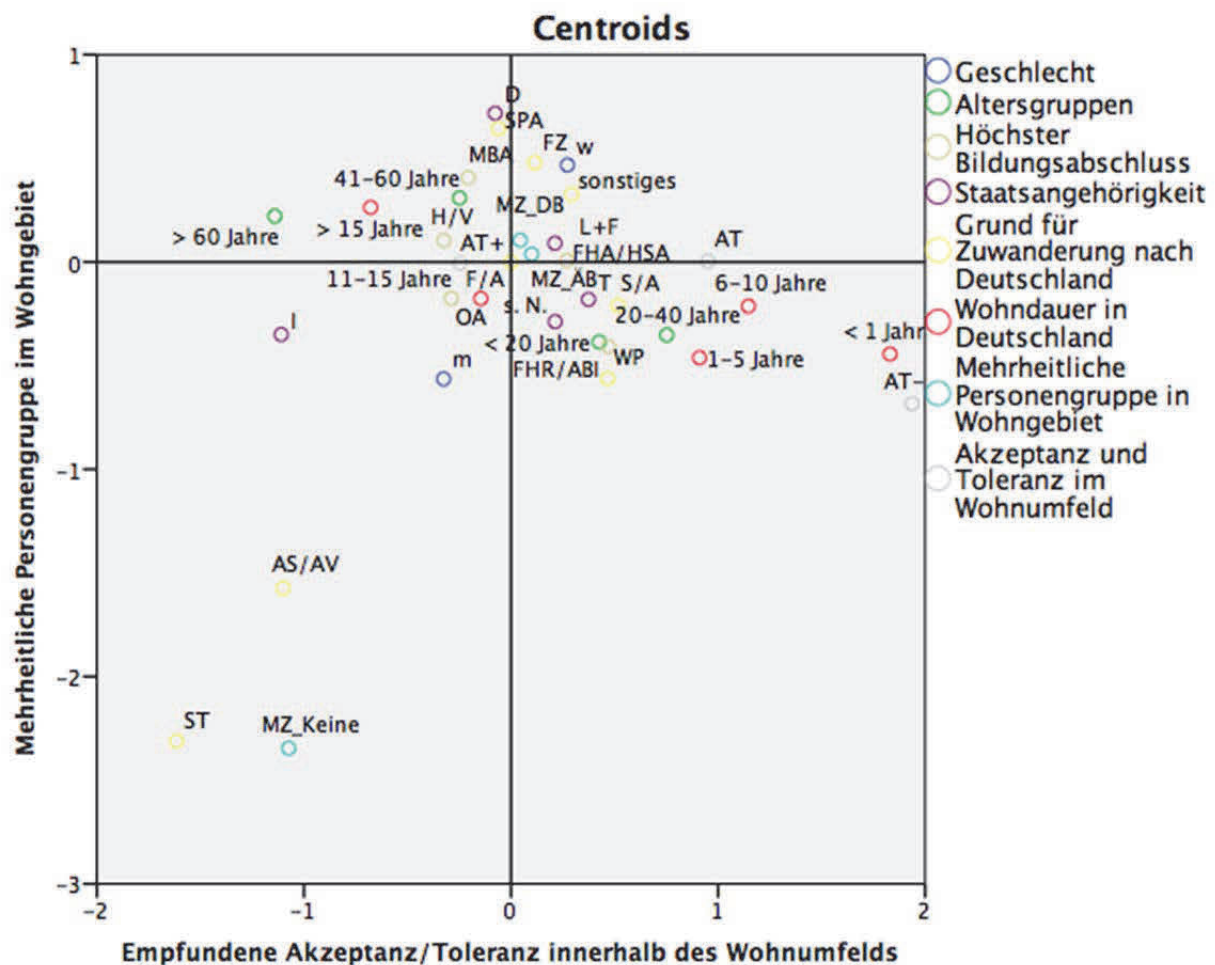
Set II: Migrationsstrukturen

- Staatsangehörigkeit (Frage 5):
Deutsch (D), italienisch (I), luxemburgisch oder französisch (L+F), türkisch (T),
sonstige Nationalitäten (s. N.)
- Migrationsmotiv (Frage 8a):
Arbeitssuche/-verhältnis (AS/AV)
Flucht/Asyl (F/A)
Studium/Ausbildung (S/A)
Selbstständige Tätigkeit (ST)
Günstige Wohnpreise (Miete/Kauf) (WP)
Spätaussiedlerstatus (SPA)
Familienzusammenführung (FZ)
sonstiges
- Aufenthaltsdauer in Deutschland (Frage 8b): < 1 Jahr, 1-5 Jahre, 6-10 Jahre, 11-15 Jahre,
> 15 Jahre

Set III: Set III: Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld

- Mehrheitliche Personengruppe im Wohngebiet (Frage 28a):
Mehrzahl Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (MZ_ÄB)
Mehrzahl Personen deutscher Staatsangehörigkeit (MZ_DB)
Keine Personengruppe (MZ_keine)
- Empfundene Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld (Frage 30):
Ja (AT+), teils teils (AT), nein (AT-)

Abbildung 79: Kanonische Korrespondenzanalyse 2



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Die gemeinsame Darstellung der multiplen Kategorienkoordinaten wird von der x-Achse „Empfundene Akzeptanz und Toleranz innerhalb des Wohnumfelds“ und der y-Achse „Mehrheitliche Personengruppe im Wohngebiet“ aufgespannt. Durch den Schnittpunkt der beiden Achsen im Koordinatenursprung entstehen wiederum vier Quadranten, in denen die jeweiligen Ausprägungen der verschiedenen Variablen angeordnet sind.

Auch bei dieser Korrespondenzanalyse kommt es zu einer Kumulierung von Ausprägungen der verschiedenen Variablen um den Koordinatenursprung. Sind im unteren rechten Quadranten beispielsweise die Variablenausprägungen „fehlende Akzeptanz und Toleranz im Wohnumfeld“ (AT-), „geringe Wohndauer in Deutschland“ (< 1 Jahr, 1-5 Jahre, 6-10 Jahre) sowie die Migrationsmotive „Studium/Ausbildung“ (S/A) und „günstige Wohnpreise“ (WP), die „Altersgruppe der unter 20-Jährigen“ und Staatsangehörige der Türkei beziehungsweise Angehörige sonstiger Nationalitäten zu finden, bestimmen unter anderem eine lange Wohndauer (> 15 Jahre) sowie ältere Altersgruppen (1-60 Jahre, > 60 Jahre) sowie Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshin-

tergrund und damit verbunden das Migrationsmotiv des „Spätaussiedlerstatus“ (SPA) den oberen linken Quadranten. Unter anderem eine mittlere Wohndauer in Deutschland (11-15 Jahre) sowie berufsbezogene Migrationsmotive (AS/AV, ST) und Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit (I) kennzeichnen den unteren linken Quadranten. Staatsangehörige Frankreichs oder Luxemburgs (L+ F) sowie das Motiv der Familienzusammenführung (FZ) und sonstige Migrationsmotive (sonstiges) sind Beispiele für Variablenausprägungen, die den oberen rechten Quadranten bestimmen.

Eine deutliche Trennung zeigt sich im Hinblick auf die Variablen „Altersgruppen“, „Migrationsmotiv“ und „Aufenthaltsdauer in Deutschland“. Während die Variablen „Altersgruppen“ und „Aufenthaltsdauer in Deutschland“ vor allem auf der Achse „Empfundene Akzeptanz und Toleranz innerhalb des Wohnumfelds“ variieren, schlägt sich die Variable „Migrationsmotiv“ in erster Linie auf der Achse „Mehrheitliche Personengruppe im Wohngebiet“ nieder. So erhöht sich mit zunehmendem Alter der Befragten und steigender Aufenthaltsdauer in Deutschland die empfundene Akzeptanz und Toleranz innerhalb des direkten Wohnumfelds. Demnach fühlen sich Personen im Alter von bis zu 40 Jahren und Personen mit einer Aufenthaltsdauer von maximal zehn Jahren in Deutschland weniger akzeptiert und toleriert als beispielsweise ältere Befragte und Befragte mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 15 Jahren. Darüber hinaus sind auf der Akzeptanz/Toleranz-Achse kleinere Effekte hinsichtlich der Staatsangehörigkeiten erkennbar. Während sich vor allem Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit und Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund innerhalb der Wohnumgebung akzeptiert und toleriert fühlen, haben Befragte französischer oder luxemburgischer beziehungsweise türkischer Staatsangehörigkeit und Befragte sonstiger Nationalitäten nur teilweise das Gefühl, akzeptiert und toleriert zu werden. Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts oder des höchsten Bildungsabschlusses der befragten Personen führen hingegen fast nicht zu Variationen auf den beiden Achsen.

Während bei den ersten beiden kanonischen Korrespondenzanalysen die Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund im Zentrum der Betrachtung standen, rückt die dritte kanonische Korrespondenzanalyse⁴⁷ die Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund und ihre Sichtweise auf Zuwanderungs- sowie Integrationsprozesse in den Fokus. Untersucht wurden die Beziehungen zwischen ausgewählten soziodemographischen Aspekten der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund (Variablen-Set I), ihren interkulturellen Kontakten zur allochthonen Bevölkerung (Variablen-Set II) sowie ihrer Einstellung gegenüber Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (Variablen-Set III) (s. Abb. 80).

⁴⁷ Da Fälle mit fehlenden Werten nicht in die Analyse aufgenommen wurden, kam es im Zuge der Korrespondenzanalyse zu Problemen mit Missings und der Integration dieser Fälle. Es wurden unterschiedliche Verfahren getestet, allerdings kam es nicht zu großen Unterschieden.

Set I: Soziodemographische Aspekte

- Geschlecht (Frage 1): weiblich (w), männlich (m)
- Altersgruppen (Frage 2): < 20 Jahre, 20-40 Jahre, 41-60 Jahre, > 70 Jahre
- Höchster Bildungsabschluss (Frage 6):
 - Hauptschule/Volksschule (H/V)
 - Mittlere Reife/Realschulabschluss (MBA)
 - Fachhochschulreife/Abitur (FHR/ABI)
 - Fachhochschulabschluss/Hochschulabschluss (FHA/HSA)
 - Ohne Abschluss (oA)

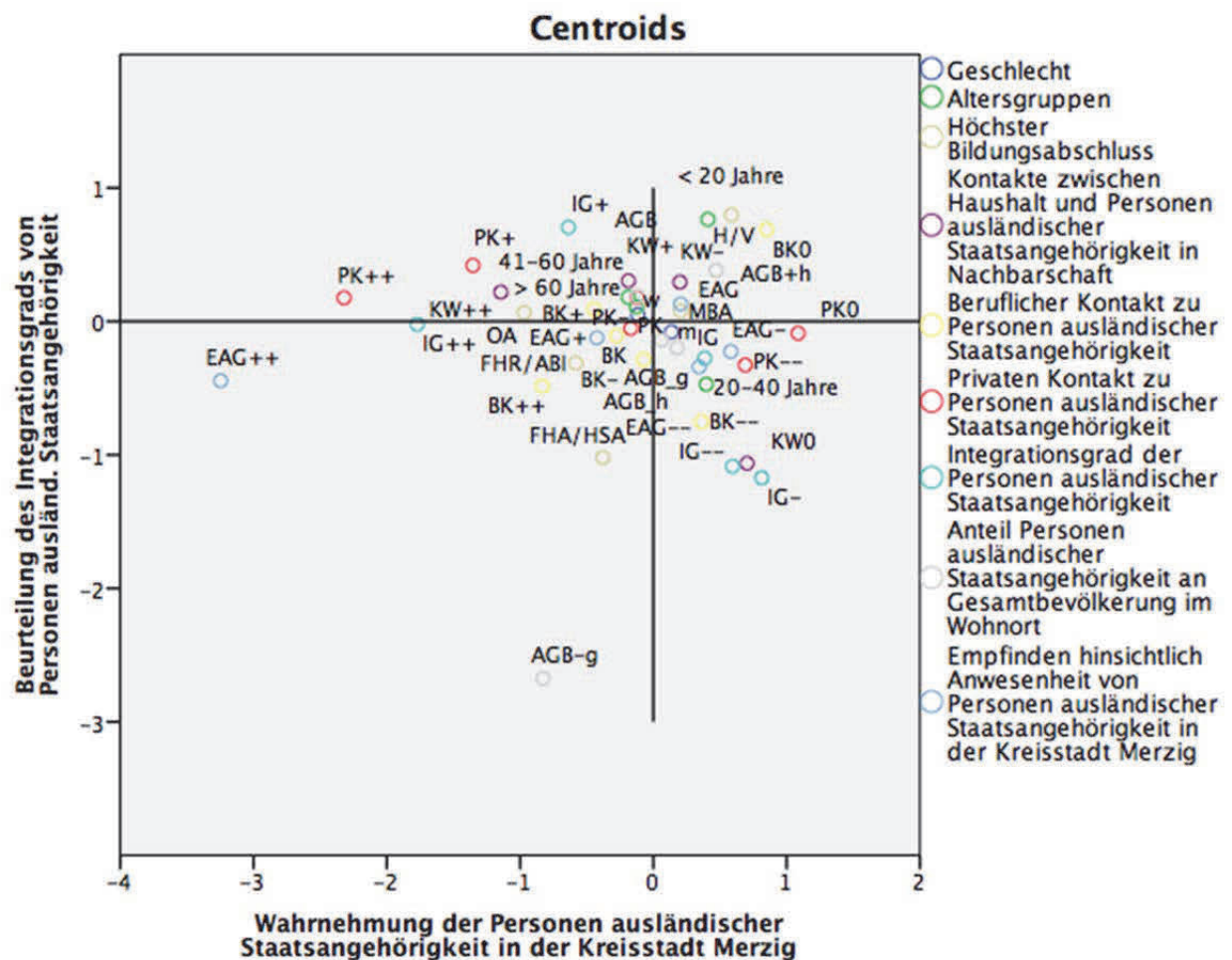
Set II: Interkulturelle Kontakte mit Allochthonen

- Kontakte im Wohnumfeld (Frage 18b):
 - Häufig (KW++), manchmal (KW+), selten (KW-), gar nicht (KW0)
- Berufliche Kontakte (Frage 29a):
 - Sehr viel (BK++), viel (BK+), mittel (BK), wenig (BK-), sehr wenig (BK--), gar keinen (BK0)
- Private Kontakte (Frage 29b):
 - Sehr viel (PK++), viel (PK+), mittel (PK), wenig (PK-), sehr wenig (PK--), gar keinen (PK0)

Set III: Einstellung gegenüber Personen ausländischer Staatsangehörigkeit

- Beurteilung des Integrationsgrads von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (Frage 30):
 - Sehr stark (IG++), stark (IG+), mittelmäßig (IG), schlecht (IG-), sehr schlecht (IG--)
- Schätzung des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung (Frage 35):
 - Zu gering (AG-g), gering (AG_g), ausgewogen (AGB), hoch (AGB_h), zu hoch (AGB+h)
- Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig (Frage 36): sehr bereichernd (EAG++), bereichernd (EAG+), neutral (EAG), befremdend (EAG-), sehr befremdend (EAG--)

Abbildung 80: Kanonische Korrespondenzanalyse 3



Quelle: Eigene Erhebung 2012

Die x-Achse „Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig“ und die y-Achse „Beurteilung des Integrationsgrads von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit“ spannen die gemeinsame Darstellung der multiplen Kategorienkoordinaten auf. Durch den Schnittpunkt der beiden Achsen im Koordinatenursprung entstehen vier Quadranten mit den jeweiligen Ausprägungen der verschiedenen Variablen.

Ebenso wie bei den beiden ersten Korrespondenzanalysen zeigt sich auch in diesem Fall eine deutliche Kumulierung von Ausprägungen der verschiedenen Variablen um den Koordinatenursprung. Wird der obere linke Quadrant unter anderem durch eine Vielzahl privater Intergruppenkontakte (PK+/PK++) und interkultureller Kontakte zu Allochthonen im Wohnumfeld (KW+/KW++), einen hohen Integrationsgrad (IG+) und ältere Altersgruppen (41-60 Jahre, > 60 Jahre) charakterisiert, bestimmen gegensätzliche Ausprägungen wie beispielsweise „wenige oder fehlende private und berufliche Intergruppenkontakte“ (PK--/PK0; BK--) sowie „fehlende Kontakte innerhalb des Wohnumfelds“ (KW0), ein geringer Integrationsgrad (IG-/IG--) und eine mittlere Altersgruppe (21-40 Jahre) den unteren rechten Quadranten. Während im unteren linken

Quadranten unter anderem verschiedene Variablenausprägungen im Hinblick auf berufliche Intergruppenkontakte (BK++, BK, BK-) dargestellt sind, umfasst der obere rechte Quadrant beispielsweise die Altersgruppe der unter 20-Jährigen, aber auch die Ausprägungen „fehlende berufliche Kontakte“ (BK0) sowie „seltene Intergruppenkontakte im Wohnumfeld“ (WK-).

Führt die Variable „Geschlecht“ hingegen nicht zu einer Variation, sind hinsichtlich der Variablen „Altersgruppen“, „Höchster Bildungsabschluss“ und „Schätzung des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung“ in erster Linie Variationen auf der y-Achse und hinsichtlich der Variablen „Kontakte im Wohnumfeld“, „Private Kontakte“ und „Berufliche Kontakte“ vor allem auf der x-Achse erkennbar. Ähnlich der ersten kanonischen Korrespondenzanalyse zeigen sich mit Blick auf die bestehenden interkulturellen Kontakte mit Allochthonen durchschlagende Effekte. So wirkt sich die Intensität der Intergruppenkontakte in der direkten Nachbarschaft zwischen Autochthonen und Allochthonen sowie der privaten Kontakte besonders positiv auf die Wahrnehmung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt Merzig aus. Auch die Intensität der interkulturellen beruflichen Kontakte Autochthoner zu allochthonen Kollegen hat einen positiven Einfluss, wobei dieser jedoch im Vergleich zu den Intergruppenkontakten im Wohnumfeld und den privaten Kontakten etwas schwächer ist. Darüber hinaus schlagen sich auf der y-Achse „Beurteilung des Integrationsgrads von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit“ kleinere Alters- und Bildungsunterschiede nieder. Demnach beurteilen vor allem Befragte unter 20 sowie über 40 Jahren und Personen mit Hauptschul-, mittlerem Bildungsabschluss, Fachhochschulreife beziehungsweise Abitur oder keinem Schulabschluss den Integrationsgrad von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit als stark.

Die Untersuchungsergebnisse unterstreichen, dass für eine gelingende Integration Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen innerhalb und außerhalb des direkten Wohnumfelds von besonderer Relevanz sind. Auch hat sich gezeigt, dass diese interkulturellen Kontakte zu Autochthonen bei Befragten mit erkennbarem Migrationshintergrund recht intensiv waren. Darüber hinaus erwiesen sich ihre Netzwerke zu Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit als verhältnismäßig groß.

Direkter Handlungsbedarf wurde hinsichtlich der nahezu doppelt so hohen Arbeitslosigkeit bei befragten Personen mit im Vergleich zu Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund im Bereich der strukturellen Integration diagnostiziert.

Konnten mit Hilfe der standardisierten Befragung die Migration und Integration betreffenden Strukturen in der Kreisstadt Merzig analysiert werden, wird im Folgenden auf der Basis problemzentrierter Interviews und daraus abgeleiteter Migrations- und Integrationsbiographien der Einfluss dieser Strukturen auf individuelle Integrationsprozesse dargestellt. Auch können auf diese Weise integrationsfördernde oder –hemmende Faktoren identifiziert und analysiert sowie die Bedeutung der unterschied-

lichen Integrationsdimensionen für individuelle Wege der Integration aufgezeigt werden.

6.2 Ergebnisse der problemzentrierten Interviews

„Anonymisierte Porträts von Migranten machen deutlich, dass sich hinter jeder Statistik immer sehr persönliche Geschichten verbergen.“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 34) So vertiefen die zwölf Falldarstellungen die Ergebnisse der quantitativen Befragung und tragen auf diese Weise der vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014: 34) angesprochenen Individualität sowie der damit einhergehenden Vielfalt Rechnung.

Statt der Darstellung von Stereotypen dient das Aufzeigen individueller Migrations- und Integrationsprozesse in erster Linie der Analyse persönlichkeitsimmanenter Faktoren, innerer Einstellungen und Handlungsweisen, die die Integration beeinflussen. Aber auch spezifische Rahmenbedingungen sowie die Bedeutung der einzelnen Integrationsdimensionen für das jeweilige Individuum werden auf diese Weise deutlich. Um eine möglichst große Vielfalt der untersuchten Personen zu gewährleisten, wurden Interviewpartner mit unterschiedlichen Merkmalsausprägungen ausgewählt (s. Tab. 11).

Tabelle 11: Merkmalsausprägungen der Interviewpartner

Name	Geschlecht	Alter	Wohnort	Qualifikationsniveau	Derzeitiges Arbeitsverhältnis	Aufenthaltsdauer in Deutschland	Alter bei Einreise nach Deutschland	Herkunftsland	Staatsangehörigkeit	Zweck der Einreise und des Aufenthalts	Binationaler Ehepartner
Paolo S.	männlich	60 Jahre	Merzig	Realschulabschluss	Vorruhestand	40 Jahre	Erwachsenenalter	Italien	italienisch	Erwerbstätigkeit	ja
Franz R.	männlich	59 Jahre	Merzig	Hauptschulabschluss	angestellt	39 Jahre	Erwachsenenalter	Österreich	österreichisch	Erwerbstätigkeit	ja
Sebastián O.	männlich	37 Jahre	Merzig	Promotion	angestellt	11 Jahre	Erwachsenenalter	Mexiko	deutsch-mexikanisch	Ausbildung	ja
Emira C.	weiblich	41 Jahre	Merzig	Technische Sekundarschule	angestellt	21 Jahre	Erwachsenenalter	Bosnien-Herzegowina	deutsch	völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe	ja
Karim F.	männlich	34 Jahre	Merzig	Hochschulabschluss	arbeitslos	1 Jahr	Erwachsenenalter	Syrien	syrisch	völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe	nein
Gurvan J.	männlich	61 Jahre	Besseringen	Hauptschulabschluss	angestellt	42 Jahre	Erwachsenenalter	Frankreich	französisch	familiäre Gründe	ja
Marfa N.	weiblich	40 Jahre	Hilbringen	Hochschulabschluss	Studierender	9 Jahre	Erwachsenenalter	Kasachstan	kasachisch	familiäre Gründe	ja
Zusanna W.	weiblich	30 Jahre	Merzig	Hochschulabschluss	angestellt	9 Jahre	Erwachsenenalter	Polen	deutsch-polnisch	familiäre Gründe	nein
Osman A.	männlich	48 Jahre	Merzig	Hauptschulabschluss	selbstständig	38 Jahre	Kindesalter	Türkei	türkisch	familiäre Gründe	nein
Ljiljana H.	weiblich	65 Jahre	Merzig	Hochschulabschluss	in Rente	41 Jahre	Erwachsenenalter	ehemaliges Jugoslawien	deutsch	familiäre Gründe	nein
Annick und Luc T.	weiblich männlich	44 Jahre 50 Jahre	Hilbringen	Realschulabschluss Realschulabschluss	zur Zeit nicht berufstätig verbeamtet	5 Jahre	Erwachsenenalter	Luxemburg	luxemburgisch luxemburgisch	individuelle Gründe	nein
Rosa B.	weiblich	49 Jahre	Ballern	Realschulabschluss	angestellt	13 Jahre	Erwachsenenalter	Russland	deutsch	(Spät-) Aussiedler	nein

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Allerdings zeigten sich bei der Zusammenstellung der Interviewpartner sowohl Schwierigkeiten bei der Identifikation einer Person mit serbisch-montenegrinischer als auch einer Person mit türkischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft. Da kein Befragter mit serbisch-montenegrinischer Staatsangehörigkeit aus der Haushaltsstichprobenziehung zu einem Interview bereit war und auch der Gatekeeper keine Kontakte vermitteln konnte, wurde stellvertretend je eine Person aus Bosnien und Serbien interviewt. Bei Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft bereitete hingegen das Kriterium „Einreise im Erwachsenenalter“ Komplikationen. Während sich mehrere an einem Interview interessierte Personen fanden, die im Kindes- oder Jugendalter nach Deutschland migrierten, fehlte hingegen die Bereitschaft bei Personen, die als Erwachsene ihren Wohnsitz verlagerten. Daher musste in diesem Fall auf einen Interviewpartner zurückgegriffen werden, der im Alter von elf Jahren von der Türkei nach Deutschland zog. Ursprünglich wurde das Merkmal „Einreisealter“ als Selektionskriterium gewählt, weil davon ausgegangen wurde, dass sich Erwachsene im Gegensatz zu Kindern und Jugendlichen in der Regel bewusst und auf Basis eines lang überlegten Entscheidungsprozesses für oder gegen eine Migration entscheiden. Damit kann das Kriterium zwar Einfluss auf den individuellen Integrationsprozess nehmen, trotzdem beeinträchtigt es nicht die Aussagekraft der Ergebnisse. Vielmehr erhöht die Berücksichtigung des Kriteriums „Einreise im Kindes- oder Jugendalter“, die im Zuge der qualitativen Sozialforschung gewünschte Vielfalt, da so neue, für die Analyse wichtige Perspektiven und Ansatzpunkte erschlossen werden können.

Kritisch angemerkt werden muss darüber hinaus der Aspekt, dass sich nur diejenigen Personen zu einem Interview bereiterklärt haben, die einerseits dem Thema „Integration“ offen gegenüberstehen und die sich andererseits aufgrund spezifischer Kompetenzen (u.a. Sprachkenntnisse) ein solches überhaupt zugetraut haben. Diese indirekte Selektion der Interviewpartner wirkt sich nach Einschätzung der Verfasserin jedoch nicht negativ auf die Forschungsergebnisse aus. Im Gegenteil lässt sich vermuten, dass diejenigen, die dem Thema und somit auch einem Interview aufgeschlossen gegenüberstehen, sich bewusster mit ihrer individuellen Integration auseinandersetzen, ihren Integrationsprozess ganz bewusst durchlebten und hohen persönlichen Einsatz aufbrachten, wodurch sich eine Vielzahl für den Integrationsprozess förderlicher Faktoren identifizieren lässt.

6.2.1 Migrationsbiographien und individuelle Wege der Integration⁴⁸

6.2.1.1 Migration zum Zweck der Erwerbstätigkeit

Paolo S. – „Ich bin eher für Öffnung und Multikulturalität.“

Paolo S. besitzt die italienische Staatsangehörigkeit und ist 60 Jahre alt. Er ist seit 1976 mit einer Ehefrau deutscher Staatsangehörigkeit verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. Gemeinsam mit seiner Frau lebt er im Stadtteil Merzig. Er befindet sich im Vorruhestand.

Paolo wurde Anfang der 1950er-Jahre auf Sizilien geboren, besuchte dort die Sekundarschule und begann anschließend eine Ausbildung als Chemielaborant. Da er nach dem erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung in Italien nicht direkt eine Arbeitsstelle fand, beschloss er aus Abenteuerlust gemeinsam mit Freunden eine Reise zu unternehmen.

„Es war Sommer und viele Leute, die schon in Deutschland waren, kamen aus ihrem Urlaub zurück und dadurch kamen wir auf die Idee, hier ein paar Monate zu verbringen.“ (Paolo S., Z. 22-24)

Die Gruppe brach im Jahr 1971 zu ihrem vorübergehenden Aufenthalt nach Deutschland auf. Im Gegensatz zu seinen Freunden war sich Paolo des temporären Charakters seines Aufenthalts bewusst.

„[I]ch bin nicht nach Deutschland gekommen, weil ich Arbeit gesucht habe, sondern ich wollte mir ein paar Monate ein schönes Leben machen.“ (Paolo S., Z. 18-19)

Während die Freunde weiterhin in Deutschland blieben, kehrte Paolo nach einigen Monaten nach Italien zurück, um dort seinen Wehrdienst abzuleisten. Nach seiner Zeit beim Militär war er arbeitslos. Zur Arbeitslosigkeit kamen die fehlende soziale Absicherung in Italien sowie der Tod des Vaters, was für ihn wichtige Push-Faktoren für eine Migration darstellten. Daher führte ihn sein Weg im November 1973, zwei Jahre nach seinem ersten temporären Aufenthalt, erneut nach Deutschland.

„Und nach dem Militär bin ich praktisch nur wegen der Arbeit gekommen. [...] Und weil es mir auch vorher hier schon gefallen hatte, bin ich hierher zum Arbeiten gegangen.“ (Paolo S., Z. 32-34)

Im Gegensatz zu seinem ersten Aufenthalt sollte dieser nun dauerhaft sein. Nach seiner Ankunft in Deutschland war für Paolo die Schwester seiner Mutter, die in einer saarländischen Gemeinde rund 30 Kilometer von der Kreisstadt Merzig entfernt lebte, die wichtigste Anlaufstelle und Kontaktperson. Um eine Bleibe für die ersten Monate zu haben und um von der Unterstützung der Tante profitieren zu können, zog er zu ihr.

„Mit Hilfe meiner Verwandten und Tanten; sie sind mit mir zu den ganzen Ämtern - Gesundheitsamt [gegangen] - und [haben mich] bei der Anmeldung bei der Stadt, beim Kreis, Aufenthaltsberechtigung [unterstützt]. Überall ist die Tante mitgegangen.“ (Paolo S., Z. 90-93)

⁴⁸Der Inhalt der Biographien beruht ausschließlich auf dem jeweiligen geführten Interview.

Die im Folgenden genannten Namen wurden zum Schutz der Anonymität geändert.

Zum kritischen Umgang mit den Interviewinhalten vergleiche Kapitel 2.2.2.

Von einem weiteren Verwandten erhielt Paolo Unterstützung bei der Arbeitssuche. Dieser hörte sich bei seinem eigenen Arbeitgeber um, ob nicht noch Aushilfen benötigt würden und so fand Paolo rasch Beschäftigung auf Montage im Stahlbau. Später wechselte er die Firma. In beiden Betrieben wurde er von den Kollegen freundlich aufgenommen. Paolo war sich bewusst, dass die Arbeit nicht seiner Qualifikation als Chemielaborant entsprach, trotzdem war er froh, schnell eine Arbeitsstelle gefunden zu haben.

Paolos Freunde wohnten ebenfalls im Saarland, da sie dort Verwandte hatten. So konnte er auch von ihnen Unterstützung erfahren und weiterhin diese freundschaftlichen Beziehungen pflegen. Nach den ersten zwei Monaten in der Wohnung der Tante halfen Paolos Freunde bei seinem Umzug in eine Pension. Dort wohnten bereits einige der Freunde sowie weitere Personen aus Italien. Kontakte zu Autochthonen aus der Nachbarschaft bestanden zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Besonders positiv erlebte Paolo in der ersten Zeit den in Deutschland üblichen offenen Umgang zwischen jungen Männern und Frauen. Während er gerade von jungen Leuten freundlich und herzlich empfangen wurde, war die ältere autochthone Bevölkerung ihm gegenüber etwas reservierter. Persönlich hat Paolo keine negativen Erfahrungen im Hinblick auf Ausländerfeindlichkeit gemacht, jedoch hörte er, dass damals teilweise große Bedenken gegenüber Zuwanderern bestanden.

„Von dem Verband, von dem sie erzählt haben [...], gab es ein Schild: Eintritt verboten für Hunde und Italiener. Italiener und nicht Ausländer. Aber ich persönlich habe das so nicht erlebt.“ (Paolo S., Z. 108-111)

Schwierigkeiten bereiteten ihm hingegen das Klima und die Landschaft im Saarland.

„Negativ waren damals das Wetter, die Umgebung. Ich sah damals nicht viele Vorteile. Das Grün, das ich heute bewundere. Damals sah ich immer nur grau, graue Häuser und alles dunkel. [...] Die Sonne habe ich wochenlang nicht gesehen. Das war erdrückend.“ (Paolo S., Z. 74-77)

Nach seiner Hochzeit zog Paolo gemeinsam mit seiner Ehefrau im Jahr 1980 in die Kreisstadt Merzig und in ihr eigenes Einfamilienhaus. In der ersten Zeit nach seinem Umzug war er etwas unglücklich, da er nicht mehr im selben Ort wie seine Freunde lebte. Jedoch half ihm der Kontakt über die Kinder zu anderen Eltern neue Beziehungen in Merzig aufzubauen und sich in Vereinen ehrenamtlich zu engagieren.

„Als wir unsere Kinder [...] in Vereine gebracht haben, [...] haben wir durch die Kinder Kontakt zu Eltern bekommen und das hat geholfen, also durch den Verein. Zuerst einmal der Karnevalsverein, dann der Schützenverein, weil ich dort ein paar Leute gefunden habe, die sehr offen waren, und dort wurde ich sehr herzlich empfangen und deshalb habe ich mich dort weiter engagiert.“ (Paolo S., Z. 433-439)

Darüber hinaus war Paolo im italienischen Schulverein aktiv, der sich unter anderem für Muttersprachkurse einsetzte, er beteiligte sich an verschiedenen Projekten des italienischen Konsulats und war Vorsitzender des Ausländerbeirats. Seit 1993 ist er Leiter des italienischen Theatervereins Compagnia Teatro Popolare „Citta Di Merzig“. Des Weiteren engagiert sich Paolo auch politisch. Ehrenamtliche Tätigkeiten spielen

für ihn eine wichtige Rolle, und er schätzt besonders das hohe bürgerschaftliche Engagement an Deutschland. Für seine umfangreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten wurde Paolo im Jahr 2001 die Bundesverdienstmedaille durch den damaligen Bundespräsidenten verliehen. Mit seiner verstärkten Aktivität waren aber auch negative Erfahrungen mit Autochthonen verbunden, die er jedoch nicht als große Belastung empfunden hat.

„Wenn man sich ein bisschen exponiert, hat man Freunde, aber dadurch gewinnt man auch Feinde, wenn man sich für irgendetwas interessiert und stark macht.“ (Paolo S., Z. 112-113)

„Ich habe auch negative Erfahrungen gemacht. Ich richte mich eher nach den positiven und nicht nach den negativen. Die negativen lasse ich fallen und in meiner aktiven Zeit habe ich Drohbriefe bekommen. Intoleranz, selbst heute in den Vereinen gibt es Streitpunkte mit politisch anders Denkenden, für die es auch wichtig ist zu erwähnen: ‚Du bist eh ein Italiener, du musst anders denken.‘“ (Paolo S., Z. 658-663)

Einen Sprachkurs besuchte Paolo nicht. Dies ist nicht auf Desinteresse zurückzuführen, sondern ihm war zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt, ob derartige Kurse überhaupt angeboten wurden. Er erlernte die deutsche Sprache im direkten Kontakt mit der autochthonen Bevölkerung.

„Das hat man dann auf der Straße gelernt oder wie ich bei der Frau oder auf der Arbeit, bei Bekannten. Wir waren in so einer Clique, von der die meisten Deutsche waren, aber auch Italiener. Dadurch haben wir auch einen besseren Lerneffekt erzielt.“ (Paolo S., Z. 212-215)

Vor einigen Jahren konnte sich Paolo ein weiteres Haus in der direkten Nachbarschaft kaufen, das er zu einem späteren Zeitpunkt an seine Kinder weitergab. Im Gegensatz zur ersten Zeit fühlt sich Paolo jetzt in Merzig und der Nachbarschaft wohl, in der neben jeweils einer Person aus Italien und Frankreich ausschließlich Autochthone leben. Das Verhältnis zwischen ihm und seinen autochthonen Nachbarn ist herzlich, und diese Kontakte sind ihm wichtig.

„Wie es hier so üblich ist: An einem Samstag draußen bei der Gartenarbeit ein Bier trinken. [...] Ohne [nachbarschaftliche Kontakte] könnte ich nicht leben. Ich brauche das. Ich bin kein Großstadtmensch. [...] Ich könnte [...] in solchen Wohnsiedlungen nicht wohnen.“ (Paolo S., Z. 300-301, 306-308)

Neue Freundschaften entstanden bei Paolo vor allem dadurch, dass er bestehende Kontakte und Beziehungen zu Bekannten pflegte und intensivierte. Sein Freundeskreis setzt sich entsprechend etwa jeweils zur Hälfte aus Personen aus Deutschland und Italien zusammen. Eine besondere Hilfe beim Aufbau eines Freundeskreises war Paolos Frau, die bereits im Karnevalsverein tätig und in einen festen Bekannten- sowie Freundeskreis eingebunden war. Auf diese Weise konnte sie als Brückenbauer für Paolo fungieren. Schwieriger sei in seinen Augen hingegen die soziale Integration, „wenn beide [...] [Ehepartner] einen Migrationshintergrund haben“ (Paolo S., Z. 539-540).

Gerne nimmt er an örtlichen Festen und Veranstaltungen teil, die auf sein Interesse stoßen. Paolo schätzt vor allem kulturelle Angebote wie Theater, Oper und Konzerte. Während in den 1970er und 1980er-Jahren die italienische Kultur noch intensiv in Merzig und Umgebung durch ein großes Angebot an öffentlichen Veranstaltungen gepflegt wurde, habe sich dies zu Paolos Bedauern in den letzten Jahrzehnten stark redu-

ziert. So beschränkt sich der Bezug zur Herkunftskultur meist nur noch auf persönliche Beziehungen oder private Feiern.

Obwohl Paolo bereits über vierzig Jahre in Deutschland und dem Saarland lebt, identifiziert er sich weiterhin mit Italien, da er dort aufgewachsen ist und seiner Meinung nach bisher keine „Assimilation“ (Paolo S., Z. 559) stattgefunden habe.

„Aber kulturell gesehen glaube ich, wird keine Änderung stattfinden. Die sagen: ‚Du bist schon solange hier und deshalb bist du ein Deutscher.‘ Das funktioniert nicht. Wenn ich vieles noch nicht verstehe, wie Deutsche denken und handeln.“ (Paolo S., Z. 580-583)

Eine „Assimilation“ (Paolo S., Z. 559) sei nicht nötig und auch nicht möglich, so Paolo, da er kein „Deutscher“ (Paolo S., Z. 122) werden müsse, um sich im Ankunftsland zurechtfinden und integrieren zu können. Trotzdem hat er sich hinsichtlich der „Ordnung“ und „Pünktlichkeit“ (Paolo S., Z. 611) angepasst, was in Deutschland unabdingbar sei. Schwierigkeiten habe ihm dies nicht bereitet, da sie für ihn mit angenehmen Veränderungen einherging. Während er sich selbst als „Italiener“ (Paolo S., Z. 554) sieht, wird er in Italien von vielen Bekannten aufgrund seiner Ordnung und Pünktlichkeit als „Deutscher“ (Paolo S., Z. 568) bezeichnet. Das Gefühl, ein „Italiener“ (Paolo S., Z. 554) zu sein, steht für ihn jedoch nicht in einem Widerspruch dazu, dass er sich in Deutschland und in der Kreisstadt Merzig wohl und heimisch fühlt. So sieht er sich selbst als Individuum, das in das größere Ganze eingebunden ist.

„[Ich fühle mich] [a]ls italienischer Merziger. [...] Als eine Einheit, als Teil der Gesellschaft.“ (Paolo S., Z. 626, 636)

„Ich fühle mich hier wohl und das ist das, was einem sagen lässt, dann bin ich doch Teil dieser Gesellschaft.“ (Paolo S., Z. 647-649)

Das „Heimatgefühl“ konnte bei ihm durch die Nähe zu Familie (Ehefrau, Kinder und Enkelkinder), Freunden und Bekannten sowie den positiv erlebten Umgang mit Behörden und die Teilnahme am öffentlichen Leben entstehen.

„Die Familie, die Beziehungen. Das allgemeine Leben gefällt mir. Der Umgang mit den Behörden und die Funktionsfähigkeit der Behörden und des öffentlichen Lebens beeindruckt mich und deshalb fühle ich mich hier wohl.“ (Paolo S., Z. 578-580)

Ein Gefühl der Zugehörigkeit kann sich nach Paolos Aussage einerseits nur bilden, wenn der Lebensmittelpunkt des Allochthonen auf das Ankunftsland beschränkt sei und kein Rückkehrwunsch in das Herkunftsland bestehe. Andererseits spielt aber auch die autochthone Bevölkerung eine wichtige Rolle, die durch Offenheit, Respekt und Toleranz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund ein Willkommensgefühl vermitteln und dadurch Wohlbefinden sowie die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls fördern könne.

„Oft werden diese Leute mit Intoleranz konfrontiert und das erschwert dieses Zugehörigkeitsgefühl. Manche nehmen sich das mehr zu Herzen.“ (Paolo S., Z. 657-658)

Auch wenn die Kreisstadt Merzig zu Paolos Lebensmittelpunkt geworden ist und für ihn deshalb keine dauerhafte Rückkehr nach Sizilien in Frage kommt, pflegt er intensive Kontakte zu seinen Geschwistern in Italien. Die neuen Medien, vor allem Skype, vereinfachen eine regelmäßige Kommunikation. Mindestens einmal im Jahr besuchen

sich die Geschwister gegenseitig. Darüber hinaus ist es ihm durch sein ehrenamtliches Engagement in den herkunftsbezogenen Vereinen möglich, engere Bindungen zu seinen „Landsleuten“ (Paolo S., Z. 133), Traditionen und der italienischen Identität aufrechtzuerhalten. Diese Beziehungen stärken Paolos Identität, was seiner Meinung nach wesentlich für eine gelingende Integration ist.

„Integration ist für mich, dass man sich an das soziale Gefüge hier anpasst – ich betone ‚anpasst‘ – und trotzdem die Identität bewahrt. Ich bin überzeugt, dass Integration besser gelingt, wenn man eine starke Identität hat und diese auch vertritt.“ (Paolo S., Z. 118-121)

Paolo ist überzeugt, dass neben der allochthonen auch der autochthonen Bevölkerung eine zentrale Bedeutung im Integrationsprozess zukommt. Er begründet dies mit ihrer Rolle als Mehrheitsgesellschaft, weshalb sie unter anderem im öffentlichen Bereich und der Verwaltung verstärkt anzutreffen und entscheidungsberechtigt sei. Darüber hinaus nennt er zwei Bereiche, die für eine erfolgreiche Integration grundlegend seien: die Sprachkompetenz und der Bildungsbereich.

„Die Sprache ist das A und O. Sprache lernen und betreiben funktioniert nur, wenn man in die Öffentlichkeit geht. [...] Aber Hauptsache ist, aus den eigenen vier Wänden rauszugehen. Sprache lernen und die praktizieren und das geht nur unter Leuten.“ (Paolo S., Z. 731-732, 734-736)

„Vielleicht müsste man [...] [in der Kindertageseinrichtung] schon anfangen, Förderprogramme für die Kinder für den Spracherwerb anzubieten – recht früh. Wenn sie in die Schule kommen, ist es oft zu spät.“ (Paolo S., Z. 462-464)

Erste Anlaufstellen können beispielsweise Vereine und vor allem Sportvereine sein, die auch mit geringen Sprachkenntnissen durch das Ausleben geteilter Interessen interkulturelle Kontakte zu Autochthonen erleichtern. Unterstützung beim Integrationsprozess bieten des Weiteren Integrationsangebote, die nach Paolos Aussage aber aufgrund ungenügender Öffentlichkeitsarbeit und eventuell bestehender Zugangsbarrieren häufig nicht die Zielgruppe erreichen.

Verbesserungsbedarf im Hinblick auf die Integration in der Kreisstadt Merzig sieht Paolo unter anderem im Ausbau muttersprachlicher Unterstützungsangebote durch Vermittler, der Intensivierung von Sprach- und Förderkursen speziell für Kinder mit Migrationshintergrund, der Förderung einer Willkommenskultur durch Offenheit und Toleranz sowie einer interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Zusätzlich sollten interkulturelle Kontakte zur autochthonen Bevölkerung ausgebaut werden, da sie nach Paolos Überzeugung das gegenseitige Kennenlernen erleichterten und damit sowohl zum Abbau von Ängsten sowie Vorurteilen als auch zu mehr Offenheit und Respekt beitragen. Ein Ansatz könnte in diesem Zusammenhang die Veranstaltung „Interkulturelle Woche“ sein, jedoch würden die Angebote nach Paolos Aussage zu wenig in Anspruch genommen. Er schlägt daher vor, die kulturelle Vielfalt der Darbietungen im Rahmen der „Interkulturellen Woche“ zu vergrößern und das Niveau zu verbessern, um die Attraktivität der Veranstaltung zu steigern. Auch für seine persönliche Integration hat Paolo noch Ziele, die er erreichen möchte. So will er sich beispielsweise noch stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

Rückblickend identifiziert Paolo das Kennenlernen und die Heirat seiner Ehefrau als eine der wichtigsten Voraussetzungen für seine individuelle Integration. Sie hat ihn vor allem beim Erlernen der deutschen Sprache und beim Aufbau eines sozialen Netzwerks unterstützt. Auch über seine Kinder konnte er neue Kontakte zur autochthonen Bevölkerung knüpfen. Darüber hinaus beeinflussten die Hilfe und die Unterstützung durch Kontaktpersonen wie Verwandte und Freunde Paolos Integrationsprozess positiv.

„Was ich damals auch noch nicht verstanden habe, wie wichtig das war. Was heißt wichtig, später, als ich dann Deutsch gelernt habe, habe ich gemerkt, wie schwierig das für die Tante gewesen sein muss. Sie hatte nur ein paar Brocken Deutsch gekonnt. Und sie ist mit mir überall hingegangen. Große Achtung vor dieser tollen Frau. Und andere Verwandte haben mir geholfen Arbeit zu finden. Wenn man die Sprache nicht kann, ist man auf sie angewiesen: Verwandte und Freunde.“ (Paolo S., Z. 93-98)

Eine wesentliche Rolle für eine gelingende Integration spielen aber auch die autochthone Bevölkerung, die durch ihre Offenheit, Respekt und Toleranz den Zugezogenen ein Gefühl des Willkommenseins vermitteln könne. Auf diese Weise könne auf Seiten der Allochthonen die Entwicklung von Wohlbefinden sowie Zugehörigkeit begünstigt werden. Des Weiteren war Paolos Wertschätzung gegenüber den hiesigen Gegebenheiten förderlich für seine Integration, da sie einerseits ein Gefühl des Wohlbefindens sowie andererseits die Akzeptanz des Lebens in Deutschland und damit die Bildung eines Zugehörigkeitsgefühls erleichterte. Auch seine Offenheit im Hinblick auf interkulturelle Kontakte und interkulturellen Austausch begünstigte den Integrationsprozess.

„Es wäre für mich etwas eintönig und langweilig, nur in den eigenen vier Wänden zu sein und mich nur unter meinen Landsleuten zu bewegen. Das bereichert einen ja nicht. Ich bin eher für Öffnung und Multikulturalität.“ (Paolo S., Z. 144-146)

Diese Aufgeschlossenheit und aktive Hinwendung zu örtlichen Vereinen setzt jedoch die Bereitwilligkeit voraus, das Ankunftsland und die dortige Bevölkerung kennen lernen zu wollen, was bei Paolo durch seinen offenen und kontaktfreudigen Charakter erleichtert wurde. Außerdem war seine Bereitschaft, auf andere zuzugehen, im Hinblick auf die sprachliche Integration hilfreich, da er sich durch die berufliche Tätigkeit, den Freundeskreis sowie die Vereinsarbeit bewusst einem deutschsprachigen Umfeld aussetzte. So ist die Sprachpraxis nach Einschätzung Paolos von besonderer Bedeutung, die allerdings die Bereitschaft zur Eigenleistung und den Willen, die deutsche Sprache zu erlernen, voraussetzt.

Ebenfalls wirkte sich die Aufrechterhaltung der Bindungen zu seinen „Landsleuten“ (Paolo S., Z. 133) und italienischen Traditionen positiv auf den Integrationsprozess aus. Sie gaben Paolo Halt sowie Sicherheit und stärkten auf diese Weise seine Identität.

Im Gegensatz dazu behindern bestehende Ressentiments sowie erfahrene Ungerechtigkeiten den Integrationsprozess. Auch eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit im

Hinblick auf existierende Integrationsangebote erschwert den Zugang zu entsprechenden Unterstützungsleistungen und somit die persönliche Integration.

Franz R. – „Ich brauche mich nicht zu integrieren, ich war integriert, bevor ich hierher gekommen bin.“

Franz R. besitzt die österreichische Staatsangehörigkeit und führt eine binationale Ehe mit einer Frau deutscher Nationalität. Sie haben gemeinsam zwei Kinder, die bereits erwachsen sind. Das Ehepaar lebt im Stadtteil Merzig. Der 59-jährige Franz ist im Angestelltenverhältnis bei einem Lebensmittelgroßhandel tätig.

Anfang der 1950er-Jahre kam Franz in Österreich zur Welt. Er besuchte die Hauptschule und begann nach seinem Hauptschulabschluss eine Lehre als Gas- und Wasserinstallateur. Jedoch merkte Franz recht schnell, dass ihm dieses Arbeitsfeld nicht zusagte. Trotzdem entschied er sich, die Ausbildung nicht abzubrechen, sondern sie erfolgreich abzuschließen. Während er vorher nie den Wunsch hatte, Österreich zu verlassen, zog es ihn nach dem Ende seiner Ausbildung ins Ausland. Franz' Bruder lebte bereits in der Kreisstadt Merzig und führte dort einen Lebensmittelbetrieb. Immer schon versuchte dieser, den Bruder zu einer Migration nach Merzig zu motivieren und ihn als zusätzliche Arbeitskraft für das eigene Unternehmen zu gewinnen. So entschied sich Franz im Jahr 1974 nach Deutschland aufzubrechen, wobei er sich die Option einer Rückkehr nach Österreich offen ließ. Im Gegensatz zu seinen ersten Befürchtungen gefiel es ihm im Saarland jedoch gut.

„[I]m Saarland war es eigentlich auch ein bisschen wie in Österreich. Man kann es zwar nicht direkt vergleichen, aber auch ein bisschen gemütlich und so.“ (Franz R., Z. 37-39)

Über seinen Bruder fand Franz direkt nach seiner Ankunft eine Anstellung in dessen Betrieb, wo er auch heute noch arbeitet. Zu Beginn stellten ihn die Arbeitsabläufe vor gewisse Herausforderungen. Da er aus einem anderen Beruf kam, musste er sich nicht nur die geforderten Fertigkeiten aneignen, sondern sich auch an die Arbeitshaltung gewöhnen. Schwierigkeiten mit anderen Arbeitskollegen gab es keine. Darüber hinaus stellte Franz' Bruder ihm auch die Unterkunft zur Verfügung.

„Für mich war [...] [die Wohnungssuche] kein Problem. Es war im Prinzip alles vorgegeben.“ (Franz R., Z. 221-222)

Während die Brüder zunächst gemeinsam in einer Wohnung lebten, zog Franz zu einem späteren Zeitpunkt zur Miete in eine Firmenwohnung. Noch heute bewohnt er diese gemeinsam mit seiner Ehefrau, die er 1980 kennen lernte. Die Wohnung verfügt aufgrund ihrer Lage auf dem Gelände des Unternehmens zwar über keine direkten Nachbarn, trotzdem kennt sich die weitläufigere Nachbarschaft über flüchtige Kontakte.

Neben der Unterstützung durch den Bruder erleichterten Franz auch die gemeinsame Kultur sowie die gleiche Sprache des Herkunfts- und des Ankunftslandes die erste Zeit in Deutschland.

„Ich bin gut zurechtgekommen und ich habe sowieso keine Anpassungsprobleme. Ich habe überhaupt keine Probleme gehabt. Mit der Sprache auch nicht. Und dadurch, dass es ein und

dieselbe Sprache ist – es ist ja nur der Dialekt anders. Aber da passt man sich an und dann ist das kein Problem.“ (Franz R., Z. 67-70)

Dementsprechend bestanden bei ihm keinerlei Berührungsängste, weshalb er zum Aufbau seines neuen Bekannten- und Freundeskreises auf die Menschen zugehen konnte, als ob er in Österreich jemanden kennen lernen würde. Durch sein offenes Zugehen auf andere war er hier nicht auf die Unterstützung des Bruders angewiesen.

„Ich gehe allein irgendwohin und dann rede ich mit den Leuten. Da habe ich überhaupt keine Probleme. Im Gegenteil, ich bin früher manchmal alleine weggegangen. Wenn ich jemanden kennen lernen wollte, war der andere höchstens noch ein Hindernis. Der hätte mir im Weg gestanden.“ (Franz R., Z. 645-648)

Franz' momentaner Bekannten- und Freundeskreis setzt sich hauptsächlich aus Autochthonen zusammen, die ebenfalls in der Kreisstadt Merzig leben. Für ihn spielen gerade diese Kontakte eine ganz wesentliche Rolle im Hinblick auf die persönliche Integration.

„Das ist das Wichtigste, sonst kann man sich ja nicht integrieren. Wenn ich nur unter Einwanderern bleibe, bin ich ja nicht integriert. Dann bin ich ja nur da, sonst nichts. Integration kann ja gerade nur mit den Einheimischen gehen.“ (Franz R., Z. 685-687)

Auch gegenüber anderen Nationalitäten ist er offen, für ihn zählt alleine die Sympathie und nicht die Zugehörigkeit zu einer Nation. So macht er auch keinen Unterschied zwischen Menschen aus Deutschland und Österreich. Zwar kennt er einige österreichische Personen, die im Raum Merzig leben, jedoch pflegt er keine direkten Kontakte zu ihnen.

Nicht nur seine eigene, sondern auch die Offenheit, die ihm die autochthone Bevölkerung entgegenbrachte, habe dazu geführt, dass er sich von Beginn an akzeptiert und wertgeschätzt fühlte. Zwar wurde er manchmal als „Du Österreicher“ oder „Schluchterscheißer“ (Franz R., Z. 109-110) bezeichnet. Allerdings schmälerte dies nicht sein Gefühl der Wertschätzung, da er solche Äußerungen ignorierte und sie nicht auf seine Herkunft bezog.

„Es hat aber nichts damit zu tun, dass ich Österreicher bin und der andere Deutscher, sondern es sind zwischenmenschliche Beziehungen, wo man vielleicht negative Erfahrungen machen kann.“ (Franz R., Z. 129-132)

Franz besucht und engagiert sich bei örtlichen Veranstaltungen. Seiner Meinung nach sei bei diesen Festen vor allem die autochthone Bevölkerung aktiv, was unter anderen auch an dem kleinstädtischen Charakter der Kreisstadt Merzig liege.

„Ich glaube, dass [...] [bei diesen Festen] die Ausländer oder Zugezogenen, glaube ich, weniger integriert sind. Sie sind dann eher mehr als Gäste dort.“ (Franz R., Z. 445-446)

Dies heiße jedoch nicht, dass sich Allochthone nicht beteiligen und einbringen dürften, sondern ganz im Gegenteil, jeder könne mitmachen. Alles hänge nur von der eigenen Bereitschaft ab. Er wurde beispielsweise beim Besuch eines Festes gezielt angesprochen, ob er nicht helfen könne und seitdem engagiert er sich ehrenamtlich. Franz hilft gerne, da ihn die Freude der anderen über seine Unterstützung beglückt. Über die Hilfe bei Veranstaltungen hinaus ist er in keinem Verein aktiv, da ihm dazu aufgrund seiner Berufstätigkeit die Zeit fehlt.

Die sozialen Kontakte sowie das Engagement förderten unter anderem auch den Aufbau von Gefühlen der Zugehörigkeit und Verbundenheit, weshalb sich Franz als „Merziger“, „Saarländer“ oder „Deutscher“ (Franz R., Z. 483) fühlt. Diese Gefühle stehen für ihn jedoch nicht im Widerspruch zu seiner österreichischen Staatsangehörigkeit.

„Ich bin zwar immer noch Österreicher, weil ich die Staatsbürgerschaft nicht abgelegt habe, weil ich kein Vorteil oder kein Nachteil habe. Aber nicht, weil ich kein Deutscher sein will, sondern weil ich es nicht für nötig finde.“ (Franz R., Z. 138-140)

So sieht Franz keine Notwendigkeit für seine Einbürgerung, da Österreich und Deutschland mit Blick auf die gemeinsame Sprache und Mentalität eins seien. Aus diesem Grund nimmt er sich selbst als Autochthoner wahr. Darüber hinaus misst er der Nationalität per se keine große Bedeutung zu, da sie für ihn keinen notwendigen Identifikationspunkt darstellt.

„Nationalität ist für mich nicht wichtig. Deswegen habe ich auch immer noch den österreichischen Pass, weil es für mich nicht wichtig ist. Ich würde anstandslos den deutschen Pass bekommen, aber ich brauche ihn nicht. Und deswegen sehe ich mich mehr als Europäer.“ (Franz R., Z. 430-433)

Jedoch identifiziert er sich noch sehr stark mit Österreich im Bereich des Sportes.

„Das einzige, im Sport. Da bin ich immer noch mehr oder weniger Österreicher. Das kann ich nicht ganz ablegen. Also wenn Deutschland gegen Österreich spielt, kann ich nicht Deutschland beibehalten. [...] Aber auf der anderen Seite, wenn die Deutschen natürlich gegen andere spielen, halte ich natürlich schon den Deutschen bei. Das ist klar. Aber nicht gegen Österreich. Wir wollen es nicht übertreiben.“ (Franz R., Z. 385-387, 389-392)

Ebenso ist er durch die Kulinarik noch mit seinem Herkunftsland verbunden.

„Ich habe zu meiner Frau gesagt, dass sie so kochen muss wie meine Mutter. Das macht sie auch zum Teil. Sie macht sehr viel aus der österreichischen Küche.“ (Franz R., Z. 366-368)

Des Weiteren besitzt Franz auch persönliche Kontakte nach Österreich, die er regelmäßig pflegt. So telefoniert er mit seinen Geschwistern oder trifft sie einmal jährlich abwechselnd in Merzig oder Österreich. Mit seinen Nichten und Neffen kommuniziert er teilweise auch über das Internet.

Besonders schätzt Franz sowohl am Ankunfts- als auch am Herkunftsland die demokratischen Regeln, die Meinungs- und Bewegungsfreiheit mit sich bringen. Vor- oder Nachteile sieht er hingegen nahezu keine zwischen den beiden Ländern. Bei existierenden Unterschieden, handele es sich lediglich um Nuancen, weshalb er mit seiner jetzigen Lebenssituation im Allgemeinen zufrieden sei.

„Es ist nicht so, dass ich jetzt hundertprozentig oder Himmel hoch jauchzend zufrieden bin, aber ich bin zufrieden. [...] Das ist ja alles in Ordnung, wie es ist. Nur, es ist Jammern auf hohem Niveau.“ (Franz R., Z. 321-322, 334-335)

Trotzdem präferiert er ein Leben in Österreich. Jedoch ist für ihn eine Rückkehr ins Herkunftsland aufgrund seiner in Deutschland gewachsenen familiären Bindungen nicht möglich.

„Ich möchte schon [...] [in Österreich] leben, aber es hat sich erübrigt. Die Kinder sind hier. Die Enkelkinder sind hier. Und deswegen hat sich das Ganze natürlich erledigt. [...] Und die

nächste Familie ist natürlich hier. [...] Aber sonst, wenn ich Junggeselle wäre, würde ich wieder zurückgehen.“ (Franz R., Z. 57-61)

Wenn einerseits auch der Wunsch nach einer Rückkehr ins Herkunftsland besteht, so fühlt er sich doch andererseits im Ankunftsland verwurzelt. Neben seiner Familie ist es vor allem auch das Bewusstsein integriert zu sein, was ihn in Deutschland hält. Daher misst er seiner eigenen Integration auch große Bedeutung zu, die für ihn eine persönliche Bereicherung und einen Gewinn darstellt. Unter Integration versteht Franz in erster Linie die einseitige Anpassung des Zuwanderers an die Gegebenheiten im Ankunftsland.

„Ich finde, dass sich nicht das Land an die Leute, die kommen, anpassen muss, sondern die Leute müssen sich an das Land anpassen. Und wenn sie das nicht machen, müssen sie in dem Land bleiben, wo sie geboren sind. Das zählt für alle.“ (Franz R., Z. 80-83)

„Ich weiß genau, wenn ich irgendwo hingeh, in ein anderes Land, muss ich mich dem Land anpassen. Nicht, weil ich das muss, sondern weil es sonst nicht geht. Sonst habe ich immer Probleme, und ich geh ja nicht irgendwohin, um Probleme zu haben.“ (Franz R., Z. 756-759)

Neben der Sprache und einem Arbeitsplatz sind für ihn vor allem die Akzeptanz des neuen Lebensumfeldes und die Anpassung daran wichtig, damit Integration gelingen kann. Von besonderer Bedeutung ist für ihn darüber hinaus der Wille zur Integration. Fehle der Integrationswille, sei ein interkulturelles Miteinander nur in begrenztem Maße möglich.

„Ob das bei einem Fest ist, ob das beim Deutsch-Lernen ist, überall, jeder kann mitmachen. Er muss es nur von sich aus wollen.“ (Franz R., Z. 629-630)

„Helfen tut nur die eigene Einstellung. Wenn einer die Einstellung, dass er sich anpasst oder anpassen will, nicht hat, dann wird es nie etwas werden. Egal, woher er kommt.“ (Franz R., Z. 974-976)

So erschwere ein fehlender Integrationswille beispielsweise ein Aufeinander-Zugehen von allochthoner und autochthoner Bevölkerung, was in extremen Fällen zu Segregationserscheinungen führen kann. Erste Segregationstendenzen beobachtet Franz bereits in bestimmten Straßen der Kreisstadt Merzig. Er sieht deshalb primär die Allochthonen in der Verantwortung, den ersten Schritt auf die Ankunfts-gesellschaft zuzugehen.

„Ich glaube, dass der erste Schritt von dem kommen muss, der dazukommt. [...] Dass die das überhaupt wollen, und dann kann man sie auch leichter integrieren oder mit einbeziehen. [...] Sie müssen sich von sich aus mit einbeziehen und dann kann man die Kultur ein bisschen vermischen oder auch [beispielsweise] die türkische mit einbeziehen. [...] Nur, wenn sie nicht wollen, dann geht das ja gar nicht.“ (Franz R., Z. 596-598, 600-603)

Eine ähnliche Einstellung besitzt er auch im Hinblick auf die Problemlösung.

„Nicht die Einheimischen müssen die Probleme lösen, sondern die Zuwanderer. Einheimische müssen ihnen die Chance geben, dass sie es lösen können. Das schon. Sie dürfen nicht dagegen sein, dass sie sich integrieren oder anpassen.“ (Franz R., Z. 847-850)

Integration kann jedoch nur gelingen, wenn gewisse Rahmenbedingungen geschaffen würden. Dies ist nach Franz' Überzeugung sowohl Aufgabe der Politik als auch der Gesellschaft und des einzelnen Bürgers des Ankunftslandes.

„Offenheit kommt vom Einzelnen. Mir kann keiner verbieten, dass ich offen bin. [...] Man kann alles ändern – im kleinen Rahmen. Natürlich nicht im Großen, aber im kleinen Rahmen kann man alles ändern. Wenn es jeder im kleinen Rahmen ändert, wird es auch im Großen geändert.“ (Franz R., Z. 877, 879-881)

Diese geforderte Offenheit sei deutlich einfacher umsetzbar, wenn Gemeinsamkeiten zwischen der allochthonen und der autochthonen Bevölkerung beispielsweise im Hinblick auf die Sprache und Kultur existieren.

„Ich habe es den Ansässigen aber auch leicht gemacht. [...] Und [zum Beispiel] der Türke und der Italiener macht es den Einheimischen nicht leicht, weil sie von ihrer Sprache nicht wegkommen oder [...] was weiß ich.“ (Franz R., Z. 497-499)

Aber nicht nur der Ankunftsgesellschaft, sondern auch ihm fiel die Akzeptanz und Anpassung aufgrund der gemeinsamen Sprache und Kultur leichter. Zusätzlich bauten diese Gemeinsamkeiten auch Migrationshürden ab und vereinfachten ihm dadurch die Entscheidung zur Migration. Angesichts der Vielzahl an Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern und den damit verbundenen geringen Migrationshürden entstand bei Franz das Gefühl, nicht über internationale Grenzen zu migrieren, sondern seinen Wohnsitz innerhalb eines Landes und einer Gesellschaft zu verlagern. Er sieht sich daher als Autochthone, der sich nicht im Sinne anderer internationaler Zuwanderer integrieren musste.

„Ich brauche mich nicht mehr zu integrieren, ich war integriert, bevor ich hierher gekommen bin. Ich habe mich nie als jemand gesehen, der sich integrieren muss oder Immigrant ist oder was weiß ich. Ich bin als Bürger hierher gekommen. Als Bürger von dem Land zu einem Bürger von diesem Land. Für mich gab es da keinen Unterschied.“ (Franz R., Z. 925-929)

Wie sehr sich Franz integriert fühlt, zeigt sich in seinen Aussagen, wenn er in Bezug auf Zuwanderer oft von den „Ausländern“ (Franz R., Z. 461) oder „sie“ (Franz R., Z. 82) spricht und damit sich selbst von dieser Gruppe ausnimmt.

„Sie müssen sich von sich aus mit einbeziehen [...].“ (Franz R., Z. 600-601)

Deshalb sah er für sich selbst auch keine Notwendigkeit einer Integration, weshalb es „für [...] [ihn] [...] keine Integration gab“ (Franz R., Z. 689). Er bezeichnet somit vor allem jene als „Ausländer“ (Franz R., Z. 461), die in ihrem Herkunftsland einer anderen Kultur und Sprachgemeinschaft angehörten. Daher erwartet er von ihnen eine größere Integrationsleistung. Trotzdem musste auch er sich im Ankunftsland zumindest strukturell und sozial integrieren.

Franz identifiziert bei der Reflexion des eigenen Integrationsprozesses die Unterstützung durch den Bruder als wichtigen förderlichen Faktor. Durch ihn hatte er beispielsweise von Anfang an eine Unterkunft sowie eine Arbeitsstelle, was Franz bereits vor der eigentlichen Migration große Sicherheit verlieh.

„Wenn ich jetzt aufs Geratewohl nach Deutschland gegangen wäre und hätte keine Arbeit, keine Wohnung gehabt, dann hätte ich es mir [...] mit Sicherheit überlegt, ob ich raus gegangen wäre.“ (Franz R., Z. 269-271)

Neben der Unterstützung durch den Bruder spielten für seine Integration auch die sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen dem Aufnahme- und dem Herkunftsland eine ganz wesentliche Rolle. Als essentiell für den Integrationsprozess

sieht Franz des Weiteren den persönlichen Integrationswillen an, der als „Türöffner“ zur Ankunftsgesellschaft fungiert. Dennoch reiche der Integrationswille alleine nicht aus, sondern auch Offenheit, Akzeptanz, Respekt und Aufeinander-Zugehen auf Seiten der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung beeinflussten das Gelingen von Integration.

„Aber man muss jeden so nehmen, wie er ist. Wenn ich das nicht mache, dann bekomme ich Probleme. Ob ich so leben möchte wie der, das ist eine andere Sache. Aber ich muss ihn so nehmen, wie er ist. Und das muss ich ihm auch zeigen, dass ich ihn so nehme.“ (Franz R., Z. 411-414)

Jedoch ist Franz überzeugt, dass Toleranz und die Initiative des Aufeinander-Zugehens vorrangig von den Zuwanderern ausgehen sollten, da jeder, der einen offenen und respektvollen Umgang lebe, diese Verhaltensweise auch bei anderen Personen hervorrufe.

„Toleranz kann ich nicht von den anderen verlangen, die muss von mir ausgehen; dann kommt sie auch von den anderen oder sie kommt nicht.“ (Franz R., Z. 896-898)

„Es liegt immer an einem selbst. Zuerst liegt es immer an einem selbst, wenn es nicht klappt.“ (Franz R., Z. 977-978)

Die im interkulturellen Austausch entstandenen Kontakte zur Ankunftsgesellschaft seien darüber hinaus besonders hilfreich für den Integrationsprozess, da Integration nur in Kooperation von allochthoner und autochthoner Bevölkerung gelingen könne.

Franz benennt lediglich zwei Aspekte, die für die Integration hemmend seien. Es handelt sich dabei einerseits um bestehende Ressentiments gegenüber Allochthonen, die vor allem den Aufbau eines Zugehörigkeitsgefühls und somit die identifikatorische Integration erschwere und andererseits um Segregationstendenzen, die in erster Linie interkulturelle Kontakte zwischen der allochthonen und der autochthonen Bevölkerung behinderten.

6.2.1.2 Migration zum Zweck der Ausbildung

Sebastián O. – „Es ist eine ganz neue Welt, wenn man hier ist. Man muss erkunden, was es gibt, und sehen, was die neue Welt bietet.“

Der 37-jährige Sebastián O. besitzt sowohl die deutsche als auch die mexikanische Staatsangehörigkeit. Er wohnt mit seiner südosteuropäischen Ehefrau und den beiden gemeinsamen Kindern im Stadtteil Merzig. Er ist als Ingenieur der Elektrotechnik in einem luxemburgischen Unternehmen angestellt.

Sebastián wurde Mitte der 1970er-Jahre in Mexiko geboren. Nach dem Abitur studierte er Elektrotechnik und fasste bereits während des Studiums den Entschluss, nach Beendigung des Masterstudienganges zu promovieren. Ein Professor, den Sebastián am Ende seines Masterstudiums kennen lernte, empfahl ihm aufgrund der in Deutschland speziell in dieser Fachdisziplin üblichen Verknüpfung von Theorie und Praxis die Dissertation in Deutschland anzufertigen. Obwohl Sebastián Mexiko eigentlich nicht verlassen wollte, reizte ihn diese Kombination aus Theorie und Praxis so stark, dass er sich beim Deutschen Akademischen Austauschdienst für ein Promotionsstipendium

bewarb. Mit der Zusage für das Stipendium stand für ihn fest, lediglich vorübergehend nach Deutschland zu ziehen.

„[I]ch hatte nur im Kopf, mindestens drei Jahre zu promovieren. [...] Dann wollte ich eigentlich wieder zurück“. (Sebastián O., Z. 49, 51)

Da Sebastián über keinerlei Deutschkenntnisse verfügte, war im Rahmen seines Stipendiums zunächst ein sechsmonatiger Sprachkurs in Hessen vorgesehen, der direkt nach seiner Ankunft in Deutschland im Oktober 2002 begann. Für den Zeitraum des Kurses wurde ihm vom Deutschen Akademischen Austauschdienst ein Zimmer zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erhielt er bei bürokratischen Angelegenheiten wie beispielsweise der Visaverlängerung Unterstützung von dem Sprachinstitut.

„Wir haben ihnen die Reisepässe gegeben und eine Bestätigung des DAADs, dass wir DAAD-Stipendiaten waren. Das haben wir weiter gegeben und sie haben sich dann um alles gekümmert.“ (Sebastián O., Z. 158-160)

Das Stipendium und die damit verbundene Unterstützung von Seiten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes als auch des Sprachinstituts schufen allgemein gute Rahmenbedingungen, die Sebastián in der ersten Zeit Halt sowie Orientierung gaben und ihn auf das spätere Leben in Deutschland vorbereiteten. Über den Sprachkurs lernte er fünfzehn Personen aus Lateinamerika kennen, mit denen er sich auch in der Freizeit regelmäßig zu gemeinsamen Unternehmungen traf. Außerdem habe der internationale Charakter und die damit verbundene Vielfalt in der hessischen Stadt ihm die erste Zeit in Deutschland erleichtert. Jedoch bereitete ihm am Anfang die deutsche Sprache Schwierigkeiten.

„Eine komplett andere Sprache. Ich habe nichts verstanden, wenn ich auf der Straße gegangen bin, wenn ich etwas kaufen oder etwas sagen wollte.“ (Sebastián O., Z. 141-142)

Um sich besser verständigen zu können, wollte Sebastián „so schnell wie möglich, aber auch gut“ (Sebastián O., Z. 707) die Sprache erlernen. Er nahm daher zusätzlich zu dem Sprachkurs an einem Tandemprogramm einer Universität in Hessen teil. Auf diese Weise konnte er einerseits seine sprachlichen Fähigkeiten ausbauen und Sprachpraxis sammeln sowie andererseits erste Kontakte mit der autochthonen Bevölkerung knüpfen.

„[An der Uni [Name einer hessischen Stadt]] gab [es] ein Schwarzes Brett mit Anzeigen, dass Leute für ‚Tandem‘ gesucht werden. ‚Ich biete Deutsch und suche Spanisch‘ oder wie auch immer. Dann habe ich die Leute kontaktiert [...]. Und mit Hilfe dieser deutschen Menschen hatte ich die ersten Kontakte mit Einheimischen. Die Leute haben mich den Freunden von Freunden von Freunden vorgestellt“. (Sebastián O., Z. 203-205, 207-209)

Dies waren überwiegend junge Erwachsene, die ihm Offenheit und Interesse entgegenbrachten. Darüber hinaus verfügten sie über englische Sprachkenntnisse, was die Kontaktaufnahme erleichterte. Über das Tandemprogramm hinaus las er täglich die Online-Ausgabe der Tageszeitung und übersetzte die unbekannten Wörter mit Hilfe des Wörterbuchs. Auch über das Fernsehen verbesserte er seine Sprachkenntnisse. Zwar war sein Sprachverständnis zunächst noch gering, sodass er keinen Zusammenhang, sondern lediglich einzelne Wörter erkannte, jedoch wurde es zunehmend besser.

Auf diese Weise investierte er neben dem Deutschkurs täglich weitere zwei Stunden in den Spracherwerb.

Nach Abschluss des sechsmonatigen Sprachkurses wechselte Sebastián an eine Universität in Rheinland-Pfalz, um bei dem dortigen Professor mit seiner Promotion zu beginnen. Dort traf er auf sehr offene Menschen, die Verständnis für seine Situation als „Neuling“ (Sebastián O., Z. 346) zeigten.

„Natürlich konnte ich nach sechs Monaten erst langsam ein paar Sachen auf Deutsch sagen und mein Professor war da sehr nett und schlug vor, dass wir Englisch sprechen. Wenn ich Probleme hatte, konnte ich auf Englisch reden.“ (Sebastián O., Z. 342-344)

Bereits im Vorfeld beauftragte der betreuende Professor einen Mitarbeiter, sich für Sebastián um ein Appartement in einem Studentenwohnheim zu bemühen. Über die Kollegen und Kommilitonen, Studierende aus Deutschland aber auch aus dem Ausland, konnte er sich ein soziales Netzwerk aufbauen. Außerdem nahm er regelmäßig gemeinsam mit Kommilitonen an Veranstaltungen des Allgemeinen Studierendenausschusses teil, wodurch neue Kontakte geknüpft werden konnten. Er lernte seine jetzige Ehefrau kennen und zog eineinhalb Jahre nach Beginn seines Promotionsstudiums zu ihr ins Saarland. Einige Zeit später verlegte Sebastián allerdings seinen Wohnsitz wieder nach Rheinland-Pfalz, um die tägliche Fahrzeit an die Universität zu reduzieren und mehr Zeit für das Dissertationsprojekt zu haben. Erst in der Endphase der Promotion nahm er, unter anderem wegen der Geburt des Sohnes, einen erneuten Wohnortwechsel ins Saarland vor. Im August 2008 schloss Sebastián seine Dissertation erfolgreich ab. Bereits im Laufe des Promotionsprojekts entstand bei Sebastián der Wunsch, nicht wie ursprünglich geplant nach der Dissertation nach Mexiko zurückzukehren, sondern noch einige Jahre in Deutschland zu bleiben, um erste Berufserfahrungen zu sammeln. Daher begab er sich nach Abschluss der Promotion auf Arbeitssuche. Zu Übungszwecken hatte er bereits im Juni und Juli 2008 einige Bewerbungen innerhalb der Großregion geschrieben und ist teilweise auch zu Vorstellungsgesprächen eingeladen worden, eine Zusage hatte er jedoch nicht erhalten. Unterstützung erfuhr er im Rahmen seines Bewerbungsprozesses sowohl von Arbeitskollegen als auch Freunden. Während ihm die Arbeitskollegen Insidertipps zur Art der Bewerbung und interessanten Arbeitgebern sowie Stellenangeboten anvertrauten, wurden die Bewerbungsunterlagen von deutschsprachigen Freunden Korrektur gelesen und verbessert.

„Ich hatte die Leute zunächst angerufen und gefragt, ob sie mir helfen können. Und am nächsten Tag hatte ich die Antwort. [...] Sie haben nie mal gesagt, dass ich es vielleicht erst die Woche darauf schicken soll. Es ging immer von heute auf morgen.“ (Sebastián O., Z. 412-415)

Direkt nach Beendigung seiner Promotion wurde Sebastián bei Recherchen nach freien Arbeitsplätzen in den Bereichen Elektro- und Informationstechnik auf eine Stellenausschreibung in Baden-Württemberg aufmerksam. Die dortige Firma suchte einen Ingenieur der Elektro- oder Automobiltechnik, was genau Sebastián's Ausbildungsschwerpunkten entsprach. Wenige Tage nachdem er die Bewerbungsunterlagen eingereicht hatte, erhielt er einen Anruf und sie vereinbarten ein Vorstellungsgespräch.

Aufgrund des erfolgreichen Verlaufs des ersten Gesprächs wurde er zu einem zweiten eingeladen und erhielt danach die Zusage.

„Das war meine erste offizielle Bewerbung. Und es hat geklappt. Da hatte ich auch Glück, denn Ende 2008 kam die Krise. [...] Das war eine Last-Minute-Einstellung und ich hatte Glück. Ein Monat, drei Wochen nachdem ich mit der Promotion fertig war, hatte ich eine Stelle. Gott sei Dank, habe ich diese Stelle bekommen. [...] Das war nach Maß.“ (Sebastián O., Z. 386-391, 397)

Mit der Zusage wandte sich Sebastián an die Ausländerbehörde in Saarbrücken, um eine Beschäftigungserlaubnis zu beantragen. Die dortige Sachbearbeiterin informierte ihn, dass er diese Erlaubnis aufgrund der Geburt seines Sohnes, der die Staatsangehörigkeit seiner Mutter und damit eines europäischen Mitgliedstaates besitzt, nicht mehr benötige. Stattdessen wurde ihm im Anschluss an die Vorrangprüfung eine zunächst auf fünf Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis ausgestellt.

„Ich hatte nicht nach der Aufenthaltserlaubnis gefragt, sondern nur nach einem Arbeitsvisum gesucht und habe durch meinen Sohn etwas Besseres bekommen.“ (Sebastián O., Z. 475-476)

Nach dem positiven Bescheid der Vorrangprüfung suchte Sebastián über Internetportale nach Appartements in der Umgebung der Firma. Zwar erschwerten die hohe Nachfrage und das Preisniveau die Suche, doch verhalfen ihm seine Offenheit hinsichtlich seiner beruflichen und persönlichen Situation recht schnell zu einer Wohnung.

Das Arbeitsklima in dem damaligen Betrieb beschreibt Sebastián als gut. Von Seiten der Kollegen bestand ihm und seinem Herkunftsland gegenüber großes Interesse, wodurch eine gemeinsame Gesprächsbasis gegeben war. Neben der persönlichen Wertschätzung war für ihn aber auch die fachliche Anerkennung von Bedeutung.

„Aber später thematisch, fachlich, [...] da hatten wir das Problem und wie können wir das lösen, da hatte ich immer selber die Sachen gemacht, nicht weil ich hochnäsiger war, aber dann habe ich mein Können gezeigt. Dass ich mich mit der Thematik auskenne.“ (Sebastián O., Z. 432-435)

Im Austausch mit den überwiegend autochthonen Arbeitskollegen konnte Sebastián des Weiteren seine Sprachkenntnisse verbessern. Dies geschah vor allem dadurch, dass ihn die Kollegen und Mitarbeiter auf Sebastián's eigenen Wunsch bei sprachlichen Fehlern immer wieder korrigierten. Besonderes Interesse zeigte er für den Erwerb der Regionalsprache, auch wenn er zu Beginn viele Begriffe nicht verstand und nachfragen musste.

„[A]ls ich im Schwabenland war, war das eine absolut total neue Variante. Aber ich mag die deutsche Sprache. Und ich wollte immer lernen, wie die Leute von Norden nach Süden, von Osten nach Westen sprechen. Die typischen Wörter von denen lernen.“ (Sebastián O., Z. 879-881)

Nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit wechselte Sebastián im Jahr 2010 zu einer anderen Firma in Baden-Württemberg. Während er seit 2008 von Montag bis Freitag in diesem Bundesland lebte und beruflich tätig war, wohnten Sebastián's Ehefrau und Sohn weiterhin im Saarland, da seine Frau in einem Unternehmen im Landkreis Merzig-Wadern beschäftigt war. Vier Jahre lang sah sich die Familie daher nur am Wochenende. Um zukünftig einen gemeinsamen Lebensmittelpunkt haben zu können, re-

cherchierte er nach freien Stellen in der Großregion und erhielt 2012 eine Zusage von einer luxemburgischen Firma. Er fühlt sich wohl in dem internationalen Unternehmen, in dem die gemeinsame Sprache Englisch ist. Neben Mitarbeitern aus Frankreich sind auch Personen aus Äthiopien, China, Deutschland und Syrien bei der Firma angestellt. Durch den sehr internationalen Charakter des Betriebs treffen unterschiedliche berufliche Arbeitsweisen aufeinander, was teilweise zu Meinungsverschiedenheiten beispielsweise im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise oder die Planung von Arbeitsschritten führt. Dies ist unter anderem auch bei der deutschen und französischen Arbeitsweise der Fall.

„[D]ie meisten meiner Kollegen sind Franzosen und die haben eine andere Arbeitsweise. Ich bin in der Art sehr deutsch. Nicht weil ich jetzt die deutsche Nationalität habe, sondern weil ich arbeite und plane und sage, dass die Sachen so oder so sein müssen. Die sagen: ‚Du bist sehr deutsch‘“. (Sebastián O., Z. 486-489)

Wegen des neuen Arbeitsplatzes verlegten Sebastián und seine Familie im August 2012 ihren Wohnsitz in die Kreisstadt Merzig, weil diese durch ihre soziale sowie technische Infrastruktur überzeugte. So schätzt er besonders die vielfältigen Angebote speziell für Familien, bei denen eine freundliche Atmosphäre herrsche. Darüber hinaus war es ihm wichtig, dass seine Frau weiterhin berufstätig sein kann und sich ihr Arbeitsort in der Nähe zu Krippe und Kindergarten befindet, um bei Bedarf schnell bei den Kindern sein zu können. Für ihn spielt hingegen die tägliche einfache Fahrtstrecke zum Arbeitsplatz in Luxemburg von rund 60 Kilometern keine Rolle.

Im Stadtteil Merzig hat die Familie eine Mietwohnung gefunden, in der sich Sebastián wohlfühlt. Während nur wenige Kontakte zu den Nachbarn bestehen, konnte das Ehepaar vor allem über die Kinder, den Kindergarten sowie die Krabbelgruppe andere Eltern kennen lernen und auf diese Weise neue Beziehungen in Merzig aufbauen. Neben diesen Personen setzt sich sein Bekannten- und Freundeskreis aber auch aus früheren Kollegen der Universität sowie der beiden Arbeitsstellen in Baden-Württemberg zusammen. Obwohl die Kollegen nun an ganz unterschiedlichen Arbeitsorten beschäftigt sind, telefonieren sie regelmäßig und treffen sich gemeinsam mit den Familien. Aufgrund seines großen und internationalen Bekannten- sowie Freundeskreises steht Sebastián mit einer Vielzahl von Personen unterschiedlicher Herkunft beispielsweise aus Belgien, Bulgarien, China, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Kolumbien und Mexiko, den Niederlande sowie Spanien in Kontakt. Über seine Ehefrau existieren außerdem Beziehungen zu (Spät-)Aussiedlern, da Gemeinsamkeiten über die slawische Sprache und die Herkunft bestehen. Da er jedoch besonderen Wert auf die Begegnung mit der autochthonen Bevölkerung legt, dominieren Verbindungen zu dieser Personengruppe.

„Ich weiß nicht, ob die anderen Freunde von mir, die ich kenne und Ausländer sind, für immer hier bleiben werden. Ich bin mir aber sicher, dass die Deutschen bestimmt hier bleiben und deshalb ist für mich der Kontakt mit den Einheimischen ganz wichtig.“ (Sebastián O., Z. 943-946)

Auch örtlichen Vereinen ist Sebastián aufgeschlossen, sowohl sein Sohn als auch seine Ehefrau sind bereits in Vereinen aktiv, allerdings fehlt ihm wegen seiner Berufstätigkeit in Luxemburg momentan die Zeit dafür. Sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene konnte er Gefühle des Wohlbefindens sowie der Verbunden- und Zugehörigkeit entwickeln.

„Ich fühle mich jetzt als Saarländer. Mir gefällt das ganze Saarland. Ich war in [Name einer rheinland-pfälzischen Stadt], fühlte mich aber nie als Pfälzer. Ich fühle mich mehr als Saarländer.“ (Sebastián O., Z. 1071-1073)

„Ich war in Deutschland schon überall, aber wenn ich im Saarland bin, fühle ich mich wie zu Hause. Ich fühle mich zu Hause, weil ich das Saarland vermisst habe.“ (Sebastián O., Z. 1105-1107)

Die Entstehung eines Zugehörigkeitsgefühls sei in erster Linie durch die Mentalität der Menschen im Saarland positiv beeinflusst worden, die ihm durch ihre offene sowie freundliche Art ein Gefühl des Willkommenseins vermittelten und damit sein Ankommen erleichterten. Daraus habe sich schließlich der Wunsch ergeben, dauerhaft im Saarland leben zu wollen.

„Wir denken an die Zukunft und wir sehen unsere Zukunft in Deutschland. [...] [W]ir haben schon geplant, hier in Merzig ein Haus zu kaufen. Und wenn wir diese Entscheidung getroffen haben, ist das wie ein ‚Für-immer-bleiben-wollen‘.“ (Sebastián O., Z. 112-116)

Auf diese Weise bildete sich bei Sebastián zunächst ein Gefühl der Verbundenheit mit der Kreisstadt Merzig und dem Saarland heraus. Vor allem über sportliche Wettkämpfe, in denen er für Deutschland antretende Spieler beziehungsweise Teams unterstützte, konnte aufbauend auf dem lokalen und regionalen auch ein nationales Zugehörigkeitsgefühl entstehen. Er selbst sieht sich daher als „Deutsch-Mexikaner“ (Sebastián O., Z. 1017), zu dessen Lebensmittelpunkt Deutschland wurde.

„[Deutschland] ist jetzt meine Heimat. Nicht meine neue, es ist meine Heimat. Ich liebe Mexiko, aber ich bin von 12 Monaten in der Regel nur ein Monat pro Jahr in Mexiko. Deutschland ist meine Heimat.“ (Sebastián O., Z. 1045-1047)

Neben der jährlichen Aufenthaltsdauer verbindet ihn aber noch viel mehr mit Deutschland. So ist über die Kinder, die Ehefrau, Bekannte sowie Freunde und den Beruf eine sehr enge persönliche Beziehung zu dem Land gewachsen.

„Nach zehn Jahren habe ich gelernt Deutschland zu lieben, und das mache ich einfach.“ (Sebastián O., Z. 1026-1027)

„Deutschland hat mir alles gegeben. Es hat mir die Muse gegeben, hier eine Promotion abzuschließen. Es hat mir die Chance gegeben, zwei Stellen unproblematisch zu haben. Es hat mir indirekt die Muse gegeben, meine Frau kennen zu lernen. Und [...] in Deutschland wurden auch meine beiden Kinder geboren. Deutschland ist für mich jetzt alles.“ (Sebastián O., Z. 1062-1066)

Sebastián bringt Deutschland damit Dankbarkeit für die Gestaltungsmöglichkeiten entgegen, die sich für sein hiesiges Leben ergaben. Er sieht Deutschland als einen demokratischen Sozialstaat mit hoher Lebensqualität und solider Wirtschaft, dem er Respekt zollt.

„Es gibt viele Punkte, die einen stolz machen. [...] Und ich will ein Teil davon sein.“ (Sebastián O., Z. 1120-1121)

So war es für ihn nur konsequent, dass er sich im Jahr 2013 einbürgern ließ. Unter Integration versteht Sebastián, durch eigenen Einsatz und eigene Anstrengung Teil der Ankunftsgesellschaft zu werden.

„[V]on der mathematischen Bedeutung her ist es eine mathematische Operation, wo man aus einem Universum ein Anteil herausnimmt. Von der menschlichen Betrachtung bedeutet es für mich, dass Leute außerhalb eines Kreises, die neu zu dem Kreis kommen, irgendwann versuchen in den Kreis zu gehen. Aber dafür müssen sich die Leute an die Gegebenheiten in dem neuen Kreis anpassen.“ (Sebastián O., Z. 223-227)

Integration geht damit in Sebastiáns Augen mit einer Anpassung der „Minderheit an die Mehrheit“ (Sebastián O., Z. 273-274) einher. Während die Verantwortung basierend auf seiner Definition primär bei den Zuwanderern liegt, trage aber auch die autochthone Bevölkerung durch Offenheit und Interesse an anderen Menschen und Kulturen zum Gelingen der Integration bei. Sebastián war bereit, sich seiner Verantwortung zu stellen und sich zunächst in der allgemeinen Lebensführung an die Autochthonen anzupassen, bevor er in einem weiteren Schritt sich auch beruflich eingliederte. Dabei halfen ihm vor allem seine Eigeninitiative, seine Lern- und Leistungsbereitschaft sowie die Wertschätzung des Ankunftslandes im Hinblick auf die geltenden „Gesetze“, „Regeln“ (Sebastián O., Z. 728) und Werte. Nach persönlicher und beruflicher Eingliederung war es ihm wichtig, sich auch familiär zu binden, wodurch sich über seine Kinder eine noch intensivere Beziehung zum Ankunftsland entwickeln konnte.

„Meine erste Integration war [...] die menschliche Integration. Dass sie mich als gleichwertigen Menschen akzeptieren und nicht als minderwertig sehen, weil ich aus einem anderen Land stamme. Das war der erste Schritt. [...] Der zweite Schritt war meine Arbeitsweise und Denkweise an die deutsche anzupassen. [...] Der dritte Schritt, wie kann ich das sagen. Es war nicht mein Ziel, aber man kann gute Freunde haben, man kann Erfolg im Job oder an der Uni haben, aber wenn man alleine ist, wenn man keinen Partner hat. [...] Aber glücklicherweise habe ich meine jetzige Frau kennen gelernt [...]. Der Kreis war geschlossen.“ (Sebastián O., Z. 295-297, 302-302, 311-313, 315-317)

Sebastián legte besonderen Wert auf die Integration in unterschiedlichen Bereichen der Ankunftsgesellschaft, um „[n]icht negativ auf[zu]fallen“ (Sebastián O., Z. 288) und fühlt sich nach eigener Aussage „absolut integriert“ (Sebastián O., Z. 260).

„Ich fühle mich nicht außerhalb der Gesellschaft. Egal wo ich bin.“ (Sebastián O., Z. 260-261)

Auch wenn nun Deutschland zu Sebastiáns „Heimat“ (Sebastián O., Z. 1040) geworden ist und er sich eine Rückkehr nach Mexiko nicht mehr vorstellen kann, sind für ihn die Beziehungen und Verbindungen zu seinem Herkunftsland weiterhin von großer Relevanz. Gemeinsam mit anderen Bekannten oder Freunden aus Lateinamerika kocht er mexikanisch, zeigt seinen Kindern Filme über das Land sowie die Kultur und spricht mit ihnen Spanisch, um sie an der Sprache und damit der mexikanischen Kultur teilhaben zu lassen. Ferner steht er über das Telefon, Skype oder die Neuen Medien regelmäßig in Kontakt mit seinen Eltern sowie seinem Bruder und versucht, sie einmal jährlich in Mexiko zu besuchen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Unterstützung, die Sebastián im Rahmen seines Stipendiums beim Deutschen Akademischen Austauschdienst erfahren hat, hilfreich für seinen Integrationsprozess war. Diese Hilfe reichte von der Organisation von Deutschkursen über die Unterstützung bei behördlichen Angelegenheiten bis zur Wohnungssuche. Damit traf Sebastián auf günstige Rahmenbedingungen, die ihm sein Ankommen in Deutschland erleichterten. Ebenso wichtig war die Unterstützung durch Arbeitskollegen, Bekannte und Freunde, die ihm seiner Meinung nach aufgrund ihres Bildungsstandes offen und respektvoll begegneten. Diese Offenheit äußerte sich sowohl im Interesse an und der Wertschätzung für seine Situation als auch für sein Herkunftsland und auch für seine Person, wodurch sich bei ihm Gefühle des Willkommenseins und der Zugehörigkeit einstellen konnten. Jedoch erschien in dieser Hinsicht die ältere im Vergleich zur jüngeren Bevölkerung etwas verhaltener.

Aber auch Sebastián's Eigeninitiative, seine Offenheit, sein Interesse an Deutschland und seiner Kultur erleichterten es ihm, auf Autochthone zuzugehen und Kontakte über die Berufswelt hinaus zu knüpfen. Dazu boten ihm das Studentenleben, die Mentalität der saarländischen Bevölkerung, die der mexikanischen recht ähnlich sei, sowie der Kontakt über die Kinder zu anderen Eltern Gelegenheit. Er schätzt dabei vor allem die Angebotsvielfalt speziell für Familien in der Kreisstadt Merzig.

Die beruflichen sowie privaten Kontakte zur autochthonen Bevölkerung verschafften ihm ausreichende Sprachpraxis und kommen seinem Willen, sich permanent sprachlich zu verbessern, entgegen. Aufgrund seiner persönlichen Integrationsgeschichte und erlebten Unterstützung gibt er nun selbst Erfahrungen und Hilfestellungen an allochthone Arbeitskollegen weiter.

Als hinderlich für den Integrationsprozess erwiesen sich die ausschließlich in deutscher Sprache vorliegenden Formulare, weshalb Sebastián vorschlägt, diese zukünftig auch in den Weltsprachen (Chinesisch, Englisch, Französisch und Spanisch) zur Verfügung zu stellen.

6.2.1.3 Migration aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Emira C. – „Wenn ich irgendwohin komme und mich einer herzlich aufnimmt, dann ist das für mich schon ein Sprungbrett.“

Emira C. ist 41 Jahre alt und lebt mit ihrem Ehemann, der im früheren Jugoslawien geboren wurde, sowie ihren beiden erwachsenen Kindern im Stadtteil Merzig. Bis zu ihrer Einbürgerung im Jahr 2011 besaß sie die bosnische Staatsangehörigkeit. Sie arbeitet im Angestelltenverhältnis in einem Gastronomiebetrieb.

Emira kam Anfang der 1970er-Jahre im heutigen Bosnien zur Welt. Sie besuchte dort acht Jahre lang die Grund- und anschließend weitere vier Jahre die Technikerschule, die sie nach erfolgreichem Abschluss als Chemielabortechnikerin verließ. Im Anschluss an ihre Ausbildung fand sie eine Arbeitsstelle, sie heiratete ihren jetzigen Ehemann und gebar zwei Kinder. Der Familie ging es gut im ehemaligen Jugoslawien.

Allerdings begann im Frühjahr 1992 der Bosnienkrieg, der Emira, ihren Ehemann und die Kinder dazu zwang, im April 1992 das Land zu verlassen.

„Und unten hatte ich eine andere Arbeit, mein Haus gehabt. Ich habe alles gehabt. Wir sind nicht geflüchtet, weil wir nichts hatten, sondern weil wir mussten.“ (Emira C., Z. 555-557)

Bereits einige Monate zuvor war Emiras Bekannter nach Deutschland und hier in das Saarland geflohen. Er gab ihr den Tipp, ebenfalls dorthin zu kommen. Emiras Vater, der im Alter von sechszehn Jahren das ehemalige Jugoslawien verlassen hatte, um in die Bundesrepublik zu migrieren, lebte mehrere Jahrzehnte lang in Hessen. Da er jedoch zum Zeitpunkt von Emiras Flucht bereits verstorben war, wurde das Saarland zu ihrer ersten Anlaufstelle. Obwohl sie Deutschland bereits aus ihrer Kinder- und Jugendzeit kannte, da sie dort ihren Vater regelmäßig in den Ferien besuchte, gestaltete sich die erste Zeit für sie schwierig.

„Schwer, das war schwer. Die erste Zeit, wenn man kommt [...] wird man als Flüchtling anders angesehen. Das ist nicht so, als wenn man hierher kommt und arbeitet.“ (Emira C., Z. 91, 93-94)

Im ersten Monat war die Familie in der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Lebach untergebracht. Emira ist heute noch froh und dankbar, dass dieser Aufenthalt nur von kurzer Dauer war, da die Familie dort sehr spartanisch und mit anderen Flüchtlingen auf engstem Raum lebte.

„Und dann kommt man nach Lebach. Das ist dann auch nur ein Zimmer. Mit den Kindern teilt man dann alles. Das ist dann ein bisschen schwer. [...] Viele haben dann auch noch geweint, weil in dem Zimmer alles drin ist und nichts.“ (Emira C., Z. 94-97)

Während der Unterbringung in der Landesaufnahmestelle erhielt Emira finanzielle Unterstützung von achtzig DM sowie zwei DM pro Kind für Verpflegung. Mit diesem Geld konnte sie mittwochs und freitags Lebensmittel für die Familie kaufen. Darüber hinaus bekam sie Sozialhilfe, da ihr ohne Aufenthaltstitel keine Arbeitserlaubnis erteilt wurde.

„Man konnte keine Arbeit ohne Arbeitserlaubnis finden. Und eine Arbeitserlaubnis konnte man ohne Aufenthaltstitel nicht bekommen. Das hat man nie zusammenbekommen.“ (Emira C., Z. 137-139)

Nach den ersten vier Wochen in Lebach wurde die Familie der Kreisstadt Merzig zugeteilt. Vorübergehend lebte sie in einer Einzimmerwohnung in einem Mehrfamilienhaus im Stadtteil Merzig, das ihr vom Sozialamt zugewiesen wurde. Kurze Zeit später zog die Familie in eine größere Wohnung auf der gegenüberliegenden Straßenseite ihrer jetzigen Wohnung. In der Straße lebten zum damaligen Zeitpunkt vor allem Autothone. Erst Jahre später wurden einige Häuser im unteren Teil der Straße an Personen türkischer Herkunft verkauft, sodass dort nun unterschiedliche Nationalitäten zusammenleben. Während Emira in der ersten Zeit nach ihrem Umzug von Seiten der Nachbarn gegenüber ihrer Familie eine gewisse Skepsis verspürte, veränderte sich dies im Laufe der Zeit. Bedingt durch persönliche Kontakte wurden ihr und der Familie Toleranz und Wertschätzung entgegengebracht.

„Zuerst, 1992, das muss ich sagen, waren sie skeptisch. Mit uns sind zwei bulgarische Familien eingezogen. Die Nachbarschaft, das habe ich später gehört, waren nicht dafür. Und als sie gesehen haben, wer da alles wohnt, dass wir auch den Garten machen und mit den Leuten reden, haben sie uns gleich akzeptiert.“ (Emira C., Z. 455-458)

Sowohl Emiras eigene Offenheit als auch die der Nachbarn haben ihr den Aufbau neuer Kontakte und Beziehungen im Wohnumfeld aber auch darüber hinaus erleichtert.

„Ja, [ich habe immer Kontakt zu den Nachbarn gesucht] und die Nachbarn zu uns. [...] Jeder hat uns gleich begrüßt, von Anfang an.“ (Emira C., Z. 491-492)

Die nachbarschaftlichen Kontakte gehen über flüchtige Begegnungen hinaus. So ist jeder über das Wohlergehen, die Unternehmungen, Sorgen und Nöte des anderen informiert und ist auf seine Weise behilflich.

„Alle haben uns unterstützt. Auch die Nachbarn von gegenüber. Der Opa [...] war immer nett und für alles, was ich gebraucht habe, bin ich [...] zu ihm gegangen. [...] Ich konnte mit jedem Brief, ob er jetzt geheimnisvoll oder nicht war, vom Amt, von was weiß ich, [...] zu ihm gehen. Er hat dann [...] für mich angerufen und alles erledigt.“ (Emira C., Z. 179-181, 185-187)

„Alle haben uns aufgenommen. Wir sind auch heute noch hilfsbereit zu allen. Wenn Schnee liegt, schaut mein Mann nicht, ob der alte Opa rausgehen kann, sondern räumt ihm den Schnee weg. Ich denke, das besteht gegenseitig.“ (Emira C., Z. 197-199)

Emira führt das gute Klima in der Nachbarschaft unter anderem auch darauf zurück, dass zunächst außer ihrer nur noch zwei weitere Familien mit Migrationshintergrund in der Straße lebten und sie daher nur wenig als „Fremde“ aufgefallen sind.

„Wenn ich höre, dass, wenn mehrere Ausländer in eine Straße ziehen – wir sind alle unterschiedlich, das ist klar; der eine macht mehr Krach, der andere weniger –, das nicht so schön wäre. Aber wir waren [...] allein. Da hat man uns kaum bemerkt, dass wir hier sind.“ (Emira C., Z. 482-485)

1999 wurde das Mehrfamilienhaus verkauft, weshalb sich Emira nach einer neuen Unterkunft umsehen musste, was jedoch nicht einfach war.

„Ich habe überall angerufen. Ich denke, dass es ein Problem war mit zwei Kindern. Ich weiß nicht. Die Kinder waren klein. Überall, wo ich gesucht habe, ging es nicht. Entweder, dass es an meiner Sprache lag, wenn man anruft, und damals wurde die Wohnung noch vom Sozialamt bezahlt, was viele nicht haben wollen.“ (Emira C., Z. 421-424)

In ihrer Not wandte sie sich an einen älteren Nachbarn und schilderte ihre Schwierigkeiten mit der Wohnungssuche. Der ältere Nachbar, den Emira „Opa“ (Emira C., Z. 180) nennt, nahm sich ihrer an und versprach, dass er für sie eine Wohnung finden werde. Mit seiner Hilfe konnte die Familie in ihre jetzige Wohnung einziehen, die der früheren gegenüberliegt.

Während der ersten Zeit im Saarland bereitete Emira die Arbeitslosigkeit große Sorgen.

„Mein einziges Problem war damals eine Arbeit zu finden und vom Sozialamt wegzukommen. Das war meine Riesensorge. Ich war jung, ich konnte arbeiten, durfte aber nicht arbeiten. Man lebt vom Amt, obwohl man gar nicht vom Amt leben will.“ (Emira C., Z. 293-296)

Sie setzte sich besonders stark für ihre Arbeitserlaubnis ein, die für sie das „Sprungbrett“ in ein vom Sozialamt unabhängiges Leben darstellen sollte.

„Das war für mich [...] der Grund zu kämpfen. Und als der Tag kam, habe ich gleich gesagt: ‚Das war mein letzter Tag [...] [auf dem Sozialamt].‘ Und seitdem bin ich auch nie mehr dort hingegangen.“ (Emira C., Z. 297-299)

Ihren ersten Arbeitsplatz hat sie über einen Bekannten gefunden, der Emiras Mann von einer freien Stelle als Küchenhilfe erzählte und fragte, ob Emira diese übernehmen wollte. In Begleitung des Bekannten ging sie zu dem Vorstellungsgespräch und bekam die Zusage.

„Ich bin gelernte Chemietechnikerin. Und dann kommt man nach Deutschland und muss irgendetwas machen, was damit gar nichts zu tun hat. [...] Für mich war es dann egal, was ich mache. Hauptsache ich mache was. So habe ich angefangen.“ (Emira C., Z. 347-349, 352-353)

Emira beurteilt das Arbeitsklima als gut. So habe sie heute noch regelmäßig Kontakt zu ihrer früheren Chefin sowie den Arbeitskollegen, mit denen sie sich einmal im Monat zum Abendessen trifft. Seit einigen Jahren arbeitet sie in einem anderen Gastronomiebetrieb, da das Restaurant, in dem sie vorher angestellt war, nach 18 Jahren geschlossen hat. Auch unter den neuen Kollegen, vor allem Personen aus Bosnien, Deutschland, Polen und Russland, fühlt sich Emira wohl und es besteht ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis.

„Es sind immer Jugendliche, fast Jugendliche als Bedienung. Sie erzählen dann [...]. Ich habe [...] gesagt, wenn ich arbeite, bin ich wie eine Tante für sie. Sie kommen dann zu mir, der eine hat Liebeskummer, der andere das Problem. Und dann erzählen sie mir alle.“ (Emira C., 394-397)

Zu Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit stellten sie sprachliche Probleme vor Herausforderungen. Aber diese überforderten sie nicht, sondern sie nahm sich ihrer an und entwickelte Techniken, sie zu meistern.

„Ich wusste auch nicht, was ein Keller und ein Sieb ist und, und, und. Und dann habe ich mir überall Zettel geschrieben. Ich wusste auch nicht, was Leberwurst und Blutwurst war. [...] Wenn Blutwurst bestellt wurde, hatte ich meinen Zettel ‚Blutwurst‘. In meiner Sprache ist das eine ‚schwarze Wurst‘. So habe ich mir da geholfen.“ (Emira C., Z. 345-347, 355-357)

Der Umgang mit autochthonen Kollegen und Kunden gab ihr die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu praktizieren und war damit ein wichtiger Schritt für den Spracherwerb. Bereits während ihrer Schulzeit im früheren Jugoslawien besuchte sie sechs Jahre lang den Deutschunterricht, wodurch sie sich eine gewisse Grundlage aufbauen konnte. Sprachpraxis sammelte sie als Kind unter anderem auch während der Ferienaufenthalte bei ihrem Vater, indem sie ihn einerseits aufgrund seiner geringen Deutschkenntnisse im Alltag sprachlich unterstützte und sie andererseits Kontakte zur autochthonen Bevölkerung pflegte. Trotzdem irritierte sie zunächst der saarländische Dialekt.

„Da es diesen Akzent gab und in der Schule wurde nur Hochdeutsch gesprochen und das, was man braucht. Deswegen habe ich mich immer konzentriert, um zu sagen, was ich will und was der andere antwortete, da habe ich nur die Hälfte verstanden.“ (Emira C., Z. 103-106)

Nach ihrer Ankunft in Deutschland verbesserte Emira ihre Kenntnisse durch Fernsehen und das kontinuierliche Nachschlagen in einem Wörterbuch.

„Fernseher habe ich [...] laut an. Ganz laut, sodass es ans Ohr kommt. Ich habe mein Wörterbuch dabei und [...] wenn ein Wort kommt, das ich nicht kenne, habe ich gleich das Wörterbuch aufgeschlagen und gesucht. [...] Mit dem Wörterbuch habe ich dann bestimmt ein Jahr lang, ganz laut, gearbeitet. [...] Mein Wörterbuch war am Ende total zerfetzt.“ (Emira C., Z. 1107-1110, 1111-1112, 1119)

Darüber hinaus setzte sie sich eigenständig mit Ärzten und Behörden auseinander. Diese Sprachpraxis half einerseits sprachliche Hemmungen abzubauen und andererseits die Sprachkenntnisse zu erweitern.

„Am Anfang war es schwer. Einer hat zu mir gesagt: ‚Solange du nicht ans Telefon gehst und mit den Deutschen telefonierst, dann beherrschst du immer noch nicht die Sprache.‘ Und das habe ich am Anfang gemerkt, wenn ich überall anrufen musste. [...] Da bereitete ich mich vor, was ich am Telefon erzählen werde und da bin ich lieber überall hingegangen. Persönlich kann ich mehr verstehen als per Telefon. Heute kann ich auch alles telefonisch erledigen.“ (Emira C., Z. 666-672)

Hilfreich für den Erwerb der deutschen Sprache empfand Emira auch die Unterstützung von Arbeitskollegen, Bekannten und Freunden. Sie zeigten ihr die entsprechenden Objekte, wenn sie die einzelnen Wörter nicht verstand, sodass sie sich zusätzlich den Begriff visuell merken konnte. Ebenso korrigierten sie ihre Grammatikfehler, wobei Emira stets bemüht war, Kritik offen anzunehmen.

„Ich wurde immer korrigiert. Das erste Mal als ich korrigiert wurde, habe ich gesagt: ‚Ich gehe in die Toilette.‘ Da hat mir [...] eine gesagt: ‚Du gehst nicht in die Toilette. Du gehst auf die Toilette.‘ Und das dauerte bestimmt einen Monat, wo ich [...] ‚in‘ die Toilette ging. Und dann wurde mir erklärt, dass ich mit meinem Kopf nicht hineingehe, sondern auf die Toilette gehe. Und wenn einer immer so dabei ist, soll man nicht sauer sein. Ich habe [...] gesagt: ‚Ich bin nicht sauer, wenn mich einer korrigiert.‘ Ich kann auch nie wie die Deutschen reden. [...] Das ist klar.“ (Emira C., Z. 628-635)

Während sie mit ihren jetzigen mündlichen Sprachkenntnissen zufrieden ist, sieht sie hingegen in ihren schriftlichen Fähigkeiten noch Verbesserungsbedarf. Mit ihrem Ehemann spricht Emira die bosnische Sprache. Er kann zwar Deutsch, traut sich aber selbst in der Sprache nicht so viel zu, weshalb ihm Emira viele Dinge abnimmt und für ihn erledigt. Mit den Kindern spricht sie hingegen ausschließlich deutsch, da es deren bevorzugte Sprache ist, wobei sie auch Bosnisch verstehen und sprechen.

Nach ihrem Umzug in die Kreisstadt Merzig kannte Emira zunächst noch niemanden und war daher bemüht, einen Bekannten- und Freundeskreis aufzubauen. Über Kontakte im direkten Wohnumfeld, mit Arbeitskollegen sowie durch die Kinder konnte sie ein soziales Netzwerk flechten, das sich unbewusst weiter vergrößerte.

„Da habe ich immer an Bastelabenden im Kindergarten mitgemacht. Da sind auch die Eltern dabei gewesen. Und in der Grundschule wurden im ersten oder zweiten Halbjahr viele Feste abends organisiert. Oder Schwenkerabende in der Schule. Die Ausflüge mit den Kindern, da habe ich alles mitgemacht. Das sind [...] diese Kontakte, die sich unbewusst aufbauen.“ (Emira C., Z. 851-855)

Emiras Bekannten- und Freundeskreis setzt sich überwiegend aus Autochthonen, aber auch Personen aus Bosnien, Polen und Russland zusammen. Verwandte sowie bosnische Bekannte leben in Saarbrücken und weitere in Merzig. Sie schätzt den Kontakt, wie sie es nennt, zu „beiden Seiten“ (Emira C., Z. 903), um einerseits über das

tägliche Leben und die Neuigkeiten in Merzig, aber auch im Herkunftsland informiert zu sein sowie um andererseits interkulturelle und ethnische Beziehungen pflegen zu können. Emira steht Vereinsmitgliedschaften, ehrenamtlichem Engagement oder örtlichen Festen offen gegenüber. Eine aktive Beteiligung und der Besuch sind für sie aber aufgrund ihrer Berufstätigkeit nicht möglich. Auch an bosnischen Abenden mit bosnischer Musik und Essen, die meist in Saarbrücken angeboten werden, hat sie wegen ihrer Arbeitszeiten seit drei Jahren nicht mehr teilgenommen. Ein Bezug zu ihrer Herkunftskultur besteht für Emira in der Kulinarik. So kocht sie für die Familie häufig bosnische Gerichte, wobei sich ihr Ehemann auch deutsches Essen wünsche. Neben der Kulinarik sind aber auch die Feiertage feste Bezugspunkte zu ihrer Herkunftskultur. Dabei ist ihr das Erleben in der Gemeinschaft besonders wichtig.

„Letztes Jahr war ich für einen Feiertag [...] im Oktober [...] [in Bosnien]. [...] Alle feiern und man macht mit. Klar. Dann ist man in dem richtigen Gefühl des Bajram⁴⁹. Hier habe ich kein Gefühl, weil ich als Einzelner da bin.“ (Emira C., Z. 717-720)

Während Emira dieses Gemeinschaftsgefühl bei bosnischen Festen in Deutschland nicht verspürt, erlebt sie jedoch Gemeinschaft bei religiösen und gesetzlichen Festlichkeiten im Ankunftsland.

„Hier ist man mehr auf Weihnachten orientiert. Überall sind Lämpchen und, und, und, Weihnachtsmärkte und dann fühlt man mit. Man freut sich mit den Menschen hier. Als ich unten war, habe ich mich mit denen Menschen [dort] richtig gefreut“. (Emira C., Z. 720-723)

Der Wunsch nach kultureller Teilhabe lässt sie offen sein für beide Kulturen, woraus wiederum eine intensivere emotionale Einbindung in die Kulturen und Gemeinschaften entstehen kann. Daher besteht bei Emira ein Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und Merzig, weshalb sie sich als „Deutsche“ (Emira C., Z. 984) sowie als „Merzigerin“ (Emira C., Z. 1026) fühlt. Dieses Gefühl war für sie auch ausschlaggebend, um sich einbürgern zu lassen.

An Deutschland schätzt sie vor allem die Demokratie und damit verbunden die freie Meinungsäußerung. Aber auch die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit, sich bestimmte Dinge erarbeiten zu können, beeindruckten sie. Neben ihrer deutschen besitzt sie aber auch eine bosnische Identität, die bei ihren jährlichen Besuchen in Bosnien zum Tragen kommt.

„Wenn ich dort bin, bin ich Bosnierin. Wenn ich hier bin, bin ich Deutsche. Man kann gleich umstellen.“ (Emira C., Z. 1007-1008)

Zunächst dachte Emira noch an eine Rückkehr nach Bosnien und wollte den „richtigen“ Zeitpunkt abpassen. Jedoch kam dieser Zeitpunkt nicht. Nun möchte sie auch nicht mehr zurück, da sie sich aufgrund ihrer sozialen und beruflichen Einbindung in Merzig wohlfühlt. Deutschland wurde somit zu ihrer „neuen Heimat“, wobei auch der Sachverhalt, dass ihre Kinder hier aufwuchsen, eine wichtige Rolle gespielt hat. Sie führt das Zugehörigkeitsgefühl einerseits auf ihre als gelungen empfundene Integration

⁴⁹ Der Begriff des „Bajram“ bezeichnet im Bosnischen sowohl das Opferfest als auch das Fest des Fastenbrechens.

und andererseits auf die Akzeptanz zurück, die sie ihrem Leben in Deutschland entgegengebracht hat. Ihre Selbstwahrnehmung im Hinblick auf den Integrationsgrad deckt sich auch mit der Wahrnehmung durch andere.

„Die eine beim Arbeitsamt, wenn sie Witze erzählt oder so, dann sagt sie: ‚Du hast dich richtig integriert, weil du auch den Sinn der Witze verstehst.‘“ (Emira C., Z. 234-235)

Integration bedeutet für Emira Anpassung bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen Identität, Kultur und Religion. Darüber hinaus verbindet sie Integration mit einem selbstständigen Leben, das heißt, ohne in der Ankunftsgesellschaft auf die Hilfe und Unterstützung Dritter angewiesen zu sein.

„Integration bedeutet für mich [...] sich so zu benehmen, wie sich die Leute hier benehmen, um nicht anders aufzufallen. Sondern sich, wenn ich jetzt auf die Straße gehe, so zu benehmen, dass jeder denkt, ich wäre deutsch. [...] Man kann seine Identität, Kultur behalten wie man ist, auch Religiosität und was weiß ich.“ (Emira C., Z. 203-207)

Da sie selbst in der Gesellschaft nicht auffallen möchte, um nicht zum Außenseiter zu werden, ist ihr die eigene Integration wichtig. Ihrer Meinung nach kommt im Integrationsprozess den Bereichen Spracherwerb, Aufbau neuer Kontakte und Beziehungen sowie der Einbindung in den Arbeits- und Wohnungsmarkt besonderer Wert zu. Dies waren entsprechend auch wichtige Schritte für ihre Integration.

Neben den Allochthonen trägt nach Emiras Einschätzung auch die autochthone Bevölkerung zum Gelingen der Integration bei. So können beispielsweise Offenheit, Toleranz und Vertrauen im Umgang mit Zugezogenen sowie freundliches Aufeinander-Zugehen oder konkrete Unterstützungsmaßnahmen den Integrationsprozess erleichtern.

„Es wäre wichtig, die Leute anzunehmen. [...] Wenn ich irgendwohin komme und mich einer herzlich aufnimmt, dann ist das für mich schon ein Sprungbrett. Wenn mich aber einer ablehnt, dann ist das schon schwierig.“ (Emira C., Z. 579-581)

Auch Integrationsangebote und vor allem Sprachkurse bewertet sie als hilfreich. Ausschlaggebend für deren erfolgreichen Abschluss sei aber in erster Linie der eigene Wille. Sie selbst hat keine entsprechenden Kurse besucht, da sie weder über das Angebot noch die Ansprechpartner informiert war. Emira bedauert dies, weil sie durch den Besuch eines Sprachkurses vor allem ihre schriftlichen Deutschkenntnisse hätte verbessern können. Sie schlägt vor, in Zukunft Informationen zu Integrationsangeboten zusätzlich postalisch an die Zielgruppen zu versenden, um den Eingang der Informationen sicherzustellen und jeden individuell zur Teilnahme zu ermutigen.

Auch gegenüber zukünftigen Integrationsaufgaben ist Emira aufgeschlossen. In der Rückschau haben bürokratische Hürden im Hinblick auf den Aufenthaltstitel und die Arbeitserlaubnis, aber auch der fehlende Besuch eines Sprachkurses sowie geringes Vertrauen von Seiten der autochthonen Bevölkerung ihre Integration erschwert.

„Die Leute denken gleich, ob man überhaupt Deutsch kann [...]. Dieses Vertrauen bei den Leuten zu gewinnen war schwer.“ (Emira C., Z. 521-523)

Ansonsten bereut sie, dass sie in Deutschland keine weiteren schulischen oder beruflichen Qualifikationen erworben hat, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Emiras Wertschätzung gegenüber Deutschland und die Akzeptanz der neuen Lebensumstände förderten hingegen die Entwicklung von Gefühlen des Angekommen-Seins sowie des Wohlbefindens und damit ihren Integrationsprozess. Eine zentrale Rolle spielen in dieser Hinsicht auch die früheren Ferienaufenthalte bei ihrem Vater in Hessen. So existierten bereits vor der Flucht familiäre Bindungen in sowie positive Erinnerungen an die Bundesrepublik. Hilfreich erwiesen sich darüber hinaus ihre Aufgeschlossenheit gegenüber interkulturellen Kontakten, ihr aktives und geduldiges Zugehen auf andere, ihr Wille zum Erlernen und Anwenden der deutschen Sprache sowie ihr Kampfgeist für eine Arbeitserlaubnis.

„[Man soll] auf die Deutschen selbst [...]zugehen [...], auch wenn man auf Ablehnung stößt, dabei bleiben und es weiter probieren.“ (Emira C., Z. 1079, 1083)

Aber nicht nur das eigene, sondern auch das offene und freundliche Aufeinander-Zugehen beispielsweise von Seiten der Nachbarn, Bekannten und Arbeitskollegen empfand Emira für ihre Integration förderlich. Auf diese Weise konnten sich bei ihr Gefühle der Zugehörigkeit und des Willkommen-Seins entwickeln.

„Und vielleicht ist es diese Erfahrung, dass die Leute, die hier sind, auf einen zugehen. Wenn einer auf uns zugegangen ist: ‚Hallo, wie geht es euch? Von woher kommen Sie?‘ oder wenn ich nicht weiß, dass Weihnachten ist, und ein Korb voll mit allem vor der Tür steht und mein Nachbar wünscht mir Frohe Weihnachten, und dann denkt man sich: ‚Aha, du bist in dieser Gesellschaft willkommen.‘ Das ist sehr wichtig. Und diese Erfahrung habe ich schon gemacht.“ (Emira C., Z. 959-965)

Außerdem unterstützten und unterstützen sie Kontaktpersonen von Anfang an. Die Hilfe, die ihr auf diese Weise zuteil wurde und das Wissen, dass sie jederzeit auf die Unterstützung zurückgreifen kann und sich jemand für sie einsetzt, war und ist für sie sehr wertvoll.

„Man muss die Leute [...] an der Seite haben. Das heißt, die Bekannten oder jemand anders, weil es von selbst gar nicht geht.“ (Emira C., Z. 517-518)

„[V]ielleicht habe ich [...] die richtigen Leute gehabt. Wenn ich zum Nachbarn gehe und er sagt: ‚Ich lege meine Hand für dich ins Feuer.‘, dann ist das gleich weiter. [...] Das heißt, es setzt sich [...] jemand für jemanden ein.“ (Emira C., 528-530, 532-533)

Die intensiven Kontakte zur autochthonen Bevölkerung sowie ihre Einstellung, sich sprachlichen Herausforderungen zu stellen, schufen des Weiteren ein Umfeld, in dem Emira die deutsche Sprache üben und praktizieren konnte. Auf diese Weise wurde ihr Spracherwerb zusätzlich positiv beeinflusst.

„[M]an [müsste] immer eine deutsche Umgebung haben [...], um die Sprache zu lernen. [...] Das ist ein wichtiger Aspekt, weil man mit den Leuten der gleichen Herkunft nicht lernen kann. Man muss richtig mit den Deutschen arbeiten und eine deutsche Umgebung haben, damit man die Sprache lernt.“ (Emira C., Z. 773-774, 778-780)

Karim, F. – „[Der] kurdische[...] Spross verhindert nicht, dass [...] [ich] als Kurde in der deutschen Gesellschaft integriert [...] [bin].“

Karim F. ist 34 Jahre alt, ledig und besitzt die syrische Staatsangehörigkeit. Seinen offiziellen Wohnsitz hat er in der Landesaufnahmestelle in Lebach, allerdings lebt er unter der Woche bei seinem Bruder im Stadtteil Merzig. Er ist zurzeit arbeitslos.

Karim wurde Ende der 1970er-Jahre als Mitglied der Volksgruppe der Kurden in Syrien geboren. Nach Abschluss der mittleren Schulbildung absolvierte er die Allgemeine Hochschulreife und begann einen Bachelor-Studiengang im Bereich Lebensmittelwissenschaft. Er schloss das Studium erfolgreich ab und fand eine Arbeitsstelle in einem international agierenden Konzern in Syrien. Die Belegschaft setzte sich aus Mitarbeitern unterschiedlicher Nationen zusammen. So arbeitete er auch gemeinsam mit Kollegen deutscher Staatsangehörigkeit. Aufgrund seiner sprachlichen Interessen und im Hinblick auf die deutschsprachigen Arbeitskollegen besuchte Karim ab dem Jahr 2008 Deutschkurse. Ihm ging es beruflich und privat in Syrien gut, weshalb er im Gegensatz zu seinem Bruder nicht den Wunsch verspürte, das Land zu verlassen. Lange Zeit war Karim als Oppositioneller im Untergrund gegen die syrische Regierung aktiv. Bedingt durch den Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs geriet er zwischen die Fronten von Regierung und Anhängern des radikalen Islam, die ihm gegenüber Drohungen aussprachen und ihn somit zur Flucht zwangen. Von Anfang an war es Karims Ziel, nach Deutschland und in das Saarland zu fliehen, um Zuflucht in der Nähe seines Bruders und seines Onkels zu suchen, die bereits seit mehreren Jahren in der Kreisstadt Merzig leben. Da sich die Einreise erschwerte, hielt er sich zunächst sechs Monate in Griechenland auf, ehe er am 1. Januar 2012 Deutschland erreichte. Einen Tag später stellte er einen Antrag auf Asyl und wurde unmittelbar danach in der Landesaufnahmestelle in Lebach untergebracht.

Die Situation in Syrien sowie die Flucht belasten Karim psychisch sehr. Er ist dankbar für die Unterstützung, die er von den Behörden in Deutschland erhalten hat. So wurde ihm nach Bearbeitung der bürokratischen Formalitäten die Teilnahme an einem Intensivsprachkurs ermöglicht. Darüber hinaus erfuhr er von Seiten der Sachbearbeiter Hilfsbereitschaft sowie Respekt, wodurch ihm erstmalig von einer Verwaltung ein Gefühl der Wertschätzung entgegengebracht wurde.

„Seit über 30 Jahren ha[be] [...] [ich] in Syrien gewohnt und in diesen 30 Jahren fühlte [...] [ich] [m]ich nicht als Mensch oder als Kurde akzeptiert. Von den Menschenrechten ha[be] [...] [ich] nie etwas gesehen und hier direkt. Seit ein paar Monaten leb[e] [...] [ich] hier und ha[be] [...] [m]ich direkt als Mensch gefühlt und wurde politisch akzeptiert“. (Karim F., Z. 565-568)⁵⁰

Auch der zuständige Entscheider des Bundesamtes begegnete Karim bei der Asylan- hö- rung mit Verständnis, indem er versuchte, ihm die Angst zu nehmen und ihn zu beruhigen. Sicherheit gibt Karim aber in erster Linie die Nähe zu seinem Bruder und dessen Familie, die ihn von Beginn an unterstützten.

„[Mein Bruder und dessen Frau] waren immer mit [...] [mir] unterwegs. [...] [Sie] haben [m]eine Unterlagen erledigt und waren immer rechtzeitig bei Terminen. [...] [Die Frau meines Bruders] hat [...] [mir] auch fast immer übersetzt.“ (Karim F., Z. 78-80)

⁵⁰Das zugrundeliegende Interview wurde aufgrund der geringen Deutschkenntnisse des Interviewpartners mit einem Dolmetscher (Bruder des Interviewten) geführt.

Nach Prüfung aller Unterlagen wurde Karims Asylantrag positiv beschieden, weshalb er als Asylberechtigter anerkannt und zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt wurde. Die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit ist ihm besonders wichtig, um einerseits unabhängig von Sozialleistungen zu werden und andererseits einer sinnvollen Aktivität nachgehen zu können.

„[Ich] schäm[e] [m]ich momentan dafür, dass [...] [ich] vom Sozialamt Geld bekomme[e] und daher fühle[e] [...] [ich] [m]ich immer unterdrückt und finanziell abhängig. Natürlich habe[e] [...] [ich] vor, dass [...] [ich] später auf eigenen Beinen stehen[e] und [ich] [m]ich von diesen sozialen Einrichtungen trennen kann[e].“ (Karim F., Z. 394-396)

Allerdings erschweren seine geringen deutschen Sprachkenntnisse derzeit die Arbeitssuche. Für Karim ist die Sprachbeherrschung eine essentielle Grundvoraussetzung zur Ausübung einer Beschäftigung. Eine weitere wichtige Rolle komme der Anerkennung seines syrischen Bachelor-Abschlusses zu, weshalb er sich mit Unterstützung seines Bruders für eine Prüfung der Gleichwertigkeit einsetzen möchte. Bei positiver Begutachtung wäre es Karims Ziel, ein Masterstudium anzuschließen und sich auf diese Art weiterzubilden. Jedoch fehlten ihm dazu die notwendigen Informationen und der Überblick über Studiengänge sowie Weiterbildungsmöglichkeiten, wofür er sich einen qualifizierten Ansprechpartner und eine spezifische Beratung im Hinblick auf die Weiterbildung wünsche.

Neben der strukturellen Integration beeinträchtigt das geringe Sprachniveau auch den Aufbau eines interkulturellen Netzwerks und damit Karims soziale Eingliederung. So sei auch in diesem Bereich „die Sprache [der erste Schritt] und [alles andere käme] später automatisch“ (Karim F., Z. 257). Bis auf flüchtige Begegnungen, die Karim mit den Nachbarn des Onkels sucht, fehlen ihm derzeit weitere Kontakte zur autochthonen Bevölkerung.

„[Die Nachbarn und ich] unterhalten [...] [uns] darüber, wie [...] [ich] [m]ich in Deutschland fühle[e] und wie die Lage in Syrien ist. [...] Und sie bauen [...] [mich] immer moralisch auf: ‚Gut. Das hast du schon.‘ und ‚Du kannst Deutsch‘“. (Karim F., Z. 276-278)

Trotz des flüchtigen Charakters der Beziehungen erfährt er in den Gesprächen Offenheit und Verständnis für seine Situation sowie Interesse für das Herkunftsland, wodurch bei Karim Gefühle der Wertschätzung und des Wohlbefindens entstehen können. Allerdings wünscht er sich auch intensive freundschaftliche Kontakte zu Autochthonen, weil er „von ihnen [...] etwas lernen“ (Karim F., Z. 216) und sich mit ihnen kulturell austauschen möchte, wodurch der eigene Integrationsprozess vorangetrieben werde.

„[W]enn [...] [ich] [m]ich nur unter syrischer Gesellschaft befinde[...] oder aufh[a]lt[e], dann fühle[e] [...] [ich] [m]ich wieder isoliert und [...] [ich] kann die guten Sachen von beiden Seiten nicht vergleichen und kombinieren und zusammenmischen.“ (Karim F., Z. 310-312)

Sobald Karim über ausreichende Sprachkompetenzen verfügt, will er kulturelle Veranstaltungen und Kunstausstellungen besuchen, um auf diese Weise ein soziales Netzwerk zu knüpfen. Gemeinsame Interessen, die sich zum Beispiel durch den Besuch von

Ausstellungen oder die Mitgliedschaft in Vereinen ausdrückten, böten gute Möglichkeiten, Freundschaften oder Beziehungen aufzubauen. Jedoch fürchtet er, dass bereits bestehende Ressentiments gegen den Islam durch Aktionen von radikalen Islamisten verstärkt werden könnten, wodurch der Aufbau von interkulturellen Kontakten zwischen Allochthonen und Autochthonen erschwert werde.

„[Ich] ha[be] Angst, dass die Radikal-Islamisten in Deutschland etwas Falsches rüberbringen, also ein schlechtes Bild über die Ausländer geben. Nicht alle Ausländer sind Radikal-Islamisten“. (Karim F., Z. 358-360)

Auch ehrenamtlichem Engagement gegenüber ist er aufgeschlossen, da es ihm die Chance gebe, sich in die Ankunftsgesellschaft einzubringen und die positiven Seiten der kurdischen Kultur zu präsentieren. So plane er beispielsweise die Gründung eines deutsch-kurdischen Vereins, um den kulturellen Austausch zu fördern und die hiesige Bevölkerung für die Situation in Syrien zu sensibilisieren. Vor dem Hintergrund der Vielzahl an Ideen ist Karim daher optimistisch, „dass er später [, wenn er über bessere Deutschkenntnisse verfüge, für seine soziale Integration] viel nachholen“ (Karim F., Z. 350) könne.

Im Wissen um die Bedeutung von Sprachkompetenzen ist er gewillt, konsequent seine sprachlichen Fähigkeiten zu verbessern. Zurzeit besucht er einen sechsmonatigen Integrationssprachkurs, der von der Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. angeboten wird und an Werktagen zwischen 8.15 Uhr und 12.30 Uhr stattfindet. Aufbauend auf dem Integrationssprachkurs plant Karim an weiterführenden Kursen teilzunehmen, um das Sprachniveau B2 zu erreichen. Über das Kursangebot hinaus verbessert er sein Sprachvermögen durch deutschsprachige Zeitungen und Fernsehprogramme. Versteht er gewisse Wörter oder Zusammenhänge nicht, lässt er sich diese von seinem Bruder oder dessen Familie auf Deutsch erklären und übersetzt sie anschließend auf Kurdisch, um sich den Begriff oder die Bedeutung besser einzuprägen. Gemeinsam mit seiner fünfjährigen Nichte liest er Kindergeschichten und verfolgt -filme, die durch die Verwendung eines einfachen Satzbaus besonders eingängig sind. Während Karim mit seinem Bruder und dessen Ehefrau kurdisch spricht, unterhält er sich ab und zu mit seiner Nichte auf Deutsch oder sammelt Sprachpraxis im Alltag. Eigenständig geht er zum Einkaufen und erledigt Besorgungen. Unterstützung benötigt er hingegen noch bei Arztbesuchen oder im Umgang mit Behörden. In diesen Fällen begleitet ihn entweder ein Dolmetscher oder die Ehefrau des Bruders.

Um morgens pünktlich am Sprachkurs teilnehmen zu können, lebt Karim unter der Woche gemeinsam mit seinem Bruder und dessen Familie in deren Appartement in Merzig. Am Wochenende übernachtet er in der Landesaufnahmestelle in Lebach, die Karims offizieller Wohnsitz ist. Die dortige Wohnung sei in Ordnung, allerdings störten ihn die Gemeinschaftsbäder mit festen Duschzeiten. Deshalb sucht er mit Unterstützung des Bruders bereits seit rund vier Monaten nach einer Mietwohnung in der Kreisstadt Merzig. Geltende Mietobergrenzen von Seiten des Sozialamtes aber auch

bestehende Vorbehalte bei autochthonen Eigentümern gegenüber der Vermietung an Allochthone erschwerten jedoch die Wohnungssuche.

„Wenn [...] [mein Bruder] anruf[t] und sag[t] ‚Syrier‘, dann wird direkt aufgelegt oder wenn sie fragen, was [...] [ich] arbeite[...]. [...] [Mein Bruder] erklär[t] dann, dass [...] [ich] vorm Krieg geflohen [...] [bin], aber keiner kommt [...] [mir] entgegen. Jeder ist interessant, außer Ausländer. [...] [Mein Bruder] ha[t] für [...] [mich] bei ein paar Wohnungen angerufen und wenn sie fragen ‚Was arbeitet er?‘, dann sag[t] [...] [mein Bruder] ‚Er ist neu in Deutschland‘ und es kommt direkt ‚Nein, danke.‘“ (Karim F., Z. 446-452)

Da bei den autochthonen Vermietern eine eigene Migrationserfahrung fehle, könnten sie Karims Situation nicht nachvollziehen. Einige Eigentümer mit Migrationshintergrund seien offener gewesen, jedoch kam es auch dort nicht zum Abschluss eines Mietvertrages. Von der Stadt gestellte Sozialwohnungen könnten in Karims Augen die Suche nach einer Wohnung speziell für Personen mit Migrationshintergrund erheblich erleichtern.

Oftmals vermisst Karim sein Zuhause und leidet unter Heimweh. Er bedauert, dass er nicht in dem Land wohnen kann, in dem er aufgewachsen ist und wohin noch viele Bindungen bestehen. Allerdings sei eine Rückkehr nach Syrien aufgrund des herrschenden Bürgerkriegs und der Angst vor Verfolgung durch radikale Islamisten zurzeit ausgeschlossen. Wenn es die politischen Verhältnisse erlauben, würde er in naher Zukunft gerne in sein Herkunftsland zurückkehren. Um die persönlichen Beziehungen weiterhin zu pflegen, steht Karim über soziale Netzwerke mit seiner Familie und Freunden in Syrien in Kontakt. Häufig komme es aber zu Zusammenbrüchen der Internetverbindung, sodass eine regelmäßige Kommunikation schwierig sei.

Außerdem hält Karim weiterhin Verbindung zur kurdischen Kultur, indem er unter anderem gemeinsam mit seinem Bruder und dessen Familie jährlich am 21. März das Newroz-Fest, ein kurdisches Neujahrs- und Frühlingsfest, begeht oder an kurdischen Hochzeiten teilnimmt. Sollten die syrischen Gegebenheiten eine Rückkehr nicht erlauben, kann sich Karim trotz seiner starken Bindungen zu Syrien vorstellen, dass „Deutschland zu seiner Heimat“ (Karim F., Z. 784) werden könne, da er sich hier wohl und sicher fühle. Vor allem das Gefühl der Sicherheit gibt ihm Selbstvertrauen und Zuversicht für seinen weiteren Lebensweg. Er ist dankbar für die Akzeptanz und Wertschätzung, die ihm als Mensch in Deutschland entgegengebracht wird. Darüber hinaus schätzt er die deutsche Staatsform der Demokratie sowie die geltenden Menschenrechte, die mit einem respektvollen Umgang unter Mitmenschen einhergingen. Den Respekt und die Toleranz, die Karim als Mensch und gegenüber seiner kurdischen Kultur von Seiten der Ankunftsgesellschaft erlebt, fördert die Herausbildung hybrider Identitäten, weshalb sich Karim sowohl als Kurde als auch Deutschland zugehörig fühlen könne.

„[M]ein kurdischer Spross verhindert nicht, dass [...] [ich] als Kurde in der deutschen Gesellschaft integriert [...] [bin].“ (Karim F., Z. 756-757)

Damit sei der Erfolg von Integration nicht von der Aufgabe der eigenen Identität und den Beziehungen zum Herkunftsland abhängig.

„Man muss sich nicht von seiner Abstammung trennen, um sich zu integrieren. [...] Also Integration heißt nicht, dass man seine Kultur und seine Abstammung vergesse.“ (Karim F., Z. 301-303)

Vielmehr spielten für den Integrationsprozess auf Seiten der Allochthonen der Spracherwerb, die Akzeptanz geltender Gesetze, die aktive Einbindung in die Ankunftsgesellschaft sowie die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit und eine gesicherte Wohnsituation eine wichtige Rolle. Integration bedeutet für Karim die Einbindung in und das Einswerden mit der Ankunftsgesellschaft, eine wesentliche Voraussetzung, um sich wohl zu fühlen und sich in die Gesellschaft einzubringen.

„Wenn ein Organ in den Körper eingebaut oder eingepflanzt wird und sich nicht mit den anderen Organen integriert, wird der Körper weiterhin nicht fit bleiben. Und [...] [ich] als [...] Mensch in dieser Gesellschaft muss [m]eine Rolle richtig einnehmen, damit die Gesellschaft oder das Land wieder nach vorne kommt.“ (Karim F., Z. 170-173)

Da es sein Ziel ist, der Ankunftsgesellschaft etwas zurückzugeben und einen kulturellen Austausch voranzubringen, ist für ihn seine eigene Integration besonders bedeutsam. Er hofft, dass er in Deutschland die Chance bekommt, seinen Platz in der Gemeinschaft finden und einnehmen zu können.

Schwierigkeiten vor allem im Hinblick auf die soziale und strukturelle Integration bereiten Karim derzeit allerdings noch seine geringen Sprachfähigkeiten. Da ihm jedoch bewusst ist, dass gute Sprachkenntnisse die Grundvoraussetzung für den Aufbau sozialer Netzwerke und die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit bilden, verbessert er kontinuierlich seine Sprachkompetenzen unter anderem durch die Teilnahme an Deutschkursen. Einen weiteren hinderlichen Faktor sieht er im Zugang von Asylbewerbern zu Integrationskursen, die „der erste Schritt [seien], um sich in eine Gesellschaft zu integrieren“ (Karim F., Z. 199-200). Aufgrund des befristeten Aufenthaltsstatus dürfen diese die Hilfen bis zur Entscheidung über den Asylantrag nicht in Anspruch nehmen. Um zu verhindern, dass auf diese Weise wertvolle Zeit für die Integration verloren gehe, sollten beispielsweise sprachliche Erstorientierungskurse eingeführt werden, die in dem Zeitraum zwischen Ankunft und Entscheidung über den Asylantrag besucht werden könnten. So hätten Asylbewerber durch die Kurse eine Aufgabe und könnten die Zeit des Wartens mit einer sinnvollen Tätigkeit überbrücken. Als weiteres Problem für Karims persönlichen Integrationsprozess erweisen sich neben den geringen Sprachkenntnissen die Vorurteile von Vermietern, auf die er bei der Wohnungssuche stößt.

Demgegenüber wirkt sich die räumliche Nähe zum Bruder und Onkel positiv auf seine Integration aus, indem ihm durch diese Personen besondere Unterstützung zuteil wurde und wird. Aber auch seine eigene Offenheit im Umgang mit und das aktive Zugehen auf Autochthone halfen ihm, sprachliche Barrieren zu überwinden und erste interkulturelle Kontakte mit Autochthonen zu knüpfen. In diesen Begegnungen wurden ihm von Nachbarn und Behörden Offenheit, Respekt und Verständnis entgegengebracht, was zum einen die Entstehung von Gefühlen des Angenommen- sowie des Willkommenseins fördert und zum anderen den interkulturellen Austausch voran-

bringt. Um diesen weiter zu fördern, möchte er einen deutsch-kurdischen Verein gründen. Diese Ideen sowie seine beruflichen Ziele können Motor seiner weiteren Integration sein. Ebenso förderlich wirken die Wertschätzung und Dankbarkeit, die er Deutschland gegenüber empfindet.

6.2.1.4 Migration aus familiären Gründen

Gurvan, J. – „Ich habe alles dafür getan, um integriert zu sein.“

Gurvan J. lebt gemeinsam mit seiner Ehefrau deutscher Nationalität und dem jüngsten seiner vier erwachsenen Kinder im Stadtteil Besseringen. Er besitzt die französische Staatsangehörigkeit, ist 61 Jahre alt und arbeitet im Angestelltenverhältnis als Lüftungsbauer.

Gurvan kam Anfang der 1950er-Jahre in der Bretagne zur Welt. Er besuchte die Hauptschule und begann nach seinem Abschluss als Dreizehnjähriger eine Lehre als Elektriker. Viel lieber hätte er Kunstschmied oder Schreiner gelernt, aber der Vater drängte ihn zu einer Lehre als Elektriker. Obwohl er sich von Anfang an wenig für diese Berufsausbildung interessierte, entschied er sich, die Lehrzeit durchzustehen und die Ausbildung erfolgreich zu beenden.

Einige Zeit später lernte Gurvan auf einer Reise in einer Merziger Diskothek seine jetzige Ehefrau kennen und lieben. Für ihn war die Liebe zu dieser Frau ausschlaggebend für seine Migration, sodass er im Jahr 1971 in die Kreisstadt Merzig zog. Die erste Zeit in Deutschland empfand er besonders schwierig, da er einerseits die deutsche Sprache nicht beherrschte und er andererseits einer Vielzahl von Ressentiments ausgesetzt war. Diese wurden ihm vor allem von der jüngeren sowie der älteren Bevölkerung entgegengebracht. Gurvan führt die zum damaligen Zeitpunkt bestehenden Vorbehalte gegenüber Frankreich auf den Zweiten Weltkrieg und die damit verbundene Feindschaft der beiden Länder zurück, weshalb er den Begriff des „natürliche[n] Feind[es]“ (Gurvan J., Z. 61) verwendet. Generell hätten zu dieser Zeit Aversionen gegenüber allochthonen Personen bestanden, so beispielsweise auch gegenüber der italienischen Bevölkerung.

„'Scheiß Franzose' und etc. 'Was willst du denn hier? Verschwinde. Geh wieder in dein Land.' Das waren so die typischen Schimpfwörter.“ (Gurvan J., Z. 77-79)

Gurvan konnte den größten Teil derartiger Äußerungen ignorieren und schützte sich damit selbst, indem er diese nicht zu persönlich nahm.

„Nur, ich bin ein bisschen stur und dann bin ich über alles hinweggekommen.“ (Gurvan J., Z. 62-63)

Darüber hinaus suchte er verstärkt den Kontakt zu aufgeschlosseneren Personen.

„[I]ch habe sehr nette Leute kennen gelernt. [...] Die haben mich als Mensch gesehen, als Freund gesehen. Und ich hatte mit vielen Leuten ein gutes Verhältnis.“ (Gurvan J., Z. 85-86, 88-89)

Jedoch beeinträchtigten Gurvan beim Aufbau neuer Kontakte die mangelnden Deutschkenntnisse und die damit einhergehenden Schwierigkeiten sich mitzuteilen und

auszutauschen, weshalb er in der ersten Zeit über nur wenige Beziehungen außerhalb des familiären Umfeldes verfügte.

„Und viele Deutsche haben sich auch keine Mühe gegeben mit mir zu reden, mich zu verstehen, was ich sagen wollte.“ (Gurvan J., Z. 59-60)

Regelmäßiges Fernsehen sowie die Korrekturen durch die Ehefrau, die Schwiegereltern, weitere Verwandte und später die Arbeitskollegen halfen ihm seine Sprachfertigkeiten zu verbessern.

„[S]ie haben langsamer gesprochen und mir erklärt, was es bedeutet. Und das hat mir sehr geholfen. Auch geholfen zu sehen, dass Leute Verständnis haben.“ (Gurvan J., Z. 979-981)

Aufgrund der anfänglichen Schwierigkeiten zog es ihn öfter wieder nach Frankreich, um, wie er es nennt, „wieder ‚normal‘ reden“ (Gurvan J., Z. 66) zu können. So suchte er auf diese Weise Zuflucht, Sicherheit und Wertschätzung in einem vertrauten Umfeld. Mit der Zeit verbesserte sich auch Gurvans Situation in der Kreisstadt Merzig, was sowohl auf die Erweiterung seiner Sprachkenntnisse als auch auf einen Rückgang der gesellschaftlichen Ressentiments gegenüber der französischen Bevölkerung zurückzuführen ist.

„Und vor allem kann ich jetzt deutsch reden. Und das ist ein großer Vorteil. Ich kann relativ gut deutsch. Und wenn einer dumm kommt, kann ich natürlich antworten. Was ich früher nicht richtig konnte. Aber das hat sich geändert gegenüber den Franzosen. Wir sind jetzt integriert. Italiener sehr wahrscheinlich auch. [...] Die anderen, das sind jetzt die Türken und Russen, die natürlich denselben Prozess mitmachen müssen.“ (Gurvan J., Z. 105-110)

Auf Integrationsangebote konnte Gurvan Anfang der 1970er-Jahre noch nicht zurückgreifen und auch von Seiten der Stadt, den Behörden und Institutionen erfuhr er keinerlei Hilfestellungen.

„Das war schon wie ins kalte Wasser springen und man hat geschaut, dass man schwimmen kann.“ (Gurvan J., Z. 300-301)

Dennoch konnte er von der Unterstützung der Familie seiner Ehefrau profitieren, die ihm bei finanziellen Engpässen sowie der Wohnungs- und Arbeitssuche beistand. Dementsprechend konnte das Ehepaar beispielsweise in eine freie Wohnung von Bekannten der Schwiegereltern ziehen. Auch bei Behördengängen boten sie ihre Begleitung an, aber Gurvan wollte sich eigenständig diesen Herausforderungen stellen, um an ihnen zu wachsen.

„Ich habe gesagt, dass ich das alleine durchziehen muss. Wenn ich andauernd Hilfe habe, werde ich ja nicht selbstständig. Dann werde ich es auch nicht lernen. Dann bin ich hingegangen. Ich habe mich sehr oft geärgert. Meistens geärgert. Weil oft haben sie so gemacht, als ob sie mich nicht verstehen. [...] Aber ich habe mir gesagt, dass ich da durch muss und es muss gehen.“ (Gurvan J., Z. 321-325, 336-337)

Zusätzlich zu den sprachlichen Schwierigkeiten kamen bürokratische Hürden bei der Anmeldung seines Wohnsitzes. So konnte dieser nur angemeldet werden, wenn ein Beschäftigungsnachweis erbracht wurde. Umgekehrt erhielt er aber ohne deutschen Wohnsitz keine Beschäftigung. Daher suchte Gurvan gemeinsam mit seinem Schwiegervater zunächst nach einer Arbeitsstelle.

„Ich habe dann irgendwann lügen müssen: ‚Ja, ich wohne in Deutschland.‘ Und dann konnte ich arbeiten. Aber sonst war es immer ein Hin und Her, das war katastrophal.“ (Gurvan J., Z. 153-155)

Da Vollbeschäftigung herrschte und überall Arbeitskräfte gesucht wurden, erhielt er von drei verschiedenen Firmen Arbeitsangebote. Jedoch bestanden auch bei den Arbeitgebern gewisse Vorbehalte, sodass er sie zunächst von seinen Fertigkeiten überzeugen musste.

„Ja, Sie sprechen nicht so gut deutsch.‘ ‚Können Sie als Franzose, sind die Franzosen nicht so fleißig?‘ Ja, das waren immer so Sachen. Und dann habe ich gesagt: ‚Ja, lassen Sie mich mal arbeiten, dann können Sie sehen, ob ich was kann oder nicht. Ich will mich bemühen, auf jeden Fall.‘“ (Gurvan J., Z. 156-159)

Gurvan entschied sich für eine Fertighaus-Firma zu arbeiten, die ihn vor dem Hintergrund seiner Berufsausbildung als Elektriker einstellen wollte. Da ihm diese Tätigkeit bereits während der Lehre keine Freude bereitete, lehnte er dies ab und arbeitete stattdessen in der Fließbandproduktion. Die Fachsprache stellte ihn zu Beginn noch vor Herausforderungen, aber seine Lernbereitschaft und sein Nachfragen beeinflussten den Lernprozess in positiver Weise. Außerdem arbeitete er mit großem Interesse, wodurch er die Möglichkeit bekam, in unterschiedlichen Abteilungen Erfahrungen zu sammeln. Nach dem ersten halben Jahr war er überall in der Firma einsetzbar und wurde wegen seiner guten Leistungen zum Vorarbeiter ernannt. Allerdings war die Ernennung zum Vorarbeiter mit Schwierigkeiten unter den Kollegen verbunden, die Gurvans Autorität aufgrund seiner französischen Herkunft nicht akzeptieren wollten. Auf diplomatische Weise musste er sich diese erarbeiten.

„Bis sie gemerkt haben, dass ich mir nicht auf die Füße treten lasse, dass ich meine Arbeit korrekt mache und dass ich eigentlich ein korrekter Mensch bin. Wenn wir so viel gemacht haben, dann habe ich auch mal gesagt, dass wir es ruhiger angehen können, weil wir genug gemacht haben. Und irgendwann haben sie das akzeptiert und mich akzeptiert. Es hat ein paar Jahre gedauert.“ (Gurvan J., Z. 433-437)

Nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit verließ er die Firma und suchte sich ein neues Tätigkeitsfeld im Bereich Lüftungsbau. Unter seinen jetzigen Kollegen fühlt sich Gurvan wohl. Zwar gebe es hin und wieder Meinungsverschiedenheiten, jedoch seien diese nicht auf seine französische Herkunft zurückzuführen.

„Als Spaß mal. ‚Du Wackes⁵¹‘ oder so. Aber das ist Spaß und man merkt auch, dass es Spaß ist. Im Gegenteil, ich muss ehrlich sagen, viele haben gelernt mich zu respektieren, weil ich genauso arbeite wie die.“ (Gurvan J., Z. 512-514)

Besondere Freude bereitet ihm die Zusammenarbeit mit Auszubildenden oder jungen Kollegen. Er lernt sie wohlwollend, mit Geduld sowie Ernsthaftigkeit an und sie geben ihm ihrerseits durch die Zusammenarbeit wieder vieles zurück. Insgesamt ist er mit seiner aktuellen Arbeitssituation zufrieden. Da ihm sein Tätigkeitsbereich gefällt, würde er gerne über das Rentenalter hinaus weiterarbeiten. Jedoch haben sich in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen dahingehend geändert, dass zunehmend die Ar-

⁵¹ Mit dem umgangssprachlichen und meist abwertend verwendeten Begriff „Wackes“ wurden im Saarland in der Vergangenheit die Bewohner der französischen Region Elsass bezeichnet.

beitsgeschwindigkeit eine Rolle spielt, was ein Gefühl von „Dauerstress“ (Gurvan J., Z. 478) hervorruft.

Gurvans zehnstündiger Arbeitstag lässt wenig Zeit für Privates. Daher bestehen bis auf Grüßen und kurze Gespräche kaum intensivere Kontakte mit der Nachbarschaft.

„Und wenn ich Kontakt habe, dann will ich den pflegen. Und wenn ich keine Zeit habe, kann ich das auch nicht pflegen. Also mache ich lieber gar nichts. Das ist mein Grundsatz.“ (Gurvan J., Z. 556-558)

Etwas engere Beziehungen pflegt er hingegen mit einer Nachbarin, die ebenfalls aus Frankreich kommt. Neben der französischen Nachbarin setzt sich das Wohnumfeld aus einigen türkischen Bewohnern und überwiegend Autochthonen zusammen. Abgesehen von den direkten Nachbarn, die ein zwischenmenschliches Problem mit Gurvans Familie hätten, fühlt er sich in der Nachbarschaft wohl.

Kontakte über das Wohnumfeld hinaus knüpfte Gurvan sowohl über seine Frau, die bereits in einen festen Bekannten- und Freundeskreis in der Kreisstadt Merzig eingebunden war, über seine Kinder als auch über sein berufliches Umfeld.

„Die meisten Kontakte zu fremden Leuten habe ich durch meine Kinder. Kindergarten, Schule, Sport. [...] Oder auch viel am Bau. Ich bin immer ständig in Kontakt mit jungen Leuten.“ (Gurvan J., Z. 930-933)

Über die neuen Bekannten und Freunde eröffneten sich ihm auch deren Bekannten- und Freundeskreise, die meist auch großes Interesse für Gurvans Herkunftsland zeigten.

„Und viele wollen wissen, wie es in Frankreich ist. Und ja, man redet, da ist immer ein Austausch.“ (Gurvan J., Z. 235-237)

Mit den Bekannten und Freunden traf beziehungsweise trifft er sich meist am Wochenende beispielsweise in einer Bar zum Kartenspiel. Bis auf die Nachbarin aus Frankreich setzt sich der Bekannten- und Freundeskreis ausschließlich aus Autochthonen zusammen. Gurvan fühlt sich in diesem sozialen Netzwerk wohl, da ihm Wertschätzung und Respekt entgegengebracht werden.

„Ich habe nicht viele Freunde, aber die Freunde, die ich habe, bei denen weiß ich, dass ich mich voll und ganz auf sie verlassen kann.“ (Gurvan J., Z. 958-959)

Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichem Engagement gegenüber ist er aufgeschlossen, jedoch lassen seine Arbeitszeiten keine aktive Beteiligung zu. Trotzdem brachte er sich in dem Maße, wie er es mit seiner Berufstätigkeit vereinbaren konnte, in die Vereine der Kinder ein und half da beispielsweise bei Festlichkeiten. Je nach Interesse besucht Gurvan auch Feste in der Kreisstadt Merzig, so beispielsweise den „Markt der Köstlichkeiten“, den „Mondscheinmarkt“ oder auch das „Musikfestival“, bei denen er häufig Bekannte trifft. Die Musik, und speziell die Musik von französischen Komponisten sowie Interpreten, ermöglicht ihm weiterhin den Kontakt mit der Kultur seines Herkunftslandes. Darüber hinaus ist er in gewissem Maße auch durch die Kulinarik mit Frankreich verbunden.

Weitere kulturelle Bezugspunkte bestehen nicht, da er sich überwiegend an der Kultur des Ankunftslandes orientiert.

„Wir feiern [Weihnachten], weil meine Kinder in Deutschland geboren sind und in Deutschland leben, nach der deutschen Kultur. Und Weihnachten und Neujahr werden ja überall ein bisschen anders gefeiert. Aber ich habe dann gesagt, dass wir in Deutschland leben und dass wir dann auch wie in Deutschland feiern.“ (Gurvan J., Z. 793-796)

Zu seinen Geschwistern, die noch in Frankreich leben, pflegt er über die neuen Medien oder das Telefon regelmäßige, aber seltene Kontakte, Besuche untereinander sind selten. Trotzdem ist Gurvan emotional noch stark mit Frankreich verbunden, weshalb er sich weiterhin als „Franzose“ (Gurvan J., Z. 1091) und Frankreich als „[s]ein Mutterland, [...]s]ein Vaterland“ (Gurvan J., Z. 1128) sieht.

„Ich sage immer, wenn ich nach Frankreich fahre, fahre ich nach Hause.“ (Gurvan J., Z. 1091-1092)

„Ich bin Franzose, Bretone und dabei bleibt es.“ (Gurvan J., Z. 1117-1118)

Diese besondere Beziehung führt er auf den Sachverhalt zurück, dass Frankreich sein Geburtsland ist. Aus diesem Grund könne Deutschland auch nie zu seinem „neuen Heimatland“ werden. Ebenfalls käme die Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit für ihn, wenn überhaupt, nur im Notfall in Frage.

„Wenn es eine politische Änderung gäbe, dass ich wählen müsste, auf Grund meiner Familie, würde ich sagen, dass ich die deutsche Staatsangehörigkeit annehme. Aber das wäre schweren Herzens.“ (Gurvan J., Z. 1105-1107)

Auch zur Kreisstadt Merzig verspürt er keinen besonderen Bezug. Zwar fühlt er sich in seinem jetzigen Wohnort wohl, aber es seien in erster Linie die familiären Bindungen, die ihn in Merzig hielten.

„Aber ich als Merziger, nein. Dafür bin ich viel zu anpassungsfähig. Ich könnte morgen nach München gehen. Ich könnte morgen nach Köln gehen, ohne ein Kölner zu sein. Da habe ich keine Bindung zu Merzig, außer zu meiner Familie.“ (Gurvan J., Z. 1148-1151)

Würden diese familiären Bindungen beispielsweise durch den Tod der Ehefrau schwächer, könnte sich Gurvan durchaus eine Rückkehr nach Frankreich vorstellen. Um weiterhin intensive Kontakte zu seinen Kindern halten zu können, zöge er in diesem Fall den an Deutschland angrenzenden französischen Grenzraum vor. Unabhängig von seiner emotionalen Bindung zu Frankreich sieht er im Vergleich der beiden Länder weitere französische Vorzüge. Zwar schätzt er die Lebensqualität in Deutschland, allerdings beobachtet er neben den Licht- auch Schattenseiten. So sieht er im französischen Vergleich Nachteile hinsichtlich der deutschen Familien- und Rentenpolitik, die seiner Meinung nach in Frankreich sozialer seien. Umgekehrt schätzt er hingegen die in seinen Augen durchdachtere deutsche Ausländerpolitik.

Integration geht für Gurvan mit einer Anpassung an das Ankunftsland einher, wobei er eine identifikatorische Anpassung explizit ausnimmt.

„Was heißt das: ‚sich anpassen?‘ Man soll kein Schaf werden, man soll seine eigene Identität natürlich nicht verlieren. Das will ich auch nicht. Die meisten auch nicht.“ (Gurvan J., Z. 168-170)

Des Weiteren unterscheidet er entsprechend des in Frankreich verbreiteten republikanischen Integrationsmodells zwischen dem privaten und dem öffentlichen Raum.

„Und Integration ist für mich zum Beispiel Religion. Da soll jeder glauben, was er will. In seinen vier Wänden oder in seiner Moschee oder in seiner Kirche. Aber außerhalb muss man versuchen mit den Einheimischen Kontakt zu halten.“ (Gurvan J., Z. 176-179)

Außerdem bezeichnet er die allochthone Bevölkerung als „Gäste“ (Gurvan J., Z. 171), bei denen in erster Linie die Verantwortung für die Integration liege. So sollten sie beispielsweise auch von sich aus den Kontakt zur autochthonen Bevölkerung suchen.

„Und wir sind als Gäste hier, also sollen wir uns als Gäste auch benehmen können. Das ist für mich Integration.“ (Gurvan J., Z. 171-172)

„Sie müssen sich auch mal zeigen. Wenn sie dann merken ‚Ah, die wollen Kontakt.‘ Dann ist es ok. Dann geben sie auch was zurück. Aber wenn ich als Ausländer herkomme, und nichts tue, kann ich nicht erwarten, dass die Leute auf mich zugehen. Das wird es nicht geben.“ (Gurvan J., Z. 193-196)

Behindert würden dieses Aufeinander-Zugehen und damit das gegenseitige Kennenlernen einerseits durch sprachliche Schwierigkeiten und andererseits durch religiöse sowie kulturelle Differenzen. Der Spracherwerb sowie die Auseinandersetzung mit der Kultur des Ankunftslandes seien daher grundlegend für einen erfolgreichen Integrationsprozess.

„Sie sollen sich mit der Kultur auseinandersetzen. Zu sehen, dass die deutsche Kultur auch nicht schlecht ist. Sie hat auch ihre guten Seiten. Aber die muslimische oder islamische Kultur hat auch ihre schönen Seiten, so ist es ja auch nicht. Aber die meisten Leute haben vor dem Fremden etwas Angst. Wenn man es kennt, ist alles anders.“ (Gurvan J., Z. 1078-1082)

Darüber hinaus stehen für Gurvan jedoch auch die Autochthonen in der Verantwortung, die durch eine offene und respektvolle Haltung den Zugezogenen ein Gefühl des Willkommenseins vermitteln können und ihnen somit das Zugehen auf andere erleichtern.

„Und die Deutschen sind, nicht in allen Teilen Deutschlands, aber ein bisschen zurückhaltender. Man sagt immer Saarländer sind warm, aber ich kann ganz klar sagen, dass das nicht so ist. Sie sind sehr zurückhaltend und teilweise auch kalt. Und so etwas spielt eine große Rolle bei der Integration.“ (Gurvan J., Z. 759-762)

Auch die Einladung beispielsweise zu einem Schnuppertraining in einen Sportverein oder zu einer Sportveranstaltung könnte Hemmnisse ab- und erste Kontakte aufbauen. Ein weiterer Vorschlag zur Förderung des interkulturellen Miteinanders sowie Lernens sei die Organisation multikultureller Feste, die in geschütztem Rahmen Möglichkeiten zum Austausch böten.

„Und in dem Moment fängst du mit den Leuten an zu reden, weil es locker ist. [...] Ein gutes Essen, wo man fragen kann, wie es gemacht wurde. Oder sich zeigen lassen kann, wie man Fladenbrot herstellt.“ (Gurvan J., Z. 1271-1274)

Da für Gurvan mit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine höhere Lebensqualität verbunden ist, spielt die persönliche Integration für ihn eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund hat er sich intensiv für die eigene Integration eingesetzt und ver-

sucht, beispielsweise durch das Knüpfen interkultureller Kontakte zu Autochthonen den individuellen Integrationsprozess voranzubringen.

„Da muss ich aber auch ehrlich sagen, dass ich viel getan habe. Ich bin auf die Leute zugegangen, habe versucht mit denen am Arbeitsplatz oder im Konzert oder überall, wo ich hingehhe, Kontakt mit den Menschen zu haben. [...] Aber, wie schon gesagt, versuche ich immer wieder neue Kontakte zu knüpfen.“ (Gurvan J., Z. 205-207, 209-210)

„Ich habe alles dafür getan, um integriert zu sein. Durch die Arbeit, durch mein Privatleben. Ich habe alles getan, um akzeptiert zu werden. Ich habe mich auch entsprechend verhalten.“ (Gurvan J., Z. 215-217)

Trotz seiner Integrationsbereitschaft sowie seiner Bemühungen und Anstrengungen, stellte sich bei ihm erst nach etwa zwanzig Jahren ein Gefühl der Zugehörigkeit ein, was auch eine gewisse Ausdauer erforderte.

„Hätte es noch länger gedauert, wäre ich nicht hier geblieben. Und ich habe gemerkt, [...] [die Ressentiments] [...] [sind] immer weniger, immer weniger geworden.“ (Gurvan J., Z. 233-234)

Dass er jetzt integriert ist, begründet er damit, dass ihm keine Vorbehalte mehr begegnen. Dementsprechend ist er mit seiner jetzigen Situation zufrieden, fühlt sich wertgeschätzt und verfolgt daher auch keine weiteren Integrationsziele. Jedoch ist es sein Wunsch, dass auch seine Kinder voll integriert sind. Während sich für Gurvans Integration vor allem die bestehenden Aversionen, aber auch die deutsche Bürokratie sowie die fehlende Unterstützung von Seiten der Stadt und sonstigen Institutionen als hemmend herauskristalisieren, kann eine Vielzahl sowohl internaler als auch externaler Faktoren identifiziert werden, die den Integrationsprozess förderten. So zählen zu den internalen Aspekten beispielsweise der Wille zum Spracherwerb und zur Einbindung in die hiesige Gesellschaft sowie die Akzeptanz der neuen Lebensumstände.

„Und wenn die Leute die Sprache nicht lernen wollen, die meisten wollen sie nicht lernen. Gibt es keine Integration.“ (Gurvan J., Z. 825-826)

„[D]er Schwerpunkt der Integration liegt auf der Sprache. Und das Wollen. Nicht nur herkommen als Gast und dann irgendwann wieder nach Hause gehen.“ (Gurvan J., Z. 838-840)

Ebenso könnten die eigene Offen- und Unvoreingenommenheit, die sich Gurvan durch die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und Kultur angeeignet hat, die Integration positiv beeinflussen.

„Und so bin ich ohne Ressentiments oder Angstgefühl oder gar nichts hierhergekommen. Ich bin nicht voreingenommen hierhergekommen. Und das hat mir viel geholfen.“ (Gurvan J., Z. 268-270)

Weiterhin werde der Integrationsprozess erleichtert, wenn die Offenheit der Zugezogenen auch auf eine offene und verständnisvolle Ankunftsgesellschaft treffe, in der eine Willkommenskultur herrsche.

„Dass [...] [die Autochthonen] mehr versuchen, mit den Ausländern in Kontakt zu treten. Jetzt nicht persönlich mit mir, sondern mit allen Ausländern. Alle, die hier wohnen, versuchen fest zu integrieren.“ (Gurvan J., Z. 1239-1241)

Zu einer Willkommenskultur gehörten unter anderem das Angebot von Sprachkursen und interkulturellen Begegnungen in Vereinen oder bei Veranstaltungen, die erste Kontaktmöglichkeiten böten und so hilfreich für die Integration seien. Neben der Ge-

samtbevölkerung spielten aber auch individuelle Integrationshelfer eine wichtige Rolle, in Gurvans Fall seine autochthone Ehefrau und deren Familie.

Marfa N. – „Ich bin ein Gemisch [...] [eine] Bürgerin der Welt [...]. Ich versuche aus verschiedenen Kulturen das Beste aufzusaugen.“

Die 40-jährige Marfa N. besitzt die kasachische Staatsangehörigkeit und lebt mit ihrem Ehemann deutscher Nationalität, der gemeinsamen Tochter sowie dem Sohn aus einer früheren Beziehung im Stadtteil Hilbringen. Sie studiert an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes im Bereich Sozialwissenschaften.

Marfa wurde Anfang der 1970er-Jahre in Kasachstan geboren. Sie besuchte das Gymnasium und begann nach dem Abitur ein Lehramtsstudium für die Fächer Englisch und Deutsch als Fremdsprache, das sie erfolgreich abschloss. Sie gründete eine Familie und bekam einen Sohn. Jedoch kam es zur Trennung zwischen ihr und dem Vater des Kindes. Eine Bekannte, die sowohl Marfa als auch ihren jetzigen Ehemann, ein aus dem Saarland stammender deutscher Staatsbürger, kannte und daher wusste, dass beide alleinstehend waren, stellte erste Kontakte zwischen ihnen her. Während sie anfangs über das Internet und später per Telefon kommunizierten, intensivierten sich die Verbindungen zunehmend, weshalb Marfas jetziger Ehemann zu Besuch nach Kasachstan kam. Er machte ihr einen Heiratsantrag und so kamen Marfa sowie ihr Sohn im Sommer 2004 mit einem Heiratsvisum nach Deutschland. Die Familie zog in das Haus des Ehemannes, der in einer Gemeinde rund dreizehn Kilometer von der Kreisstadt Merzig entfernt lebte. Die Nachbarschaft setzte sich mehrheitlich aus autochthonen Bewohnern zusammen, die sie im Großen und Ganzen freundlich aufnahmen. Besonderen Kontakt pflegte sie zu einer älteren Frau, die ebenfalls aus der ehemaligen Sowjetunion stammte und für die sie eine wichtige Bezugsperson war.

„Die [Autochthonen] waren alle freundlich. Nur nicht so wie bei uns. Ich kenne eine Frau, sie ist schon über 80 Jahre alt, und sie konnte sich nicht so integrieren. Im Ort leben nicht viele Menschen aus Russland oder Kasachstan in ihrem Alter und bei den Frauen aus Deutschland sind die Kontakte ganz anders. Bei uns geht man zu den Leuten, deckt den Tisch und führt Gespräche beim Tee. Und hier ist es nicht so. Die Frau konnte nur zu mir kommen. Ich habe dann direkt mit ihr Tee getrunken und gesprochen.“ (Marfa N., Z. 442-447)

Die erste Zeit im Saarland, die Marfa mit dem „graue[n] Wetter und nicht viel Sonne“ (Marfa N., Z. 171) in Verbindung bringt, war für sie belastend. So erlebte sie aufgrund ihres fernöstlichen Aussehens teilweise Stigmatisierungen und Ressentiments.

„Die Leute gehen da auch oft alleine vom Aussehen aus. [...] [W]enn Erwachsene so denken ‚Aha, aus China, das heißt irgendein Entwicklungsland und deswegen ist sie dann automatisch ein, zwei Stufen niedriger als wir.‘ Am Anfang hat mich solches Denken belastet.“ (Marfa N., Z. 252, 255-258)

„Und die Einstellung der Leute hier gegen Russen ist irgendwie komisch. [...] Das sind Vorurteile, anstatt die Leute kennen zu lernen. Auch weil es nicht so viel Kontakt zwischen Deutschland und Russland gab. Die Deutschen hier haben ein schmales Bild: Russen, Wodka und Geld aus dem Fenster werfen.“ (Marfa N., Z. 545-546, 550-552)

Des Weiteren musste sie sich von Grund auf ein neues Leben aufbauen, ihr fehlten die sozialen Kontakte zu Freunden und Bekannten. Außerdem war die neue Lebenssi-

situation anfangs mit einem Einschnitt in ihre Selbstständigkeit verbunden, was für sie eine Schwierigkeit darstellte.

„Und ich musste von null anfangen mit Kontakten, mit Ärzten, mit Schule und Kindergarten. [...] Das war nicht einfach. Mir haben Freunde gefehlt und hier hatte ich am Anfang nur Verwandte.“ (Marfa N., Z. 93-94, 106-107)

„Am Anfang musste man auch überall mit dem Auto hinfahren und das hat mich auch belastet. [...] Aber am Anfang musste mein Mann mit mir überall hinfahren. Ich war abhängig und das ist nicht einfach.“ (Marfa N., Z. 114-115, 116-117)

Unterstützung erhielt sie sowohl von Seiten der Verwandten, ihrem Ehemann, den Schwiegereltern sowie der Schwägerin als auch vom Caritasverband der Kreisstadt Merzig. Über das Amtsblatt wurde Marfa auf das Beratungsangebot des Verbands zum Thema „Integration von Migranten“ (Marfa N., Z. 154) aufmerksam. Sie besuchte die dortige Frauengruppe, wodurch sie zum einen neue Kontakte knüpfen konnte und zum anderen Tipps und Anregungen bei Fragen erhielt. Der Austausch mit anderen Allochthonen, meist Personen aus Kasachstan und Russland, war für sie hilfreich und gab ihr Mut sowie Hoffnung für den eigenen Weg.

„2004, 2005 habe ich schon ein paar Leute hier kennen gelernt, das war auch eine Erleichterung, dass ich gesehen habe, dass ich nicht alleine bin und alleine der Gedanke, dass diese Leute es geschafft haben und sich hier wohlfühlen, hat für mich bedeutet, dass es bei mir auch klappen muss.“ (Marfa N., Z. 134-137)

Neben der Frauengruppe des Caritasverbands konnte sich Marfa unter anderem auch durch die Mitgliedschaft in örtlichen Sportvereinen, wie dem Volleyball-Verein und Step-Aerobic-Kursen, ein soziales Netzwerk erschließen und somit neue Kontakte knüpfen.

„[J]e mehr Leute ich kenne, umso einfacher ist es, neue Kontakte zu schließen.“ (Marfa N., Z. 1130-1131)

In diesem Zusammenhang waren ihre Aufgeschlossenheit und Offenheit besonders hilfreich, die diese interkulturellen Begegnungen überhaupt erst zustande kommen ließen.

„Und nach ein, zwei Jahren hat mein Mann festgestellt, dass ich mehr Leute kenne als er und er hat im Ort schon acht Jahre gelebt. Aber er ist introvertiert und immer zu Hause. Und bei mir ist es umgekehrt. Ich muss Leute sehen und mit Leuten sprechen.“ (Marfa N., Z. 181-184)

Aufgrund des Charakters ihres Ehemanns lernte sie durch ihn über Verwandte hinaus nur wenige Personen kennen. Eine ganz wesentliche Rolle für die Kontaktaufnahme spielten hingegen ihre guten Deutschkenntnisse, die sie sich bereits während der Schulzeit aneignete und im Rahmen ihres Studiums in Kasachstan für Deutsch als Fremdsprache intensivierte. Jedoch stieß Marfa trotz dieser besonderen Qualifikationen an sprachliche Grenzen.

„[I]ch [habe] immer gedacht, dass ich Deutsch sprechen und die Leute verstehen kann, aber trotzdem habe ich Schwierigkeiten gehabt. Das war nicht einfach für mich und das war eine seelische Belastung. Ich kann mir vorstellen, dass es für die Leute, die ohne Sprache nach Deutschland kommen, noch viel, viel schwieriger ist.“ (Marfa N., Z. 202-206)

Die sprachlichen Schwierigkeiten waren in erster Linie auf die saarländische Mundart zurückzuführen. Zwar redete die Familie mit ihr Hochdeutsch, aber im Alltag wur-

de sie häufig mit dem Dialekt konfrontiert. Allerdings half ihr die direkte Konfrontation, sich zunehmend an diese Mundart zu gewöhnen.

„Die erste Zeit bin ich [zum Volleyball] gekommen und habe nicht viel gesprochen, sondern gespielt, weil ich den Dialekt, das [Name eines saarländischen Ortes] Platt, am Anfang nicht so gut verstanden habe. Deshalb konnte ich an den Gesprächen nicht teilhaben und habe dann schweigend gespielt, mich schweigend umgezogen. Und erst mit den Jahren hat es geklappt.“ (Marfa N., Z. 175-180)

Sie erweiterte ihre Sprachkompetenz, indem sie Sendungen und Filme in deutscher Sprache teilweise mehrmals schaute, bis sie alles verstanden hatte. Mit der Verbesserung ihrer sprachlichen Kenntnisse gewann Marfa zunehmend an Selbstvertrauen und Mut, ohne Angst vor Fehlern Deutsch zu sprechen.

„[A]uch wenn ich Deutsch nicht perfekt spreche. [...] Das muss mich nicht abbremsen, ich muss weiter reden und die Leute verstehen mich irgendwie. Wenn ich jedes Mal denke, dass ich so viele Fehler beim Reden mache, dann bleibe ich lieber still und sage nichts. Nur dann erreiche ich nicht, was ich will. Früher habe ich diese Minderwertigkeitskomplexe gehabt. [...] Aber jetzt denke ich, ja studiert habe ich, aber es ist immer noch eine Fremdsprache.“ (Marfa N., Z. 1056-1061, 1063-1064)

Darüber hinaus gestand sie sich selbst zu und forderte es auch von den anderen Gesprächsteilnehmern ein, Rückfragen zu stellen, um sicher zu sein, dass sich alle Gesprächspartner richtig verstanden haben.

„Und lieber mehr Fragen stellen und feststellen, dass wir einander verstanden haben. Obwohl ich Deutsch spreche, verstehen die Leute anders, als ich es mir vorstelle. Deswegen müssen die Einheimischen auch besser nochmal ganz höflich und ohne jemanden zu beleidigen nachfragen, ob ich sie richtig verstanden habe. Denn oft redet man von einer Sache und meint doch unterschiedliche Dinge.“ (Marfa N., Z. 577-582)

Obwohl sie mit ihren derzeitigen Sprachkenntnissen gut zurechtkommt, hat sie weiterhin den Wunsch, ihre Sprache zu verbessern und ihren Wortschatz zu bereichern. Auf diese Weise könne sie einerseits die sprachlichen Fähigkeiten ihrer Kinder, mit denen auch sie überwiegend deutsch spricht, erweitern. Andererseits ermögliche ein größerer Wortschatz eine präzisere Ausdrucksweise und helfe Missverständnisse zu vermeiden. Aufgrund ihrer sprachlichen Qualifikationen wurde Marfa Mitte der 2000er-Jahre vom Caritasverband und der Katholischen Familienbildungsstätte „Haus der Familie“ auf Honorarbasis eine Stelle als Fachkraft zum Unterrichten von Deutsch als Fremdsprache für Zuwanderer angeboten. Seit diesem Zeitpunkt führt sie regelmäßig den Kurs „Mama lernt Deutsch“ in Form von Abendveranstaltungen in der Kreisstadt Merzig durch. Während sie damit einerseits ihre eigenen Sprachkenntnisse verbessern und ihren Bekanntenkreis erweitern konnte, bereitet ihr andererseits die Begleitung und Unterstützung der Menschen im Hinblick auf ihren sprachlichen Lernprozess sowie ihre Integration besondere Freude. Daher gibt sie neben der reinen Sprachvermittlung auch ihre eigenen Migrations- sowie Integrationserfahrungen weiter, um den Kursteilnehmern Mut und Hoffnung zu geben sowie ihnen eine Perspektive für den eigenen Weg aufzuzeigen.

„Im Kurs bei mir sind Leute aus verschiedenen Ländern und aus meiner Erfahrung kann ich ihnen auch helfen. Am Anfang kommen Heimweh und Depressionen. Und ich versuche ihnen

zu erklären, dass das nur am Anfang ist und dass man nicht aufgeben sollte.“ (Marfa N., Z. 327-330)

Zusätzlich lädt sie zu Beginn jedes neuen Kurses einen früheren Teilnehmer ein, der als "Role Model" fungiert.

„[Sie] sehen auch, dass die anderen Menschen ähnliche Probleme haben. Wenn man alleine mit einem Problem ist, ist es viel schwieriger, als wenn man weiß, dass es noch andere mit den Problemen gibt, aber es ist dennoch machbar. [...] Das gibt Mut und Hoffnung für die Leute.“ (Marfa N., Z. 963-965, 978-979)

Darüber hinaus bot Marfa ehrenamtlich Englischkurse auf A1-Niveau für russische Muttersprachler an. Während sie weiterhin Deutsch unterrichtet, musste sie nach Beginn ihres Studiums an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes aus Zeitgründen ihr weiteres ehrenamtliches Engagement aufgeben. Eine Beraterin des Caritasverbandes motivierte und unterstützte sie bei der Aufnahme des Studiums. Zuvor hatte sie versucht, ihren kasachischen Hochschulabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen und eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu finden. Allerdings waren die Versuche erfolglos. So wurde ihr Studienabschluss lediglich als Abitur anerkannt, ihr Alter erschwerte den Zugang zu einer Ausbildung und aufgrund einer fehlenden Bestätigung von Seiten des Ministeriums für Bildung und Kultur konnte sie trotz Zusage des Trägers ihren Arbeitsplatz als pädagogische Fachkraft in der Nachmittagsbetreuung der Caritas nicht annehmen. Um ihre Chancen auf eine Mitarbeit in der Nachmittagsbetreuung zu erhöhen, entschied sich Marfa daher für das Studium im Bereich der Sozialwissenschaften. Auch auf diesem Weg erweiterte sich ihr soziales Umfeld, wobei zuerst bestehende Vorurteile bei einem Teil der Kommilitonen überwunden werden mussten.

„[W]ir [haben] die Aufgabe gehabt, ein Protokoll für eine Vorlesung zu schreiben und in meiner Gruppe waren ich, ein junges, sehbehindertes Mädchen und ein drittes Mädchen. Und sie konnte nicht verbergen, was sie von uns gehalten hat und sagte bei der Gruppeneinteilung ‚Oh Gott!‘. Und dann haben wir das Protokoll geschrieben und ein paar Monate später sagte sie dann, dass sie anfangs Angst hatte, alles schreiben zu müssen und hatte dann großen Respekt vor unseren Leistungen“. (Marfa N., Z. 286-291)

Einige Jahre nach der Geburt der gemeinsamen Tochter kam bei dem Ehepaar der Wunsch nach einem Neubau auf. Aufgrund diverser Beziehungen über die Kinder, den Sprachkurs sowie Freunde und Bekannte verspürten Marfa und ihr Mann einen starken Bezug zur Kreisstadt Merzig. Daher entschieden sie sich für einen Bauplatz innerhalb eines Neubaugebiets im Stadtteil Hilbringen und zogen nach Abschluss der Bauphase im September 2012 in das Haus ein. Die besonderen Ausgangsbedingungen eines Neubaugebiets erleichterten nach Einschätzung Marfas den Kontakt zu den Nachbarn, weil jeder in der gleichen Situation war und somit Verständnis für den Anderen hatte. Auch die geringe Wohndauer aller Personen beeinflusste den Aufbau des sozialen Gefüges positiv und gab jedem die Möglichkeit zur Teilhabe.

„[S]ie haben eine Tradition gegründet, dass wir jedes Jahr ein Straßenfest machen. Ich finde das sehr schön, denn es ist eine Möglichkeit, die Nachbarn kennen zu lernen. Denn sonst gehen wir vorbei, grüßen uns und das war es. Ab und zu kommen wir ins Gespräch, aber nicht

viel und nicht oft. Das Straßenfest bietet schon ganz andere Möglichkeiten.“ (Marfa N., Z. 485-489)

In dem vorwiegend von Autochthonen bewohnten Neubaugebiet verspürt Marfa keinerlei Schwierigkeiten und Probleme aufgrund ihrer Herkunft. Im Gegenteil besteht eine große Hilfsbereitschaft unter den Frauen, die beispielsweise bei gemeinsamen Trainingszeiten der Kinder in Form von Fahrgemeinschaften kooperieren. Während sie in ihrem früheren Wohnort Fremdheitserfahrungen und eine gewisse „Kälte“ (Marfa N., Z. 512) seitens der autochthonen Bevölkerung verspürte, fühlt sie sich in der Kreisstadt Merzig wohl und angenommen. Sie führt den freundlicheren und offeneren Umgang zwischen Allochthonen und Autochthonen auf den Sachverhalt zurück, dass in der Kreisstadt Merzig mehr Menschen mit Migrationshintergrund lebten als in ihrem vorherigen Wohnort und die Stadtbewohner somit eher ein interkulturelles Miteinander gewohnt seien.

Aufgrund der geringen räumlichen Distanz zwischen Marfas früherem und jetzigem Wohnort konnte sie die bereits geknüpften Kontakte und Beziehungen weiterhin aufrechterhalten. Ihr Bekannten- und Freundeskreis setzt sich aus Personen unterschiedlicher Nationalitäten zusammen, beispielsweise aus den Teilnehmern der Sprachkurse sowie Menschen aus Deutschland und Russland. Die örtlichen Feste in der Kreisstadt Merzig seien eine gute Möglichkeit, um sich mit Bekannten sowie Freunden zu treffen und die Kontakte zu intensivieren. So nahm Marfa mit der Frauengruppe des Caritasverbands an der Veranstaltung „Nacht der Kulturen“ oder gemeinsam mit ihrer Tochter am „Sternenumzug“ teil. Über die Familie ihres Mannes wurde sie darüber hinaus nicht nur an christliche Feste, sondern auch an weltliche Angebote herangeführt.

„Zum Beispiel Fronleichnam. Das war für mich alles neu und so schön. Oder meine Schwiegermutter organisiert einmal im Jahr immer ein Müttercafé. Das ist dann auch interessant.“ (Marfa N., Z. 1024-1026)

Ein Bezug zu Kasachstan besteht für Marfa über die Kulinarik. Um auch ihrem Sohn eine Beziehung zu seinem Herkunftsland zu ermöglichen, nennt sowie erklärt sie ihm die kasachischen Feiertage und macht ihn auf Unterschiede zwischen christlichen und orthodoxen Festen aufmerksam. Alle zwei bis drei Jahre besucht sie ihre Freunde und Verwandte in Kasachstan, die übrige Zeit hält sie den Kontakt per Skype. Ihren ursprünglichen Gedanken, zu einem späteren Zeitpunkt wieder nach Kasachstan zurückzukehren, hat sie zwischenzeitlich verworfen, da sie den mit einer Migration einhergehenden „Stress“ (Marfa N., Z. 85) nicht erneut erleben möchte. Einen vorübergehenden Arbeitsaufenthalt könnte sie sich allerdings durchaus vorstellen. Im Hinblick auf ihre Identität spricht Marfa von sich selbst als einem „Gemisch“ (Marfa N., Z. 1168), das Elemente verschiedener Kulturen in sich verbinde.

„[I]ch wurde von meinen Lehrern erzogen [...] als Bürgerin der Welt oder dem Staat. [...] Ich versuche aus verschiedenen Kulturen das Beste aufzusaugen, weil das die Erfahrung von mehreren Jahren ist und die hilft mir, mein Leben leichter zu gestalten und zu leben.“ (Marfa N., Z. 1169-1172, 1174-1176)

„Die Volleyballspiele bei den Olympischen Spielen haben wir verfolgt, wir waren für Deutschland, für Russland und auch für Kasachstan. Wir haben uns für alle drei gefreut.“ (Marfa N., Z. 1268-1270)

Der Gedanke, eine „Bürgerin der Welt“ (Marfa N., Z. 1171) zu sein, steht jedoch nicht im Widerspruch mit dem Aufbau einer lokalen Zugehörigkeit. So sieht sich Marfa selbst als „Merzigerin“ (Marfa N., Z. 1203), da sich aufgrund der Vielzahl sozialer Kontakte innerhalb der Kreisstadt Merzig ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln konnte.

„Am Anfang hatte ich keine Kontakte und war wie isoliert. Und vielleicht hatte ich auch Angst, irgendwo hinzugehen und jemanden anzusprechen. Jetzt ist diese Angst weg und ich fange an, das Leben hier zu genießen.“ (Marfa N., Z. 304-306)

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer und den damit verbundenen Lernprozessen beispielsweise im Hinblick auf die Sprachkenntnisse, die sozialen Kontakte sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen sammelte Marfa in verschiedenen Lebensbereichen wichtige Erfahrungen, sodass sich bestimmte Routinen zur Bewältigung des täglichen Lebens entwickelten.

„Ich verstehe jetzt mehr und weiß, wie man mit einigen Situationen umgehen kann. [...] Ich bin es jetzt gewohnt, dass die Leute, wenn sie mich sehen, mich als Ausländerin sehen. Es stört mich nicht, wenn sie zu Beginn des Gesprächs mit diesem Vorurteil ‚Ausländerin‘ kommen.“ (Marfa N., Z. 275-276, 281-283)

„Ich habe mehr Selbstvertrauen bekommen, auch meine Einstellung hat sich verändert. Früher habe ich mich geärgert, wenn die Menschen Vorurteile hatten und heute reagiere ich ganz anders.“ (Marfa N., Z. 1117-1119)

Diese Routinen gaben ihr Sicherheit sowie Selbstvertrauen und verhalfen ihr, sich in der neuen Lebensumgebung zurechtzufinden. Die erfolgreiche Bewältigung des Alltags setzt Marfa mit Integration gleich. So sei erst dann ein Integrationsprozess gelungen, wenn die Person am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehme. Vor diesem Hintergrund beschreibt sie sich selbst als vollkommen integriert, weshalb sie bis auf die Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse keine weiteren Integrationsziele verfolge.

„[Integration bedeutet, d]ass ich mich mit dem Leben hier in Deutschland gut zurechtfinde. [...] Und ‚Integrieren‘ heißt, Teilnehmen am Leben hier. Entweder selbst Probleme lösen oder die richtigen Leute finden, um die Probleme zu lösen und zum Ziel zu kommen.“ (Marfa N., Z. 231-232, 235-237)

Um sich erfolgreich in den Alltag einbinden zu können, sieht sie sowohl die allochthone als auch die autochthone Bevölkerung in der Pflicht. So liege es einerseits in der Verantwortung der Zugezogenen, offen und aktiv auf andere Menschen zuzugehen und auf diese Weise außerhalb des eigenen Familienkreises neue Kontakte aufzubauen. Außerdem werde ihrer Meinung nach ein freundlicher Umgang stets auch freundlich erwidert. Dies setze jedoch gewisse Sprachkenntnisse voraus, weshalb die deutsche Sprache für den Integrationsprozess eine elementare Rolle spiele. Andererseits seien aber auch die Autochthonen in der Verantwortung, mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen als hilfreiche Begleiter von Integrationsprozessen zu fungieren und eine erfolgreiche Integration überhaupt erst zu ermöglichen. Marfa bedauert allerdings, dass oftmals

die nötige Empathie fehle, um die Bedürfnisse der Zugezogenen wahrnehmen zu können.

„Nur sehr viele Leute hier in Deutschland, das ist nicht ihre Schuld, weil sie das Leben aus ihrer Perspektive sehen und sie kennen nicht die andere Seite. Wenn sie diese Möglichkeit hätten, für ein Jahr in ein fremdes Land zu gehen und sich dort zu integrieren, könnten sie die Ausländer besser verstehen.“ (Marfa N., Z. 243-247)

Auch habe der Bildungsstand Auswirkung auf die Wahrnehmung der und den Umgang mit den Allochthonen.

„Je höher die Ausbildung und das Niveau der Menschen sind, desto besser gehen die Menschen mit Migranten um. [...] Je niedriger das Milieu ist, aus dem sie kommen, desto schwerer kommt auch Kontakt auf.“ (Marfa N., Z. 392-395)

Anstelle des Begriffs „Integration“ (Marfa N., Z. 1070) bevorzugt sie von „Inklusion“ (Marfa N., Z. 1070) zu sprechen, um das gemeinsame interkulturelle Miteinander statt eines Nebeneinanders zu betonen. Gleichzeitig entstehe ihrer Meinung nach aus dem Miteinander etwas Neues, das jedoch Rückschlüsse auf die einzelnen beteiligten Kulturen und Nationalitäten zulasse. Damit gehe Integration oder in Marfas Worten „Inklusion“ (Marfa N., Z. 1070) weder mit einer Aufgabe der eigenen Identität noch der Herkunftskultur einher.

„Und Integration ist, wie wenn die Türken eine Gruppe hier sind und die Russen hier eine Gruppe sind und insgesamt sind wir in Deutschland. Es wäre besser, wenn wir von Inklusion reden würden. Dass in so einem Kreis Punkte mit verschiedenen Farben so vermischt sind, dass man ein neues Bild bekommt. Und nicht, dass dort Blau und hier Grün oder Rot ist, sondern dass es mehr durchmischt ist und es keine Grenzen mehr gibt.“ (Marfa N., Z. 1071-1077)

Um eine erfolgreiche Integration zu beschleunigen und zu erleichtern, identifiziert sie in den Bereichen Sprachförderung, Gesellschaft und Öffentlichkeitsarbeit weiteren Handlungsbedarf. Auf Basis ihrer eigenen Erfahrungen mit Sprachkursen hinterfragt sie sowohl die täglichen Kurszeiten der Integrationskurse, die in der Regel ganztägig durchgeführt würden, als auch das vorgesehene Lerntempo. Ihrer Meinung nach könnte dies einige Teilnehmer überfordern.

„Das, was sie jetzt machen, dieses schnell, schnell, schnell und hopp, hopp, hopp. Sechs Bücher in sechs Monaten. Dann lieber drei und die richtig. Denn die Basis ist die Hauptsache und alles andere kommt später. [...] Das ist wie beim Hausbau. Wenn das Fundament nicht stimmt, diese Grundsachen wie Grammatik müssen sie am Anfang kapieren. [...] Aber wenn sie das am Anfang nicht verstehen, dann resignieren sie und sie verlieren das Vertrauen in die eigene Fähigkeit und bleiben auf diesem Niveau.“ (Marfa N., Z. 714-721)

Darüber hinaus plädiert sie für die verschiedenen Kompetenzbereiche Grammatik, Wortschatz und Konversation unterschiedliche Lehrkräfte einzusetzen, die sich nur auf den einen Schwerpunkt konzentrieren und diesen vertiefen. Im gesellschaftlichen Bereich könnte ein vielfältiges Angebot an interkulturellen Veranstaltungen, die in Kooperation mit verschiedenen örtlichen Vereinen und religiösen Gruppen organisiert würden, zu einem stärkeren Miteinander sowie dem Abbau von gegenseitigen Ressentiments beitragen.

„Dann werden auch die Vorurteile besser beseitigt. Früher habe ich gedacht, dass es hier die Russen und die Türken gibt. Und jetzt habe ich erfahren, dass es viele Leute aus Syrien gibt,

und ich habe ein paar Menschen aus dem türkischen Verein kennen gelernt. Wenn wir uns auf der Straße sehen, lächeln wir und gehen nicht einfach vorbei. Sie kennt mich. Und dann habe ich diese Frau mit ihrer Mutter getroffen und sie hat mir auch ein paar Tipps für meine Tochter gegeben. Dann sehen sie auch uns mit anderen Augen und nicht so fremdartig. Und sie versteht mich.“ (Marfa N., Z. 374-380)

Diese Begegnungen sollten nicht nur auf Kinder und Jugendliche zielen, sondern die gesamte Familie mit einschließen. Um die Veranstaltungen fest etablieren zu können, schlägt Marfa vor, dass die Bevölkerung „[a]m Anfang [...] ,freiwillig [zur Teilnahme] gezwungen‘ werden“ (Marfa N., Z. 940) sollte. Weiteren Verbesserungsbedarf sieht sie in der interkulturellen Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten sowie Schulen. So müssten diese Bereiche stärker ausgebaut werden, um die Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig an interkulturelle Themen heranzuführen und sie dafür zu sensibilisieren. Zum Erfolg des kulturübergreifenden Miteinanders trage auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit bei, die in verschiedenen Sprachen und über unterschiedliche Kanäle über das örtliche Angebot informieren sollte. Neben der Nutzung der klassischen Printmedien sollten nach Marfas Überzeugung verstärkt auch die Neuen Medien genutzt werden, die einen barrierefreien und mehrsprachigen Zugang zu migrationsbezogenen Informationen böten. Auch die Einrichtung eines Migrationszentrums, das als erste Anlaufstelle dienen könnte, indem es alle migrationsbezogenen Informationen und Angebote bündele, fände sie vorteilhaft.

In der Rückschau sieht Marfa die Sprachkenntnisse als wesentlichen Integrationsfaktor an, ohne die eine gelingende Integration nur schwer möglich sei. Sie war sich daher von Anfang an der wesentlichen Bedeutung der Sprache bewusst und gewillt, zusätzlich zu ihrer germanistischen Vorbildung die Kenntnisse zu erweitern.

„Für mich war hilfreich, dass Russisch für mich eigentlich auch schon eine Fremdsprache war. [...] [F]ür mich [war] klar, dass ich die deutsche Sprache lernen muss, um hier selbstständig zu sein. Und manchmal gerate ich in Situationen, wo ich an der eigenen Haut erfahren kann, wie es [...] anderen Menschen ohne Sprachkenntnisse hier geht.“ (Marfa N., Z. 946-947, 949-952)

Neben dem Bewusstsein für die Bedeutung der Sprache und dem Willen zum Spracherwerb spielte aber auch die Sprachpraxis eine wesentliche Rolle, weshalb unter anderem der Umgang mit Muttersprachlern wichtig sei. In Marfas Fall wurden diese ersten Kontakte zur autochthonen Bevölkerung durch ihre zum Zeitpunkt der Migration bereits vorhandenen Deutschkenntnisse erleichtert. Trotzdem musste sie Selbstvertrauen gewinnen, um aktiv die deutsche Sprache einzusetzen. Statt sich unsicher zurückzuziehen, suchte sie beispielsweise durch die Mitgliedschaft in Vereinen gezielt den Kontakt zu anderen Menschen. Ihre Offenheit und ihr Mut auf andere zuzugehen, beeinflussten dies in positiver Weise. Während sie im Alltag vor allem Kontakte zu Autochthonen knüpfen konnte, lernte sie durch ihr Engagement als Sprachlehrerin auch Zuwanderer unterschiedlicher Nationen kennen. Diese interkulturellen Kontakte trugen dazu bei, bestehende Vorurteile abzubauen.

Hilfe, Orientierung und Unterstützung im Rahmen des Integrationsprozesses erhielt Marfa sowohl von Seiten ihres autochthonen Ehemanns sowie dessen Familie als auch

vom Caritasverband, der sie unter anderem in beruflichen Fragen beraten hat. Förderlich war darüber hinaus ihre Teilnahme in der Frauengruppe, wodurch sie Anregungen für die Gestaltung, aber auch Mut und Hoffnung zur Bewältigung des eigenen Integrationsprozesses gewinnen konnte. Auch von der geänderten deutschen Migrationspolitik konnte Marfa ihrer Meinung nach profitieren. Allerdings sieht sie in dieser Hinsicht noch weiteren Handlungsbedarf.

„Ich denke, vor ein paar Jahren, als hier die Ausländer hauptsächlich aus Italien und der Türkei kamen, hatten sie schwer zu kämpfen. Ohne Sprachkurs, direkt arbeiten zu müssen. Gut, dass die Regierung ihre Einstellung geändert hat und endlich verstanden hat, dass man den Leuten helfen muss. [...] Wenn die Leute hier im Land sind, dann sind sie unsere Leute und auch unsere Probleme. Man muss weiterhin in diese Richtung arbeiten.“ (Marfa N., Z. 1283-1289)

Als einzigen hinderlichen Faktor für gelingende Integration benennt Marfa fehlende soziale Kontakte, da diese sowohl den Spracherwerb als auch einen interkulturellen Austausch negativ beeinträchtigen.

Zusanna W. – „[I]ch bin so ein Mensch, der alles alleine schaffen will.“

Zusanna W. besitzt die deutsche sowie die polnische Staatsangehörigkeit, sie ist 30 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Die Familie lebt in einer Wohnung im Stadtteil Merzig. Sie ist beruflich als Angestellte im Lebensmittel-Einzelhandel tätig.

Zusanna kam Anfang der 1980er-Jahre in Polen zur Welt. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Lyzeums entschloss sie sich zu einem dreijährigen Pädagogikstudium mit einem Schwerpunkt im Bereich der Arbeitsvermittlung. In Polen lernte sie ihren jetzigen Ehemann kennen und sie heirateten. Aus beruflichen Gründen fasste Zusannas Partner im Jahr 2003 den Entschluss, Polen zu verlassen und nach Deutschland zu migrieren. Ein Bekannter des Mannes hatte in der Kreisstadt Merzig eine Firma gegründet, für die er noch Mitarbeiter suchte. Zusanna folgte ihrem Partner im Oktober 2004 nach Deutschland. Noch vor ihrer Ausreise beantragte sie im Herkunftsland die deutsche Staatsangehörigkeit, die sie 2005 zusätzlich zu ihrer polnischen Nationalität erhielt. Nach ihrer Ankunft im Saarland zog sie in die Wohnung des Ehemannes, der in einer Gemeinde rund 25 Kilometer entfernt von der Kreisstadt Merzig lebte. Die erste Zeit beschreibt Zusanna vor allem aus zwei Gründen als schwierig. So bereiteten ihr einerseits die geringen Deutschkenntnisse Probleme. Andererseits geriet das Ehepaar durch den Arbeitsplatzverlust des Mannes in existenzielle und finanzielle Nöte. Da Zusanna nichts von den städtischen und gemeinnützigen Einrichtungen und deren Beratungs- und Integrationsangeboten wusste, konnte sie nicht an Integrationskursen teilnehmen und so keine Unterstützung von offizieller Seite erfahren. Obwohl sie in der Regel Herausforderungen eigenständig meistern möchte, bedauert sie in diesem speziellen Fall, dass sie erst zu einem späteren Zeitpunkt, während ihrer Schwangerschaft, durch den Hinweis einer Bekannten auf die Einrichtungen des Caritasverbands aufmerksam gemacht wurde.

Im Hinblick auf die Geburt des Kindes war es ihr ein wichtiges Anliegen, ihre deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern.

„[D]a habe ich mir [...] gesagt: ‚Ich habe jetzt ein Kind und muss alles machen, dass ich die deutsche Sprache besser kennen lerne und mich verbessere, weil es nachher sonst ein bisschen schwierig wird, wenn meine Tochter in die Schule geht. Ich muss mit ihr auch deutsch sprechen‘“. (Zusanna W., Z. 157-160)

Während ihrer Schulzeit in Polen hatte Zusanna vier Jahre lang den Deutschunterricht besucht, wodurch ihr die grammatikalischen Regeln bereits bekannt waren. Zwar fehlten ihr oftmals die richtigen Wörter, was teilweise zu Missverständnissen führte, dennoch konnte sie sich auf einfache Weise verständigen. Eigenständig verbesserte sie ihren Wortschatz sowie ihre Sprachkenntnisse, indem sie beispielsweise Märchen und Zeitungen las sowie deutsche Serien und Filme schaute. Besonders hilfreich empfand sie die Märchen, die durch die Verwendung einfacher Wörter den Spracherwerb erleichterten und förderten. Darüber hinaus besuchte sie den Kurs „Mama lernt Deutsch“, der in Kooperation mit der Katholischen Familienbildungsstätte und dem Caritasverband angeboten wurde. Über eine Zeitungsannonce wurde sie auf dieses wöchentliche Angebot in der Kreisstadt Merzig aufmerksam. Nachdem sie den ersten Teil absolviert hatte, wollte sie den Aufbaukurs anschließen, jedoch musste sie diesen aus Zeitgründen abbrechen. Die Teilnahme an dem Sprachkurs beurteilt Zusanna als hilfreich, da sich auf diesem Weg vor allem ihr Grammatik- und Sprachverständnis verbessert habe. Neben dem eigentlichen Spracherwerb suchte sie beispielsweise durch Aushilfsjobs in der Gastronomie Kontakt zu Autochthonen, wodurch sie sich ebenfalls eine gewisse Sprachpraxis aneignen konnte. Auch im Alltag setzte sie sich bewusst sprachlichen Herausforderungen aus, um an ihnen zu wachsen und sich weiterzuentwickeln.

„[I]ch habe mir gedacht, dass ich alle Sachen, die man erledigen muss und braucht, selbst erledigen muss. Niemand würde mich an der Hand festhalten und mit mir zu den Banken, zum Arzt oder so gehen. Und das war auch der Punkt, wo ich mir gedacht habe, dass ich das jetzt lernen muss und alles machen muss, damit man hier irgendwie klarkommt.“ (Zusanna W., Z. 161-165)

Obwohl sich Zusanna mit ihren Deutschkenntnissen mittlerweile im Alltag gut zurechtfindet, sieht sie im Spracherwerb eine lebenslange Aufgabe, da immer neue Aspekte und Dialekte dazukämen, die sie erlernen möchte. In der Vergangenheit bereitete sie sich gezielt auf gewisse Situationen vor, indem sie sich vorab ihre Gedanken zurechtlegte und mit Hilfe des Wörterbuchs fehlende Begriffe ergänzte. So würden Verständnisschwierigkeiten derzeit nur noch manchmal bei Arztbesuchen auftreten, wobei ihr die Ärzte die unbekannten Wörter so erklärten, dass sie dem Gespräch folgen könne. Zuhause spricht Zusanna sowohl deutsch als auch polnisch. Während die Unterhaltungen mit ihrem Ehemann überwiegend auf Polnisch stattfänden, versuche sie die Kinder an beide Sprachen heranzuführen. In der ausschließlichen Verwendung des Polnischen als Familiensprache sieht sie sowohl Beeinträchtigungen im Hinblick auf die Deutschkenntnisse der Kinder als auch auf ihre eigenen Sprachfähigkeiten.

Gerade auch vor dem Hintergrund ihrer beruflichen Tätigkeit im Einzelhandel und dem damit verbundenen Kundenkontakt ist ein gutes Sprachniveau für sie essentiell. Mit einer Initiativbewerbung hatte sie sich bei einer Lebensmittel-Einzelhandelskette beworben, nachdem die Anerkennung ihres polnischen Hochschulabschlusses abgelehnt wurde. Drei Monate nach Abgabe der Bewerbungsunterlagen wurde sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und bekam die Zusage für den Arbeitsplatz. Trotz der fehlenden Anerkennung erwies sich ihr Studium als förderlich für die Arbeitssuche, da der Studienschwerpunkt auf der Arbeitsvermittlung lag. Zusanna schätzt das Arbeitsverhältnis mit den Kollegen und ist froh, dass sie die Familie finanziell unterstützen kann. Dass dieser Beruf nicht ihren Qualifikationen entspricht, tritt dabei für sie in den Hintergrund.

„Na ja, es ist nicht mein Beruf. Ich werde hier auch nicht in meinem Beruf arbeiten. Aber trotzdem bin ich froh, dass ich Geld verdienen kann und meiner Familie etwas bieten kann.“ (Zusanna W., Z. 241-243)

Für die Zukunft denkt Zusanna durchaus an eine berufliche Weiterqualifizierung in Form einer Berufsausbildung. Derzeit sei dies aber aus familiären Gründen nicht möglich. Um den täglichen Arbeitsweg zu reduzieren sowie den Zugang zu Einrichtungen sozialer Infrastruktur zu erleichtern, verlagerte das Ehepaar im September 2006 seinen Wohnsitz in die Kreisstadt Merzig. Ihre jetzige Mietwohnung in einem Mehrfamilienhaus habe Zusanna zufällig über ein Inserat in der Tageszeitung entdeckt. Die übrigen Bewohner des Mehrfamilienhauses stammten mehrheitlich aus Russland. Mit ihnen pflegt Zusanna nachbarschaftliche Kontakte und sie helfen sich gegenseitig aus. Sie sei daher sowohl mit der Wohnsituation als auch dem Wohnumfeld zufrieden. Über das direkte Wohnumfeld hinaus stellte Zusanna neue Verbindungen vor allem über die Kinder her.

„Zuerst war ich mit meiner ältesten Tochter im Spielkreis. Am Anfang hatte ich keine Lust mehr nur zu Hause zu sitzen, da ich ja auch Kontakt mit anderen Menschen brauche. Und da bin ich dann zuerst in den Spielkreis gegangen, dann in den Kindergarten. Durch den Kindergarten habe ich sehr viele Leute kennen gelernt.“ (Zusanna W., Z. 629-633)

Ihr Bekannten- und Freundeskreis setze sich überwiegend aus Personen aus Deutschland, Polen und Russland zusammen. Da für Zusanna die Sympathie im Vordergrund stehe, spiele die Nationalität der Menschen für sie nur eine untergeordnete Rolle. Gelegenheit zu einem Treffen oder für einen Austausch bestehe unter anderem bei den örtlichen Festen, wie beispielsweise dem Drachenbootrennen, dem Tierpark- oder dem Sommerfest, die Zusanna regelmäßig besuche. Besonders schätze sie die gegenseitige Hilfsbereitschaft zwischen den Bekannten und Freunden, die ihr Sicherheit verleiht. Aufgrund ihrer familiären und beruflichen Einbindung fehlten ihr freie Kapazitäten für Vereinsmitgliedschaften oder ehrenamtliches Engagement. Prinzipiell stehe sie diesen jedoch offen gegenüber, weshalb sie sich auch durchaus vorstellen könne, sich zukünftig aktiv einzubringen.

Indem die Familie Feiertage wie beispielsweise Weihnachten nach polnischer Tradition und mit polnischen Spezialitäten begeht, hält Zusanna Bezüge zu ihrem Her-

kunftsland aufrecht. Im Alltag spiele die polnische Kulinarik hingegen eine untergeordnete Rolle.

„Wenn mein Mann kocht, sucht er immer nach Rezepten und das ist egal, ob das ein deutsches, polnisches oder ein anderes Rezept ist. Er sucht immer etwas, das schmeckt.“ (Zusanna W., Z. 548-550)

Jährlich besucht Zusanna ihre Familienangehörigen in Polen und pflegt die Kontakte über das Jahr hinweg durch regelmäßiges Telefonieren und Skypen. Während sie sich in Deutschland als Deutsche fühle, verspüre sie bei ihren Aufenthalten im Herkunftsland eine intensivere Bindung zu Polen und identifiziere sich in diesen Momenten verstärkt mit der dortigen Bevölkerung. Weiterhin benennt sie Polen als ihr „Heimatland“, da sie dort aufgewachsen und somit sehr mit diesem Land verbunden sei. Allerdings trügen die Entwicklungen und Veränderungen der vergangenen Jahre innerhalb Polens dazu bei, dass Zusanna zunehmend eine gewisse Entfremdung erlebe.

„Ich vermisse immer das, was früher war. Und das ist schwierig, weil es jetzt nicht mehr so ist, wie es früher war. Es ändert sich alles über die ganzen Jahre. Es hat sich alles schon geändert. Und ich vermisse das, was war, als ich das Land verlassen habe.“ (Zusanna W., Z. 807-810)

Sie könne sich aber auch vorstellen, dass Deutschland zukünftig zu ihrem „Heimatland“ werden kann, da sie sich hier wohl und mit den Autochthonen verbunden fühle. Vor allem schätzt sie die ärztliche Versorgung sowie die soziale Absicherung in Deutschland.

„Das, was wir hier verdienen, ist das Mindeste, was wir haben. Wir können uns hier aber mehr dafür leisten als in Polen, wenn wir dort den Mindestlohn bekommen.“ (Zusanna W., Z. 837-839)

Darüber hinaus sei sie mit ihrer persönlichen Lebenslage zufrieden, was sie von der Gesundheit der Kinder sowie ihrer jetzigen beruflichen und finanziellen Situation abhängig macht. Eine Rückkehr nach Polen könne sie sich, wenn überhaupt, nur im Rentenalter vorstellen.

Das Ziel der Integration ist für Zusanna, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Eine ganz wesentliche Rolle spielten dabei unter anderem die eigene Erwerbstätigkeit, die Gesundheitsversorgung sowie die interkulturellen Kontakte mit Autochthonen. Da dies in ihrem Fall gegeben sei, fühlt sie sich integriert. Des Weiteren sei Integration auch für das eigene Wohlbefinden wichtig. So beuge beispielsweise die soziale Integration Vereinsamung vor und eröffne ihrer Meinung nach zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten.

„[W]eil man sonst für sich allein ist und es ist ja nicht gut, nur allein zu sein. Und es ist gut, mit jemandem zu sprechen.“ (Zusanna W., Z. 149-150)

Dabei sei die Integration nicht nur von den Allochthonen abhängig, auch die autochthone Bevölkerung könne positiv dazu beitragen. Wie in Zusannas Fall kann der interkulturelle Austausch Halt, Orientierung und Unterstützung liefern.

„Es ist einfach [die] Sympathie der Leute. [...] [W]ir haben guten Kontakt. Sie sagen mir auch, dass ich etwas so oder so machen kann. Wenn ich einkaufen gehe oder zu den Ärzten gehe, da unterstützen sie mich.“ (Zusanna W., Z. 127-130)

Dementsprechend stellten interkulturelle Kontakte zur autochthonen Bevölkerung ihrer Ansicht nach wichtige förderliche Faktoren für einen Integrationsprozess dar. Jedoch könnten diese Begegnungen nur Zustände kommen, wenn sowohl Allochthone als auch Autochthone aktiv und offen aufeinander zugehen. Ein unbefangenes Aufeinander-Zugehen werde häufig über die Kinder erleichtert, die Gesprächsanlässe böten und somit die Kontaktaufnahme erleichterten.

Zusanna identifiziert außerdem die Eigenschaft „Freundlichkeit“ als hilfreich, die ihr in der Kreisstadt Merzig von Seiten der autochthonen Bevölkerung entgegengebracht wurde. So vermittelt ein freundlicher Umgang Wertschätzung, was die Bildung von Gefühlen der Zugehörigkeit und des Wohlbefindens fördert. Sie ist davon überzeugt, dass die Freundlichkeit des Gegenübers durch die eigene Freundlichkeit induziert werden könne. Grundvoraussetzung für die Kommunikation und einer damit einhergehenden Unterstützung während des Integrationsprozesses seien in erster Linie die Sprachkenntnisse, weshalb der eigene Wille zum Erlernen der deutschen Sprache von herausragender Bedeutung sei.

„[W]enn sie hierherkommen, denke ich, ist es wichtig, dass sie sich wenigstens die Mühe geben, die Sprache zu lernen.“ (Zusanna W., Z. 376-377)

„Wenn man die Sprache kann, ist alles viel einfacher. Wenn ich weiß, wohin sie gehen will, dann kann ich ihr auch empfehlen, dass sie dort hingehen kann und wegen dem oder dem können sie ihr dort helfen.“ (Zusanna W., Z. 913-915)

Zudem wurde Zusannas Integration dadurch positiv beeinflusst, dass sie sich Herausforderungen stellte, die Lernprozesse initiierten und ihr Selbstvertrauen sowie ihre Selbstständigkeit förderten. Auch die in der Kreisstadt Merzig vorhandenen Angebote zur Integration und dem interkulturellen Austausch, wie beispielsweise multikulturelle Feste, bildeten gute Voraussetzungen für eine gelingende Integration. Nach Zusannas Ansicht seien genügend Angebote verfügbar, die lediglich von Seiten der Bevölkerung genutzt werden sollten. Um sie im größerem Maße wahrnehmen zu können, sei es allerdings notwendig, diese Angebote der verschiedenen Träger stärker zu publizieren.

Osman A. – „In der Türkei sind wir nicht richtig aufgenommen. [...] Und hier in Deutschland sind wir auch nicht richtig.“

Osman A. ist 48 Jahre alt und besitzt die türkische Staatsangehörigkeit. Er ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt gemeinsam mit seiner Ehefrau sowie einem der Kinder im Stadtteil Merzig. Er ist beruflich in der Automobilbranche tätig und hat sich dort vor einigen Jahren selbstständig gemacht.

Osman wurde Mitte der 1960er-Jahre in der Türkei geboren. Osmans Vater entschloss sich, Anfang der 1970er-Jahre im Rahmen des deutschen Anwerbeabkommens mit der Türkei als Gastarbeiter nach Deutschland zu migrieren, um in einer Merziger Fabrik zu arbeiten. Mit dem Geld, das Osmans Vater in Deutschland verdienen würde, wollte sich die Familie in der Türkei ein Grundstück kaufen. Entsprechend des Rotationsprinzips war es geplant, dass der Aufenthalt lediglich vorübergehend für die kommenden zwei bis drei Jahre sein sollte, weshalb seine Ehefrau und die Kinder in der

Türkei blieben. Jedoch verzögerte sich die Rückkehr des Vaters immer weiter, sodass sich das Ehepaar für einen Familiennachzug entschied. Der elfjährige Osman, seine beiden Geschwister sowie seine Mutter verließen daher 1975 die Türkei und zogen in die Wohnung des Vaters beziehungsweise Ehemanns in der Kreisstadt Merzig.

Nach seiner Ankunft in Deutschland wurde Osman von der autochthonen Bevölkerung, die ihm mit Interesse an und Offenheit für seine Situation begegnete, wohlwollend aufgenommen.

„Ich bin ja ein bisschen blond, ich bin ja nicht so ganz schwarz, aber wie gesagt, die waren neugierig und ich war auch neugierig. Die Einheimischen haben gesagt: ‚Oh, aus der Türkei. Ein Junge aus der Türkei. Elf Jahre und kein Wort deutsch.‘“ (Osman A., Z. 166-169)

Jedoch bereiteten ihm die fehlenden Deutschkenntnisse zu Beginn seines Aufenthalts die größten Schwierigkeiten. Er bedauert, dass zum damaligen Zeitpunkt noch keine Sprachkurs- und Integrationsangebote existierten, die er oder seine Eltern hätten in Anspruch nehmen können. Möglichkeiten zum Spracherwerb ergaben sich für ihn aber durch den Besuch einer allgemeinbildenden Schule. Aufgrund seiner Schulpflicht wurde er direkt nach seiner Ankunft in eine Merziger Hauptschule eingeschult. Während das dortige deutschsprachige Umfeld vor allem seine mündlichen Deutschkenntnisse förderte, erschwerten die starken Abweichungen der deutschen von der türkischen Schrift jedoch die Aneignung der deutschen Schriftsprache. Bei seinem Lernprozess wurde Osman von den Lehrern begleitet und unterstützt, die ihm mit Geduld sowie Verständnis für seine Situation entgegentraten und ihn zu weiterem Fortschritt ermutigten.

„Ich konnte ja kein Deutsch, ich konnte keine Arbeit mitschreiben. [...] Ich habe mir einfach gesagt ‚Ok, ich kann kein Deutsch‘, aber mein Verhalten und meine Mitarbeit vielleicht, wenn sie mich etwas gefragt haben. Ich habe immer konzentriert aufgepasst. [...] Obwohl ich kein Deutsch konnte, haben sie mir gute Noten gegeben.“ (Osman A., Z. 396-397, 403-406)

Neben dem Spracherwerb ermöglichte der Schulbesuch Osman aber auch, erste Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen.

„Wenn ich damals nicht zur Schule gegangen wäre, wäre ich verloren. Kein Deutsch, keine Freunde.“ (Osman A., Z. 378-379)

Die Mitschüler nahmen ihn von Beginn an freundlich auf und begegneten ihm mit großer Offenheit für sowie Interesse an seiner Person.

„Für die war es damals etwas Besonderes. Sie haben später auch immer erzählt und haben es auch zugegeben, dass ich etwas ganz Spezielles war. Aus der Türkei. [...] [In der Klasse] waren [wir] damals zu zweit [, die aus der Türkei stammten]“. (Osman A., Z. 41-44)

Sie integrierten ihn in ihre Pausenspiele, halfen ihm bei den Hausaufgaben, nahmen ihn mit zu Veranstaltungen und luden ihn zu Geburtstagen sowie zum Fußballtraining ein. Obwohl zu Beginn eine gemeinsame Sprachbasis fehlte, verhinderte dies jedoch nicht die Interaktion zwischen Osman und den Mitschülern. Sie nutzten zunächst Hände sowie Füße zur Verständigung, später kommunizierten sie in einfachen Sätzen, wodurch Osman stetig seine Sprachkenntnisse verbesserte. Die tägliche Sprachpraxis führte dazu, dass er nach zwei Jahren bereits besser Deutsch sprach als sein Vater, der

fünf Jahre länger in Deutschland lebte. Da Osmans Eltern fest davon überzeugt waren, in naher Zukunft wieder dauerhaft in die Türkei zurückzukehren, zögerten sie mit ideellen und finanziellen Investitionen in Deutschland. So verfügten beide Elternteile beispielsweise über nahezu keine deutschen Sprachkenntnisse, weshalb Osman bei Behördengängen oder Arztbesuchen übersetzte.

Erst 15 bis 20 Jahre nach der Ankunft in Deutschland stand für Osmans Eltern fest, dass sie nicht mehr in die Türkei zurückkehren, sondern dauerhaft in der Kreisstadt Merzig bleiben werden. Auf Grundlage dieser Entscheidung verkauften sie das Wohneigentum und das Grundstück in der Türkei, um in eine Wohnung und zu einem späteren Zeitpunkt in ein Haus in Merzig zu investieren. Osman erinnert sich an die Zeit, da die Familie noch zur Miete wohnte. Durch den Abriss des vorherigen Appartements musste sie sich nach einer neuen Mietwohnung in der Kreisstadt Merzig umsehen. Bestehende Ressentiments und Ängste von Seiten der autochthonen Bevölkerung gegenüber Allochthonen erschwerten die damalige Wohnungssuche erheblich.

„In den 1970er-Jahren zum Beispiel war es für einen Ausländer ein Alptraum eine Wohnung zu finden. Viele haben die Wohnungen nicht zur Verfügung gestellt. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass es damals für einen Ausländer mit einem oder zwei Kindern unmöglich war, eine Wohnung zu finden. Die Deutschen haben damals Angst gehabt. Sie waren sehr ängstlich. [...] Da hat zum Beispiel am Fenster ‚Zu vermieten‘ gestanden und dann sind wir reingegangen und als sie gesehen haben, dass wir Ausländer sind: ‚Nein, die ist vermietet.‘“ (Osman A., Z. 485-489, 501-503)

Unterstützt wurden sie bei der Suche von einem früheren Nachbarn, der sich beim Vermieter für sie einsetzte und diesen von der Familie überzeugte. Osmans Eltern erhielten daraufhin die Zusage für ein Appartement in einem Zwei-Parteien-Haus. Dort lebte eine ältere alleinstehende Frau, die bereitwillig in das obere Stockwerk des Hauses zog, um der Familie die untere Wohnung zur Verfügung zu stellen. Damit brachte sie Osman und seiner Familie bereits vor dem Einzug großes Verständnis und Wertschätzung entgegen, was auch danach anhielt.

„Eine Frau wohnt allein in einem Haus und auf einmal kommen 5 Personen dazu. [...] [W]ir haben bestimmt als Kinder Krach gemacht, aber die Frau hat sich nie beschwert. Nie, im Gegenteil.“ (Osman A., Z. 536-538)

Mit dem Einzug intensivierte sich das Verhältnis zwischen Osman und der älteren Frau, die er als „Oma“ (Osman A., Z. 519) bezeichnet. So beschenkte sie Osman und seine Geschwister an Geburtstagen oder Weihnachten und borgte ihm beispielsweise die Wohnungsschlüssel, wenn er die eigenen vergessen hatte. Über die direkte Nachbarin hinaus erhielt die Familie aber auch von weiteren Nachbarn Hilfe und Unterstützung.

„Sie haben uns sogar ihre Möbel geschenkt, wenn sie neue Möbel bekommen haben. ‚Braucht ihr etwas? Hier ist eine schöne Couch oder ein schöner Tisch. Wenn ihr es nicht braucht, dann verkaufe ich es.‘ Man hat es dann einfach von den Nachbarn geschenkt bekommen.“ (Osman A., Z. 516-519)

Auch der Nachbarsjunge suchte den Kontakt zu Osman, indem er ihn zu Veranstaltungen sowie Ausflügen beispielsweise in den Tierpark oder ins Schwimmbad mitnahm und ihn zum Fußballspiel einlud.

Nach dem Hauptschulabschluss entschied sich Osman für eine Berufsausbildung. Im Hinblick auf die Lehrstellensuche hätte er sich eine intensivere Betreuung von Seiten der Schule oder des Arbeitsamtes gewünscht. So fehlte ihm ein Überblick über das Angebot an Ausbildungsberufen sowie deren Vor- und Nachteile, weshalb seine Wahl recht unvorbereitet auf eine Ausbildung zum KFZ-Mechaniker fiel. Über einen Bekannten erhielt er den Hinweis, dass bei einem Autohaus noch ein Ausbildungsplatz frei sei. Er bewarb sich um die Lehrstelle und erhielt eine Zusage. Allerdings brach er die Ausbildung kurze Zeit später ab, um als Hilfsarbeiter im selben Autohaus zu arbeiten, was für ihn mit deutlichen finanziellen Vorteilen verbunden war. Im Rückblick bedauert Osman jedoch seine damalige Entscheidung, die er aus rein monetären Gründen getroffen habe.

„Ich wollte schnell Geld verdienen. Das war damals mein größter Fehler. Ich hätte die Ausbildung fertig machen sollen und weiter machen und ich könnte vieles erreichen.“ (Osman A., Z. 412-414)

Er schätzt das damalige Arbeitsklima, das er als Auszubildender und später als Hilfsarbeiter in dem Autohaus erlebte. So wurde er freundlich aufgenommen und hatte keinerlei Schwierigkeiten. Auch Osman trug zu dieser guten Arbeitsatmosphäre bei, indem er fleißig war und zielstrebig die Arbeitsaufträge erfüllte. Jahre später machte er sich in der Automobilbranche selbstständig. Er lernte seine jetzige Ehefrau kennen, sie heirateten und bekamen drei Kinder.

Nachdem er beruflich und privat etabliert war, erwarb er eine Immobilie in der Kreisstadt Merzig. Osman fühlt sich in dem neuen Wohnumfeld wohl, in dem sowohl Autochthone als auch Allochthone aus Bosnien sowie weiteren Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und Russland leben. Allerdings bestehen im Unterschied zur früheren Nachbarschaft lediglich flüchtige Beziehungen unter den Anwohnern. Osman erinnert sich daher mit einer gewissen Wehmut an die frühere „schöne Zeit“ (Osman A., Z. 525). Zwar sei die Wohnungssuche für Zuwanderer heute im Unterschied zu den 1970er- und 1980er-Jahren deutlich einfacher, allerdings fehle oftmals die Offen- und Unvoreingenommenheit seitens der Autochthonen, die er in seiner Kindheit erlebte. Seiner Meinung nach bestehe in der heutigen Gesellschaft eine gewisse Skepsis gegenüber der allochthonen Bevölkerung, was in erster Linie auf die stetig steigende Zahl von Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen sei. Die starken Migrationsströme verhinderten, dass „[j]eder [...] jeden [...] [kenne]“ (Osman A., Z. 457), wodurch sich Ängste vor dem Unbekannten und vor Überfremdung entwickeln könnten. Um diesen Ängsten vorbeugen zu können beziehungsweise sie abzubauen, sei der persönliche Kontakt und Austausch essentiell. Bedingt durch den kleinstädtischen Charakter und den geringen Ausländeranteil der Kreisstadt Merzig seien diese Kon-

taktmöglichkeiten in den 1970er- und 1980er-Jahren noch gegeben gewesen. Heutzutage müssten diese nochmals neu geschaffen werden.

„Man muss die Leute mehr zusammenbringen. [...] Damit man sich besser kennen lernt. Viele haben vor den anderen Angst. Aber man braucht keine Angst zu haben. Das wissen sie aber nicht. [...] Die Ängste müsste man abbauen, dass man mehr Kontakt hat.“ (Osman A., Z. 287, 303-304, 311-312)

Während Osman sowohl im privaten als auch im beruflichen und behördlichen Bereich überwiegend positive Erfahrungen mit der autochthonen Bevölkerung gemacht hatte, fühlte er sich jedoch bei einem Verkehrsunfall von der Polizei aufgrund seines Migrationshintergrundes ungerecht behandelt. Er hatte sein Auto auf einem Parkplatz abgestellt, eine Frau fuhr dagegen, beschimpfte ihn und entfernte sich vom Unfallort. Wegen der begangenen Fahrerflucht rief Osman die Polizei und schilderte ihr vor Ort den Unfallhergang.

„Die Polizei sagte zuerst: ‚Oh. Das macht man nicht. Sie haben Recht.‘“ (Osman A., Z. 91)

Kurze Zeit später kam die Verursacherin zurück, worauf die Pässe der beiden Unfallbeteiligten kontrolliert wurden. Obwohl vorher die Schuldfrage für die Polizisten klar und eindeutig war, habe sich, nachdem Osman als türkischer Staatsbürger identifiziert war, die Situation geändert.

„Auf einmal war alles anders. Sie haben mich sogar beschuldigt. Ich habe gesagt: ‚Nehmen sie bitte ein Protokoll auf. Mein Auto ist zwar nicht stark beschädigt.‘ Ich habe zu der Frau gesagt, dass sie sich bei mir entschuldigen soll und für mich wäre die Sache erledigt. [...] Sie sagte: ‚Nein, ich entschuldige mich nicht bei Ihnen.‘ Und die Polizei hat der Frau auch noch Recht gegeben. Und zu mir haben sie gesagt, dass ich keinen Schaden am Auto hätte und das werden sie als Zeuge auch bestätigen.“ (Osman A., Z. 96-102)

„Und auf einmal war ich der Beschuldigte.“ (Osman A., Z. 862-863)

Ähnliche Vorfälle hätten auch Osmans Bruder und weitere allochthone Bekannte erlebt. Zwar handele es sich um Einzelfälle, die sich allerdings in letzter Zeit häuften. Er fordert daher mehr Gerechtigkeit, indem die Polizei allochthone und autochthone Bürger gleich behandeln sollte.

„Man muss gerecht bleiben, egal ob einer Ausländer ist oder nicht.“ (Osman A., Z. 139-140)

Osman ist von der erfahrenen Ungerechtigkeit enttäuscht, was jedoch nicht dazu geführt hat, dass er gegenüber allen Polizisten negativ eingestellt ist. So habe er durchaus auch positive Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Dies zeigt, wie sehr die persönliche Begegnung die innere Haltung gegenüber anderen Menschen beeinflussen und helfen kann, Vorurteile abzubauen. Daher sind ihm auch im Privaten interkulturelle Begegnungen wichtig. Dementsprechend setzt sich sein Freundes- und Bekanntenkreis aus türkischen Personen, aber auch aus Menschen aus Bosnien, Deutschland und Russland zusammen. Er ist in unterschiedlichen Vereinen wie beispielsweise einem deutsch-türkischen Fußballverein aktiv und war zeitweise auch politisch engagiert. Ehrenamtliches Engagement spielt für ihn eine wesentliche Rolle, da er auf diese Weise Mitmenschen unterstützen kann.

„Wenn ich einem irgendwie helfen kann, dann bin ich auch glücklich.“ (Osman A., Z. 936)

Zusätzlich zum interkulturellen Austausch ist für Osman auch der Bezug zum Herkunftsland von besonderer Relevanz. Ohne das Wissen über und eine Beziehung zu den eigenen Wurzeln sei der Mensch unzufrieden und unglücklich.

„Wir sollten unsere Herkunft nicht vergessen. Man soll auf seine Herkunft stolz sein. [...] Sonst ist man das ganze Leben nicht zufrieden, man ist nicht glücklich. Man sollte auf seine Herkunft Wert legen, egal woher einer kommt.“ (Osman A., Z. 699-702)

Daher hält Osman vor allem über den Moscheeverein und die Teilnahme an den Freitagsgebeten regelmäßigen Kontakt zur Kultur und Religion seines Herkunftslandes. Des Weiteren steht er per Telefon oder Skype mit seinem Onkel, seiner Tante sowie seinen Cousinen in der Türkei in Verbindung und fliegt einmal jährlich für einen sechswöchigen Urlaub in sein Geburtsland. Osman, der die Türkei bereits im Alter von elf Jahren verließ, bezeichnet dieses Land als „[s]eine Heimat“ (Osman A., Z. 1025) und verspürt eine „Sehnsucht“ (Osman A., Z. 70) nach ihm. Er plant deshalb eine Rückkehr im Rentenalter. Allerdings wird dieses Gefühl der Zugehörigkeit, das er dem Herkunftsland entgegenbringt, bei seinen jährlichen Besuchen nicht erwidert.

„Wenn wir jetzt in der Türkei Urlaub machen, nennt man uns Deutsche. Man nennt uns Deutsch-Türken. In der Türkei sind wir nicht richtig aufgenommen. Wenn einer merkt, dass ich aus Deutschland komme, fühlen wir uns irgendwie in der Türkei anders behandelt.“ (Osman A., Z. 973-976)

Ein ähnliches Gefühl erlebt er auch in Deutschland. Osman sieht sich als Mensch, dessen Geburtsland die Türkei ist, weshalb er sich vor allem mit seinem Herkunftsland identifiziert.

„Und hier in Deutschland sind wir auch nicht richtig. Ich kann nicht sagen, ob ich Deutscher oder Türke bin. Ich bin aber ein Türke, egal wo ich lebe. [...] Das heißt nicht, dass ich Türke bin, dass ich etwas anderes bin als ein Deutscher oder ein Amerikaner oder anders als ein Franzose. Wir sind alle Menschen. Jeder stammt ja irgendwoher.“ (Osman A., Z. 978-982)

Die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Nation werde nach Osmans Ansicht ohnehin zukünftig hinfällig. Bedingt durch die Globalisierung und dem damit verbundenen Zusammenrücken von Staaten werde in Zukunft der Kontinent und somit eine supranationale Einheit die gemeinsame Identifikationsbasis bilden.

„In Zukunft wird es, meiner Meinung nach, nur noch Europa [, Amerika, Afrika, Australien/Ozeanien] und Asien geben. Keine Deutschen, keine Franzosen, keine Türken. Wenn man fragt: ‚Wo kommen Sie her?‘, ‚Aus Europa.‘“ (Osman A., Z. 199-201)

Auch wenn Osman auf nationaler Ebene keinen Bezug zu Deutschland empfindet, hat er sich trotzdem im Ankunftsland eingelebt. So schätzt er insbesondere die herrschende „Disziplin“ (Osman A., Z. 1040), fühlt sich wohl und ist zufrieden mit seiner derzeitigen Lebenssituation. Im Unterschied zur nationalen ist er auf lokaler Ebene durchaus mit der Kreisstadt Merzig verbunden. Dies führt er primär auf die lange Wohndauer und die in dieser Zeit entstandenen zwischenmenschlichen Beziehungen zu Arbeitskollegen, Bekannten, Freunden und Nachbarn zurück.

„Wenn ich in Deutschland bin, würde ich sagen, dass ich Merziger bin. [...] Ich will ein Merziger bleiben.“ (Osman A., Z. 1056-1057, 1063)

Osman definiert Integration als einseitige Anpassungsleistung, die die allochthone Bevölkerung erbringen muss. Während er den religiösen Bereich ausklammert, sieht er in erster Linie im kulturellen Bereich Anpassungsbedarf.

„[M]an muss sich in dem Land, in dem man lebt, anpassen können. [...] Nein, religiös nicht. Man bleibt entweder ein Christ oder ein Moslem. Aber kulturell würde ich sagen, muss man sich irgendwie ein bisschen anpassen.“ (Osman A., Z. 209, 214-216)

Die persönliche Integration ist für ihn grundlegend, da er zur Ankunftsgesellschaft dazugehören und von ihr respektiert werden möchte. Um nicht negativ aufzufallen, ist er bereit, sich in seiner Lebensweise und kulturell an die Ankunftsgesellschaft anzupassen. Dies gelte in besonderer Weise bezüglich der Freizeit und der Gesellschaft, da hier im Unterschied zur Arbeitswelt individuelle Gestaltungsmöglichkeiten beständen. Neben den Allochthonen, die den Willen zur Integration aufbringen und aktiv an ihrer Integration arbeiten müssten, nimmt aber auch die autochthone Bevölkerung Einfluss auf die individuellen Integrationsprozesse. So können beispielsweise Bekannte, Freunde, Nachbarn aber auch Behörden sowie Institutionen unter anderem im geduldfähigen und verständnisvollen Umgang Hilfestellungen geben und als Integrationslotsen fungieren.

„Die Einheimischen dürfen nicht so ganz stur sein. Ein bisschen mit Geduld. Sie müssen auch ein bisschen erklären können, ganz zart und leicht. Und nicht einfach sagen: ‚Oh, was machst du da? So etwas machen wir nicht mit.‘“ (Osman A., Z. 243-245)

Der interkulturelle Austausch ist für die Integration in doppelter Hinsicht bedeutsam: Zum einen fördert er das gegenseitige Kennenlernen sowie den Abbau von Vorurteilen und gibt zum anderen Orientierung für den Integrationsprozess. Um überhaupt in Kontakt mit der Ankunftsgesellschaft treten zu können, bedarf es zumindest rudimentärer Sprachkenntnisse.

„Die Sprache ist das Erste, was man beherrschen muss. Überall ist man darauf angewiesen, deutsch zu reden.“ (Osman A., Z. 276-277)

Da in Osmans Elternhaus nur türkisch gesprochen wurde, erwarb er seine Deutschkenntnisse größtenteils in der Schule, weshalb diese für ihn zur „größte[n] Integrations[hilfe]“ (Osman A., Z. 363) wurde. Die Schule war der Ort, wo er die Sprache erlernen und anwenden konnte. Neben der funktionalen Integration durch den Spracherwerb förderte die Schule auch Osmans soziale Integration, indem die Lehrer und Mitschüler ihm Interesse, Verständnis und Wertschätzung entgegenbrachten, was eine wesentliche Voraussetzung für seine eigene Offenheit im Umgang mit der Ankunftsgesellschaft wurde. So wirkten sich in seinem Fall sowohl seine eigene Offenheit und das stetige Zugehen auf andere in Vereinen und bei Veranstaltungen sowie die ihm von Seiten der autochthonen Bevölkerung entgegengebrachte Achtung und das Interesse positiv auf den Aufbau eines interkulturellen Netzwerks aus. Trotz der Vielzahl an Begegnungen, die er immer wieder gesucht hat, ist er der Meinung, dass er in der Vergangenheit noch mehr Kontakte knüpfen müsste, wodurch er wiederum die Bedeutung von persönlichen Beziehungen mit Autochthonen für den Integrationsprozess unterstreicht.

„Ich würde versuchen, viel mehr Kontakt aufzunehmen, egal wie. In der [...] Kirche, Gasthaus, egal wo und wie. Überall.“ (Osman A., Z. 962-963)

Eine weitere günstige Voraussetzung sieht er in der Tatsache, dass er in einer türkischen, international geprägten Großstadt aufgewachsen ist, wo das Leben auch heute noch westlicher geprägt ist als in den ländlichen Gebieten. Als ehemaligem Stadtbewohner fiel ihm der Umgang mit den neuen Lebensumständen somit leichter.

„Ein Dorf in der Türkei und sie kommen nach Deutschland. Es ist wie Tag und Nacht. Aber ich kam ja von [Name einer türkischen Stadt] [...]. [Name einer türkischen Stadt] ist eine sehr große Stadt. Für mich war es schon etwas Besonderes, aber ich war allgemein nicht so sehr überrascht.“ (Osman A., Z. 752-753, 755-756)

Obwohl Osman bereits 38 Jahre in Deutschland lebt, verspürt er eine Ambivalenz hinsichtlich seiner nationalen Identität. Allerdings konnte sich auf lokaler Ebene durchaus ein Zugehörigkeitsgefühl zur Kreisstadt Merzig entwickeln. Seine persönlichen Kontakte, nicht zuletzt auch auf Vereinsebene, verhalfen ihm dazu, Teil der dortigen Gesellschaft zu werden. Kürzlich erlebte Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die Osman aufgrund seines Migrationshintergrunds im Umgang mit der Polizei widerfuhren, trübten jedoch das Gefühl der Zugehörigkeit.

„Wieso wird man als Ausländer direkt als ein Sündenbock dargestellt?“ (Osman A., Z. 996)

Darüber hinaus bedauert er, dass in den 1970er- und 1980er-Jahren keine Integrations- und Sprachkursangebote existierten, die den Integrationsprozess unterstützten und leiteten. So fehlten beispielsweise Ansprechpartner und Berater, die die allochthone Bevölkerung über ihre Rechte und Möglichkeiten im Ankunftsland aufklärten.

„Welche Rechte [...] [mein Vater] hatte, wusste er nicht. Er hatte damals so viele Rechte gehabt, aber keine Ahnung. [...] Allgemein wussten viele nicht, wie man ein Auto kauft.“ (Osman A., Z. 775-776, 789)

Im Unterschied zur damaligen Zeit habe sich das Angebot in den vergangenen Jahren jedoch deutlich verbessert. So bestehe heutzutage ein vielfältiges Angebotsspektrum, was die Integration fördere.

Ljiljana, H. – „[E]s [ist] schon wichtig [...], auch wenn man sich integriert, dass man sich nicht verleugnet. Ich kann das bleiben, was ich bin, und noch dazu etwas annehmen lernen.“

Die 65-jährige Ljiljana H. besitzt seit ihrer Einbürgerung in den 1980er-Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit und wohnt gemeinsam mit ihrem Ehemann im Stadtteil Merzig. Das Ehepaar hat zwei erwachsene Söhne. Ljiljana befindet sich seit wenigen Monaten im Ruhestand.

Ljiljana kam Ende der 1940er-Jahre im ehemaligen Jugoslawien und heutigen Serbien zur Welt. Im Anschluss an die Grundschule wechselte sie auf das Gymnasium und begann nach dem Abitur ein Chemiestudium. Sie lernte ihren jetzigen Ehemann kennen, der im heutigen Bosnien geboren wurde und Medizin studierte. Da die Facharztausbildungen in Jugoslawien zum damaligen Zeitpunkt nach dem bestehenden Bedarf vergeben wurden, konnte sich Ljiljanas Ehemann nicht den von ihm favorisierten Fachbereich auswählen. Darüber hinaus wäre die Facharztausbildung mit einem

mehrmonatigen Aufenthalt in kleineren jugoslawischen Provinzen verbunden gewesen, was Ljiljana wegen ihrer Vorliebe für das städtische Leben jedoch nicht in Betracht zog.

„Ich wollte unbedingt zu Hause oder in der Nähe von [Name einer serbischen Stadt] bleiben, weil die Unterschiede zwischen einer Stadt und der Provinz in Jugoslawien wahnsinnig waren.“ (Ljiljana H., Z. 134-136)

Ausschlaggebend für die Migrationsentscheidung des Ehepaares waren demnach nicht politische Gründe, sondern in erster Linie die Rahmenbedingungen im Hinblick auf die jugoslawische Facharztausbildung sowie die Neugierde, ein anderes Land kennen zu lernen.

„Wir waren keine Feinde von Jugoslawien. Besonders ich [nicht], muss ich sagen. Mein Mann war da kritischer. Aber dort ging es uns gut. Ich hatte jetzt keine Gründe zu flüchten. Wir hatten beide eine gute Ausbildung und hätten damals in Jugoslawien bestimmt auch leben können.“ (Ljiljana H., Z. 127-130)

Über einen Bekannten, der aus dem Ort des Ehemanns stammte und bereits an einem Krankenhaus in Baden-Württemberg arbeitete, wurde Ljiljanas Mann auf eine freie Stelle zur Ausbildung zum Facharzt an dieser Klinik aufmerksam gemacht. Er bewarb sich auf die Stelle und erhielt eine Zusage. Obwohl Ljiljana ihr Studium noch nicht vollständig abgeschlossen hatte, die Diplomarbeit stand noch aus, verließ das Paar im Frühjahr 1972 Jugoslawien, wobei der Aufenthalt nur vorübergehend und auf den Zeitraum der Facharztausbildung begrenzt sein sollte.

Den Aufenthalt in Deutschland sah Ljiljana auch als Chance, um einerseits ihre Diplomarbeit „in Ruhe“ (Ljiljana H., Z. 122) zu beenden und um andererseits ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen. Sowohl sie als auch ihr Ehepartner hatten bereits in der Schulzeit acht Jahre den Deutschunterricht besucht, sodass sie über gewisse Grundlagen verfügten. Ljiljana profitierte von dem damaligen Unterricht vor allem im Hinblick auf ihre grammatikalischen Fähigkeiten. Schwierigkeiten bereitete ihr allerdings die Regionalsprache.

„Und dann kamen wir nach Baden-Württemberg und ich wusste gar nicht, dass es Schwäbisch sowie Saarländisch gibt. [...] Man versteht nichts und sie verstehen einen auch nicht [...].“ (Ljiljana H., Z. 263-265)

Sie vertiefte die Sprachkenntnisse in Eigeninitiative durch die Lektüre deutschsprachiger Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, wobei sie unbekannte Wörter im Wörterbuch nachschlug. Gerade die Yellow Press sei aufgrund der Einfachheit der verwendeten Wörter und Sätze für den Spracherwerb besonders hilfreich gewesen. Darüber hinaus schaute beziehungsweise hörte sie deutschsprachige Fernseh- und Radioprogramme, wodurch sie teilweise ganze Sätze in ihren Sprachgebrauch aufnahm. Da es für ihren persönlichen Lernprozess besonders förderlich gewesen wäre, bedauert Ljiljana, dass sie von Seiten der Autochthonen meist nicht auf grammatikalische sowie sprachliche Fehler hingewiesen wurde.

„Sie haben mich nie korrigiert. [...] So musste man praktisch selbst darauf achten. Die Deutschen meinen ‚Ich unterbreche ungern‘, ‚Es ist beleidigend, wenn ich korrigiere oder so‘. So habe ich diese Art der Hilfe gar nicht erfahren.“ (Ljiljana H., Z. 306-309)

Trotz anfänglicher Sprachprobleme sowie Geldsorgen und bürokratischer Hürden erlebte Ljiljana ihre erste Zeit in Deutschland nicht als belastend, sondern beschreibt sie im Rückblick als „[t]oll“ (Ljiljana H., Z. 93). Ohne genaue Vorstellungen, welche bürokratischen Angelegenheiten sie in Deutschland erwarten und wie die autochthone Bevölkerung ihr begegnen würde, trat sie dem Ankunftsland vorurteilsfrei sowie offen und neugierig entgegen.

„[E]s war ein Blatt, das erst beschrieben wurde.“ (Ljiljana H., Z. 111)

„[M]an [muss] offen sein [...] für alles, was auf einen zukommt.“ (Ljiljana H., Z. 696-697)

Über das Krankenhaus wurde dem Ehepaar in Baden-Württemberg eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus speziell für Angestellte der Klinik vermittelt. Die damit verbundene räumliche Nähe zu Arbeitskollegen des Ehemanns erleichterten ihr den Aufbau erster persönlicher Kontakte. Darüber hinaus habe aber auch die respektvolle und tolerante Art, mit der die Ärzte und Krankenschwestern Ljiljana begegneten, die soziale Einbindung gefördert. Einige der Kollegen hatten selbst einen Migrationshintergrund, sodass das Paar in ein internationales berufliches und gesellschaftliches Umfeld hineinkam, das einen interkulturellen Umgang gewohnt war. Während Ljiljanas Mann die Facharztausbildung aufnahm, begann sie mit ihrer Diplomarbeit. Kurze Zeit später wurde ihr erster Sohn geboren. Sie fertigte die wissenschaftliche Arbeit zum Großteil in Deutschland an und kehrte lediglich für die sechsmonatige Labortätigkeit gemeinsam mit ihrem Kind ins ehemalige Jugoslawien zurück. Nach zweijähriger Bearbeitungszeit schloss sie ihr Chemiestudium erfolgreich ab. Gemeinsam mit ihrem Ehepartner entschied sie, unter anderem vor dem Hintergrund seiner unregelmäßigen Arbeitszeiten, zunächst nicht berufstätig, sondern für die Erziehung des Kindes da zu sein. Auch hätten zum damaligen Zeitpunkt in Deutschland entsprechende Einrichtungen wie beispielsweise Krippen gefehlt, die eine Vereinbarung von Familie und Beruf vereinfacht hätten. Ljiljana war es wichtig, dass ihre Kinder das „Serbokroatische“ (Ljiljana H., Z. 378) erlernten, weshalb sie und ihr Ehemann nur „serbokroatisch“ mit ihnen sprachen.

„[E]s wäre mir fremd, wenn meine Kinder nicht mit meiner Sprache mit mir und unseren Eltern sprechen könnten.“ (Ljiljana H., Z. 364-366)

Außerdem sollte ihrer Meinung nach den Kindern die deutsche Sprache von Autochthonen vermittelt werden, um zu verhindern, dass sie die sprachlichen Fehler der Eltern übernahmen. Während das „Serbokroatische“ (Ljiljana H., Z. 361) auf einem kindlichen Sprachniveau blieb, eigneten sich die Söhne im Kindergarten schnell die deutsche Sprache an. Um jedoch die „serbokroatische“ Sprache weiterentwickeln sowie die kyrillische Schrift erwerben zu können, nahmen die Kinder zusätzlich wöchentlich an einem zweistündigen Unterricht in „Serbokroatisch“ (Ljiljana H., Z. 378) teil.

Statt wie ursprünglich geplant, im Anschluss an die Facharztausbildung ins ehemalige Jugoslawien zurückzukehren, fühlte sich das Ehepaar in Deutschland nach einigen Jahren so wohl, dass es beschloss, dauerhaft in diesem Land leben und die deutsche

Staatsbürgerschaft annehmen zu wollen. Da der Bedarf an Oberarztstellen in Baden-Württemberg bereits gedeckt war, bewarb sich Ljiljanas Partner nach Ende seiner fachspezifischen Ausbildung deshalb auf freie Stellen an Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Er erhielt drei Zusagen, auf deren Grundlage die Eheleute die Klinik in der Kreisstadt Merzig auswählten. Zum 1. Januar 1978 nahm er die Stelle als dortiger Oberarzt an. Rund 15 Jahre später machte er sich selbstständig und eröffnete seine eigene Arztpraxis, in der auch Ljiljana bis zu ihrer Verrentung mitarbeitete.

Erste Kontakte knüpfte sie in der Kreisstadt einerseits über die Arbeitskollegen ihres Mannes und andererseits über ihre Kinder.

„Und dann habe ich [...] [die Kinder] sehr früh bei Musikerziehung, Sport angemeldet. Und bin immer hingefahren. Man musste sie ja wegbringen. Und da trifft man auch Leute. Und so habe ich die besten Freunde über den Fußball [...] kennen gelernt.“ (Ljiljana H., Z. 487-490)

Auch zu den überwiegend autochthonen Nachbarn entstanden Verbindungen, die sich mit der Zeit intensivierten und woraus sich weitere Bekannt- sowie Freundschaften ergaben. Dieses positive Klima in der Wohnumgebung schätzt Ljiljana besonders, da es auch mit gegenseitigem Verständnis einherging. Durch die Söhne, die beispielsweise regelmäßig Bandproben im Keller durchführten, sei es oftmals laut gewesen, was bei den Nachbarn jedoch nicht zu Unmut führte.

„[E]s gab nie eine Beschwerde. [...] Nie hat jemand ein Wort gesagt und diese Musik hat uns auch gar nicht so gefallen. Die Nachbarn hätten sich deswegen auch beschweren können, aber der eine hat gesagt ‚Ah, wenn sie hier sind, dann sitze ich hier im Garten und höre zu‘.“ (Ljiljana H., Z. 455, 458-460)

Des Weiteren schloss sie sich gemeinsam mit ihrem Ehemann einer örtlichen Tanzgruppe an, die sich über zehn Jahre hinweg wöchentlich zu Tanzveranstaltungen traf. So erweiterte Ljiljana ihr soziales Netzwerk zusätzlich und erlebte auf diese Weise Gemeinschaft. Bis heute trifft sich die Gruppe noch regelmäßig, aufgrund des zunehmenden Alters der Mitglieder allerdings nicht mehr zum Tanz, sondern zu einem Stammtisch. Außerdem bestehen Kontakte zu zwei Familien, die ebenfalls aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen und in Deutschland leben. Darunter auch die Familie, die Ljiljanas Ehemann die Stelle in Baden-Württemberg vermittelte. In Ljiljanas Augen seien für den Aufbau eines Bekannten- und Freundeskreises in erster Linie bestehende beidseitige Sympathien wichtig. Die Nationalität des Gegenübers spiele für sie hingegen keine Rolle, weshalb sie „auch nie [ausschließlich] die Umgebung von Jugoslawen gesucht“ (Ljiljana H., Z. 461-462) habe.

„Wenn jemand menschlich zu mir passt, reicht mir das. [...] [Die Nationalität ist] [u]nbedeutend. Völlig null und nichtig.“ (Ljiljana H., Z. 517, 522)

Durch die vielfältigen interkulturellen Kontakte und Verbindungen sowie das erfahrene Miteinander stellten sich bei Ljiljana Gefühle der Verbundenheit und Zugehörigkeit ein. Neben der sozialen Einbindung trugen auch die berufliche Eingliederung, die Wohndauer sowie die Erinnerungen an die Kindheit und Jugend der Söhne in dieser Stadt dazu bei, dass die Kreisstadt Merzig zu ihrem „Zuhause“ (Ljiljana H., Z. 67) ge-

worden ist. Gleichzeitig sei mit dem Tod der Eltern das frühere Zuhause nicht mehr vorhanden, weshalb sie sich in Serbien „genauso fremd oder mehr fremd [fühle] als hier“ (Ljiljana H., Z. 70). Daher ist für sie eine Rückkehr derzeit nicht vorstellbar, zumal sie aufgrund des Bosnienkrieges „enttäuscht von den [dortigen] Menschen“ (Ljiljana H., Z. 79) ist. Während sich Ljiljana auf lokaler Ebene als Merzigerin fühle, sehe sie sich im Hinblick auf eine nationale Zugehörigkeit in erster Linie als Mensch, der „[d]ie deutsche Sprache [...], deutsche Literatur liebe [und] deutsche Freunde“ (Ljiljana H., Z. 733-734) habe. Damit besteht eine positive Bindung zu Deutschland, die für Ljiljana jedoch nicht zwangsläufig mit einer Identifikation als „Deutsche“ (Ljiljana H., Z. 747) einhergehen muss.

„Aber irgendwie geht es mir nicht über die Lippen, weil ich denke ‚Bin ich Deutsche?‘ Mein Mann sagt ‚Naturalisierte Deutsche‘.“ (Ljiljana H., Z. 734-736)

So sei sie zwar durch die Einbürgerung formal „Deutsche“ (Ljiljana H., Z. 735), allerdings wird in diesem Fall die Identität und Zugehörigkeit alleinig auf die Nationalität reduziert. Vielmehr zählt zu ihrer Identität aber auch das „Serbisch-Sein“ (Ljiljana H., Z. 748), die Verbundenheit mit ihren Eltern sowie Großeltern. Bis zu deren Tod fanden regelmäßig gegenseitige Besuche statt, aber auch heute hält Ljiljana noch Beziehungen zu ihrem Geburtsland aufrecht, indem sie in festen Abständen mit ihren Geschwistern und Freunden mailt sowie skrypt. Aber auch die Festlichkeiten sowie Traditionen stellen eine weitere Verbindung zu ihrem Herkunftsland her. So feiert sie beispielsweise Weihnachten sowohl am 24. Dezember als auch das orthodoxe Weihnachtsfest am 6. Januar. Diese Mehrfachzugehörigkeit sowohl zum Herkunfts- als auch zum Ankunftsland steht für sie in keinem Widerspruch, im Gegenteil könne sie „sehr gut mit diesen beiden Dingen auskommen“ (Ljiljana H., Z. 749-750). Auch die autochthone Bevölkerung habe sie als ganzen Menschen mit ihrer Herkunft sowie Geschichte gesehen und sie nicht nur auf die Staatsangehörigkeit reduziert.

Integration definiert Ljiljana als einen Prozess, der in erster Linie von der allochthonen Bevölkerung angestoßen und durch ihre Leistungsbereitschaft sowie ihr aktives Engagement aufrechterhalten werde.

„Man muss etwas tun, um angenommen zu werden.“ (Ljiljana H., Z. 145)

Dazu zähle auch eine Anpassung in bestimmten Lebensbereichen, um ein friedvolles, selbstbestimmtes und unabhängiges Leben im Ankunftsland führen zu können. So sei mit der Entscheidung für einen dauerhaften Aufenthalt neben dem Erwerb der Landessprache auch die Achtung und Akzeptanz der Normen, Regeln und Werte der Ankunftsgesellschaft verbunden. Dies setze allerdings nicht den Verzicht auf die eigene Identität, Kultur, Religion oder Sprache voraus.

„[E]s [ist] schon wichtig [...], auch wenn man sich integriert, dass man sich nicht verleugnet. Ich kann das bleiben, was ich bin, und noch dazu etwas annehmen lernen.“ (Ljiljana H., Z. 391-393)

Für den Integrationsprozess ist jedoch auch die Ankunftsgesellschaft relevant, die durch eine respektvolle und tolerante Haltung eine wertschätzende sowie diskriminie-

rungsfreie Umwelt schaffen könne. Dabei komme es nicht darauf an, sich mit allen gut zu verstehen, sondern jedem seinen Platz in der Gesellschaft zuzugestehen.

„Wenn [...] [die autochthone Bevölkerung] einfach diese Erde beziehungsweise dieses Stück Erde, das den Staat begrenzt, nicht als Eigentum betrachtet. [...] Diese Erde ist uns allen geschenkt und dass jeder auf dieser Erde mit seinen Mitteln, ohne den anderen irgendwie zu stören, versucht seinen Platz zu erobern, finde ich legitim. [...] Ich erwarte nicht, dass jeder zu mir ein Freund und lieb sein soll [...], aber korrekt und nach dem Gesetz.“ (Ljiljana H., Z. 167-170, 174-176)

Ljiljana beschreibt sich selbst als „vollkommen integriert“ (Ljiljana H., Z. 878). Ein wichtiger Schritt für ihre persönliche Integration sei der Aufbau eines Bekannten- und Freundeskreises gewesen, da ihr diese Personen „das Gefühl [vermittelten], hier zu Hause zu sein“ (Ljiljana H., Z. 188-189). Neben der sozialen Einbindung und dem damit verbundenen Gefühl der Zugehörigkeit spielte aber auch die strukturelle Eingliederung in Form der Aufenthalts- sowie Arbeitserlaubnis eine bedeutende Rolle. Zentral war für ihr Integrationsbewusstsein darüber hinaus das Wissen, dass auch ihre Kinder in der Ankunfts-gesellschaft ihren Platz finden und sich frei entfalten können.

Für Ljiljanas Integrationsprozess kristallisierte sich als besonders bedeutsam eine ausreichende Sprachkompetenz heraus, Voraussetzung für die Aufnahme einer Berufstätigkeit sowie das Knüpfen von Kontakten zur autochthonen Bevölkerung.

„Ich würde mich nicht wagen, ohne Sprache, ohne Arbeit irgendwohin zu gehen.“ (Ljiljana H., Z. 897-898)

Beim Spracherwerb sieht sie neben der persönlichen Lernbereitschaft auch die Relevanz der Ankunfts-gesellschaft durch konstruktive Verbesserungen den Spracherwerb der Allochthonen voranzubringen. Außerdem begünstige Interesse an der Kultur sowie für die Politik des Ankunftslandes die funktionale Eingliederung. Weitere integrationsfördernde Bedingungen sind ihrer Meinung nach Offenheit, Toleranz, Kontaktbereitschaft sowie Eigeninitiative, vorrangig bei der allochthonen, aber in gewissem Maße auch bei der autochthonen Bevölkerung, was den Aufbau interkultureller Verbindungen erleichtere. Bereits bei ihrer Ankunft fand sie durch die direkte Einbindung in das Arbeitsumfeld ihres Ehemanns günstige Voraussetzungen für ihre soziale Integration vor, die durch den Bildungsstand sowie interkulturelle Erfahrungen des Klinikpersonals weiter positiv beeinflusst wurden. Die im Rahmen dieser Beziehungen erlebte Wertschätzung durch Bekannte und Freunde förderten in ihrem Fall die identifikatorische Integration, indem ihr ein Gefühl des Dazugehörens entgegengebracht wurde. Des Weiteren verhalf ihr die Gewissheit, nicht mehr in ihr Herkunftsland zurückzukehren, ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland beziehungsweise der Kreisstadt Merzig zu finden.

Als generell integrationshemmend beschreibt sie ein nur gering ausgeprägtes Integrationsklima in Deutschland, was sich in von rechten Parteien geschürten Ressentiments gegenüber Allochthonen äußere. Sie sieht deshalb die Politik in der Verantwortung, durch sachliche Information bestehende Aversionen, beispielsweise hinsichtlich der Beanspruchung von Arbeitsplätzen und der Ausnutzung von Sozialsystemen durch

Personen mit Migrationshintergrund, abzubauen, und damit zu einer Willkommenskultur beizutragen. Weiterhin sieht sie Handlungsbedarf im Bereich der Bürokratie, insbesondere bei der Gewährung einer Arbeitserlaubnis.

6.2.1.5 Migration aus individuellen Gründen

Annick und Luc T. – „Ich bin lieber hier Ausländer als in Luxemburg Ausländer, als Luxemburger.“

Annick und Luc T. sind verheiratet, sie besitzen die luxemburgische Staatsangehörigkeit und leben gemeinsam mit ihrem jüngsten Kind im Stadtteil Hilbringen. Während der 50-jährige Luc als Beamter bei der luxemburgischen Bahn im Schichtdienst arbeitet, ist die 44-jährige Annick nicht berufstätig, da sie sich den familiären Aufgaben widmet.

Annick wurde Ende der 1960er-Jahre in Luxemburg geboren. Sie absolvierte die Realschule und begann eine Ausbildung zur Friseurin, die sie aber aufgrund ihrer ersten Schwangerschaft nicht beendete. Auch Luc entschied sich nach seinem Realschulabschluss für eine Lehrstelle als Maschinenschlosser. Nachdem er die Lehrzeit erfolgreich beendet hatte, wurde ihm zu einem späteren Zeitpunkt die Stelle als Beamter bei der luxemburgischen Bahn angeboten. Annick und Luc lernten sich kennen, sie heirateten und bekamen zwei Kinder. In Luxemburg lebte die Familie in einem Mittelhaus einer Reihenhauskette.

„Wir hatten das Dach, alles von den Rohren im Haus bis zum Dach war alles neu.“ (Annick und Luc T., Z. 355-356)

Es gefiel ihnen in ihrem Haus, jedoch kam es aufgrund der räumlichen Nähe zu Spannungen zwischen ihnen und ihren portugiesischstämmigen Nachbarn. Zu den nachbarschaftlichen Konflikten stellte sich ein Gefühl der Entfremdung ein, das sowohl auf den hohen Ausländeranteil des Großherzogtums als auch auf das wachsende Grenzgängerwesen zurückzuführen ist.

„Ich bin lieber hier Ausländer als in Luxemburg Ausländer, als Luxemburger. Das ist einfach so. Jeden Tag kommen – ich weiß nicht – 150.000 oder 160.000 Grenzgänger zum Arbeiten. Ein Großteil Franzosen.“ (Annick und Luc T., Z. 42-44)

Die Entfremdungserfahrung manifestierte sich für die beiden besonders im täglichen Sprachgebrauch. Obwohl Luxemburgisch, Deutsch und Französisch als gleichberechtigte offizielle Amtssprachen in Luxemburg fungieren, kommt nach Annicks und Lucs Ansicht dem Französischen eine zu starke Bedeutung zu. Das Ehepaar präferierte jedoch von Anfang an die deutsche Sprache, da Annicks Mutter Deutsche ist und beide ab dem ersten Schuljahr den Deutschunterricht besuchten. Französisch stand erst zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Lehrplan.

„Bei uns kann man nicht mal ein Brot kaufen ohne Französisch. Ich bestelle das auf Luxemburgisch, aber ich kriege [Französisch] als Antwort. Das ärgert einen.“ (Annick und Luc T., Z. 269-271)

Vor diesem Hintergrund entschied sich die Familie das Großherzogtum zu verlassen. Die hohen luxemburgischen Wohn- und Mietpreise haben hingegen Annicks und Lucs

Migrationsentscheidung nicht beeinflusst, zumal sie bereits Eigenheimbesitzer waren. Beide waren sich einig, dass für sie nur ein Umzug ins grenznahe Deutschland in Frage komme, da Annick wegen ihrer Mutter, einer deutschen Staatsangehörigen, einen starken Bezug zu Deutschland verspürte.

Ihr jetziges Haus fanden sie durch eine Annonce in einer luxemburgischen Tageszeitung. Nach kleineren Renovierungen konnte die Familie im Juli 2008 einziehen. Für Luc ist der Umzug mit einer täglichen einfachen Wegstrecke von 67 Kilometern zu seinem luxemburgischen Arbeitsplatz verbunden, den er aber aufgrund seines Beamtenstatus und den damit verbundenen finanziellen Vorteilen nicht aufgeben möchte. Er empfindet die Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort jedoch nicht als Belastung. In Perl zu wohnen, was eine erhebliche Reduzierung des täglichen Arbeitsweges bedeutet hätte, kam für die Familie wegen des hohen luxemburgischen Bevölkerungsanteils in der Gemeinde nicht in Frage. Luc begründet dies mit angeblichen Neiddebatten innerhalb der ansässigen Bevölkerung, die von den luxemburgischen Einwohnern durch ihren Wohn- und Lebensstil provoziert würden.

„Dann gibt es die kleinen Dörfer rund um Perl, wo 30, 40 Häuser sind. Und von den 40 Häusern sind 10 Luxemburger. Und die richten da Paläste mit Schwimmbecken auf. Und dann haben sie noch den dicken Mercedes oder Porsche. Also das finde ich nicht gut, muss ich ehrlich sagen. [...] [A]ber so in kleineren Dörfern, wo nur ein paar Häuser stehen, fällt das direkt auf. Die einen können sich kein neues Dach leisten, die anderen haben ein Schwimmbad für 30.000 oder 40.000 € im Garten stehen.“ (Annick und Luc T., Z. 446-450, 455-457)

Vor ihrem Umzug in die Kreisstadt Merzig wusste Luc, dass einige seiner Arbeitskollegen bereits im Landkreis Merzig-Wadern wohnten. Zu zwei Arbeitskollegen, die ebenfalls in einem Merziger Stadtteil lebten, pflegte er nach dem Wohnortwechsel neben beruflichen auch private Kontakte. Sonst kannte die Familie niemanden in der Kreisstadt Merzig. Erste Kontakte entstanden in der alltäglichen Begegnung mit der Nachbarschaft, die Annick und Luc offen und freundlich aufnahm. Bei den direkten Nachbarn handelt es sich vor allem um Autochthone sowie eine Person aus Polen.

„Ist man am Rosenschneiden, bleibt einer stehen, dann redet man schon. Das habe ich auch schon gehabt. Da kam einer hoch. ‚Oh, sie müssen aber hier noch ein bisschen mehr schneiden.‘ ‚Ok, ich habe gar keine Ahnung. Das ist mein erster Garten, den ich habe. Ich schneide ab, wo ich denke.‘ ‚Nein, das muss noch ein bisschen.‘“ (Annick und Luc T., Z. 763-767)

Mit der Zeit haben sich die nachbarschaftlichen Kontakte intensiviert. So hat das Ehepaar beispielsweise ein Straßenfest initiiert, aber auch sonstige Festlichkeiten werden gemeinsam begangen. Darüber hinaus unterstützen und helfen sich die Nachbarn gegenseitig.

„Auch bei den Arbeiten, einer hilft dem anderen. Der eine Nachbar kommt jetzt den Hänger von uns holen. Auch wenn irgendwas: ‚Kannst du mir mal für einen Nachmittag helfen‘, sind sie direkt da. Wir ebenso auch, weil wir das bei uns auch so gewöhnt waren.“ (Annick und Luc T., Z. 417-420)

Obwohl der im Landkreis Merzig-Wadern gesprochene moselfränkische Dialekt und das Luxemburgische sich leicht unterscheiden, bestehen im Alltag zwar keinerlei Ver-

ständigungsschwierigkeiten, trotzdem ist Annicks und Lucs luxemburgische Herkunft identifizierbar.

„Ich habe sogar die ersten paar Wochen, wo wir in der Nähe einkaufen waren – zum Bäcker oder so – habe ich versucht, mein bestes Hochdeutsch abzugeben. ‚Sie können ruhig Luxemburgisch reden, wir verstehen das auch.‘“ (Annick und Luc T., Z. 189-192)

Amtliche Angelegenheiten werden hingegen teilweise zur Herausforderung.

„Was mit dem Gesetzlichen hier zu tun hat, damit kommen wir nicht so direkt klar. Also gesetzlich müssen wir uns umfragen, weil es ja trotzdem Unterschiede gibt. Bevor wir was Falsches ausfüllen oder so, frage ich lieber jemanden von den Nachbarn.“ (Annick und Luc T., Z. 486-489)

Neben dem nachbarschaftlichen Umfeld knüpfte Annick auch Kontakte über ihre Hunde.

„Ich würde sagen, wenn wir keine Hunde gehabt hätten, hätten wir weniger Kontakte. [...] Hundeschule und jeden Sonntag sind wir auf dem Hundespielplatz. Da sind 15, 20 Mann, wo wir im Kreis stehen und die Hunde spielen. Und wir reden da.“ (Annick und Luc T., Z. 917-918, 923-924)

Luc hingegen schloss sich drei örtlichen Boulevereinen an, in denen er herzlich empfangen wurde. So bezeichnen ihn seine Mitspieler als „Schengelcher“⁵², wodurch sie auch durch den Gebrauch des Diminutiv ihre Sympathie zum Ausdruck bringen.

„Ich werde auch von meinen Mitspielern akzeptiert. Sie machen manchmal zwar Quatsch mit mir, sie sagen immer der ‚Schengelcher‘. Aber im Großen und Ganzen fühle ich keinen Hass, keine Benachteiligung, keine Aussagen wie ‚Bleib du mal auf deiner Seite, wir bleiben hier.‘ Das Gefühl habe ich gar nicht.“ (Annick und Luc T., Z. 220-223)

Für ehrenamtliches Engagement hat er wegen seiner Berufstätigkeit keine zeitlichen Kapazitäten. Annick sieht diese Form der Tätigkeit als gute Möglichkeit, um nach der Volljährigkeit ihrer Tochter einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen.

Aufgrund der räumlichen Nähe zu Luxemburg und der damit verbundenen Möglichkeit, dortige Freundschaften zu pflegen, setzt sich Annicks und Lucs Freundeskreis weiterhin mehrheitlich aus Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit zusammen. Mit den luxemburgischen Freunden trifft sich das Ehepaar sowohl in Merzig als auch im Großherzogtum. Es werden Einladungen nach Hilbringen ausgesprochen, um beispielsweise gemeinsam örtliche Feste wie das Viez- und Frühlingsfest zu besuchen, einzukaufen oder sich auszutauschen. Während sich Luc regelmäßig nach der Spätschicht mit Freunden in Luxemburg verabredet, fährt Annick hingegen selten zum Besuch in das Großherzogtum.

„[I]ch habe am Anfang immer zu meinen Freunden gesagt: ‚Einmal die Woche bin ich immer unten.‘ Jetzt gar nicht mehr. Es zieht mich gar nichts mehr dahin. Wenn meine Enkelin nicht wäre, würde ich noch weniger dahin fahren.“ (Annick und Luc T., Z. 869-871)

⁵²Die Bezeichnung „Schengelcher“ leitet sich von dem luxemburgischen Grenzort Schengen ab, in dem in den Jahren 1985 und 1990 die sogenannten Schengener Abkommen unterzeichnet wurden. Die Mitspieler charakterisieren Luc durch die Verwendung dieses Begriffs als „Luxemburger“.

Für Annick und Luc ist Merzig bereits zu ihrer „neuen Heimat“ geworden, da sie zufrieden sind, sich wohlfühlen und von den Nachbarn wertgeschätzt werden.

„Nach einer Woche waren wir wie zu Hause.“ (Annick und Luc T., Z. 140)

Daher planen sie vorerst nicht, wieder nach Luxemburg zurückzukehren. Trotzdem fühlen sie sich aufgrund ihrer luxemburgischen Wurzeln, ihrer Vielzahl an Kontakten und Beziehungen weiterhin auch mit dem Großherzogtum verbunden, weshalb sie sich als Deutsch-Luxemburger sehen. Diese Sichtweise geht für sie mit der Möglichkeit einher, die Vorteile beider Länder zu genießen. Begünstigt wird dies darüber hinaus durch die kurzen Wege zwischen den beiden direkten Nachbarstaaten.

„Man sucht sich die Rosinen aus. Das, was uns in Luxemburg besser gefällt, unternehmen wir da. Was uns hier besser gefällt [hier]. [...] Einkaufen gehen wir hier. [...] Tanken tun wir in Luxemburg.“ (Annick und Luc T., Z. 959-960, 964, 969)

„Luxemburg ist ein reiches Land. [...] Wir haben viele Vorteile gegenüber hier. [...] Die Vorteile wollen wir ja auch nicht hergeben.“ (Annick und Luc T., Z. 1087-1089)

Während das Ehepaar beispielsweise Nachteile im deutschen System und vor allem in der Hundesteuer sieht, schätzt es hingegen die Freundlichkeit der Menschen in den Geschäften und Behörden.

Annick und Luc erleichterten die gemeinsame Kultur des Herkunfts- und des Ankunftslandes sowie deren sprachliche und räumliche Nähe die Migrationsentscheidung deutlich. Dementsprechend stellte die grenzüberschreitende Migration für sie nur eine geringe Hürde dar.

„Ich könnte mir nie vorstellen, in ein Land zu ziehen, wo ich die Sprache nicht kann. Das würde ich nie machen. Da hätte ich viel zu viel Angst davor. Das hätte ich nie gemacht.“ (Annick und Luc T., Z. 937-938)

Auch die Vielzahl an Gemeinsamkeiten zwischen Luxemburg und Deutschland wirkte sich positiv auf die Integration des Ehepaars aus. So wurde ihnen im Unterschied zu anderen internationalen Zuwanderern eine geringere Integrationsleistung abverlangt. Zwar haben auch sie sich in die Nachbarschaft eingebunden sowie einen neuen Bekannten- und Freundeskreis in Deutschland aufgebaut, jedoch mussten sie sich nur bedingt funktional und strukturell integrieren. Diese geringere Integrationshürde spiegelt sich auch in ihrem Integrationsverständnis wider, das einseitig die zugezogene Bevölkerung in der Verantwortung sieht.

„Sagen wir mal so: wir passen uns an. Wir gehen auf Leute zu. Es ist nicht so, dass wir jetzt in einer Ecke stehen und mit keinem reden oder so.“ (Annick und Luc T., Z. 172-173)

Die ausschließliche Fokussierung auf Anpassung könnte in Annicks und Lucs Fall damit zusammenhängen, dass für sie eine Anpassung nicht im Widerspruch zur Beibehaltung der eigenen kulturellen Identität stand. Mit ihrer derzeitigen Lebenssituation ist das Ehepaar zufrieden und fühlt sich wohl, weshalb es keine weiteren Ziele für ihre Integration verfolgt und auch keine Wünsche an die autochthonen Einwohner formuliert. Als besonders hilfreich für ihren Integrationsprozess nennen Annick und Luc einerseits die vorhandenen Sprachkenntnisse.

„[D]er große Vorteil, dass wir die deutsche Sprache können. Das ist der große Vorteil gegenüber anderen.“ (Annick und Luc T., Z. 934-935)

Andererseits beeinflussten aber auch das offene und freundliche Aufeinander-Zugehen in Nachbarschaft sowie in Vereinen den Aufbau neuer Kontakte und damit die soziale Integration.

„Wenn [ich] jetzt eine Nachbarschaft hätte, wo keiner mit mir sprechen würde, dann würde ich mich nicht wohlfühlen. Dann würde ich sagen: ich ziehe irgendwann vielleicht wieder um oder so.“ (Annick und Luc T., Z. 1015-1017)

„In Vereine gehen. Da kann man sofort. Da hat man direkt Anschluss dann. Dann kennt der den und die.“ (Annick und Luc T., Z. 1181-1182)

Schwierigkeiten bereiteten Annick und Luc hingegen der Umgang mit der Bürokratie und rechtliche Angelegenheiten.

6.2.1.6 Spätaussiedler

Rosa B. – „Man muss immer raus gehen. [...] Nur zu Hause bleiben, [...] da kann man sich nicht integrieren.“

Rosa B. ist 49 Jahre alt und lebt mit ihrem Ehemann sowie dem jüngsten der beiden erwachsenen Kinder im Stadtteil Ballern. Durch die Anerkennung ihres Status als Spätaussiedler besitzt sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie ist als kaufmännische Sachbearbeiterin im Immobilienbereich angestellt.

Rosa kam Mitte der 1960er-Jahre in Russland zur Welt. Sie besuchte die Realschule und entschied sich nach der Mittleren Reife für eine Ausbildung zur Sekretärin. Rosa lernte ihren jetzigen Ehemann kennen, sie heirateten und bekamen zwei Söhne. Der beginnende zweite Tschetschenienkrieg und die damit verbundene Angst, beide Söhne könnten zum Militär eingezogen werden, begründete die Migrationsentscheidung des Ehepaars.

Aufgrund Rosas deutscher Volkszugehörigkeit beschlossen die Eheleute, sobald sich eine entsprechende Gelegenheit böte, nach Deutschland zu ziehen. Daraufhin führte Rosa von Russland aus ein Aufnahmeverfahren beim Bundesverwaltungsamt durch, wo die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Aussiedleraufnahmeverfahren geprüft wurden. Die Zeit bis zur Ausstellung des Aufnahmebescheids nutzte das Ehepaar ganz bewusst, um sich auf die Migration vorzubereiten und sich sprachlich zu qualifizieren. So besuchten sie bereits in Russland einen Deutschkurs speziell für Spätaussiedler. Nach dem Erhalt des Aufnahmebescheids verließ die Familie im Dezember 2000 das Herkunftsland. In Deutschland wurden Rosa, ihr Ehemann sowie die Kinder in der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes in Friedland registriert und einem Bundesland zugeordnet.

„Und dann wurden uns sechs Bundesländer angeboten. Das waren Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt. [...] Und das Saarland. Wir haben den Beamten gefragt, wo es besser ist und er meinte, dass es überall in Deutschland gut ist. Aber er meinte auch, dass er ins Saarland in Urlaub fährt. Der Wein und so etwas wäre gut. Dann haben wir gesagt, dass wir das gut finden und haben uns für das Saarland gemeldet.“ (Rosa B., Z. 43-49)

Entsprechend des Wohnortzuweisungsgesetzes konnte sich die Familie ihren Wohnort innerhalb des Saarlandes nicht frei wählen, sondern wurde einer Gemeinde rund 25 Kilometer von der Kreisstadt Merzig entfernt zugeteilt. Da zu dem damaligen Zeitpunkt die Wohnortbindung für Spätaussiedler bestand, die nur in bestimmten Fällen ausgesetzt werden konnte, verbrachten sie die ersten drei Jahre in dieser Gemeinde. Vom Sozialamt wurde der Familie eine möblierte und vollausgestattete Drei-Zimmer-Küche-Bad Wohnung zur Verfügung gestellt. Rosa schätzt sehr, dass damals hinsichtlich der Wohnung bereits alles für sie gerichtet war und sie sich nicht um eine Unterkunft sowie die Ausstattung kümmern mussten. Die Wohnung befand sich in einem Mehrfamilienhaus, in dem drei weitere Familien mit Spätaussiedlerhintergrund lebten, was den Aufbau erster Kontakte erleichterte. Während zu zwei Parteien des Mehrfamilienhauses lediglich flüchtige Kontakte bestanden, pflegte Rosa intensivere Beziehungen zur dritten Familie. Eine Vielzahl gemeinsamer Interessen verband die beiden Ehepaare, woraus sich eine enge Freundschaft entwickelte, die immer noch andauert. Die Bindung wurde zusätzlich dadurch gestärkt, dass Rosa die Patenschaft für ein Kind der Familie übernahm.

Trotz der gesicherten Wohnsituation und ihrer deutschen Sprachkenntnisse sei die erste Zeit in Deutschland für Rosa schwer gewesen.

„Und die erste Zeit, mit allen Unterlagen und allem Papierkram, das war etwas heftig. Wir waren zusammen mit meinem Mann und da muss man genau gucken, weil wir keine Hilfe hatten. Wir mussten alles alleine, selbst machen. [...] [D]a war ein Beamter, der nicht so freundlich zu uns war. [...] Wenn wir zu einem Termin kamen, dann hat der Beamte, wie ich später gemerkt habe, versucht saarländisch und kein hochdeutsch zu sprechen. Und das ist am Anfang richtig schwer.“ (Rosa B., Z. 119-122, 125-126, 137-140)

Im Hinblick auf die Amtsangelegenheiten bedauert Rosa, dass ihr keinerlei Hilfe und Unterstützung beim Ausfüllen von Dokumenten zuteil wurde, sondern sie sich alles „wie ein blindes Kätzchen selbst erfragen“ (Rosa B., Z. 166) musste. Wenngleich dies mit großer Anstrengung verbunden war, wurden auf diese Weise Lernprozesse angestoßen, die Rosas Selbstständigkeit förderten. Fehlte Hilfe und Unterstützung in diesem Bereich, so konnte sie beim Spracherwerb von dem bestehenden Angebot an Deutschkursen profitieren. Aufgrund ihres Status als Spätaussiedler bestand ein gesetzlicher Anspruch auf die Teilnahme an einem Deutschkurs, weshalb sie bereits ein halbes Jahr nach ihrer Ankunft im Saarland mit einem Sprachkurs beginnen konnte. Konzipiert war dieser ganztägige Kurs speziell für Spätaussiedler und für eine Dauer von sechs Monaten. Er zielte auf die Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache, was nach Rosas Einschätzung auch ausreichend sei. Allerdings könne der Kurs nur dann erfolgreich sein, wenn von Seiten der allochthonen Bevölkerung der Wille zum Spracherwerb und damit einhergehend eine gewisse Anstrengungsbereitschaft vorhanden sei.

„Wenn die Leute keine Lust und kein Interesse haben, dann hilft auch kein Kurs. Wenn die Leute selbst irgendwelche Interessen haben oder sich bemühen, selbst etwas zu machen, dann klappt es auch.“ (Rosa B., Z. 269-271)

Als Medien zum Spracherwerb dienten ihr unter anderem deutschsprachige Fernsehsendungen und deutschsprachige Bücher, die sie laut vorlas, um sich an Aussprache und Klang der deutschen Sprache zu gewöhnen.

„[D]amals hatten wir nur [Fernsehprogramme] auf Deutsch. Und ich habe auch gesagt, dass wir kein russisches Fernsehen nehmen werden, nicht bevor wir auf Deutsch ganz normal sprechen oder verstehen können. Und ich lese die Bücher nur auf Deutsch, damit ich die Sprache verstehe.“ (Rosa B., Z. 579-582)

Darüber hinaus verhalfen ihr Talkshows mit Teilnehmern aus verschiedenen Gegenden Deutschlands zu regionalsprachlichen Kenntnissen. Zusätzlich zu den häuslichen Unterhaltungen, Rosa sprach mit ihrem Ehemann und ihren Kindern sowohl deutsch als auch russisch, konnte sie auch im Rahmen ihrer beruflichen Umschulung und ihrer späteren Tätigkeit in der Buchhaltung Sprachpraxis sammeln.

Das Arbeitsamt bot ihr die Umschulung im Bereich Buchhaltung an, nachdem sie zuvor versucht hatte, ihre in Russland absolvierte Ausbildung zur Sekretärin in Deutschland anerkennen zu lassen. Aufgrund der Ausbildungszeit von lediglich zwölf Monaten war dies jedoch nicht möglich. Neben den theoretischen Kenntnissen, die durch die Umschulung vermittelt wurden, lag der Schwerpunkt auch auf dem Erwerb praktischer Fähigkeiten sowie dem Sammeln von Berufserfahrung in Form eines Betriebspraktikums. Zu diesem Zeitpunkt lebte Rosa erst ein Jahr im Saarland, weshalb ihr die Suche nach einem Praktikumsplatz schwer fiel. So hatte sie keinen Überblick über die in Frage kommenden Betriebe und ihr fehlten Kontakte zu Ansprechpartnern. Rosa wurde daher von der Leiterin der Weiterbildung bei der Suche unterstützt und fand mit ihrer Hilfe eine Praktikumsstelle in einem Merziger Immobilienbüro. Rosa überzeugte mit ihrer Arbeitsqualität, sodass ihr nach Abschluss des Praktikums eine Arbeitsstelle auf 400 Euro-Basis angeboten wurde, die sie gerne annahm. Seit zehn Jahren ist sie nun bereits in diesem Immobilienbüro tätig, wobei sie jetzt als Halbtagskraft beschäftigt ist. Bei dem normalen Alltagsgeschäft fühlt sie sich sprachlich sicher, während ihr bei neuen Aufgaben ihrer Aussage nach noch ab und zu Fehler unterliefen. Daher sei sie sich bewusst, dass sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse in manchen Arbeitsbereichen nicht voll einsetzbar sei, trotzdem habe sie mit Blick auf ihren Migrationshintergrund und ihr Alter zum Zeitpunkt der Migration beruflich viel erreicht. Darüber hinaus fühlt sie sich wohl in dem kleinen Betrieb und schätzt die dortige Arbeitsatmosphäre. Das angenehme Klima ermutige sie, bei sprachlichen Schwierigkeiten ohne Ängste und Hemmungen vor Fehlern nachzufragen und auf diese Weise ihre Sprachkenntnisse kontinuierlich zu erweitern.

„Ich frage manchmal bei meiner Kollegin, warum sie etwas so sagt, wie sie es sagt und nicht anders. Zum Beispiel mit ‚verstorben‘. Warum sagt man da nicht ‚gestorben‘? Und sie erklärt mir dann, dass ‚verstorben‘ nicht so grob ist und besser klingt.“ (Rosa B., Z. 625-628)

Auch außerhalb des Arbeitsbereichs erhielt sie beispielsweise Unterstützung von einem der beiden Büroinhaber, der sie im Rechtsstreit mit dem damaligen Vermieter beriet. Durch ihr Eintreten für ihre Rechte als Mieter kam es zu Problemen mit dem Vermieter, weshalb sich die Familie nach einer neuen Wohnung umsehen musste. Um

einerseits die tägliche Fahrtzeit zum Arbeitsplatz zu verkürzen und andererseits einen besseren Zugang zu Angeboten der sozialen Infrastruktur zu haben, entschlossen sich Rosa und ihr Ehemann, eine Wohnung in der Kreisstadt Merzig zu mieten. Auch bei der Wohnungssuche war Rosas Arbeitgeber behilflich. Er war Eigentümer einer Vier-Zimmer-Wohnung, die er der Familie zur Verfügung stellte. Nach einer Preissteigerung wurden die Nebenkosten jedoch zu hoch, weshalb sie eine andere Wohnung suchten. Über ein Inserat in der Tageszeitung wurden sie auf ihr jetziges Haus aufmerksam, das ihnen direkt zusagte. Aufgrund der damaligen beruflichen Situation des Ehepaares, Rosa ging einer geringfügigen Beschäftigung nach und ihr Mann hatte sich kurze Zeit vorher selbstständig gemacht, zweifelte der Eigentümer die Mietsolvenz der beiden an.

„Und mein Chef hat dann einfach wie so eine Art Zeugnis geschrieben, dass wir regelmäßig unsere Miete bezahlt haben, dass es zu keinen Verzögerungen oder Problemen mit der Nachbarschaft kam. Das hat er geschrieben und das hat dann geklappt.“ (Rosa B., Z. 513-516)

Bereits sechs oder sieben Jahre seien nach dem Umzug nun vergangen und Rosa fühle sich weiterhin mit ihrer Wohnsituation sehr wohl, was sie unter anderem auf freundliche Begegnungen mit den direkten Nachbarn zurückführt. Aufgrund ihrer Kommunikationsfähigkeit komme sie leicht mit anderen Menschen ins Gespräch, weshalb sie auch keine Schwierigkeiten hatte, sich ein soziales Netzwerk aufzubauen.

„In Russland war es ganz schwierig Kontakte zu schließen. Für mich. Ich war sehr verschlossen und dann habe ich eine Arbeit in einer großen Markthalle bekommen. [...] Und da musste ich mit den Leuten in Kontakt treten. Ich habe dort acht Jahre gearbeitet, bis zu unserer Abreise. Seitdem denke ich, dass ich mit älteren Leuten, mit jungen Leuten vielleicht nicht so, aber trotzdem die passenden Themen finde. Ich kann kommunizieren.“ (Rosa B., Z. 776-778, 780-783)

So knüpfte Rosa auch neue Kontakte über den Tanzkurs, den sie gemeinsam mit ihrem Ehemann besucht. Des Weiteren wurde sie von einer Bekannten auf die Frauengruppe des Caritasverbandes aufmerksam gemacht und zur Teilnahme eingeladen. Im Rahmen dieses Integrationsprogramms für Frauen organisiert die Gruppe entsprechend ihrer Interessensschwerpunkte einerseits gemeinsame Unternehmungen (zum Beispiel Wanderungen) oder Themenabende (zum Beispiel Kochabende, Erstellung der Steuererklärung, psychologische Beratung) und beteiligt sich andererseits an interkulturellen Veranstaltungen wie der „Nacht der Kulturen“. Rosa sei von der Gruppe freundlich aufgenommen worden. Sie schätzt den gemeinsamen Umgang, weshalb sie seit rund zehn Jahren regelmäßig aktiv an den Angeboten der Frauengruppe teilnimmt. Außerdem ist sie Mitglied in dem Verein „Miteinander Leben e.V.“ und engagiert sich in dem dortigen Chor. Das Repertoire des Chores umfasst sowohl deutsche als auch russische Lieder, die bei Konzerten unter anderem in Altersheimen vorgetragen würden. Entsprechend ihrer vielfältigen beruflichen und privaten Kontakte fühlt sie sich in ihrem Bekannten- und Freundeskreis wohl, der sich sowohl aus allochthonen als auch aus autochthonen Personen zusammensetzt. Bei den allochthonen Bekannten und Freunden handelt es sich vor allem um Menschen mit einem (Spät-)Aussiedlerhintergrund. Zusätzlich zu sonstigen gemeinsamen Aktivitäten mit Bekann-

ten und Freunden besucht sie auch örtliche Festivitäten wie das Viezfest oder die Kirmes.

Neben der Mitgliedschaft in herkunftsbezogenen Vereinen und Verbänden fühlt sich Rosa auch durch die Kulinarik mit ihrem Herkunftsland verbunden. Zusätzlich pflegt sie intensive Kontakte über das Internet sowie Skype zu ihren Verwandten und Freunden in Russland. Darüber hinaus sei sie in unregelmäßigen Abständen zu Besuch in ihrem Herkunftsland. Obwohl ihr ältester Sohn wieder nach Russland remigrierte und sie ihre Verwandten vermisste, komme für Rosa aufgrund ihrer hiesigen beruflichen und sozialen Einbindung eine Rückkehr ins Herkunftsland nicht in Frage. So habe sich in den letzten Jahren auch ein starkes Zugehörigkeitsgefühl sowohl zu Deutschland als auch zur Kreisstadt Merzig entwickeln können.

„Ich fühle mich hier sehr wohl. Ich habe keine Ängste oder Probleme irgendwo anzurufen und etwas zu fragen. Einen Termin zu machen, aufs Amt zu gehen. Ich habe kein Problem. [...] Ich fühle mich ganz wohl. Und ich fühle mich mehr deutsch.“ (Rosa B., Z. 886-889)

An Deutschland schätzt sie vor allem die Gesetze, die den Staat ordneten sowie strukturierten und damit zu einem funktionierenden Staatsapparat beitrügen. Darüber hinaus erlebe sie in Deutschland eine größere Hilfsbereitschaft als in Russland.

„Die Leute sind nicht so gleichgültig. Wenn irgendetwas passiert, denke ich, dass immer Hilfe von anderen Leuten kommt. Egal bei was. Bei einer Panne, egal was oder Problemen.“ (Rosa B., Z. 906-908)

Während sie die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik demnach vor allem an externalen Aspekten festmacht, seien es die persönlichen Begegnungen, die sie Teil der Gesellschaft in der Kreisstadt Merzig werden lassen.

„Wenn man viele Jahre an einem Ort wohnt, da geht man zum Beispiel durch die Fußgängerzone und ich kenne die Leute schon. [...] [W]enn ich dort in die Bäckerei gehe, dann kennen wir uns und wir reden dann ein bisschen miteinander. Dann gehe ich zum Beispiel auf dem Weg zur Post immer am Schuhladen vorbei. Und wir grüßen uns. In der Sparkasse in der Nähe, wenn ich komme, dann kenne ich schon die Leute und sie kennen mich. Das ist ein gutes Gefühl.“ (Rosa B., Z. 943-944, 951-955)

Die Gefühle der Zugehörigkeit und des Wohlbefindens, die unter anderem mit einer angstfreien, selbstständigen und unabhängigen Lebensführung einhergingen, setzt Rosa mit Integration gleich.

„[Integration ist] für mich, oder für meine Familie [...] erst einmal sich hier im Land wohl zu fühlen. Keine Ängste zu haben auf ein Amt zu gehen. [...] [Dass] ich meine Fragen oder meine Wünsche und Bitten erklären [kann]. [...] [Dass] ich verstehen und [...] selbst sagen [kann], was ich will und mir wünsche.“ (Rosa B., Z. 172-173, 175-177)

Erste und wichtige Schritte im Rahmen ihres Integrationsprozesses seien einerseits der Spracherwerb und andererseits der Berufseinstieg gewesen, die maßgeblich zur Selbstständigkeit beitrugen. Jedoch beeinflusse auch die autochthone Bevölkerung die Integration, die durch Offenheit und Toleranz ein Willkommensgefühl sowie Wertschätzung vermittele, wodurch sich Gefühle des Wohlbefindens und der Zugehörigkeit leichter einstellen können. Damit liegt ihrer Ansicht nach die Verantwortung für eine gelingende Integration sowohl bei den Allochthonen als auch den Autochthonen. Mit

Blick auf ihre eigene berufliche und soziale Einbindung sieht sich Rosa als integriert an. Trotzdem möchte sie zukünftig vor allem im beruflichen und sprachlichen Bereich ihre Qualifikationen erweitern. Außerdem plant das Ehepaar in den kommenden Jahren im Raum Merzig ein Eigenheim zu kaufen, was ihren Wunsch nach einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland widerspiegelt.

Begünstigend wirkte sich auf Rosas Integrationsprozess beispielsweise ihre Bereitschaft aus, die deutsche Sprache zu erwerben und die sprachlichen Kenntnisse stetig zu verbessern. Daher besuchte sie bereits im Herkunftsland aber auch nach ihrer Ankunft im Saarland entsprechende Kurse, vertiefte selbstständig die Kenntnisse und sammelte Sprachpraxis im Umgang mit der autochthonen Bevölkerung.

„[M]an [muss] die Sprache beherrschen. Egal wie. Man versucht immer besser zu werden, aber am Anfang auch wenigstens alles zu verstehen und selbst antworten zu können.“ (Rosa B., Z. 196-198)

Auch war es hilfreich, sich Herausforderungen zu stellen, da sie auf diese Weise einerseits ihre Sprachkenntnisse weiter ausbauen konnte und andererseits zunehmend an Selbstständigkeit sowie Selbstvertrauen gewonnen hat.

„Ich weiß, dass die offiziellen Briefe schwierig zu verstehen sind. Aber trotzdem. Wir haben die Briefe auch bekommen und haben sie dann mit dem Wörterbuch übersetzt. Wir hatten ja auch die Probleme, aber das muss man selbst lernen.“ (Rosa B., Z. 992-995)

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung eines unabhängigen und selbstbestimmten Lebens war der Eintritt in das Erwerbsleben. Dabei spielte die Art der Tätigkeit zunächst keine Rolle, sondern die aktive Öffnung nach außen sei von Relevanz. In Rosas Fall wurde diese Öffnung durch ihre offene und kommunikative Art erleichtert.

„Erst einmal nicht zu Hause bleiben. Man muss immer raus gehen. Und man muss versuchen, irgendwelche Arbeit zu finden. Putzstelle, egal was. Irgendetwas zum Arbeiten. Und dann kommt der Rest dann langsam.“ (Rosa B., Z. 986-988)

Des Weiteren band sie sich über ihre beruflichen und privaten Kontakte in ein neues soziales Netzwerk ein, was zusätzlich durch ihre Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden gefördert wurde.

Neben diesen internalen Faktoren trugen unter anderem aber auch die Offenheit, die Akzeptanz und der Respekt der allochthonen und autochthonen Bevölkerung zu Rosas Integrationsprozess bei, indem ihr ein Gefühl des Willkommenseins und der Zugehörigkeit vermittelt wurde. Weiterhin wurde die Integration durch die Unterstützungsangebote von Arbeitskollegen, Bekannten und Freunden sowie von öffentlichen freien Trägern gefördert. Rosa bewertet die in der Kreisstadt Merzig bestehenden Integrationsangebote als ausreichend. Sie sieht lediglich Kurse im Bereich der beruflichen Weiterbildung als ausbaufähig. Vor dem Hintergrund des bestehenden Angebotspektrums liege es jedoch in der Verantwortung jedes Einzelnen, diese Integrationshilfen zu nutzen.

„Ich denke, dass es genug verschiedene Vereine [und Angebote] gibt. [...] Man muss nur teilnehmen. [...] Es kommt von uns allein. Von jedem selbst.“ (Rosa B., Z. 872-874, 876)

Diese Angebote könnten allerdings nur dann genutzt werden, wenn entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betrieben werde und die Informationen über den Stadtbereich hinaus auch in ländlichen Gebieten ihre Zielgruppe erreichten. Als hinderlich für ihren Integrationsprozess benennt Rosa die hin und wieder erlebten Ressentiments bei privaten und öffentlichen Begegnungen. Auch waren für sie die Behördengänge schwierig, da die auszufüllenden Formulare nicht leicht verständlich waren beziehungsweise Mitarbeiter teilweise den Dialekt verwendeten.

6.2.2 Zusammenfassung

In Tabelle 12 wurden integrationsfördernde Faktoren zusammengefasst, die entweder explizit von den Interviewpartnern genannt wurden oder sich implizit aus ihren Aussagen ableiten ließen. Es wird zwischen internalen und externalen Faktoren unterschieden, die entweder einer Integrationsdimension zugeordnet oder, wenn sie gleichzeitig mehrere Dimensionen betrafen, als dimensionsübergreifend begriffen wurden. Bei den identifizierten Faktoren handelt es sich in erster Linie um persönlichkeitsimmanente Faktoren, die Einblick in individuelle Wertesysteme ermöglichen und innere Einstellungen widerspiegeln.

Tabelle 12: Integrationsfördernde Faktoren

	Integrationsdimensionen		Faktor	Pado S.	Franz C.	Sebastián O.	Emira R.	Karim F.	Gurvan J.	Marfa N.	Zusanna W.	Osman A.	Ljiljana H.	Annick + Luc T.	Rosa B.
Interne Faktoren	Funktionale Dimension		Gesellschaftliches Orientierungswissen		x				x					x	
			Anpassungsbereitschaft z.B an Regeln, Normen, Werte, Sprache des Ankunftslandes	x	x	x	x	x	x			x	x	x	
			Wertschätzung des Ankunftslandes	x	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x
			Spracherwerb	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Eigeninitiativen beim Spracherwerb	x		x	x	x	x	x	x	x	x		x
			Alltäglicher Gebrauch der Sprache des Ankunftslandes	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Strukturelle Dimension		Erwerbstätigkeit	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Zufriedenheit mit beruflicher Situation im Ankunftsland	x		x	x		x		x	x			x
	Soziale Dimension		Hilfsbereitschaft	x	x	x	x		x	x		x		x	
			Gemeinsame Interessen von Allochthonen und Autochthonen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Aktives Zugehen auf Andere	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Identifikatorische Dimension		Entscheidung für ein dauerhaftes Leben im Ankunftsland	x	x	x	x			x	x		x	x	x
			Zugehörigkeitsgefühl zur Ankunfts-gesellschaft	x	x	x	x		x	x	x	x	x	x	x
			Hybride Identitäten	x	x	x	x	x		x	x	x	x	x	
			Bezüge zur Herkunftskultur / zum Herkunftsland	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Familiengründung	x	x	x	x		x	x			x		

[illegible]

	Integrationsdimensionen		Faktor	Paolo S.	Franz C.	Sebastián O.	Emira R.	Karim F.	Gurvan J.	Marfa N.	Zusanna W.	Osman A.	Ljiljana H.	Annick + Luc T.	Rosa B.
Externale Faktoren	Funktionale Dimension	persönliches Umfeld	Deutschsprachiges Lebensumfeld	x	x	x	x		x	x		x	x		x
			Konkrete Unterstützung beim Spracherwerb durch konstruktive Korrektur durch Autochthonen			x	x		x	x			x		x
			Kulturelle Nähe zwischen Ankunfts- und Herkunftsland		x									x	
		Gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System persönliches Umfeld	Angebot von Tandemprogrammen			x									
			Angebot von Sprachkursen			x	x	x	x	x	x	x			x
	Strukturelle Dimension	Gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System	Schule									x			
			Berufsberatung					x				x			
			Berufliche Weiterbildungsprogramme					x			x				x
			Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse			x		x		x	x				x
			Gesicherte Wohnsituation	x	x	x	x	x					x		x

[illegible]

Externale Faktoren	Integrationsdimensionen		Faktor	Pablo S.	Franz C.	Sebastián O.	Emira R.	Karim F.	Gurvan J.	Marfa N.	Zusanna W.	Osman A.	Ljiljana H.	Annick + Luc T.	Rosa B.
	Dimensionsübergreifend														
		persönliches Umfeld	Offenheit der Autochthonen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Tolerantes Denken der Autochthonen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
			Hilfsbereitschaft	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
			Unterstützung durch Freunde	x		x									
			Unterstützung durch Personen gleicher Herkunft	x						x					x
			Unterstützung durch Nachbarn				x	x		x		x		x	
			Unterstützung durch Familie, Verwandte	x	x			x	x	x					
			Unterstützung durch Autochtone			x	x				x	x	x	x	x
			Allochthone Vorbilder							x					x
			Autochthoner Ehepartner	x	x				x	x					
		Gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System	Institutionelle Unterstützung / Rahmenbedingungen	x	x	x	x	x		x	x	x			x

Ähnlich der Tabelle 12, stellt Tabelle 13 diejenigen Faktoren zusammen, die die Integration behindern können.

Tabelle 13: Integrationshindernde Faktoren

	Integrationsdimensionen		Faktor	Pablo S.	Franz C.	Sebastián O.	Emira R.	Karim F.	Gurvan J.	Marfa N.	Zusanna W.	Osman A.	Ljiljana H.	Annick + Luc T.	Rosa B.
Interne Faktoren	Funktionale Dimension		Unzureichende Sprachkenntnisse	x		x	x	x	x	x	x	x	x		x
	Strukturelle Dimension														
	Soziale Dimension														
	Identifikatorische Dimension		Gefühl der Heimatlosigkeit / Hinundhergerissenheit zwischen den Nationalitäten									x			
	Dimensionsübergreifend		Unsicherheit / Angst							x					
Externale Faktoren	Funktionale Dimension														
	Strukturelle Dimension	Gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System	Bestehende Ressentiments auf dem Wohnungsmarkt					x				x			
			Segregation		x		x								
			Negative Erfahrung im Umgang mit Behörden						x						x
			Bürokratische Hürden			x	x		x				x		x
	Soziale Dimension														
	Identifikatorische Dimension														
	Dimensionsübergreifend	persönliches Umfeld	Fehlende Unterstützung						x						x
			Erfahrene Ungerechtigkeit / Diskriminierung									x			x
		Gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System	Wenig ausgeprägtes Integrationsklima / Willkommenskultur										x		
			Unzureichende Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf Integrationsangebote	x			x			x	x				x
			Bestehende Ressentiments	x			x	x	x	x			x		x

7 Vergleichende Betrachtung der Untersuchungsergebnisse

Um die Befunde der im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten quantitativen und qualitativen Studien besser einordnen zu können, werden die Ergebnisse im Folgenden zu anderen Untersuchungen, die die Themen Migration und Integration theoretisch oder empirisch erfassen, in Beziehung gesetzt.

7.1 Vergleichende Betrachtung der Ergebnisse der schriftlich standardisierten Befragung

Aufgrund teilweise ähnlicher Fragestellungen und Antwortvorgaben wurde zur besseren Vergleichbarkeit die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b) in Auftrag gegebene Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) herangezogen. Da ein spezifischer Item („Wunsch nach mehr Kontakten zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit“) nicht in die Repräsentativbefragung einbezogen wurde, wird für diesen Item auf die ebenfalls vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009) herausgegebene Studie „Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz“ zurückgegriffen. Darüber hinaus basiert die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b) veröffentlichte RAM-Studie auf einer Samplestruktur, die mit der der vorliegenden Arbeit vergleichbar ist. So ähneln sie sich beispielsweise hinsichtlich der berücksichtigten Nationalitäten, der Aufenthaltsdauer sowie der Altersstruktur der Befragten.

Sowohl der Repräsentativbefragung als auch der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ liegen die Personenlisten des Ausländerzentralregisters zugrunde, die die Basis der jeweils zweistufigen Stichprobenziehungen bilden. Während bei der RAM-Studie die Merkmale „Staatsangehörigkeit“ (griechisch, italienisch, polnisch, türkisch oder Nationalität eines Nachfolgestaates des ehemaligen Jugoslawiens), „Alter“ (14-79 Jahre), „Aufenthaltsdauer“ (≥ 12 Monate) und „Aufenthaltsstatus“ (gesichert) zur Auswahl der Untersuchungspersonen herangezogen wurden, spielte bei der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ das Alter (≥ 14 Jahre) und die Wohnhaft in „Privathaushalten in Deutschland [eine Rolle], in denen mindestens eine Person lebt, die einen Migrationshintergrund aus einem muslimisch geprägten Land aufweist.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: 40) Insgesamt wurden im Rahmen der beiden Studien deutschlandweit 4.576 (Repräsentativbefragung) beziehungsweise 6.004 (Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“) Interviews mit Personen aus Afrika, Asien und Europa geführt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: 37, 40, 52-53; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010b: 26, 28, 32).

Je nach Befragungsschwerpunkt wurden neben der RAM-Studie und der Untersuchung „Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz“ weitere Studien herangezogen, die vergleichbare Fragestellungen zur vorliegenden schriftlich standardisierten Befragung beinhalten. Vor dem Hintergrund dieser breit angelegten Studien lassen sich die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit bezüglich

der Kreisstadt Merzig einordnen, wobei sich gerade in den Abweichungen Besonderheiten der Kreisstadt Merzig zeigen.

Im Folgenden sollen vor allem diejenigen Bereiche betrachtet werden, wo sich Items mit gleichen Ausprägungen finden. Dies sind beispielsweise bezüglich der Repräsentativbefragung die Bereiche „Spracherwerb, deutsche Sprachkompetenz und –praxis“, „Erwerb und Anerkennung des Bildungsabschlusses“, „Derzeitiges Beschäftigungsverhältnis“, „Wohnform und Zusammensetzung des Wohnumfeldes“, „Intergruppenkontakte“ sowie „Verbundenheit mit dem Herkunftsland“ und „Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit“, wo es im Vergleich zur Kreisstadt Merzig zu Übereinstimmungen aber auch Unterschieden kommt.

Während in der Repräsentativbefragung rund 50 Prozent der Befragten angaben, über sehr gute beziehungsweise gute deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen, waren es in der die Kreisstadt Merzig betreffenden Untersuchung etwa 69 Prozent. Dieser Unterschied resultiert im Wesentlichen aus der Tatsache, dass in der Kreisstadt Merzig aufgrund der grenzüberschreitenden Wohnmigration viele Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit leben. Ähnlich wie bei der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008a: 6) herausgegebenen Studie „Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland“ bewerteten die in der Kreisstadt Merzig lebenden Personen türkischer Staatsangehörigkeit ihre Deutschkenntnisse am schlechtesten. Lernten laut RAM-Studie die meisten Untersuchungspersonen Deutsch am Arbeitsplatz (rund 46 Prozent), waren es in der Kreisstadt Merzig etwa 30 Prozent. Hier gaben die meisten Befragten (rund 40 Prozent) an, ihre deutschen Sprachkenntnisse im Alltag erworben zu haben. Auch hinsichtlich der Mediennutzung zeigten sich Unterschiede zwischen den beiden Studien. So nutzten in der Kreisstadt Merzig durchschnittlich etwa 51 Prozent der befragten Personen überwiegend deutschsprachige Medien, während dieser Anteil in der Repräsentativbefragung bei rund 44 Prozent lag.

Was den Erwerb des Bildungsabschlusses betrifft, gaben etwa 76 Prozent der Befragten in der Kreisstadt Merzig an, ihren Bildungsabschluss im Ausland erworben zu haben. Deutschlandweit beziffert die RAM-Studie diesen Anteil auf 51 Prozent. Von den im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen lag die Anerkennungsquote in der Kreisstadt Merzig mit rund 43 Prozent um etwa 10 Prozent höher als in der Repräsentativbefragung. Mit einer Arbeitslosenquote von rund 13 Prozent waren laut RAM-Studie dreimal so viele Untersuchungspersonen arbeitslos als in der Kreisstadt Merzig. Jedoch kann der Arbeitslosenanteil von etwa 4 Prozent nicht als repräsentativ für die Kreisstadt Merzig angesehen werden, da die Arbeitslosenquote von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in der Kreisstadt im Jahr 2012 bei 19,2 Prozent lag (s. Kap. 5.1.3.2). Hinsichtlich der Diskriminierung am Arbeitsplatz gaben rund 10 Prozent der befragten Personen in der Kreisstadt Merzig an, aufgrund des Migrationshintergrundes im beruflichen Umfeld Diskriminierungen ausgesetzt gewesen zu sein, wobei dies in erster Linie für Personen türkischer Staatsangehörigkeit sowie für Personen mit höherem Bildungsabschluss gilt. Damit bestätigen sich auch für die Kreisstadt Merzig die

Erkenntnisse der Studie „Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung (2014: 30), wonach „viele Türkeistämmige [...] von Diskriminierung, zum Beispiel bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche“ berichten. Ebenso spiegeln sich die Ergebnisse einer Untersuchung von Goldberg, Mourinho und Kulke (1995) wider, wenn etwa 16 beziehungsweise 13 Prozent der Untersuchungspersonen in der Kreisstadt Merzig mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss beziehungsweise Fachhochschulreife/Abitur von erlebter Diskriminierung im Arbeitsumfeld erzählen.

Ein weiteres Merkmal der strukturellen Integrationsdimension stellt die Wohnform dar. Während bundesweit laut Repräsentativbefragung rund 22 Prozent der Befragten über Wohneigentum verfügten, lag dieser Anteil bei den Untersuchungspersonen in der Kreisstadt Merzig bei etwa 71 Prozent. Ursache hierfür ist unter anderem, dass das Saarland innerhalb Deutschlands die höchste Wohneigentumsquote aufweist (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 13). Hinzu kommt die Lage der Kreisstadt Merzig in den ländlichen Räumen des Saarlandes. Wie der von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011) herausgegebene „Zweite Integrationsindikatorenbericht“ verdeutlicht, ist die Eigentümerquote von Personen mit Migrationshintergrund vor allem in ruralen Regionen besonders hoch. Allerdings übersteigt die in der Kreisstadt Merzig diagnostizierte Wohneigentumsquote die im Integrationsindikatorenbericht angegebene um rund 30 Prozentpunkte (vgl. Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 117). Befragt nach den Wünschen der Bevölkerungszusammensetzung des direkten Wohnumfeldes, bevorzugten etwa 26 Prozent der befragten Personen in der Kreisstadt Merzig ein Wohnumfeld mit überwiegend Bewohnern deutscher Staatsangehörigkeit. Ein Wohnumfeld mit überwiegend Personen ausländischer Staatsangehörigkeit wünschten hingegen nur rund 1 Prozent der Befragten. Bei der RAM-Studie lagen diese Anteile bei etwa 36 beziehungsweise 4 Prozent. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014: 39), wenn er feststellt, dass Personen mit Migrationshintergrund nicht prioritär Personen aus dem eigenen Herkunftsland als Nachbarn bevorzugen.

Mit Blick auf soziale Intergruppenkontakte im Wohnumfeld gaben rund 1 beziehungsweise 5 Prozent der Untersuchungspersonen in der Kreisstadt Merzig beziehungsweise der Repräsentativbefragung an, über keine Kontakte zu Autochthonen im Wohnumfeld zu verfügen. Gleichzeitig standen mehr als die Hälfte der befragten Personen in der Kreisstadt Merzig in regelmäßigem Kontakt mit autochthonen Nachbarn, was den Ergebnissen der Untersuchung „Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2010c: 5) entspricht. Ebenso stark ausgeprägt waren in der Kreisstadt Merzig private Kontakte mit Autochthonen. Im Unterschied zur RAM-Studie (etwa 11 Prozent) bestanden lediglich bei rund 5 Prozent der Befragten keine privaten Beziehungen zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit, eine Folge ländlich

strukturierter Regionen und damit verbundener geringerer Anonymität. Eine Differenzierung nach Nationalitäten hinsichtlich der privaten sozialen Kontakte zu Autochthonen macht deutlich, dass in der Kreisstadt Merzig Personen türkischer Staatsangehörigkeit über weniger private Intergruppenkontakte verfügten als Angehörige anderer Nationalitäten. Zu dem gleichen Ergebnis kommen auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c: 6) sowie die Bertelsmann Stiftung (2009: 19) und Farwick (2009: 21) spricht diesbezüglich sogar von einer ausgeprägten „sozialen Abschottung [...] de[r] türkischen Zuwanderer“. Auch der Befund des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (2010c: 6), dass jüngere Allochthone im Regelfall über häufigere interkulturelle Kontakte zu Autochthonen verfügen als ältere, konnte durch die Befragung in der Kreisstadt Merzig im Wesentlichen bestätigt werden. Im Unterschied zu den Erkenntnissen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2010c: 6) zeigte sich allerdings auch, dass die über 70-Jährigen ebenfalls häufig in intensiven privaten Kontakten zu autochthonen Personen standen. Gleichzeitig wurde jedoch auch das Fehlen privater Intergruppenkontakte zu Autochthonen in diesen Altersgruppen vermehrt genannt. Eine besondere Rolle in den ländlichen Räumen spielen auch Vereine, die in Bezug auf die allochthone Bevölkerung sowohl inkludierende als auch exkludierende Wirkung haben können (vgl. Schader-Stiftung 2011b: 30). Während laut Repräsentativstudie etwa 23 Prozent der befragten Personen Mitglied in einem Verein waren, betrug dieser Anteil in der Kreisstadt Merzig rund 41 Prozent. Damit haben die lokalen Vereine in der Kreisstadt Merzig eher eine inkludierende Funktion. Besonders beliebt waren dabei, ähnlich wie vom „Kohäsionsradar“ der Bertelsmann Stiftung (2012b: 33-34) mit Verweis auf die Untersuchungen von Gensicke et al. (2006) dargestellt, die „Bereiche[...] Schule und Kindergarten sowie Sport und Bewegung“ (Bertelsmann Stiftung 2012b: 33-34).

Zur identifikatorischen Integrationsdimension zählt unter anderem der Grad des Wohlbefindens. Während mehr als 89 Prozent der Befragten der Kreisstadt Merzig auf lokaler Ebene von Gefühlen des Wohlbefindens sprachen, gaben laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung (2009: 6) 69 Prozent der Untersuchungspersonen an, sich auf nationaler Ebene und damit in Deutschland wohlfühlen zu können. Diese Unterschiede gründen in erster Linie darin, dass sich Zugehörigkeiten und Bindungen aufgrund sozialer Kontakte zunächst lokal herausbilden, was direkten Einfluss auf den Grad des Wohlbefindens hat. Bedingt durch persönliche Beziehungen und Erfahrungen ist daher das Gefühl von Wohlbefinden vermutlich auf lokaler Ebene stärker ausgeprägt als auf nationaler. Bedeutsam für die Entstehung von Wohlbefinden ist darüber hinaus das Gefühl, akzeptiert und toleriert zu werden. So berichteten rund 84 Prozent der in der Kreisstadt Merzig befragten Personen innerhalb des Wohnumfelds akzeptiert und toleriert zu werden. Deutlich geringer war dieser Anteil mit etwa 67 Prozent jedoch bei Personen türkischer Staatsangehörigkeit. Auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014: 30) sowie die Bertelsmann Stiftung (2009: 18) kommen im Rahmen ihrer Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass sich diese Personengruppe in geringerem Maße

akzeptiert und toleriert fühlt. Mit Blick auf das Item „Verbundenheit mit dem Herkunftsland“ bestehen zwischen den Ergebnisse der RAM-Studie und der in der Kreisstadt Merzig durchgeführten Untersuchung nur geringe Unterschiede. Auffällig ist allerdings, dass sich lediglich rund 3 Prozent der Befragten der Repräsentativbefragung nicht mehr mit dem Herkunftsland verbunden fühlten. In der Kreisstadt Merzig waren dies hingegen etwa 10 Prozent, was unter anderem auf die befragten Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund zurückzuführen ist, von denen sich rund ein Drittel nicht mit dem Herkunftsland verbunden fühlte. Damit ergibt sich der zwischen den beiden Studien bestehende anteilmäßige Unterschied aus der Tatsache, dass Personen mit ehemals sowjetischem Migrationshintergrund keine Berücksichtigung in der RAM-Studie fanden. Ähnlich wie andere Untersuchungen (u.a. Bertelsmann Stiftung 2009: 11) belegen, gibt es unter den befragten Personen in der Kreisstadt auch das Phänomen hybrider Identitäten. Dabei verstärkt sich das Verbundenheitsgefühl zum Ankunftsland mit zunehmender Aufenthaltsdauer, was auch bei der Untersuchungsgruppe in der Kreisstadt Merzig nachgewiesen werden konnte (vgl. Bertelsmann Stiftung 2009: 10; Hans 2010: 42). Neben der Aufenthaltsdauer spielte für die Entwicklung eines Gefühls der Verbundenheit zum Ankunftsland beispielsweise das Alter der Befragten eine Rolle, was auch in der Untersuchung „Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zur Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt“ des Bundesministeriums des Innern (2008: 93) deutlich wird. Nach ihrer Bereitschaft, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen befragt, waren rund die Hälfte der Untersuchungspersonen der Repräsentativbefragung nicht gewillt, deutsche Staatsbürger zu werden. In der Kreisstadt Merzig belief sich dieser Anteil auf etwa 32 Prozent. Wesentliches Kriterium für die Annahme der deutschen Nationalität war für die befragten Personen in der Kreisstadt Merzig (32 Prozent) die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft. Für die Befragten der RAM-Studie (rund 13 Prozent) war dieser Aspekt hingegen von geringerer Relevanz. Der Feststellung von Maehler (2012: 27) mit Verweis auf Hagedorn (2001), Mehrländer et al. (1996) und Riegler (2000) entsprechend, wonach „EU-Bürger am wenigsten und politisch verfolgte Minderheiten oder Flüchtlinge am ehesten bereit sind, sich einbürgern zu lassen“ (Maehler 2012: 27), zeigten auch in der Kreisstadt Merzig vor allem Untersuchungspersonen türkischer Staatsangehörigkeit und sonstiger Nationalitäten die Bereitschaft zur Einbürgerung.

Waren für die befragten Personen der Repräsentativbefragung Familienmitglieder (etwa 48 Prozent) sowie allochthone (rund 22 Prozent) und autochthone (18 Prozent) Freunde die wichtigsten Ansprechpartner bei Problemen, nannten die Befragten in der Kreisstadt Merzig neben Familienmitgliedern (etwa 54 Prozent) vor allem autochthone Freunde (rund 36 Prozent) und Behörden (etwa 22 Prozent). Die stärkere Relevanz von Autochthonen als Ansprechpartner kann unter anderem auf den ländlichen Charakter der Kreisstadt Merzig zurückgeführt werden, der sich beispielsweise in einem höheren Bekanntheitsgrad, engeren sozialen Netzwerken und flacheren Strukturen äußert. Auf-

fällig ist darüber hinaus, dass von den Untersuchungspersonen in der Kreisstadt Merzig (rund 4 Prozent) andere Vereinsmitglieder häufiger als Ansprechpartner bei Schwierigkeiten genannt wurden als in der RAM-Studie (etwa 1 Prozent). Auch dies kennzeichnet rurale Regionen und unterstreicht die dortige inkludierende Wirkung der lokalen Vereinstätigkeit.

Bei der Betrachtung der Wahrnehmung der Allochthonen durch die Autochthonen zeigt sich, dass rund 33 Prozent der Befragten ohne erkennbaren Migrationshintergrund in der Kreisstadt Merzig die Anwesenheit von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland als Bereicherung und etwa 58 Prozent neutral sahen. Isernia et al. (2011: 6) beschreiben Deutschland in ihrer transatlantischen Untersuchung als einzige Nation, in der etwa die Hälfte der Bevölkerung die Zuwanderung als Chance und Potenzial einschätzt. Darüber hinaus verweisen die Autoren darauf, dass sich trotz der Sarrazin-Debatte die Einstellung der autochthonen Bevölkerung gegenüber den Themen „Migration“ und „Integration“ nicht erkennbar verschlechtert habe (vgl. Isernia et al. 2011: 21). Dieser Befund macht deutlich, dass die positive oder negative Beurteilung der Wahrnehmung allochthoner Personen nicht in erster Linie durch mediale Diskurse, sondern durch persönliche Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen bestimmt wird. Auch in der Kreisstadt Merzig wurde analog den Befunden des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014: 30) die Bedeutung interkultureller Kontakte und Kontaktmöglichkeiten deutlich, wonach die Möglichkeit und Häufigkeit interkultureller Begegnungen direkte Auswirkungen auf die positive oder negative Wahrnehmung der Autochthonen gegenüber Personen mit Migrationshintergrund haben.

Im Unterschied zu den Vergleichsstudien, die meist städtische Räume beziehungsweise die gesamte Bundesrepublik betreffen, steht bei der vorliegenden Arbeit mit der Betrachtung der Kreisstadt Merzig der ländliche Raum im Mittelpunkt. Darüber hinaus gehört die vorliegende Untersuchung zu den bisher noch wenigen Studien, die gleichzeitig allochthone und autochthone Personen hinsichtlich ihrer Erfahrungen und Sichtweisen bezüglich Migrations- und Integrationsprozessen berücksichtigen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich daraus, dass hier durch die Kombination von quantitativen und qualitativen Erhebungen neue Erkenntnisse bezüglich der Kreisstadt Merzig generiert wurden.

7.2 Vergleichende Betrachtung der Ergebnisse der problemzentrierten Interviews

7.2.1 Integrationsverständnis

Unter den interviewten Personen der vorliegenden Studie besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die eigene Integration für ein gelingendes Leben im Ankunftsland von großer Bedeutung ist, da mit ihr beispielsweise „der Zugang zu wichtigen Ressourcen im Leben wie etwa Wohnung, Arbeit, Bildung, politische Partizipation etc.

verbunden ist“ (Uslucan 2012b: 26) und sie damit eine persönliche Bereicherung sowie einen Gewinn darstellt.

„[Ohne Einbindung in die Ankunftsgesellschaft] habe ich keine Lebensqualität“ (Gurvan J., Z. 230)

„[Integration] ist [...] [mir] wichtig, weil man sonst für sich allein ist und es ist ja nicht gut, nur allein zu sein.“ (Zusanna W., Z. 149-150)

„[Fehlende Integration geht mit] so schlechte[n] Gefühle[n einher], man fühlt sich bedrückt. Ich weiß nicht, man hat dann Gedanken, Ängste, Probleme und was auch immer.“ (Rosa B., Z. 189-190)

Allerdings wird der Integrationsbegriff unterschiedlich konzeptualisiert. So sprechen einige Befragte ähnlich der Untersuchung von Riegel (2009: 27-28) ganz gezielt von „Anpassung“ oder „Assimilation“ (u.a. Emira, Franz, Paolo). Andere verwenden den Begriff „Integration“ oder „Inklusion“ (u.a. Marfa), um das interkulturelle Miteinander zu betonen, woraus nach Meinung Marfas etwas Neues entstehe, das jedoch Rückschlüsse auf die beteiligten Kulturen und Nationalitäten zulasse.

Neben der Verwendung verschiedener Begrifflichkeiten ist auch das Integrationsverständnis individuell verschieden. Trotz dieser Unterschiede lassen die einzelnen im Zuge dieser Forschungsarbeit genannten Integrationskonzepte allerdings gewisse Gemeinsamkeiten erkennen. So sind sie zumeist mehrdimensional und umfassen mindestens einen der folgenden Aspekte: Zufriedenheit sowie Wohlbefinden (u.a. Karim, Paolo, Zusanna) und damit verbunden ein angstfreies Leben im Ankunftsland (u.a. Rosa), eine selbstständige und unabhängige Lebensführung (u.a. Emira, Marfa, Zusanna), soziale Einbindung in die Ankunftsgesellschaft sowie aktive Teilnahme an der Gesellschaft (u.a. Franz, Karim, Paolo) und funktionale Anpassung (u.a. Ljiljana, Osman, Sebastián). Auch andere Autoren wie beispielsweise Lummer (1994), Richter (2006) und Uslucan (2012a) stellen „Zufriedenheit“ (Lummer 1994: 144), „sich willkommen und aufgenommen zu fühlen“ (Richter 2006: 192), „Sich-wohl-Fühlen“ (Richter 2006: 193) und „den Abbau von Angst und Unsicherheit“ (Uslucan 2012a: 47) als Merkmale erfolgreicher Integration heraus. Allerdings können sich diese Gefühle meist nur unter gewissen Rahmenbedingungen einstellen, die individuell festgelegt werden. So hängen die Zufriedenheit und das Wohlbefinden mancher Befragten der vorliegenden Arbeit unter anderem von einer selbstständigen und unabhängigen Lebensführung (u.a. Rosa, Zusanna), beispielsweise in Form finanzieller und/oder sozialer Unabhängigkeit, ab (vgl. Richter 2006: 192). Andere verbinden sie außerdem mit der aktiven und sozialen Teilhabe an der Gesellschaft (u.a. Annick und Luc, Marfa, Paolo). Nach Aussage der Interviewpartner (u.a. Emira, Franz, Paolo, Sebastián) ist allen Merkmalen jedoch gemein, dass sie eine Anpassungsleistung auf Seiten der allochthonen Bevölkerung voraussetzen, die aber ausschließlich auf funktionale Aspekte bezogen wird.

„Was heißt das: ‚sich anpassen‘? Man soll ja kein Schaf werden, man soll seine eigene Identität natürlich nicht verlieren.“ (Gurvan J., Z. 168-169)

„[D]ass man sich an das soziale Gefüge hier anpasst – ich betone ‚anpasst‘ – und trotzdem die Identität bewahrt.“ (Paolo S., Z. 118-119)

Entsprechend verschiedener Untersuchungen (u.a. Bundesministerium des Innern 2008; Schramkowski 2004 & 2007) wird damit auch in dieser Studie die „Anpassung an Strukturen und Gesetze der Einwanderungsgesellschaft als [...] selbstverständlich“ (Schramkowski 2004: 300) betrachtet und auf die Unvermeidbarkeit „partielle[r] Anpassungen“ (Bundesministerium des Innern 2008: 447) verwiesen, um den eigenen Zielen sowie den gestellten Anforderungen gerecht zu werden und sich gesellschaftlich sowie sozial eingliedern zu können (vgl. Riegel 2009: 28).

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Untersuchungspersonen (u.a. Emira, Franz, Paolo, Sebastián) von partieller, auf funktionale Aspekte beschränkte Anpassung sprechen, verdeutlicht, dass der Assimilationsbegriff in diesem Zusammenhang für sie nicht negativ konnotiert ist (vgl. Schramkowski 2007: 177, 240). Dies könnte unter anderem daran liegen, dass die funktionale Anpassung nicht mit Einschränkungen verbunden ist.

„Wie gesagt, es ist für mich auch kein Problem, wenn ich sage ‚Anpassen‘. Dann heißt das so, dass ich etwas aufgeben würde. Das tue ich aber nicht.“ (Ljiljana H., Z. 151-152)

So steht die Anpassung in keinem Widerspruch mit der Wahrung der Herkunftskultur, der Identität oder Religion, im Gegenteil, sie geht in der Regel mit einer Verbesserung der Lebensqualität im Ankunftsland einher (vgl. Hans 2010: 84; Richter 2009: 189; Schramkowski 2004: 300).

Die im Rahmen dieser Studie geäußerten Integrationsverständnisse sind ähnlich der Untersuchungen von Schramkowski (2004 & 2007), in denen auf die Subjektivität von Integrationsprozessen verwiesen wird, auch Ausdruck subjektiven sowie individuellen Empfindens und Urteilens (vgl. Schramkowski 2007: 147). Allerdings ist diese Subjektivität nicht von spezifischen Kontexten losgelöst. Sie wird beispielsweise von familiären, gesellschaftlichen, sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen geprägt, weshalb die „Auslegungen [der Integration] [...] nicht [ausschließlich] individueller Prägnungen im Sinne persönlicher Präferenzen und Überzeugungen“ (Richter 2006: 194) entstammen (vgl. Richter 2006: 194; Schramkowski 2007: 163, 171). Vor diesem Hintergrund benennt Richter (2006: 195-197) vier Faktoren, die das persönliche Integrationsverständnis bedingen können: „Migrationszeitpunkt und politische sowie soziale Diskurse“, „Migrationsziel und Migrationsmotive“, „Bildung“ sowie „Biografisches Alter“. Darüber hinaus können unter anderem auch „persönliche[...] Bedürfnisse[...] und Ziele[...], [...] [die] Aufenthaltsdauer [im Ankunftsland sowie] [...] Erfahrungen im gesellschaftlich-strukturellen Bereich“ (Schramkowski 2004: 302) die Beurteilung gelingender Integration und damit das persönliche Integrationsverständnis beeinflussen. Aber auch diverse andere Faktoren wie der „Freundeskreis, die Bevölkerungszusammensetzung am Wohnort [...] [und] das familiäre Umfeld“ (Schramkowski 2007: 164) können sich in der subjektiven Integrationsdefinition widerspiegeln.

In dem Wissen um die Subjektivität des Integrationsverständnisses und der damit verbundenen subjektiven Beurteilung individueller Integration sollten nicht ausschließlich externale Kriterien wie zum Beispiel Erwerbstätigkeit, Sprachniveau und

Vereinsmitgliedschaft, sondern auch internele Bewertungsmaßstäbe für die Einschätzung erfolgreicher Integration herangezogen werden. Jedoch ist auch die alleinige Berücksichtigung interner Kriterien wie beispielsweise „Zufriedenheit“ oder „Wohlbefinden“ nicht zielführend, da es sich nicht zwangsläufig um einen dauerhaften Zustand oder ein zeitlich stabiles Gefühl handeln muss (vgl. Schramkowski 2004: 302; Schramkowski 2007: 149). Erst ein mehrdimensionales Integrationsverständnis und ein Bewertungssystem, dem sowohl externe als auch interne Kriterien zugrunde gelegt werden, ermöglichen eine differenzierte Betrachtung und Beurteilung von Integrationsprozessen. Darüber hinaus wird auf diese Weise erschwert, sich selbst oder andere Menschen aufgrund eines einzigen Lebensbereichs oder eines einzigen spezifischen Faktors als nicht integriert anzusehen. Allerdings kann die Beurteilung der Integration je nachdem, welche Kriterien zu Grunde gelegt werden, variieren. So zeigt die Studie von Schramkowski (2007: 317), dass der Großteil der Befragten trotz seiner an externen Kriterien gemessenen erfolgreichen Integration diese persönlich nicht positiv konnotiert. Im Gegensatz dazu dominiert bei den Interviewpartnern (u.a. Emira, Sebastián) der vorliegenden Untersuchung hingegen eine positive Sichtweise auf die eigene Integration.

„Ich fühle mich integriert.“ (Emira C., Z. 233)

„Ich fühle mich absolut integriert.“ (Sebastián O., Z. 260)

„Ich fühle mich vollkommen integriert.“ (Ljiljana H., Z. 878)

Bedingt durch ihre Mehrdimensionalität umfasst das jeweilige Integrationsverständnis der im Rahmen dieser Studie befragten Personen auch nicht nur einen einzigen, sondern gleichzeitig verschiedene Lebensbereiche. Neben den Bereichen Bildung (u.a. Paolo), Beruf (u.a. Emira, Franz, Rosa, Sebastián), Gesundheitsversorgung (u.a. Zuzanna) und Wohnungsmarkt (u.a. Emira, Karim) wurden auch der Spracherwerb (u.a. Ljiljana, Osman, Rosa), die „Aneignung gesellschaftlicher Orientierungsmuster bzw. [...] [der] Erwerb von Kenntnissen über das kulturelle Orientierungssystem der aufnehmenden Gesellschaft“ (Schramkowski 2007: 96) (u.a. Franz, Karim, Ljiljana), die soziale Einbindung und Freizeitgestaltung (u.a. Franz, Karim, Marfa) sowie die eigene Familie und Lebensführung (u.a. Sebastián, Osman) als besonders relevant für die individuelle Integration genannt. Viele dieser Aspekte finden sich auch in anderen Untersuchungen wieder. So beispielsweise in einer Studie von Lummer (1994), der den Erfolg der Integration in Zusammenhang mit der „Erfüllung von Unterzielen“ (Lummer 1994: 145) stellt. Zu diesen Unterzielen zählen beispielsweise „Ausbildung“, „Wirtschaftliche Selbstständigkeit“, „Sprachkompetenz“, „Anpassung“, „Interethnische Kontakte“ und „Familiengründung“ (vgl. Lummer 1994: 145-149). Darüber hinaus betont auch die Autorengemeinschaft in dem von Luft und Schimany (2010a) herausgegebenen Sammelband, die Relevanz von beruflicher Qualifizierung, die sie als „Schlüsselfrage“ im Bereich struktureller Integration sehen (vgl. Luft & Schimany 2010b: 31). Während unter anderem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008a: 10), Schwarz (2012: 82), Richter (2006: 177, 180), Uslucan (2012a: 49) sowie

Vogel und Rinke (2008: 268-269) vor allem auf die Bedeutung der Sprache für den Eingliederungsprozess verweisen, stellen zum Beispiel Ager und Strang (2008: 180), Bauer (2013: 82) sowie Lange und Polat (2009b: 14) unter anderem die gesellschaftlichen Beziehungen und Kontakte sowie deren Einfluss auf die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls in den Vordergrund.

Im Unterschied zu Untersuchungen von Richter (2006: 177), Riegel (2009: 31-32) und Sprenger (2007: 192), in denen „die überwiegende Mehrheit [der Interviewpartner mit Migrationshintergrund] Integration alleinig als Leistung der ImmigrantInnen sieht“ (Sprenger 2007: 192), spricht der Großteil der Befragten der vorliegenden Forschungsarbeit (u.a. Gurvan, Marfa, Rosa, Sebastián) und weiterer Studien (u.a. Bundesministerium des Innern 2008: 449; Horvat 2009: 332; Schramkowski 2004: 300) explizit von einem beidseitigem Prozess, für den sowohl Allochthone als auch Autochthone Verantwortung übernehmen sollten. Über die reine Verantwortungszuschreibung hinaus bestehen außerdem ganz konkrete Erwartungen an die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund, wie sie zum Gelingen von Integrationsprozessen beitragen können.

So wird auf Seiten der allochthonen Personen in erster Linie das Vorhandensein beziehungsweise die Bereitschaft zur Entwicklung eines Integrationswillens genannt, der die Grundlage für einen aktiven Einsatz sowie besonderes Engagement im Hinblick auf die individuelle Integration bildet. Außerdem sehen die Interviewten (u.a. Emira, Ljiljana, Sebastián) die Zugezogenen in der Pflicht, den eigenen Integrationsprozess anzustoßen beispielsweise durch Offenheit und Neugierde, funktionale Anpassung oder aktives Zugehen auf Autochthone und ihn durch Anstrengungs-, Leistungs- und Lernbereitschaft sowie Eigeninitiative aufrechtzuerhalten.

„Ich glaube, dass der erste Schritt von dem kommen muss, der dazukommt.“ (Franz R., Z. 596-597)

„[Die Zugezogenen] müssen sich auch mal zeigen.“ (Gurvan J., Z. 193)

„Unter Leute gehen. [...] Und dass die Menschen, wenn sie hierher kommen, nicht nur im Verwandtenkreis bleiben, sondern auch andere Leute kennen lernen.“ (Marfa N., Z. 1237-1239)

„Man muss etwas tun, um angenommen zu werden.“ (Ljiljana H., Z. 145)

Auch einige Interviewpartner von Schramkowski (2007: 174) sehen die Vervollständigung der Integration „als Eigenverantwortung der Eingewanderten an, potenzielle Möglichkeiten des Aufnahmelandes zu nutzen, und [sich] engagiert [...] mit großer Motivation [und Lernbereitschaft] für die Erfüllung der für sie zentralen Komponenten der Integration“ einzusetzen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen ebenfalls die Untersuchungen von Bauer (2013) und Shenavari (2009), in denen Konsens unter den befragten Personen mit Migrationshintergrund besteht, dass „[d]er Prozess der Integration [...] für jeden Migranten [...] individuelle Anforderungen mit sich [bringt], die es zu bewältigen gilt, will man im Aufnahmeland bleiben und dort eine neue Existenz aufbauen.“ (Bauer 2013: 66)

Allerdings können die Anstrengungen auf Seiten der allochthonen Bevölkerung nach Einschätzung der im Zuge dieser Untersuchung befragten Personen (u.a. Gurvan, Marfa, Rosa, Sebastián) nur dann erfolgreich sein, wenn zusätzlich auch autochthone Personen durch ihre Offenheit für und ihr Interesse an anderen Menschen und Kulturen zum Gelingen der Integration beitragen (vgl. Merkle 2009: 69).

„Nicht die Einheimischen müssen die Probleme lösen, sondern die Zuwanderer. Einheimische müssen ihnen die Chance geben, dass sie es lösen können.“ (Franz R., Z. 847-849)

„Wenn die einheimische Bevölkerung offen ist, ist es einfach.“ (Sebastián O., Z. 244)

Daher wünschen sie sich von der Ankunfts-gesellschaft einen gleichberechtigten, respektvollen und toleranten Umgang (u.a. Emira, Karim, Rosa, Sebastián) sowie die Schaffung einer wertschätzenden und diskriminierungsfreien Umwelt (u.a. Ljiljana), was als grundlegend für die Vermittlung von Gefühlen der Akzeptanz und des Willkommenseins angesehen wird (u.a. Karim, Paolo, Rosa). Darüber hinaus äußern sie, dass nicht nur von Allochthonen, sondern ebenso von Autochthonen die Initiative zur gegenseitigen Begegnung ausgehen sollte (u.a. Ljiljana, Zusanna). Auch in anderen Studien (u.a. Ager & Strang 2008: 180; Bauer 2013: 58, 82; Lange & Polat 2009b: 14; Nesdale 2002; Richter 2006: 192; Schramkowski 2007: 152, 158, 175) wird vielfach die Bedeutung von Akzeptanz, Anerkennung kultureller Vielfalt und Mehrfachzugehörigkeit, interkulturellen Kontakten zwischen Allochthonen und Autochthonen sowie Toleranz und sich daraus entwickelnder Zugehörigkeit für eine erfolgreiche Integration herausgestellt. Negative Konsequenzen für den Integrationsprozess gehen nach Aussage der im Rahmen dieser Arbeit Interviewten (u.a. Gurvan, Marfa, Osman, Paolo) hingegen mit sozialer Distanz einher, die sich nach Farwick (2009: 111) „in der Herausbildung negativer Stereotype[n], Vorurteile[n] und Diskriminierungen äußert [...] [und die er] als Handlungsbarriere und -beschränkung“ charakterisiert. Zusätzlich zu den genannten Aspekten formulieren die Interviewpartner darüber hinaus den Wunsch, während des Integrationsprozesses von autochthonen Privatpersonen beispielsweise in Form konkreter Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen begleitet zu werden (u.a. Annick und Luc, Emira, Rosa) und ihnen Geduld sowie Verständnis für ihre Situation entgegen zu bringen (u.a. Karim, Osman, Sebastián).

„Einheimische kennen die Gesetze besser und können Tipps geben, wie man sich benimmt und am besten vorgeht, um etwas zu erreichen.“ (Marfa N., Z. 242-243)

„Die Einheimischen dürfen nicht ganz so stur sein. Ein bisschen mit Geduld.“ (Osman A., Z. 242-243)

„Und vielleicht ist es diese Erfahrung, dass die Leute, die hier sind, auf einen zugehen. Wenn einer auf uns zugegangen ist: ‚Hallo, wie geht es euch? Von woher kommen Sie?‘ oder wenn ich nicht weiß, dass Weihnachten ist, und ein Korb voll mit allem vor der Tür steht und mein Nachbar wünscht mir Frohe Weihnachten, und dann denkt man sich: ‚Aha, du bist in dieser Gesellschaft willkommen.‘ Das ist sehr wichtig. Und diese Erfahrung habe ich schon gemacht.“ (Emira C., Z. 959-965)

Auch in den von Schramkowski (2007: 179) geführten Interviews verweisen die Befragten auf die „immensen Auswirkungen“, die die Unterstützung, und seien es nur „kleine Gesten“, durch Privatpersonen wie beispielsweise Lehrer oder Nachbarn haben

kann (vgl. Ager & Strang 2008: 180). So können sich diese nicht nur positiv auf die Eingliederung der Zugezogenen in den einzelnen Integrationsdimensionen auswirken, sondern auch auf die gesamte Persönlichkeit, da dadurch auch die Entstehung von Selbstwertgefühlen und Gefühlen der Sicherheit gefördert werden kann (vgl. Schramkowski 2007: 179). Ähnliche Wünsche an die Ankunftsgesellschaft wurden darüber hinaus von Untersuchungspersonen im Rahmen der von Bauer (2013) durchgeführten empirischen Studie geäußert, die sich beispielsweise ebenfalls größere Aufgeschlossenheit, Dialogbereitschaft, Einfühlungsvermögen, Interesse, Unterstützung und Verständnis seitens der Autochthonen erhoffen (vgl. Bauer 2013: 90, 92, 94).

Entsprechend der beidseitigen Verantwortung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund für den Integrationsprozess fordert der im Zuge der vorliegenden Untersuchung befragte Franz, auch zukünftig weitere Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration zu schaffen. Integration sollte in diesem Zusammenhang als mehrdimensional konzeptualisiert und die vier Dimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration) müssten berücksichtigt werden. Die im Rahmen dieser Studie benannten Integrationsbereiche können wie auch die in der Literatur identifizierten „Unterziele“ oder „Schlüsselqualifikationen“ jeweils einer der vier Integrationsdimensionen zugeordnet werden und unterstreichen damit nochmals deren Bedeutung sowie Gültigkeit (vgl. Schramkowski 2007: 367). Für die Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sieht der Interviewte Franz die Politik, die Gesellschaft sowie jeden einzelnen Bürger unabhängig des Migrationshintergrundes in der Verantwortung.

7.2.2 Funktionale Integration

Wie bereits in Kapitel 7.2.1 dargelegt, wird die funktionale Integration sowohl in der Literatur als auch von den Untersuchungspersonen (u.a. Annick und Luc, Emira, Franz, Paolo) als grundlegend für den Integrationsprozess eingeschätzt. So setzt die strukturelle, soziale und identifikatorische Integration nach Heckmann (2015: 159) „einen Lern- und Sozialisationsprozess [auf Seiten der allochthonen Bevölkerung] voraus [...], um [beispielsweise] Positionen und Rollen [im Ankunftsland] überhaupt ausfüllen zu können.“ Löffler (2011: 85) spricht hingegen von „wichtige[n] Strukturelemente[n]“, die die Ankunftsgesellschaft vorgebe und die die Zugezogenen zwingen, „sich wenigstens in einem minimalen Umfang anzupassen, ohne dass sich die Aufnahmegesellschaft ihrerseits den Immigrantenkulturen anpasst.“ Zu diesen Lern- und Sozialisationsprozessen zählen einerseits der „Erwerb von Kompetenzen, die für die Kommunikation und Arbeit in der neuen Gesellschaft notwendig sind“ (Heckmann 2015: 159) sowie andererseits die Übernahme spezifischer „Orientierungsmuster“ (Schramkowski 2007: 96).

Obwohl bei den Interviewpartnern dieser (u.a. Gurvan, Ljiljana, Osman, Sebastián) und weiterer Untersuchungen mehrheitlich Konsens über die Notwendigkeit einer partiellen Anpassung auf funktionaler Ebene besteht, ist der Grad der Anpassungsbereit-

schaft subjektiv verschieden. So können unter anderem Rückkehrabsichten (u.a. Ljiljana, Paolo), die Freiwilligkeit der Migration (u.a. Rosa), Chancen des sozialen Aufstiegs, kulturelle Nähe beziehungsweise Distanz zwischen dem Herkunfts- und dem Ankunftsland (u.a. Annick und Luc, Franz) sowie die im Ankunftsland vorherrschende Integrationspolitik (u.a. Marfa), aber auch persönliche Merkmale wie das Bildungsniveau (u.a. Sebastián) und der Einsatz für berufliche sowie gesellschaftliche Eingliederung (u.a. Gurvan, Ljiljana) Einfluss auf die Bereitschaft zur individuellen Anpassung nehmen (vgl. Langer 2004: 65; Hans 2010: 88-89; Löffler 2011: 64, 92; Maehler 2012: 111; Uslucan 2012b: 31-32).

„Die Tatsache, dass man irgendwann [...] [mit einer Rückkehr] abgeschlossen hat, hier weiter zu leben und den Mittelpunkt des Lebens hier zu haben. Ich denke, dann ist man erst Teil der Gesellschaft und wenn man ständig, wie es früher war, und manche machen das heute noch - meine Landsleute oder andere Migranten - wartet, dass man in Rente geht, um zurückkehren zu können; die haben damit noch nicht abgeschlossen. Sie werden auch nicht vollständig ein Teil dieser Gesellschaft sein.“ (Paolo S., Z. 641-647)

„[D]iese zweiseitige Existenz aufzubauen. Und das war bei uns irgendwie nie. Wir haben gesagt, dass wir jetzt und hier leben und was nachher kommt; also ein bisschen zu planen, aber jetzt ein Haus am Meer und ein Haus dort, das haben wir nie gemacht. Wir waren immer nur da, wo wir sind.“ (Ljiljana H., Z. 219-222)

Allerdings wird in der Literatur auch betont, dass „Assimilationsbereitschaft und Assimilationsfähigkeit bei Einwandererminderheiten [zwar] [...] notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für eine erfolgreiche [...] [funktionale] Anpassung“ (Löffler 2011: 92) sind. Neben der persönlichen Bereitschaft und der Fähigkeit zur Anpassung zeigen sowohl die geführten Interviews (u.a. Annick und Luc, Franz, Karim, Rosa) als auch andere Studien (u.a. Löffler 2011: 92-93; Schramkowski 2007: 174-175; Schwarz 2012: 83) zusätzliche Abhängigkeiten zwischen dem Anpassungserfolg sowie einer Vielzahl weiterer externaler und internaler Variablen auf. In diesem Zusammenhang weist Osman, einer der im Rahmen dieser Arbeit Befragten, auf die Abhängigkeit des Anpassungserfolgs von dem Grad der ruralen beziehungsweise urbanen Prägung des Herkunftsortes und der in der Regel in ländlichen Räumen stärker ausgebildeten Traditionsorientierung hin. Der städtische Charakter und die damit verbundene Weltoffenheit können seiner Meinung nach die funktionale Integration erleichtern.

„Den einzigen Vorteil, den ich hatte, war, dass ich von [Name einer türkischen Stadt], von einer sehr großen Stadt. Viele, alle kamen von kleinen Dörfern hierher. Das ist eine ganz andere Welt. Ein Dorf in der Türkei und sie kommen nach Deutschland. Es ist wie Tag und Nacht.“ (Osman A., Z. 750-753)

Darüber hinaus können unter anderem Interesse und Neugierde für sowie Wertschätzung von spezifischen Gegebenheiten im Ankunftsland (u.a. Emira, Karim, Ljiljana, Sebastián), Zufriedenheit mit der eigenen Position und Situation im Ankunftsland (u.a. Franz, Osman, Zusanna), Segregationstendenzen (u.a. Franz), räumliche Nähe zwischen Herkunfts- und Ankunftsland (u.a. Annick und Luc, Gurvan) und die Offenheit der Ankunftsgesellschaft (u.a. Ljiljana, Paolo, Rosa) eine wichtige Rolle im Hinblick

auf den Anpassungserfolg spielen (vgl. Löffler 2011: 92-93; Schramkowski 2007: 175; Schwarz 2012: 83). So kann beispielsweise die eigene Zufriedenheit unter anderem die Identifikation mit bestimmten Kulturbereichen sowie mit der Gesellschaft des Ankunftslandes erleichtern und beeinflusst auf diese Weise, ob eine „äußere“ oder eine „innere Anpassung“ vorgenommen wird (vgl. Löffler 2011: 88, 92).

Während die „äußere Anpassung“ aus Not oder Zwang geschieht, ohne „dass Sinn und Wert dieser Tugenden bejaht werden“ (Löffler 2011: 88), basiert hingegen die „innere Anpassung“ in Form der Internalisierung auf einer Identifizierung mit und einer Wertschätzung des „Normen- und Wertesystem[s]“ (Löffler 2011: 88) des Ankunftslandes. Damit kann die „innere Anpassung“ als ein Auswahlprozess verstanden werden, den Richter (2006: 188) als „einen Prozess, der stark von eigener Initiative, Wahlmöglichkeiten und Entscheidungen geprägt ist“, beschreibt. Diesen Auswahlprozess macht sich beispielsweise auch die Interviewpartnerin Ljiljana ganz bewusst beim Spracherwerb zunutze.

„Ich habe mich auch nie bemüht, meinen Akzent zu verbessern. Ich wollte mich immer klar und deutlich ausdrücken, aber ich wollte mich nicht verleugnen, indem ich [...] [den Akzent] jetzt verstecke.“ (Ljiljana H., Z. 772-774)

Dies setzt allerdings einerseits Kenntnisse über unterschiedliche Gewohnheiten sowie über „Geschichte, Institutionen, Religion, Rituale, Interaktionsformen und Alltagspraktiken der Aufnahmekultur“ (Uslucan 2012a: 48) voraus, weshalb Gurvan, einer der Befragten, eine stärkere Auseinandersetzung mit der Kultur des Ankunftslandes fordert. Andererseits bedeutet es auch eine gleichberechtigte Positionierung der Zugezogenen im Gesellschaftssystem. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird die Entscheidungs- und Wahlfreiheit überhaupt erst möglich (vgl. Richter 2006: 188, 190). Die „innere Anpassung“ greifen auch mehrere Untersuchungspersonen der vorliegenden Studie (u.a. Ljiljana, Paolo, Sebastián) auf und verweisen auf deren einfache Internalisierung, wenn sie im Einklang mit persönlichen Präferenzen oder Überzeugungen steht.

„Sich an [...] [Ordnung und Pünktlichkeit] anzupassen, fällt einem sehr leicht, weil es angenehm ist.“ (Paolo S., Z. 617-618)

„[D]er Staat ist insofern wichtig, weil er einiges formen und in Regeln bündeln kann und damit formt er auch die Menschen oder ihre Gewohnheiten in irgendeiner Weise. Und da passe ich mich gerne an, wenn ich das gut finde.“ (Ljiljana H., Z. 542-545)

Fehlt die subjektive Wahlmöglichkeit, können die „Assimilationserwartungen [...] [aber auch] als Druck wahrgenommen [werden], [...] nicht auffallen zu dürfen“ (Schramkowski 2007: 177). Emira und Sebastián, zwei der Interviewten, sprechen davon, nicht negativ auffallen zu wollen.

„Sich an die Regeln halten. Nicht gegen die gängigen Regeln verstoßen. Nicht negativ auffallen.“ (Sebastián O., Z. 287-288)

„[S]ich so [...] benehmen, wie sich die Leute hier benehmen, um nicht anders aufzufallen. Sondern sich, wenn ich jetzt auf die Straße gehe, so zu benehmen, dass jeder denkt, ich wäre deutsch.“ (Emira C., Z. 203-205)

Den Untersuchungsergebnissen von Schramkowski (2007) entsprechend, ist das Nicht-Auffallen-Wollen damit auch für Emira in erster Linie mit der „Hoffnung [verbunden], nicht mehr als ‚Ausländer‘ definiert und mit Alltagsrassismen konfrontiert, sondern als Gesellschaftsmitglieder anerkennt und zur gleichberechtigten Teilhabe zugelassen zu werden.“ (Schramkowski 2007: 271)

Unabhängig des Migrationshintergrundes spielen Prozesse der Anpassung, der Anerkennung und des Respekts in jeder Biographie eine wichtige Rolle (vgl. Löffler 2011: 94). Jedoch besteht nach Löffler (2011: 94) „[d]er Unterschied zur Assimilation von Immigranten [...] in der Intensität beziehungsweise der Höhe der Kosten der individuellen Anpassung.“ Um die Kosten der Anpassung nicht ins Unermessliche zu steigern, betonen die Interviewpartner dieser (u.a. Emira, Karim, Marfa, Paolo) sowie weiterer Forschungsarbeiten (u.a. Bundesministerium des Innern 2008; Richter 2006; Schramkowski 2004 & 2007) daher, dass sich die Anpassungsleistung ausschließlich auf funktionale Aspekte beschränkt und damit nicht einer „vollständigen“ Assimilation gleichkommt, die mit einer „Aufgabe der Herkunftskultur“ (Löffler 2011: 95) und -identität einhergeht.

„Man muss sich nicht von seiner Abstammung trennen, um sich zu integrieren.“ (Karim F., Z. 301-302)

„[E]s [ist] schon wichtig [...], auch wenn man sich integriert, dass man sich nicht verleugnet. Ich kann das bleiben, was ich bin, und noch dazu etwas annehmen lernen.“ (Ljiljana H., Z. 391-393)

Ein ganz zentraler Aspekt funktionaler Integration, nicht nur aus Sicht der Literatur (u.a. Antirassistisches-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e.V. 2001: 7; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008a; Esser 2001: 26; Esser 2004: 47; Friedrich-Ebert-Stiftung 2010; Heckmann 2015: 161; Luft & Schimany 2010b: 33; Merkle 2009: 69; Schramkowski 2007: 242), sondern auch nach Einschätzung der Befragten dieser Untersuchung (u.a. Franz, Karim, Osman), ist die Beherrschung der Sprache des Ankunftslandes.

„Die Sprache ist das A und O.“ (Paolo S., Z. 731)

„[F]ür mich [war] klar, dass ich die deutsche Sprache lernen muss, um hier selbstständig zu sein.“ (Marfa N., Z. 949-950)

„[M]an [muss] die Sprache beherrschen. Egal wie.“ (Rosa B., Z. 196-197)

Auch heben beispielsweise Richter (2006: 216) und Uslucan (2012a: 63) die Bedeutung der Sprache heraus, indem sie von ihr als einem „exemplarische[n] Medium [sprechen], mit dessen Hilfe sozialisierende Vorgänge eingeleitet, vermittelt sowie soziale Wirklichkeiten konstruiert werden“ (Uslucan 2012a: 63). Mit Hilfe einer gemeinsamen Sprache sowie ähnlichen Kommunikationsstilen als „Basis und [...] Bindeglied eines Austausches“ (Richter 2006: 223) wird demnach unter anderem auch die soziale Inklusion erleichtert (vgl. Farwick 2009: 183). Dies verdeutlicht auch die Interviewte Marfa, indem sie ein Beispiel aus ihrem Bekanntenkreis anführt:

„Aus den Gesprächen mit [...] [einer Bekannten] habe ich festgestellt, dass sie auch einen guten Kontakt zu den Nachbarn hatte, obwohl sie nicht besonders gut Deutsch spricht. [...]“

Aber sie hat so einen Willen, sie will die Sprache lernen und sie versteht auch, dass [...] [die soziale Integration] für sie durch die Sprache einfacher wird.“ (Marfa N., Z. 465-467, 468-469)

Richter (2006: 216) spricht daher von der Sprache als „einem verbindenden Element, das Personen in eine Gemeinschaft einschließen [...] kann.“ Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass fehlende Sprachkenntnisse „Distanz markieren“ (Richter 2006: 223) können und somit der Sprache nicht nur eine inkludierende, sondern auch eine exkludierende Wirkung zukommen kann. Diese exkludierende Wirkung erleben beziehungsweise erlebten auch die beiden Interviewpartner Karim und Marfa. Geringe Sprachkenntnisse beeinträchtigen beziehungsweise beeinträchtigten ihre soziale und/oder strukturelle Integration.

„[D]en Dialekt, das [Name eines saarländischen Ortes] Platt, [habe ich] am Anfang nicht so gut verstanden [...]. Deshalb konnte ich an den Gesprächen nicht teilhaben“. (Marfa N., Z. 176-178)

Damit kann Sprache „als Kommunikationsmittel [sowohl] Bedingung [...] [als auch] Hindernis“ (Richter 2006: 217) für interkulturelle Begegnungen und Kontakte sein, wobei dieser Wirkungszusammenhang jedoch nicht nur einseitig besteht. So betonen die befragten Untersuchungspersonen (u.a. Emira, Osman, Paolo, Zusanna) mehrheitlich die besondere Bedeutung des informellen Lernens im Alltag sowie durch interkulturelle Begegnung, wodurch das Gelernte vertieft und praktiziert werden kann. Auch in der Literatur (u.a. Alisch 2011: 218; Bauer 2013: 72; Richter 2006: 217) wird die Rolle des informellen Spracherwerbs diskutiert sowie der Einfluss interkultureller Kontakte auf die Sprachkompetenz und vor allem auf die gesprochene Sprache als relevant beurteilt (vgl. Farwick 2009: 184; Löffler 2011: 72; Richter 2006: 217). Allerdings setzt nach Sauer und Goldberg (2001: 75) der Aufbau von Kontakten ein gewisses sprachliches Grundniveau voraus (vgl. Farwick 2009: 184). Esser (2006: 29) quantifizierte dieses Wirkungsgefüge mit dem Ergebnis, dass interkulturelle Kontakte stärker vom Grad der Sprachkenntnisse abhängen als die Sprachkenntnisse von interkulturellen Kontakten (vgl. Farwick 2009: 184). Dieses Ergebnis steht damit in einem Widerspruch zu den Erkenntnissen dieser Arbeit. Zusätzlich zur Herausbildung sozialer Kontakte beeinflusst die Sprache in besonderem Maße auch die Identitätsbildung (vgl. Us-lucan 2012a: 63). Durch eine gemeinsame Sprache besteht Einigkeit „über grundlegende kulturelle Konzepte“ (Richter 2006: 216) und die Anwendung beziehungsweise die Kommunikation über die Sprache können Gefühle der Teilhabe, des Wohlbefindens sowie der Zugehörigkeit vermitteln (vgl. Bauer 2013: 70).

Vor dem Hintergrund der geschilderten zentralen Rolle der Sprache für den Integrationsprozess kommt damit auch dem Spracherwerb eine grundlegende Bedeutung zu. Jedoch muss dieser nach Schwarz (2012: 82) „nicht unbedingt als Integration wahrgenommen werden [...] [, sondern kann] teilweise auch als Unterdrückung, Zwang, als Auslöschung des Fremden, der Andersartigkeit durch Anpassung an das Aufnahmeland“ verstanden werden. Da die Erstsprache wesentlichen Einfluss auf die Identitätsbildung nimmt, können allochthone Personen durch den Erwerb einer zweiten Sprache „ihr

Leben, das sie mit der Erstsprache verbinden, in Gefahr sehen“ (Schwarz 2012: 81), was mit einem Identitätsverlust einhergehen kann. Sowohl auf europäischer als auch auf bundesdeutscher Ebene ist diese Schwierigkeit bekannt, weshalb auch verstärkt auf den Erhalt der Erstsprachen hingewiesen wird (vgl. Schwarz 2012: 81). Allerdings lässt sich vermuten, dass eine negative Sicht auf den Zweitspracherwerb bei gleichzeitigem Erhalt der Erstsprache nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme ist. Dies bestätigen auch die im Rahmen dieser Arbeit geführten Interviews, in denen die Befragten (u.a. Gurvan, Ljiljana, Sebastián) ganz explizit die Notwendigkeit guter Deutschkenntnisse und damit verbunden die Relevanz von Eigeninitiative beim Spracherwerb unterstreichen. Der Spracherwerb sowie gute Sprachkompetenzen werden aus ihrer Sicht als Bereicherung und Chance begriffen, da sie Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Eingliederung sind. So ermöglichen gute Sprachkenntnisse unter anderem eine eigenständige Bewältigung des Alltags, wodurch die Interviewten Selbstständigkeit erreichen, die einerseits für den Integrationsprozess grundlegend ist und andererseits die Ich-Stärke fördern. Darüber hinaus stellt keiner der Interviewpartner den Erhalt der Erstsprache in Frage. Im Gegenteil ist es für sie selbstverständlich, sowohl die Erst- als auch die Zweitsprache zu praktizieren.

„Ich wollte, dass unsere Kinder auch unsere Sprache erlernen.“ (Ljiljana H., Z. 363-364)

„Ich spreche mit meinem Sohn und meiner Tochter auf Spanisch.“ (Sebastián O., Z. 689)

Die Tatsache, dass mit dem Erwerb der Zweitsprache nicht zwangsläufig ein Bedeutungsverlust der Erstsprache einhergeht, erleichtert ihnen eine positive Bewertung des Zweitspracherwerbs, was mit einer gesteigerten Eigenleistung sowie Lernbereitschaft verbunden sein kann. Uslucan (2012a: 50) fordert unabhängig vom Alter der Allochthonen eine kombinierte Förderung von Zweit- und Erstsprache. Darüber hinaus betont die Untersuchungsperson Marfa die Interdependenzen zwischen den Kenntnissen der Erst- und Zweitsprache.

„Wenn man mit den Leuten spricht, kann man auch feststellen, auf welchem Niveau sie ihre Muttersprache sprechen. Wenn die Muttersprache zum Beispiel nicht auf dem Niveau A II ist, bleibt Deutsch auf A I und kommt nicht auf A II. Die Leute, die in ihrer Muttersprache ein hohes Niveau haben, versuchen auch auf Deutsch ein hohes Niveau zu erreichen.“ (Marfa N., Z. 750-755)

Dies bestätigt auch eine These von Jim Cummins (1979), wonach „ohne eine etablierte Kompetenz in der Muttersprache ein Zweitspracherwerb nicht vollständig erfolgen könne [und] ab einem gewissen Alter nur noch mit einem subtraktiven Bilingualismus, nämlich mit unzureichenden Kenntnissen in beiden Sprachen, zu rechnen sei“ (Uslucan 2012a: 65-66). Neben den Kenntnissen der Erstsprache nehmen aber auch das Einreisearchter (u.a. Emira, Osman, Rosa), die im Ankunftsland erworbenen schulischen und beruflichen Qualifikationen (u.a. Osman), der Grad der Akkulturation (u.a. Karim, Marfa) sowie die Aufenthaltsdauer (u.a. Karim, Zusanna) Einfluss auf die Sprachkompetenz (vgl. Farwick 2009: 183-184; Uslucan 2012a: 65). Während einige der Befragten, die freiwillig und längerfristig geplant ihre Herkunftsländer verließen (u.a. Rosa), noch im Herkunftsland mit dem Spracherwerb begannen und dadurch mit gewissen

sprachlichen Vorkenntnissen einreisten, konnten Personen, bei denen die Migration unvorhersehbar war (u.a. Emira, Karim), hingegen nicht von diesen Vorteilen profitieren. Damit kann auch die Vorhersehbarkeit der Migration indirekt die Sprachkenntnisse bedingen (vgl. Uslucan 2012b: 32-33).

Außerdem wirken sich beispielsweise auch formelle Sprachförderangebote positiv aus. So schätzen viele Interviewte (u.a. Emira, Rosa, Sebastián, Zusanna) den Spracherwerb in Form formellen Unterrichts als hilfreich ein, da auf diese Weise wichtige meist grammatikalische Grundlagen vermittelt werden.

„Wenn ich damals die Möglichkeit gehabt hätte, hätte ich vielleicht den 6-monatigen Sprachkurs gemacht, um richtig zu schreiben. Ich kann schreiben: Sie werden alles verstehen, was ich schreibe, nur Buchstaben fehlen an manchen Stellen.“ (Emira C., Z. 568-571)

Ähnlich der zusammenfassenden Befunde von Alisch (2011) bewerten auch die Untersuchungspersonen dieser Arbeit (u.a. Emira, Rosa) das in der Kreisstadt Merzig bestehende Angebot an Sprachkursen als ausreichend. Gleichzeitig weisen sie jedoch auf die Relevanz von „Gelegenheiten für informelles Lernen [...] [und] für mehr (interkulturelle) Kommunikation“ (Alisch 2011: 218) hin, die den täglichen Gebrauch der Zweitsprache erst ermöglichen. Dazu zählen beispielsweise Sprachtandems (u.a. Sebastián), die einerseits durch ihren ungezwungenen Charakter zwischen zwei gleichberechtigten Partnern den Spracherwerb erleichtern und andererseits soziale Einbindung fördern. Für einen Teil der Befragten der quantitativen (s. Kap. 6.1.2) und qualitativen (u.a. Gurvan, Osman, Paolo) Studie stellten die alltäglichen Intergruppenkontakte mit Autochthonen sogar die einzige Möglichkeit des Spracherwerbs dar, was vor allem die Varianten der gesprochenen Sprache förderte. Gerade ungezwungene private Unterhaltungen, in denen der autochthone Gesprächspartner Verständnis für die Fehler des Gegenübers zeigt, und diese auch auf konstruktive Weise korrigiert, sind sowohl nach Aussage der Interviewpartner dieser Forschungsarbeit (u.a. Emira, Rosa, Sebastián) als auch der Untersuchung von Bauer (2013: 71-72) zufolge für den Lernprozess sehr förderlich.

„Ich habe [...] [meinen Arbeitskollegen immer] gesagt, dass sie mir bitte sagen sollen, wenn ich etwas falsch sage. ‚Nicht Dativ. Nicht Akkusativ‘. Die haben mir immer geholfen. Das Lernen war pro aktiv und aktiv.“ (Sebastián O., Z. 720-722)

„Und von anderen wurde ich korrigiert. Ich wurde immer korrigiert. [...] Und wenn einer immer so dabei ist, soll man nicht sauer sein. Ich habe auch immer gesagt: ‚Ich bin nicht sauer, wenn mich einer korrigiert.‘“ (Emira C., Z. 628-629, 632-634)

Zusätzlich zu den bereits genannten Faktoren verdeutlichen die geführten Interviews, dass der Lernerfolg auch von spezifischen Persönlichkeitsmerkmalen wie beispielsweise der Bewertung (u.a. Franz, Karim, Osman), der Lernbereitschaft und Eigeninitiative (u.a. Gurvan, Ljiljana, Sebastián), der Ausdauer und Geduld (u.a. Emira, Zusanna), dem Umgang mit während des Spracherwerbs auftretenden Frustrationserlebnissen (u.a. Gurvan, Rosa) und der „Toleranz im Kontakt mit [...] weniger verständnisvollen [...] Menschen“ (Bauer 2013: 72) bestimmt wird (vgl. Bauer 2013: 70, 72).

„Ich glaube [der Lernerfolg] [...] hängt viel von den Leuten ab, die die Sprache lernen möchten, wie bereit sie sind, die Leute im Zweifel nochmal nach Hilfe zu fragen.“ (Sebastián O., Z. 882-883)

Einfluss nehmen darüber hinaus auch der Mut, trotz sprachlicher Fehler die Sprache aktiv zu sprechen sowie die Kritikfähigkeit und der Umgang mit Korrekturen (u.a. Emira, Marfa, Sebastián; vgl. Bauer 2013: 72; Richter 2006: 224).

„Und auch wenn ich Deutsch nicht perfekt spreche. [...] Das muss mich nicht abbremsen, ich muss weiter reden und die Leute verstehen mich irgendwie.“ (Marfa N., Z. 1056-1059)

„Wenn ich etwas nicht verstehe, nehme ich das ganz locker und frage dann nochmal nach. Ich schäme mich nicht, wenn ich etwas nicht verstanden habe.“ (Rosa B., Z. 622-623)

Während der Erwerb von funktionalen Kenntnissen und Kompetenzen in erster Linie in der Verantwortung der Allochthonen liegt, wobei die autochthone Bevölkerung durch entsprechende Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen diesen Prozess begünstigen kann, bedürfen kulturelle Veränderungen eines beidseitigen Austauschs. Da der Fokus in dieser Arbeit jedoch nicht auf die kulturelle, sondern die rein funktionale Integration gelegt wird, wird die kulturelle Integrationsdimension hier nicht weiter thematisiert.

7.2.3 Strukturelle Integration

Der Studie des Antirassistischen-Interkulturellen Informationszentrums ARiC Berlin e.V. (2001: 7) folgend, in der im Bereich der strukturellen Integration die „Erwerbstätigkeit und ‚normale‘ Wohnverhältnisse“ sowie „[r]echtliche Gleichbehandlung“ als integrationsfördernde Faktoren identifiziert wurden, kristallisieren sich im Rahmen dieser Untersuchung neben der Erwerbstätigkeit (u.a. Emira, Zusanna, Sebastián) und einer gesicherten Wohnsituation (u.a. Karim, Rosa) auch der Bildungs- und Weiterbildungsbereich (u.a. Karim, Paolo, Zusanna) als bedeutsam heraus. Außerdem können ein hohes Bildungsniveau (u.a. Ljiljana, Sebastián) sowie ein städtisch geprägtes Herkunftsgebiet (u.a. Osman) Erfolgsfaktoren der strukturellen Eingliederung sein (vgl. Merkle 2009: 69; Uslucan 2012b: 32).

Die Befragten der vorliegenden Forschungsarbeit (u.a. Karim, Rosa, Zusanna) beurteilen die Erwerbstätigkeit als grundlegend, da sich durch die berufliche Einbindung und dem damit verbundenen Erzielen von Einkommen vielfältige gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten sowie größere finanzielle Unabhängigkeit und Selbstständigkeit ergeben (vgl. Heckmann 2015: 95; Richter 2006: 192).

„Ich denke die Arbeit [ist wesentlich], weil das schon ein Schritt zur Unabhängigkeit vom Staat und Sozialamt ist. Und das Zweite, wenn man arbeiten geht, muss man mit Leuten irgendwie kommunizieren.“ (Rosa B., Z. 215-217)

„[Ich] schäm[e] [m]ich momentan dafür, dass [...] [ich] vom Sozialamt Geld bekom[m]e und daher fühl[e] [...] [ich] [m]ich immer unterdrückt und finanziell abhängig. Natürlich ha[be] [...] [ich] vor, dass [...] [ich] später auf eigenen Beinen steh[e] und [ich] [m]ich von diesen sozialen Einrichtungen trenn[en kann].“ (Karim F., Z. 394-396)

Auch Heckmann (2015: 95) sieht in der „materielle[n] Reproduktion des Lebens [...] eine funktionale Notwendigkeit von Gesellschaften“, weshalb er die Erwerbstätigkeit

zu den essentiellen Grundvoraussetzungen „jeden gesellschaftlichen Lebens“ zählt. Allerdings wird der Status einzelner Mitglieder in der Gesellschaft sowohl von dem Grad ihrer Einbindung in den „materiellen Reproduktionsprozess“ als auch von ihrer beruflichen und hierarchischen Positionierung bestimmt (vgl. Heckmann 2015: 95). Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeiten und dem Wunsch, einer eigenständigen Bewältigung des Lebensalltags nachzugehen, sind die im Rahmen dieser Studie befragten Personen (u.a. Emira, Karim) besonders an ihrer persönlichen Einbindung in das Erwerbsleben interessiert.

„Mein einziges Problem war damals eine Arbeit zu finden und vom Sozialamt wegzukommen. Das war meine Riesensorge. Ich war jung, ich konnte arbeiten, durfte aber nicht arbeiten. Man lebt vom Amt, obwohl man gar nicht vom Amt leben will. [...] Das war für mich immer der Grund zu kämpfen.“ (Emira C., Z. 293-298)

„Für Arbeit haben wir immer gekämpft.“ (Emira C., Z. 147)

Neben dem alleinigen Interesse setzten beziehungsweise setzen sie sich engagiert für ihre Berufstätigkeit im Ankunftsland ein und ließen beziehungsweise lassen sich trotz auftretender oder bestehender Barrieren nicht entmutigen. Zu diesen Hürden zählen die Befragten in erster Linie die fehlende Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen (u.a. Marfa, Rosa, Zusanna), ausstehende Arbeitserlaubnisse (u.a. Emira, Ljiljana) oder geringe Deutschkenntnisse (u.a. Karim), während Diskriminierungserfahrungen (u.a. Gurvan) in den Interviews im Unterschied zu anderen Forschungsarbeiten (u.a. Forschungsbereich beim SVR 2014; OECD 2012: 148-149; Scheller 2015: 80; Speidel 2009) eher eine untergeordnete Rolle spielen. So wird nur in Einzelfällen (u.a. Gurvan) von erlebten Diskriminierungserfahrungen im Berufsumfeld berichtet.

„Ja, Sie sprechen nicht so gut Deutsch.“ „Können Sie als Franzose, sind die Franzosen nicht so fleißig?“ Ja, das waren immer so Sachen.“ (Gurvan J., Z. 156-158)

„Die haben immer geglaubt, dass wir in Frankreich nichts arbeiten. Das ist so. Die haben immer gesagt: ‚Ja, ja. Ihr! Ihr arbeitet doch nichts!‘ ‚Wir leben um zu arbeiten, und ihr arbeitet um zu leben!‘ Ja, ja. Das war so ein Schema, ein Raster.“ (Gurvan J., Z. 412-415)

Im Hinblick auf die existenzielle Bedeutung der Erwerbstätigkeit gehen die Untersuchungspersonen in einer Studie von Richter (2006: 192) noch weiter, indem sie betonen, wie wichtig es ist, bereits vor der Migration Aussicht auf einen Arbeitsplatz im Ankunftsland zu haben. Jedoch entspricht die spätere Arbeitsstelle häufig nicht dem eigentlichen Qualifikationsniveau der Zugezogenen (u.a. Emira, Marfa, Paolo) und oftmals handelt es sich um prekäre Arbeitsverhältnisse, was nach Richter (2006: 209) teilweise mit einem Statusverlust verbunden sein kann. Diesen Statusverlust erlebten auch einige Interviewte der vorliegenden Arbeit (u.a. Emira, Zusanna). Statt Enttäuschung über den eigenen Statusverlust überwiegt jedoch bei der Mehrheit der Interviewpartner trotz einer beruflichen Schlechterstellung im Ankunftsland die Zufriedenheit, überhaupt beruflich aktiv zu sein, da sie sich den Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit erfüllen konnten.

„Na ja, es ist nicht mein Beruf. Ich werde hier auch nicht in meinem Beruf arbeiten. Aber trotzdem bin ich froh, dass ich Geld verdienen kann und meiner Familie etwas bieten kann.“ (Zusanna W., Z. 241-243)

„Und man soll sich die Arbeit nicht aussuchen. Wenn man gar keine hat, soll man eine annehmen. Das heißt, man kann immer Geld verdienen. Wenn man sagt: ‚Jetzt will ich arbeiten‘ und es gibt nichts, aber ich kann da und da putzen, dann gehe ich hin und putze. Und dann kann man Geld verdienen.“ (Emira C., Z. 1013-1017)

Darüber hinaus geht die Erwerbstätigkeit meist auch mit einem gesteigerten Selbstbewusstsein und -selbstvertrauen auf Seiten der Personen mit Migrationshintergrund einher (u.a. Karim, Rosa, Zusanna). So erfahren sie auf diese Weise berufliche Anerkennung und Bestätigung, sodass dem „Erwerbsleben [...] [die Funktion] eine[r] [ganzheitlich] integrierende[n] Institution“ (Richter 2006: 222) zukommt (vgl. Esser 2001: 10; Schramkowski 2007: 270). Aber nicht nur das Erwerbsleben an sich, sondern auch die „Arbeitsumgebung [...] [stellt] immer auch einen Ort der Integration dar“ (Richter 2006: 192), wo nach Aussage der im Rahmen dieser Studie befragten Interviewpartner (u.a. Emira, Marfa, Sebastián) neue über das ursprüngliche soziale Netzwerk hinausgehende Kontakte geknüpft und auf diese Weise Kenntnisse und neues Wissen über das Ankunftsland generiert werden können (vgl. Richter 2006: 192, 210). Gerade die Einbindung in ein internationales und hochqualifiziertes Arbeitsumfeld erleichtert nach Einschätzung einiger Untersuchungspersonen (u.a. Ljiljana, Sebastián) den Aufbau interkultureller sozialer Kontakte. Die in solchen Arbeitskontexten bestehende Erfahrung im Umgang mit und die Offenheit gegenüber anderen Nationalitäten sowie „ein allgemeines Verständnis für Fremdsprachen und Toleranz gegenüber Personen, die eine Fremdsprache noch schlecht sprechen“ (Richter 2006: 209-210) schaffen günstige Voraussetzungen für die funktionale und soziale Integration.

„Natürlich konnte ich nach sechs Monaten erst langsam ein paar Sachen auf Deutsch sagen und mein Professor war da sehr nett und schlug vor, dass wir englisch sprachen. Wenn ich Probleme hatte, konnte ich auf Englisch reden.“ (Sebastián O., Z. 341-344)

Aber nicht nur durch die direkten Kontakte zu Kollegen, sondern auch über den allgemeinen „Mechanismus der Platzierung im Bildungs- und Erwerbssystem sowie der daraus resultierenden verbesserten Positionierung auf dem Wohnungsmarkt [ergeben sich] auch veränderte Gelegenheitsstrukturen, die zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit des Kontakts mit Personen der Mehrheitsbevölkerung führen.“ (Farwick 2009: 185)

Allerdings bestehen unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen zu den Arbeitsmärkten, die unter anderem von gesetzlichen Rahmenbedingungen und individuellen Bildungs- sowie Berufsqualifikationen abhängen (vgl. Richter 2006: 211). Vor dem Hintergrund der Möglichkeit der Nicht-Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie einer verstärkten Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft, „in der Wissen die Grundlage der gesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung darstellt“ (Heckmann 2015: 131), heben die Interviewpartner (u.a. Karim, Rosa) vielfach die besondere Relevanz eines umfangreichen Angebots an Bildungs- und Weiterbildungsprogrammen hervor. Paolo, einer der Befragten, betont in diesem Zusammenhang vor allem die Rolle frühkindlicher Bildungsangebote, mit deren Hilfe bestehende Interdependenzen zwischen dem Bildungserfolg, dem sozialen Status sowie dem Migrationshintergrund bereits frühzei-

tig reduziert werden und damit die Chancen auf einen späteren gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang erhöht werden können (vgl. Heckmann 2015: 148).

„Vielleicht müsste man dort schon anfangen, Förderprogramme für die Kinder für den Spracherwerb anzubieten - recht früh. Wenn sie in die Schule kommen, ist es oft zu spät. Dann kommen sie schon in den ersten Schuljahren nicht nach und dann bleiben sie immer einen Schritt zurück. Was mit zunehmendem Alter immer schwieriger aufzuholen ist. [...] Die Defizite schleppen sich durch. Das heißt die Defizite, die sie am Anfang gehabt haben, bleiben oder die Ergebnisse und die Folgen dieser Defizite bleiben oft für den ganzen Bildungsweg.“ (Paolo S., Z. 462-466, 472-474)

Darüber hinaus weisen die Befragten (u.a. Marfa, Osman) vereinzelt auch auf die integrierende Wirkung von Kindertageseinrichtungen und Schulen hin, die vor allem mittels niedrigschwelliger und spielerischer Angebote „de[n] interkulturelle[n] und interreligiöse[n] Dialog her[...]stell[en] und [...]förder[n]“ (Der Präsident des Hessischen Landtags 2014: 169) (vgl. Sauer 2009: 183).

„[D]ie Erzieherinnen bringen den Kindern in [...] [der Kindertageseinrichtung] schon bei, dass es verschiedene Völker in Deutschland gibt. Und dass es unterschiedliche Sprachen gibt. Die Geburtstagslieder singen sie dann zum Beispiel auf Deutsch, Russisch, Französisch, Türkisch und Polnisch. Und im Kindergarten kann man vielleicht auch schon anfangen, auf einer Karte [zu] zeigen, wo Deutschland ist, wo die Türkei ist und in die Länder, aus denen Kinder im Kindergarten sind, Fähnchen stecken. Denn in diesem Alter ist das noch selbstverständlich, aber später muss man sich schon überwinden, um das zu kapieren. Aber wenn sie klein sind, sprechen sie alle Deutsch und keiner hört, ob jemand Hochdeutsch redet oder platt, ob jemand Fehler macht oder nicht.“ (Marfa N., Z. 1054-1063)

„Wenn ich damals nicht zur Schule gegangen wäre, wäre ich verloren. [...] [Die Mitschüler] haben mich für Partys, Geburtstage eingeladen und mitgenommen, obwohl ich kein Deutsch konnte. Sie haben mich einfach mitgenommen. Fußball spielen. Wir haben mit Händen und Füßen gesprochen.“ (Osman A., Z. 378-382)

Ähnlich dieser Ergebnisse werden auch in anderen Untersuchungen die Kindertageseinrichtungen und Schulen als „Ort der Integration“ (Der Präsident des Hessischen Landtags 2014: 169) und als „Ort der Begegnung“ (Sauer 2009: 183) bezeichnet.

Neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Bildungs- beziehungsweise Weiterbildungsmöglichkeiten spielt im Bereich der strukturellen Integration auch der Zugang zum Wohnungsmarkt eine wichtige Rolle. Entsprechend der in anderen Studien (u.a. Gestring, Janßen & Polat 2006: 65; Madubuko 2011: 66; Meier 2012: 230; OECD 2012: 148) diagnostizierten Benachteiligungen und Diskriminierungen in diesem Bereich berichten auch im Rahmen dieser Arbeit befragte Personen in verschiedenen Interviews (u.a. Emira, Karim, Osman) von Vorbehalten, die seitens autochthoner Vermieter oder Nachbarn gegenüber allochthonen Mietern bestünden. Zwar habe sich die Situation, so die Einschätzung von Osman, einem der Interviewpartner, seit den 1970er-Jahren deutlich verbessert, jedoch erschwerten und erschweren bestehende Ressentiments auch in jüngster Vergangenheit die Wohnungssuche.

„Wenn [...] [mein Bruder] anruf[t] und sag[t] ‚Syrrer‘, dann wird direkt aufgelegt oder wenn sie fragen, was [...] [ich] arbeite[...]. [...] [Mein Bruder] erklär[t] dann, dass [...] [ich] vorm Krieg geflohen [...] [bin], aber keiner kommt [...] [mir] entgegen. Jeder ist interessant, außer Ausländer. [...] [Mein Bruder] ha[t] für [...] [mich] bei ein paar Wohnungen angerufen und

wenn sie fragen ‚Was arbeitet er?‘, dann sag[t][...] [mein Bruder] ‚Er ist neu in Deutschland‘ und es kommt direkt ‚Nein, danke.‘“ (Karim F., Z. 446-452)

Gleichzeitig betonen die Befragten (u.a. Emira, Rosa) aber auch, dass sie häufig Unterstützung bei der Wohnungssuche von Autochthonen erhielten, die sich zum Teil persönlich bei den Vermietern für sie einsetzten und damit die Suche positiv beeinflussten.

„Der Vermieter hier von dem Haus war, sagen wir mal, ein bisschen verzweifelt darüber, wie wir die Miete bezahlen können. Und mein Chef hat dann einfach, wie so eine Art Zeugnis geschrieben, dass wir regelmäßig unsere Miete bezahlt haben, dass es zu keinen Verzögerungen oder Problemen mit der Nachbarschaft kam. Das hat er geschrieben und das hat dann geklappt.“ (Rosa B., Z. 510-515)

Darüber hinaus beteiligten sich aber auch Verwandte (u.a. Gurvan, Karim) oder Freunde (u.a. Paolo) bei der Suche. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Schwierigkeiten kann nachvollzogen werden, weshalb es andere Interviewpartner (u.a. Franz, Rosa) als große Erleichterung empfanden, sich direkt nach der Migration nicht selbst um eine Wohnung bemühen zu müssen. In diesen Fällen wurde den Personen entweder eine Unterkunft vom Sozialamt (u.a. Rosa) zur Verfügung gestellt oder sie hatten die Möglichkeit, vorübergehend bei Freunden oder Verwandten (u.a. Franz, Paolo) zu leben.

„Das war sofort eine Drei-Zimmer-Küche-Bad Wohnung. Möbliert. Alles gekauft. Gut, wir haben es dann ans Sozialamt zurückgezahlt. Das ist die andere Frage. Aber trotzdem, wir hatten von Anfang an neue Bettwäsche, neue Decken, Kissen, Geschirr und alles Mögliche. Alles war vorbereitet. Das war super.“ (Rosa B., Z. 391-395)

Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf den individuellen Integrationsprozess ist nach Einschätzung einiger Interviewten (u.a. Rosa, Sebastián) der Erwerb von Wohneigentum, den auch Hanhörster (2011: 68) mit Verweis auf die Fachliteratur „als wichtige[n] Schritt der individuellen Integrationskarriere [...] [deutet]: als Indikator der Wohnsicherheit sowie als Hinweis auf den Wunsch, dauerhaft in Deutschland zu bleiben.“

„[W]ir haben schon geplant, hier in Merzig ein Haus zu kaufen. Und wenn wir diese Entscheidung getroffen haben, ist das wie ein ‚Für-immer-bleiben-wollen‘.“ (Sebastián O., Z. 114-116)

Mit dem Kauf einer Immobilie ist eine soziale, ökonomische und psychische Aufwertung verbunden. So kann der Käufer sein soziales Ansehen steigern, seinen ökonomischen Status erhöhen und sein Selbstbewusstsein stärken, womit im Allgemeinen auch eine Verbesserung des Lebensstandards einhergeht (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2014: 79). Des Weiteren belegen die Analysen des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH (2014: 80) unter anderem einen Zusammenhang zwischen dem Bewohnerstatus und dem empfundenen sozialen Zusammenhalt in der direkten Nachbarschaft. Demnach wird das nachbarschaftliche Miteinander von Eigentümern im Vergleich zu Mietern höher eingeschätzt. Neben der sozialen Integration beeinflusst der Immobilienkauf außerdem die identifikatorische Integrationsdimension, da er - so die Erkenntnis aus dieser Arbeit (u.a. Sebastián) sowie weiterer Studien (u.a. Deutsches

Institut für Urbanistik gGmbH 2014: 80; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 120) - „[f]ür die Identifikation mit Deutschland [...] eine wichtige Rolle spielt.“ (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 16) Er „signalisiert Angekommen-Sein und Sesshaft-Werden und trägt dazu bei, den eigenen Wohnstandort zu sichern und die Bindung an das Quartier aufrechtzuerhalten“ (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2014: 58). Allerdings wird in der Literatur (u.a. Firat & Laux 2003) auch darauf hingewiesen, dass der Erwerb von Wohneigentum nicht ausschließlich als Hinweis einer gelungenen gesellschaftlichen Eingliederung gedeutet werden, sondern auch „Ausdruck für die materielle Angleichung an die Aufnahmegesellschaft sein kann.“ (Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH 2014: 79)

7.2.4 Soziale Integration

Die soziale Integration umfasst „die Herausbildung persönlicher Beziehungen, [...] Beziehungen der Nähe“ (Heckmann 2015: 181), wozu sowohl eheliche, freundschaftliche und partnerschaftliche als auch alltägliche und nachbarschaftliche Kontakte zählen sowie Begegnungen durch die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden (vgl. Heckmann 2015: 181). Über diese Begegnungen und Kontakte wird „soziale[...] Anerkennung“ (Bauer 2013: 69), „Zugehörigkeit, Mitgliedschaft und Partizipation [...] in der Privatsphäre der neuen Gesellschaft“ (Heckmann 2015: 181) vermittelt, was unterstützend wirkt, die möglicherweise meist zu Beginn des Aufenthalts bestehende „social and cultural isolation“ (Simard & Jentsch 2009: 4) zu überwinden (vgl. Simard & Jentsch 2009: 4). Von dieser fehlenden sozialen Eingebundenheit und dem Wunsch nach Partizipation und Zugehörigkeit berichtet auch Karim, einer der Befragten der vorliegenden Forschungsarbeit, der zum Zeitpunkt des Interviews ein Jahr in Deutschland lebte und aufgrund geringer Sprachkenntnisse sowie fehlender Begegnungsmöglichkeiten noch keine intensiven interkulturellen Kontakte mit Autochthonen aufbauen konnte.

„[Ich] ha[be] momentan mit ein paar Nachbarn Kontakt: ‚Hallo, wie geht es Ihnen?‘ Also normale Unterhaltungen.“ (Karim F., Z. 220-221)

„[Ich] würde gerne ein paar Deutsche als Freunde haben, damit [...] [ich] auch Kontakt ha[be], und von ihnen etwas lernen kann.“ (Karim F., Z. 215-216)

„Wenn man isoliert wird, fühlt man sich nicht wohl und man hat auch keine Lust oder Pläne und Aussichten für die Zukunft, um etwas zu übernehmen und aktiv zu werden.“ (Karim F., Z. 293-295)

Anhand dieses Interviewpartners wird einerseits deutlich, dass „[n]icht nur das Vorhandensein von interethnischen Beziehungen [...] als Indikator für die soziale Integration gewertet werden [kann], sondern auch deren Intensität“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 16) berücksichtigt werden sollte. Andererseits zeigt das Beispiel bestehende Interdependenzen zwischen der Kontakthäufigkeit und persönlichen, soziokulturellen sowie strukturellen Faktoren auf. Zu den persönlichen Voraussetzungen zählen beispielsweise individuelle Charaktereigenschaften (u.a. Emira, Paolo) (s.

Kap. 7.2.6) sowie die „Mobilitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 17) (u.a. Karim, Marfa). Während die Kommunikationsmöglichkeiten vor allem von den Sprachkenntnissen abhängen, die grundlegend für den Aufbau interkultureller Kontakte zur autochthonen Bevölkerung und damit auch für die Kontakthäufigkeit sind (s. Kap. 7.2.2), bedingen aber auch soziokulturelle Faktoren den Aufbau und die Intensität von Intergruppenkontakten. Dazu zählen unter anderem die kulturelle Nähe beziehungsweise Distanz zwischen dem Herkunfts- und dem Ankunftsland (vgl. Farwick 2009: 114; Hans 2010: 99), das „Ausmaß der [über die Sprachkenntnisse hinausgehenden] aufnahmelandbezogenen kulturellen Fähigkeiten“ (Farwick 2009: 240) sowie die „Intensität der kulturellen Bindung[en] [...] an die eigene ethnische Gruppe“ (Farwick 2009: 240). Des Weiteren spielen aber auch die „Aufenthaltsdauer (im Land und am Wohnort“ (Hans 2010: 95), das „Humankapital“ (Farwick 2009: 184), der „sozioökonomische Status“ (Maehler 2012: 111; vgl. Hans 2010: 99) und das Bildungsniveau (vgl. Uslucan 2012b: 33) eine wichtige Rolle. Viele dieser Aspekte werden sowohl implizit als auch explizit von den Untersuchungspersonen (u.a. Gurvan, Karim, Marfa, Paolo) angesprochen. Dementsprechend weist beispielsweise Marfa auf die erlebte soziale Distanz hin, die sie einerseits aufgrund ihres Erscheinungsbildes (vgl. Hans 2010: 99) erlebte und die sich andererseits aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Kommunikationsstile ergeben kann.

„Die Leute gehen da auch oft alleine vom Aussehen aus. [...] Aber wenn Erwachsene so denken ‚Aha, aus China, das heißt aus irgendeinem Entwicklungsland und deswegen ist sie dann automatisch ein, zwei Stufen niedriger als wir.‘“ (Marfa N., Z. 255-257)

„Die Migranten müssen sich umstellen, ich beobachte oft, wie die Russen auf Deutsch reden. Und ich kenne diese Personen und weiß, dass sie alles nicht böse meinen und eigentlich höflich sind, aber sie können es nicht mit der Sprache ausdrücken. Und die Einheimischen meinen, dass wir Russen sehr grob und unhöflich sind, obwohl das nicht der Fall ist.“ (Marfa N., Z. 583-587)

Andere (u.a. Ljiljana, Sebastián) betonen hingegen die Bedeutung des sozioökonomischen Status oder des Qualifikationsniveaus, wodurch interkulturelle Begegnungen erleichtert werden.

„Dass ich immer Kontakt zu gut ausgebildeten Leute habe. Ich glaube, dass das der große Vorteil ist.“ (Sebastián O., Z. 981-982)

Während sich „[m]it zunehmendem Humankapital [...] die Möglichkeit der kommunikativen Anknüpfung sowie die Variation verschiedener Kommunikationsstile [vergrößern,] [...] [was] wiederum [...] die Aufnahme positiv bewerteter und zeitlich überdauernder Kontakte zu Personen des Aufnahmelandes“ (Farwick 2009: 184-185) vereinfacht, geht ein höherer sozioökonomischer Status mit einer Erleichterung interkultureller Beziehungen und einer Reduzierung von Diskriminierungsempfindungen einher (vgl. Maehler 2012: 104, 111). In Bezug auf die schulische Qualifikation kommt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c: 17), das sich dabei auf Esser (1990) und Haug (2005) bezieht, zu ähnlichen Ergebnissen. Der bestehende Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsniveau und einem erleichterten Aufbau von Intergruppenkontakten wird sowohl auf umfassendere Ressourcen wie beispielsweise

höhere Sprachkompetenzen als auch auf günstigere Kontaktgelegenheiten zurückgeführt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 17-18).

Günstige Kontaktgelegenheiten als ein Beispiel für strukturelle Faktoren werden in erster Linie durch spezifische „Gelegenheitsstrukturen“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 17) bestimmt. Diese bedingen beispielsweise die Dauer, Intensität und Regelmäßigkeit der Kontakte (vgl. Farwick 2009: 143). Auch im Rahmen der Interviews, die für diese Studie geführt wurden, thematisieren die Befragten (u.a. Emira, Karim, Osman, Zusanna) die unterschiedlichen, die Gelegenheitsstrukturen betreffenden Einflussfaktoren und betonen deren Relevanz. So stellen unter anderem Emira und Osman den Einfluss der Einwohnerzahl des Wohnortes als auch die Gruppengröße auf die Gelegenheitsstrukturen heraus. Auch die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung (s. Kap. 6.1.4) legen diesen Zusammenhang nahe, wonach mit abnehmender Einwohnerzahl die Kontaktmöglichkeiten zunehmen und sich der Austausch durch die geringere Anonymität erhöht. Gleichzeitig sinkt mit zunehmender Gruppengröße die Wahrscheinlichkeit in interkulturellen Kontakt mit anderen Bevölkerungsgruppen zu treten (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 17; Hans 2010: 70, 89; Petermann 2011: 35).

„In der Straße, wo wir gewohnt haben, hat jeder jeden gekannt. [...] Ich merke auch bei den Leuten, die jetzt neu sind und aus dem Ausland kommen - egal woher -, dass die jetzt nicht so akzeptiert werden wie damals. Ich muss aber zugeben, dass es zurzeit sehr viele sind, nicht nur von der Türkei, sondern allgemein vom Ausland. [...] In [der] Straße, wo ich damals gewohnt habe, waren wir die einzigen Ausländer. Und jetzt, wenn ich es mit heute vergleiche, würde ich sagen, dass es vielleicht ein Viertel oder ein Fünftel ist.“ (Osman A., Z. 170-171, 177-183)

Wird allerdings eine gewisse Einwohnerzahl und Gruppengröße unterschritten, kann dies nach Einschätzung der beiden Interviewpartner Marfa und Sebastián jedoch auch die soziale Eingliederung erschweren, da Erfahrungen im Hinblick auf Intergruppenkontakte fehlen.

Darüber hinaus spielen auch die Kriterien der räumlichen Nähe zwischen Quell- und Zielland (u.a. Annick und Luc, Ljiljana) sowie der „ethnischen Segregation“ (Farwick 2009: 203) eine wichtige Rolle (vgl. Farwick 2009: 145; 188-189; Pott 2001: 67). Gleichzeitig weist Farwick (2009: 203), mit Rückgriff auf unterschiedliche empirische Studien, jedoch auch auf „gewisse [empirische] Widersprüchlichkeit[en]“ hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen interkulturellen Kontakten und Segregationstendenzen hin. Gerade in ländlichen Räumen, die durch niedrige Einwohnerzahlen, einen hohen Bekanntheitsgrad, geringere Gruppengrößen, räumliche Nähe und geringere Tendenzen der Segregation charakterisiert werden, können damit besonders günstige Gelegenheitsstrukturen angetroffen werden. Außerdem hängen die Gelegenheitsstrukturen auch von dem beruflichen und privaten Umfeld ab (u.a. Ljiljana, Paolo, Sebastián, Zusanna). In diesem Zusammenhang beruft sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c: 17) auf eine eigene Studie (2008a) sowie Untersuchungen von Babka von Gostomski sowie Stichs (2008), die den Einfluss zwischen den Gelegenheitsstrukturen

sowohl im beruflichen als auch im privaten Umfeld und der Kontakthäufigkeit nachweisen.

Während die integrierende Wirkung des Arbeitsmarktes nach Einschätzung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010: 29) rückläufig ist, macht Koopmans (2010) hingegen auf Untersuchungen von Dagevos (2001) und Engbersen (2003) aufmerksam, die in den Niederlande durchgeführt wurden und einen „positive[n] Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktbeteiligung von Immigranten und dem Grad, in dem sie soziale Kontakte mit ethnischen Niederländern pflegen“ (Koopmans 2010: 70), nachweisen. Auch die im Rahmen dieser Arbeit befragten Interviewpartner (u.a. Emira, Gurvan, Ljiljana) schätzen das Arbeitsumfeld als wichtigen „Ort der [sozialen] Integration“ (Richter 2006: 192) und stellen vereinzelt (u.a. Ljiljana, Marfa, Sebastián) den Einfluss der eigenen Positionierung sowie des eigenen Qualifikationsniveaus und das der Kollegen auf die individuelle soziale Eingliederung heraus (vgl. Richter 2006: 200).

„Je höher die Ausbildung und das Niveau der Menschen sind, desto besser gehen die Menschen mit Migranten um. Je niedriger das Milieu ist, aus dem sie kommen, desto schwerer kommt auch Kontakt auf.“ (Marfa N., Z. 392-395)

Mit höherem eigenem Bildungsstand sowie höherem Bildungsstand des Arbeitsumfelds, damit verbundener höheren Positionierung und der Tätigkeit in international agierenden Unternehmen erleben sie, ähnlich der Untersuchungspersonen der Studie von Richter (2006) ein „spannende[r] Exot[...] zu sein [...] [, der sein] Anderssein als Attraktivität nutzen und darüber Kontakte knüpfen“ (Richter 2009: 193) kann.

„Viele Leute, die wissen, dass ich Mexikaner bin, finden das toll und versuchen direkt etwas auf Spanisch zu sagen und fragen nach Tequila.“ (Sebastián O., Z. 265-266)

Diese Interdependenz zwischen „dem Bildungsniveau und der Neigung zu Formen der ethnischen Grenzziehung“ (Farwick 2009: 135) erklärt Ganter (2003: 51, zitiert nach Farwick 2009: 135) damit, „dass mit zunehmendem Bildungsniveau der soziale und kulturelle Horizont erweitert und diversifiziert wird, das Wissen etwa über ‚andere Kulturen‘ und Lebensgewohnheiten zunimmt, die Fähigkeit zur Perspektivübernahme gefördert wird und Normen der Toleranz oder humanistische Ideale nachhaltiger vermittelt werden“. Außerdem können die Kollegen oftmals auch auf Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund zurückgreifen (u.a. Ljiljana, Sebastián). Demnach wird den Personen, die sich in einem entsprechenden Umfeld bewegen, seitens der autochthonen Kollegen Interesse für die Herkunftskultur und Wertschätzung gegenüber der eigenen Persönlichkeit entgegengebracht (vgl. Richter 2006: 221). Sie arbeiten in einer Umgebung, „in de[r] Interesse gegenüber anderen Kulturen besteht und Kultur nicht als etwas Trennendes verstanden wird.“ (Richter 2006: 221)

„Ach, du bist Mexikaner? Ich war in Mexiko und meine Frau kennt einen Mexikaner.‘ Es hat mir immer geholfen, dass ich Mexikaner bin. Ich weiß nicht warum. ‚Ich war in einem mexikanischen Restaurant und habe Burritos gegessen und Tequila getrunken‘, als Intro war das immer das Thema. Dass die Leute schon einmal in Mexiko waren oder mexikanisch gegessen haben oder etwas über Mexiko wissen.“ (Sebastián O., Z. 427-431)

Im Gegensatz dazu kann es in einem Arbeitsumfeld mit prekären Arbeitsverhältnissen und gering qualifizierten Arbeitnehmern aufgrund von Frustrationserlebnissen in höherem Maß zu „ethnischen Grenzziehungen“ kommen. Darüber hinaus ist die Konkurrenz- beziehungsweise Wettbewerbssituation bei geringerem Qualifikationsniveau höher, was sich ebenfalls auf die Tendenz zur Grenzziehung auswirken kann (vgl. Farwick 2009: 153-154). So berichtet Gurvan, einer der befragten Untersuchungspersonen, beispielsweise von Konkurrenzsituationen, die durch seinen Migrationshintergrund bedingt wurden.

„[W]eil ich Vorarbeiter war und sie mussten sich von einem Franzosen etwas sagen lassen. Das war verdammt schwierig.“ (Gurvan J., Z. 422-423)

Gleichzeitig belegen die Ergebnisse der quantitativen Studie (s. Kap. 6.1.7) aber, dass ein niedriges Qualifikationsniveau nicht zwangsläufig mit erhöhten „sozialen Distanzierungen“ (Farwick 2009: 153) einhergehen muss. Zusätzlich zu dem Bildungs- und Qualifikationsniveau weist sowohl die quantitative (s. Kap. 6.1.7) als auch die qualitative (u.a. Gurvan, Paolo, Sebastián) Untersuchung Zusammenhänge zwischen dem „Alter“, dem „Geschlecht“ sowie dem „Erwerbsstatus“ der autochthonen Bevölkerung und dem Grad der „sozialen Distanzierungen“ auf.

„Von den jungen Leuten, die ich in der Kneipe, Disco getroffen habe, ja. Sie waren sehr freundlich und herzlich. [...] Und die Älteren waren etwas reservierter.“ (Paolo S., Z. 104-106)

„Am Anfang, in den ersten sechs Monaten, als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich immer die jungen Leute gesucht und sie nach Dingen zu fragen. Aber zwei, dreimal musste ich dann auch ältere Leute etwas fragen. Die erste Reaktion dieser Leute war immer einen gewissen Abstand zu wahren. Ich wusste natürlich, dass diese ältere Generation etwas vorsichtiger ist und deshalb habe ich immer versucht die jüngere Generation zu kontaktieren, bevor ich mit älteren in Kontakt treten musste.“ (Sebastián O., Z. 250-256)

Während, den Erfahrungen einiger Untersuchungspersonen (u.a. Paolo, Sebastián) entsprechend, meist jüngere Personen unter anderem „aufgrund schwächer ausgeprägter autoritärer und ethnozentrischer Sozialisationsbedingungen weniger zu sozialen Distanzierungen neigen“ (Farwick 2009: 153), zeichnen sich laut Zick (1997: 218) Frauen im Unterschied zu Männern ebenfalls durch geringere „ethnische Grenzziehungen“ aus (vgl. Farwick 2009: 153). Dies lässt sich allerdings nicht mit der durchgeführten quantitativen Befragung (s. Kap. 6.1.7) bestätigen. Zwar belegt sie einerseits Genderunterschiede, jedoch zeichnen sich die weiblichen Untersuchungspersonen andererseits sowohl durch sehr geringe als auch sehr hohe „soziale Distanzierungen“ aus. Als Ursachen für die identifizierten Genderunterschiede führt Farwick (2009: 153) eine geringere Autorität sowie verringerter beruflicher Wettbewerb an, dem Frauen im Vergleich zu Männern ausgesetzt seien und beruft sich dabei auf Quillian (1995: 595). Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist ebenso einer der Gründe, weshalb angenommen werden kann, dass vermehrt Erwerbslose sowie im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch Angehörige des Mittelstands auf „soziale Distanzierungen“ zurückgreifen (vgl. Farwick 2009: 154).

Diese dargestellten Zusammenhänge verdeutlichen, dass nicht nur soziokulturelle Merkmale seitens der Zugezogenen und strukturelle Kriterien die soziale Integration bedingen, sondern dass deren Erfolg in besonderem Maße auch von dem „Grad der sozialen Distanz, der den Migranten von Seiten der ansässigen Bevölkerung im Aufnahmeland entgegengebracht wird“ (Farwick 2009: 240), abhängt. Des Weiteren beschränken sich die Interdependenzen zwischen den verschiedenen sozioökonomischen Faktoren und den Tendenzen der „ethnischen Grenzziehung“, so die Ergebnisse der quantitativen (s. Kap. 6.1.3, 6.1.5) und qualitativen Untersuchung, nicht nur auf das berufliche Umfeld, sondern umfassen auch den privaten Bereich.

Zum privaten Bereich zählen unter anderem „die ‚Integration im Stadtraum, in Vereinen, Communities und anderen Organisationsformen im Wohnumfeld‘“ (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2010: 29) sowie der Aufbau von Freundschaftsnetzwerken und binationale Eheschließungen. Gerade diesen im privaten Umfeld entstehenden interkulturellen Begegnungen und Kontakten zwischen Allochthonen und Autochthonen messen die Befragten der quantitativen (s. Kap. 6.1.4) und qualitativen Studie (u.a. Emira, Karim, Paolo) besondere Bedeutung bei, da sich diese Beziehungen „durch gemeinsame Werte, Vertrauen und Vertrautheit und vor allem auch wechselseitige Solidarerwartungen“ (Heckmann 2015: 181) auszeichnen und ihnen „aufgrund [...] [dieser] emotionalen Intensität eine besondere Qualität“ (Farwick 2009: 167) hinsichtlich der funktionalen (u.a. Osman), strukturellen (u.a. Rosa) und identifikatorischen (u.a. Ljiljana, Marfa, Sebastián) Integration zukommt.

„Es wäre für mich etwas eintönig und langweilig, nur in den eigenen vier Wänden zu sein und mich nur unter meinen Landsleuten zu bewegen. Das bereichert einen ja auch nicht.“ (Paolo S., Z. 144-146)

„[W]enn [...] [ich] [m]ich nur unter syrischer Gesellschaft befinde[...] oder auf[halte], dann fühle[e] [...] [ich] [m]ich wieder isoliert und [...] [ich] kann die guten Sachen von beiden Seiten nicht vergleichen und kombinieren und zusammenmischen. [...] Es wird alles später bei [...] [mir] ankommen.“ (Karim F., Z. 310-312, 314-315)

„Nicht nur ‚Oh, da ist ein Türke. Ich gehe dahin‘ oder ‚Ich gehe in ein türkisches Café‘. Nein. Wenn jetzt ein Bekannter von mir hierher käme, würde ich direkt sagen ‚In einen deutschen Fußballclub‘, immer mit deutschen Mitbürgern zusammen. Das erleichtert auch das Leben. Die Sprache kann er viel besser beherrschen.“ (Osman A., Z. 1102-1105)

Dazu gehören unter anderem auch alltägliche Begegnungen wie beim Einkauf (u.a. Marfa), auf der Straße (u.a. Gurvan, Rosa) oder beim Bringen beziehungsweise Abholen der eigenen Kinder in Kindertageseinrichtungen oder Schulen (u.a. Ljiljana, Zussanna), wodurch „relevante Informationen über Lebensumstände und Verhaltensweisen vermittel[t]“ (Farwick 2009: 145) werden.

„Die Kontakte habe ich im Kindergarten geknüpft. Zuerst war ich mit meiner ältesten Tochter im Spielkreis. [...] Durch den Kindergarten habe ich sehr viele Leute kennen gelernt.“ (Zussanna W., Z. 629-630, 632-633)

Diese Kontakte helfen dabei, erste Verbindungen mit Autochthonen aufzunehmen und diese auszubauen. Gerade über die Kinder ergaben sich bei vielen Untersuchungspersonen (u.a. Emira, Gurvan, Marfa, Sebastián) Begegnungsmöglichkeiten mit ande-

ren Eltern, woraus aufgrund einer Vielzahl an Gemeinsamkeiten dauerhafte freundschaftliche Beziehungen entstehen können (vgl. Johaentges 1996: 151; Richter 2006: 237).

„Und dann habe ich sie sehr früh bei Musikerziehung, Sport angemeldet. Und bin immer hingefahren. Man musste sie ja wegbringen. Und da trifft man auch Leute. Und so habe ich die besten Freunde über den Fußball, die beiden haben auch Fußball gespielt, kennen gelernt und die wohnten auch bei uns.“ (Ljiljana H., Z. 487-490)

Zudem wird der „Andere“ durch die geringere Anonymität in ländlichen Räumen eher wahrgenommen, begrüßt und so ein gegenseitiger Austausch erleichtert, was zusätzlich die Entwicklung von Gefühlen des Willkommenseins und der Zugehörigkeit fördern kann.

„[D]a geht man zum Beispiel durch die Fußgängerzone und ich kenne die Leute schon. [...] [W]enn ich dort in die Bäckerei gehe, dann kennen wir uns und wir reden dann ein bisschen miteinander. Dann gehe ich zum Beispiel auf dem Weg zur Post immer am Schuhladen vorbei. Und wir grüßen uns. In der Sparkasse in der Nähe, wenn ich komme, dann kenne ich schon die Leute und sie kennen mich.“ (Rosa B., Z. 943-944, 951-955)

Darüber hinaus betonen die befragten Interviewpartner (u.a. Annick und Luc, Karim, Osman, Paolo) ähnlich der Untersuchungspersonen von Richter (2006) die integrierende Wirkung von Vereinen, die „Chancen zur Annäherung und zum Kontakt bieten“ (Richter 2006: 222).

„Als wir unsere Kinder [...] in Vereine gebracht haben, [...] haben wir durch die Kinder Kontakt zu Eltern bekommen und das hat geholfen, also durch den Verein. Zuerst einmal der Karnevalsverein, dann der Schützenverein, weil ich dort ein paar Leute gefunden habe, die sehr offen waren und dort wurde ich sehr herzlich empfangen und deshalb habe ich mich dort weiter engagiert.“ (Paolo S., Z. 433-439)

Des Weiteren erleichtern Vereine und Verbände „den Zugang zu [...] [Autochthonen], die [...] [die Zugezogenen] sonst nicht mit dieser Vertrautheit kennen gelernt hätte[n]. [Außerdem verbindet] [...] [e]ine gemeinsame Freizeitbeschäftigung [...] über sprachlich-kulturelle Barrieren hinweg.“ (Richter 2006: 222) Durch die überwiegend nonverbale Kommunikation, wie dies vor allem bei gemeinsamen Aktivitäten in Sportvereinen der Fall ist, können nach Aussage einiger Befragten (u.a. Marfa, Paolo) bestehende Barrieren überwunden werden, wobei gleichzeitig der Spracherwerb erleichtert und die Sprachkenntnisse verbessert werden können (vgl. Gruber 2013: 100).

„Über Vereine, Sportvereine, denn dort sind die meisten oder sehr viele in Kulturvereinen noch nicht tätig, das kommt wenn dann erst später. Aber über Sportvereine, dafür braucht man keine Sprache zu kennen. Das ist die erste Anlaufstelle.“ (Paolo S., Z. 193-196)

„[N]ur weil ich den Dialekt nicht so gut verstanden habe, habe ich mir selbst die Schwierigkeiten aufgebaut. Statt mehr auf die [...] [Mitspieler im Volleyballverein] zuzugehen, war ich zurückhaltend. Aber dann habe ich teilgenommen und sie haben immer gefragt, ob ich Lust habe mit ihnen auch am Weihnachtsmarkt zu helfen und auch an diesen Turnieren teilzunehmen.“ (Marfa N., Z. 1012-1016)

Neben diesen Begegnungen werden seitens der Untersuchungspersonen der quantitativen (s. Kap. 6.1.4) und qualitativen Studie (u.a. Annick und Luc, Emira, Karim, Marfa) auch die Kontakte im direkten Wohnumfeld als relevant eingeschätzt (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2010: 29). Ähnlich der

Untersuchung von Johaentges (1996) berichten die Interviewpartner Annick und Luc, dass „die Arbeit im eigenen Garten geeignete Begegnungspunkte [bietet], an denen Kontakte geknüpft und vertieft werden.“ (Johaentges: 1996: 151)

„Ist man am Rosenschneiden, bleibt einer stehen, dann redet man schon. Das habe ich auch schon gehabt. Da kam auch einer hoch. ‚Oh, sie müssen aber hier noch ein bisschen mehr schneiden.‘ ‚Ok, ich habe gar keine Ahnung. Das ist mein erster Garten, den ich habe. Ich schneide ab, wo ich denke.‘ ‚Nein, das muss noch ein bisschen.‘“ (Annick und Luc T., Z. 764-768)

Während es sich bei den nachbarschaftlichen Kontakten in der Studie von Richter (2006: 256) „selten um Freundschaften, [...] [sondern] eher [...] [um] Bekanntschaften“ handelt, sprechen einige Personen (u.a. Emira, Ljiljana, Osman), die im Rahmen dieser Arbeit befragt wurden, von intensiven freundschaftlichen Verbindungen mit jetzigen oder früheren Nachbarn, die sich meist aus zufälligen Kontakten ergaben. Unabhängig davon, ob es sich um Bekannt- oder Freundschaften handelt, sind einzelne Nachbarn häufig Ansprechpartner sowie Berater bei Schwierigkeiten, geben Hilfestellungen oder werden unterstützend tätig (vgl. Richter 2006: 256).

„Alle haben uns unterstützt. Auch die Nachbarn gegenüber. Der Opa, der ist jetzt gestorben, war immer nett und für alles, was ich gebraucht habe, bin ich immer zu ihm gegangen.“ (Emira C., Z. 179-181)

„Sie haben uns sogar ihre Möbel geschenkt, wenn sie neue Möbel bekommen haben. ‚Braucht ihr etwas? Hier ist eine schöne Couch oder ein schöner Tisch. Wenn ihr es nicht braucht, dann verkaufe ich es.‘ Man hat es dann einfach von den Nachbarn geschenkt bekommen.“ (Osman A., Z. 516-519)

Dieses empathische Verhalten, das den Befragten entgegengebracht wird, empfinden sie als Wohlwollen und erleben es als wohltuende Offenheit sowie Freundlichkeit. Jedoch handelt es sich hierbei nicht um ein einseitiges hierarchisches Abhängigkeitsverhältnis, wie es einer der Befragten von Richter (2006: 219) beschreibt. Im Gegenteil weisen mehrere Interviewpartner (u.a. Annick und Luc, Emira) darauf hin, dass sie zwar dankbar für die erfahrene Unterstützung sind, aber diese Hilfen auf Gegenseitigkeit beruhen, wodurch sie sich selbst den Helfern nicht unterordnen (vgl. Richter 2006: 219).

„Auch bei den Arbeiten, einer hilft dem anderen. Der eine Nachbar kommt jetzt den Hänger von uns holen. Auch wenn irgendwas: ‚Kannst du mir mal für einen Nachmittag helfen‘, sind sie direkt da. Wir ebenso auch, weil wir das bei uns auch so gewöhnt waren. Das haben wir auch gemacht, dass jeder direkt mit einer Hand angepackt hat.“ (Annick und Luc T., Z. 417-420)

Dieser Aspekt wird ebenfalls von einer Interviewten in der Studie von Bauer (2013: 82) aufgegriffen, die von einem „Nehmen und Geben“ [spricht]; richtig dazugehören heißt für sie, nicht nur zu nehmen, sondern auch zurückgeben zu können“.

Im Unterschied zu den Begegnungen im Alltag, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz und im Wohnumfeld, welche überwiegend von spezifischen Gelegenheitsstrukturen geprägt sind, wird der Aufbau des Freundschaftsnetzwerks in stärkerem Maße von individuellen Präferenzen bestimmt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 23). Entsprechend der Homogenitätshypothese, wonach basierend auf Gans

(1961) „die Herausbildung einer Freundschaft [...] zu großen Teilen von der Homogenität der interagierenden Personen abhängt“ (Farwick 2009: 51), beziehen sich diese Präferenzen beispielsweise auf das Bildungsniveau, den sozioökonomischen Status, bestehende Gemeinsamkeiten und geteilte Interessen oder Ziele (vgl. Bauer 2013: 67; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 17; Farwick 2009: 136; Heckmann 2015: 190; Koopmans 2010: 70). So können Kontakte mit Personen gleichen oder höheren Bildungsniveaus beziehungsweise sozioökonomischen Status für die eigene Positionierung in der Ankunftsgesellschaft „wertvoller“ (Koopmans 2010: 70) sein als Begegnungen mit Personen, die über geringeres Wissen und geringeren Einfluss verfügen (vgl. Koopmans 2010: 70). Das Ausleben von Gemeinsamkeiten oder die Verfolgung geteilter Interessen und Ziele schafft hingegen „das Gefühl der Solidarität zwischen den beteiligten Gruppen und trägt zu einer Zunahme von gruppenübergreifenden freundschaftlichen Beziehungen bei.“ (Farwick 2009: 136) Auch ein großer Teil der Untersuchungspersonen dieser Studie stuft Gemeinsamkeiten (u.a. Annick und Luc Karim, Paolo, Sebastián) als zentral für den Aufbau eines neuen interkulturellen Bekannten- und Freundeskreises ein. So verweist Marfa auf ihre persönliche Situation in einem Neubaugebiet, in dem sich alle Bewohner in einer ähnlichen Lage befinden, was Ausgangspunkt für Gespräche und Begegnungen ist.

„[H]ier [im Wohngebiet] sind alle neu, sagen wir so. Und alle sind in der gleichen Situation. Und jeder versteht dadurch auch den anderen.“ (Marfa N., Z. 479-480)

Auch andere Studien (u.a. Huber 1992) kommen zu dem Ergebnis, dass „[d]er Hausbau [...] immer wieder Anlaß und Thema [ist], um miteinander ins Gespräch zu kommen. Er bietet ein gemeinsames Erfahrungsfeld, und die Nachbarn können auf Gegenseitigkeit tatkräftig anpacken“ (Huber 1992: 147, zitiert nach Johaentges 1996: 150). Für Johaentges (1996: 150) ist dieser „oftmals identische[...] Problem- und Erfahrungshorizont“ ebenfalls eine wesentliche Grundlage zum Aufbau neuer sozialer Kontakte. Im Gegensatz dazu spielen nationale Zugehörigkeiten für die meisten Interviewpartner (u.a. Franz, Ljiljana) hingegen keine oder nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Richter 2006: 257).

„Wenn man sich gut versteht, ist die Nationalität nicht wichtig.“ (Zusanna W., Z. 696-697)

„Es hat auch mit dem Charakter zu tun, aber nicht mit der Nationalität. Für mich gibt es keine Nationalitäten, für mich gibt es nur: entweder hat einer Charakter oder er hat keinen. Ich kann Leute, die lügen oder stehlen oder was weiß ich was, nicht haben. Das könnte ich beim Italiener, beim Türken, nicht haben. Das kann ich bei meinen eigenen Kindern nicht haben.“ (Franz R., Z. 958-962)

Bei binationalen Ehen handelt es sich nach Thränhardt (2001: 55) um die „intensivste Form [...] [der] Integration von sozialen Gruppen“, da in diesen Nahbeziehungen erst „‚zuletzt‘ interethnische Beziehungen gewünscht werden“ (Nauck 2004: 85). Darüber hinaus liegt ihnen im Gegensatz zu alltäglichen, beruflichen und freundschaftlichen Kontakten sowie Begegnungen in Vereinen und Verbänden eine bewusste Entscheidung zugrunde, weil keine Möglichkeiten zur mehrfachen Integration bestehen (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 16). Neben der persönlichen

Entscheidung sowie kulturellen Faktoren wird die Bereitschaft auch von strukturellen Gegebenheiten wie der „Gruppengröße“, dem „Ungleichgewicht in den Geschlechterproportionen“, der „Migrationssituation“ sowie den „Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse[n]“ bestimmt (vgl. Nauck 2004: 87-88). Darüber hinaus spielen aber auch das Alter und das Bildungsniveau eine Rolle. So steigt die Bereitschaft für binationale Eheschließungen nach Nauck (2004: 90-91), der auf eine Untersuchung von Klein (2000) verweist, mit zunehmendem Alter und höherem Bildungsniveau. Kommt es zur Heirat zwischen einem Allochthonen und einem Autochthonen, so kann dadurch beispielsweise „de[r] eigene[...] Eingliederungsprozeß und eigene weitere Mobilitätsoptionen des [...] Heiratenden, [...] de[r] Sozialisations- und Akkulturationsprozeß der aus dieser Verbindung hervorgehenden Kinder und [...] die Ausgestaltung der familialen Solidarpotentiale“ (Nauck 2004: 85) beeinflusst werden. Diese mit einer binationalen Ehe einhergehenden Erleichterungen im Hinblick auf die funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration betonen auch die vier der im Zuge dieser Forschungsarbeit interviewten Untersuchungspersonen (Franz, Gurvan, Marfa, Paolo), die eine Ehe mit einem autochthonen Ehepartner eingingen (vgl. Richter 2006: 190).

„Ich glaube schon, dass das einfacher ist, wie wenn jetzt beide Teile Ausländer sind. Ich denke, das ist auf jeden Fall schwieriger für die Leute.“ (Gurvan J., Z. 659-661)

„Dass ich gleich meine Frau kennen gelernt habe. Meine Frau ist Deutsche. [...] [D]as war eine der wichtigsten Voraussetzungen oder Schritte, die meine Integration verbessert hat. Also auch den Schritt, dass ich die Sprache besser gelernt habe. [...] Meine Frau hat mir viel dabei geholfen.“ (Paolo S., Z. 170, 172-175)

Während binationale Eheschließungen dementsprechend mit „höhere[n] Anpassungskapazitäten an den sozialen Kontext der Aufnahmegesellschaft“ (Nauck 2004: 85) einhergehen, „günstige Voraussetzungen für den Verlauf des Eingliederungsprozesses aller Familienmitglieder“ (Nauck 2004: 85; vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 51; Uslucan 2012a: 46) bereitstellen und einer „weitaus [...] [geringeren] sozialen Kontrolle durch die Verwandtschaft“ (Nauck 2004: 85) ausgesetzt sind, sind sie im Vergleich mit intrakulturellen Ehen „zwangsläufig sehr viel stärker auf die Ko-Orientierung der Ehepartner angewiesen“ (Nauck 2004: 85). Sie können „weniger stark auf außerfamiliäre soziale Ressourcen zurückgreifen“ (Nauck 2004: 85) und unterliegen einem „höheren Risiko starker innerfamiliärer Konflikte und des Scheiterns der Beziehung“ (Nauck 2004: 85). Allerdings scheinen diese von Nauck (2004: 85) identifizierten möglichen Nachteile binationaler Ehen zumindest bei den im Rahmen dieser Studie (u.a. Franz, Marfa, Sebastián) und der von Richter (2006: 190) befragten Personen nicht im Vordergrund zu stehen.

Die dargestellten Begegnungsmöglichkeiten schaffen entsprechend der Grundannahme der Kontakthypothese von Allport (1954) und Williams (1947) unter spezifischen Bedingungen Situationen, die es ermöglichen, „Ähnlichkeiten zwischen der eigenen und der fremden Gruppe wahrzunehmen, so dass die Verringerung von Feindseligkeiten bzw. die Entstehung von Sympathie gefördert wird.“ (Farwick 2009: 136) Ressentiments können unter anderem ökonomischen (u.a. Franz, Gurvan) aber auch

kulturellen (u.a. Marfa, Paolo) und persönlichen (u.a. Osman) Ursprungs sein, wobei darüber hinaus strukturelle Faktoren wie beispielsweise die Gruppengröße (u.a. Osman) und die Einwanderungsgeschichte des Ankunftslandes (u.a. Ljiljana, Marfa) Einfluss auf die Herausbildung von Stereotypen nehmen können (vgl. Callens et al. 2012: 4; Farwick 2009: 30, 114). So versucht der Interviewte Osman beispielsweise von Seiten der Polizei erlebte Ungerechtigkeit mit unguten Erfahrungen im Privatleben zu erklären.

„Vielleicht haben sie auch privat schlechte Erfahrungen mit Ausländern gehabt. Das kann auch sein, also schlechte Erfahrungen im Privatleben.“ (Osman A., Z. 353-354)

Fehlen persönliche Intergruppenkontakte beziehungsweise dominieren negative Erlebnisse, besteht demnach die Gefahr der Verfestigung dieser Ressentiments (vgl. Farwick 2009: 32). Außerdem verweisen die Interviewpartner (u.a. Emira, Gurvan, Karim, Marfa) auf den Aspekt der Unkenntnis. Sie ergibt sich aus dem Mangel an konkreten Informationen über andere Gruppen und schürt Ängste sowie Spekulationen, die wiederum zu Verzerrungen führen können (vgl. Langer 2004: 58, 60).

„Aber die meisten Leute haben vor dem Fremden etwas Angst. Wenn man es kennt, ist alles anders.“ (Gurvan J., Z. 1081-1082)

„[Ich] ha[be] Angst, dass die Radikal-Islamisten in Deutschland etwas Falsches rüberbringen, also ein schlechtes Bild über die Ausländer geben. Nicht alle Ausländer sind Radikal-Islamisten“. (Karim F., Z. 358-360)

„Das sind die Vorurteile, anstatt die Leute kennen zu lernen. Auch weil es nicht so viel Kontakt zwischen Deutschland und Russland gab. Die Deutschen hier haben ein schmales Bild: Russen, Wodka und Geld aus dem Fenster werfen.“ (Marfa N., Z. 550-552)

Allerdings betont ein Teil der Untersuchungspersonen (u.a. Marfa, Osman) ganz explizit, dass auf beiden Seiten, sowohl bei der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung, Ressentiments und Stereotype bestehen.

„An beiden Seiten, ja. Wie gesagt, jeder hat Angst vor dem Anderen.“ (Osman A., Z. 321)

Oftmals gründen die Ressentiments und Stereotype in der Angst vor Konkurrenzkämpfen (u.a. Gurvan, Paolo) oder der Vorstellung, die Anwesenheit der anderen Gruppe sei mit persönlichen Einschränkungen oder Nachteilen (u.a. Emira, Franz, Karim) verbunden. Diese können beispielsweise den Arbeits- oder Wohnungsmarkt (u.a. Gurvan, Karim, Paolo), aber auch den kulturellen oder privaten Bereich (u.a. Paolo) betreffen. Den Ausführungen von Farwick (2009: 43) entsprechend, der von „Ängsten der Alteingesessenen [spricht], Haus und Boden könnten im Zuge der Invasion der Einwanderer deutlich an Wert verlieren“, berichtet der Interviewpartner Franz von ähnlichen Entwicklungen in der Kreisstadt Merzig.

„Man erlebt das überall. Man erlebt das in jeder Straße. Wer will als Nachbarn Türken oder einen Russen haben? Jeder sagt: ‚Die können ruhig kommen. Mir macht das nichts aus. Aber bei mir sollen sie nicht gerade wohnen.‘ Wenn mein Nachbar Türke ist, dann ist das Haus nur noch die Hälfte wert, wenn ich verkaufen will.“ (Franz R., Z. 795-798)

Gleichzeitig heben die Befragten (u.a. Emira, Marfa, Osman) aber auch Möglichkeiten der Überwindung bestehender beidseitiger Ressentiments hervor und betonen auf diese Weise deren Wandelbarkeit. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrung iden-

tifizieren sie in erster Linie Intergruppenkontakte zwischen allochthoner und autochthoner Bevölkerung als hilfreich (vgl. Esser 2000: 298-299).

„Ich denke, dass alles damit zusammen hängt, dass man zusammen kommt. Wenn man nicht zusammen kommt und sich nicht austauscht, kann man sich nicht kennen lernen oder Ängste auch nicht abbauen.“ (Paolo S., Z. 709-711)

„Auf die Leute zugehen. Denn nur so kann man gut leben. Denn wenn man auf die Leute zugeht, kann man seine Meinung äußern, man kann gegen falsches Gedankengut wirken.“ (Gurvan J., Z. 1166-1168)

„Viele haben vor den Anderen Angst. Aber man braucht keine Angst zu haben. Das wissen sie aber nicht. [...] Die Leute müssen zusammenkommen. [...] [D]ass man mehr Kontakt hat. Mit den Nachbarn zum Beispiel. [...] Mit dem Nachbarn zum Beispiel könnte man zusammen Geburtstag feiern. Zusammen grillen. Abends irgendwie zusammensitzen.“ (Osman A., Z. 303-304, 307, 311-315)

Allerdings kann es nach Bogardus (1926: 52) einer Vielzahl an positiven Begegnungen bedürfen, um negative Einstellungen zu revidieren (vgl. Farwick 2009: 33). Gleichzeitig ist der Erfolg der Kontakte aber auch von spezifischen Faktoren abhängig (vgl. Häußermann & Siebel 2001: 135-136). Dazu zählen unter anderem „Gelegenheiten des besseren Kennenlernens“ und „Gemeinsame Ziele“ (Farwick 2009: 136). So erleichtern nach Einschätzung der Untersuchungspersonen (u.a. Marfa, Osman) vor allem Nahbeziehungen unter anderem in Form von Freundschaften einerseits die Entwicklung positiver Einstellungen und Gefühle gegenüber einer anderen Gruppe. Andererseits fördern sie durch objektive und verbesserte Informationsmöglichkeiten den Abbau von Stereotypen und damit die Offenheit zur Entdeckung möglicher Gemeinsamkeiten (vgl. Farwick 2009: 136).

„Zuerst, 1992, das muss ich sagen, waren sie skeptisch. Mit uns sind 2 bulgarische Familien eingezogen. Die Nachbarschaft, das habe ich später gehört, waren nicht dafür. Und als sie gesehen haben, wer da alles wohnt, dass wir auch den Garten machen und mit den Leuten reden, haben sie uns gleich akzeptiert.“ (Emira C., Z. 455-458)

„Und in der letzten Zeit ist in Merzig auch gut, dass es Angebote gibt, wo verschiedene Vereine miteinander zusammenkommen. Das hat mir sehr gut gefallen. Dann werden auch die Vorurteile besser beseitigt. Früher habe ich gedacht, dass es hier die Russen und Türken gibt. Und jetzt habe ich erfahren, dass es viele Leute aus Syrien gibt, und ich habe ein paar Menschen aus dem türkischen Verein kennen gelernt. Wenn wir uns auf der Straße sehen, lächeln wir und gehen nicht einfach vorbei. Sie kennt mich. Und dann habe ich diese Frau mit ihrer Mutter getroffen und sie hat mir auch ein paar Tipps für meine Tochter gegeben. Dann sehen sie auch uns mit anderen Augen und nicht so fremdartig.“ (Marfa N., Z. 372-380)

Gemeinsame Ziele und damit verbunden „[d]ie Anstrengung [...] [diese zu erreichen] fördert das Gefühl der Solidarität zwischen den beteiligten Gruppen und trägt zu einer Zunahme von gruppenübergreifenden freundschaftlichen Beziehungen bei.“ (Farwick 2009: 136; vgl. Hapke 2008: 63; Langer 2004: 63) Gemeinsame Interessen (u.a. Annick und Luc, Franz, Marfa, Paolo), geteilte Freude an gemeinsamen Aktivitäten (u.a. Karim) und Unternehmungen, gegenseitiges Einfühlungsvermögen, Interesse und Offenheit (u.a. Gurvan, Ljiljana, Osman) sowie Kontakte auf Augenhöhe (u.a. Karim, Ljiljana, Sebastián) sind damit wesentliche Gütekriterien für Intergruppenkontakte und können soziale Anerkennung vermitteln (vgl. Bauer 2013: 67-69; Heckmann 2015:

190-191). Neben sozialer Anerkennung können nach Pettigrew (1998: 70-71) mittels Intergruppenkontakten aber auch „Erfahrungen über Eigenschaften der Fremdgruppe“ (Farwick 2009: 137) gewonnen, eigene Verhaltensweisen verändert, emotionale Nähe entwickelt und die eigene Gruppe neu bewertet werden (vgl. Farwick 2009: 137-138).

Über die Intergruppenkontakte hinaus stehen die Untersuchungspersonen (u.a. Emira, Osman, Paolo, Rosa) auch mit in Deutschland lebenden Angehörigen der Herkunftsgesellschaft in Verbindung, was Zeichen ihrer Mehrfachintegration ist.

„Ich bin seit 1993 Leiter oder Vorsitzender eines italienischen Theatervereins. 14 Jahre haben wir Theater gemacht; ein Jahr haben wir jetzt geruht, aber dadurch bleiben die Bindungen zu meinen Leuten, zu meinen Traditionen und zu meiner Identität noch erhalten.“ (Paolo S., Z. 136-139)

„Dass man weiß, was [...] [im Herkunftsland] passiert, wo die Leute sind. Dass man überhaupt den Kontakt hat. Das muss man auch pflegen.“ (Emira C., Z. 896-897)

Damit bestätigen die in dieser Studie gewonnenen Aussagen ebenso wie beispielsweise die Untersuchungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (2010c: 27) und Yildiz (2009b), dass die Mehrfachintegration wesentlicher Bestandteil des Lebensalltags von Personen mit Migrationshintergrund ist.

7.2.5 Identifikatorische Integration

Bei der identifikatorischen Integration handelt es sich nach Heckmann (2015: 193) um einen „Identifizierungsvorgang von Menschen mit einer Gesellschaft und Kultur [...], der seine Besonderheit darin hat, dass Einwanderer auf Grund ihrer Mitgliedschaft und Sozialisation in ihrer Herkunftsgesellschaft eine bestimmte nationale und/oder ethnische Identität mitbringen, im Integrationsprozess aber neue Einflüsse und Mitgliedschaften wirken, die zu neuen Formen des Selbstkonzepts führen können.“ Entsprechend der von Goffman (1967) vorgenommenen Dreiteilung des Identitätskonzepts in „soziale Identität“, „persönliche Identität“ und „Ich-Identität“ lokalisiert Heckmann (2015: 194) die identifikatorische Integration im Bereich „der sozialen Identität und des Selbstkonzepts von Personen“ und beschreibt sie als „Arten und Grade der Identifizierung mit bzw. der Abgrenzung von bestimmten Kollektiven oder Gruppen.“ (vgl. Maehler 2012: 34) Identifikation ist aber auch „Ausdruck von geteilten Werten, Lebensweisen und Sozialisierungskontexten, die Sicherheit und Selbstwert vermitteln und die Bereitschaft zur sozialen Vernetzung und Partizipation erhöhen“ (Bertelsmann Stiftung 2012b: 18). Sie kann sich entweder auf das Ankunfts- oder das Herkunftsland beziehen, beide beziehungsweise keines der Länder umfassen oder losgelöst von nationalen Kontexten sein (vgl. Foroutan 2013: 93-94).

Während beispielsweise bei dem Interviewpartner Gurvan weiterhin ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zum Quellland besteht, das „immer [s]eine Heimat“ (Gurvan J., Z. 119) bleiben wird, da es sich um sein Geburtsland handelt, ist hingegen die Identität einiger Befragten, unter anderem von Ljiljana und Marfa losgelöst von nationalen Kontexten.

„[Ich sehe mich] einfach als Bürgerin der Welt [...]. Ich versuche aus verschiedenen Kulturen das Beste aufzusaugen.“ (Marfa N., Z. 1171, 1174-1175)

„Also [ich sehe mich] zuerst als Mensch, das ist ganz klar.“ (Ljiljana H., Z. 733)

Foroutan (2013: 93) spricht in Gurvans Fall von „Ein-Heimigkeit“, betont jedoch, dass „[d]iese Selbstzuschreibung zum ‚Herkunftsland‘ [...] nichts über ein Ausscheren aus dem Integrationsprozess aus[sagt], geschweige denn über den viel diskutierten Moment der ‚Integrationsverweigerung‘.“ Dies stützt auch Gurvans Beispiel, den die emotionale Bindung an das Quellland in keiner Weise hindert, sich funktional, sozial und strukturell im Zielland zu integrieren. Ljiljanas und Marfas Zugehörigkeitszuschreibungen sind hingegen Beispiele für die sogenannte „Neu-Heimigkeit“ (Foroutan 2013: 94). Diese umfasst Personen, die sich als „Weltbürger‘ [sehen] [...] [,] für sich eigene, individuelle Zugehörigkeitskriterien aus[handeln] und [...] eine Abwehr gegen jede Form von Kennzeichnung bzw. Markierung von außen“ (Foroutan 2013: 94) entwickeln. Auch der Interviewte Osman greift diese Entwicklungen auf, die er in erster Linie auf die Globalisierung zurückführt.

„In Zukunft wird es, meiner Meinung nach, nur noch Europa und Asien geben. Keine Deutschen, keine Franzosen, keine Türken. Wenn man fragt: ‚Wo kommen Sie her?‘ ‚Aus Europa.‘ ‚Wir kommen aus Amerika.‘ Amerikaner, Europäer und Asiaten. [...] Es hat sich sehr vieles verändert. Durch die Globalisierung.“ (Osman A., Z. 199-203)

Die quantitativen Untersuchungsergebnisse (s. Kap. 6.1.5) sowie die im Rahmen dieser Studie geführten Interviews (u.a. Annick und Luc, Liljana, Osman, Paolo, Zusanna) verdeutlichen allerdings, dass „Mehr-Heimigkeit“ (Foroutan 2013: 93) beziehungsweise hybride, „sich überlappende[...] und/oder verschmelzende[...] soziale[...] und identitäre[...] Realitäten“ (Foroutan 2013: 86) überwiegen (vgl. Fincke 2009: 37).

„Ja, mittlerweile ja. [Ich fühle mich a]ls italienischer Merziger.“ (Paolo S., Z. 627)

„Ja, Deutsch-Luxemburger. Oder Luxemburg-Deutscher.“ (Annick und Luc T., Z. 958)

„Entweder-Oder-Identitäten“ werden damit zunehmend von „Bindestrich-Identitäten“ (Pries 2003: 32) oder „Sowohl-Als-Auch-Identitäten“ abgelöst, was Ausdruck einer Wertschätzung für und einer Verbundenheit mit dem Ankunfts- sowie dem Herkunftsland ist (vgl. Horvat 2009: 333). Löffler (2011: 69) hinterfragt diese „Bikulturalität“ beziehungsweise Hybridität jedoch kritisch und kommt zu dem Ergebnis, „dass sich jemand [, der sich] in zwei Kulturkreisen bewegen kann [...] über die dazu notwendigen kulturellen Fähigkeiten verfü[en muss, sich aber nicht zwangsläufig] [...] zu beiden hingezogen fühlt bzw. sich überhaupt hingezogen fühlen kann.“ Dieser von ihm als „unvollständig“ (Löffler 2011: 69) bezeichneten Bikulturalität liege „ein Kosten-Nutzen-Kalkül [zugrunde], das die Vorteile des Lebens im Einwanderungsland zusammenzubringen weiß mit dem Umstand, sich emotional weiterhin mit dem Herkunftsland [...] verbunden zu fühlen.“ (Löffler 2011: 69) Die Befragten Annick und Luc setzen ihre hybride Identität ganz explizit in Zusammenhang mit Vorteilen, die sich aus der „Mehr-Heimigkeit“ ergeben.

„Man sucht sich die Rosinen raus. Das, was uns in Luxemburg gefällt, unternehmen wir da. Was uns hier besser gefällt [hier].“ (Annick und Luc T., Z. 960-961)

„Die Vorteile wollen wir ja auch nicht hergeben.“ (Annick und Luc T., Z. 1090)

Für die Mehrheit der Interviewten (u.a. Emira, Franz, Paolo, Sebastián) dominieren allerdings emotionale Aspekte als Gründe für die Verbundenheit mit und die Zugehörigkeit zu sowohl dem Ankunfts- als auch dem Herkunftsland.

„Es gibt viele Punkte, die einen stolz machen. Ich identifiziere mich mit den Sachen, die die Deutschen machen. Und ich will ein Teil davon sein. Ich möchte ein Teil davon sein.“ (Sebastián O., Z. 1115-1117)

„Und zudem ist dieses Serbisch-Sein für mich meine Eltern und meine Großeltern. Es ist auch Teil von mir. Ich kann sehr gut mit diesen beiden Dingen auskommen.“ (Ljiljana H., Z. 748-750)

Diese Vertrautheit mit dem Quell- und dem Zielland schließt sich damit ihrer Meinung nach nicht aus, setzt jedoch sowohl auf Seiten der allochthonen als auch der autochthonen Bevölkerung die Offenheit zur Akzeptanz und Toleranz kultureller Unterschiede voraus. Auch die Fachliteratur (u.a. Foroutan 2013: 88; Maehler 2012: 61; Pries 2003: 29) belegt dieses „Sich-Wohlfühlen“ in beziehungsweise „Sich-Identifizieren“ mit unterschiedlichen Kulturen, „ohne dabei [zwangsläufig] Einbußen [...] [in der] ethnischen Identität zu erfahren.“ (Maehler 2012: 61) Jedoch kann es beispielsweise durch politische Entwicklungen (u.a. Liljana, Zusanna), die Migration (u.a. Osman) oder den Tod enger Familienmitglieder in den Quellländern (u.a. Franz, Liljana) in gewissem Maße zu Entfremdungen von den Herkunftsländern kommen.

„Wenn wir jetzt in der Türkei Urlaub machen, nennt man uns Deutsche. Man nennt uns Deutsch-Türken. In der Türkei sind wir nicht richtig aufgenommen. Wenn einer merkt, dass ich aus Deutschland komme, fühlen wir uns irgendwie in der Türkei anders behandelt.“ (Osman A., Z. 973-976)

„Inzwischen sind die Eltern verstorben. Es sind also auch dort, wo wir herkommen, kein, sagen wir, Zuhause. [...] Und in Jugoslawien, egal wo, wären wir genauso fremd oder mehr fremd als hier. [...] Ich bin auch enttäuscht von den Menschen. Das kommt noch hinzu. [...] Ja, durch den Krieg.“ (Ljiljana H., Z. 67-68, 70, 78-79, 83)

Wie sich durch den Tod naher Verwandter die Bindungen zum Herkunftsland lockern können, kann durch die Geburt eines Kindes im Ankunftsland das Zugehörigkeitsgefühl zu diesem gestärkt werden, da das Zielland zur „Heimat“ des eigenen Kindes wird (u.a. Liljana, Paolo, Sebastián).

Vor allem die mit der Globalisierung einhergehende zunehmende Mobilität sowie die voranschreitende Digitalisierung und Vernetzung der Gesellschaft bewirken einerseits eine verstärkte Veränderbarkeit von Identitäten, sodass diese „nicht mehr an einen Ort und dort bestehende kulturelle Merkmale gebunden“ (Maehler 2012: 45) sind. Andererseits erleichtern sie den Erhalt sowie die Pflege sozialer Beziehungen auch über große räumliche Distanzen hinweg, wodurch der Bezug zum Herkunftsland gestärkt werden kann (vgl. Etzold et al. 2014: 86). Pries (2008: 7) spricht in diesem Zusammenhang von der Herausbildung „transnationaler Sozialräume“. Von diesen Entwicklungen profitieren sowohl die Befragten der quantitativen (s. Kap. 6.1.5) als auch der qualitativen (u.a. Marfa, Paolo, Rosa, Sebastián) Untersuchung, die unter anderem über die Sozialen Netzwerke und Skype in regelmäßigem Kontakt zu Bekannten,

Freunden und Verwandten im Herkunftsland stehen. Identifikationen mit dem Quell-land erleben sie unter anderem auch über den Kontakt zu in Deutschland lebenden „Landsleuten“ (Paolo S., Z. 134) (u.a. Osman, Paolo, Rosa), die Verwendung der Erstsprache (u.a. Liljana, Sebastián), das Mitwirken in herkunftsbezogenen Vereinen und Verbänden (u.a. Osman, Paolo, Rosa) sowie das Festhalten an bestimmten „Festen, Traditionen und Feiertagen“ (Etzold et al. 2014: 116) (u.a. Karim, Liljana; vgl. Etzold et al. 2014: 116, 118; Heckmann 2015: 199).

„Ich habe zum Beispiel bei dieser Hochzeit meines Sohnes eine Extra-Tanzgruppe aus der Türkei, von unserer Region, [gefunden]. Ich bin zwar in [Name einer türkischen Stadt] geboren, aber wir stammen von der Schwarzmeerküste. Und da gibt es eine bestimmte Tanzgruppe aus dieser Region [...]. Wie die Tanzgruppe da war, habe ich auch mit denen mitgespielt und mitgetanzt. [...] [I]ch war übergücklich, weil aus meiner Region und ich diese Tanzgruppe kenne. Das ist etwas Besonderes. Ich war übergücklich.“ (Osman A., Z. 704-711)

„Wenn Weihnachten ist, feiern wir auf Polnisch. Alles, was in Polen an Weihnachten gegessen wird, machen wir hier auch.“ (Zusanna W., Z. 533-534)

Neben diesen Aspekten ist nach Einschätzung der Interviewpartner (u.a. Emira, Franz, Gurvan) aber auch die Kulinarik von Bedeutung, wenn es um den Erhalt des Bezugs zur Herkunftskultur geht.

„Ich habe zu meiner Frau gesagt, dass sie so kochen muss wie meine Mutter.“ (Franz R., Z. 366-367)

Weiss stellte bereits 1946 in der Veröffentlichung „Volkskunde der Schweiz“ heraus, dass vor dem Hintergrund des „Glauben[s] an die sympathetische Wirkung der Nahrung [...] [es] in manchen Fällen [zu der] [...] Vorstellung [...] [komme], dass der Genuss derselben Speise oder desselben Getränks eine innere Gemeinschaft von zwei oder mehreren Personen herstelle.“ (Weiss 1984: 130, zitiert nach Portmann 2003: 172)

Bedingt durch ihre aktive, offene und tolerante Hinwendung zum Zielland konnten bei den befragten Personen der quantitativen (s. Kap. 6.1.5) und qualitativen (u.a. Franz, Liljana, Rosa, Sebastián) Studie zusätzlich zu den Bezügen zum Herkunftsland auch Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühle mit der Ankunfts-gesellschaft entstehen. Damit sich diese Gefühle entwickeln können, müssen jedoch gewisse internale und externale „Grundvoraussetzung[en]“ (Schramkowski 2004: 301) erfüllt sein. So kann in gewissem Umfang beispielsweise die Wertschätzung von „Werte[n] und praktische[n] Dinge[n]“ (Bauer 2013: 86) (u.a. Paolo, Osman) sowie die aktive Übernahme von „Verhaltens- und Lebensweisen“ (Bauer 2013: 86) (u.a. Emira, Gurvan) hilfreich sein, wobei der Umfang individuell und in Abhängigkeit von den Bezügen zum Herkunftsland festgelegt werden sollte. Während der Interviewte Osman beispielsweise die „Disziplin“ (Osman A., Z. 1040) im Ankunftsland schätzt, lobt Paolo die „Ordnung“ (Paolo S., Z. 609) und die institutionellen Abläufe.

„Wenn man aus Italien kommt und jedes Jahr nach Italien in Urlaub fährt: Es ist ein Unterschied von Null zu Hundert. Wenn man die Funktion der Verwaltung und Behörde mit anderen Ländern vergleicht, liegen Welten dazwischen. Hier funktioniert alles. Wenn wir irgendwo hingehen, dann kommen wir gleich dran. Sei es bei der Bank oder beim Bürgerbüro und wenn

man was braucht, muss man selten länger als ein paar Minuten warten.“ (Paolo S., Z. 383-388)

Gurvan entschied sich dafür, Weihnachten „nach der deutschen Kultur“ (Gurvan J., Z. 794) zu feiern und somit diese Lebensweise aktiv zu übernehmen, da Deutschland das Geburtsland seiner Kinder sei. Nach Heckmann (2015: 204) liegt die Bedeutung der Teilnahme an oder der aktiven Übernahme von „Zeremonien und Feiern [...] darin, dass sie den Einzelnen in den Gruppenzusammenhang einbinden und die Kohäsion der Gruppe selbst stärken.“ Dieses Gemeinschaftsgefühl erlebte auch die Untersuchungsperson Emira, wenn sie sich zu Bajram im Herkunftsland und zu Weihnachten in Deutschland aufhält.

„Letztes Jahr war ich für einen Feiertag, das heißt bei uns Bajram, im Oktober dort. Und das war einer von denen. Da habe ich das gefühlt. Alle feiern und man macht mit. Klar. Dann ist man in dem richtigen Gefühl des Bajram. Hier habe ich kein Gefühl, weil ich als Einzelner da bin. Hier ist man mehr auf Weihnachten orientiert. Überall sind Lämpchen und, und, und, Weihnachtsmärkte und dann fühlt man mit. Man freut sich mit den Menschen hier. Als ich unten war, habe ich mich mit denen Menschen richtig gefreut.“ (Emira C., Z. 717-723)

Darüber hinaus können nach Aussage der im Rahmen dieser und weiterer Studien befragten Interviewpartner beispielsweise die Aspekte „Sicherheit, Friede, Freiheit“ (Bauer 2013: 80) (u.a. Karim, Rosa) und „gesetzliche Gleichbehandlung“ (Bauer 2013: 80) (u.a. Karim) Einfluss auf die Entwicklung von Gefühlen der Verbundenheit und Zugehörigkeit nehmen. Aber auch „Akzeptanz [, Anerkennung] und soziale Gleichbehandlung“ (Bauer 2013: 81; vgl. Bauer 2013: 61; Heckmann 2015: 202, 204; Lange & Polat 2009b: 14; Schramkowski 2004: 301) (u.a. Franz, Ljiljana, Paolo), erfahrene Unterstützung und Zuwendung sowie gelebte Willkommenskultur (u.a. Gurvan, Osman, Rosa) (vgl. Ager & Strang 2008: 180; Bauer 2013: 82-83; Heckmann 2015: 202), soziales Eingebunden-Sein (u.a. Annick und Luc, Marfa, Ljiljana) (vgl. Ager & Strang 2008: 180; Bauer 2013: 82; Johaentges 1996: 150; Lange & Polat 2009b: 14; Maehler 2012: 108-109) sowie Möglichkeiten der „Selbstverwirklichung und aktive[n] Teilhabe“ (Bauer 2013: 83; vgl. Ager & Strang 2008: 183) (u.a. Emira, Franz, Sebastián, Zussanna) können den Aufbau von emotionalen Bezügen zum Ankunftsland bedingen.

Der Aspekt „Sicherheit, Friede, Freiheit“ spielt in erster Linie bei den Untersuchungspersonen eine Rolle, die aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen ihre Herkunftsländer verließen und daher in besonderem Maße das angstfreie, friedliche und freie Leben in der Ankunfts-gesellschaft schätzen.

„Zum Beispiel habe ich abends keine Angst hier rauszugehen. Ich kann ganz alleine zu Fuß laufen. Aber dort. Nein. Da muss man wirklich überlegen, ob man abends alleine auf die Straße geht.“ (Rosa B., Z. 909-912)

Damit verbunden ist auch die „gesetzliche Gleichbehandlung“. So berichtet beispielsweise der Interviewpartner Karim, der einer im Herkunftsland verfolgten Minderheit angehört, in Deutschland zum ersten Mal Gleichberechtigung und -stellung erfahren zu haben, wodurch ihm erstmalig seitens eines Staates Menschlichkeit entgegengebracht wurde. Darüber hinaus betonen die befragten Personen (u.a. Emira, Gurvan, Osman, Rosa) die Bedeutung von „Akzeptanz [, Anerkennung] und soziale[r]

Gleichbehandlung“, von erfahrener Unterstützung und Zuwendung von Seiten der autochthonen Bevölkerung, von der erlebten Willkommenskultur im Alltag sowie von dem Grad der sozialen Einbindung (s. Kap. 7.2.4), die Grundvoraussetzungen dafür sein können, um sich als angenommene, vollwertige und willkommene Mitglieder der Ankunftsgesellschaft zu fühlen, ohne die eigene Identität und die Beziehungen zur Kultur des Herkunftslandes aufgeben zu müssen.

„Es wäre wichtig, die Leute anzunehmen. Die Leute annehmen. Wenn ich irgendwohin komme und mich einer herzlich aufnimmt, dann ist das für mich schon ein Sprungbrett. Wenn mich aber einer ablehnt, dann ist es schon schwierig.“ (Emira C., Z. 579-581)

„[Die autochthonen Bewohner] müssen uns auch als Menschen akzeptieren; dass wir auch eine eigene Kultur haben.“ (Karim F., Z. 152-153)

Fehlt hingegen ein offener, toleranter und vorurteilsfreier Umgang, so hemmt dies nach Meinung des Befragten Franz die Entwicklung von Verbundenheitsgefühlen mit der Ankunftsgesellschaft. Diese Einschätzung bestätigen auch weitere Untersuchungen beispielsweise von Nesdale (2002) und Riegler (2000), in denen ein Zusammenhang zwischen den Ablehnungs- beziehungsweise Diskriminierungserfahrungen und dem Grad der Identifikation mit der Ankunftsgesellschaft nachgewiesen wird (vgl. Maehler 2012: 109-110). Gleichzeitig können Ablehnungs- und Diskriminierungserfahrungen auch mit einer Stärkung der „ethnischen Identifikation“ (Maehler 2012: 54) einhergehen (vgl. Maehler 2012: 54; Uslucan 2012a: 84).

Auch die Möglichkeiten der „Selbstverwirklichung und aktive[n] Teilhabe“ werden von einer Vielzahl der Interviewten als wichtig eingeschätzt. Diese umfassen jedoch nicht nur die in Kapitel 7.2.3 dargestellte berufliche Einbindung, die mit einer selbstständigen und unabhängigen Lebensführung einhergeht, sondern auch die gesellschaftliche Eingliederung beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement oder Nachbarschaftshilfe. Gerade dieser gesellschaftliche Einsatz wird unter anderem durch die kleinräumigeren Strukturen, wie sie meist in ländlichen Räumen zu finden sind, und den dort vorherrschenden höheren Bekanntheitsgrad erleichtert. Diese engeren räumlichen und sozialen Strukturen sind vermutlich auch ein Grund dafür, weshalb Gefühle des Zusammenhalts in ruralen Regionen stärker ausgeprägt sind als in urbanen Gebieten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012b: 26). Unabhängig vom beruflichen oder ehrenamtlichen Engagement steht bei den Untersuchungspersonen vor allem das Wissen, gebraucht zu werden und einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, im Vordergrund.

„Dieses ehrenamtliche Engagement ist sehr wichtig. Ich will den Menschen helfen, egal wie.“ (Osman A., Z. 928-929)

Bei diesen für die Verstärkung von Gefühlen der Verbundenheit und Zugehörigkeit als essentiell identifizierten Aspekten handelt es sich um Grundbedürfnisse, die „Voraussetzung für wirkliches Menschsein“ (Löffler 2011: 116) sind, weshalb jedes menschliche Wesen unabhängig vom Migrationshintergrund nach ihnen strebt (vgl. Löffler 2011: 116). Die Erfüllung dieser Bedürfnisse kann beispielsweise mit Akzeptanz, Anerkennung, Angenommensein, Wertschätzung, Wohlbefinden, Geborgenheit sowie Gleichberechtigung und gesteigertem Selbstwert einhergehen, was wiederum

positive Prädiktoren für die Entwicklung von Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühlen sind. Auch Schilling (2010: 19) spricht von menschlichen Bedürfnissen, „die ein je gegebener Raum hinsichtlich Schutz und Sicherheit, Impuls und Anerkennung, Identität und Identifikation gewähren soll.“ Damit lassen sich diese Bedürfnisse entsprechend in die vier Dimensionen „existentiell“, „politisch“, „sozial“ und „historisch-ästhetisch“ (Schilling 2010: 19) unterteilen. Den Erkenntnissen dieser Untersuchung entsprechend, stellt auch Schilling (2010: 19) eine Abhängigkeit zwischen den Befriedigungsmöglichkeiten und dem Identifikationsgrad heraus. „Je mehr Befriedigungsmöglichkeiten Menschen für sich in einem je gegebenen Raum erkennen, umso mehr identifizieren sie sich mit ihm und nehmen ihn emotional als etwas [E]igenes, als Heimat an.“ (Schilling 2010: 19) Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Mühler und Opp (2006: 45), die die emotionale Bindung an eine Region in Bezug zur empfundenen Lebensqualität setzen. Basierend auf der Theorie von Ajzen und Fishbein (1980), „wonach Menschen dazu neigen, positive Einstellungen zu einem Objekt zu entwickeln, wenn dieses Vorteile bringt“ (Roose 2010: 61), kann eine Steigerung der wahrgenommenen, persönlichen Lebensqualität mit einer verstärkten Bindung an eine Region einhergehen (vgl. Roose 2010: 61). Auf diese Weise können auch „emotionale[...] Betroffenheit und Bindung[en] [entstehen], was letztlich auch die Entwicklung von Gefühlen der Verantwortlichkeit – von Loyalität – bewirkt“ (Lutz & Heckmann 2010: 208, zitiert nach Heckmann 2015: 195). Vor dem Hintergrund der Untersuchungen von Nesdale (2002) spielt nach Einschätzung von Maehler (2012: 55) „[d]as Sammeln positiver Erfahrungen im [Ankunfts]Land, wie zum Beispiel der Erfolg im Job [sowie wertschätzende Begegnungen im Alltag und der Nachbarschaft], [...] eine große Rolle, indem diese Erfahrungen auf das Aufnahmeland insgesamt übertragen werden und dies für eine Identifikation förderlich ist.“ Darüber hinaus ist der Identifikationsgrad aber auch vom Einkommen (Keil 2006), der Aufenthaltsdauer (Schnell 1990), der bewussten Entscheidung für einen dauerhaften Aufenthalt im Ankunftsland (u.a. Ljiljana, Paolo; vgl. Bauer 2013: 57-58) sowie beispielsweise den Deutschkenntnissen (u.a. Karim; vgl. Keil 2006) und somit von individuellen „Akkulturationseinstellungen“ (Maehler 2012: 54; u.a. Emira, Gurvan, Paolo) abhängig (vgl. Maehler 2012: 55).

Keinen zwangsläufigen Einfluss auf das Ausmaß der Identifizierung hat nach Einschätzung der Interviewten dieser Arbeit (u.a. Ljiljana, Paolo) hingegen die Staatsangehörigkeit. So sieht sich beispielsweise Ljiljana trotz ihrer deutschen Staatsbürgerschaft nicht als „Deutsche“, sondern als „Naturalisierte Deutsche“ (Ljiljana H., Z. Z. 735-736) und wird auch von Seiten der autochthonen Bevölkerung nicht als „Deutsche“ wahrgenommen (vgl. Maehler 2012: 21, 31).

„Ich meine, die Deutschen sehen mich auch nicht als Deutsche. Verstehen Sie? Ich habe den deutschen Pass, aber sie sehen mich doch nicht als Deutsche.“ (Ljiljana H., Z. 746-748)

Auch Paolo betont, dass für ihn die Beibehaltung der Nationalität sowie der Denkmuster des Herkunftslandes nicht im Widerspruch zu einer funktionalen, strukturellen, sozialen oder identifikatorischen Integration im Zielland steht.

„Ich denke italienisch, und das hat nichts damit zu tun, dass ich mich hier wohl fühle.“ (Paolo S., Z. 559-560)

Diese Erkenntnisse bestätigt unter anderem auch Salehzadeh (2010: 47), wenn er davon spricht, dass „die Annahme der Staatsbürgerschaft an sich nicht automatisch zum Nationalstolz führ[t] [...] [und] [u]mgekehrt [...] die Beibehaltung der eigenen nationalen Identität [nicht zwangsläufig] [...] die Loyalität zur demokratischen Verfassung in der Aufnahmegesellschaft in Frage stellt.“ Ein Erklärungsansatz, weshalb das Merkmal der Staatsangehörigkeit im Rahmen des identifikatorischen Integrationsprozesses der im Zuge dieser Studie befragten Personen nur eine untergeordnete Rolle spielt, kann darin gründen, dass sich die Interviewten (u.a. Emira, Franz, Ljiljana, Osman, Sebastián) in erster Linie lokal oder regional identifizieren. Auf diese Weise entstehen neben „der nationalen Dualität [...] vermehrt zusätzliche oder Ersatzidentitäten für Bewohner einer Stadt, eines Stadtbezirks oder Quartiers“ (Schnur et al. 2013: 14).

„Als Merziger, denke ich, total. Ich muss nur noch das Merziger Platt lernen.“ (Emira C., Z. 1026)

„Ich fühle mich jetzt als Saarländer. Mir gefällt das ganze Saarland. Ich war in [Name einer rheinland-pfälzischen Stadt], fühlte mich aber nie als Pfälzer. Ich fühle mich mehr als Saarländer.“ (Sebastián O., Z. 1066-1068)

Jedoch müssen sich nicht notwendigerweise lokale oder regionale Identitäten herausbilden, um sich an einem Wohnort funktional, strukturell, sozial oder identifikatorisch zu integrieren (u.a. Gurvan).

„Merzig ist ein schönes Städtchen geworden. Aber ich als Merziger, nein. Dafür bin ich viel zu anpassungsfähig. Ich könnte morgen nach München gehen. Ich könnte morgen nach Köln gehen, ohne ein Kölner zu sein. Da habe ich keine Bindung zu Merzig, außer zu meiner Familie.“ (Gurvan J., Z. 1149-1152)

Ankerpunkt für die Herausbildung einer lokalen beziehungsweise regionalen Identität können allerdings soziale Beziehungen und Kontakte zu Arbeitskollegen, Bekannten, Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn (u.a. Annick und Luc, Franz, Marfa, Rosa, Sebastián), aber auch die Wohndauer (u.a. Osman) sowie der respektvolle Umgang von Behörden (u.a. Paolo) sein (vgl. Janßen & Polat 2004: 90; Schramkowski: 2007: 357).

„[I]ch habe meine größte Lebenszeit hier verbracht. Ich bin hier in Merzig aufgewachsen. Ich kenne jede Ecke in Merzig. Ich kenne fast jeden in Merzig.“ (Osman A., Z. 1061-1063)

Auch Richter (2006: 228) und Yildiz (2009b: 160) betonen die besondere Relevanz der Lokalität, die vor dem Hintergrund der Globalisierung und dem damit einhergehenden Transnationalismus wieder verstärkt an Bedeutung gewinnt. Auf der Grundlage empirischer Untersuchungen kommt Yildiz (2009b: 160) außerdem zu dem Ergebnis, dass gerade „die lokalen Bezüge noch immer den wichtigsten Bezugsrahmen [...] [des menschlichen] Handelns darstellen.“ Erst in einem zweiten Schritt, aufbauend auf der lokalen beziehungsweise regionalen Identität, konnte sich, so berichtet der Interviewpartner Sebastián, zusätzlich eine nationale Identität bilden. Mehrere Interviewte (u.a. Franz, Marfa, Sebastián) verweisen in diesem Zusammenhang auf sportliche

Wettkämpfe, die ihre nationale Verbundenheit und Zugehörigkeit zum Ankunftsland förderte.

„Danach kann man sich irgendwann mit Deutschland identifizieren. Es gab Sportereignisse, wie die Olympischen Spiele, Fußball, Champions League und es gibt eine deutsche Vertretung, dann bin ich für die deutsche Mannschaft. In der Champions League oder Europa League drücke ich den Deutschen die Daumen, hoffe, dass Deutschland gewinnt.“ (Sebastián O., Z. 1102-1106)

Heckmann (2015: 201) führt die Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung nationaler, regionaler und lokaler Identitäten auf die „Ausländerpolitik und Signale[...] der Nicht-Zugehörigkeit [...] [und des dadurch entstandenen Bildes Autochthoner zurück, die] [...] es den Migranten und ihren Nachkommen schwer[machen], sich mit diesen zu identifizieren, während die größere Normalität des Dazugehörens auf der lokalen Ebene auch die Zugehörigkeitsgefühle der Migranten anspricht.“

Unabhängig des Einflusses der Staatsangehörigkeit auf den Identifizierungsgrad haben sich vier der zwölf Interviewpartner (Emira, Ljiljana, Sebastián, Zusanna) für eine Einbürgerung entschieden, und auch ein Teil der Befragten der quantitativen Studie (s. Kap. 6.1.5) würde sich einbürgern lassen, teilweise jedoch unter der Voraussetzung der Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Bei vielen Autoren (u.a. Esser 2001; Riegler 2000; Wunderlich 2005) besteht allerdings keine Einigkeit darüber, ob die Einbürgerung die Voraussetzung oder den Abschluss des Integrationsprozess in die Ankunfts-gesellschaft darstellt (vgl. Maehler 2012: 29-30). Auch die im Rahmen dieser Untersuchung geführten Interviews (u.a. Emira, Sebastián, Zusanna) lassen keine abschließende Beurteilung zu, sondern geben Hinweise auf die beiden in der Literatur genannten Möglichkeiten. Während beispielsweise bei Emira und Sebastián die Entscheidung zur Einbürgerung eher am Ende des Integrationsprozesses stand und diese damit für sie Zeichen „eines gelungenen Integrationsprozesses“ (Luft 2010: 345) war, beantragte Zusanna noch in Polen und damit vor ihrer eigentlichen Migration die deutsche Staatsangehörigkeit.

„Ich fühle mich so [integriert]. Ich weiß nicht, ich denke, das sehen sie auch so. Deswegen habe ich mich auch eingedeutscht.“ (Emira C., Z. 235-236)

„Nach zehn Jahren habe ich gelernt Deutschland zu lieben, und das mache ich einfach. Und deshalb habe ich mich dazu entschieden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.“ (Sebastián O., Z. 1021-1023)

Für Emira und Sebastián waren somit vor allem emotionale Aspekte ausschlaggebend für ihre Einbürgerungsentscheidung. Der Befragte Franz greift hingegen in erster Linie auf „Funktionalitätsargumente“ (Maehler 2012: 30) zurück, um seine Entscheidung gegen eine Einbürgerung zu begründen. Gleichzeitig unterstreicht sein Beispiel nochmals, dass das Festhalten an der ursprünglichen Staatsangehörigkeit sowie die Beziehungen zum Quellland in keinem Widerspruch zur identifikatorischen Integration im Zielland stehen.

„Ich bin zwar immer noch Österreicher, weil ich die Staatsbürgerschaft nicht abgelegt habe, weil ich kein Vorteil oder kein Nachteil habe. Aber nicht, weil ich kein Deutscher sein will, sondern weil ich es nicht für nötig finde.“ (Franz R., Z. 138-140)

7.2.6 Dimensionsübergreifende Aspekte

Die in den Kapiteln 7.2.2 bis 7.2.5 dargestellten vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration) können allerdings nicht isoliert voneinander betrachtet werden, da „wechselseitige kausale Relationen“ (Heckmann 2015: 194) bestehen. Diese Beziehungen werden auch in den im Rahmen dieser Untersuchung geführten Interviews (u.a. Emira, Karim, Rosa) deutlich, wenn die Befragten beispielsweise eine Wechselwirkung zwischen der Berufstätigkeit, dem Spracherwerb und dem Aufbau interkultureller Kontakte zu Autochthonen aufzeigen und auf diese Weise Aspekte der strukturellen Integration mit denen der funktionalen und sozialen Integration in Verbindung setzen. Darüber hinaus stellen die Untersuchungspersonen (u.a. Ljiljana, Marfa, Paolo, Sebastián) unter anderem auch Zusammenhänge zwischen den Intergruppenkontakten zur autochthonen Bevölkerung und dem Wohlbefinden beziehungsweise der Zugehörigkeit heraus und damit zwischen der sozialen und identifikatorischen Integration.

Neben diesen „wechselseitigen kausalen Relationen“ konnten mit Hilfe der Interviews auch Faktoren identifiziert werden, die nicht nur die Integration in einer spezifischen Integrationsdimension fördern, sondern die dimensionsübergreifend wirken. Darunter fallen beispielsweise Zugriffsmöglichkeiten auf im Zielland bestehende familiäre und freundschaftliche Netzwerke, persönlichkeitsimmanente Faktoren der allochthonen und autochthonen Bevölkerung sowie innere Einstellungen und Bewältigungsstrategien von Frustrationserlebnissen.

Unabhängig von der spezifischen Integrationsdimension erwies sich für viele der im Zuge dieser Arbeit Interviewten (u.a. Emira, Karim, Ljiljana, Paolo) vor allem in der Zeit kurz vor oder nach der Migration die Einbindung in im Zielland bestehende familiäre oder freundschaftliche Netzwerke als förderlich für den individuellen Migrations- und Integrationsprozess. So berichten die Untersuchungspersonen (u.a. Franz, Osman, Zusanna), dass häufig bereits Bekannte, Freunde oder Verwandte in Deutschland lebten, die sie mit wichtigen Informationen beispielsweise im Hinblick auf die Migration oder das Ankunftsland versorgten. Auch Pries (2010: 37) stellt speziell die Rolle familiärer Netzwerkstrukturen heraus, in deren Kontext häufig Migrationsentscheidungen getroffen und Migrationen organisiert werden. Zudem erleichterte das Wissen, direkt nach der Ankunft auf soziale Netzwerke zurückgreifen zu können beziehungsweise in diese eingebunden zu sein, bei einzelnen Untersuchungspersonen (u.a. Franz) die Entscheidung für eine Migration. Dies kann unter anderem auf einen verbesserten Informationsaustausch zurückgeführt werden, wodurch die mit einem Migrationsprozess einhergehenden Unsicherheiten und Risiken gesenkt und gleichzeitig Gefühle der Sicherheit gesteigert werden können.

„Ich muss allerdings sagen, dass mein Bruder hier schon eine Firma gehabt hatte. Und da habe ich gedacht, ich gehe mal zu meinem Bruder und wenn es mir nicht gefällt, dann gehe ich wieder zurück.“ (Franz R., Z. 30-33)

Um sich nach der Migration aktiv in diese Netzwerke einbinden zu können, wählten die Interviewpartner (u.a. Franz, Karim, Paolo) häufig Wohnstandorte in der unmittelbaren Nähe zu bereits im Zielland lebenden Bekannten, Freunden und Verwandten. Auf diese Weise wurden die Migrationsbewegungen auf bestimmte Destinationen gelenkt, wodurch die sozialen Netzwerkstrukturen Einfluss auf „die räumliche Verteilung der Zuwanderer“ (Gans & Schlömer 2014: 157) nahmen.

„Weil [...] [mein Bruder] im Saarland lebte und immer noch leb[t] und aus diesem Grund wollte [...] [ich] hierher, damit [...] [er mir] helfen kann.“ (Karim F., Z. 47-48)

Die Einbindung in bestehende soziale Netze im Ankunftsland kann beispielsweise den Aufbau sozialer, sowohl intra- als auch interkultureller Kontakte (u.a. Emira) fördern und bei der Arbeits- und Wohnungssuche (u.a. Franz, Karim) sowie bei Behördengängen (u.a. Paolo) unterstützend wirken.

„Mit Hilfe meiner Verwandten und Tanten; sie sind mit mir zu den ganzen Ämtern - Gesundheitsamt und bei der Anmeldung bei der Stadt, beim Kreis, Aufenthaltsberechtigung. Überall ist die Tante mitgegangen. Was ich damals auch nicht verstanden habe, wie wichtig das war.“ (Paolo S., Z. 90-93)

Pries (2010: 37) weist ebenfalls darauf hin, dass „die für Migrationsprozesse notwendige Informationsbeschaffung, die Versorgung mit Geldmitteln und Kontakten sowie die Organisation von Unterkunft, Arbeit und Sozialkontakten in der Ankunftsregion [...] meistens nicht rein individuell oder durch professionalisierte Dienstleistungsorganisationen, sondern primär im Rahmen familiärer Netzwerke“ erfolgen. Vor diesem Hintergrund bezeichnet Nauck (2004: 84) mit Verweis auf Haug (2000b) die „Familie und Verwandtschaft [...] [als] ein Unterstützungssystem [...], in dem für den Eingliederungsprozeß notwendige Bestände an Alltagswissen, vielfältige soziale Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft kumuliert und jedem Mitglied unmittelbar zur Verfügung gestellt werden“ und Richter (2006: 205) spricht von einer „Ressource“, die die Orientierung und Etablierung im Ankunftsland erleichtert. Gerade die direkte Einbindung in bestehende familiäre oder freundschaftliche Netzwerke im Ankunftsland kann nach Elwert (1982: 721-722) die Entwicklung von Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen fördern, was einerseits hilfreich ist, um sich mit der neuen Umgebung aktiv auseinanderzusetzen und um andererseits ankunftslandbezogene Verhaltensweisen kennen zu lernen (vgl. Farwick 2009: 194; Richter 2006: 203). Außerdem bewirkt ein erhöhtes Selbstbewusstsein die Entstehung einer „kulturelle[n] Identität, die es erlaubt, soziale Distanzierungen und Stigmatisierungen von Seiten der Bevölkerung des Aufnahmelandes abzuwehren.“ (Farwick 2009: 194) Daher ist für Elwert (1982) „die Binnenintegration – vermittelt über die Solidarität der Migranten untereinander – die wesentliche [...] Voraussetzung[...] für eine weitere Aufnahme von Kontakten mit der Bevölkerung des Aufnahmelandes [...] und somit ein wichtiges Element im Eingliederungsprozess der Migranten“ (Farwick 2009: 194). Ähnlich formuliert es unter Anlehnung an Wilpert (1980) auch Nauck (2004: 84), der die familiären Netzwerke als Grundvoraussetzung „für das erfolgreiche Durchlaufen individueller Eingliederungskarrieren“ ansieht.

Damit jedoch tatsächlich von diesen integrierenden Wirkungen profitiert werden kann, müssen nach Elwert (1982: 724-726) bestimmte Kriterien erfüllt werden:

- „So darf durch die ethnische Gemeinschaft nicht das gesellschaftlich kontrollierte, staatliche Gewaltmonopol und damit die Gewähr gewaltfreier Räume in Frage gestellt werden. [...]
- Zudem darf die Binnenintegration nicht zur Bildung sozialer Isolate innerhalb der Gesellschaft der Migranten führen. [...]
- Schließlich müssen die ethnischen Gemeinschaften lernfähige Systeme bilden, in denen Wissen über die sie umgebende Situation im Aufnahmeland akkumuliert und Vorurteile gegenüber dieser Umwelt abgebaut werden können.“ (Farwick 2009: 194-195)

Werden diese sowie möglicherweise weitere Voraussetzungen nicht erfüllt, können familiäre und freundschaftliche Netzwerke den Integrationsprozess allerdings auch hemmen (vgl. Häußermann & Siebel 2001: 135). Durch die soziale Einbindung in herkunftsbezogene Strukturen können beispielsweise eine „Vielzahl sozialer Bedürfnisse [absorbiert werden] und [...] [es kann sich] ein in Konkurrenz zur Aufnahmegesellschaft stehendes Institutionensystem zur Bewältigung alltäglicher Probleme“ (Nauck 2004: 84) bilden. Des Weiteren kann die Entstehung interkultureller Kontakte eingeschränkt werden, was wiederum die individuellen Lernprozesse behindern könnte (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010c: 14; Nauck 2008: 84). Neben den Vorteilen sind sich auch viele der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung befragten Personen (u.a. Karim, Marfa, Paolo) dieser möglichen Nachteile bewusst, weshalb sie explizit auf die Bedeutung von Intergruppenkontakten zwischen Allochthonen und Autochthonen verweisen.

„Und dass die Menschen, wenn sie hierher kommen, nicht nur im Verwandtenkreis bleiben, sondern auch andere Leute kennen lernen. Und über diese Leute kommen sie dann schneller weiter, als wenn sie nur in der Familie sind.“ (Marfa N., Z. 1238-1240)

Neben den Zugriffsmöglichkeiten auf im Zielland bestehende familiäre und freundschaftliche Netzwerke betonen die Interviewten (u.a. Emira, Ljiljana, Marfa, Osman, Sebastián) immer wieder die besondere Relevanz persönlichkeitsimmanenter Faktoren und innerer Einstellungen der allochthonen und autochthonen Bevölkerung, die nicht nur auf einzelne Integrationsdimensionen, sondern auf den gesamten Integrationsprozess Einfluss nehmen können. Dazu zählen unter anderem beidseitige Offenheit und Toleranz (u.a. Franz, Karim, Zusanna) sowie Interesse gegenüber anderen Menschen, Ländern und Kulturen (u.a. Gurvan, Marfa).

„[M]an muss jeden so nehmen wie er ist. Wenn ich das nicht mache, dann bekomme ich Probleme. Ob ich so leben möchte wie der, das ist eine andere Sache. Aber ich muss ihn so nehmen wie er ist. Und das muss ich ihm auch zeigen, dass ich ihn so nehme.“ (Franz R., Z. 411-414)

„Die Bereitschaft und Toleranz. Die Bereitschaft, den anderen auch so zu nehmen, wie er ist. Ich kann von den Deutschen nicht verlangen, dass sie mich jetzt kopieren. Sie erwarten das auch von mir nicht. Und so glaube ich, dass man auch tolerant sein muss, wie in jeglichen Beziehungen.“ (Ljiljana H., Z. 528-531)

Mit diesen Faktoren eng verbunden, ist die Bereitschaft aktiv auf andere Menschen zuzugehen und neue Kontakte zu knüpfen. Auch bei diesem Aspekt sehen die Untersuchungspersonen (u.a. Emira, Gurvan, Sebastián) sowohl die Allochthonen als auch die Autochthonen in der Verantwortung.

„Aber wenn ich als Ausländer herkomme, und nichts tue, kann ich nicht erwarten, dass die Leute auf mich zugehen.“ (Gurvan J., Z. 195-196)

„[D]ass die Leute auf einen zugehen sollen. Wenn sie auf mich zugegangen sind, habe ich gleich kein Problem, mitzumachen, mich zu integrieren und Ablehnung geht gar nicht.“ (Emira C., Z. 1055-1057)

Damit wird deutlich, dass das eigene offene und tolerante Verhalten sowie die Eigeninitiative einiger Befragten (u.a. Franz, Zusanna) gleiche Verhaltensweisen beim Gegenüber induzierten beziehungsweise umgekehrt durch das Gegenüber bei der eigenen Person induziert wurden, was die Beidseitig- oder Wechselseitigkeit des Integrationsprozesses nochmals unterstreicht. Darüber hinaus spielt für die Interviewten (u.a. Gurvan, Ljiljana, Sebastián, Zusanna) in besonderer Weise der individuelle Integrationswille eine Rolle sowie damit verbunden die Eigeninitiative, Anstrengungs-, Leistungs- und Lernbereitschaft.

„[I]ch habe mir gedacht, dass ich alle Sachen, die man erledigen muss und braucht, selbst erledigen muss. Niemand würde mich an der Hand festhalten und mit mir zu den Banken, zum Arzt oder so gehen. Und das war auch der Punkt, wo ich mir gedacht habe, dass ich das jetzt lernen muss und alles machen muss, damit man hier irgendwie klarkommt.“ (Zusanna W., Z. 161-165)

Dazu zählt auch, sich Herausforderungen zu stellen (u.a. Gurvan, Rosa, Zusanna) und diesen mit Ausdauer und Geduld (u.a. Emira, Marfa) zu begegnen, was einerseits zu persönlichen Lernfortschritten führt und andererseits hilft, eine zunehmende Selbstständigkeit zu entwickeln.

„Ich habe gesagt, dass ich das alleine durchziehen muss. Wenn ich andauernd Hilfe habe, werde ich ja nicht selbständig. Dann werde ich es auch nicht lernen. Dann bin ich hingegangen. Ich habe mich sehr oft geärgert. Meistens geärgert. Weil oft haben sie so gemacht, als ob sie mich nicht verstehen.“ (Gurvan J., Z. 321-325)

Durch die Auseinandersetzung mit Neuem können Erfolgserlebnisse (u.a. Gurvan, Karim, Marfa, Zusanna) erfahren werden, die beispielsweise Optimismus, Selbstvertrauen, -wirksamkeit und Zuversicht vermitteln, was wiederum hilfreich für die Integration sein kann. Aber auch Frustrationserlebnisse müssen nicht nur hemmend sein, sondern können auch förderlich wirken. Vor diesem Hintergrund ist die Wahl der persönlichen Bewältigungsstrategie (u.a. Emira, Gurvan, Marfa, Paolo) entscheidend, die zum Umgang mit negativen Erlebnissen herangezogen wird. So greift die Interviewpartnerin Marfa beispielsweise auf Vorbilder zurück. Zu sehen, dass sie nicht alleine mit den Schwierigkeiten ist und dass andere die Herausforderungen bereits gemeistert haben, gibt ihr Mut und Zuversicht für ihren eigenen Weg. Ähnlich sieht es auch Paolo, der sich „eher nach den positiven [Erfahrungen richtet] und nicht nach den negativen [...] [beziehungsweise d]ie negativen“ (Paolo S., Z. 660-661) fallen lässt. Franz und Gurvan äußern, über gewissen Dingen zu stehen, was Zeichen von Selbstsi-

cherheit sein kann. Auch Glomp (2015) weist darauf hin, dass negative Erlebnisse positive Veränderungen mit sich bringen können. So „sind zum Beispiel Persönlichkeitseigenschaften wie emotionale Stabilität, Extraversion, Offenheit und Optimismus sowie geeignete Bewältigungsmethoden“ (Glomp 2015: 40) hilfreich. Ähnlich wie Marfa, die sich mit anderen allochthonen Personen über ihre Schwierigkeiten austauscht, kann auch nach Glomps (2015: 41) Einschätzung, die sich auf Untersuchungen von Joseph (2015) beruft, der Kontakt zu Personen, die bereits Ähnliches durchlebt haben, fördernd sein. Darüber hinaus kann es hilfreich sein, „mit anderen Menschen zu sprechen und sich auf Positives zu konzentrieren, wie etwa Dinge, für die man dankbar ist.“ (Glomp 2015: 40) Den Aspekt der Dankbarkeit greift auch ein Teil der im Rahmen dieser Arbeit befragten Untersuchungspersonen (u.a. Karim, Sebastián) auf, den sie in erster Linie auf die Gestaltungsmöglichkeiten im Ankunftsland beziehen. In engem Zusammenhang dazu steht das Empfinden von Wertschätzung für das Zielland. Dies ist auch bei der Mehrheit der Interviewten (u.a. Franz, Paolo, Zusanna) der Fall, die dem Ankunftsland beispielsweise aufgrund seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der damit verbundenen Gleichberechtigung, seines Gesundheitssystems oder seiner Funktionsweise Wertschätzung entgegen bringen.

Zusätzlich zu diesen persönlichkeitsimmanenten Faktoren sowie inneren Einstellungen und Bewältigungsstrategien erleichtern nach Meinung der Interviewpartner (u.a. Emira, Osman, Rosa) aber auch die von Seiten der Ankunftsgesellschaft gewährte Gleichberechtigung, erfahrene Hilfsbereitschaft und Unterstützung sowie entgegengebrachtes Verständnis für die eigene Situation den Integrationsprozess. Auf diese Weise erlebt die allochthone Bevölkerung unter anderem Wertschätzung und Zugehörigkeit, woraus sich Gefühle des Angenommen-Seins und des Wohlbefindens entwickeln können, die grundlegend für ein gemeinsames Miteinander und damit auch für Integration sind.

Auch in anderen Studien (u.a. Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e.V. 2001: 7; Bauer 2013: 59-63; Lummer 1994: 154-157; Schramkowski 2007: 174; Silbereisen & Schmitt-Rodermund 1999) wird auf die Wirksamkeit von psychologischen Merkmalen für den Integrationsprozess hingewiesen. Während Bauer (2013: 59-63) terminale und instrumentelle Werte in den Vordergrund stellt, darunter unter anderem auch Offenheit und Toleranz, unterscheidet Lummer (1994: 154-157) zwischen förderlichen internen (u.a. „Anpassungsfähigkeit“, „Gelassenheit“, „Selbstständigkeit“, „Selbstvertrauen“, „Willensstärke“) und externen Faktoren (u.a. „Hilfen durch Landsleute“, „Unterstützung durch Familienangehörige“) für die Integration.

8 Migration und Integration: Analyse

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die Ergebnisse der schriftlichen Befragung und der problemzentrierten Interviews dargestellt und diskutiert wurden, werden im Folgenden die einzelnen Ergebnisse sowie die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden theoretischen Annahmen durch eine Faktorenanalyse zusammengeführt. Ziel der Faktorenanalyse ist die Überprüfung der tatsächlichen Existenz der vier Integrationsdimensionen (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration) sowie die Identifikation möglicher Interdependenzen.

In einem ersten Schritt wurden zwecks Schärfung der Abbildung der einzelnen Dimensionen weniger gut geeignete Items identifiziert und eliminiert. Basierend auf dieser Vorselektion wurde dem theoretischen Konstrukt entsprechend mit dem Datensatz der Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund eine konfirmatorische Faktorenanalyse mit vier festen zu extrahierenden Faktoren durchgeführt (s. Tab. 14). Folgende Variablen fanden in dem Modell Berücksichtigung:

Abbildung der funktionalen Integration:

- Deutsche Sprachkenntnisse (Frage 32a)
- Alltagssprache Deutsch: Fernsehen schauen/Zeitung lesen (Frage 33b, c)

Abbildung der strukturellen Integration:

- Erwerb des Bildungsabschlusses in Deutschland (Frage 10a)
- Berufstätigkeit (Frage 11a)
- Finden eines gleichwertigen Arbeitsplatzes (Frage 12a)

Abbildung der sozialen Integration:

- Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld, Anzahl der Personen (Frage 27a, b)
- Privater Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit (Frage 37b)
- Mitgliedschaft in Vereinen (Frage 38a)
- Ehrenamtliches Engagement (Frage 39)
- Teilnahme an örtlichen Festen (Frage 40)

Abbildung der identifikatorischen Integration:

- Regelmäßigkeit der Kontakte ins Herkunftsland (Frage 35b)
- Verbundenheit mit dem Herkunftsland (Frage 36)
- Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland (Frage 41)
- Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft (Frage 42)

Tabelle 14: Konfirmatorische Faktorenanalyse

Rotated Component Matrix^a

	Component			
	1	2	3	4
Alltagssprache Deutsch: Zeitung lesen	,675			-,211
Alltagssprache Deutsch: Fernsehen schauen	,670			-,284
Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld	,563			,195
Deutsche Sprachkenntnisse	,555			
Privater Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit	,475	,207	,190	,268
Anzahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld, zu denen Kontakte bestehen	,184	,638		
Teilnahme an Festen der Kreisstadt Merzig		,604		
Ehrenamtliches Engagement		,587		,160
Mitgliedschaft in Vereinen		,512	,196	
Erwerb des Bildungsabschlusses in Deutschland			,729	
Finden eines gleichwertigen Arbeitsplatzes		,237	,662	
Berufstätigkeit			,600	
Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland	,163			,638
Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft				,555
Regelmäßigkeit der Kontakte ins Herkunftsland	-,234	,373	-,241	-,526
Verbundenheit mit dem Herkunftsland			,269	-,473

Extraction Method: Principal Component Analysis.

Rotation Method: Varimax with Kaiser Normalization.

a. Rotation converged in 6 iterations.

Quelle: Eigene Erhebung 2012

Laut dem Kaiser-Meyer-Olkin-Maß (s. Tab. 15) ist die Qualität der im Modell generierten Einzelfaktoren mit rund 0,6 zwar nur mäßig, allerdings stand hier auch nicht, wie bereits erwähnt, die Erzeugung eines möglichst guten Faktorenmodells, sondern die Überprüfung der theoretischen Annahmen im Vordergrund. Die Darstellung der Anti-Image-Korrelationsmatrix deutet hingegen auf ein geeignetes Faktorenmodell hin, da „die meisten Werte der außerhalb der Diagonalen liegenden Werte möglichst klein“ (Bühl 2012: 622) sind. Auch die Eigenwerte der vier Faktoren, die zwischen Werten

von 1,53 und 1,92 schwanken, sowie die Gesamtvarianzaufklärung von 42 Prozent lassen auf ein akzeptables Modell schließen.

Tabelle 15: Kaiser-Meyer-Olkin- und Bartlett-Test

KMO- und Bartlett-Test		
Maß der Stichprobeneignung nach Kaiser-Meyer-Olkin.		,592
Bartlett-Test auf Sphärizität	Ungefähres Chi-Quadrat	299,582
	df	120
	Signifikanz nach Bartlett	,000

Quelle: Eigene Erhebung 2012

Die durch die Einbindung unterschiedlicher Zuwanderergruppen sehr breit angelegte Untersuchung wirkte sich sowohl positiv als auch negativ auf die Qualität der Faktorenanalyse aus. Während auf diese Weise einerseits die Perspektivenvielfalt vergrößert wurde, trug die Stichprobenezusammensetzung andererseits zu einer gewissen Heterogenität der Besetzung von Items bei. So ist es selbstverständlich, dass die verschiedenen Gruppen im Hinblick auf unterschiedliche Variablen voneinander abweichen. Trotz dieser Abweichungen und einiger weiterer Schwächen lässt die Faktorenanalyse jedoch die vier Integrationsdimensionen erkennen:

1. Faktor: Funktionale Integration

Alltagssprache Deutsch; Fernsehen schauen/Zeitung lesen; Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld; Deutsche Sprachkenntnisse; Privater Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit

Auffallend ist, dass die Variablen „Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld“ und „Privater Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ auf diesem Faktor anstelle des theoretisch angenommenen zweiten Faktors hochladen. Dies kann unter anderem Ausdruck der besonderen Bedeutung persönlicher Begegnungen mit Muttersprachlern für den Spracherwerb und das Sammeln von Sprachpraxis sein.

2. Faktor: Soziale Integration

Anzahl der Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld, zu denen Kontakte bestehen; Teilnahme an Festen der Kreisstadt Merzig; Ehrenamtliches Engagement; Mitgliedschaft in Vereinen

3. Faktor: Strukturelle Integration

Erwerb des Bildungsabschlusses in Deutschland; Finden eines gleichwertigen Arbeitsplatzes; Berufstätigkeit

4. Faktor: Identifikatorische Integration

Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland; Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft; Regelmäßigkeit der Kontakte ins Herkunftsland; Verbundenheit mit dem Herkunftsland

Gleichzeitig macht die Faktorenanalyse jedoch auch deutlich, dass die einzelnen Dimensionen stark miteinander verwoben sind. Dementsprechend ist die oftmals theo-

retisch angenommene Trennung der vier unterschiedlichen Integrationsdimensionen so nicht in der Realität zu erwarten. In dem vorliegenden Faktorenmodell prägen zwei Variablen, die Variable „Privater Kontakt zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ und die Variable „Regelmäßigkeit der Kontakte ins Herkunftsland“, alle vier Faktoren beziehungsweise Integrationsdimensionen. Sie sind somit nicht ausschließlich einer Dimension zuordenbar, sondern haben Einfluss auf mehrere Dimensionen. Damit wird die Dynamik von sozialen Kontakten deutlich, die für den gesamten Integrationsprozess eine wesentliche Rolle spielt. Auf diese Weise entsteht eine Brücke oder Vermittlung zwischen den einzelnen Integrationsdimensionen, weshalb die Items, die diese Brücken ausbilden, im Folgenden als „Anker“ oder „Variablen mit Brückenfunktion“ bezeichnet werden. Die Faktorenanalyse manifestiert empirisch somit die theoretisch begründete Annahme der Existenz der vier verschiedenen Integrationsdimensionen, jedoch zeigt sie über diese theoretischen Annahmen hinausgehend auch Brücken zwischen den Dimensionen auf, die vor allem durch Interaktionen herausgebildet werden. Diese Erkenntnis konnte ebenfalls aus den problemzentrierten Interviews gewonnen werden, wo neben dimensionsspezifischen zusätzlich dimensionsübergreifende, für die Integration förderliche oder hinderliche Faktoren ebenso identifiziert wie auch konkrete Interdependenzen zwischen bestimmten Dimensionen aufgezeigt werden konnten. Dies stützt das theoretische Konzept, wonach zwischen den Dimensionen kausale Zusammenhänge bestehen, und es sich nicht um eindeutig abgrenzbare, eigenständige Bereiche handelt.

Die diagnostizierten Brückenfunktionen können je nach Variable nicht nur uni-, sondern auch bidirektional, also integrationsförderlich und –hinderlich sein. Bidirektional ist laut der Faktorenanalyse auch der Einfluss der sozialen Kontakte. Während sich private Kontakte zu Autochthonen meist positiv auf die Integration in den vier Dimensionen auswirken, können hingegen ausschließliche Kontakte ins Herkunftsland oder zu im Ankunftsland lebenden Personen gleicher Herkunft die Integration beeinträchtigen. Diese Ambivalenz der Interaktion als Brücke wird auch in den Interviews deutlich. So bildeten alltägliche Intergruppenkontakte für einige Befragte (u.a. Gurvan, Osman, Paolo) die einzige Möglichkeit, um Deutsch zu lernen, was beispielhaft den Einfluss privater Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit auf die funktionale Integrationsdimension widerspiegelt. Neben dem eigentlichen Spracherwerb bieten diese freundschaftlichen privaten Begegnungen darüber hinaus die Gelegenheit, in geschützterem Rahmen Sprachpraxis zu sammeln, was häufig mit zusätzlichen Erklärungen oder konstruktiven sprachlichen Korrekturen verbunden ist (u.a. Emira, Rosa, Sebastián).

„[S]ie haben langsamer gesprochen und mir erklärt, was es bedeutet. Und das hat mir sehr geholfen.“ (Gurvan J., Z. 979-980)

Auch in struktureller Hinsicht wirkten bei einem Teil der Interviewten (u.a. Emira, Rosa) private Beziehungen zu Autochthonen unterstützend. So erzählte zum Beispiel

Emira einem engen Vertrauten von ihren Schwierigkeiten bezüglich der Wohnungssuche, der sie daraufhin unterstützte.

„Und dann bin ich nochmal zu dem Opa gegangen und habe gesagt, dass ich ein Problem mit der Wohnungssuche habe und keine finde. Dann hat er gesagt, dass er für mich eine findet. Und dann hat er diese hier gefunden.“ (Emira C., Z. 424-427)

Über den funktionalen und strukturellen Bereich hinaus trugen Intergruppenkontakte zudem mehrheitlich (u.a. Marfa, Paolo, Sebastián) zur Entwicklung von Gefühlen des Angenommenseins und der Wertschätzung bei, die wesentliche Voraussetzungen für das Empfinden von Verbundenheit sowie Zugehörigkeit und damit für eine identifikatorische Integration darstellen.

„Und dann ist dieser, wie soll man es nennen, Freundschaftskreis. Das sind Leute, die ich jederzeit, in der Nacht anrufen kann. Das sind meine Freunde. Sie geben uns das Gefühl, hier zu Hause zu sein. Das ist sehr wichtig.“ (Ljiljana, H., Z. 186-189)

Während die Faktorenanalyse vermuten lässt, dass die Regelmäßigkeit der Kontakte ins Herkunftsland eher eine negative Wirkung auf die funktionale, strukturelle und identifikatorische Integration hat, betonen viele Befragte der qualitativen Studie (u.a. Karim, Ljiljana, Paolo) die von der Integrationsdimension unabhängigen positiven Effekte der Einbindung in transnationale soziale Netzwerke. Vor allem in der ersten Zeit nach der Migration können sie Halt sowie Orientierung bieten und wichtige Stützen darstellen. Jedoch weisen einige Interviewpartner (u.a. Marfa, Osman, Paolo) auch auf mögliche Nachteile einer zu starken Herkunftsorientierung hin.

„[Ich] leb[e] in Deutschland und kann daher nicht nur unter Syrern bleiben. Diese Offenheit unter Syrern kann das verzögern, [...] [ich] kann dann nicht [...] die Sprache beherrschen. Es wird alles später bei [...] [mir] ankommen.“ (Karim F., Z. 312-315)

Darüber hinaus kommt weiteren Variablen wie beispielsweise der Variable „Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld“, „Ehrenamtliches Engagement“, „Zugehörigkeitsgefühl“ und „Finden eines gleichwertigen Arbeitsplatzes“ eine Brückenfunktion zu. So prägt das Item „Kontakte zu Personen deutscher Staatsangehörigkeit im Wohnumfeld“ sowohl die funktionale als auch die identifikatorische Dimension. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in unterschiedlichen Interviews. Erhielt beispielsweise die Interviewte Emira von einem Nachbarn Unterstützung bei Amtsangelegenheiten, wodurch zum einen ihre funktionale Integration erleichtert wurde, förderten diese Begegnungen zum anderen auch ihre identifikatorische Integration. Weitere im Rahmen der Interviews befragte Personen (u.a. Osman, Rosa) berichten ebenfalls von nachbarschaftlichen Erlebnissen, die ihnen Wertschätzung und ein Gefühl von Angenommensein vermittelten.

„Wo wir damals gewohnt haben, hat eine Oma über uns gewohnt und die hat uns immer beschenkt. Geburtstage, an Weihnachten zum Beispiel hat sie uns immer beschenkt. Das war wunderbar.“ (Osman A., Z. 519-521)

Die Variable „Ehrenamtliches Engagement“ übernimmt hingegen eine Brückenfunktion für die soziale und identifikatorische Integrationsdimension, welche sich ebenfalls mit Hilfe der Interviews veranschaulichen lässt. Durch ehrenamtliches Engagement

tragen die Interviewpartner (u.a. Franz, Paolo, Osman) unter anderem zum Gemeinwohl bei und erfahren auf diese Weise, Teil der Gesellschaft oder einer Gemeinschaft zu sein.

„Ich helfe, wo ich helfen kann. [...] Ja, ich mache das gern. Ich merke, dass sich die Leute darüber freuen, und dann mache ich das gern.“ (Franz R., Z. 711, 717-718)

Diese erlebte soziale Einbindung ist wiederum zuträglich für die Ausbildung von Zugehörigkeitsgefühlen und damit für die identifikatorische Integration. Im Unterschied dazu prägt das Item „Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland“ neben der identifikatorischen die funktionale Dimension. Die bestehende Abhängigkeit ist unter anderem damit zu erklären, dass die Anerkennung von „Werte[n] und praktische[n] Dinge[n]“ (Bauer 2013: 86) des Ankunftslandes sowie die aktive Übernahme von „Verhaltens- und Lebensweisen“ (Bauer 2013: 86), also funktionalen Aspekten, in gewissem Grad die Entwicklung von Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühlen fördern können. So schätzt beispielsweise der im Rahmen der qualitativen Studie Befragte Osman die „Disziplin“ (Osman A., Z. 1040), während der Interviewpartner Paolo von der „Ordnung“ (Paolo S., Z. 609) beeindruckt ist.

„Disziplin ist in Deutschland achtungsvoll.“ (Osman A., Z. 1040-1041)

Über die Achtung und Wertschätzung hinaus geht die aktive Übernahme von Verhaltens- und Lebensweisen. Neben anderen Interviewten beschreibt auch Emira, dass die Übernahme neuer Verhaltens- und Lebensweisen nicht zwangsläufig subtraktiv, sondern durchaus additiv möglich ist. Dementsprechend empfindet sie sowohl beim Feiern des Bajram in Bosnien als auch des Weihnachtsfests in Deutschland ein Gefühl von Gemeinschaft, was Ausdruck von kulturellen Mehrfachbezügen ist. Während die Faktorenanalyse nicht unbedingt auf „Mehr-Heimigkeit“ (Foroutan 2013: 93) schließen lässt, verdeutlichen dieses Beispiel sowie weitere Interviews (u.a. Annick und Luc, Paolo, Sebastián) hingegen die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Herkunfts- sowie zum Ankunftsland.

„Ich fühle mich als Deutsch-Mexikaner.“ (Sebastián O., Z. 1012)

Die unterschiedlichen Ergebnisse zwischen der Faktorenanalyse und den problemzentrierten Interviews können unter anderem auf das Sampling der beiden Forschungsmethoden zurückgeführt werden. Während in die schriftlich standardisierte Befragung durch die Übersetzung des Fragebogens ins Russische und Türkische auch diejenigen Personen eingebunden werden konnten, die über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügten, erklärten sich für die Interviews nur solche Personen bereit, die sich aufgrund ihrer Sprachkenntnisse ein solches überhaupt zugetraut haben (s. Kap. 2.4.3.1, 6.2) (Ausnahme ist der Interviewpartner Karim, zu dessen Interview ein Dolmetscher hinzugezogen wurde). Bei den Interviewpartnern handelte es sich darüber hinaus um Personen, die dem Thema „Integration“ sehr offen gegenüberstanden, sodass sich eine entsprechende Aufgeschlossenheit auch gegenüber dem Ankunftsland ableiten lässt, was wiederum die Entstehung von „Mehr-Heimigkeit“ fördert. Umgekehrt lässt sich vermuten, dass diejenigen Befragten, die trotz teilweise

langer Aufenthaltsdauer nur über geringe oder keine deutschen Sprachkenntnisse verfügen, stärker am Quell- und weniger am Zielland orientiert sind, was die Entstehung von „Mehr-Heimigkeit“ erschweren kann. Jedoch weist die Faktorenanalyse durch die positive Ladung der Variable auf der strukturellen Dimension zumindest ansatzweise darauf hin, dass „Ein-Heimigkeit“ (Foroutan 2013: 93), bezogen auf das Quellland und die damit verbundene emotionale Beziehung zum Herkunftsland, eine strukturelle Integration nicht ausschließt. So steht eine starke emotionale Orientierung am Quellland beispielsweise nicht im Widerspruch dazu, sich im Ankunftsland in die dortigen Arbeits- und Wohnungsmärkte zu integrieren. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass diese Art der Eingliederung nicht zwangsläufig mit Einschränkungen (u.a. Aufgabe der Herkunftskultur oder Religion) für die Allochthonen einhergeht, sondern häufig mit einer Steigerung der Lebensbedingungen verbunden ist. Besonders deutlich wird dies an dem qualitativ Befragten Gurvan, dessen Heimat immer Frankreich sein wird, da es sich dabei um „[s]ein Mutterland, [s]ein Vaterland“ (Gurvan J., Z. 1129) handelt. Die innere Verbundenheit verhinderte in seinem Fall nicht, dass er sich im Zielland wohlfühlt und großen Einsatz für seine Integration in den Bereichen der funktionalen, strukturellen und sozialen Integration erbrachte.

„Ich habe alles dafür getan, um integriert zu sein.“ (Gurvan J., Z. 215)

Bezüglich des Items „Finden eines gleichwertigen Arbeitsplatzes“ besteht zwischen der strukturellen und der sozialen Dimension eine Brücke. Auch diese lässt sich anhand der Interviews veranschaulichen. So berichtet ein Teil der Interviewpartner (u.a. Ljiljana, Sebastián), dass sie über einen ihrer Ausbildung oder ihrem Studium entsprechenden Arbeitsplatz im Ankunftsland besonders leicht Zugang zu Arbeitskollegen gefunden haben. Vor allem Hochqualifizierten (u.a. Ljiljana, Marfa, Sebastián) wurde das Knüpfen sozialer Kontakte erleichtert, wenn sie sich in einem entsprechenden Arbeitsumfeld befanden. Sie führen dies unter anderem auf das hohe Bildungsniveau der Kollegen und die bestehende Erfahrung im Umgang mit Allochthonen zurück.

„Es waren Ärzte, Krankenschwestern. Und das war wiederum eine Umgebung, wie soll ich sagen, sie waren das gewohnt. Es gab Krankenschwestern, die auch Ausländerinnen waren, oder Ärzte, Kollegen.“ (Ljiljana H., Z. 641-643)

Gleichzeitig wurde ihnen von den Kollegen aber auch Interesse, Offenheit und Wertschätzung nicht nur für sie als Person, sondern auch für ihr Herkunftsland entgegengebracht, was die soziale Integration ebenfalls positiv beeinflusste.

„Es macht sie neugierig und offen, wenn sie wissen, dass ich Mexikaner bin.“ (Sebastián O., Z. 266-267)

Abschließend kann festgestellt werden, dass sowohl die Faktorenanalyse als auch die problemzentrierten Interviews hinsichtlich der vier Integrationsdimensionen viele Gemeinsamkeiten aber auch einige Unterschiede aufzeigen. Die identifizierten Unterschiede sind, wie bereits beschrieben, in erster Linie auf die im Rahmen der problemzentrierten Interviews durchgeführten indirekten Selektion der Interviewpartner zurückzuführen (s. Kap. 2.4.3.1, 6.2). Während sich die Interviewten durch eine besonde-

re Offenheit hinsichtlich des Themas „Integration“ und damit auch gegenüber dem Ankunftsland auszeichneten, fanden im Sample der Faktorenanalyse auch solche Personen Berücksichtigung, die gegenüber dem Thema noch weniger aufgeschlossen sind und sich stärker am Herkunftsland orientieren.

Trotz dieser Unterschiede stellen beide Forschungsmethoden beispielsweise die Relevanz aller vier Dimensionen für individuelle Integrationsprozesse heraus. Vor dem Hintergrund der Prozesshaftigkeit und Offenheit sollte Integration in allen vier Bereichen aber nicht zu einer bindenden Voraussetzung gemacht werden, da dies einem Versuch der objektiven Messung des Integrationsgrades gleichkommen würde. Auch die starke Subjektivität von Integrationsprozessen und damit verbunden der Verlauf in ganz unterschiedlichen Pfaden verdeutlicht, dass eine derartige, an äußeren Bewertungskriterien orientierte Konzeptualisierung zu kurz greifen würde. Im Unterschied zu Riegel (2004: 67) wird daher nicht von „vollständige[r] Integration“ gesprochen, erst recht nicht, wenn diese wie bei ihr zwangsläufig auf alle vier Integrationsdimensionen bezogen sein muss. Die Verwendung der Begrifflichkeit der „vollständigen Integration“ suggeriert zum einen, dass es sich bei der Integration um einen Zustand handelt, der mit der „vollständigen Integration“ erreicht und abgeschlossen ist. Dies widerspricht der in der vorliegenden Arbeit gemachten theoretischen Annahme, wonach die Integration als ergebnisoffener Prozess zu konzeptualisieren ist. Ein Prozess, der oftmals nicht linear ist, und durch Fragilität, Revidier- sowie Veränderbarkeit charakterisiert wird. Zum anderen wird der Integrationsprozess durch die Vorgabe, dass er alle vier Integrationsdimensionen umfassen muss, in seiner Individualität und Subjektivität eingeschränkt, wodurch die Komplexität und Vielschichtigkeit des Prozesses nicht mehr erfasst werden kann. Auch ist in der Postmoderne eine „vollständige Integration“ nach Einschätzung von Yildiz (2001: 80, s. Kap. 3.2.3) „empirisch nicht mehr möglich und auch nicht mehr nötig“, weshalb er diese ablehnt und sich stattdessen für eine partielle Integration ausspricht. Allerdings sollte die Integration in den vier Bereichen auch nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, da die vorliegenden quantitativen und qualitativen Forschungsergebnisse sowohl die empirische Realisierbarkeit einer die vier Integrationsdimensionen umfassenden Eingliederung als auch die weiterhin bestehende Bedeutung der einzelnen Dimensionen belegen.

Schwierigkeiten bereitet hingegen die klare Abtrennung der unterschiedlichen Dimensionen voneinander, was auf mindestens zwei Ursachen zurückgeht. So wird einerseits in der Literatur teilweise die Breite der einzelnen Dimensionen überschätzt, weshalb die im Vorfeld der eigentlichen Faktorenanalyse durchgeführte Vorselektion der Variablen zu einer Schärfung der Dimensionen hinsichtlich der dominantesten Indikatoren beitragen kann. Im Rahmen dieser Vorselektion wurden diejenigen Items aus der Faktorenanalyse eliminiert, die die vier Integrationsdimensionen nicht wie erhofft abbilden, weshalb nur noch die dominantesten Indikatoren Berücksichtigung in der Faktorenanalyse fanden. Auffällig ist mit Blick auf die dominantesten Variablen, dass im Bereich der funktionalen Integration nicht die eigentlichen Sprachkenntnisse, sondern

die Sprachpraxis von besonderer Bedeutung ist. Ähnliches gilt auch für die strukturelle Integration, die in erster Linie von einem in Deutschland erworbenen Bildungsabschluss statt von der Berufstätigkeit geprägt wird. Andererseits wird die klare Abtrennung der vier Dimensionen durch die Herausbildung von sogenannten Bindegliedern mit Brückenfunktion, Variablen, die nicht nur auf einem, sondern gleichzeitig auf mehreren Faktoren laden, beeinträchtigt. Die damit einhergehenden Interdependenzen zwischen den einzelnen Dimensionen, die auch im Rahmen der problemzentrierten Interviews deutlich wurden, manifestieren somit ebenfalls die bereits dargelegte Bedeutung aller vier Dimensionen für den Integrationsprozess. Diese identifizierten vielfältigen Wechselwirkungen, die nicht wie in früheren Ansätzen (u.a. Park & Burgess 1921) angenommen, ausschließlich vertikal in Richtung der nächstfolgenden Stufe ausgerichtet sind, bekräftigen zudem die im Rahmen des theoretischen Konstrukts gemachte Annahme, wonach die vier Integrationsdimensionen nicht notwendigerweise eine stufenweise Abfolge beziehungsweise eine Chronologie darstellen. Vielmehr handelt es sich bei der Integration oftmals um einen Prozess, der gleichzeitig mehrere Dimensionen umfasst, die ineinander übergreifen, sich wechselseitig bedingen und über die Brückenvariablen miteinander verknüpft werden.

Darüber hinaus verdeutlichen sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Forschungsergebnisse dieser Arbeit, dass entgegen der Theorien von Esser (2000: 288; 2001: 18), Gordon (1964) und Heitmeyer et al. (1997: 43, 92), wonach Bikulturalität oder Mehrfachintegrationen die Ausnahme seien und Identitäten des Herkunftslandes im Widerspruch mit Identitäten des Ankunftslandes stünden, „Mehr-Heimigkeit“ (Foroutan 2013: 93) beziehungsweise hybride, „sich überlappende[...] und/oder verschmelzende[...] soziale[...] und identitäre[...] Realitäten“ (Foroutan 2013: 86) während des Integrationsprozesses überwiegen.

9 Fazit und Ausblick

Wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, spielen Migration und Integration nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Räumen eine wichtige Rolle. Während auf den ersten Blick die Integrationsvoraussetzungen in ländlichen im Unterschied zu städtischen Räumen unter anderem aufgrund der Kleinräumigkeit und damit verbunden einer eingeschränkteren Angebotsvielfalt und geringeren Möglichkeiten der Lebensgestaltung ungünstiger erscheinen, bieten sie jedoch auch Besonderheiten, die sich positiv auf den Verlauf von Integrationsprozessen auswirken können.

So besitzt zum Beispiel die Kleinräumigkeit per se eine ambivalente Wirkung. Sie geht zwar einerseits mit einer geringeren Anonymität einher, allerdings herrscht andererseits oftmals in den ländlich geprägten Räumen noch eine stärkere Traditionsorientierung und Empfindsamkeit hinsichtlich kultureller und sozialer Unterschiede vor. Auch wenn die größere Traditionsorientierung und die stärkere Empfindsamkeit die Integration behindern können, fördern hingegen die engeren räumlichen und sozialen Strukturen sowie der dadurch bedingte höhere Bekanntheitsgrad die Entwicklung von Gefühlen der Geborgen- und Sicherheit sowie der Zugehörigkeit. Räumliche und soziale Überschaubarkeit bewirken gegenseitige Bekanntschaften und regelmäßige Begegnungen im Alltag, woraus sich tiefer gehende Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen ergeben können. Von besonderer Relevanz ist in diesem Zusammenhang das Wohnumfeld, das direkt nach der Migration sowohl Möglichkeiten der sozialen Einbindung bietet als auch häufig persönliche Hilfs- und Unterstützungsangebote bereitstellt. Darüber hinaus kommt einzelnen Schlüsselpersonen und Vereinen für die Integration gerade in ruralen Räumen eine wesentliche Verantwortung zu. Sie können Vorbilder gelebter Inklusion sein. Auf diese Weise helfen sie, Exklusion zu reduzieren und „ländlichen Rassismus“ zu bekämpfen. Mit Blick auf die Selbstorganisation sowie Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der allochthonen Bevölkerung können sich die kleinräumigen Strukturen jedoch auch negativ auswirken, da in einigen Gemeinden und Städten aufgrund der geringen Personenzahl keine funktionierenden Netzwerke entstehen können und auch keine politische Mitsprache erreicht werden kann. Ambivalenzen bestehen außerdem beispielsweise bei der kommunalen Integrationsarbeit. Häufig beeinträchtigen die begrenzten finanziellen und personellen Kapazitäten, die geringe Strukturiertheit und Vernetzung sowie die niedrige Siedlungsdichte den Aufbau nachhaltiger Integrationsangebote. Umgekehrt sind es vor allem aber auch die „kurzen Wege“, die flachen Hierarchien, die untereinander bekannten Akteure sowie ihre überschaubaren Netzwerke und Kommunikationsstrukturen, die die Integrationsarbeit in ruralen Regionen positiv beeinflussen können.

Laut dem saarländischen Landesentwicklungsplan „Siedlung“ zählt die Kreisstadt Merzig zu den ländlichen Räumen des Saarlandes. Während viele saarländische Kommunen bereits seit Beginn der 1990er-Jahre sinkende Bevölkerungszahlen verzeichnen, blieb hingegen die Gesamtbevölkerungszahl in der Kreisstadt Merzig zwischen 1990

und 2010 auf einem nahezu konstanten Niveau. Damit nimmt die Kreisstadt aus demographischer Sicht im saarländischen Vergleich eine Sonderstellung ein, die vor allem aus der Grenznähe zu Frankreich sowie Luxemburg und den damit verbundenen Wanderungen resultiert. Bedingt durch die grenznahe Lage leben in der Kreisstadt Merzig neben den klassischen Zuwanderergruppen auch sogenannte „grenzüberschreitende Wohnmigranten“, in erster Linie Personen, die ihren Wohnsitz von Luxemburg nach Deutschland verlegt haben. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels führt die internationale Zuwanderung einerseits zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl und andererseits zu einer Verjüngung der Altersstruktur. Für die Vielfalt an Kulturen, Lebensweisen und Nationalitäten sowie für das Engagement für Demokratie und ein respektvolles Miteinander wurde die Kreisstadt im Jahr 2010 vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet.

Dieses interkulturelle Miteinander spiegelt sich auch in den Untersuchungsergebnissen wider. So konnte unter anderem festgestellt werden, dass Allochthone über recht intensive Intergruppenkontakte zu Autochthonen und über verhältnismäßig große Netzwerke zu Nachbarn deutscher Staatsangehörigkeit verfügen. Darüber hinaus wurde die besondere Relevanz von Intergruppenkontakten innerhalb und außerhalb des direkten Wohnumfeldes für den Integrationsprozess deutlich.

Die bereits in der Kreisstadt Merzig existierenden Integrationsangebote sind vielfältig und schließen verschiedene Bevölkerungsgruppen, sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund, sowie alle Altersgruppen ein. Zusätzlich zu den üblichen Maßnahmen bestehen des Weiteren auch grenzüberschreitende Kooperationen mit Institutionen in Frankreich und Luxemburg, die unter anderem auch die europäische Integration fördern. Durchgeführt werden die unterschiedlichen Angebote von verschiedenen Trägern, aber auch von Ehrenamtlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Um eine effiziente Integrationsarbeit gewährleisten zu können, ist jedoch eine starke Vernetzung und enge Kooperation aller am Integrationsprozess beteiligten Akteure unumgänglich.

Obwohl die in der Kreisstadt Merzig vorhandenen Integrationsmaßnahmen bereits einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden interkulturellen Miteinander leisten, haben die Untersuchungsergebnisse weiteren Handlungsbedarf in verschiedenen Integrationsdimensionen aufgezeigt.

So bedarf es beispielsweise im Bereich der funktionalen Integration mit Blick auf den Spracherwerb mehr Gelegenheiten, um die in Sprachkursen erworbenen Kenntnisse anzuwenden. Vor diesem Hintergrund hat die frühere Stadtteilmanagerin, jetzt Integrationsbeauftragte der Kreisstadt Merzig, die Einrichtung eines Sprachstammtisches vorgeschlagen. Dieser soll Personen mit und ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit zum allgemeinen Austausch bieten und die allochthone Bevölkerung zur Einübung der Zweitsprache animieren. Die Umsetzung dieser Idee böte einerseits eine gute Gelegenheit zum Erwerb von Sprachpraxis und andererseits zur interkulturellen Begeg-

nung auf einer niedrigschwelligen Ebene, was wiederum möglichen Vorbehalten auf Seiten der allochthonen und autochthonen Bevölkerung vorbeugen könnte. Aufgrund momentan noch fehlender Ressourcen konnte der Vorschlag bislang noch nicht umgesetzt werden, jedoch sollte die Idee aus den genannten Gründen unbedingt weiter verfolgt werden (vgl. Wagner 2015). Um darüber hinaus die Kontakte mit Ärzten, Behörden, Erziehern und Lehrern zu erleichtern, könnten bei sprachlichen Schwierigkeiten sogenannte „Gemeindedolmetscher“ eingesetzt werden. Dies sind speziell geschulte Ehrenamtliche, die auf ihre Neutralitäts- und Schweigepflicht hingewiesen wurden und die für ihre Dienste eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Neunkirchen 2012). Bei der Verwaltung der Kreisstadt Merzig wird eine Liste von Mitarbeitern und deren Sprachkenntnissen erstellt, die im Bedarfsfall innerhalb der städtischen Verwaltung die Funktion des Dolmetschers übernehmen können (vgl. Wagner 2015). Wünschenswert wäre allerdings, wenn sich auch ein Dolmetschersystem etablieren würde, das neben bürokratischen auch bei alltäglichen Angelegenheiten zum Einsatz käme.

Da die Arbeitslosenquote der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2012 in der Kreisstadt Merzig ähnlich wie in anderen deutschen Städten mehr als doppelt so hoch war wie der Gesamtarbeitslosenanteil, ist auch im Bereich der strukturellen Integration deutlicher Handlungsbedarf erkennbar. So gilt es unter anderem, die in diesem Bereich vorhandenen Integrationsangebote weiter auszubauen und neue Konzepte zu entwickeln. Dabei sollten in besonderer Weise Jugendliche und Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit Berücksichtigung finden. Des Weiteren sind speziell in der Elternarbeit Informationen über das Schulsystem unentbehrlich. Auch müssten Grundschulen und weiterführende Schulen durch eine enge Kooperation mit lokalen Migrantenselbstorganisationen eine stärkere Mitarbeit allochthoner Eltern gewährleisten, wobei auch hier die Gemeindedolmetscher eine wichtige Funktion übernehmen könnten. Das System der „bikulturellen Multiplikatoren“ könnte hier besondere Vermittlungsaufgaben übernehmen, weshalb dieses weiterausgebaut und im Idealfall auf alle vorschulischen- und schulischen Einrichtungen übertragen werden müsste (vgl. Oberbürgermeister der Kreisstadt Neunkirchen 2008: 28, 31).

Bezüglich der sozialen Integration könnten beispielsweise Kulturcafés oder interkulturelle Kochkurse als Begegnungsstätten für interkulturellen Austausch fungieren, was die Kenntnisse über die verschiedenen Kulturen erweitert und persönliche Kontakte stärkt. Ebenso bieten die verschiedenen Vereine in der Kreisstadt Merzig eine Plattform für ein interkulturelles Miteinander. Gerade den Sportvereinen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu, da dort im Regelfall keine elaborierten Sprachkenntnisse vorausgesetzt sind, sondern die gemeinsame sportliche Betätigung im Mittelpunkt steht. Deshalb müssten sich die Vereine auch weiterhin für neue Mitglieder öffnen und gezielt auf die allochthone Bevölkerung zugehen. Hilfreich wäre hierbei beispielsweise die Organisation von Wettkämpfen oder Schnuppertrainings, wodurch ein zunächst unverbindlicher Kontakt möglich wird. Damit die bereits in der

Kreisstadt Merzig etablierten interkulturellen Veranstaltungen auch zukünftig gut angenommen werden, sollten im Rahmen dieser Veranstaltungen auch weiterhin attraktive Angebote sowie Aktivitäten für die gesamte Familie geboten werden. Gerade die Einbindung der gesamten Familie könnte eine gemeinsame Basis zum Austausch, zum gegenseitigen Kennenlernen und somit zum Knüpfen neuer Intergruppenkontakte zwischen Allochthonen und Autochthonen schaffen.

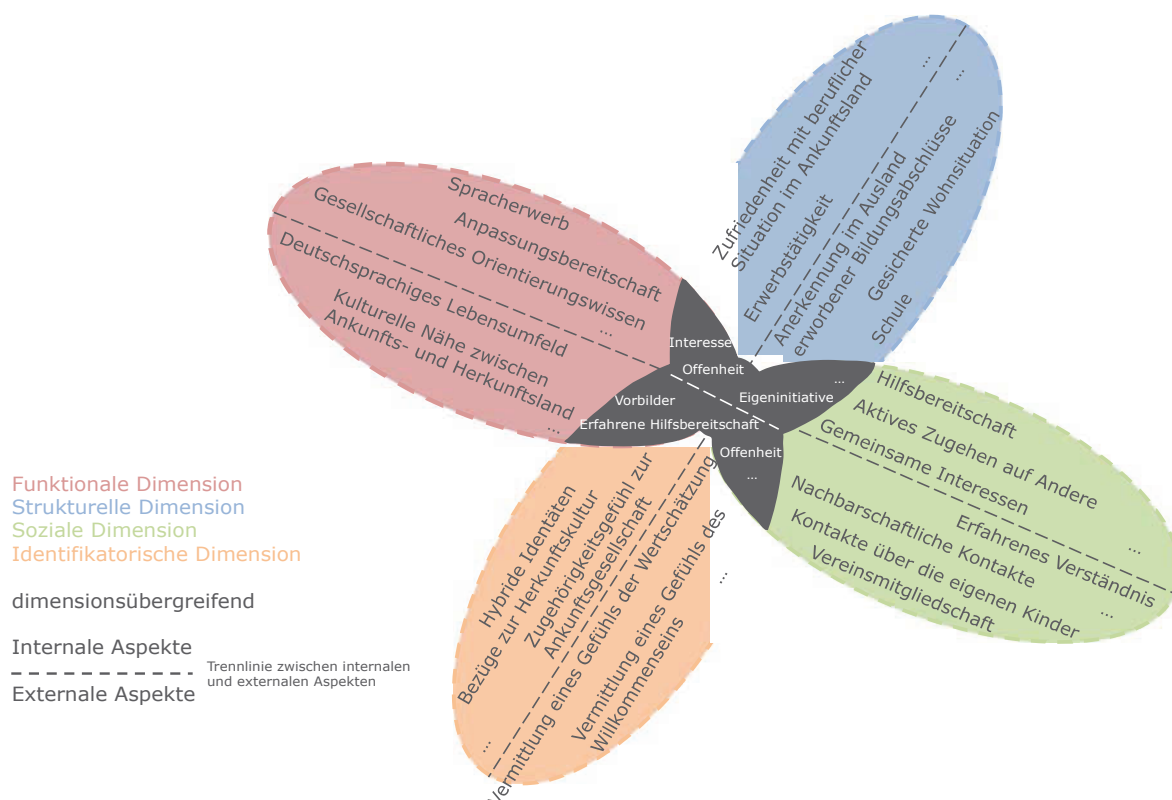
Während die meisten Befragten mit Migrationshintergrund die eigene Integration als grundlegende Voraussetzung für ein erfüllendes und gelingendes Leben im Ankunftsland sehen, zeigen sich jedoch individuelle Unterschiede hinsichtlich des Integrationsverständnisses. So reicht die Vorstellung dessen, was unter Integration zu verstehen ist, von „Assimilation/Anpassung“ bis „Inklusion“. Abgesehen von der Begrifflichkeit assoziieren viele Allochthone mit dem Wort „Integration“ beispielsweise Zufriedenheit, Sicherheit, Wohlbefinden, eine selbstbestimmte und wirtschaftlich unabhängige Lebensführung sowie berufliche und gesellschaftliche Anerkennung und Partizipation. Die unterschiedlichen Sichtweisen ergeben sich aus der eigenen Migrations- und Integrationsbiographie sowie familiären, gesellschaftlichen, sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen. Die beschriebenen Assoziationen verweisen auf die Mehrdimensionalität des Integrationsbegriffes (funktionale, strukturelle, soziale und identifikatorische Integration), wobei je nach Migrations- und Integrationsbiographie einzelne Dimensionen eine bedeutendere Funktion einnehmen können als andere. Dabei kommt nach Einschätzung der Mehrheit der allochthonen Interviewpartner der funktionalen Dimension besondere Bedeutung zu, da die Anpassung an funktionale Aspekte grundlegend für das Erreichen ihrer persönlichen Migrations- und Integrationsziele ist. Darüber hinaus bildet die funktionale Integration ihrer Meinung nach die Voraussetzung zur Erfüllung der an sie von der Ankunfts-gesellschaft gestellten Erwartungen. Da die Anpassung an funktionale Gegebenheiten im Regelfall mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen im Zielland verbunden ist, ist der Assimilationsbegriff in diesem Zusammenhang meist nicht negativ konnotiert, zumal es sich um eine partielle Anpassung handelt. Sie setzt nicht die Aufgabe der Herkunftskultur, Identität und Religion voraus.

Des Weiteren ist deutlich geworden, dass sowohl die Allochthonen selbst als auch die Autochthonen an dem Integrationsprozess beteiligt sind und sein müssen und für diesen Verantwortung übernehmen müssen. Dies verdeutlichen die an sich selbst sowie an die Ankunfts-gesellschaft formulierten Erwartungen, die von Anstrengungs- und Integrationsbereitschaft sowie Eigeninitiative auf Seiten der allochthonen Bevölkerung bis zur Ächtung von Diskriminierung sowie Rassismus und der Schaffung einer Willkommenskultur auf Seiten der autochthonen Bewohner reichen.

Spezifische, die persönliche Integration fördernde und hindernde Faktoren konnten anhand der individuellen Migrations- und Integrationsbiographien identifiziert werden. Dabei handelt es sich sowohl um internale als auch um externale Aspekte, die entweder einer einzelnen Integrationsdimension zugeordnet werden können oder dimensi-

onsübergreifend sind. Während im Bereich der funktionalen Dimension unter anderem der Spracherwerb, die Sprachpraxis, ein deutschsprachiges Lebensumfeld und die Anpassungsbereitschaft an ankunftslandspezifische Gegebenheiten die Integration erleichtern können, werden im Bereich der strukturellen Dimension in erster Linie die Erwerbstätigkeit und die gesicherte Wohnsituation als integrationsförderlich angesehen. Im Bereich der sozialen Dimension sind es vor allem die Eigeninitiative beim Aufbau neuer Kontakte, aber auch interkulturelle Begegnungen am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft. Positiven Einfluss auf den Bereich der identifikatorischen Dimension nimmt beispielsweise das Erleben von Wertschätzung und Willkommensein durch Autochthone. Faktoren wie beispielsweise Interesse am Ankunftsland, Offenheit gegenüber interkulturellen Kontakten zu Autochthonen, ein vorhandener Integrationswille sowie Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft, aber auch Offenheit der Autochthonen und erfahrene Hilfsbereitschaft prägen hingegen den gesamten Integrationsprozess und sind daher dimensionsübergreifend. Neben bestimmten Rahmenbedingungen sind es damit in erster Linie persönlichkeitsimmanente Faktoren und innere Einstellungen der Allochthonen und Autochthonen, die die individuellen Integrationsprozesse positiv beeinflussen können. Abbildung 81 visualisiert die integrationsförderlichen internalen und externalen Faktoren sowie bestehende Interdependenzen zwischen den einzelnen Integrationsdimensionen.

Abbildung 81: Integrationsförderliche internale und externale Faktoren



Quelle: Eigene Darstellung 2015

Nicht nur die qualitative, sondern auch die quantitative Untersuchung bestätigt die Existenz der theoretisch angenommenen vier Integrationsdimensionen und stellt deren Relevanz für individuelle Integrationsprozesse heraus. Mit Blick auf die Offenheit, Prozesshaftigkeit und Subjektivität von Integrationsprozessen sollte jedoch die Integration in alle vier Dimensionen nicht, wie es zum Teil bei anderen Autoren (u.a. Riegel 2004) der Fall ist, zu einer bindenden Voraussetzung gemacht werden. Dies käme dem Versuch der objektiven Messung des Integrationsgrades ausschließlich anhand externaler Bewertungskriterien gleich, wodurch weder dem Merkmal der Offenheit noch dem der Prozesshaftigkeit oder Subjektivität von Integration Rechnung getragen werden kann. Dennoch sollte eine, die vier Dimensionen umfassende Integration auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da die vorliegenden Untersuchungsergebnisse neben der empirischen Realisierbarkeit einer alle Dimensionen umfassenden Integration auch deren Bedeutung für individuelle Eingliederungsprozesse unterstreicht.

Außerdem konnten auf quantitativem und qualitativem Weg Interdependenzen zwischen den verschiedenen Integrationsdimensionen identifiziert und aufgezeigt werden. So wurden ähnlich der dimensionsübergreifenden Faktoren im Rahmen der Faktorenanalyse Variablen identifiziert, denen eine „Brückenfunktion“ zukommt. Diese haben nicht nur Einfluss auf eine, sondern gleichzeitig auf alle vier Dimensionen und somit auf den gesamten Integrationsprozess. Die sich daraus ergebenden Brücken zwischen den verschiedenen Integrationsdimensionen können uni- oder bidirektional sein, also entweder nur integrationsfördernd beziehungsweise –hindernd wirken, oder sie können eine Dimension positiv und gleichzeitig eine andere negativ beeinflussen. Damit bestehen, wie in dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Theoriekonzept bereits angenommen, kausale Zusammenhänge zwischen den einzelnen Integrationsdimensionen, weshalb es sich nicht um eindeutig abgrenzbare, eigenständige Bereiche handelt. Im Unterschied zu früheren Theoriekonzepten (u.a. Park & Burgess 1921), die lediglich von einer vertikalen Ausrichtung der Interdependenzen in Richtung der nächstfolgenden Stufe ausgingen, kann Integration demnach nicht als lineare, stufenweise Abfolge verstanden werden, sondern als ergebnisoffener, fragiler, revidier- und veränderbarer Prozess, der sich aus mehreren Dimensionen zusammensetzt. Diese greifen ineinander, bedingen sich wechselseitig und sind über Brückenvariablen miteinander verknüpft.

Des Weiteren zeugen sowohl die in dieser Arbeit auf qualitativem als auch auf quantitativem Wege gewonnenen Forschungsergebnisse davon, dass „Mehr-Heimigkeiten“ beziehungsweise hybride Identitäten überwiegen und nicht, wie beispielsweise von Esser (2000; 2001), Gordon (1964) und Heitmeyer et al. (1997) angenommen, die Ausnahme darstellen.

Die am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig gewonnenen Untersuchungsergebnisse können bis auf wenige Ausnahmen auch auf andere ähnlich strukturierte Gemeinden und Städte in ländlichen Räumen übertragen werden. Abgesehen von der differenzierten, fallstudienspezifischen Bestandsanalyse, die jedoch grundlegend für

das Verständnis lokaler migrations- und integrationsrelevanter Abläufe und Strukturen ist, besteht die Möglichkeit der Übertragbarkeit. So kann die internationale Migration auch in anderen ruralen, vom demographischen Wandel geprägten Regionen zu einer Stabilisierung oder gar einer Zunahme der Bevölkerungszahl beitragen. Auch dort treffen Zuwanderer in der Regel auf kleinräumige Strukturen mit ihren jeweiligen für die Integration förder- oder hinderlichen Besonderheiten. Gerade die räumliche sowie soziale Überschaubarkeit in ländlichen Räumen kann auch in anderen Kommunen Gemeinschaftsstrukturen schaffen, die durch einen hohen Bekanntheitsgrad und regelmäßige Begegnung gekennzeichnet werden. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass interkulturelle Kontakte und nachbarschaftliche Beziehungen zu Autochthonen nicht nur in der Kreisstadt Merzig, sondern auch in sonstigen ruralen Regionen besonderen Einfluss auf den Integrationsprozess nehmen. Unstrittig ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Schlüsselpersonen und Vereinen, denen hinsichtlich des interkulturellen Miteinanders in allen Kommunen eine wichtige Vorbildfunktion zukommt. Wurde das Integrationsverständnis, bedingt durch die starke Subjektivität, in der Kreisstadt Merzig unterschiedlich konzeptualisiert, wird dies aus demselben Grund mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in anderen Gemeinden und Städten der Fall sein. Jedoch lässt sich vermuten, dass trotz des individuellen Verständnisses Gemeinsamkeiten wie beispielsweise die Verwendung bestimmter Begrifflichkeiten (u.a. Assimilation, Integration, Inklusion) oder Integrationskonzepte (u.a. Integration als gesamtgesellschaftlicher, mehrdimensionaler und offener Prozess) sichtbar werden. Darüber hinaus stellen die identifizierten internalen und externalen, die Integration fördernden beziehungsweise hindernden Faktoren keine Eigenheiten von Eingliederungsprozessen in der Kreisstadt Merzig dar. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um allgemeingültige Aspekte wie beispielsweise persönlichkeitsimmanente Merkmale und innere Einstellungen, die generell die Integration beeinflussen können, unabhängig davon, ob sich diese in ländlichen oder städtischen Räumen vollzieht. Auch die häufige Verbreitung der „Mehr-Heimigkeit“ ist kein besonderes Merkmal der Allochthonen der Kreisstadt Merzig, sondern ist in erster Linie auf Globalisierungsprozesse zurückzuführen. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass diese Form der Identität auch in anderen ruralen Kommunen stark vertreten ist. Des Weiteren sind auch die im Rahmen dieser Arbeit abgeleiteten theoretischen Überlegungen zur Integration allgemein übertragbar.

Bedingt durch die permanenten Wanderungsbewegungen, die sich lediglich hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität verändern, ist davon auszugehen, dass Prozesse der Wanderung und Eingliederung auch in ruralen Regionen zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen werden. Gerade die derzeitige Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Während europaweit einheitliche Regelungen bezüglich der Definition sicherer Herkunftsstaaten notwendig sind und Asylverfahren bundesweit beschleunigt werden sollten, spielen in den ländlich geprägten Gemeinden und Städten Privatpersonen, Ehrenamtler und Vereine eine

sehr wichtige Rolle. Sie können durch ihren Einsatz in besonderem Maße zu einem interkulturellen Miteinander und damit auch zu einer Willkommenskultur beitragen. Dies gilt es, zukünftig stärker zu fördern und zu würdigen. Es ist zu hoffen, dass trotz oder gerade wegen der momentanen hohen Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen die Hilfsbereitschaft, Offenheit und Toleranz, die oftmals kleinere Gemeinden und Städte auszeichnen, auch weiterhin erhalten bleiben. Darüber hinaus ist es auch in Zukunft wichtig, interkulturelle nachbarschaftliche Kontaktmöglichkeiten mit Autochthonen zu schaffen, da die Untersuchungsergebnisse die besondere Relevanz dieser Kontakte herausgestellt haben. Vor diesem Hintergrund sollte Segregation nach Möglichkeit vermieden und stattdessen für ein durchmischtes Wohnumfeld gesorgt werden.

In der vorliegenden Arbeit wurde den bei der Analyse des Forschungsstandes identifizierten Forschungslücken Rechnung getragen, indem sowohl auf inhaltlicher, methodischer und räumlicher Ebene versucht wurde, neue Anstöße zu geben. So ging es inhaltlich gesehen bei der Betrachtung der Kreisstadt Merzig neben der Erhellung von Migrations- und Integrationsprozessen in ländlichen Räumen um den Nachweis der Existenz und die Bedeutung der vier Integrationsdimensionen sowie möglicher Interdependenzen. Mit der Berücksichtigung der allochthonen und autochthonen Bevölkerung durch deren Einbindung in eine schriftlich standardisierte Befragung und problemzentrierte Interviews sowie die Kombination aus quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden sowie Analyseschritten (u.a. Faktorenanalyse, Migrationsbiographien und individuelle Wege der Integration) war es möglich, umfassendere Erkenntnisse über Migrations- und Integrationsvorgänge in ruralen Regionen zu gewinnen. Dabei beziehen sich die gewonnenen Erkenntnisse nicht nur auf den Untersuchungsraum der Kreisstadt Merzig, sondern sie können zum Teil auch auf andere ländliche Räume übertragen werden, was auch auf räumlicher Ebene zu neuen Erkenntnissen führt.

Darüber hinaus besteht jedoch auch in Zukunft, aufgrund des lange Zeit existierenden Forschungsdefizits sowie der aktuellen Entwicklungen, weiterer Forschungsbedarf hinsichtlich der oben genannten Ebenen. Dazu zählen unter anderem folgende Aspekte (s.a. Schader-Stiftung 2011a: 193-194):

1. Inhaltliche Ebene:

- Die Rolle von Migrantenselbstorganisationen und Vereinen in individuellen Integrationsprozessen
- Der Einfluss des direkten Wohnumfeldes und die damit verbundenen Intergruppenkontakte beziehungsweise Segregationstendenzen auf die Integration

2. Methodische Ebene:

- Qualitative Studien mit Allochthonen über Möglichkeiten ihrer Einbindung in gesellschaftliche und politische Strukturen
- Qualitative Untersuchungen mit Autochthonen zur Wahrnehmung der allochthonen Bevölkerung

- Qualitative Untersuchungen mit Allochthonen und Autochthonen zu ihren Vorstellungen und Wünschen zur Integration sowie ihrem Zusammenleben
3. Räumliche Ebene:
- Lokale Fallstudien zur Evaluation örtlicher Besonderheiten wie beispielsweise die Willkommenskultur, das interkulturelle Miteinander und die bestehenden Integrationsangebote
 - Vergleichende Untersuchungen in mehreren Fallstudien zur Identifikation von Best-practice-Beispielen bezogen auf das interkulturelle Miteinander und Zusammenleben sowie ihrer Wirkung auf individuelle Integrationsprozesse

Darüber hinaus ist die Verbesserung der statistischen Datengrundlage zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund grundlegend. Zwar stellt der Zensus 2011 auf Bundesebene eine geeignete Datengrundlage dar, allerdings fehlen auf kommunaler Ebene häufig Statistiken, die hinsichtlich des Migrationshintergrunds differenzieren. Gerade für die Bearbeitung lokaler Fallstudien sind diese jedoch essentiell.

10 Literaturverzeichnis

- Ackermann, R. (2001): *Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelform*. Tübingen.
- Ager, A. & Strang, A. (2008): *Understanding Integration: A Conceptual Framework*. In: *Journal of Refugee Studies*, 21(2), S. 166-191.
- Ajzen, I. & Fishbein, M. (1980): *Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior*. Upper Saddle River.
- Alba, R. & Nee, V. (2003): *Remaking the American mainstream. Assimilation and Contemporary Immigration*. Cambridge & London.
- Alba, R. & Nee, V. (2004): *Assimilation und Einwanderung in den USA*. In: Bade, K. & Bommes, M. (Hrsg.): *Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problem-bereiche* (S. 21-39). Osnabrück (= IMIS-Beiträge, 23).
- Alisch, M. (2011): *Potenziale der Integration – Integration der Potenziale: Eine Zusammenfassung für die lokale Praxis*. In: Alisch, M. & May, M. (Hrsg.): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern* (S. 211-230). Opladen, Berlin & Farmington.
- Alisch, M. & May, M. (Hrsg.) (2011a): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern*. Opladen, Berlin & Farmington.
- Alisch, M. & May, M. (2011b): *Einleitung: Integrationspotenziale von Zuwanderern in kleinen Städten*. In: Alisch, M. & May, M. (Hrsg.): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern* (S. 7-28). Opladen, Berlin & Farmington.
- Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge.
- Alten- und Pflegeheim Kloster Marienau Schwemlingen (Hrsg.) (o.J.): *Alten- und Pflegeheim Kloster Marienau Schwemlingen*. Verfügbar unter: <http://www.ah-schwemlingen.de/willkommen.html> (08.03.2014).
- Amt für Soziales, Bildung und Sport (o.J.): *Das Jugendhaus*. Verfügbar unter: <http://www.jugendhaus-merzig.de/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=8> (09.05.2015).
- Anderson, T. R. (1955): *Intermetropolitan Migration. A Comparison of the Hypotheses of Zipf and Stouffer*. In: *American Sociological Review*, 20, S. 287-291.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2014): *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma*. Berlin.
- Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e.V. (Hrsg.) (2001): *Integration. 204 Berliner ausländischer Herkunft geben Auskunft. Positive Integrationsverläufe von Migrantinnen und Migranten Berlin. Ein Umfrageprojekt*. Berlin.

- Apitzsch, U. (2003): *Migrationsbiographien als Orte transnationaler Räume*. In: Apitzsch, U. & Jansen, M. M. (Hrsg.): *Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse* (S. 65-80). Münster.
- Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.) (2014): *Bestandsaufnahme. Migration im Saarland: ein Überblick 2014*. Saabrücken.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e.V. (Hrsg.) (o.J.): *Seniorenzentrum Merzig*. Verfügbar unter: <http://www.awo-saarland.de/index.php?id=158> (08.03.2014).
- Assist GmbH (Hrsg.) (2014): *assist – Ihr Partner im Gesundheitswesen*. Verfügbar unter: <http://www.assist.de/index.php?id=23> (27.01.2014).
- Atteslander, P. (2008): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin.
- Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2011 (BGBl. I S. 1266) geändert worden ist.
- Babka von Gostomski, C. & Sticks, A. (2008): *Der Einfluss von Gelegenheitsstrukturen auf die Häufigkeit des Kontaktes von Zuwanderern mit Deutschen*. In: Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 279-296). Opladen.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (2006): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwenderorientierte Einführung*. Berlin, Heidelberg & New York.
- Bade, K. J. (2007): *Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 22-23/2007, S. 32-38.
- Bade, K. J., Emmer, P. C., Lucassen, L. & Oltmer, J. (2008): *Die Enzyklopädie. Idee – Konzept – Realisierung*. In: Bade, K. J., Emmer, P. C., Lucassen, L. & Oltmer, J. (Hrsg.): *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (S. 19-27). Paderborn.
- Bade, K. J. & Oltmer, J. (2004): *Normalfall Migration*. Bonn.
- Bade, K. J. & Oltmer, J. (2005): *Flucht und Asyl seit 1990*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990> (07.08.2014).
- Bade, K. J. & Oltmer, J. (2008): *Deutschland*. In: Bade, K. J., Emmer, P. C., Lucassen, L. & Oltmer, J. (Hrsg.): *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (S. 141-170). Paderborn.
- Bähr, J. (2010): *Bevölkerungsgeographie*. Stuttgart.
- Balogh, P. (2013): *Sleeping abroad but working at home. Cross-border residential mobility between transnationalism and (re)bordering*. In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography*, 95(2), S. 189-204.
- Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group (Hrsg.) (2015a): *What is MPIEX*. Verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/what-is-mipex> (03.07.2015).

- Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group (Hrsg.) (2015b): *Who produces MPIEX*. Verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/who-produces-mipex> (03.07.2015).
- Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group (Hrsg.) (2015c): *Germany*. Verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/germany> (03.07.2015).
- Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group (Hrsg.) (2015d): *Sweden*. Verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/sweden> (03.07.2015).
- Barcelona Centre for international affairs & Migration Policy Group (Hrsg.) (2015e): *Portugal*. Verfügbar unter: <http://www.mipex.eu/portugal> (03.07.2015).
- Bartram, D., Poros, M. V. & Monforte, P. (2014): *Key Concepts in Migration*. London, Thousand Oaks, New Delhi & Singapore.
- Bauböck, R. (1995): *The integration of immigrants*. Verfügbar unter: https://www.ihs.ac.at/publications/lib/ihsrp_15.pdf (09.08.2015).
- Bauer, A. (2013): *Identifikative Integration. Über das Zugehörigkeitsgefühl von Migranten und Migrantinnen zu ihrer Aufnahmegesellschaft*. Stuttgart.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2011): *Zweiter Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2014): *10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Oktober 2014)*. Berlin.
- Beck-Gernsheim, E. (2007): *Wir und die Anderen. Kopftuch, Zwangsheirat und andere Mißverständnisse*. Frankfurt am Main.
- Becker, J. (2010). *Erdbeerpflücker, Spargelstecher, Erntehelfer. Polnische Saisonarbeiter in Deutschland. Temporäre Arbeitsmigration im neuen Europa*. Bielefeld.
- Beer, M. (1994): *Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945. Eine Übersicht der Archivalien in den staatlichen und kommunalen Archiven des Landes Baden-Württemberg*. Sigmaringen.
- Beetz, S. (2005): *Migration*. In: Beetz, S., Brauer, K. & Neu, C. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland* (S. 168-176). Wiesbaden.
- Beger, K.-U. (2000): *Migration und Integration: Eine Einführung in das Wanderungsgeschehen und die Integration der Zugewanderten in Deutschland*. Opladen.
- Benton, G. (2003): *Chinese Transnationalism in Britain. A Longer History*. In: *Identities. Global Studies in Culture and Power*, 19(3), S. 347-375.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2007): *Migrationstheorien*. Verfügbar unter: http://www.berlin-insti-tut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Kroehnert_Migrationstheorien.pdf (25.09.2015).

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2009): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2014): *Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.a): *Wegweiser Kommune. Merzig*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.b): *Bildungsbericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Merzig*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009): *Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2011): *Deutschland im demographischen Wandel 2030. Datenreport Saarland*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012a): *Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. Verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_37165_37166_2.pdf (27.02.2015).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012b): *Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015): *Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Januar 2015*. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Emnid_Willkommenskultur_2015_BST.pdf (03.06.2015).
- Beyer, J. (2005): *Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit! Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts*. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 34, H. 1, S. 5-21.
- Bibouche, S. & Held, J. (2009): *Reflexion über grundlegende Probleme der Integration*. In: Sauer, K. E. & Held, J. (Hrsg.): *Wege der Integration in heterogenen Gesellschaften* (S. 13-22). Wiesbaden.
- Binder, J., Sieber, M. & Angst, J. (1979): *Verzerrungen bei postalischen Befragungen: das Problem der Nichtbeantworter*. In: Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie, 26, S. 53-71.
- Boesen, E., Nienaber, B., Roos, U., Schnuer, G. & Wille, C. (angenommen): *Phantomgrenzen im Kontext grenzüberschreitender Wohnmigration. Das Beispiel des deutsch-luxemburgischen Grenzraums*. In: Europa Regional.
- Boesen, E., Schnuer, G. & Wille, C. (2015): *Urbanität im ländlichen Raum. Wohnmigration in der deutsch-luxemburgischen Grenzregion*. In: Garstenauer, R.; Unterwurzacher, A. (Hrsg.): *Aufbrechen, Arbeiten, Ankommen. Mobilität und Migration im ländlichen Raum seit 1945* (S. 225-244). Innsbruck.

- Bogardus, E. S. (1926): *Social Distance in the City*. In: Burgess, E. W. (Hrsg.): *The Urban Community. Selected Papers from the Proceeding of the American Sociological Society 1925* (S. 48-54). Chicago.
- Bogardus, E. S. (1930): *A Race-Relations Cycle*. In: *American Journal of Sociology*, 35(4), S. 612-617.
- Boos-Krüger, A. (2005): *Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet*. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): *Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt* (S. 407-445). Darmstadt.
- Boos-Krüger, A. & Wilk, B. (2011): *Integration in kleinen Städten – ein normativer Erklärungsansatz*. In: Alisch, M. & May, M. (Hrsg.): *Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern* (S. 59-72). Opladen, Berlin & Farmington.
- Bortz, J. & Döring, N. (2009): *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg.
- Bourgeois, B. (2014): *Verschiedene Nationalitäten in der Kreisstadt Saarlouis*. Bürgerbüro der Kreisstadt Saarlouis. Emailauskunft vom 29.04.2014.
- Breuer-Wirth, A. (2014): *Jugendhaus Merzig*. Emailauskunft vom 14.05.2014.
- British Council & Migration Policy Group (Hrsg.) (2011): *Migrant Integration Policy Index III*. Verfügbar unter: http://www.mipex.eu/sites/default/files/downloads/mipex_iii_de.pdf (19.08.2014).
- Brosius, F. (2011): *SPSS 19*. Heidelberg, München, Landsberg, Frechen & Hamburg.
- Brücker, H. (2013): *Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik*. Verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_37927__2.pdf (21.07.2015).
- Bünger, I. (2001): *Einwanderung und Integration – Ergebnisse einer Untersuchung des Alltagsdiskurses: Sich integriert fühlen und „integriert sein“ ist nicht dasselbe*. In: VIA-Magazin (Verband für Interkulturelle Arbeit), 5-VIII-01, S. 16-33.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014): *Arbeitsmarkt nach ausgewählten Nationalitäten in der Kreisstadt Merzig*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Frankfurt.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (o.J.): *Integrationskurse. Teilnahme und Kosten*. Verfügbar unter: <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/TeilnahmeKosten/teilnahmekosten-node.html> (10.04.2014).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2007): *Abschlussbericht. Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern – Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes*. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2008a): *Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2008b): *Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“* (RAM). Working Paper 11. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010a): *Das Integrationspanel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Integrationskursen*. Forschungsbericht 8. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010b): *Basisbericht: Berichtsband. Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“* (RAM). *Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Vertiefende Ergebnisse zum Forschungsbericht 8*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010c): *Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010d): *Basisbericht: Tabellenband. Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“* (RAM). *Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen*. Verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Forschung/Forschungsberichte/fb08-basisbericht-tabellenband.pdf?__blob=publicationFile (29.06.2015).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012): *Erfolg von Integrationskursen steigt weiter an*. Verfügbar unter: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/20121126-0025-pressemitteilung-integrationskurszahlen.html> (21.05.2014).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2013a): *(Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2013b): *Berufsbezogene Deutsch-Förderung. Das ESF-BAMF-Programm*. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2013c): *Integrationskurse. Inhalt und Aufbau*. Verfügbar unter: <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html> (10.04.2014).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014): *Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe März 2014. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen*. Verfügbar unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile (24.04.2014).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015): *Schlüsselzahlen Asyl. I. Halbjahr 2015*. Verfügbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/>

Publikationen/Flyer/flyer-schluesselfzahlen-asyl-halbjahr-2015.pdf?__blob=publicationFile (21.08.2015).

Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2012): *Landschaftssteckbrief. Merziger Muschelkalkplatte*. Verfügbar unter: http://www.bfn.de/0311_landschaft+M5675e09d5f7.html?&cHash=a270bd8280af0e9b1aad5eb233bf090 (19.01.2014).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (o.J.): *Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen*. Verfügbar unter: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4/kreistypen.html?nn=443222> (10.05.2015).

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zur Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen*. Paderborn.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011): *Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland*. Berlin.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2014): *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2012*. Berlin.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2015a): *Zahl der Asylbewerber erreicht neues Allzeithoch*. Verfügbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2015/08/neue-asylprognose-vorgelegt.html?nn=3315588> (21.08.2015).

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2015b): *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2013*. Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (o.J.): *Regionalpakt West-Süd-West*. Verfügbar unter: <http://www.perspektive50plus.de/beschaefigungspakte/paktsuche/regionalpakt-west-sued-west/> (01.02.2014).

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (o.J.): *Orte der Vielfalt*. Verfügbar unter: <http://www.orte-der-vielfalt.de/> (23.08.2010).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010): *Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration*. Berlin (= Online-Publikation, 08/2010).

Bühl, A. (2012): *SPSS 20. Einführung in die moderne Datenanalyse*. München.

Bundesverwaltungsgericht (Hrsg.) (2007): *BVerwG, Urteil vom 13.09.2007 - 3 C 49.06*. Verfügbar unter: <http://www.bverwg.de/130907U3C49.06.0> (23.04.2015).

Butterwegge, C. (2005): *Von der "Gastarbeiter"-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Migrationsgeschehen und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56377/migrationspolitik-in-der-brd?p=all> (14.08.2014).

- Butterwegge, C. (2007): *Neue Zuwanderungs- und Integrationspolitik seit 2005*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56340/neue-migrationspolitik> (14.08.2014).
- Cai, R., Esipova, N., Oppenheimer, M. & Feng, S. (2014): *International migration desires related to subjective well-being*. In: Journal of Migration, 3(8), S. 1-20.
- Callens, M.-S., Valentova, M. & Meuleman, B. (2012): *Do attitudes toward integration of immigrants change over time? A comparative study of natives, second-generation immigrants and foreign-born residents in Luxembourg*. In: CEPS Working Papers, Nr. 2012-14, S. 1-21.
- Caritasverband Saar-Hochwald e.V. (Hrsg.) (o.J.a): *Berufliche Integration für Zuwanderer im Rahmen der Landesintegrationbegleitung (BIZ/LIB)*. Verfügbar unter: <http://www.caritas-merzig.de/66880.html> (16.04.2015).
- Caritasverband Saar-Hochwald e.V. (Hrsg.) (o.J.b): *Migrationsdienst*. Verfügbar unter: <http://www.caritas-merzig.de/67132.html> (16.04.2015).
- Carpentier, S. (Hrsg.) (2010): *Die Grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen*. Luxemburg (= Schriftenreihe „Forum Europa“, 6).
- Castles, S. (2000): *Ethnicity and Globalization*. London.
- Castles, S., De Haas, H. & Miller, M. J. (2014): *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Basingstoke & New York.
- Castles, S., Korac, M., Vasta, E. & Vertovec, S. (2001): *Integration: Mapping the Field. Report of a project carried out by the Centre for Migration and Policy Research and Refugee Studies Centre*. Oxford.
- Castles, S. & Miller, M. (2003): *The Age of Migration. International population movements in the modern world*. Basingstoke & New York.
- CEB-Akademie & KEB/FBS (Hrsg.) (o.J.): *Elternschule Merzig 2013*. Verfügbar unter: http://www.ceb-akademie.eu/fileadmin/Ceb_mitarbeiter%20uploads/PDF_Dateien/Elternschule_Merzig_2013.pdf (10.04.2014).
- Ceylan, R. (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*. Wiesbaden.
- Chef der Staatskanzlei (Hrsg.) (o.J.): *Verordnung über Zuständigkeiten für Ausländer, Asylbewerber, Flüchtlinge und Spätaussiedler und über Aufnahme, Verteilung und Unterbringung (AFSVO)*. Verfügbar unter: <http://www.saarland.de/4480.htm> (21.05.2014).
- Chef der Staatskanzlei (Hrsg.) (2006): *Amtsblatt des Saarlandes*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_bauen_und_wohnen/LEP_Siedlung_2006.pdf (13.06.2014).
- Clauss, G. & Ebner, H. (1985): *Statistik für Soziologen, Pädagogen, Psychologen und Mediziner*. Berlin.

- Cummins, J. (1979): *Linguistic Interdependence and the Educational Development of Bilingual Children*. In: Review of Educational Research, Nr.49/1979, S. 222-251.
- Curvello, T. L. (2010): *Interkulturelle Öffnung – Chancen und Grenzen*. In: Luft, S. & Schimany, P. (Hrsg.): Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven (S. 95-122). Bielefeld.
- Dagevos, J. (2001): *Perspectief op integratie. Over de sociaal-culturele en structurele integratie van etnische minderheden in Nederland. Werkdocument 121*. Den Haag.
- Dangschat, J. (2011): *Ohne Migration keine Stadt?! Die Segregation oder die Integration der Stadtgesellschaft*. In: Metropole: Kosmopolis, S. 60-67.
- Dangschat, J. (2013): *Von der Integration der Zugewanderten zur ‚offenen Stadt der Vielfalt‘*. In: Informationen Raumentwicklung, 5, S. 453-462.
- Danson, M. & Jentsch, B. (2009): *The New Sottish Rural Labour Market: Processes of Inclusion and Exclusion*. In: Jentsch, B. & Simard, M. (Hrsg.): International Migration and Rural Areas. Cross-National Comparative Perspectives (S. 127-149). Farnham.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Verfügbar unter: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf (27.02.2015).
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014): *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Verfügbar unter: http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf (27.02.2015).
- Demnig, G. (o.J.): *Stolpersteine*. Verfügbar unter: <http://www.stolpersteine.eu> (10.10.2015).
- Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (Hrsg.) (1967): *Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967*. Verfügbar unter: http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf (08.08.2014).
- Der Präsident des Hessischen Landtags (Hrsg.) (2014): *Migration und Integration*. Berlin.
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (Hrsg.) (2013): *Migration und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Diskussionspapier*. Verfügbar unter: <http://www.giz.de/expertise/downloads/giz2013-de-migration-nachhaltige-wirtschaftsentwicklung.pdf> (21.07.2015).
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): *Drucksache 14/8800. Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaften an den Einzelnen und an die Politik“*. Verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/088/1408800.pdf> (25.07.2014).

- Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Hrsg.) (2014): *Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration*. Berlin.
- Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Hrsg.) (2015): „*Ich bleibe hier*“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern. Difu-Paper. Berlin.
- Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hrsg.) (2002): *Strukturschwache ländliche Regionen – Netzwerke und Ehrenamt. Ein Bundesmodellprogramm im Rahmen des Bundesprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) gefördert durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend*. Verfügbar unter: http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/110_636_modellverzeichnis.pdf (02.02.2014).
- Dietz, B. (2007): *Die Integration mittel- und osteuropäischer Zuwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt*. In: Nowicka, M. (Hrsg.): *Von Polen nach Deutschland und zurück. Die Arbeitsmigration und ihre Herausforderungen für Europa* (S. 25-46). Bielefeld.
- Diwersy, B. (2014): *Pflegestützpunkt Merzig-Wadern*. Emailauskunft vom 07.03.2014.
- Dmytrowski, A. (2014): *Auszeichnung der Kreisstadt Merzig als „Ort der Vielfalt“ im Jahr 2010. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend*. Emailauskunft vom 04.02.2014.
- Dodd, S. C. (1950): *The Interactance Hypothesis. A Gravity Model Fitting Physical Masses an Human Groups*. In: *American Sociological Review*, 15, S. 245-256.
- Douglas, J. D. (1985): *Creative Interviewing*. Beverly Hills.
- Düvell, F. (2006): *Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen*. Hamburg & Münster (= Beiträge zur transnationalen und transkulturellen Europadebatte, 5).
- Dudek, P. & Jaschke, H.-G. (Hrsg.) (1984): *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 2*. Opladen.
- Dunn, K. (2010): *Interviewing*. In: Hay, I. (Hrsg.): *Qualitative Research Methods in Human Geography* (S. 101-138). South Melbourne.
- Eisenstadt, S. N. (1951): *The Place of Elites and Primary Groups in the Absorption of New Immigrants in Israel*. In: *American Journal of Sociology*, 57(3), S. 222-231.
- Eisenstadt, S. N. (1952): *The Process of Absorption of New Immigrants in Israel*. In: *Human Relations*, 5(3), S. 223-246.
- Eisenstadt, S. N. (1954): *The Absorption of Immigrants. A comparative study based mainly on the Jewish community in Palestine and the state of Israel*. London.
- Elwert, G. (1982): *Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34, S. 717-731).

- Engbersen, G. (2003): *De armoede van sociaal kapitaal*. In: Economisch Statistische Berichten, 88(4398), S. 12-3.
- Engelhardt, M. von (2006): *Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten des Zweiten Weltkriegs*. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 118, S. 7-24.
- Engin, H. (2013): *Integrationskurse, Integrationsgipfel, Nationaler Integrationsplan (NIP) und Nationaler Aktionsplan Integration (NAP-I)*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen (S. 201-204). Stuttgart.
- Espinosa, K. & Massey, D. (1997): *Undocumented Migration and the Quantity and Quality of Social Capital*. In: Pries, L. (Hrsg.): Transnationale Migration (S. 141-162). Baden-Baden (= Soziale Welt, Sonderband 12).
- Esser, H. (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt & Neuwied.
- Esser, H. (1990): *Interethnische Freundschaften*. In: Esser, H. & Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie (S. 185-206). Opladen.
- Esser, H. (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt & New York.
- Esser, H. (2001): *Integration und ethnische Schichtung*. In: Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 40, S. 1-77.
- Esser, H. (2004): *Welche Alternativen zur 'Assimilation' gibt es eigentlich?*. In: Bade, K. & Bommers, M. (Hrsg.): Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche (S. 41-60). Osnabrück (= IMIS-Beiträge, 23).
- Esser, H. (2006): *Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4*. Verfügbar unter: http://www.bagkjs.de/media/raw/AKI_Forschungsbilanz_4_Sprache.pdf (28.05.2015).
- Etzold, B., Berreßen, C., Eibisch, S., Eul, C., Fischer, J., Gregori, L., Hewel, F., Kinzinger, D. H., Laufer, M., Mauch, H., Pontzen, J. P., Sandrinna, M., Schaadt, C. & Schiltz, G. (2014): *Zwischen den Welten. Transnationale soziale Räume in Bonn lebender Migrantinnen und Migranten* (= Occasional Papers of the Centre for Development Geography). Bonn.
- Farwick, A. (2009): *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden.
- Fassmann, H. (2008): *Entwicklungspotentiale einer zirkulären Migration in Europa*. In: Geographische Rundschau, 6, S. 20-25.
- Fassmann, H. (2012): *Konzepte der (geographischen) Migrations- und Integrationsforschung*. In: Fassmann, H., Portz, R. & Weiss, H. (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Band 1 (S. 61-92). Göttingen.

- Fincke, G. (2009): *Abgehängt, chancenlos, unwillig? Eine empirische Reorientierung von Integrationstheorien zu MigrantInnen der zweiten Generation in Deutschland*. Wiesbaden.
- Findlay, A., Fyfe, N. & Stewart, E. (2007): *Changing Places. Voluntary Sector Work with Refugees and Asylum Seekers in Core and Peripheral Regions of the UK*. In: *International Journal on Multicultural Societies*, 9(2), 54-74.
- Firat, S. & Laux, H. D. (2003): *Wohneigentumsbildung von Migranten – ihre Bedeutung für die räumliche und individuelle Eingliederung am Beispiel der türkischen Bevölkerung in Köln*. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6, S. 389-400.
- Fischer-Krapohl, I. (2009): *Migrantenökonomien – Stärken der Stadt*. In: Gottwald, M. & Löwer, M. (Hrsg.): *Demographischer Wandel. Herausforderungen und Handlungsansätze in Stadt und Region* (S. 107-122). Münster (= *Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster e.V.*, 40).
- Fischer-Krapohl, I. & Waltz, V. (Hrsg.) (2007): *Raum und Migration. Differenz anerkennen - Vielfalt planen - Potenziale nutzen*. Dortmund.
- Flick, A. (o.J.): *Hugenotten. Französisch-reformierte Glaubensflüchtlinge in Deutschland*. Verfügbar unter: <http://www.reformiert-info.de/daten/File/Upload/doc-1980-1.pdf> (25.07.2014).
- Flick, U. (1995): *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg.
- Foroutan, N. (2013): *Hybride Identitäten. Normalisierung, Konfliktfaktor und Resource in postmigrantischen Gesellschaften*. In: Brinkmann, H. U. & Uslucan, H.-H. (Hrsg.): *Dabeisein und Dazugehören* (S. 85-99). Wiesbaden.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) (Hrsg.) (2014): *Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven*. Berlin.
- Friedrich, H. (2015): *Politisch motivierte Vorfälle in der Kreisstadt Merzig. Sicherheits- und Ordnungsabteilung der Kreisstadt Merzig*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 26.02.2015.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2010): *„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“. Bedingungen des Sprachlernens von Menschen mit Migrationshintergrund*. Bonn (= *Wiso-Diskurs*, November 2010).
- Frindte, W. (2011): *Einleitung*. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland* (S. 14-43). Bonn.
- Frindte, W., Geschke, D., Holtz, P., Möllering, A., Schiefer, D. & Schurz, K. (2011): *Konsequenzen: methodologische Grundlagen, theoretische Schlussfolgerungen und praktische Anregungen*. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Lebenswelten jun-*

ger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland (S. 630-667). Bonn.

Frys, W. & Nienaber, B. (o.J.): *WP2: International mobility and migration of rural population. Best practices in the case study regions. Survey of best practices (D2.3)*. Unveröffentlicht. Saabrücken.

Frys, W. & Nienaber, B. (2011): *Die Situation der Wohnmigranten im ländlichen Saarland*. In: Hege, H.-P., Knapstein, Y., Meng, R., Ruppenthal, K., Schmitz-Veltin, A. & Zakrzewski, P. (Hrsg.): *Schneller, öfter, weiter?. Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft*. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, 1).

Gans, H. (1961): *Planning and Social Life. Friendship and Neighbor Relations in Suburban Communities*. In: *Journal of the American Institute Planners*, 27, S. 134-140.

Gans, P. & Schlömer, C. (2014): *Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945*. In: Gans, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (S. 127-161). Hannover (= Forschungsberichte der ARL, 3).

Ganter, S. (2003): *Soziale Netzwerke und interethnische Distanz. Theoretische und empirische Analysen zum Verhältnis von Deutschen und Ausländern*. Wiesbaden.

Geiger, F. (1975): *Zur Konzentration von Gastarbeitern in alten Dorfkernen*. In: *Geographische Rundschau*, 27(2), S. 61-71.

Geiger, M. & Hanewinkel, V. (2014): *Politik der Arbeitsmigration. Aktuelle Entwicklungen und Diskurse in Deutschland und Europa*. In: Gans, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (S. 162-177). Hannover (= Forschungsberichte der ARL, 3).

Geißler, R. (2014): *Migration und Integration*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Sozialer Wandel in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung*, 324, S. 40-53.

Geissel, M. (2014): *Gemeinwesentreffpunkt Schalthaussiedlung. SOS-Kinderdorf*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 03.02.2014.

Gemeinde Perl (Hrsg.) (o.J.): *Entwicklung der Bevölkerung*. Verfügbar unter: <http://www.perl-mosel.de/ortsinfo/statistik/> (15.03.2015).

Gensicke, T., Schmith, J. D. & Geiss, S. (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*. Wiesbaden.

Gerber, P. & Licheron, J. (2010): *Wohnraum: Größer und preiswerter*. In: Carpentier, S. (Hrsg.): *Die grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen* (S. 63-85). Luxemburg.

Gerichtshof der Europäischen Union (Hrsg.) (2014): *Pressemitteilung Nr. 96/14. Urteil in der Rechtssache C-138/13*. Verfügbar unter: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140096de.pdf> (10.08.2014).

Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH (Hrsg.) (2014): *Kindertageseinrichtungen*. Verfügbar unter: <http://www.familienleben-merzig-wadern.de/FamilienLeben2/KIND/Kinderbetreuung/Kindertageseinrichtungen> (01.02.2014).

Gesemann, F. (2006): *Die Integration junger Muslime in Deutschland. Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration*. Berlin (= Islam und Gesellschaft, 5).

Gesemann, F. & Roth, R. (2014): *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Eine Studie des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin*. Berlin.

Gestring, N., Glasauer, H., Hannemann, C., Petrowsky, W. & Pohlan, J. (Hrsg.) (2001): *Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt*. Opladen.

Gestring, N., Janßen, A. & Polat, A. (2006): *Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation*. Wiesbaden.

Gestring, N. (2014): *Was ist Integration?*. In: Gans, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (S. 78-91). Hannover (= Forschungsberichte der ARL, 3).

Gielis, R. & van Houtum, H. (2012): *Sloterdijk in the House!. Dwelling in the Borderscape of Germany and The Netherlands*. In: *Geopolitics*, 17, S. 797-817.

Gisch, C. (2015a): *IQ Netzwerk Merzig. Amt für Soziales, Bildung und Sport*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 12.02.2015.

Gisch, C. (2015b): *Validierung der Handlungsempfehlungen. Amt für Soziales, Bildung und Sport*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 26.08.2015.

Gisch, C. (2015c): *Beschäftigungsinitiative Merzig. Amt für Soziales, Bildung und Sport*. Emailauskunft vom 01.06.2015.

GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH (Hrsg.) (2007): *Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“ der Kreisstadt Merzig. Fortschreibung 2006*. Saarbrücken.

Glesius, K. (2014): *Teilnehmerzahl und Erfolgsquote bei Integrations-, berufsbezogenen Sprach- und Alphabetisierungskursen. Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V.*. Emailauskunft vom 15.05.2014.

Glomp, I. (2015): *Am Trauma wachsen*. In: *Psychologie heute*, 3(2015), S. 36-41.

Glorius, B. U. (2007): *Transnationale Perspektiven. Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland*. Bielefeld.

Göschel, A. (2001): *Integration und Stadt*. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 40(1), S. 5-11.

- Goffman, E. (1967): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identitäten*. Frankfurt am Main.
- Goldberg, A., Mourinho, D. & Kulke, U. (1995): *Labour Market discrimination against foreign workers in Germany*. Genf (=International Migration Papers, 7).
- Gordon, M. M. (1964): *Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion, and National Origins*. New York.
- Green, A., Janmaat, J. G. & Han, C. (2009): *Regimes of social cohesion*. London.
- Griese, C. & Marburger (2012): *Interkulturelle Öffnung – Genese, Konzepte, Diskurse*. In: Griese, C. & Marburger, H. (Hrsg.): *Interkulturelle Öffnung. Ein Lehrbuch* (S. 1-23). München.
- Groß, T. (2013): *Europäische Freizügigkeitsrechte*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 106-107). Stuttgart.
- Grote, M. (2011): *Integration von Zuwanderern. Die Assimilationstheorie von Hartmut Esser und die Multikulturalismustheorie von Seyla Benhabib im Vergleich*. Bremen (= Migremus Arbeitspapiere, 2/2011).
- Gruber, M. (2013): *Integration im ländlichen Raum. Ein Praxishandbuch*. Innsbruck.
- Gruber, M. (2014): *Zusammenleben in Vielfalt im ländlichen Raum*. In: *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, 1, S. 35-45, DOI: 10.7396/2014_1_D.
- Güngör, K. (2008): *Integration im ländlichen Raum. Ausgangslagen, Ambivalenzen und Handlungsansätze*. In: Leibetseder, B. & Weidenholzer, J. (Hrsg.): *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen* (S. 136-148). Wien.
- Haase, M. & Jugl, J. C. (2008): *Migration im europäischen Vergleich – Zahlen, Daten, Fakten?*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56589/migrationsdaten> (08.07.2015).
- Häußermann, H. & Oswald, I. (1997) (Hrsg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Opladen.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (2001): *Multikulturelle Stadtpolitik: Segregation und Integration*. In: Gestring, N., Glasauer, H., Hannemann, C., Petrowsky, W. & Pohlen, J. (Hrsg.) (2001): *Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt* (S. 133-136). Opladen.
- Hagedorn, H. (2001): *Wer darf Mitglied werden? Einbürgerung in Deutschland und Frankreich im Vergleich*. Opladen.
- Hammar, T. & Tamas, K. (1997): *Why do people go or stay*. In: Hammar, T. (Hrsg.): *International migration, immobility and development. Multidisciplinary perspectives* (S. 1-20). Oxford.

- Han, P. (2006): *Theorien zur internationalen Migration*. Stuttgart.
- Han, P. (2010): *Soziologie der Migration*. Stuttgart.
- Hanhörster, H. (2011): *Gehen oder Bleiben? Eigentumsbildung und Wohnstandortentscheidung Türkeistämmiger in Duisburg*. In: *RaumPlanung*, 155 (April 2011), S. 68-72.
- Hanhörster, H. & Barwick, C. (2013): *Soziale Brücken und Grenzziehungen in der Stadt. Türkeistämmiger Mittelstand in Migrantenvierteln*. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 71(3), S. 207-219.
- Hanley, L. M., Ruble, B. A. & Garland, A. M. (Hrsg.) (2008): *Immigration and Integration in Urban Communities. Renegotiating the City*. Washington.
- Hans, S. (2010): *Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Zuwanderern in Deutschland*. Wiesbaden.
- Hapke, Y. (2008): *Identity security: A quantitative approach for explaining the integration of receiving populations, immigrants, and ethnic minorities in Europe*. Stuttgart.
- Hartmann, G. (2010): *Migration und Integration im Saarland. Der deutsche Pass sagt noch nichts aus*. In: *Arbeitnehmer. Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes*. 6, S. 6-9.
- Hassink, R. (2005): *How to unlock regional economies from path dependency? From learning region to learning cluster*. In: *European Planning Studies*, 13(4), S. 521-535.
- Haug, S. (2000a): *Klassische und neuere Theorien der Migration*. Mannheim (= Arbeitspapiere Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 30).
- Haug, S. (2000b): *Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland*. Opladen.
- Haug, S. (2005): *Interethnische Kontakte, Homogenität und Multikulturalität der Freundesnetzwerke*. In: Haug, S. & Diehl, C. (Hrsg.): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland* (S. 251-276). Wiesbaden.
- Haug, S. & Diehl, C. (Hrsg.) (2005): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*. Wiesbaden.
- Haug, S. & Wolf, M. (2006): *Jüdische Zuwanderung nach Deutschland*. In: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, H. 118, S. 65-82.
- Heckmann, F. (2015): *Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung*. Wiesbaden.
- Heineberg, H. (2007): *Einführung in die Anthropogeographie/Humangeographie*. Paderborn.
- Heitmeyer, W. & Küpper, B. (2010): *Deutsche Zustände. Unruhige Zeiten. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschen-*

- feindlichkeit*. Verfügbar unter: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf (27.02.2015).
- Heitmeyer, W., Müller, J. & Schröder, H. (1997): *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt.
- Held, J. (2009): *Wege der Integration in der deutschen Einwanderungsgesellschaft*. In: Sauer, K. E. & Held, J. (Hrsg.): *Wege der Integration in heterogenen Gesellschaften* (S. 121-131). Wiesbaden.
- Helfer, M. (2014): *Lage der Kreisstadt Merzig im Dreiländereck*. Unveröffentlicht.
- Helfferich, C. (2005): *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden.
- Henkel, G. (1995): *Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland*. Stuttgart.
- Henning, M., Stam, E. & Wenting, R. (2013): *Path Dependence Research in Regional Economic Development: Cacophony or Knowledge Accumulation?*. In: *Regional Studies*, 47(8), S. 1348-1362.
- Herbert, U. (2003): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. Bonn.
- Hermann, W. (2014): *Kultursensible Pflege. Seniorenzentrum Heinrich-Albertz-Haus*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 10.03.2014.
- Herrmann, H.-W. (1989): *Menhire – Villen – Residenzen*. In: Saarland – Chef der Staatskanzlei (Hrsg.): *Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung* (S. 9-22). Saarbrücken.
- Herrmann, R. (2014): *Kultursensible Pflege. Seniorenzentrum von Fellenberg-Stift*. Emailauskunft vom 03.03.2014.
- Herwartz-Emden, L. (2000): *Daten und Datenanalyse. Das Forschungsprojekt FAFRA*. In: Herwartz-Emden, L. (Hrsg.): *Einwandererfamilien. Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation* (S. 53-83). Osnabrück.
- Heselhaus, B. (2014): *Kultursensible Pflege. Die Laurentiushöhe*. Emailauskunft vom 11.03.2014.
- Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.) (2008): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration*. In: Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 9-27). Opladen.
- Hoerder, D., Lucassen, J. & Lucassen, L. (2008): *Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung*. In: Bade, K. J., Emmer, P. C., Lucassen, L. & Oltmer, J. (Hrsg.): *Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (S. 28-53). Paderborn.

- Hofmann, H.-J., Bürkner, H.-J. & Heller, W. (1992): *Aussiedler. Eine neue Minorität*. Göttingen.
- Hohnhorst, M. von (2007): *Die Bevölkerungsentwicklung im Saarland*. In: Dörrenbacher, P., Kühne, O. & Wagner, J. M. (Hrsg.) (2007): 50 Jahre Saarland im Wandel (S. 69-82). Saarbrücken.
- Holtmann, J. P. (2008): *Pfadabhängigkeit strategischer Entscheidungen. Eine Fallstudie am Beispiel des Bertelsmann Buchclubs Deutschland*. Köln.
- Horvat, D. (2009): *Teilhabe – Teil werden. Biografiearbeit in Göppingen*. In: Lange, D. & Polat, A. (Hrsg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung* (S. 329-335). Bonn.
- Hubbard, P. (2005): *„Inappropriate and incongruous”. Opposition to asylum centres in the English countryside*. In: *Journal of Rural Studies*, 21, S. 3-17.
- Huber, H. (1992): *Beheimatung im wachsenden Dorf. Eine Herausforderung der Landpastoral*. Würzburg (= Studien zur Theologie und Praxis der Seelsorge, 11).
- Ihlenfeldt, D., Gulden, A. & Keller, P. C. (1995): *Saarland*. München.
- Inspection générale de la sécurité sociale (Hrsg.) (2014): *Frontaliers de nationalité luxembourgeoise vers le Luxembourg (31 mars). Pays de résidence: Allemagne*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Luxemburg.
- Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (Hrsg.) (2005): *Weißbuch Flüchtlinge und Asylbewerber/innen im Saarland 2004*. Saarbrücken.
- Internationaler Bund (Hrsg.) (2009): *Sozialraumanalyse der Kreisstadt Merzig. Zur Vorbereitung eines kommunalen Integrationskonzepts*. Merzig.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hrsg.) (2012): *Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 11. Gipfel der Exekutive der Großregion*. Saarbrücken.
- Isernia, P., Martin, S. & Diehl, C. (2011): *Transatlantic Trends. Immigration Survey 2011*. Washington.
- Jagodic, D. (2012): *Living (beyond) the Border. European Integration Processes and Cross-border Residential Mobility in the Italian–Slovenian Border Area*. In: Andersen, D. J., Klatt, M. & Sandberg, M. (Hrsg.): *The Border Multiple. The Practicing of Borders between Public Policy and Everyday Life in a Re-scaling Europe* (S. 201-218). Farnham (= Border Region Series).
- Janßen, A. & Polat, A. (2004): *Über Ressourcen und Restriktionen: Die Rolle des Stadtteils für die Integration von Migranten*. In: Wiechmann, T. & Fuchs, O. (Hrsg.): *Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität* (S. 88-99). Hannover.
- Jasso, G., Douglas, S. M. & James, P. S. (2004): *Immigrant Health – Selectivity and Acculturation*. Verfügbar unter: <http://128.118.178.162/eps/lab/papers/0412/0412002.pdf> (03.04.2015).

- Jentsch, B., de Lima, P. & Macdonald, B. (2007): *Migrant Workers in Rural Scotland. 'Going to the Middle of Nowhere'*. In: International Journal on Multicultural Societies, 9(2), S. 35-53.
- Jentsch, B. & Simard, M. (Hrsg.) (2009a): *International Migration and Rural Areas. Cross-national Comparative Perspectives*. Farnham.
- Jentsch, B. & Simard, M. (2009b): *Conclusion. Comparative Perspectives on Rural Immigrations' Integration*. In: Jentsch, B. & Simard, M. (Hrsg.): International Migration and Rural Areas. Cross-national Comparative Perspectives (S. 179-196). Farnham.
- Johaentges, A. (1996): *Das Dorf als Wohnstandort. Eine Analyse von Wanderungsbewegungen in ländliche Räume*. Bonn (=Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V.).
- Jones, W. H. (1979): *Generalizing Mail Survey Inducement Methods. Population Interactions with Anonymity and Sponsorship*. In: Public Opinion Quarterly, 43, S. 102-112.
- Joseph, S. (2015): *Was uns nicht umbringt. Wie es Menschen gelingt, aus Schicksalsschlägen und traumatischen Erfahrungen gestärkt hervorzugehen*. Berlin & Heidelberg.
- Jurecka, P. (1998): *Ältere Migranten im Saarland. Situation und Perspektiven*. In: AK Beiträge, 11(3). S. 1-132.
- Kaiser, H. F. (1974): *An Index of Factorial Simplicity*. In: Psychometrika, 39, S. 31-36.
- Kalter, F. (1997): *Wohnortwechsel in Deutschland*. Opladen.
- Kathmann, T., Mau, S., Seidel, N. & Verwiebe, R. (2008): *Die Auslöser von Wanderungsgedanken. Ergebnisse einer empirischen Studie zur Wanderung von Deutschen innerhalb Europas*. In: Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.): Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration (S. 103-120). Opladen.
- Katholische Familienbildungsstätte „Haus der Familie“ Merzig e.V. (Hrsg.) (o.J.): *Bilden und Begegnen. Jahresprogramm 2013/2014*. Verfügbar unter: http://www.hausder-familie-merzig.de/downloads/keb_programm_merzig_2013_2014_web.pdf (10.04.2014).
- Kazar, R. A. (1995): *Revisiting Assimilation. The Rise, Fall, and Reappraisal of a Concept in American Ethnic History*. In: American Historical Review, 100, S. 437-472.
- Keil, S. (2006): *Staatsangehörigkeit, nationale Identität und Fremdenfeindlichkeit. Deutschland, Frankreich und Großbritannien im empirischen Vergleich*. Gießen (unveröffentlicht).
- Kernplan (Hrsg.) (2014): *Kreisstadt Merzig. Integriertes Stadtentwicklungskonzept*. Illingen.

- Keßler, G. (2015): *Zuwanderung, Aufnahme und Aufenthalt von Asylbewerbern, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, Arbeitsmigranten und sonstigen Ausländern*. Ministerium für Inneres und Sport. Emailauskunft vom 28.05.2015.
- Kilgus, M. (2013): *Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 71-74). Stuttgart.
- King, R. & Patterson, G. (1998): *Diverse Paths. The Elderly British in Tuscany*. In: *International Journal of Population Geography*, 4, S. 157-182.
- Kirchhoff, G. (2012): *Zuwanderung im ländlichen Raum*. In: *Der Schlepper*, Nr. 61/62, 12/2012, S. 70-72.
- Kirchhoff, G. (2013): *Die Bedeutung kommunaler Integrationspolitik für Ausbildung und Beschäftigung im ländlichen Raum. 1. Merziger IMMIGRA am 5. November 2013*. Verfügbar unter: http://www.immigra.de/IMMIGRA%20Layout/IMMIGRA%20Merzig%202013/Präsentationen/Vortrag_Kirchhoff_IMMIGRA_2013.pdf (30.03.2015).
- Kirchhoff, G. & Zimmer-Hegmann, R. (2011): *Migration und Integration in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes*. In: Baumgart, S., Overhageböck, N. & Rüdiger, A. (Hrsg.): *Eigenart als Chance? Strategische Positionierungen von Mittelstädten* (S. 61-72). Berlin.
- Klein, M. (2014): *Personen thailändischer Staatsangehörigkeit*. Bürgerbüro der Kreisstadt Merzig. Emailauskunft vom 14.05.2014.
- Klein, T. (2000): *Partnerwahl zwischen Deutschen und Ausländern*. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hrsg.): *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland*. Vol. 1: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation (S. 303-346). Opladen.
- Kley, S. (2008): *Die Verbundenheit mit dem Wohnort und Wegzugsabsichten bei jungen Erwachsenen*. In: Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 121-136). Opladen.
- Klinikum Merzig gGmbH (Hrsg.) (o.J.): *Seniorenzentrum von Fellenberg-Stift*. Verfügbar unter: <http://mzg.shg-kliniken.de/index.php?id=1215&L=0%2F> (08.03.2014).
- Kölbel, J. (2014): *Forscherschule Bietzen*. Emailauskunft vom 24.03.2014.
- Kohlpharma GmbH (Hrsg.) (2011): *Historie im Überblick*. Verfügbar unter: <http://www.kohlpharma.com/de/unternehmen/historie> (27.01.2014).
- Kohls, M. (2008): *Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten. Eine Bestandsaufnahme*. Working Paper 15 der Forschergruppe des Bundesamtes Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2013): *Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil I Ergebnisse*. o. O.

- Konrad, K. (2011): *Mündliche und schriftliche Befragung. Ein Lehrbuch*. Landau.
- Koordinierungsprojekt Integration durch Qualifizierung (Hrsg.) (o.J.a): *Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“*. Verfügbar unter: <http://www.netzwerk-iq.de/netzwerk-iq.html> (01.02.2014).
- Koordinierungsprojekt Integration durch Qualifizierung (Hrsg.) (o.J.b): *Landesnetzwerke*. Verfügbar unter: <http://www.netzwerk-iq.de/landesnetzwerke.html> (03.05.2015).
- Koopmans, R. (2010): *Der Zielkonflikt von Gleichheit und Diversität. Integration von Immigranten, Multikulturalismus und der Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich*. In: Luft, S. & Schimany, P. (Hrsg.): *Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven* (S. 55-93). Bielefeld.
- Kraas, F. & Bork, T. (Hrsg.) (2012): *Urbanisierung und internationale Migration. Migrantenökonomien und Migrationspolitik in Städten*. Baden-Baden.
- Krämer, D. (2015): *Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheitswesen. Statistisches Amt Saarland*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 05.05.2015.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.a): *Eine Stadt – 17 Stadtteile*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/eine_stadt_17_stadtteile (19.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.b): *Umwelt und Klima*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/umwelt_und_klima (19.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.c): *Natur und Landschaft*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/umwelt_und_klima/natur_und_landschaft (19.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.d): *Streuobst*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/umwelt_und_klima/natur_und_landschaft/streuobst (19.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.e): *Wissenswertes über die „Merziger Äpfelkischd“*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/umwelt_und_klima/natur_und_landschaft/streuobst/wissenswertes_ueber_die_merziger_aepelkischd (19.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.f): *Wirtschaftsförderung*. Verfügbar unter: <http://www.merzig.de/wirtschaftsstandort/wirtschaftsfoerderung> (28.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.g): *Innovationspark Merzig*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/wirtschaftsstandort/idealer_firmenstandort/innovationspark_merzig (29.01.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.h): *Innovationspark Merzig. Bauphase 2011-2012*. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.i): *Idealer Firmenstandort*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/wirtschaftsstandort/idealer_firmenstandort (19.01.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.j): *Kindertageseinrichtungen. Lebendige Vielfalt der Angebote*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/kindertageseinrichtung (01.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.k): *Grundschulen. Schulstadt Merzig – viele Wege stehen offen*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/grundschulen (01.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.l): *Sekundarschulen*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/sekundarschulen (01.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.m): *Förderschulen*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/foerderschulen (01.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.n): *Erwachsenenbildung. Lernen bis ins hohe Alter*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/erwachsenenbildung (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.o): *Stadtbibliothek*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/bildung/stadtbibliothek (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.p): *Jugend*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/jugend (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.q): *Kulturvereine*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/sport_und_vereine/kulturvereine (02.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.r): *Sportvereine*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/sport_und_vereine/sportvereine (02.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.s): *Ehrenamt*. Verfügbar unter: https://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/ehrenamt (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.t): *Volksfeste*. http://www.merzig.de/leben_in_merzig/kultur/volksfeste (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.u): *Stadtteilprojekte*. http://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/stadtteilprojekte (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.v): *Hilfe und Beratung. Beratungsstellen*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/hilfe_und_beratung (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.w): *Gesundheit und Sicherheit*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/gesundheit_und_sicherheit (08.03.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.x): *IQ-Netzwerk Merzig*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integration/iq_netzwerk_merzig (01.02.2014).

Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.y): *IQ Merzig*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integration/iq_merzig (03.05.2015).

- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (o.J.z): *Sport und Vereine*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/leben_in_merzig/sport_und_vereine (09.05.2015).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012a): *Gesamtbevölkerungszahl auf Stadtteilebene 1990-2012*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012b): *Ausländeranteil auf Stadtteilebene 1990-2012*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012c): *Bevölkerung nach Nationalitäten 1990-2012*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012d): *Altersstruktur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit 1990-2012*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012e): *Altersstruktur Personen ausländischer Staatsangehörigkeit 1990-2012*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012f): *Geburten 2011*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012g): *Sterbefälle 2011*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012h): *Anzahl der Zu- und Fortzüge über kreis-, landes und nationale Grenzen auf Stadtteilebene (31.12.2010-29.02.2012)*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012i): *Bevölkerungsentwicklung von 1990-2010*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012j): *Datenzusammenstellung Merzig*. Unveröffentlichte Zusammenstellung. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2012k): *Integrationskonzept für die Kreisstadt Merzig*. Merzig.
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2014a): *Kreisstadt Merzig verfügt nun über einen Zuwanderungs- und Migrationsbeirat*. Verfügbar unter: http://www.merzig.de/rathaus/merzig_aktuell/pressemitteilungen/veroeffentlichung/article-52e7cc6bb9846 (02.02.2014).
- Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2014b): *Interkulturelle Woche Merzig vom 13. - 26. September 2014. Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern*. Verfügbar unter: http://www.interkulturellewoche.de/system/files/termine/pdf/merzig_stadt_flyer_ikw_2014.pdf (09.05.2015).
- Kröhnert, S. & Woellert, F. (2013): *Ungenutzte Potenziale. Eine Studie zur Messung von Integration*. In: Brinkmann, H. U. & Uslucan (Hrsg.): *Dabeisein und Dazugehören* (S. 149-168). Wiesbaden, DOI: 10.1007/978-3-531-19010-5_8.
- Krummacher, M. & Waltz, V. (2000): *Ruhrgebiet. Migration und Stadtentwicklung in einer altindustrialisierten Region. Herausforderungen, Versäumnisse und ,best-*

- practice*’-Beispiele. In: Schmals, K. M. (Hrsg.): Migration und Stadt (S. 215-240). Op-laden.
- Kühne, O. (2006): *Das Klima im Bliesgau*. In: Dorda, D., Kühne, O. & Wild, V. (Hrsg.): Der Bliesgau. Natur und Landschaft im südöstlichen Saarland (S. 49-56). Saarbrücken.
- Kvale, D. (2007): *Doing Interviews*. Los Angeles, London, New Delhi & Singapore.
- Lamnek, S. (2010): *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim.
- Lampiĉ, B. & Mrak, I. (2012): *Globalization and foreign amenity migrants: the case of foreign home owners in the Pomurska region of Slovenia*. In: European Countryside, 1, S. 45-56.
- Landkreis Merzig-Wadern (Hrsg.) (o.J.): *Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH*. Verfügbar unter: <http://www.merzig-wadern.de/index.phtml?NavID=1918.22> (01.02.2014).
- Lange, D. & Polat, A. (Hrsg.) (2009a): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung*. Bonn.
- Lange, D. & Polat, A. (2009b): *Migration und Alltag*. In: Lange, D. & Polat, A. (Hrsg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung* (S. 11-18). Bonn.
- Langer, Y. (2004): *Die Rolle von Kultur und Identität im Integrationsprozess von Zuwanderern und ihre Implikationen für die kommunale Integrationspolitik*. In: Swiatz-ny, F. (Hrsg.): *Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration* (S. 53-68). Wiesbaden.
- Langthaler, M. (2008): *Braindrain und seine Auswirkungen auf Entwicklungsländer*. Verfügbar unter: http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Workingpaper/WP20_Braindrain.pdf (21.07.2015).
- Lauer, A. (2012): *Vorwort des Oberbürgermeisters*. In: Kreisstadt Merzig (Hrsg.): *Integrationskonzept für die Kreisstadt Merzig* (S. 5). Merzig.
- Lämmermann, F. (2013): *Staatsangehörigkeitsrecht*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 113-119). Stuttgart.
- Lee, E. S. (1966): *A Theory of Migration*. In: *Demography*, 3(1), S. 47-57.
- Leibetseder, B. & Weidenholzer, J. (Hrsg.) (2008): *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*. Wien.
- Leser, H. (Hrsg.) (2011): *Diercke-Wörterbuch Geographie*. München.
- Levitt, P. (2011): *The Transnational Villagers*. Berkeley.
- Lillig, M. & Strasser, H. (2004): *Asylbewerber im Teufelskreis. Ergebnisse einer empirischen Studie in Duisburg*. In: *Migration und soziale Arbeit*, 26(2), S. 123-132.

- Lockwood, D. (1964): *Social Integration an System Integration*. In: Zollschan, G. K. & Hirsch, W. (Hrsg.): *Explorations in Social Change* (S. 244-257). London.
- Loeffelholz, von H. D. (2002): *Beschäftigung von Ausländern – Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 35. Jg., H. 4, S. 628-644.
- Löffler, B. (2011): *Integration in Deutschland*. München.
- Lowry, I. S. (1966): *Migration an Metropolitan Growth. Two Analytical Models*. San Francisco.
- Lüderwaldt, D. (1984): *Integration (politisch-programmatisch)*. In: Auernheimer, G. (Hrsg.): *Handwörterbuch Ausländerarbeit* (S. 177-179). Weinheim & Basel.
- Luft, S. (2008): *Internationale Migration – Zwischen „Braindrain“, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen*. Verfügbar unter: http://www.hss.de/uploads/tx_ddcevents/browser/AMEZ-3_Migration.pdf (21.07.2015).
- Luft, S. (2010): *Staatsangehörigkeitspolitik und Integration*. In: Luft, S. & Schimany, P. (Hrsg.): *Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven*. Bielefeld, S. 325-353.
- Luft, S. & Schimany, P. (Hrsg.) (2010a): *Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven*. Bielefeld.
- Luft, S. & Schimany, P. (2010b): *Gesellschaft und Integration. Einführung in die Thematik des Bandes*. In: Luft, S. & Schimany, P. (Hrsg.): *Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven* (S. 9-47). Bielefeld.
- Lummer, C. (1994): *Subjektive Theorien und Integration. Die Eingliederungsproblematik aus Zuwanderersicht, dargestellt am Beispiel von Vietnamflüchtlingen in Deutschland*. Weinheim.
- Lundholm, E. (2007): *New motives for migration. On interregional mobility in the Nordic context*. Umeå (= *Gerum kulturgeografi*, 2).
- Lutz, A. & Heckmann, F. (2010): *Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen. Expertise für das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen*. München.
- Madubuko, N. (2011): *Akkulturationsstress von Migranten. Berufsbiographische Akzeptanz Erfahrungen und angewandte Bewältigungsstrategien*. Wiesbaden.
- Maehler, D. B. (2012): *Akkulturation und Identifikation bei eingebürgerten Migranten in Deutschland*. Münster, New York, München & Berlin.
- Maier-Borst, M. (2013a): *Asylbewerber und Flüchtlinge*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 89-92). Stuttgart.

- Maier-Borst, M. (2013b): *Asyl- und Flüchtlingsrecht*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 119-122). Stuttgart.
- Mannon, S. E., Petrzalka, P., Glass, C. M. & Radel, C. (2011): *Keeping Them in Their Place. Migrant Women Workers in Spain's Strawberry Industry*. In: *International Journal of Sociology of Agriculture and Food*, 19(1), S. 83-101.
- Martens, J. (2003): *Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows*. München.
- Massey, D. S., Arango, J., Hugo, G., Kouaouci, A., Pellegrino, A., Taylor, E. J. (1998): *Worlds in motion. Understanding international migration at the end of the Millennium*. Oxford.
- Mattissek, A., Paffenbach, C. & Reuber, P. (2013): *Methoden der empirischen Humangeographie*. Braunschweig.
- Mayring, P. (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken*. Weinheim.
- Mehrländer, U., Ascheberg, C. & Ueltzhöffer, J. (1996): *Repräsentativuntersuchung '95: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Meier, S. (2012): *Wohnen im Wandel. Die Integration von MigrantInnen in den spanischen Wohnungsmarkt*. Wiesbaden.
- Meier-Braun, K.-H. (2006): *Zuwanderung und Ausländerpolitik in Deutschland. Der lange Weg ins Einwanderungsland Deutschland*. In: *Der Bürger im Staat*, Jg. 56, H. 4, S. 204-209.
- Meier-Braun, K.-H. (2013a): *Zuwanderungsgesetz*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 123-125). Stuttgart.
- Meier-Braun, K.-H. (2013b): *Einleitung. Deutschland Einwanderungsland*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 15-27). Stuttgart.
- Meier Kruker, V. & Rauh, J. (2005): *Arbeitsmethoden der Humangeographie*. Darmstadt.
- Merkle, T. (2009): *Lebenswelten in Deutschland. Ergebnisse aktueller Studien von Sinus Sociovision*. In: Lange, D. & Polat, A. (Hrsg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung* (S. 62-79). Bonn.
- Merton, R. K. & Kendall, P. (1984): *Das fokussierte Interview*. In: Hopf, C. & Weingarten, E. (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung* (S. 171-204). Stuttgart.
- Micksch, J. (2000): *Vorwort*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.): *Fremde auf dem Lande* (S. 5-7). Frankfurt a. M. (= Interkulturelle Beiträge, 19).

- Micksch, J. & Lipsch, A. (2002): *Vorwort*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.): *Islam in europäischen Dörfern* (S. 5-7). Frankfurt a. M.
- Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg) (2000a): *Fremde auf dem Lande*. Frankfurt a. M. (= Interkulturelle Beiträge, 19).
- Micksch, J. & Schwier, A. (2000b): *Fremde auf dem Lande*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg): *Fremde auf dem Lande* (S. 9-37). Frankfurt a. M. (= Interkulturelle Beiträge, 19).
- Micksch, J. & Schwier, A. (2000b): *Zusammenfassung*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg): *Fremde auf dem Lande* (S. 148-151). Frankfurt a. M. (= Interkulturelle Beiträge, 19).
- Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.) (2002a): *Islam in europäischen Dörfern*. Frankfurt a. M.
- Micksch, J. & Schwier, A. (2002b): *Zusammenfassung – Deutsch*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.): *Islam in europäischen Dörfern* (S. 129-134). Frankfurt a. M. (= Interkulturelle Beiträge, 19).
- Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1978): *Aussiedler im Saarland 1977*. Saarbrücken.
- Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1981): *Aussiedler und Zuwanderer. Ausländische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1980*. Saarbrücken.
- Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1982): *Aussiedler und Zuwanderer. Ausländische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1981*. Saarbrücken.
- Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1983): *Aussiedler und Zuwanderer. Ausländische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1982*. Saarbrücken.
- Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1988): *Landesprogramm zur Aufnahme und Eingliederung von Aussiedlern im Saarland*. Saarbrücken.
- Minister für Bildung und Kultur (Hrsg.) (o.J.a): *Elternschule. Elternschule ist gut für Ihr Kind*. Verfügbar unter: <http://www.saarland.de/11584.htm> (10.04.2014).
- Minister für Bildung und Kultur (Hrsg.) (o.J.b): *Signal - Sprachförderung und soziale Integration für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund in Kita und Grundschule*. Verfügbar unter: <http://www.lpm.uni-sb.de/typo3/index.php?id=4115> (07.05.2015).
- Minister für Bildung und Kultur (Hrsg.) (o.J.c): *Förderprogramm „Mama lernt Deutsch“*. Verfügbar unter: <http://www.saarland.de/SID-4232CA36-B337B2D0/91121.htm> (10.04.2014).
- Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft (Hrsg.) (2004): *Früh Deutsch lernen. Ein Ratgeber für Lehrer und Eltern von Vorschulkindern*. Saarbrücken.
- Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport (Hrsg.) (2005): *Integrationskonzept der saarländischen Landesregierung*. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Hrsg.) (o.J.a): *Integration*. Verfügbar unter: <http://www.saarland.de/19085.htm> (17.03.2015).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Hrsg.) (o.J.b): *Ansprechpartner für Flüchtlingsfragen*. Verfügbar unter: <http://www.saarland.de/123056.htm> (17.03.2015).

Mühler, K. & Opp, K.-D. (2006): *Region – Nation – Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden.

Müller, B. (2014): *AG Altenhilfe Merzig e.V.*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 03.02.2014.

Münch, S. (2007): ‚Integration kann trotz residentieller Segregation gelingen‘. *Das Projekt Zuwanderer in der Stadt und seine Empfehlungen zur Stadträumlichen Integrationspolitik*. In: Meyer, F. (Hrsg.): *Wohnen, Arbeit, Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung* (S. 45-58). Berlin. (= Beiträge zur europäischen Stadt- und Regionalforschung, 2).

Nadler, R., Kriszan, M., Nienaber, B. & Frys, W. (2012): *Zuwanderung internationaler Migranten in schrumpfende ländliche Regionen. Die Fallbeispiele Ostsaar und Saarland*. In: *Europa Regional*, 18(2/3), S. 107-121.

Nauck, B. (2004): *Familienbeziehungen und Sozialintegration von Migranten*. In: Bader, K. & Bommers, M. (Hrsg.): *Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche* (S. 83-104). Osnabrück (= IMIS-Beiträge, 23).

Nesdale, D. (2002): *Acculturation attitudes and the ethnic and host-country identification of immigrants*. In: *Journal of Applied Social Psychology*, 32 (7), S. 1488-1507.

Netzwerk Migration in Europa (Hrsg.) (2013): *Deutschland: Migrationspolitische Ergebnisse des Koalitionsvertrags*. In: *Migration und Bevölkerung*, Ausgabe 10 Dezember 2013, S. 1-2.

Netzwerk Migration in Europa (Hrsg.) (2014): *Bewegung in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik*. In: *Migration und Bevölkerung*, Ausgabe 3 April 2014, S. 1-2.

Nghi Ha, K. (2009): *The White German's Burden. Multikulturalismus und Migrationspolitik aus postkolonialer Perspektive*. In: Hess, S., Binder, J. & Moser, J. (Hrsg.): *No integration?! Kultuwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa* (S. 51-72). Bielefeld.

Nienaber, U. (1995): *Migration – Integration und Biographie. Biographieanalytische Untersuchungen auf der Basis narrativer Interviews am Beispiel von Spätaussiedlern aus Polen, Rumänien und der UdSSR*. Münster & New York.

Nienaber, B. & Frys, W. (2012): *International labour migration in European rural regions – The example of Saarland, Germany*. In: *European Countryside*, 1/2012, S. 73-88, DOI: 10.2478/v10091-012-0015-6.

Nienaber, B. & Kriszan, A. (2013): *Entgrenzte Lebenswelten: Wohn- und Arbeitsmigration als Ausdruck transnationaler Lebensentwürfe im deutsch-luxemburgischen und*

deutsch-polnischen Grenzraum. In: Raumforschung und Raumordnung, 71(3), S. 221-232, DOI: 10.1007/s13147-013-0230-2.

Nienaber, B. & Roos, U. (2012a): *Internationale Migranten und Migration*. In: GR-Atlas (Atlas der Großregion). Verfügbar unter: <http://www.gr-atlas.uni.lu/index.php/de/articles/ge62/mi1184?task=view&id=2545> (26.08.2014).

Nienaber, B. & Roos, U. (2012b): *Der demographische Wandel und die Integration von Migranten in den saarländischen Kleinstädten Perl und Schmelz*. In: Köppen, B., Gans, P., Milewski, N. & Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? (S. 87-116). Norderstedt (=Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie, 5).

Nienaber, B. & Roos, U. (2012c): *Integration türkischer Migrantinnen und Migranten in der ländlichen Kleinstadt Schmelz*. In: Migration und Soziale Arbeit, 34(4), S. 374-381.

Nienaber, B. & Roos, U. (2012d): *Migration und Integration in der Kreisstadt Merzig. Abschlussbericht*. Saarbrücken (unveröffentlicht).

Nuissl, H. & Schmiz, A. (2013): *Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund*. In: Raumforschung und Raumordnung, 71, DOI: 10.1007/s13147-013-0237-8, S. 181-193.

Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzig (Hrsg.) (2003): *Kreisstadt Merzig. Verwaltungsbericht 1994-2003*. Merzig.

Oberbürgermeister der Kreisstadt Neunkirchen (Hrsg.) (2008): *Miteinander Tag für Tag. Integrationskonzept der Kreisstadt Neunkirchen. Leitlinien, Handlungskonzept und Projektkatalog*. Verfügbar unter: http://www.neunkirchen.de/fileadmin/user_upload/neunkirchen/50_Dateien-Hochladen/50_Integration/50_Integration_PDF-Flyer-Hochladen/Integrationskonzept.pdf (23.08.2015).

Oberbürgermeister der Kreisstadt Neunkirchen (Hrsg.) (2012): *Dolmetscherpool Neunkirchen*. Verfügbar unter: http://www.neunkirchen.de/fileadmin/user_upload/neunkirchen/50_Dateien-Hochladen/50_Integration/50_Integration_PDF-Flyer-Hochladen/INFO%20-%20DOLMETSCHERPOOL%20NEUNKIRCHEN.pdf (23.08.2015).

Oberhauser, F. (1992): *Das Saarland. Kunst und Kultur im Dreiländereck zwischen Blies, Saar und Mosel*. Köln.

OECD (Hrsg.) (2012): *Integration von Zuwanderern. OECD-Indikatoren 2012*. DOI: 10.1787/9789264187481-de

Oliva, J. (2010): *Rural Melting-pots, Mobilities and Fragilities. Reflections on the Spanish Case*. In: Sociologia Ruralis, 50(3), S. 277-295.

Oltmer, J. (2013): *Anwerbeabkommen*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen (S. 38-41). Stuttgart.

- Onur, L. K. D. (2011): *Bildung und Migration. Die Selbstorganisation der Migranten als Reaktion auf die Bildungsbenachteiligung am Beispiel von weiterführenden Privatschulen*. Köln.
- Otto, A. (2014): *Jugend Aktiv Merzig, Frauen Aktiv Merzig. Gemeinnützige Gesellschaft für Sozialeinrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes*. Emailauskunft vom 22.04.2014.
- Ouchu, J. O. (1998): *Recent internal migration process in Sub-Saharan Africa. Determinants, consequences, and data adequacy issues*. In: Bilsborrow, R. E. (Hrsg.): *Migration, urbanisation, and development. New directions and issues* (S. 89-120). Norwell & Dordrecht.
- Pagenstecher, C. (1995): *Die ungewollte Einwanderung. Rotationsprinzip und Rückkehrerwartung in der deutschen Ausländerpolitik*. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 46(12), S. 718-737.
- Paqué, F. (2014): *Jugendkeller im evangelischen Gemeindehaus. Evangelische Kirchengemeinde Merzig*. Emailauskunft vom 04.02.2014.
- Park, R. E. (1964a): *Our Racial Frontier in the Pacific*. In: Park, R. E. (Hrsg.): *Race and culture* (S. 138-151). Glencoe.
- Park, R. E. (1964b): *The Race Relations Cycle in Hawaii*. In: Park, R. E. (Hrsg.): *Race and culture* (S. 189-195). Glencoe.
- Park, R. E. & Burgess, E. W. (1921): *Introduction to the Science of Sociology. Including an Index to Basic Sociological Concepts*. Chicago & London.
- Park, R. E. & Burgess, E. W. (1970): *Introduction to the Science of Sociology. Including an Index to Basic Sociological Concepts*. Chicago & London.
- Penninx, R., Kraal, K., Martiniello, M. & Vertovec, S. (Hrsg.) (2004): *Citizenship in European Cities. Immigrants, Local Politics and Integration Policies*. Aldershot (= Research in Migration and Ethnic Relations Series).
- Perching, B. (2010): *Migration, Integration und Staatsbürgerschaft – was taugen die Begriffe noch?*. In: Langthaler, H. (Hrsg.): *Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde* (S. 13-32). Innsbruck.
- Petermann, S. (2011): *Räumlicher Kontext, migrationsbezogene Vielfalt und Kontakte zu Ausländern in der Nachbarschaft*. Verfügbar unter: http://www.mmg.mpg.de/fileadmin/user_upload/documents/wp/WP_11-06_Petermann_Kontext-Kontakt.pdf (26.10.2011).
- Pettigrew, T. F. (1998): *Intergroup Contact Theory*. In: *Annual Review of Psychology*, 49, S. 65-85.
- Pfeffer-Hoffmann, C. (2014): *Arbeitsmigration nach Deutschland. Analysen zur Neuen Arbeitsmigration aus Spanien vor dem Hintergrund der Migrationsprozesse seit 1960*. Berlin.

- Pflugbeil, S. D. (2005): *Auswirkungen der internationalen Migration auf die Bundesrepublik Deutschland. Theoretische und empirische Analysen vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung*. Verfügbar unter: http://epub.uni-regensburg.de/10349/1/Pflugbeil_Auswirkungen%20der%20internationalen%20Migration.pdf (21.07.2015).
- Pollack, D. (o.J.): *Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“*. Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack. Verfügbar unter: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf (27.02.2015).
- Portes, A., Guarnizo, L. E. & Landolt, P. (1999): *The study of transnationalism: pitfalls and promise of an emergent research field*. In: *Ethnic and Racial Studies*, 22(2), S. 217-237.
- Portes, A. & Sensenbrenner, J. (1993): *Embeddedness and Immigration. Notes on the Social Determinants of Economic Action*. In: *American Journal of Sociology*, 98, S. 1320-1350.
- Portmann, A. (2003): *Kochen und Essen als implizierte Religion. Lebenswelt, Sinnstiftung und alimentäre Praxis*. Münster.
- Pott, A. (2001): *Der räumliche Blick. Zum Zusammenhang von Raum und städtischer Segregation von Migranten*. In: Gestring, N., Glasauer, H., Hannemann, C., Petrowsky, W. & Pohlan, J. (Hrsg.) (2001): *Jahrbuch StadtRegion 2001*. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt (57-74). Opladen.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2015): *Asyl- und Flüchtlingspolitik. Erleichterungen für Asylbewerber*. Verfügbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/10/2014-10-29-verbesserungen-fuer-asylbewerber-beschlossen.html> (10.02.2015).
- Pries, L. (1997): *Neue Migration im transnationalen Raum*. In: Pries, L. (Hrsg.): *Transnationale Migration*. Baden-Baden (= Soziale Welt/Sonderband, 12).
- Pries, L. (2001): *Internationale Migration*. Bielefeld.
- Pries, L. (2003): *Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften*. In: *Geographie revue. Zeitschrift für Literatur und Diskussion*, 5(2), S. 23-39.
- Pries, L. (2008): *Internationale Migration. Einführung in klassische Theorien und neue Erklärungsansätze*. In: *Geographische Rundschau*, 60(6), S. 4-10.
- Pries, L. (2009): *Transnationalismus und Migration*. In: Lange, D. & Polat, A. (Hrsg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung* (S. 95-106). Bonn.
- Pries, L. (2010): *Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden.

- Quillian, L. (1995): *Prejudice as a Response to Perceived Group Threat. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe*. In: American Sociological Review, 60, S. 586-611.
- Ravenstein, E. G. (1885): *The Laws of Migration*. In: Journal Royal Statistical Society, 48, S. 167-227.
- Ravenstein, E. G. (1889): *The Laws of Migration: Second Paper*. In: Journal Royal Statistical Society, 52, S. 241-301.
- Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (Hrsg.) (o.J.): *Rucksack KiTa. Ein Konzept zur Sprachförderung und Elternarbeit in der Kindertageseinrichtung*. Verfügbar unter: http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3612DB41-218B1FF8/bst/In9_Rucksack-KiTa.pdf (06.04.2014).
- Reinprecht, C. & Weiss, H. (2012): *Migration und Integration: Soziologische Perspektive und Erklärungsansätze*. In: Fassmann, H., Potz, R. & Weiss, H. (Hrsg.): *Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven*. Band 1 (S. 13-33). Göttingen.
- Resch, K. & Enzenhofer, E. (2012): *Muttersprachliche Interviewführung an der Schnittstelle zwischen Sozialwissenschaft und Translationswissenschaft. Relevanz, Grundlagen, Herausforderungen*. In: Kruse, J., Bethmann, S., Niermann, D. & Schmieder, C. (Hrsg.): *Qualitative Interviewforschung in und mit fremden Sprachen. Eine Einführung in Theorie und Praxis* (S. 80-100). Weinheim & Basel.
- Reuber, P. & Pfaffenbach, C. (2005): *Methoden der empirischen Humangeographie*. Braunschweig.
- Richter, M. (2006): *Integration, Identität, Differenz. Der Integrationsprozess aus der Sicht spanischer Migrantinnen und Migranten*. Bern (= Europäische Hochschulschriften Reihe IV Geographie, 27).
- Richter, H. & Richter, R. (2012): *Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg*. Paderborn.
- Riegel, C. (2004): *Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung. Orientierungen und Handlungsformen von jungen Migrantinnen; eine sozio-biografische Untersuchung*. Frankfurt a. M.
- Riegel, C. (2009): *Integration – ein Schlagwort? Zum Umgang mit einem problematischen Begriff*. In: Sauer, K. E. & Held, J. (Hrsg.): *Wege der Integration in heterogenen Gesellschaften* (23-40). Wiesbaden.
- Riegler, H. (2000): *Zwischen Rechtserwerb und Identitätsbedrohung. Einbürgerung aus der Sicht von MigrantInnen*. In: Pilgrim, A. & Steinert, H. (Hrsg.): *Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr* (S. 183-201). Baden-Baden.
- Ripperger, S. (2014): *Beschäftigtenzahl. Assist GmbH*. Emailauskunft vom 13.03.2014.

- Ritchey, P. N. (1976): *Explanations of Migration*. In: Annual Review of Sociology, 2, S. 363-404.
- Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2014): *Asyl und Asylbewerber. Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Verfügbar unter: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Asyl_Studie_FINAL_RZ_einzel.pdf (20.08.2015).
- Robinson, V. (1998): *Defining and Measuring Successful Refugee Integration. Proceedings of ECRE International Conference on Integration of Refugees in Europe. Antwerp, November 1998*. Brüssel.
- Ronnebeger, K. & Tsianos, V. (2009): *Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“*. In: Hess, S.; Binder, J. & Moser, J. (Hrsg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa* (S. 137-152). Bielefeld.
- Roos, U., Hermes, C. & Nienaber, B. (2015): *Wohnsituation der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger an der luxemburgisch-deutschen Grenze*. In: Nienaber, B. & Roos, U. (Hrsg.): *Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkung auf die Raumentwicklung - Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland* (S. 83-99). Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, 13).
- Rosenberg, A.-L. (2014): *Jugendcafé „School-out“*. Internationaler Bund. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 28.03.2014.
- Roth, E. & Holling, H. (1999): *Sozialwissenschaftliche Methoden*. München.
- Ruokonen-Engler, M.-K. (2012): *„Unsichtbare“ Migration?. Transnationale Positionierungen finnischer Migratinnen. Eine biographieanalytische Studie*. Bielefeld.
- Saarbrücker Zeitung (Hrsg.) (2010): *Wadern und Merzig Orte der Vielfalt*. Verfügbar unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/merzig-wadern/Wadern-und-Merzig-Orte-der-Vielfalt;art2800,3478315> (05.04.2014).
- Saarländischer Schwesternverband e.V. (Hrsg.) (o.J.): *Die Laurentiushöhe*. Verfügbar unter: <http://www.schwesternverband.de/dienste-fuer-menschen-mit-behinderungen/fuer-menschen-mit-psychiatrischem-pflegebedarf/laurentiushoehe-merzig.html> (08.03.2014).
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (Hrsg.) (2011): *Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer*. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (Hrsg.) (2014): *Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer*. Berlin.
- Salehzadeh, R. (2010): *Integration – Ein unmögliches Projekt?. Einblicke in „Innenansichten“ von Personen mit türkischem Migrationshintergrund – Analysen und Interpretationen auf der Basis qualitativer Interviews*. Münster.

- Sauer, K. E. (2009): *Integrationsprozesse von Kindern in multikulturellen Gesellschaften*. In: Geisen, T. & Riegel, C. (Hrsg.): *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung* (S. 169-194). Wiesbaden.
- Sauer, M. & Goldberg, A. (2001): *Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zweiten Mehrfachbefragung*. Münster.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2005): *Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt*. Darmstadt.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2010): *Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum*. Darmstadt.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011a): *Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts*. Darmstadt.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011b): *Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen und Gute-Praxis-Beispiele*. Darmstadt.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): *Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*. Verfügbar unter: http://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/Abschlussbericht_Integrationspotenziale-ländlicher-Regionen-im-Strukturwandel.pdf (15.03.2015).
- Scheller, F. (2015): *Gelegenheitsstrukturen, Kontakte, Arbeitsmarktintegration. Ethnospezifische Netzwerke und der Erfolg von Migranten am Arbeitsmarkt*. Wiesbaden.
- Schiefer, D. & Möllering, A. (2011): *Mehrgenerationenfallstudie*. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland* (S. 44-105). Bonn.
- Schiffauer, W. & Bojadzije, M. (2009): *Es geht nicht um einen Dialog. Integrationsgipfel, Islamkonferenz und Anti-Islamismus*. In: Hess, S.; Binder, J. & Moser, J. (Hrsg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa* (S. 171-185). Bielefeld.
- Schilling, H. (2010): *Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in ländlichen Regionen aus kulturanthropologischer Sicht*. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): *Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum. Dokumentation der Fachtagung 15.-16. September 2010* (S. 15-19). Darmstadt.
- Schmals, K. M. (2000) (Hrsg.): *Migration und Stadt*. Opladen.
- Schmitz, A. (2013): *Transnational leben. Bildungserfolgreiche (Spät-)Aussiedler zwischen Deutschland und Russland*. Bielefeld.
- Schnell, R. (1990): *Dimensionen ethnischer Identität*. In: Esser, H. & Friedrichs, J. (Hrsg.): *Generationen und Identität* (S. 1-38). Opladen.
- Schnell, R., Hill, P. B. & Esser, E. (2005): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München & Wien.

- Schnur, O., Drilling, M. & Zakrzewski (2013): *Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur*. In: Schnur, O., Zakrzewski, P. & Drilling, M. (Hrsg.): *Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur* (S. 9-26). Wiesbaden, DOI 10.1007/978-3-658-01048-5_13
- Scholl, F. (2013): *Russisches Lebensgefühl in Merzig*. Verfügbar unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/merzig-wadern/aufmacher-Russland-Merzig-Verein-Kultur;art2800,4740080> (02.02.2014).
- Schumann, F.-J. (1990): *Aus- und Übersiedler im Landkreis St. Wendel*. In: Landrat des Kreises St. Wendel (Hrsg.): *Heimatbuch des Landkreises St. Wendel* (S. 41-46). St. Wendel.
- Schramkowski, B. (2004): *Die Integration muss wahrscheinlich für jeden Einzelnen definiert werden. Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Expert(inn)en mit Migrationshintergrund zum subjektiven Integrationsverständnis*. In: *Migration und soziale Arbeit*, 26(3-4), S. 298-304.
- Schramkowski, B. (2007): *Integration unter Vorbehalt. Perspektiven junger Erwachsener mit Migrationshintergrund*. IKO-Verlag.
- Schreiner, B. (2012): *Willkommen Luxemburg! Unsere Nachbarn zu Gast in Merzig. Amt für Wirtschaft, Tourismus und Kultur*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 12.09.2012.
- Schreyögg, G., Sydow, J. & Koch, I. (2003): *Organisatorische Pfade – Von der Pfadabhängigkeit zur Pfadkreation*. In: Schreyögg, G. & Sydow, J. (Hrsg.): *Managementforschung 13: Strategische Prozesse und Pfade* (S. 257-294). Wiesbaden.
- Schumacher, F.-J. (1994): *Vor- und Frühgeschichte*. In: Kreisstadt Merzig (Hrsg.): *Merzig mit seinen 17 Stadtteilen* (S. 14-19). Merzig.
- Schwarz, K. (1969): *Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung*. Hannover (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 58).
- Schwarz, S. (2012): *Leitkultur und Toleranz, unter besonderer Berücksichtigung von Integration durch Sprache*. In: Fikentscher, W., Pflug, M. & Schwermer, L. (Hrsg.): *Akkulturation, Integration, Migration* (S. 63-104). München.
- Schwier, A. (2002): *Muslime als Fremde im Dorf*. In: Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.): *Islam in europäischen Dörfern* (S. 9-29). Frankfurt a.M.
- Scott, J. C. (1990): *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*. New Haven & London.
- Seck, D. (1994): *Vom mittelalterlichen Markt zum modernen Merzig*. In: Kreisstadt Merzig (Hrsg.): *Merzig mit seinen 17 Stadtteilen* (S. 22-31). Merzig.
- Seck, D. (1994b): *Leben in Merzig*. In: Kreisstadt Merzig (Hrsg.): *Merzig mit seinen 17 Stadtteilen* (S. 96-187). Merzig.

- Shenavari, R. (2009): *Migration in biographischer Perspektive. Am Beispiel von Migrations- und Integrationsverständnis der in den Städten Reutlingen und Tübingen ansässigen iranischen Migranten*. Reutlingen.
- Silbereisen, R. K. & Schmitt-Rodermund, E. (1999): *Wohlbefinden der jugendlichen Aussiedler*. In: Silbereisen, R. K., Lantermann, E.-D. & Schmitt-Rodermund, E. (Hrsg.): *Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten* (S. 257-275). Opladen.
- Simard, M. & Jentsch, B. (2009): *Introduction: Key Issues in Contemporary Rural Immigration*. In: Jentsch, B. & Simard, M. (Hrsg.): *International Migration and Rural Areas. Cross-national Comparative Perspectives* (S. 1-16). Farnham.
- Siouti, I. (2013): *Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgegeneration griechischer Arbeitsmigranten*. Bielefeld.
- Sjaastad, L. A. (1962): *The Costs and Returns of Human Migration*. In: *The Journal of Political Economy*, 70, S. 80-93.
- Smith, A. (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. London.
- Soom Ammann, E. (2011): *Ein Leben hier gemacht. Altern in der Migration aus biographischer Perspektive – Italienische Ehepaare in der Schweiz*. Bielefeld.
- SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.) (o.J.): *Über uns*. Verfügbar unter: <http://www.sos-kinderdorf.de/kinderdorf-saar/unser-angebot/mgh-mehrgenerationenhaus/mgh-ueber-uns> (01.02.2014).
- Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH (Hrsg.) (2009a): *Migrationsberatung*. Verfügbar unter: <http://www.swsmerzig.de/html/migrationserstberatung.html> (16.04.2015).
- Sozialwerk Saar-Mosel gemeinnützige GmbH (Hrsg.) (2009b): *Kompetenzagentur Merzig*. Verfügbar unter: <http://www.sozialwerk-saar-mosel.de/html/kompetenzagentur.html> (01.02.2014).
- Speidel, F. (2009): *Diskriminierung in der prekären Arbeitsgesellschaft*. In: Beelmann, A. & Jonas, K. J. (Hrsg.): *Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (S. 379-397). Wiesbaden.
- Sprenger, M. (2007): *Zur Integration und zum Integrationsverständnis von muslimischen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation in Wien*. Wien.
- Stark, O. (1991): *The migration of labour*. Oxford.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): *Bevölkerung nach Migrationshintergrund regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011*. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014): *Zensus 2011. Bevölkerung. Ergebnisse des Zensus am 09. Mai 2011*. Verfügbar unter: <https://www.zensus2011.de/>

SharedDocs/Aktuelles/Ergebnisse/DemografischeGrunddaten.html?nn=3065474
(21.07.2014).

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1965): *Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes*. Saarbrücken.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1967): *Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes*. Saarbrücken.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1974): *Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes*. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2006): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2005. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-05.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2007): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2006. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-06.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2008a): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2007. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-07.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2008b): *Trendreport Demografie. Analysen und Zeitreihen zur zukünftigen Entwicklung im Saarland. 11. koordinierte und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. Bevölkerungsentwicklung und –struktur*. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2009): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2008. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-08.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2010): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2009. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-09.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011a): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2010. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-10.pdf
(28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011b): *Mehr EU-Ausländer im Saarland*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_presseportal/PD_025_EU_Auslaender.pdf (28.02.2012).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011c): *Ausländer im Saarland am 31. Dezember nach Staatsangehörigkeit*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/staa_BEVSTAAT%283%29.pdf (abgerufen am 28.02.2011).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011d): *Saarländische Gemeindezahlen 2011*. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2012): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2011. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-11.pdf (28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2013a): *Statistische Berichte. Wanderungen 2012*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AIII1-J-12.pdf (28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2013b): *Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort im Saarland von 2003 bis 2012 nach Deutschen und Ausländern sowie Voll- und Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/staa_Zeitreihe2.pdf (abgerufen am 28.02.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2015a): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2012. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-12.pdf (28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2015b): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2013. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-13.pdf (28.04.2015).

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2015c): *Statistische Berichte. Wanderungen 2013*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AIII1-J-13.pdf (28.04.2015).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012): *Bauen und Wohnen. Mikrozensus - Zusatzhebung 2010. Bestand und Struktur der Wohneinheiten. Wohnsituation der Haushalte*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/WohnsituationHaushalte2055001109004.pdf?__blob=publicationFile (20.04.2015).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014a): *Ausländerzahl in Deutschland 2013 auf Rekordniveau. Pressemitteilung vom 7. März 2014 – 81/14*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/03/PD14_081_12521pdf.pdf?__blob=publicationFile (13.08.2014).

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200137004.pdf?__blob=publicationFile (18.02.2015).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014c): *Ausländische Bevölkerung am 31.12.2013*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/Tabellen/Bundeslaender.html> (13.08.2014).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus*. Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Saarland (Hrsg.) (2002): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2001. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4_J_01.PDF (28.04.2015).
- Statistisches Landesamt Saarland (Hrsg.) (2003): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2002. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-02.pdf (28.04.2015).
- Statistisches Landesamt Saarland (Hrsg.) (2004): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2003. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-03.pdf (28.04.2015).
- Statistisches Landesamt Saarland (Hrsg.) (2005): *Statistische Berichte. Ausländer im Saarland am 31.12.2004. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters*. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_BER_AI4-J-04.pdf (28.04.2015).
- Stauber, T. (2014): *Miteinander Leben e.V.*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 04.03.2014.
- Stewart, J. Q. (1942): *A Measure of the Influence of a Population at a Distance*. In: *Sociometry*, 6, S. 63-71.
- Stewart, J. Q. (1948): *Demographic Gravitation. Evidence an Applications*. In: *Sociometry*, 11, S. 31-58.
- Straßburger, G. (2001): *Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen*. Bamberg.
- Straubhaar, T. (2006): *Wachstum, Soziale und (Verteilungs-)Politische Folgen und Konfliktlinien. Wirtschaftliche Folgen der Zuwanderung*. In: *Der Bürger im Staat*, 56(4), S. 235-239.

- Strauch, S. (2012): *Kooperationen des Seniorenbüros mit Luxemburg. AG Altenhilfe Merzig e.V.*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 22.08.2012.
- Sutton, C. R. & Makiesky-Barrow, S. (1987): *Migration and West Indian Racial and Ethnic Consciousness*. In: Sutton, C. R. & Chaney, E. M. (Hrsg.): *Caribbean Life in New York City. Socio-Cultural Dimensions* (S. 92-116). New York.
- Taft, R. (1953): *The Shared Frame of Reference Concept Applied to the Assimilation of Immigrants*. In: *Human Relations*, 6(1), S. 45-55.
- Taft, R. (1957): *A Psychological Model for the Study of Social Assimilation*. In: *Human Relations*, 10(2), S. 141-156.
- Taft, R. (1963): *The Assimilation Orientation of Immigrants and Australians*. In: *Human Relations*, 16(3), S. 279-293.
- Teilprojekt „IQ Netzwerk Merzig“ im IQ Landesnetzwerk Saarland (Hrsg.) (2013): *Arbeit und Leben in Merzig. (Arbeitsmarkt-)Akteure in Merzig stellen sich vor*. Merzig.
- Terkessidis, M. (2010): *Interkultur*. Bonn (= Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, 1074).
- Teymouri, A. (2012): *Kulturwandel der Mehrheitskultur infolge von Zuwanderung in Deutschland und Europa*. In: Fikentscher, W., Pflug, M. & Schwermer, L. (Hrsg.): *Akkulturation, Integration, Migration* (S. 105-125). München.
- Thines, E. (2011): *Segregation und Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen am Beispiel von Hamm (Sieg)*. Kaiserslautern (unveröffentlicht).
- Thränhardt, D. (2001): *Einwanderungsland Deutschland – von der Tabuisierung zur Realität*. In: Mehrländer, U. & Schultze G. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration* (S. 41-63). Bonn.
- Todaro, M. P. (1969): *A Model of Labor Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries*. In: *The American Economic Review*, 59(1), S. 138-148.
- Tröster, I. (2013): *(Spät-)Aussiedler – „neue, alte Deutsche“*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 78-80). Stuttgart.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (Hrsg.) (2001): *Zuwanderung gestalten. Integration fördern*. Verfügbar unter: http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/123148/publicationFile/9076/Zuwanderungsbericht_pdf.pdf (22.07.2015).
- United Nations (Hrsg.) (1998): *Recommendations on Statistics of International Migration. Revision I*. New York (= Statistical Papers, Series M, 5).
- United Nations (Hrsg.) (2013): *International Migration 2013*. Verfügbar unter: <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/wallchart/docs/wallchart2013.pdf> (21.08.2015).

- Urnau, A. (2014): *CEB-Internetcafé Merzig. Lernwelt Merzig*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 12.06.2014.
- Uslucan, H.-H. (2012a): *Dabei und doch nicht mittendrin. Die Integration türkeistämmiger Zuwanderer*. Bonn.
- Uslucan, H.-H. (2012b): *Psychologische Bedingungen gelingender Integrationsprozesse*. In: Griesse, C. & Marburger, H. (Hrsg.): *Interkulturelle Öffnung. Ein Lehrbuch* (S. 25-40). München.
- Van Houtum, H. & Gielis, R. (2006): *Elastic migration. The case of Dutch short-distance transmigrants in Belgian and German borderlands*. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 97(2), S. 195-202.
- Vogel, D. & Rinke, B. (2008): *Sprache als der Schlüssel zur Integration? Theoretische Überlegungen und qualitativ-empirische Befunde zu Sprachfunktionen im Integrationsprozess*. In: Hillmann, F. & Windzio, M. (Hrsg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 261-277). Opladen.
- Volkshochschule im Landkreis Merzig-Wadern e.V. (Hrsg.) (o.J.): *Fachbereich Sprachen*. Verfügbar unter: http://vhs-merzig-wadern.de/vhs.php5/Unser_Kursangebot/Kursangebot/Unser_Kursangebot_nach_Fachbereichen_gegliedert/FB3_Sprachen (10.04.2014).
- Wacquant, L. (1998): *„Drei irreführende Prämissen bei der Untersuchung der amerikanischen Ghettos“ Übersetzung von Beatrix Ahlswede*. In: Heitmeyer, W., Dollase, R. & Backes, O. (Hrsg.): *Die Krise der Städte* (S. 194-210). Frankfurt.
- Wagner, H. (2015): *Validierung der Handlungsempfehlungen. Integrationsbeauftragte der Kreisstadt Merzig*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 13.08.2015.
- Wagner, M. (2014): *Europa – Ein Kontinent der Arbeitsmigrantinnen und –migranten?. Aspekte der temporären polnischen Arbeitsmigration*. In: *Migration und soziale Arbeit*, 36(3), S. 247-251.
- Wahl, K., Honig, M. S. & Gravenhorst, L. (1982): *Wissenschaftlichkeit und Interessen. Zur Herstellung subjektivitätsorientierter Sozialforschung*. Frankfurt a. M.
- Walter, A. (2013): *Familienzusammenführung*. In: Meier-Braun, K.-H. & Weber, R. (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen* (S. 111-113). Stuttgart.
- Waltz, V. (2007): *Parallelgesellschaften versus Integration? Türkische Migranten unter Generalverdacht trotz individueller Integrationsleistungen und struktureller Diskriminierungserfahrung*. In: Fischer-Krapohl, I. & Waltz, V. (Hrsg.): *Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen* (S. 35-50). Dortmund (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 128).
- Weiss, R. (1984): *Volkskunde der Schweiz. Grundriss*. Zürich.

- Wenzel, H.-J. & Hermeling, A. (1997): *Aussiedler im Emsland – Zuwanderung und Eingliederungsprobleme*. In: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes, 43, S. 107-119.
- West, C. (2013): *Integration zwischen Konformität, Interkulturalität, Transkulturalität*. In: Schnur, O., Zakrzewski, P. & Drilling, M. (Hrsg.): *Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur* (S. 195-223). Wiesbaden, DOI 10.1007/978-3-658-01048-5_13.
- West, C. (2014): *Deutschland in der Integrationsfalle? – Integrationspolitische Perspektivwechsel, Herausforderungen und Chancen für Wissenschaft, Politik und Planung*. In: Gans, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (S. 292-310). Hannover (= Forschungsberichte der ARL, 3).
- Wetta, M. (2014): *Einbürgerungszahlen der Kreisstadt Merzig 2013. Landkreis Merzig-Wadern*. Emailauskunft vom 25.02.2014.
- Wettemann, U. (2012): *Übersetzung qualitativer Interviewdaten zwischen Translationswissenschaft und Sozialwissenschaft*. In: Kruse, J., Bethmann, S., Niermann, D. & Schmieder, C. (Hrsg.): *Qualitative Interviewforschung in und mit fremden Sprachen. Eine Einführung in Theorie und Praxis* (S. 101-120). Weinheim & Basel.
- Wetzel, A. (2005): *Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung*. Berlin (= Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 52).
- Williams, R. M. (1947): *The Reduction of Intergroup Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial, and Religious Group Relations*. New York.
- Wilpert, C. (1980): *Die Zukunft der zweiten Generation. Erwartungen und Verhaltensweisen ausländischer Kinder*. Königstein.
- Witzel, A. (1985): *Das problemzentrierte Interview*. In: Jüttermann, G. (Hrsg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 227-255). Weinheim.
- Witzel, A. (2000): *Das problemzentrierte Interview*. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research. Band 1, Heft 1. Verfügbar unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519.%5D> (18.06.2014).
- Witzel, A. & Reiter, H. (2012): *The Problem-centred Interview*. London, Thousands Oaks, New Delhi & Singapore.
- Whyte, W. F. (1982): *Interviewing in field research*. In: Burgess, R. G. (Hrsg.): *Field Research: A Sourcebook and Field Manual* (S. 111-122). London.
- Wolpert, J. (1965): *Behavioral Aspects of the Decision to Migrate*. In: Papers of the Regional Science Association, 15, S. 159-169.
- Wunderlich, T. (2005): *Die neuen Deutschen. Subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses*. Stuttgart.

- Yildiz, E. (2001): *Heterogenität als Alltagsnormalität. Zur sozialen Grammatik eines Kölner Stadtquartiers*. In: Leiprecht, R., Riegel, C. & Held, J. (Hrsg.): International Lernen – Lokal handeln. Interkulturelle Praxis ‚vor Ort‘ und Weiterbildung im internationalen Austausch. Erfahrungen und Erkenntnisse aus Deutschland, Griechenland, Kroatien, Lettland, den Niederlanden und der Schweiz (S. 78-107). Frankfurt a. M. & London.
- Yildiz, E. (2009a): *Was heißt hier Parallelgesellschaft? Von der hegemonialen Normalität zu den Niederungen des Alltags*. In: Hess, S.; Binder, J. & Moser, J. (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa (S. 153-167). Bielefeld.
- Yildiz, E. (2009b): *Vom hegemonialen zu einem diversitätsbewussten Blick auf die Migrationsgesellschaft*. In: Tschernokoshewa, E. & Mischek, U. (Hrsg.): Beziehungsgeflecht Minderheit. Zum Paradigmenwechsel in der Kulturforschung/Ethnologie Europas (S. 131-144). Münster.
- Yildiz, E. (2014): *Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht*. Bielefeld.
- Yildiz, E. & Mattausch, B. (Hrsg.) (2009): *Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource*. Basel, Berlin, Boston & Gütersloh.
- Zaltman, G. & Higie, R. A. (1993): *Seeing the Voice of the Customer: The Zaltman Metaphor Elicitation Technique*. In: Marketing Science Institute, Report No. 93, 114.
- Zeimet, U. (2014a): *Mehrgenerationenhaus Merzig – „SOS – Jung hilft Alt“. Seniorentagespflege. SOS-Kinderdorf*. Emailauskunft vom 05.03.2014.
- Zeimet, U. (2014b): *Mehrgenerationenhaus Merzig – „SOS – Jung hilft Alt“. SOS-Kinderdorf*. Telefonat, geführt von Ursula Roos am 03.02.2014.
- Zick, A. (1997): *Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse*. Münster.
- Zimmer-Hegmann, R. & Liebmann, H. (2010): *Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen – Erste Ergebnisse der Begleitforschung*. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum (S. 12-14). Darmstadt.
- Zimmermann, K. F. (2012): *Ökonomische Ursachen und Folgen von Migration*. Verfügbar unter: <http://ftp.iza.org/sp47.pdf> (21.07.2015).
- Zipf, G. K. (1946): *The P1*P2/D Hypothesis. On the Intercity Movement of Persons*. In: American Sociological Review, XI, S. 677-686.
- Zolberg, A. R. & Woon, L. L. (1999): *Why Islam is like Spanish. Cultural Incorporation in Europe and the United States*. In: Politics & Society, 27(1), S. 5-38.
- Zur Nieden, B. (2009): *„... und deutsch ist wichtig für die Sicherheit!“ Eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD*. In: Hess, S.; Binder, J. & Moser, J. (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa (S. 123-135). Bielefeld.